einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 18.01.2012 1/12

DGB

DGB-Schwerpunkte 2012

Gute Arbeit – sicher und gerecht

2012 wird im Zentrum der Arbeit des DGB der Kampf um Solidarität und soziale Gerechtigkeit in Deutschland und Europa stehen. Damit wollen die Gewerkschaften der sozialen Schieflage entgegenwirken, die derzeit die Krisenpolitik der EU-Staats- und Regierungschefs bestimmt. „Die Bewältigung der Krise darf nicht einseitig zu Lasten der arbeitenden Bevölkerung und der Schwächeren der Gesellschaft gelöst werden", hat der DGB-Vorsitzende Michael Sommer auf der DGB-Neujahrspressekonferenz am 11. Januar in Berlin noch einmal klar gestellt. „Wir brauchen Gute Arbeit, gerechte Löhne und soziale Sicherheit. Eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt ist überfällig."

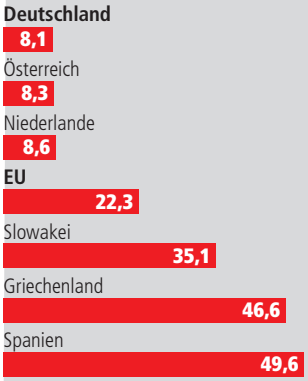
Mindestlohn, gleicher Lohn für Leiharbeitskräfte oder Rente mit 67 – die Themen des DGB im neuen Jahr sind kaum andere als 2011. Und doch gibt es qualitative Unterschiede. Den Gewerkschaften ist es gelungen, Öffentlichkeit und Politik für ihre Forderungen weiter zu sensibilisieren. Das zeigen nicht nur die Parteitagsbeschlüsse der CDU vom Dezember zum Thema Mindestlohn. Michael Sommer ist deshalb überzeugt: Spätestens nach der nächsten Bundestagswahl „steht der Mindestlohn im Gesetzblatt". Gleichzeitig weichen Arbeitgeber auf andere Formen der ungesicherten Arbeit aus, um Arbeitnehmerrechte zu unterlaufen. Auf der Agenda der DGB-Gewerkschaften für 2012 nimmt deshalb auch die Bekämpfung des Missbrauchs von Werkverträgen oder Solo-Selbstständigkeit eine wichtige Rolle ein.

Angesichts von Euro-Krise und einem europaweiten neoliberalen Roll-Back richtet sich der Blick des DGB aber auch vor allem auf Europa: „2012 muss das Jahr des sozialen und demokratischen Europas werden", betont der DGB-Vorsitzende. In Folge der Euro-Krise würden Spardiktate durchgedrückt und soziale Errungenschaften über Bord geworfen. Besonders besorgniserregend sei die hohe Jugendarbeitslosigkeit in der EU. Europa brauche konjunkturstützende Maßnahmen und „Investitionen im dreistelligen Milliardenbereich". So sieht es das „Zukunftsprogramm Europa" des DGB vor (*www.dgb.de*). Neben einem Konjunkturprogramm fordert der DGB eine umfassende Modernisierungsoffensive, einen Marshall-Plan für krisengeplagte EU-Länder und eine aktive Arbeitsmarkt-, Bildungs- und Handwerkspolitik.

Bei ihrer alljährlichen Klausur diskutierenen am 18./19. Januar die Vorsitzenden von DGB und Gewerkschaften über ihre weitere Europastrategie. Gleichzeitig wollen sie schon im Hinblick auf die Bundestagswahl ihre künftigen inhaltlichen Schwerpunkte beraten. Sommer stellt klar, dass die Gewerkschaften ihre – erfolgreiche – Strategie fortsetzen werden, im Interesse der ArbeitnehmerInnen Themen zu setzen, ohne ausdrücklich Partei für eine Regierungskonstellation zu ergreifen. •

Spanien Schlusslicht

Arbeitslosenquote von unter 25-Jährigen in ausgewählten EU-Ländern, Stand November 2011 (in Prozent)



Quelle: Eurostat 2012

© DGB einblick 01/12

Vor allem junge Menschen leiden unter den Folgen der Krise. So ist jede/r Zweite unter 25 in Spanien oder Griechenland arbeitslos. Um bessere Perspektiven zu bieten, fordert der DGB europaweit konjunkturfördernde Investitionen im dreistelligen Millionenbereich.

plusminusBERLIN

+ ***Der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel fordert für Leiharbeitskräfte neben gleicher Entlohnung auch einen Lohn-Zuschlag. Ausdrücklich lobt er den französischen Ansatz: Dort erhalten Leiharbeitskräfte zehn Prozent mehr Lohn als ihre festangestellten KollegInnen.***

– ***Heinrich Kolb (FDP) hält nichts vom Vorschlag, die Rente mit 67 auszusetzen, bis mindestens 50 Prozent der über 60-Jährigen sozialversichert arbeiten. Er meint: Eine große Zahl von älteren Menschen seien beispielsweise als „Beamte, Selbstständige oder Soldaten noch erwerbstätig".***

Gute Arbeit in Deutschland und Europa, gerechte Löhne und soziale Sicherheit: *Die Hauptforderungen des DGB spiegeln sich auch im 1. Mai-Motto 2012 wider. Die zentrale Maikundgebung, auf der der DGB-Vorsitzende Michael Sommer spricht, findet in diesem Jahr in Stuttgart statt.*

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.internationale-wochen-gegen-rassismus.de
Homepage zur Internationalen Woche gegen Rassismus vom 12.-25. März

Hintergrund

www.einblick.dgb.de/hintergrund
Rede des DGB-Vorsitzenden zu den gewerkschaftlichen Schwerpunkten 2012

Ausbildungsvergütungen

Ein Plus von über drei Prozent

Mehr Geld und ein größeres Angebot: 2011 hat sich am Ausbildungsmarkt einiges getan. So sind die tariflichen Ausbildungsvergütungen 2011 um 3,2 Prozent (Westdeutschland 2,9; Ostdeutschland 4,9 Prozent) gestiegen. Damit liegt die durchschnittliche Ausbildungsvergütung bei 700 Euro im Monat. Die Ausbildungsvergütungen Ost erreichen jetzt 91 Prozent des westdeutschen Niveaus. Einheitliche Vergütungen erhalten etwa die Azubis im Finanzsektor mit 853 Euro.

In anderen Branchen ist das Ost-West-Gefälle noch hoch. So verdienen Azubis im Bauhauptgewerbe im Westen durchschnittlich 943 Euro, im Osten 750 Euro. Gravierend sind die Unterschiede auch im Friseurhandwerk: West 456 Euro, Ost 269 Euro. Und während im Westen drei Prozent der Azubis eine Vergütung von weniger als 500 Euro im Monat erhalten, gilt das für 27 Prozent im Osten. Das geht aus der vom Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) Anfang Januar veröffentlichten Auswertung der tariflichen Ausbildungsvergütungen hervor. Benachteiligt werden auch Frauen: Die Ausbildungsverträge mit jungen Männern verzeichneten 2011 ein Plus von vier Prozent, während die Zahl der Verträge mit jungen Frauen um 1,2 Prozent zurückging. •

in eigener Sache

Neu im Team und doch keine Unbekannte: Seit dem 1. Januar verstärkt **Lena Clausen,** 28, als Volontärin die *einblick*-Redaktion. Die Diplom-Politologin war 2005 bereits Praktikantin beim *einblick*, hat seitdem immer wieder als freie Mitarbeiterin für den Verlag gearbeitet und promoviert zurzeit im Bereich Friedens- und Konfliktforschung an der Freien Universität Berlin.

Rente mit 67

Aussetzen!

Seit Jahresbeginn steigt das Renteneintrittsalter schrittweise auf 67 Jahre. Die Gewerkschaften bleiben bei ihrer Kritik. Angesichts der unzureichenden Beschäftigung Älterer sei die Rente mit 67 „nichts anderes als eine Rentenkürzung", bekräftigt der DGB-Vorsitzende Michael Sommer. Sie müsse ausgesetzt werden, „bis die Beschäftigungsquote älterer Arbeitnehmer relevant gestiegen ist". So sind zurzeit nur zehn Prozent der 63- und 64-Jährigen sozialversicherungspflichtig in Vollzeit beschäftigt, 60 Prozent der über 60-Jährigen dagegen ohne Job.

Auch der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) hat die Rente mit 67 infrage gestellt. Michael Sommer erwartet, dass Seehofer den Worten Taten folgen lässt: „Wenn er sich mit der gleichen Energie wie für das reaktionäre Betreuungsgeld in der Rentenfrage einsetzen würde, wäre diesem Land wirklich geholfen." Nach einer Forsa-Umfrage wollen 64 Prozent der Deutschen die Anhebung des Renteneintrittsalters aussetzen. •

IMK-Prognose 2012

Sparkurs belastet Konjunktur

Die Euro-Krise und ihre Folgen werden in diesem Jahr auch die deutsche Wirtschaft stagnieren lassen. Zu diesem Ergebnis kommen die WissenschaftlerInnen des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in ihrer Prognose für 2012. So wird das Bruttoinlandsprodukt – nach einem Wachstum von drei Prozent 2011 – im Jahresdurchschnitt voraussichtlich um 0,1 Prozent schrumpfen. „Wir werden 2012 erleben, welche Folgen ein harter Sparkurs bei unseren wichtigsten Handelspartnern im Euroraum hat", erklärt Gustav A. Horn, wissenschaftlicher Direktor des IMK. Dieser Kurs sei vor allem von der Bundesregierung forciert worden. Trotz der notwendigen Haushaltskonsolidierung sei die strenge Sparpolitik keine Strategie zur Krisenbewältigung, sie verschärfe die Vertrauenskrise. Zudem wirke sich der Sparkurs von Deutschlands wichtigen Handelspartnern negativ auf die deutschen Exporte und Investitionen hierzulande aus. •

www.boeckler.de

?...nachgefragt

Foto: DGB

Die Vereinten Nationen haben 2012 zum Internationalen Jahr der Genossenschaften erklärt. Sie wollen daran erinnern, dass Genossenschaften es möglich machen, zugleich nachhaltig zu wirtschaften und sozial verantwortlich zu handeln. Höhepunkt des Jahres wird der Internationale Tag der Genossenschaften am 7. Juli sein. Wie der DGB zur Genossenschaftsidee steht, fragte *einblick* DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki.

Ihren Ursprung hat die Genossenschaftsbewegung in Schottland, wo 1844 Arbeiter der Baumwollspinnereien die erste Arbeiter-Genossenschaft gründeten. Wenig später entstanden in Deutschland Genossenschaften für die Not leidende ländliche Bevölkerung. In den 1920er Jahren kamen Wohnungsbaugenossenschaften auf – nach dem Ersten Weltkrieg ging es um bezahlbaren Wohnraum für ArbeiterInnen. Derzeit erleben Genossenschaften eine Renaissance. Die Finanzkrise hat den Wunsch nach transparenteren Strukturen geweckt. Seit 2009 wurden über 600 Genossenschaften neu gegründet.

Genossenschaften sind geprägt von den Leitgedanken Mitgliederförderung, Selbsthilfe, Selbstverantwortung und Selbstverwaltung. Sie agieren wirtschaftlich, ohne maximalem Gewinn hinterherzujagen. Ein wirtschaftsdemokratisches Gegenmodell zum Shareholder-Kapitalismus? Motto: Wer sein eigener Kunde ist, stellt die Produkte sorgfältig her und besteht auf guten Arbeitsbedingungen.

Seit der Novelle des Genossenschaftsgesetzes 2006 werden ökonomische soziale und kulturelle Zwecke verfolgt. Kritisch wird es, wenn Genossenschaften kommunale Aufgaben übernehmen oder die Nahversorgung in ländlichen Regionen organisieren sollen. Selbsthilfe und Ehrenamt dürfen nicht missbraucht werden, damit sich der Staat – aus selbst verschuldeter finanzieller Not – zurückziehen kann. Gewerkschaften haben eine eigene genossenschaftliche Tradition, die es mit all ihren Widersprüchen zu reflektieren gilt. Das Jahr der Genossenschaften 2012 könnte ein guter Anlass sein.

Genossenschaften sind ein enormer Wirtschaftsfaktor und große Arbeitgeber. Es gibt deutschlandweit rund 7500 Genossenschaften mit 20 Millionen Mitgliedern und mehr als 800 000 Beschäftigten. Die größte Gruppe bilden die über 2600 landwirtschaftlichen Genossenschaften, gefolgt von rund 2000 Wohnungsgenossenschaften, etwa 1600 gewerblichen Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften, über 1100 Volks- und Raiffeisenbanken sowie mehr als 200 Konsumgenossenschaften.

Energiewende

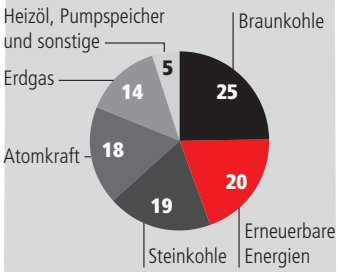
Alternativen entwickeln

Aus Sicht der Gewerkschaften gilt es, die Energiewende so zu gestalten, dass Umwelt und Interessen der Beschäftigten gleichermaßen berücksichtigt werden. Beispiel ver.di: Als E.ON mit einem massiven Arbeitsplatzabbau in Folge der Energiewende drohte, konterte ver.di mit einem Alternativkonzept.

„Die Energiewende bringt einen massiven Umbau der Energiekonzerne mit sich, vor allem auch durch die Umstellung auf stärker dezentrale Formen der Energieerzeugung", weiß Erhard Ott, im ver.di-Bundesvorstand als Leiter des Fachbereichs Ver- und Entsorgung auch für die Energiewirtschaft zuständig. „Sie erfordert in den nächsten Jahren Investitionen in zweistelliger Milliardenhöhe in die Netze", so Ott. Er konstatiert: Die im letzten Jahr eingeleitete Energiewende hat bei den Energieunternehmen für massive Einbrüche bei den Erlösen gesorgt, „doch selbst damit sind die Konzerne noch längst kein Sanierungsfall".

Erneuerbare erstmals vor Atomkraft

Anteile der Energieträger an der Brutto-Stromerzeugung 2011 (in Prozent)



Quelle: Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft, Stand Dezember 2011

© DGB einblick 01/12

Energie-Mix im Wandel: Erstmals lag Ende 2011 der Anteil der erneuerbaren Energien bei der Brutto-Stromerzeugung vor dem der Atomenergie. Wichtigster Energieträger für die Stromerzeugung bleibt die Kohle.

Das stellen die Konzerne anders dar: Schon kurz nach der von der Kanzlerin eingeleiteten Kehrtwende in Sachen Energiepolitik verkündeten Unternehmen im Energiesektor, etwa E.ON, dass sie in Folge dessen Tausende von Arbeitsplätzen abbauen müssten. Gemeinsam mit der Hans-Böckler-Stiftung hat ver.di für E.ON ein Alternativkonzept entwickelt und dem Konzern vorgerechnet, wie er den Umbau ohne Arbeitsplatzabbau bewerkstelligen kann.

Voraussetzung dafür ist aus Sicht von ver.di, das im Konzern vorhandene Fach- und Erfahrungswissen weiter zu nutzen. „Das Know-how der Beschäftigten ist für unser Alternativszenario wesentliche Geschäftsgrundlage", betont Ott. „Genau dieses Know-how droht jedoch durch das Kostensenkungsprogramm E.ON 2.0 verloren zu gehen. Dem haben wir ein wirtschaftliches Programm entgegengesetzt, das Gewinnperspektiven für den Konzern bedeutet und Arbeitsplätze der Beschäftigten sichern kann." Strategie von ver.di ist es, mit tarifvertraglichen Regelungen in der Energiewende Beschäftigung und Standorte zu sichern. So sind die Arbeitsplätze der bisher in den Atomkraftwerken Beschäftigten für die nächsten zwei Jahrzehnte gesichert, wenn neben dem Nachbetrieb der AKW auch deren Rückbau berücksichtigt wird.

Die Energiewende stellt ver.di wie die anderen Gewerkschaften vor neue Herausforderungen. In der Dienstleistungsgewerkschaft ist ein großer Teil der Beschäftigten organisiert, die im Bereich Energieerzeugung und -wirtschaft arbeiten. In den Energieunternehmen, die eng mit dem Bergbau verknüpft sind, vertritt auch die IG BCE die Interessen der Beschäftigten. Arbeits- und Tarifbedingungen der Beschäftigten in der Energiewirtschaft gehören zu den besten in Deutschland. Das gilt es, zu verteidigen. Auch in Bezug auf die Erneuerbaren Energien, die landläufig spätestens seit der Energiewende als Jobmotor Nummer 1 gelten, aber gleichzeitig auch den Beschäftigten selten gute Arbeitsbedingungen und wenig tarifvertragliche Absicherung bieten. „Ein Problem ist, dass bisher vor allem von privaten Unternehmen in Erneuerbare Energien investiert wurde", stellt Ott fest. Sowohl die Energiekonzerne wie auch die Stadtwerke hätten sich bislang zurückgehalten. Erst jetzt ändert sich das – und ver.di erwartet, dass die neuen Arbeitsplätze, die dort im begrenzten Umfang entstehen, unter bestehende Tarifverträge fallen.

Um überall im Bereich Angebot und Erzeugung alternativer Energien für mehr Mitbestimmung und tarifvertragliche Absicherung zu sorgen, startet ver.di in Kürze eine breit angelegte Organisationskampagne. Auch um zu verhindern, dass Ökostrom zur mitbestimmungsfreien Zone wird. So konnte ver.di erst im arbeitsgerichtlichen Beschlussverfahren bei einigen alternativen Stromanbietern Betriebsratswahlen durchsetzen. •

Neue Energie und alte Netze

Die Energiewende erfordert einen erheblichen Um- und Ausbau der Netzinfrastruktur. Wie groß ist der Ausbaubedarf wirklich? Und wie lässt sich der Um- und Ausbau sozial- und umweltverträglich umsetzen? Diese Fragen stehen im Mittelpunkt einer Fachkonferenz, zu der DGB und Hans-Böckler-Stiftung am 1. Februar nach Berlin einladen.

Mehr Infos: www.einblick.dgb.de

Masterplan zur Energiewende

Die Gewerkschaften kritisieren die mangelhafte Umsetzung der Energiewende durch die schwarz-gelbe Regierungskoalition. „Beschlüsse allein reichen nicht, es kommt auf die Umsetzung an", stellt der DGB-Vorsitzende Michael Sommer fest. Die zuständigen Ministerien müssten an einem Strang ziehen und „endlich mal einen Zahn zulegen". „Ich erwarte einen echten Masterplan zur Energiewende, der vom Bundeskanzleramt koordiniert und exekutiert wird", fordert Sommer.

Die Bundesregierung müsse alle Akteure zu „einer verbindlichen konzertierten Energie-Aktion an einen Tisch holen", sagt Dietmar Hexel, im DGB-Bundesvorstand für Energiepolitik zuständig. Sonst würden die Unternehmen keinen Euro und keinen Cent in die Energiewende stecken. „Wir brauchen jetzt reale Investitionen in Erneuerbare Energien, in Überlandnetze entlang der Autobahn, in moderne Kraftwerke sowie mehr Forschungsmittel für Speichertechnologien. Und vor allem benötigen wir verbindliche Energieeffizienzgesetze. Dass sich Bund und Länder bei der energetischen Gebäudesanierung gegenseitig blockieren, ist ein Skandal", so Hexel.

PROJEKTE UND PARTNER

Flower Label

Vor dem Aus

Das Blumengütesiegel „Flower Label Program" (FLP) ist gescheitert. Die Gewerkschaft IG BAU sowie die Nichtregierungsorganisationen FIAN, Brot für die Welt und terre des hommes sind Ende 2011 aus dem Förderverein ausgetreten. Sie zogen damit die Konsequenzen aus der wachsenden Handlungsunfähigkeit des FLP. In deren Folge wurde ein Missbrauch des Gütesiegels möglich, das bisher als eines der glaubwürdigsten galt. FLP war schon 2011 wirtschaftlich nicht mehr tragfähig, die Büros in Köln und Quito (Ekuador) wurden bereits geschlossen.

Das Siegel wurde 1999 ins Leben gerufen und basiert auf dem internationalen Verhaltenskodex für Schnittblumen. Nachdem erfolgreich Mindestlöhne, das Verbot von Kinderarbeit, Gesundheitsschutz und Mitbestimmung durchgesetzt werden konnten, scheiterte das FLP an der Gewerkschaftsfreiheit, die vom Zertifizierungskomitee gefordert wurde. Zahlreiche Betriebe traten aus dem FLP aus. Die IG BAU und ihre Partner unterstützen in Zukunft die Fairtrade-Zertifizierung im Blumensektor und rufen dazu auf, sich beim Kauf für Fairtrade-Blumen und -Pflanzen zu entscheiden. •

www.igbau.de

Arbeit und Leben

Jugendseminare 2012

„Erleben, entdecken, diskutieren, ausprobieren" ist das Motto des Jahresprogramms 2012 zur politischen Jugendbildung vom Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben.

Es richtet sich an 14- bis 26-Jährige. Das Spektrum der Themen reicht von Klimawandel und Globalisierung über Berufseinstieg, interkulturelles Verständnis, Medien oder Ernährung bis zu Politik und Demokratie. Die Seminare finden in ganz Deutschland statt, auch Seminarreisen ins Ausland werden angeboten. •

www.arbeitundleben.de

interregio

••• Der ***DGB Berlin-Brandenburg*** und das Bündnis der Vernunft gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit, dessen Mitglied der DGB ist, schreiben 2012 erneut das ***Band für Mut und Verständigung*** aus. Nominiert werden können Menschen aus Berlin und Brandenburg, die Zivilcourage gegen Rassismus gezeigt haben oder durch ihr ehrenamtliches Engagement zur interkulturellen Verständigung und zum friedlichen Zusammenleben der Menschen beigetragen haben. Vorschläge können bis zum 1. März 2012 eingereicht werden.

www.respekt.dgb.de

••• Sachsen gehört – neben Schleswig-Holstein, Bayern und Hessen – zu den vier Bundesländern, die noch kein neues Tariftreue- und Vergabegesetz beschlossen haben. Der ***DGB Sachsen*** drängt daher auf die ***Novellierung des Vergabegesetzes*** unter sozialen, ökologischen und nachhaltigen Vorzeichen. Ein Gesetzesentwurf soll im März vorgestellt werden. Vorgesehen ist, dass öffentliche Aufträge nur an Unternehmen vergeben werden dürfen, die ihre MitarbeiterInnen tariftreu entlohnen und Mindestlohn zahlen. Geplant ist auch eine Begleitkampagne, um die sächsische Bevölkerung für das Thema zu sensibilisieren.

www.sachsen.dgb.de

neueBücher

Die Herausforderungen für eine erfolgreiche Betriebsratsarbeit waren auch 2011 vielfältig: von den Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise bis zur Bewältigung des demografischen Wandels. Der Band ***Erfolgsfaktor Betriebsrat 2011*** beschreibt **66 Beispiele erfolgreicher Interessenvertretung** angesichts betrieblicher, wirtschaftlicher und demografischer Umbrüche. Er stellt Betriebsräte vor, die 2011 für den Deutschen Betriebsrätepreis vorgeschlagen wurden. Die Beispiele aus der Praxis zeigen, wie der Anspruch auf Beteiligung aktiv umgesetzt wird und Beschäftigte in betriebliche Interessenvertretung eingebunden werden können. Dabei sind eine Vielzahl konstruktiver und kreativer Lösungen zur betrieblichen Gestaltung des demografischen Wandels oder der Krisenfolgen entstanden.

Eva-Maria Stoppkotte, Thorsten Halm (Hrsg.): Erfolgsfaktor Betriebsratsarbeit 2011. 66 Beispiele erfolgreicher Interessenvertretung, Bund-Verlag; 192 Seiten, 24,90 Euro

DGB-Jugend

Dual Studierende versichern

Seit dem 1.Januar 2012 gilt auch für dual Studierende die uneingeschränkte Sozialversicherungspflicht. Mit einem Flyer informiert die DGB-Jugend über die Details der neuen Regelung. Zum Beispiel: Welche Studiengänge werden durch das Gesetz erfasst? Und: Wie kann der Betriebsrat weiterhelfen? Eine Tabelle zeigt auf einen Blick, wie hoch die Beiträge zu den einzelnen Versicherungen je nach Einkommen sind. Wissenswert: Als Entgelt gilt jede Zahlung des Arbeitgebers an die dual Studierenden, egal ob es sich dabei um eine Vergütung, ein Stipendium oder Ähnliches handelt. Zudem gilt: Wenn das Entgelt höchstens 325 Euro beträgt, muss der Arbeitgeber die Beiträge allein übernehmen. •

www.einblick.dgb.de/hintergrund

Hans-Böckler-Stiftung

Später in Rente

Der Altersübergangs-Monitor, ein Forschungsprojekt im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung und des Forschungsnetzwerks Alterssicherung (Deutsche Rentenversicherung Bund), ist auch 2011 fortgesetzt worden. Seit 2009 erforschen WissenschaftlerInnen des Instituts Arbeit und Qualifikation der Universität Duisburg-Essen Veränderungen bei der Erwerbstätigkeit im Alter und beim Übergang in die Rente. Die Altersübergangs-Reporte 2011 gehen der Beschäftigungslosigkeit im Alter, dem Trend zum längeren Arbeiten sowie Neueinstellungen Älterer nach. Die Publikationen stehen im Internet zum Download bereit. •

www.boeckler.de

Wanderausstellung

„Nein zu Hitler!"

Erklärtes Ziel der Nationalsozialisten nach der Machtergreifung 1933 war es, die Arbeiterbewegung zu zerschlagen. Nach dem Verbot der freien Gewerkschaften und der SPD im gleichen Jahr gingen viele Mitglieder in den Untergrund und übten Widerstand gegen die Diktatur. An sie und ihren politischen Kampf will die Ausstellung „Sozialdemokratie und Freie Gewerkschaften in Verfolgung, Widerstand und Exil 1933-1945" erinnern. Die Ausstellung, die seit 2008 durch Deutschland tourt, ist bis zum 27. Januar in Rendsburg zu sehen und ab dem 30. Januar in Detmold. •

www.fes.de

Corporate Social Responsibility (CSR)

CSR darf nicht beliebig sein

Wie verbindlich sollten Regeln für Corporate Social Responsibility (CSR), also zur sozialen Verantwortung von Unternehmen, sein? Seitdem der Begriff existiert, wird darüber heftig gestritten. Neue Dynamik erhält die kontroverse Debatte durch die EU-Kommission. Sie will für mehr Klarheit und Transparenz sorgen.

CSR ist ein schillernder Begriff, der auch in den Gewerkschaften kontrovers diskutiert wird – insbesondere weil die Gefahr des „window dressings" besteht, also einer Schönfärberei der tatsächlichen Unternehmenspraxis durch kunstvoll gestaltete Hochglanz-CSR-Berichte. Für die Gewerkschaften ist CSR deshalb auch nur „on top" zu gesetzlichen Regelungen, etwa im Bereich der Mitbestimmung, vorstellbar. Der DGB fordert zudem einheitliche, überprüfbare CSR-Standards. Denn Unternehmen sind nicht dazu legitimiert, ihre Verantwortung gegenüber der Gesellschaft allein zu definieren. Im CSR-Forum der Bundesregierung haben sich die dort vertretenen Organisationen, darunter die Spitzenverbände der Wirtschaft BDA, BDI, DIHK und ZDH sowie für die Gewerkschaften DGB, IG BCE, IG Metall und ver.di, auf ein gemeinsames CSR-Verständnis geeinigt. Ein Kerngedanke: „CSR ist freiwillig, aber nicht beliebig."

Aus gewerkschaftlicher Sicht ist deshalb vor allem wichtig, gegen die Beliebigkeit in unternehmerischen CSR-Strategien anzugehen. So fordert DGB-Vorstandsmitglied Dietmar Hexel, der Mitglied im CSR-Forum der Bundesregierung ist: „Wenn ein Unternehmen CSR-Konzepte auflegt, dann muss eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen der ArbeitnehmerInnen in Deutschland und Europa, für die Arbeitsbedingungen der ArbeitnehmerInnen in den Entwicklungsländern und für den Erhalt unserer Umwelt wahrnehmbar stattfinden." Alles andere wäre Schönfärberei.

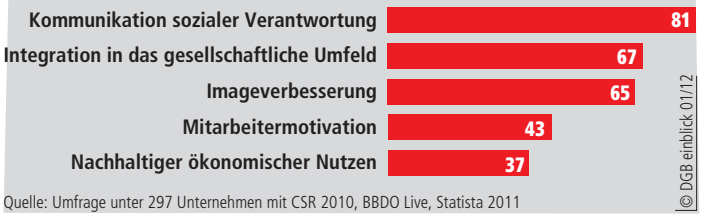
Neue Dynamik erhält die Debatte durch die EU-Mitteilung zu CSR vom 25. Oktober 2011. Darin hat die EU-Kommission CSR nun als „die Verantwortung von Unternehmen für ihre Auswirkungen auf die Gesellschaft" definiert. Diese Definition geht über frühere der EU hinaus. Die EU-Kommission will außerdem irreführendes CSR-Marketing eindämmen und schlägt vor, soziale und ökologische Kriterien stärker in das öffentliche Auftragswesen einfließen zu lassen. Zudem plant die Kommission, noch in diesem Jahr eine Rechtsvorschrift zur Transparenz von sozialen und ökologischen Faktoren in der Unternehmensführung vorzulegen. Insbesondere dagegen laufen die Spitzenverbände der Wirtschaft Sturm. Und doch bleiben die Kommissionspläne deutlich hinter den vom DGB-Kongress 2010 in Berlin beschlossenen Forderungen zurück.

Da wundert es nicht, dass der Gegensatz von Freiwilligkeit und Verbindlichkeit zentrales Thema einer Internationalen CSR-Konferenz des Bundesarbeitsministeriums im Dezember 2011 in Berlin war. „CSR darf nicht nur ein werbewirksames Label sein, sondern muss in eine unternehmerische Gesamtstrategie eingebracht werden", stellte der IG BCE-Vorsitzende Michael Vassiliadis auf der Konferenz klar. Gleichzeitig betonte er die Bereitschaft der Gewerkschaften, sich konstruktiv mit dem Thema auseinanderzusetzen: „CSR ist eine freiwillige Verpflichtung und sollte die Chance erhalten, zu zeigen, wie erfolgreich das sein kann." Das ersetze aber nicht verpflichtende globale Standards zu grundsätzlichen Themen. „So sind z. B. eine gerechte Bezahlung und faire Lohnfindung nur in einem System mit freien Gewerkschaften vorstellbar." Gemeinsam mit Hans-Böckler-Stiftung und DGB-Bildungswerk stellte der DGB während der Konferenz die gewerkschaftliche CSR-Debatte und Projekte vor, die die besondere Rolle zeigen, die Gewerkschaften und Betriebsräte im CSR-Bereich spielen können.

Dass auch Arbeitgeber das deutsche Mitbestimmungsmodell schätzen, machte Michael Schmidt, Vorstandsmitglied von BP Europa, deutlich: „Gerade in Zeiten des Umbruchs haben wir gute Erfahrungen mit der Mitbestimmung gemacht. In konstruktiver, wenn auch nicht immer konfliktfreier Zusammenarbeit haben wir mit den Betriebsräten gute Lösungen zugunsten des Unternehmens und der Beschäftigen erarbeitet. Ich beobachte, dass auch bei ausländischen Managern im Konzern, die in Deutschland gearbeitet haben, unser deutsches Mitbestimmungsmodell, nach anfänglicher Skepsis, durchaus Anerkennung findet." •

Kommunikation am wichtigsten

Ziele von Unternehmen bei ihrem CSR-Engagement (in Prozent)



Quelle: Umfrage unter 297 Unternehmen mit CSR 2010, BBDO Live, Statista 2011

Tue Gutes und rede darüber: Getreu diesem Motto geht es vor allem um Kommunikation, wenn Unternehmen sich in Sachen CSR engagieren.

Kein Ersatz

Auf dem DGB-Kongress 2010 haben die Gewerkschaften ihre Haltung zu CSR in einem Beschluss konkretisiert. Für sie steht fest: „Die Unternehmen sind nicht legitimiert, ihre Verantwortung gegenüber der Gesellschaft allein zu definieren. Die Gewerkschaften werden durch ihre Vertretung in staatlichen und zwischenstaatlichen Gremien darauf hinwirken, dass robuste gesellschaftliche Regelungen beibehalten und nicht durch freiwillige Regelungen ersetzt werden". CSR könne den Schutz von ArbeitnehmerInnen sinnvoll ergänzen, aber niemals Arbeitnehmerrechte ersetzen.

Auf internationaler Ebene fordern die Gewerkschaften verbindliche zwischenstaatliche Lösungen, um Kernarbeitsnormen als Fundament zu manifestieren. Zudem sollen die OECD-Leitsätze dazu dienen, Umwelt, Arbeits- und Sozialstandards durchzusetzen. „CSR-Selbstverpflichtungen dürfen keine Kosmetikmaßnahme sein." Unternehmen müssen für soziale, ökologische und humanitäre Auswirkungen ihrer Aktivitäten haften. Öffentliche Aufträge müssen die ILO-Kernarbeitsnormen einhalten. Und: Soziale und ökologische Unternehmenspflichten sollen in internationalen Wirtschaftsabkommen verankert werden.

Das Zehn-Punkte-Papier des DGB zu CSR:
www.einblick.dgb.de/hintergrund

kurz&bündig

Die IG Metall lädt auch 2012 ihre Mitglieder wieder zum kostenlosen Besuch der Computermesse CeBit (6. bis 10. März) und zur Hannover Messe (23. bis 27. April) ein. Die Eintrittskarten sind in den IG Metall-Verwaltungsstellen oder bei den Vertrauensleuten im Betrieb erhältlich.

Immer mehr ältere Menschen in Deutschland brauchen einen Nebenjob – obwohl sie schon im Rentenalter sind. Darauf hat die IG Bauen-Agrar-Umwelt hingewiesen. So waren im ersten Quartals 2011 insgesamt 751 599 Senioren in Deutschland als Mini-Jobber beschäftigt. Damit ist die Zahl der Senioren-Jobber seit 2003 um 26 Prozent gestiegen.

Der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske hat den Richtlinienentwurf von EU-Binnenkommissar Michel Barnier, europaweit den Zugang zu Konzessionsmärkten zu vereinfachen, kritisiert. „Ein solcher Schritt gefährdet die Qualität der Dienstleistungen", so Bsirske. Zudem drohten schlechtere Arbeits- und Lohnbedingungen.

Der GdP-Vorsitzende Bernhard Witthaut hat davor gewarnt, die hochgerechneten Versorgungslasten für öffentliche Haushalte zur Stimmungsmache gegen BeamtInnen zu missbrauchen. Witthaut: „Während ihrer gesamten Laufbahn leisten Beamte Beiträge zu ihrer späteren Versorgung."

DGB Sachsen

Flagge zeigen

Wie bereits in den Vorjahren ruft der DGB Sachsen zu einer zentralen friedlichen Demonstration am 18. Februar in Dresden auf. Hintergrund: Auch in diesem Jahr ist davon auszugehen, dass Neonazis den Jahrestag der Bombardierung Dresdens 1945 für ihre Zwecke missbrauchen. Der DGB will dem ein Bekenntnis für Frieden und Toleranz, für eine demokratische Stadt, ein Bekenntnis gegen Gewalt, gegen Menschenfeindlichkeit, für das friedliche Zusammenleben aller Menschen entgegensetzen. Es sei selbstverständlich, dass jegliche Art von Protest friedlich und gewaltfrei verlaufen muss, betont der DGB. •

Der Aufruf:
www.einblick.dgb.de/hintergrund

ver.di

Keine Leiharbeit an Bord

ver.di hat die Pläne der Lufthansa kritisiert, 200 LeiharbeiterInnen als Kabinenbesatzung auf Flügen von und zum neuen Berliner Flughafen einzusetzen. Gemeinsam mit der Unabhängigen Flugbegleiter Organisation (UFO) fordert ver.di das Unternehmen auf, „zu einer seriösen Unternehmenspolitik und soliden Tarifpartnerschaft zurückzukehren".

Ein Rechtsgutachten bestätigt die Position der beiden Gewerkschaften, dass Lufthansa weder in Berlin noch an anderen Standorten mit LeiharbeiterInnen als FlugbegleiterInnen tarifliche Standards unterlaufen darf. Die Fluggesellschaft hatte den Schritt angekündigt, um Personalkosten zu senken. Die Grundvergütung soll zwar die gleiche sein, Unterschiede soll es jedoch bei Gehaltserhöhungen, der Altersvorsorge, tariflichen Nebenleistungen und Arbeitszeiten geben. •

2012: Das Gewerkschaftsjahr auf einen Blick

30.1.-1.2.	IG BCE, Ortsgruppentagung gegen Rechts , Bad Münder
4.2.	dju/ver.di, 4. Fotografentag „Geht's noch?", Hannover
27.-29.2.	NGG, Backwarenforum, Oberjosbach
29.2.	GEW, Tagung „Ziffernnoten: Anreiz oder Leistungsbremse?", Köln
8.3.	Internationaler Frauentag
22.3.	DGB NRW, Demokratie und Soziale Hochschule, Dortmund
23.3.	Equal Pay Day 2012
29./30.3.	ver.di, Tagung für Betriebs- und Personalräte „Gute Arbeit und alter(n)sgerechte Arbeitsbedingungen als Herausforderungen für betriebliche Interessenvertretungen", Berlin
31.3.	IG BAU, Außerordentlicher Gewerkschaftstag, Frankfurt am Main
24.4.	EVG, Tag der Mitarbeiter im Busbereich
24./25.4.	GdP-Verkehrssymposium, Potsdam
26.4.	Girls' Day
28.4.	DGB NRW, Konferenz gegen Rechtsextremismus, Dortmund
1.5.	**DGB, zentrale 1. Mai-Kundgebung, Stuttgart**
1.5.-16.6.	Ruhrfestspiele Recklinghausen
6.5.	Landtagswahl in Schleswig-Holstein
10.5.	ver.di, Arbeitsmarkttagung, Berlin
24.5.	EVG, Tag der Mitarbeiter im Bereich Sicherheit und Service
25.-28.5.	GEW, Bundeskonferenz Junger GEWerkschafter_innen, Rotenburg an der Fulda
10.6.	DGB Niedersachsen-Bremen-Sachsen-Anhalt, Vergabe des DGB-Filmpreises beim Int. Filmfest Emden-Norderney, Emden
7.-10.6.	4.IG BCE, Frauentag, Hannover
7.-10.6.	IG BAU, Sunrise Festival, Steinbach/Taunus
8./9.6.	**DGB, EKD, Umweltverbände, Internationaler Transformationskongress, Berlin**
15.6.	IG BAU, Tag der Gebäudereinigung
21.7.-1.8.	GEW, Sommerakademie Masuren, Nowa Kaletka (Polen)
24./25.8.	IG BCE, Jugendforum, Kagel
5.-8.9.	GEW, 6. Wissenschaftskonferenz „Reformbaustelle Hochschule", Herrsching am Ammersee
25./26.9.	IG Metall, Stahlkonferenz, Hamm
7.10.	**IGB, 5. Welttag für menschenwürdige Arbeit**
11.10.	60. Jahrestag Betriebsverfassungsgesetz 1952
19.-21.10.	NGG, Bundesfrauenkonferenz; Motto: „stark.frauen in der NGG", Oberjosbach
28.10.-1.11.	**EVG, 1. Ordentlicher Gewerkschaftstag, Berlin**
7./8.11.	IG BCE, 5. Betriebsräte-Jahrestagung, Hannover
15.-17.11.	IG Metall, Vertrauensleutekonferenz, Willingen
22.11.	GdP-Arbeitsschutzsymposium, Potsdam
23.-24.11.	IG BAU, Berufsbildungspolitische Tagung, Erfurt
25.11.	dju/ver.di, Journalistentag, Berlin
28./29.11.	DGB, 15. Schöneberger Forum, Berlin
1.12.	IG BCE, 42. Recklinghäuser Tagung (Migrationspolitische Konferenz der IG BCE), Recklinghausen

Mehr Termine: ***www.einblick.dgb.de***

MEINUNG

Familienpolitik

Widersprüchliche Botschaften

Der schwarz-gelben Familienpolitik fehlt ein klares Konzept. Seit 2007 fördert das Elterngeld als Lohnersatzleistung die Erwerbstätigkeit von Müttern. Das jetzt geplante Betreuungsgeld würde das Gegenteil bewirken. Publizist Thomas Gesterkamp zieht nach fünf Jahren Elterngeld Bilanz.

Foto: privat

Thomas Gesterkamp, 54, ist Autor von Büchern zu familien- und geschlechterpolitischen Themen, unter anderem *„Gutesleben.de – Die neue Balance von Arbeit und Liebe“* (Klett Cotta) und *„Die neuen Väter zwischen Kind und Karriere“* (Budrich Verlag).

Die Debatte zum Elterngeld vor fünf Jahren trug Züge eines Kulturkampfes: Ältere Herren erregten sich damals über „Zwangsverpflichtung“ und „Freiheitsberaubung“, ein bayerischer Politiker verspottete die obligatorischen Vätermonate als „Wickelvolontariat“. Für die Mütter hatte die einst zuständige CDU-Ministerin Ursula von der Leyen eine klare Botschaft parat: Wir helfen großzügig im ersten Jahr nach der Geburt eures Kindes, danach aber kehrt ihr bitte zurück auf den Arbeitsmarkt! Die Unternehmer, die in Zeiten des Fachkräftemangels qualifizierte Frauen im Betrieb halten wollen, applaudierten.

Christdemokratin von der Leyen, die einen ursprünglich sozialdemokratischen Vorschlag nach skandinavischem Vorbild umsetzte, konnte auf die Unterstützung der Opposition bauen. **Die eigene Fraktion stimmte zwar für ihren Gesetzesentwurf, war aber höchstens zur Hälfte überzeugt.** Als Beruhigungspille diente das in Aussicht gestellte Betreuungsgeld – von dem drei Viertel der Abgeordneten insgeheim hofften, es würde später an der Kassenlage scheitern.

Von der Leyen wechselte ins Arbeitsministerium und wurde durch die politisch schwache Kristina Schröder ersetzt. Angesichts der unerwartet hohen Steuereinnahmen will die CSU ihr Lieblingsprojekt vor der nächsten Wahl in 2013 unbedingt durchsetzen. Widerstand gegen die „Herdprämie“ kommt nicht nur von SPD, Grünen und Linken, sondern auch vom Koalitionspartner FDP und aus der CDU-Frauenunion.

Seit die Elternzeit mit einer Lohnersatzleistung von knapp zwei Dritteln des letzten Nettoeinkommens belohnt wird, hat sich die Beteiligung der Männer versiebenfacht. **Väter stellen inzwischen über 25 Prozent der Anträge auf Elterngeld.** Bis zu 1800 Euro Unterstützung im Monat sind ein attraktives Angebot für berufstätige Eltern, unabhängig vom Geschlecht. Das frühere Erziehungsgeld dagegen förderte die traditionellen Rollen. „Ich verdiene einfach mehr“ aus väterlicher oder auch „Mein Mann verdient einfach mehr“ aus mütterlicher Sicht lauteten die Argumente für die gewohnte Arbeitsteilung. Der auf 300 Euro begrenzte Zuschuss war eine Art Taschengeld für Geringverdienerinnen.

Jetzt möchte die CSU das Anreizsystem für Hausfrauen in neuem Gewand wieder einführen. Nicht nur die Gewerkschaften, auch die Arbeitgeberverbände lehnen das vehement ab. Gemeinsam erklärten der Arbeitgeber-Präsident Dieter Hundt und der DGB-Vorsitzende Michael Sommer Ende November letzten Jahres: „Die Einführung eines Betreuungsgeldes für Mütter und Väter, die keinen Betreuungsplatz für ihr ein- bis dreijähriges Kind in Anspruch nehmen, passt nicht in unsere Zeit und ihre Herausforderungen: Es setzt bildungs- und arbeitsmarktpolitisch die falschen Signale.“

Die Betriebe wollen ihre weiblichen Beschäftigten nicht verlieren. Schon im Mutterschutz und später während der Babypause, so empfehlen Chefs und Vorgesetzte, sollten Frauen Kontakt zu ihrer früheren Stelle halten – und auf keinen Fall zu lange aussetzen. Die Versorgung mit Krippen für Unterdreijährige, die das ermöglichen soll, bleibt allerdings weit hinter den politischen Vorgaben zurück. Ein flächendeckendes und verlässliches Ganztagssystem, das auch die langen Schulferien überbrückt, fehlt vor allem in den westlichen Bundesländern.

Die Debatten um Elterngeld und Betreuungsgeld kreisen fast immer um die Phase direkt nach der Geburt. Kinder aufziehen dauert jedoch zwanzig Jahre und nicht nur ein paar Monate. **Wichtiger als direkte finanzielle Unterstützung ist eine familienbewusste Betriebskultur.** Manche Eltern haben Ernüchterndes über ihre beruflichen Zwänge zu berichten. Wünsche nach kürzeren Arbeitszeiten werten Vorgesetzte oft als Signal der Verweigerung – bis hin zu Fällen, wo gleich mit Kündigung gedroht wird. Aufmerksame Arbeitgeber haben verstanden: MitarbeiterInnen mit Familienaufgaben lassen sich heute nicht mehr allein mit Reisen, Dienstwagen oder Luxushotels ködern. Sie suchen einen alternativen Karriereweg und ein berufliches Umfeld, das Freiräume bietet auch für private Verpflichtungen. •

Falsche Anreize

Mütter, die ihr Kind nicht in eine Krippe geben wollen, sollen ab 2013 finanziell unterstützt werden. 100 Euro im Monat, ab 2014 sogar 150 Euro, stellt ein Beschluss des Koalitionsausschusses in Aussicht – auf Wunsch der CSU. FDP und auch die CDU-Frauen zeigten sich weniger begeistert. Sozialdemokraten, Grüne und Linke kritisieren wie die Gewerkschaften, dass hier Milliarden verschwendet werden, die beim Ausbau der öffentlichen Einrichtungen fehlen.

Konservative, die das traditionelle Familienmodell favorisieren, argumentieren häufig mit dem Begriff „Wahlfreiheit“. Von zwanglosen Entscheidungsmöglichkeiten der Eltern konnte jedoch nie die Rede sein: Mit dem Ehegattensplitting und der Mitversicherung von Frauen in der Krankenkasse unterstützt die staatliche Familienpolitik seit Jahrzehnten das traditionelle Familienmodell mit dem Vater als Ernährer.

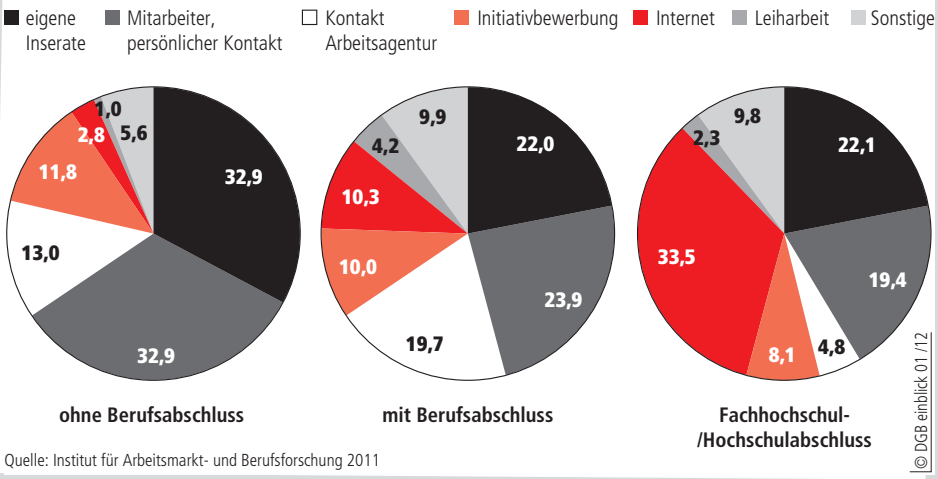
Gegen die besondere Förderung nicht erwerbstätiger Mütter sprechen auch bildungspolitische Argumente. „Herdprämien“ sind gerade in einkommensschwachen Milieus der falsche Anreiz. Für Kinder aus Hartz IV-Haushalten und aus vielen Migrantenfamilien ist der Besuch öffentlicher Betreuungseinrichtungen eine Chance zur Emanzipation.

dieDGBgrafik

NEUEINSTELLUNGEN: Jobs per Internet vor allem für Studierte

AkademikerInnen nutzen mehr als andere ArbeitnehmerInnen den Jobmarkt Internet – ein Drittel wurde 2010 auf diesem Weg neu eingestellt. Das zeigt eine Analyse des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). ArbeitnehmerInnen ohne Berufsabschluss kommen vor allem durch eigene Inserate und durch persönlichen Kontakt in Arbeit. Relativ geringe Chancen auf Arbeit mit Perspektive haben Leiharbeitskräfte. Gerade mal 4,2 Prozent der LeiharbeiterInnen mit Berufsabschluss fanden so einen Job.

Anteil der Besetzungswege nach Qualifikationsanforderung der Stelle 2010 (in Prozent)



Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 2011

© DGB einblick 01/12

14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

20.1. GEW Hamburg, Diskussion „Kamingespräch zum Thema individualisiertes Lernen", Hamburg

24.1. Hans-Böckler-Stiftung, „8. Konferenz für ArbeitnehmervertreterInnen im Aufsichtsrat börsennotierter Unternehmen: Moderne Personalökonomie und Mitbestimmung", Frankfurt/Main

24.1. Hans-Böckler-Stiftung, DGB NRW, Stiftung Arbeit und Umwelt, Fachtagung „Nachhaltigkeit in der Chemischen Industrie", Leverkusen

24./25.1. DGB und Hans-Böckler-Stiftung, Fachtagung „Moderne Personalökonomie und Mitbestimmung", Frankfurt/Main

28.1. GEW Thüringen, „20. Hochschulkonferenz", Erfurt

30.1. IG BCE, Tagung „Mitten unter uns – Rechte Gewalt und Neofaschismus in Deutschland, Bad Münder

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke, Lena Clausen **Redaktionelle Mitarbeit:** Udo Böhlefeld, Birgit Böhret, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/30882 4-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

Angaben nach § 7 a des Berliner Pressegesetzes: An der Graewis Verlag GmbH sind beteiligt: Anne Graef, Journalistin, Berlin (65 Prozent), Dr. Peter Wilke, Diplom-Volkswirt, Wilke und Maack Partnerschaftsgesellschaft, Hamburg (18 Prozent), Klaus Maack, Diplom-Wirtschaftsingenieur, Wilke und Maack Partnerschaftsgesellschaft, Hamburg (17 Prozent).

personalien

••• ***Sina Frank***, 32, ist seit 1. Januar politische Referentin in der Europaabteilung beim DGB-Bundesvorstand. Ihr Schwerpunkt ist die europäische Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Zuvor war Frank persönliche Referentin für den Chef der Senatskanzlei und für die Europastaatssekretärin des Landes Berlin.

Tipp

***Ratgeber:** DGB-Bundesvorstand, Hartz IV – Tipps und Hilfen des DGB, aktualisierte Neuauflage 2012, 106 Seiten, 0,85 Euro pro Exemplar plus Porto und Versand, ab 50 Exemplare 0,60 Euro, www.dgb-bestellservice.de*

2012 stehen erneut Veränderungen im Hartz IV-System an. Die Verunsicherung in den Jobcentern und bei den Leistungsbeziehern ist groß. Das zeigt auch die hohe Zahl der Widersprüche und Klagen gegen ALG-II-Bescheide. Der Ratgeber des DGB beantwortet Fragen rund um das Thema ALG-II und gibt viele nützliche Tipps, auch zum Umgang mit dem Jobcenter. Es wird unter anderem erklärt, was eine Bedarfsgemeinschaft ist, welches Einkommen und Vermögen angerechnet wird und was bei der Kranken- und Rentenversicherung zu beachten ist.

Schlusspunkt.

„Die FDP macht gerade die Erfahrung, dass es eine Illusion ist, zu glauben, der Austausch von Personen löse alle Probleme."

Der bayrische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Horst Seehofer in der Süddeutschen Zeitung vom 7. Januar 2012.

Kündigung eines minderjährigen Azubis

Muss den Eltern zugehen

Das Berufsausbildungsverhältnis beginnt mit einer Probezeit. Während dieser Zeit kann es nach dem Berufsbildungsgesetz sowohl vom Auszubildenden als auch vom Ausbildenden jederzeit ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist gekündigt werden. Eine solche Kündigung muss jedoch noch während der Probezeit zugehen. Ist der Auszubildende minderjährig, wird die Kündigung erst dann wirksam, wenn sie seinem gesetzlichen Vertreter zugeht.

Bundesarbeitsgericht, Urteil vom 8. Dezember 2011 - 6 AZR 354/10

Betriebsratswahl

Einhaltung der Wahlzeit ist wichtig

Der Wahlvorstand muss die Zeit der möglichen Stimmabgabe für eine Betriebsratswahl konkret festlegen und bekannt geben. Wird die Wahlzeit nicht eingehalten, kann die Wahl wirksam angefochten werden. Das ist zum Beispiel der Fall, wenn im Wahlausschreiben ein Zeitfenster von 10,5 Stunden angegeben wird, das Wahlteam zur Stimmabgabe in den einzelnen Filialen aber nur jeweils für höchstens 30 Minuten dort anwesend ist.

Landesarbeitsgericht Schleswig-Holstein, Beschluss vom 21. Juni 2011 – 2 TaBV 41/10

Bahnservice

Nachtzuschlag für Stewardess

Für eine Stewardess mit Zugschaffnerfunktion ist ein Nachtzuschlag von 25 v.H. angemessen.

Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg, Urteil vom 19. August 2011 - 10 Sa 1450/11

Arbeitsunfähigkeit

Ärztliches Attest schon am ersten Tag

Ist ein Arbeitnehmer arbeitsunfähig erkrankt, muss er nach dem Gesetz spätestens nach drei Kalendertagen eine ärztliche Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung beim Arbeitgeber vorlegen. Der Arbeitgeber ist berechtigt, die Vorlage schon früher zu verlangen. Er kann ohne Begründung verlangen, dass der Arbeitnehmer schon ab dem ersten Tag der Krankheit das ärztliche Attest vorlegt.

Landesarbeitsgericht Köln, Urteil vom 14. September 2011 - 3 Sa 597/11

Sozialhilfe

Heimunterbringung ist keine Trennung

Sozialhilfe zur Pflege wird nur geleistet, soweit den Pflegebedürftigen oder deren Ehegatten bzw. Lebenspartnern nicht zuzumuten ist, die Pflegekosten zu tragen. Ein Ehegatte oder Lebenspartner kann jedoch nicht herangezogen werden, wenn er vom Pflegebedürftigen getrennt lebt. Allein aus der Tatsache, dass der pflegebedürftige Ehepartner in einem Pflegeheim untergebracht ist, lässt sich nicht schließen, dass die Ehepartner getrennt leben. Hiervon ist vielmehr erst bei einem nach außen erkennbaren Trennungswillen auszugehen.

Hessisches Landessozialgericht, Urteil vom 25. November 2011 – L 7 SO 194/09

Gesetzliche Unfallversicherung

Busfahrer nur in Busnähe geschützt

Ein Busfahrer, der seine Pause als Zuschauer eines Fußballspiels verbringt, ist nicht von der gesetzlichen Unfallversicherung geschützt.

Der Fall: Der Arbeitnehmer, ein abhängig beschäftigter Busfahrer, hatte eine Reisegruppe zu einem Pokalspiel nach München gefahren. Er kam in den Genuss einer nicht abgeholten Eintrittskarte und verfolgte in seiner 90-minütigen Pause das Fußballspiel. Beim Verlassen des Stadions rutschte er aus und zog sich einen Muskelfaserriss zu. Der Unfallversicherungsträger lehnte die Anerkennung als Arbeitsunfall ab.

Das Landessozialgericht: Ein Arbeitsunfall als Voraussetzung des gesetzlichen Unfallversicherungsschutzes liegt nicht vor. Auch bei Busfahrern muss zwischen Tätigkeiten unterschieden werden, die mit dem Beschäftigungsverhältnis in einem wesentlichen, inneren Zusammenhang stehen, und deswegen versichert sind und solchen, die der privaten unversicherten Sphäre zuzurechnen sind. Der Arbeitnehmer hat seine unbezahlte Pause von 1 ½ Stunden im eigenen Belieben gestaltet. Der Besuch des Fußballspiels ist der Freizeitgestaltung und damit dem unversicherten privaten Bereich zuzurechnen. Der Unfall hat sich im Fußballstadion und damit außerhalb des versicherten Umkreises in Busnähe ereignet. Busfahrer unterstehen in ihrer Pause zwischen zwei Fahrten nicht automatisch dem Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung.

Bayerisches Landessozialgericht, Urteil vom 25. Oktober 2011 - L 3 U 52/11

Gesetzliche Unfallversicherung

Mord ist kein Arbeitsunfall

Eine Straftat mit familiärem Hintergrund begründet keine Entschädigung als Arbeitsunfall.

Der Fall: Das spätere Mordopfer arbeitete als Koch in der Pizzeria seiner Ehefrau. Zu dem tragischen Geschehen kam es anlässlich einer Fahrt zum Steuerberater, auf der der 38-jährige Sohn des Paares den Vater begleitete. Auf der Rückfahrt lockte der Sohn den Vater bei einem Halt unter einem Vorwand nach hinten zum Kofferraum und schlug mit einem bereitgelegten Zimmermannshammer mehrfach auf den Kopf des Vaters ein, um ihn zu töten. Dieser trug schwere, jedoch nicht tödliche Verletzungen davon und versuchte zu fliehen. Der Sohn holte daraufhin aus dem Kofferraum einen Benzinkanister, übergoss den Vater mit Kraftstoff und zündete ihn an. Das Opfer erlag seinen schweren Verletzungen. Die Frau begehrte Witwenrente aus der Unfallversicherung.

Das Landessozialgericht: Dass der Sohn die Fahrt zum Steuerberater dazu genutzt hat, seinen Vater umzubringen, war reiner Zufall, der in keinem Zusammenhang mit der Berufstätigkeit des Ermordeten steht. Wie sich im Rahmen des Strafverfahrens ergab, war die Tat lange geplant. Bereits in der Kindheit hat sich ein abgrundtiefer Hass gegen den Vater entwickelt. Es ist nicht gelungen, die familiären Probleme, wie auch eine sexuelle Belästigung der Freundin und späteren Ehefrau des Sohnes durch den Vater, zu klären. Der Mord stellt sich damit als gründlich vorbereitetes und planvoll durchgeführtes Verbrechen dar. Ursächlich für den Tod war deshalb allein ein privater Vater-Sohn-Konflikt; ein betrieblicher Zusammenhang ist nicht zu erkennen.

Landessozialgericht Baden-Württemberg, Beschluss vom 22. November 2011 - L 2 U 5633/10

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 06.02.2012 2/12

DGB

Integrationspolitik

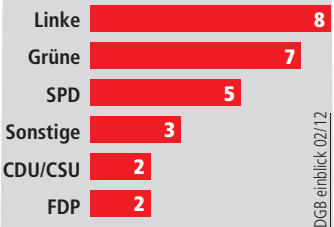
Hemmnisse abbauen

Mehr Teilhabe und Partizipation in Bildung, Arbeitswelt und Gesellschaft fordert der DGB für Menschen mit Migrationshintergrund. Kritisch sehen DGB und Gewerkschaften den auf dem 5. Integrationsgipfel von der Bundesregierung vorgestellten Aktionsplan zur Integrationspolitik. Dieser habe „noch immer eklatante Lücken und muss dringend nachgebessert werden", betont DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach.

So sei zwar die Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren gesunken, doch Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit werden unverhältnismäßig oft in prekäre und schlecht bezahlte Jobs gedrängt. „Es ist höchste Zeit, den Niedriglohnsektor trockenzulegen und gleichzeitig die Perspektiven für Teilhabe ausländischer Beschäftigter zu verbessern", fordert Buntenbach. Der Hintergrund: Der Anteil dieser ArbeitnehmerInnen ist in der Gastronomie mit 22 Prozent und mit 13,8 Prozent in der Leiharbeit überproportional hoch.

Keine Vielfalt

Anteil von MigrantInnen unter Ratsmitgliedern in Stadtparlamenten nach Parteizugehörigkeit (in Prozent)



Quelle: Heinrich-Böll-Stiftung 2011

© DGB einblick 02/12

Gerade einmal 190 BürgerInnen mit Migrationshintergrund sind Mitglied in einem Stadtrat. Das zeigt eine Studie der Heinrich-Böll-Stiftung, die die Rolle und das Selbstverständnis von Menschen mit Migrationshintergrund in den Parlamenten von Städten mit mehr als 100 000 Einwohnern untersucht hat. Ausgenommen waren die Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen.

Auch der GEW-Vorsitzende Ulrich Thöne kritisiert die Integrationspolitik der Bundesregierung: „Es geht darum, Diskriminierung von Menschen mit Migrationshintergrund zu beseitigen, Benachteiligung zu überwinden und Rassismus zu bekämpfen." Der Gedanke der gleichberechtigten Teilhabe am gesellschaftlichen Leben müsse dabei der Dreh- und Angelpunkt sein. „Hierfür ist Bildung der Schlüssel." Es sei zwar ein Fortschritt, dass die Meldepflicht für Kinder ohne Pass an Schulen aufgehoben wurde, doch Integration bedeute mehr. „Nötig ist, dass alle Kinder das Recht auf einen Schul- oder Kitabesuch haben und hier gleichberechtigt willkommen geheißen werden", so Thöne.

Der DGB hat die gewerkschaftlichen Positionen für eine nachhaltige Integrationspolitik in einem Positionspapier zusammengefasst. So müssten vor allem rechtliche Integrationshemmnisse überwunden werden. „Es muss gewährleistet werden, dass allen Menschen, die in Deutschland leben, ein gleichrangiger Zugang zu guter Arbeit gewährt wird. Davon sind wir noch immer meilenweit entfernt", kritisiert Buntenbach.

Betriebe und Verwaltung sollen sich interkulturell öffnen. „Wir brauchen einen kulturellen Mentalitätswandel und die Bundesregierung muss dies aktiv fördern. Dazu gehört auch eine Auseinandersetzung mit rassistischen Vorbehalten und Einstellungen. Rassismus muss auch als konkretes Integrationshemmnis bekämpft werden", so Buntenbach. Die Politik könne sich ein gutes Beispiel für gelungene Integration an der betrieblichen Mitbestimmungskultur in Deutschland nehmen. So sind alle Beschäftigten unabhängig vom Aufenthaltsstatus wahlberechtigt und können auch gewählt werden. •

plusminusBERLIN

+ ***Die SPD-Bundestagsfraktion hat den Antrag „Kultur für alle" in „Leichter Sprache" eingebracht. „Die Politikerinnen und Politiker der SPD wollen, dass alle Menschen überall mitmachen können", erklärt SPD-MdB Ulla Schmidt. Ziel des Antrages ist es, die UN-Behindertenrechtskonvention für den Bereich Kultur und Medien umzusetzen.***

– ***Der CDU-Bundestagsabgeordnete Matthias Zimmer hat den von der SPD-Bundestagsfraktion eingebrachten Gesetzesentwurf über die „Festsetzung des Mindestlohnes" als ein „mindestlohnpolitisches Ermächtigungsgesetz für das Ministerium für Arbeit und Soziales" bezeichnet. Auch auf Zuruf wollte Zimmer die Aussage nicht zurücknehmen.***

inhalt

Seite 3
Mit ins Boot
Private können es nicht besser, da sind sich mittlerweile viele Kommunen sicher. Der DGB fordert: Bei der Rekommunalisierung müssen die Beschäftigten beteiligt werden

Seite 5
Stabile Zahlen
Den Gewerkschaften ist es 2011 gelungen, die Mitgliederzahlen zu stabilisieren. Drei Gewerkschaften konnten ein Mitgliederplus verzeichnen

Seite 7
Gute Verwaltung
Der öffentliche Dienst soll modernisiert werden. DGB-Experte Karsten Schneider kritisiert, dass die Arbeit des öffentlichen Sektors vor allem als Kostenfaktor gesehen wird

Der Surf-Tipp fürs Internet

http://bit.ly/zIx5Dc
WDR-Beitrag „Niedriglöhne in der Fleischbranche", unter anderem mit dem NGG-Vorsitzenden Franz-Josef Möllenberg

Hintergrund

www.einblick.dgb.de/hintergrund
DGB-Positionspapier zum Integrationsgipfel 2012

CGZP-Urteil

Keine Amnestie

Der Beschluss des Berliner Landesarbeitsgerichtes vom 9. Januar ist eindeutig: Die CGZP war auch in der Vergangenheit nicht tariffähig. Bereits im Dezember 2010 hatte das Bundesarbeitsgericht die CGZP für nicht tariffähig erklärt. Geht es jedoch nach dem Willen des Wirtschaftsrates der Union, sollen Leiharbeitsunternehmen, die ihren Beschäftigten über Jahre Niedriglöhne gezahlt haben, per Gesetz vor Nachzahlungen geschützt werden. Für DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach steht fest: „Es ist ein Skandal, dass jetzt CDU und FDP versuchen, das Urteil des höchsten deutschen Arbeitsgerichtes durch zweifelhafte Gesetzesänderungen auszuhebeln." Allen Arbeitgebern sei bewusst gewesen, dass sie sich mit zweifelhaften Gewerkschaften eingelassen haben. Zahlreiche Foren im Internet zeugten davon, dass man dieses Risiko bewusst eingegangen ist. Etwa 3000 Leiharbeitsfirmen hatten LeiharbeiterInnen zu CGZP-Tarifen beschäftigt. Die Rentenversicherung hat bis Mitte Januar bereits 19,7 Millionen Euro Beitragsnachzahlungen eingefordert. Buntenbach stellt klar: „Auch die Arbeitnehmer müssen darauf vertrauen können, dass Urteile deutscher Gerichte Bestand haben." Das Bundesarbeitsministerium lehnt die Forderung des Wirtschaftsrates nach einer Amnestie ab. •

Frauen

Geld statt Quote

Wenig Weitblick sieht DGB-Vorstandsmitglied Ingrid Sehrbrock bei den Siemens-Aktionären. Der Fondsmanager und Aktionär Johannes Ries hatte auf der Hauptversammlung mit anderen gegen eine Frauenquote gestimmt, weil die Dividende wichtiger sei. Sehrbrock bedauert die Ablehnung und betont, „wir brauchen die Quote". Zudem hätten die Herren wohl noch nicht gehört, dass „gemischte Teams erfolgreicher arbeiten" – auch zum Wohl der Aktionäre. •

Wirtschaftswachstum

Kritische Analyse

Hohe Wachstumsraten der Wirtschaft sind nicht automatisch ein Garant für gesellschaftliche Zufriedenheit. DGB-Vorstandsmitglied Dietmar Hexel stellte in einer Anhörung der Enquete-Kommission des Bundestages „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität" fest, bei den Gewerkschaften habe seit geraumer Zeit ein Umdenken eingesetzt, da der „große Kuchen" zunehmend ungleich verteilt werde. Trotz guter Wachstumsraten wären weder eine gerechte Vermögensverteilung noch gleiche Bildungschancen realisiert worden. Zudem hätte die Umweltbelastung zugenommen. Der DGB wünsche sich deshalb eine Diskussion darüber, wie bei niedrigeren Wachstumsraten gesellschaftliches Wohlergehen und ökologische Nachhaltigkeit sichergestellt werden könnten. Ziel der Kommission ist es, das bislang nur an quantitativen Kriterien ausgerichtete Bruttoinlandsprodukt (BIP) um ökologische, soziale und kulturelle Aspekte zu ergänzen. •

EU-Fiskalpakt

„Etikettenschwindel"

Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer hat den vom EU-Sondergipfel beschlossenen Fiskalpakt als „Etikettenschwindel" kritisiert. Er sei einseitig auf die Wahrung der Haushaltsdisziplin ausgerichtet, beantworte aber nicht die Frage, wie die Staaten ihre Einnahmen erhöhen können. Der strikte Sparkurs mache die europäischen Regierungen „langfristig handlungsunfähig". Dringend geboten seien zusätzliche Investitionen für mehr Wachstum. Finanziert werden könnte diese etwa durch eine Finanztransaktionssteuer oder auch durch eine Vermögensabgabe Wohlhabender. •

Fragen an ...

Foto: Privat

Das Berliner Landesarbeitsgericht hat festgestellt, dass die CGZP – die Tarifgemeinschaft Christlicher Gewerkschaften für Zeitarbeit – auch in der Vergangenheit nicht tariffähig war. Was LeiharbeiterInnen jetzt beachten müssen, erklärt Manfred Frauenhoffer, 59, Teamleiter der Arbeitseinheit Berlin der DGB Rechtsschutz GmbH.

■ Welche Folgen hat der Beschluss?

■ *Alle Arbeitnehmer, in deren Arbeitsverträgen auf die CGZP-Tarifverträge Bezug genommen wird, haben Anspruch auf die gleiche Vergütung, wie sie ihre Kollegen im Stammbetrieb bekommen. Dabei gilt: Der Anspruch auf Gleichbehandlung ist nicht auf die Vergütung beschränkt. Er betrifft alle Arbeitsbedingungen, da die Tarifverträge der CGZP von Anfang an nichtig sind. Die Verleiher können sich nicht darauf berufen, sie hätten auf die Wirksamkeit der Tarifverträge vertraut.*

■ Euer Büro hat diese Entscheidung erwirkt. Was war der konkrete Anlass?

■ *Die CGZP hat ihren Sitz in Berlin, deshalb war das Arbeitsgericht Berlin zuständig. Anlass war die Initiative der IG Metall zur Leiharbeit. Viele Kollegen hatten Zahlungsklagen erhoben, die aber nicht entschieden werden konnten, weil die Tariffähigkeit der CGZP ungeklärt war. Die Verfahren wurden ausgesetzt. Die Aussichten des Beschlussverfahrens waren sehr schwierig einzuschätzen. In früheren Verfahren waren die Kläger kurz vor einer Entscheidung des Gerichts „heraus gekauft" worden. Dies musste unbedingt vermieden oder erschwert werden. Deshalb haben wir 14 Verfahren betroffener Kollegen in einem zusammengefasst.*

■ Wie lautet euer Rat an die betroffenen LeiharbeiterInnen?

■ *Die Ansprüche auf Equal Pay sollten schnellstmöglich beim Arbeitgeber schriftlich geltend gemacht werden, da in der Regel in den Arbeitsverträgen Ausschlussfristen vereinbart sind. Allerdings dürfen diese drei Monate nicht unterschreiten. Eine Klage auf Equal Pay sollte bestmöglich vorbereitet werden. Das heißt, vorab sollte geklärt werden, wie hoch der Lohn eines vergleichbaren Arbeitnehmers im Entleiherbetrieb ist. Ist dies nicht bekannt, sollte der Entleiher rechtlich in die Pflicht genommen werden. Auch eine entsprechende Klage gegen den Entleiher auf Auskunft wahrt die Ausschlussfristen. Kontakt zu den Gewerkschaften sollte aufgenommen werden. Die verweisen dann an den DGB Rechtsschutz, der die Klage bundesweit kompetent führt.*

Infos für LeiharbeiterInnen: www.dgb.de/-/qGt

Rekommunalisierung

Beschäftigte müssen mit ins Boot

Zwei Jahrzehnte Deregulierung und Privatisierung haben in Deutschland Spuren hinterlassen. Das Versprechen, der private Bereich könne Dienstleistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge besser organisieren als der Staat, ist nicht erfüllt worden. Das Ergebnis ist stattdessen: weniger Dienstleistungsqualität, massive Preiserhöhungen, schlechtere Arbeitsbedingungen und Personalabbau. Zurück in öffentliche Hand wird deshalb immer häufiger gefordert. Doch auch angesichts anstehender Rekommunalisierungen fürchten manche Beschäftigte erneut um ihre Arbeitsbedingungen.

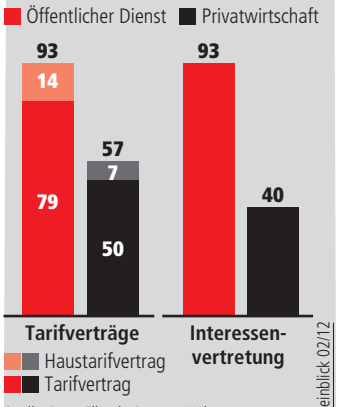
Spätestens seit Beginn der Banken- und Euro-Krise dreht sich der Wind. Nicht nur die Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen, sondern auch immer größere Teile der Politik ziehen eine negative Bilanz der Privatisierung. Das Abschöpfen der Gewinne durch Private bei gleichzeitiger Sozialisierung von Verlusten ist in Verruf geraten.

Einer Umfrage der Universität Leipzig zufolge erwägt derzeit jede dritte Kommune die Rekommunalisierung der Energieversorgung. Sie hoffen – nach der verflogenen Euphorie über die einmaligen Einnahmen durch den Verkauf und die folgenden Qualitätseinbußen – auf die Rückgewinnung kommunalen Einflusses und auf mehr Einnahmen. Seit Ende der 90er Jahre sind bundesweit über 40 Stadtwerke neu gegründet worden, weitere sind in Planung.

Es spricht vieles für die Rückführung der Dienstleistungen der Daseinsvorsorge in öffentliche Trägerschaft. Für Gewerkschaften und Beschäftigte steht aber auch die Sicherung von Arbeitsplätzen und Arbeitsbedingungen ganz oben auf der Agenda. Denn die öffentliche Hand ist nicht automatisch der „bessere" Arbeitgeber. Insbesondere die Beschäftigten der großen Energieversorger, in der Regel gewerkschaftlich gut organisiert, sehen ihre Arbeitsbedingungen und Löhne in Gefahr. So äußerte etwa Thies Hansen, Gesamtbetriebsratsvorsitzender des Energieversorgers E.ON Hanse, Mitte Januar auf einer Tagung von DGB und Hans-Böckler-Stiftung unter dem Motto „Zurück zur öffentlichen Hand – Chancen und Formen der Rekommunalisierung": „Wenn es um die Sicherung von Arbeitsplätzen und Arbeitsbedingungen geht, erleben wir den Unterschied in der Bezahlung und eine klare existenzielle Bedrohung." Etwa in Schleswig-Holstein: Dort wehrten sich Stadtwerke, die Konzessionsgebiete übernehmen wollen, mit Händen und Füßen gegen die Übernahme von E.ON-Beschäftigten, so Hansen.

Öffentlicher Dienst gut aufgestellt

Mitbestimmung und Tarifverträge in Unternehmen (in Prozent)



Quelle: Peter Ellguth, Susanne Kohaut, Industrielle Beziehungen, 18(1-2): 11-38, Rainer Hampp Verlag, 2011

© DGB einblick 02/12

Im Kernbereich des Öffentlichen Dienstes – öffentliche Verwaltungen/Sozialversicherungen – arbeiten 93 Prozent der Beschäftigten im Rahmen tarifvertraglicher Regelungen, in der privatisierten Wirtschaft nur knapp 50 Prozent (Haustarife: 7 Prozent). Interessenvertretungen existieren in der Privatwirtschaft in lediglich 40 Prozent der Unternehmen gegenüber 93 Prozent im Öffentlichen Dienst.

Schon während der Privatisierungswelle sahen sich viele Beschäftigte mit der Demontage von Mitbestimmungsrechten, Lohn- und Gehaltssenkungen und Personalabbau konfrontiert. DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki fordert nun: „Gewerkschaften und Beschäftigte müssen bei der Rekommunalisierung mit ins Boot, damit die Belegschaften im Einzelfall nicht Einkommenseinbußen erleiden, wie es im Bereich Ver- und Entsorgung drohen könnte." Gleichzeitig sieht er eine mögliche Win-Win-Situation: „Die Chance für die Kommunen liegt darin, vieles besser zu machen. Gute Arbeit bedeutet dann, tariflich bezahlte, sichere Arbeitsplätze anzubieten und MitarbeiterInnen zu haben, deren Ideen und Vorschläge gefragt sind und die deshalb motivierter sind, kreativer und freundlicher im Umgang mit den BürgerInnen."

Die öffentlichen Unternehmen brauchen diese Faktoren, um effizient im unternehmerischen Sinne wie im öffentlichen Interesse zu arbeiten. „Im Zuge der Liberalisierungspolitik stehen öffentliche Unternehmen zunehmend im Wettbewerb mit privaten Konkurrenten und verfolgen Unternehmensstrategien, die sich kaum von privaten Unternehmen unterscheiden", meint Thorsten Schulten vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut in der Hans-Böckler-Stiftung. Für „gutes Wirtschaften" seien deshalb demokratisch legitimierte Ziele und Kriterien notwendig, wie sie für das Vergaberecht gefordert werden: „Soziale Kriterien wie Tariftreue oder Mindestlöhne sind ebenso nötig wie eine umweltschonende, energieeffiziente und nachhaltige Produktionsweise." •

Öffentliche häufig günstiger

Viele Städte und Landkreise haben in den letzten Jahren privatisierte Aufgaben wieder übernommen. Allein zwischen 2006 und 2008 holten bundesweit rund 100 Kommunen die privatisierte Abfallentsorgung zurück. Im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung hat der Wirtschaftswissenschaftler Tim Engartner die Auswirkungen untersucht. Sein Fazit:

- ***Stadtwerke müssen keine Gewinne erwirtschaften. Deshalb können die Gebühren niedriger sein.***
- ***In der Entsorgungsbranche gibt es stets das Risiko der Unterauslastung der Anlagen. Private Betriebe verlangen dafür eine erhebliche Risikoprämie.***
- ***Öffentliche Betriebe arbeiten eher mit fest angestelltem und qualifiziertem Personal. Das ermöglicht mehr Effizienz.***
- ***Abfallentsorgung zählt zur hoheitlich zu regelnden Daseinsvorsorge, darum zahlen kommunale Betriebe keine Mehrwertsteuer.***
- ***Städte und Gemeinden, die öffentliche Aufgaben in eigener Regie leisten, können auf eine kostspielige europaweite Ausschreibung verzichten.***

In den Landkreisen Aachen und Düren etwa wurde die Müllabfuhr billiger. Die Arbeit wird nun nach Tarif bezahlt und von sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten gemacht.

Mehr Infos zum Thema:
www.einblick.dgb.de/hintergrund

PROJEKTE UND PARTNER

Ruhrfestspiele 2012

Die russische Seele

Im Mittelpunkt der Ruhrfestspiele vom 1. Mai bis 16. Juni stehen bedeutende russische Autoren. Unter dem Motto „Im Osten was Neues" schlägt das Festival einen Bogen „von den fernen Tagen des russischen Theaters in die Zukunft". Von Gogol über Puschkin und Tschechow zu Tolstoi und Dostojewski werden Werke der russischen Großmeister aufgeführt.

Foto: Lisa Tomasetti

Schauspielerisch ist ein Staraufgebot vor Ort: Oscar-Preisträgerin Cate Blanchett spielt in Botho Strauß' „Groß und Klein", die deutschen Schauspielgrößen Corinna Harfouch in „Die Möwe" und Ulrich Matthes in „Onkel Wanja". Abgerundet wird das Theaterprogramm durch musikalische Darbietungen wie etwa Tschaikowskis Sinfonie Nr. 5, Open-Air-Veranstaltungen und Lesungen. An zwölf Spielstätten werden 80 Produktionen in über 260 Aufführungen dargeboten. Der DGB und die Stadt Recklinghausen sind Hauptgesellschafter der Ruhrfestspiele. •

www.ruhrfestspiele.de

Deutscher Betriebsrätepreis 2012

Erfolgsmodell Mitbestimmung

Die Zeitschrift „Arbeitsrecht im Betrieb" schreibt zum vierten Mal den Deutschen Betriebsrätepreis aus. Der Preis will der kontinuierlichen Arbeit der Betriebsräte Anerkennung verleihen. Bewerben können sich Betriebsräte, die Initiativen und Projekte gestartet haben, die zur Verbesserung von Arbeitsbedingungen, zum Erhalt von Arbeitsplätzen und zur Bewältigung von Krisen im Betrieb beigetragen haben. Der DGB sowie die Mitgliedsgewerkschaften ver.di, IG Metall und IG BCE unterstützen den Preis, ebenso wie der Deutsche Betriebsrätetag und die Otto-Brenner-Stiftung. Schirmherrin des Preises ist Ursula von der Leyen, Bundesministerin für Arbeit und Soziales. Bewerbungsschluss ist der 30. April 2012. •

www.deutscherbetriebsraete-preis.de

interregio

••• „Arbeit wird von Menschen geleistet, Arbeit hat ein Gesicht" – unter diesem Motto laden die Katholische Arbeitnehmer-Bewegung (KAB), der ***DGB Ludwigsburg*** und die IG Metall zum ***Fotowettbewerb „Gesichter der Arbeit"*** ein. Teilnehmen können „FotografInnen" aus dem Landkreis Ludwigsburg, die die alltäglichen Gesichter der Arbeit im Büro, im Geschäft oder auf der Straße eingefangen haben. Einsendeschluss ist der 8. März. Die Preisverleihung erfolgt im Rahmen der DGB-Veranstaltung zum 1. Mai in Ludwigsburg.

www.nordwuerttemberg.dgb.de

••• Der ***DGB Niedersachsen*** kritisiert das ***neue Landesvergabegesetz*** als „kosmetische Gesetzesänderung". Die Landesregierung habe kein wirksames Instrument gegen Lohndumping geschaffen. „Dabei bräuchte es auch in Niedersachsen endlich ein Vergabegesetz, das Beschäftigte wirksam vor Dumpinglöhnen schützt", erklärt Hartmut Tölle, Vorsitzender des DGB Niedersachsen. In der Region arbeitet jeder Fünfte zu Niedriglöhnen. Die tariftreue Vergabe öffentlicher Aufträge habe daher eine enorme Vorbildfunktion, so Tölle.

www.niedersachsen.dgb.de

••• Baden-Württembergs SchülerInnen lernen nun länger gemeinsam. Der ***DGB Baden-Württemberg*** begrüßt die ***Einrichtung der ersten Gemeinschaftsschulen*** im Land als „bildungspolitischen Aufbruch". Marion von Wartenberg, stellvertretende DGB-Landesvorsitzende, erklärte, es breche eine neue Ära der Bildungspolitik an. Mit Gemeinschafts- und Ganztagsschulen würden mehr Bildungschancen unabhängig von Herkunft und sozialer Lage ermöglicht.

www.bw.dgb.de

Global Labour University

Global studieren

Unter dem Motto "There is an alternative" bietet die Global Labour University (GLU) seit 2004 englischsprachige Master-Studiengänge zu Arbeitspolitik und Globalisierung, nachhaltiger Entwicklung, sozialer Gerechtigkeit und internationalen Arbeitsstandards an. Die Master-Programme finden in Deutschland, Südafrika, Brasilien und Indien statt.

Bis zum 1. März können sich GewerkschafterInnen für den Master „Labour Policies and Globalisation" an der Universität Kassel und der Hochschule für Wirtschaft und Recht in Berlin bewerben. Die GLU verfolgt einen multikulturellen und multiregionalen Ansatz: Lehrende und Studierende stammen aus Entwicklungs- und Industrieländern und lernen gemeinsam. •

www.global-labour-university.org

Textil-Zulieferer

Keine Rechte

Die Kampagne für Saubere Kleidung (Clean Clothes Campaign, CCC) hat massive Arbeitsrechtsverletzungen bei den Zulieferern der Discounter Aldi, Lidl und KiK in Bangladesch aufgedeckt. Bei einer Befragung von 162 ArbeiterInnen stellte sich heraus: Menschenunwürdige Arbeitsbedingungen bestimmen weiterhin den Arbeitsalltag der NäherInnen. So verfügt die Mehrheit über keinen Arbeitsvertrag und muss unbezahlte Überstunden leisten. Gewerkschaftliche Organisation wird unterbunden. Sexuelle Diskriminierung und Misshandlung gehören ebenfalls für viele Frauen zum Arbeitsalltag. Die CCC fordert die Unternehmen auf, sicher zu stellen, dass ihre Lieferanten die Menschen- und Arbeitsrechte einhalten. Zu den 20 Trägerorganisationen der CCC gehören u.a. die IG Metall und das Nord-Süd-Netz des DGB-Bildungswerks. Die Studie kann online bestellt werden. •

www.sauberekleidung.de

Arbeitsvertrag

IG Metall hilft

Wer einen Arbeitsvertrag unterzeichnet, sollte genau wissen, was drin steht. Der kostenlose Ratgeber „Basiswissen Arbeitsvertrag" der IG Metall hilft, die Informationen zwischen den Zeilen zu verstehen. •

www.ig-metall.de

in eigener Sache

Im Text zur DGB-Grafik auf Seite 8 hatte sich im *einblick* 1/2012 ein **Fehler** eingeschlichen. Nicht 4,2 Prozent der LeiharbeiterInnen mit Berufsabschluss fanden einen Job, sondern 4,2 Prozent der ArbeitnehmerInnen mit Berufsabschluss fanden 2010 eine neue, feste Stelle über ein Leiharbeitsverhältnis.

Mitgliederentwicklung

Täglich 864 neue Mitglieder

Den Gewerkschaften ist es 2011 gelungen, die Mitgliederzahlen bei rund 6,15 Millionen zu stabilisieren. Gegenüber 2010 ist der Mitgliederrückgang von 1,1 auf 0,6 Prozent gesunken und liegt damit deutlich unter dem der Vorjahre. Drei Gewerkschaften, die GEW, die GdP und die IG Metall, konnten 2011 ein Mitgliederplus erzielen.

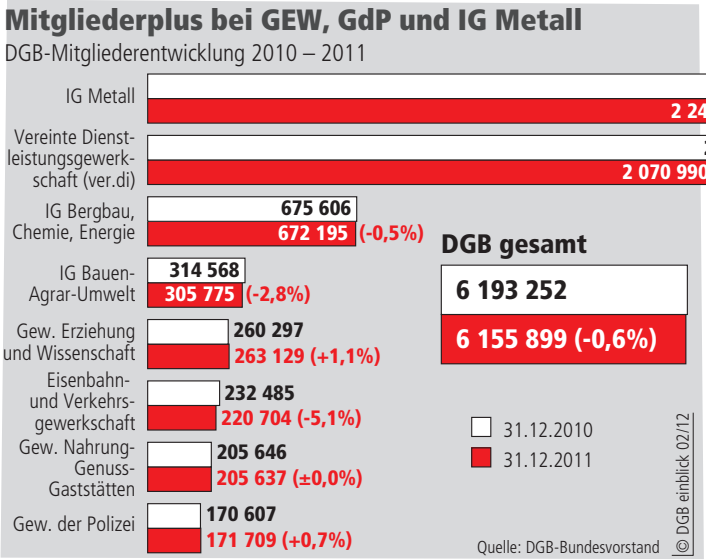
Ende 2011 zählten die acht DGB-Gewerkschaften insgesamt 6 155 899 Mitglieder. Im Schnitt sind 2011 täglich 864 Menschen neu in die Gewerkschaft eingetreten, deutlich mehr – fast 15 Prozent – als 2010 (täglich 750 neue Mitglieder). Gleichzeitig hat sich die Zahl der Abgänge weiter verringert. „Mit 37 353 Mitgliedern oder 0,6 Prozent war der leichte Mitgliederrückgang nur halb so hoch wie 2010. Bis auf eine Ausnahme ist das der niedrigste Wert seit 1992", erklärt DGB-Vorstandsmitglied Dietmar Hexel.

Die Gewerkschaften konnten insbesondere bei der Jugend punkten. „Gerade junge Menschen bekennen sich zunehmend zu den Gewerkschaften", so Hexel. „2,6 Prozent mehr junge Mitglieder sind ein schöner Erfolg aller acht DGB-Gewerkschaften." Etwa bei der IG Metall: So sind rund 42 Prozent der neuen IG Metall-Mitglieder jünger als 27. „Unsere Kampagne zur Jungen Generation zeigt Erfolge", resümiert Detlef Wetzel, Zweiter Vorsitzender der IG Metall. Auch bei ver.di lag in allen Bezirken die Zahl der Eintritte von unter 28-Jährigen unter der der Austritte. Und die IG BCE war 2011 bei der Mitgliederwerbung bei den Auszubildenden so erfolgreich wie in den vergangenen Jahren. Zwei von drei Jugendlichen des Ausbildungsjahrgangs 2011 sind bereits Mitglied der IG BCE.

Insgesamt konnten die Neueintritte die Verluste durch Renteneintritt, Tod und Austritt noch nicht ganz kompensieren. Einigen Gewerkschaften ist das aber bereits gelungen. „Wir haben die Trendwende bei den Mitgliedern geschafft", sagt der Erste Vorsitzende der IG Metall Berthold Huber. Erstmals seit rund zwanzig Jahren hat die IG Metall Ende 2011 einen Mitgliederzuwachs erzielt. Ende 2011 betrug die Zahl der Mitglieder der größten DGB-Mitgliedsgewerkschaft 2 245 760. Das sind 6172 mehr Mitglieder als 2010.

Bereits im vierten Jahr in Folge ist es der GEW gelungen, 2011 ein Mitgliederplus zu erreichen. „Wir ernten die Früchte der Mitgliederoffensive, für die der Gewerkschaftstag 2005 den Startschuss gegeben hat. Insbesondere in den Tarifauseinandersetzungen ist es gelungen, viele Beschäftigte für die GEW zu gewinnen. Wir freuen uns, dass sehr viele junge Pädagoginnen und Pädagogen in die Bildungsgewerkschaft eintreten", erklärt der GEW-Vorsitzende Ulrich Thöne. Auch die GdP hat wie bereits in den letzten beiden Jahren ihre Mitgliederzahl erhöht – 2011 um 0,65 Prozent.

Die zweitgrößte DGB-Gewerkschaft ver.di hat das Jahr 2011 mit dem geringsten Mitgliederverlust seit der Gründung abgeschlossen. Zum 31.12.2011 waren insgesamt 2 070 990 Mitglieder in ver.di organisiert. Im Jahresverlauf traten 105 741 neue Mitglieder in die Gewerkschaft ein. „In der Mitgliederentwicklung zeichnet sich eine Trendwende ab", sagt auch Klaus Wiesehügel, Vorsitzender der IG BAU, die besonders unter dem massiven Rückgang der Beschäftigtenzahlen in der Baubranche gelitten hat. Der Saldo zwischen Aus- und Eintritten habe sich gegenüber dem Vorjahr nahezu halbiert. Und in einigen Branchen, wie dem Gebäudereinigerhandwerk, konnte die IG BAU bereits mehr Mitglieder gewinnen, als sie verloren hat. •

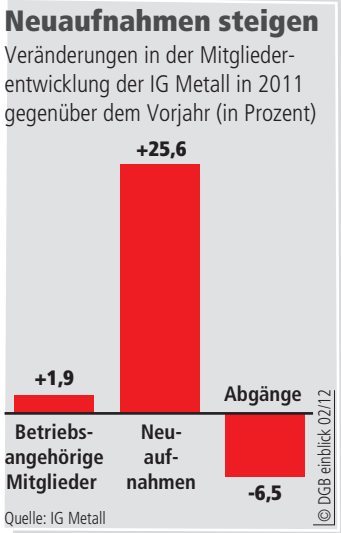


2011 ist es den DGB-Gewerkschaften gelungen, gegenüber 2010 den Mitgliederrückgang weiter zu reduzieren. Drei Gewerkschaften – die GEW, die GdP und die IG Metall – konnten ihre Mitgliederzahl gegenüber dem Vorjahr erhöhen.

Trendwende in den Betrieben

„In den Betrieben haben wir die Trendwende erreicht", erklärt der IG BCE-Vorsitzende Michael Vassiliadis. Wie die IG BCE konnte 2011 ein Großteil der DGB-Gewerkschaften den Anteil ihrer Mitglieder, die aktiv im Berufsleben stehen, erhöhen.

Etwa ver.di: Im vierten Jahr in Folge ist es ver.di gelungen, die Zahl der erwerbstätigen Mitglieder zu steigern. Damit ist der Anteil erwerbstätiger Mitglieder, der bei der Gründung im Dezember 2001 bei gut 70 Prozent lag, auf über 75 Prozent gestiegen. „Das ist sehr erfreulich, weil die Entwicklung in den Betrieben für uns besonders wichtig ist", betont der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske.



Mehr Mitglieder in den Betrieben, deutlich mehr Neuaufnahmen und weniger Abgänge: Die IG Metall hat 2011 die Trendwende in der Mitgliederentwicklung erreicht.

kurz&bündig

GEW ***Um die Qualität von Lehre und Forschung an den Hochschulen sicherzustellen, schlägt die GEW einen „Kodex für gute Personalpolitik" vor. Es müsse eine verantwortungsbewusste Personalpolitik umgesetzt werden, „um den Arbeitsplatz Hochschule auf Dauer attraktiv zu machen", so GEW-Hochschulexperte Andreas Keller.***

NGG ***Der NGG-Vorsitzende Franz-Josef Möllenberg hat die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 Euro gefordert, um damit die Binnenkonjunktur in Deutschland zu stärken. Hintergrund ist eine ILO-Studie, die Dumpinglöhne in der deutschen Lebensmittelwirtschaft kritisiert.***

ver.di ***ver.di fordert ein „Bündnis zur Rettung der Arbeitsplätze" für die Beschäftigten der insolventen Drogeriekette Schlecker. „Es sind nicht die Beschäftigten, die die finanzielle Misere von Schlecker verursacht haben", betonte Stefanie Nutzenberger, ver.di-Bundesvorstandsmitglied für den Handel.***

EVG ***Die EVG hat mit den Vorbereitungen für ihren 1. Ordentlichen Gewerkschaftstag im Oktober begonnen. Im Februar werden die 32 Wahlkreiskonferenzen tagen, die Anträge beraten und die Delegierten für den ordentlichen Gewerkschaftstag sowie die Bundesfrauen-, Bundessenioren- und Bundesjugendkonferenz wählen.***

Tarifjahr 2012

Mehr Geld und Übernahme

Für TarifpolitikerInnen der Gewerkschaften wird 2012 ein anstrengendes Jahr. Von Ende 2011 bis Ende 2012 laufen Tarifverträge in insgesamt 66 Bereichen aus. Rund 9,1 Millionen Beschäftigte können auf höhere Entgelte hoffen, hat das WSI-Tarifarchiv berechnet. Bereits in den ersten sechs Monaten stehen Verhandlungen in drei großen Bereichen an. So laufen die Verträge für den öffentlichen Dienst (Bund und Kommunen) mit 1,9 Millionen MitarbeiterInnen Ende Februar aus. Am 31. März endet der Tarifvertrag für die rund 3,3 Millionen Beschäftigten der Metall- und Elektroindustrie, und Ende Juni laufen die Verträge der Chemischen Industrie mit 550 000 ArbeitnehmerInnen aus. Hinzu kommen Tarifrunden im KfZ-Gewerbe (275 000 Beschäftigte), im Hotel- und Gaststättengewerbe (248 000) und im Bankgewerbe (245 000). Zudem steht u.a. ein neuer Vertrag beim Autokonzern VW an.

Es sei nur gerecht, jetzt den Anteil der ArbeitnehmerInnen am Boomjahr 2011 einzufordern, hat Helga Schwitzer, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, für die Metall- und Elektro-Tarifrunde angekündigt. „Wenn unsere Beschäftigten mehr ausgeben sollen, müssen sie mehr verdienen." Zudem will die IG Metall unbefristete Übernahme und Leiharbeit zum Thema machen. Am 24. Februar beschließt die IG Metall ihre Forderung für die Metall- und Elektrobranche. ver.di wird am 9. Februar die Forderungen für den öffentlichen Dienst vorstellen, und die IG BCE stellt ihre Forderungsempfehlung für die Tarifrunde 2012 in der Chemie am 14. Februar vor. Bereits jetzt fordert ver.di für den Banksektor sechs Prozent mehr Lohn und besseren Gesundheitsschutz, für die Deutsche Post AG sieben Prozent und bei der Deutschen Telekom AG 6,5 Prozent. •

Gute Arbeit

Psychische Belastungen

Psychische Erkrankungen am Arbeitsplatz nehmen zu. Doch während es das Thema „Burnout" zwar in die Talkrunden schafft, bleiben Lösungen in den Betrieben auf der Strecke. In ihrem Jahrbuch „Gute Arbeit 2012" widmet sich die IG Metall intensiv dem Thema psychischer Gefährdungen am Arbeitsplatz. Hans-Jürgen Urban, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, forderte bei der Vorstellung des Jahrbuchs in Berlin eine „Anti-Stress-Verordnung". Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) solle, so Urban, „die Schutzlücke" schließen. Der Gewerkschaft gehe es nicht um schärfere Gesetze, hilfreich wäre aber schon, die Schutzbestimmungen zu konkretisieren.

Nach Berechnungen des Bundesverbandes der Betriebskrankenkassen kostet die Behandlung psychischer Erkrankungen rund 27 Milliarden Euro jährlich. Die Kosten für den daraus entstehenden Produktionsausfall werden mit 26 Milliarden beziffert. Dies belege wieder einmal, „unterlassene Prävention ist sehr teuer", kritisierte Urban. Die IG Metall will eine ergebnisorientierte Debatte anstoßen, um die Situation in den Betrieben zu verbessern. Schließlich gebe es bereits heute bekannte Gefährdungen, die sich ändern ließen. Dazu zähle Monotonie ebenso wie Arbeitstakte unterhalb eineinhalb Minuten, oder auch projektbezogenes Arbeiten, wenn Beschäftigte von einem Projekt in das nächste „gehetzt" würden. •

Hans-Jürgen Urban, Lothar Schröder (Hg.), Handbuch Gute Arbeit Ausgabe 2012, Frankfurt/M. 2012, Bund-Verlag, 496 Seiten, 39,90 Euro

ICT-Richtlinie

Lohndruck auf Beschäftigte

Die IG BAU befürchtet Lohndumping und -druck auf die Beschäftigten in Europa, sollte die Richtlinie für den unternehmensinternen Transfer (ICT-Richtlinie) wie von der EU-Kommission vorgeschlagen in Kraft treten. Die Richtlinie erleichtert die Versetzung von Beschäftigten multinationaler Konzerne in europäische Filialen. Auch innerhalb Europas sind dann Versetzungen zwischen den Filialen möglich. Die Beschäftigten würden jedoch nicht zu den Bedingungen des EU-Landes arbeiten, in dem sie eingesetzt sind. „Das wäre eine Diskriminierung nach Herkunft pur", erklärt IG BAU-Europaexperte Frank Schmidt-Hullmann.

Die IG BAU begrüßt daher den Beschluss des Ausschusses für Justiz und Inneres des EU-Parlaments, dass die Betroffenen bei diesen Versetzungen die gleichen Rechte und Bezahlung erhalten sollen, wie die Beschäftigten im Zielbetrieb. Für einige Branchen sind darüber hinaus weiterhin Ausnahmen der Versetzungsrichtlinie denkbar. Die Hoffnungen ruhen nun auf einem Kompromissvorschlag, der zulässt, dass sich die Regierungen der Mitgliedstaaten mit den Sozialpartnern auf Branchenausnahmen einigen. •

Öffentlicher Dienst

Gute Verwaltung kostet Geld

Der öffentliche Dienst soll modernisiert werden, so lautet die Losung. Warum das Wort Modernisierung unter den Beschäftigten nicht beliebt ist und was die Folgen der so genannten Modernisierung mit aktuellen Lebensmittelskandalen zu tun haben, erklärt Karsten Schneider, DGB-Experte für den öffentlichen Dienst. Er kritisiert, dass die Arbeit des öffentlichen Dienstes nur als Kostenfaktor gesehen wird.

Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes können es oft nicht mehr hören, wenn von der Modernisierung des öffentlichen Dienstes die Rede ist. Das hat einen einfachen Grund: Die Modernisierung verspricht zwar Effizienzgewinne, mehr Partizipationschancen für die Beschäftigten und eine bessere Bürgerorientierung. Doch all das steht seit Jahren unter finanziellem Vorbehalt. Denn, so viel ist klar: Reorganisationsmaßnahmen kosten grundsätzlich Geld, sie sind eine Investition in die Zukunft.

In der Praxis waren fast alle Veränderungen Sparmaßnahmen, die – auch weil es den handelnden Akteuren einfacher durchsetzbar schien – Modernisierung genannt wurden. Damit hat man zweierlei erreicht: Die Veränderungsbereitschaft der Beschäftigten wurde nachhaltig geschwächt. Denn diese konnten lernen, dass ihnen unter dem Titel Modernisierung zwar **Chancen versprochen, aber real Kürzungen abverlangt** werden. Zudem wurde die Handlungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes geschwächt. Es wurden Mittel gekürzt, ohne zu prüfen, welche Aufgaben der öffentliche Dienst in Zukunft erbringen soll, welche und wie viel Daseinsvorsorge beziehungsweise Sicherheit die Bürgerinnen und Bürger wollen.

Statt die Leistungen des öffentlichen Dienstes in den Vordergrund zu stellen, die gerade in Deutschland bei der Bewältigung der jüngsten Wirtschaftskrise exemplarisch deutlich wurden, wird die öffentliche Hand als Kostenfaktor, das heißt als Problem gesehen. Ein Blick in die Praxis macht deutlich, was daraus resultiert. Seit Jahren offenbaren uns Lebensmittelskandale, dass sorgfältige Kontrollen notwendig sind. Doch oft können offizielle Stellen nur auf den Mangel an Personal verweisen. Ähnliches gilt auch für die Polizei, bei der administrative Aufgaben geschaffen, aber Personal abgebaut wird.

Allein in der Bundesverwaltung sollen bis 2014 weitere 10 000 Stellen gestrichen werden. Bei steigenden Anforderungen an die Beschäftigten, Arbeitsverdichtung und wachsendem Zeitdruck nehmen nicht nur körperliche, sondern auch psychische und psychosoziale Belastungen zu. **Sparen um jeden Preis** auf den Rücken der Beschäftigten und zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger **ist nicht akzeptabel.**

Ein deutliches Warnsignal ist, dass selbst in der Bundesverwaltung, die im Vergleich zu kommunalen Behörden noch recht wenig dem Reformeifer ausgesetzt war, der Krankenstand trotz zaghafter Maßnahmen der Gesundheitsprävention kontinuierlich steigt. Für den DGB und die Gewerkschaften im öffentlichen Dienst steht fest: Personalabbau führt in die falsche Richtung. **Gute Personalpolitik erfordert finanzielle und personelle Ressourcen.**

Foto: DGB

Dr. Karsten Schneider, 41, leitet seit Sommer letzten Jahres die Abteilung Beamte und Öffentlicher Dienst beim DGB-Bundesvorstand.

Die Beschäftigten und die Gewerkschaften sind bereit, gemeinsam mit den öffentlichen Arbeitgebern Schritte zur Verbesserung der Situation zu gehen. Das verlangt aber, dass Absprachen verlässlich sind. Die Erfahrungen bei früheren Modernisierungsinitiativen zeigen, dass Versprechen, zum Beispiel Modernisierungsdividenden für Beschäftigte in Form von Arbeitsentlastung, nicht eingehalten wurden. Eine Verbesserung der Mitbestimmung im öffentlichen Dienst sowie eine Stärkung der formalen Rolle der Gewerkschaften und des DGB als ihre Spitzenorganisation können einen wichtigen Beitrag leisten, um in Zukunft auf Augenhöhe zu sprechen und Vertrauen zwischen Dienstherren und Beschäftigten wieder aufzubauen.

Denn: Eine erfolgreiche Modernisierung des öffentlichen Dienstes kann es **nur mit und nicht gegen die Beschäftigten** geben. Nicht umsonst wird gerade in den Großunternehmen erfolgreich Gesundheitsprävention betrieben, in denen auch die Mitbestimmung und die Gewerkschaften stark sind. Das ist im Sinne des Erhalts öffentlicher Sicherheit und der Leistungsfähigkeit der öffentlichen Hand insgesamt im Interesse der Bürgerinnen und Bürger. •

Mehr Gesundheitsschutz

Der Auftrag, den die Sonderauswertung des DGB-Index Gute Arbeit zum öffentlichen Dienst liefert, ist eindeutig: Die Arbeitgeber in der öffentlichen Verwaltung müssen das Thema Gesundheit mehr in den Blick nehmen. Denn die Beschäftigten im öffentlichen Dienst bewerten ihre Arbeitsplätze nicht signifikant besser als andere ArbeitnehmerInnen. So geht auch hier nur jeder zweite Beschäftigte davon aus, unter den aktuellen Arbeitsbedingungen bis zum Ruhestand durchzuhalten.

Arbeitsverdichtung, Zeitmangel und Personalabbau haben auch negativen Einfluss auf die Qualität der Arbeit. 62,6 Prozent der Beschäftigten, die keiner Arbeitshetze ausgesetzt sind, aber nur 25,2 Prozent der ArbeitnehmerInnen mit hohem Stressaufkommen, glauben, dass ihre Arbeitskraft bis zum Renten- bzw. Pensionseintritt ausreicht.

Viele Beschäftigte leiden unter gesundheitlichen Beeinträchtigungen. Anders als oft angenommen, wird der öffentliche Dienst nicht als Musterarbeitgeber in Sachen Gesundheitsförderung gesehen. Für den DGB steht deshalb fest: Veränderungen sind dringend nötig.

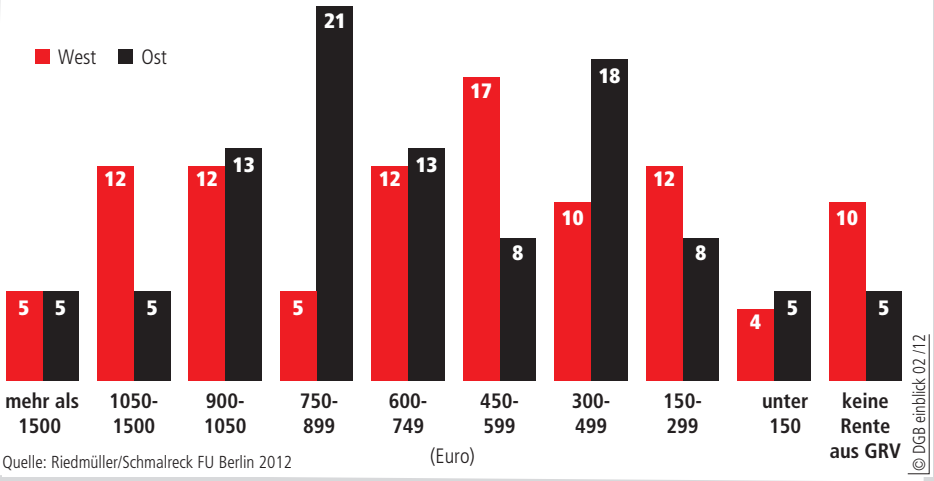
DGB-Index Gute Arbeit in den Behörden:
www.einblick.dgb.de/hintergrund

dieDGBgrafik

GESETZLICHE RENTE: Babyboomerinnen bleiben unter 1000 Euro

622 Euro im Westen und 790 Euro im Osten – mit so wenig Rente können Frauen aus der Babyboomer-Generation im Durchschnitt rechnen. Das zeigt eine Studie der Freien Universität Berlin. Prekäre Arbeit trage dazu bei, dass Frauen weniger gesetzliche Rente bekommen als Männer. Altersarmut droht vor allem westdeutschen Frauen, die einen „familienorientierten Lebenslauf" favorisieren. Nur jede Sechste in den alten und jede Zehnte in den neuen Bundesländern wird mehr als 1050 Euro erhalten.

Verteilung voraussichtlicher Renten von Frauen der Geburtsjahrgänge 1962 bis 1966 (in Prozent)



Quelle: Riedmüller/Schmalreck FU Berlin 2012

14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

7.2. DGB Niedersachsen, IG BCE, Friedrich-Ebert-Stiftung, Veranstaltung zum Equal Pay Day „Rolle vorwärts – Wie schaffen wir Gleichstellung in Arbeit und Gesellschaft?", Hannover

9.2. IG Metall und Hans-Böckler-Stiftung, Seminar „Betriebsräte als Innovationsbegleiter und Treiber betrieblicher Innovationsprozesse", Frankfurt am Main

11.2. DGB-Bildungswerk Bayern, Seminar „Aktuelle Bestandsaufnahme: Rechte Entwicklungen und Antifaschismus", Augsburg

13.2. Bündnis, Menschenkette in der Innenstadt von Dresden zum Gedenken an die Opfer der Bombardierung Dresdens sowie an die Opfer der nationalsozialistischen Verbrechen und des Zweiten Weltkrieges, Dresden

15.2. DGB-Region Frankfurt-Rhein-Main, Podiumsdiskussion zur OberbürgermeisterInnenwahl 2012, Frankfurt/Main

18.2. DGB Sachsen, Mahnwache/öffentliche DGB-Vorstandssitzung vor dem Volkshaus Dresden sowie zentrale Kundgebung „Mit Mut Respekt und Toleranz – Dresden bekennt Farbe" auf dem Schlossplatz Dresden und anschließend Demonstration anlässlich des geplanten Neonaziaufmarsches, Dresden

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke, Lena Clausen **Redaktionelle Mitarbeit:** Udo Böhlefeld, Birgit Böhret, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/30882 4-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

personalien

••• ***Professorin Dr. Brigitte Unger,*** 57, ist seit Februar 2012 neue Wissenschaftliche Direktorin des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in der Hans-Böckler-Stiftung. Die gebürtige Österreicherin hat einen Lehrstuhl für Public Sector Economics an der School of Economics der Universität Utrecht. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Wirtschaftspolitik, Steuerwettbewerb und Korporatismus. Sie berät u.a. die EU und die US-Regierung. Unger folgt ***Heide Pfarr,*** 67, die das Institut 16 Jahre lang leitete.

••• ***Ruprecht Hammerschmidt,*** 43, IG BAU-Pressesprecher, ist seit 1. Dezember auch Leiter der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation beim IG BAU-Bundesvorstand. Zudem ist er Chefredakteur der IG BAU-Mitgliederzeitung *Der Grundstein*. Er folgt ***Jörg Herpich,*** 58, der neuer Geschäftsführer des Gemeinnützigen Erholungswerkes (GEW) der IG BAU ist. Herpichs Funktion als einer von zwei Bundesvorstandssekretären der IG BAU hat ***Johannes Bauer,*** 46, übernommen, bisher Leiter des Büros des Bundesvorsitzenden Klaus Wiesehügel. Bauer leitet nun die Abteilung Strategische Planung und Controlling.

••• ***Simone Burger,*** 32, wird ab 1. März 2012 kommissarische Geschäftsführerin der DGB-Region München. Der Bezirksvorstand des DGB Bayern hatte Burger in einer Vorstandssitzung einstimmig gewählt. Sie wird damit Nachfolgerin des amtierenden DGB-Regionsvorsitzenden ***Christoph Frey,*** 34, der als Geschäftsführer zur Münchener Arbeiterwohlfahrt wechselt.

Schlusspunkt.

„Nicht, solange die Augenringe Papandreous kleiner sind als meine."

Laut Europa-Beilage der Süddeutschen Zeitung vom 26.1.2012 sagte dies Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) im Sommer 2011 auf die Frage, wann sie aufhören werde, von Griechenland Opfer zu verlangen.

Rentenversicherungsrecht

Witwenrente erst nach einem Jahr Ehe

Hat eine Ehe nicht mindestens ein Jahr gedauert, besteht in der Regel kein Anspruch auf Witwen- bzw. Witwerrente.

Der Fall: Eine 56-jährige Frau heiratete im November 2007 einen unheilbar an Kehlkopfkrebs erkrankten Mann. 17 Tage später verstarb der 58-Jährige an seiner Krebserkrankung. Die Witwe beantragte die Witwenrente. Die Rentenversicherung lehnte mit der Begründung ab, dass eine Versorgungsehe nicht widerlegt worden sei. Die arbeitslose und von Hartz-IV-Leistungen lebende Witwe hingegen vertrat die Ansicht, dass der Tod zum Zeitpunkt der Hochzeit nicht absehbar gewesen sei, und klagte ohne Erfolg.

Das Landessozialgericht: Nach dem Gesetz besteht kein Anspruch auf Witwen- bzw. Witwerrente, wenn die Ehe nicht mindestens ein Jahr gedauert hat. Anders ist dies nur, wenn wegen besonderer Umstände nicht davon auszugehen ist, dass die Heirat allein oder überwiegend einen Anspruch auf Hinterbliebenenversorgung bezwecken soll (so genannte Versorgungsehe). Solche besonderen Umstände sind anzunehmen bei einem plötzlichen unvorhersehbaren Tod (z.B. in Folge eines Unfalls) oder wenn die tödlichen Folgen einer Krankheit bei Eheschließung nicht vorhersehbar gewesen sind.

Im konkreten Fall hat zum Zeitpunkt der Eheschließung keine Aussicht mehr auf Heilung bestanden. Die Witwe und ihr Ehemann waren von den Ärzten über das fortgeschrittene Stadium der Tumorerkrankung informiert. Damit ist die gesetzliche Vermutung einer Versorgungsehe nicht widerlegt.

Hessisches Landessozialgericht,
Urteil vom 16. November 2011 - L 5 R 320/10

Arbeitslosengeld II

Neue Bekleidung nach Abmagerung

Nach erheblicher Gewichtsreduktion kann ein Anspruch auf Bekleidungserstausstattung bestehen.

Der Fall: Der Hartz-IV-Empfänger beantragte die Mittel zur Anschaffung von Kleidungsstücken und führte zur Begründung aus, er habe durch eine Abmagerungskur erheblich an Körpergewicht verloren. Sein Gewicht sei von ursprünglich 135 kg auf zuletzt 88 kg gesunken. Dadurch habe sich seine Jeans-Kleidergröße von 44 auf 36 und seine Schuhgröße von 45 bis 46 auf 43 bis 44 reduziert. Diese Umstände seien einem Totalverlust der Kleidung gleichzustellen, wofür ein Betrag von 420 Euro angemessen sei. Gegen die Ablehnung seines Antrages klagte er erfolgreich.

Das Landessozialgericht: Starker Gewichtsverlust bei Erwachsenen kann den Bedarf an einer Erstausstattung für Bekleidung auslösen. Der Begriff der Erstausstattung ist abzugrenzen von dem Erhaltungs- bzw. Ergänzungsbedarf, der aus der Regelleistung zu bestreiten ist. Die Erstausstattung mit Bekleidung erfasst diejenigen Fälle, in denen so gut wie keine Ausstattung für die jeweilige Bedarfssituation vorhanden ist, etwa nach Gesamtverlust durch Wohnungsbrand oder aufgrund außergewöhnlicher Umstände. Solche Umstände können in einer erheblichen Gewichtsveränderung liegen, die bei Erwachsenen – im Gegensatz zu Kindern, die regelmäßig auf neue Kleidung angewiesen sind – nicht regelmäßig und damit planbar vorkommen.

Landessozialgericht Hamburg,
Urteil vom 27. Oktober 2011 - L 5 AS 342/10

Gesetzliche Krankenversicherung

Krankengeld auch nach Ende der Arbeit

Werden ArbeitnehmerInnen am letzten Tag ihres Arbeitsverhältnisses von einem Arzt krankgeschrieben, erhalten sie ab dem Folgetag Krankengeld, auch wenn mit dem Arbeitsverhältnis die Versicherung mit Anspruch auf Krankengeld endet. Es reicht aus, wenn die Arbeitsunfähigkeit zu einem Zeitpunkt festgestellt wird, an dem die Versicherung noch besteht.

Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen,
Urteil vom 14. Juli 2011 - L 16 KR 73/10

Gesetzliche Unfallversicherung

Beschäftigung muss im Inland liegen

Wer für eine Auslandstätigkeit eingestellt und anschließend nicht beim gleichen Arbeitgeber im Inland weiterbeschäftigt wird, ist während seines Auslandseinsatzes nicht gesetzlich unfallversichert. Grundsätzlich seien nur Unfälle im Inland versichert, Versicherungsschutz im Ausland bestehe nur, wenn der Verunglückte aus einem inländischen Beschäftigungsverhältnis für begrenzte Zeit ins Ausland entsandt wird.

Hessisches Landessozialgericht,
Urteil vom 20. September 2011 - L 3 U 170/07

Spielsucht

Fahrlehrer kann Erlaubnis verlieren

Die Fahrlehrererlaubnis eines spielsüchtigen Fahrlehrers im Angestelltenverhältnis kann wegen Unzuverlässigkeit widerrufen werden, wenn er Gelder von Fahrschülern nicht an seinen Arbeitgeber weiterleitet, sondern für eigene Zwecke verwendet.

Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz,
Beschluss vom 9. Januar 2012 - 6 B 11340/11.OVG

Beamtenverhältnis

Nur bei Verfassungstreue

Einem Lehrer, der der Ideologie der Muslimbruderschaft und der Islamischen Gemeinde in Deutschland (IGD) nahesteht, darf die Einstellung in das Beamtenverhältnis auf Probe verweigert werden. Denn diese Gruppierungen vertreten eine gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung gerichtete Ideologie.

Verwaltungsgericht München,
Urteil vom 11. Januar 2012 - M 5 K 10.2856

Stuttgart 21

Ansteckerverbot nicht ohne Personalrat

Der Dienststellenleiter der Stadt Stuttgart durfte den Beschäftigten der Stadt nicht verbieten, Buttons pro oder kontra Stuttgart 21 zu tragen, ohne vorher die Zustimmung des Personalrats eingeholt zu haben. Das Verbot solcher Buttons stellt eine mitbestimmungspflichtige Maßnahme dar. Denn es trifft Regelungen der Ordnung in der Dienststelle und des Verhaltens der Beschäftigten im Sinne des Landespersonalvertretungsgesetzes.

Verwaltungsgericht Stuttgart,
Urteil vom 8. November 2011 - PL 22 K 4873/10

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 20.02.2012 3/12

DGB

Mindestlohn

„Erst vom Tisch, wenn wir ihn haben“

Innerhalb von vier Jahren ist die Zahl der Erwerbstätigen, die auf Hartz IV angewiesen sind, um mehr als 100 000 gestiegen. Um die Situation zu verbessern, fordert der DGB einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro und ein Sonderprogramm zur Weiterbildung von Geringqualifizierten.

„Wir werden nicht eher locker lassen, bis endlich allen Armutslöhnen der Garaus gemacht wurde“, stellt DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki klar, nachdem eine Initiative zur Einführung eines Mindestlohns von 8,50 Euro am 10. Februar im Bundesrat scheiterte. Matecki betont: „Die Gewerkschaften fordern nach wie vor einen flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro pro Stunde.“ Union und FDP hatten der Initiative der von SPD und Grünen geführten Bundesländer Baden-Württemberg, Hamburg, Rheinland-Pfalz, Brandenburg, Bremen und NRW nicht zugestimmt.

„Es ist bedauerlich, war aber erwartbar, dass die Bundesratsinitiative zum Mindestlohn gescheitert ist“, erklärt Matecki. Es sei allerdings mehr als widersprüchlich, „wenn die thüringische Ministerpräsidentin einerseits für Löhne plädiert, von denen man leben können muss, und gleichzeitig ihr Bundesland die Unterstützung für den gesetzlichen Mindestlohn im Bundesrat verweigert“. Aber auch Berlin habe keine gute Rolle gespielt, so Matecki. Klaus Wowereit (SPD) habe es nicht geschafft, seinen kleinen Koalitionspartner CDU zu einem Ja zu dieser Initiative zu bewegen.

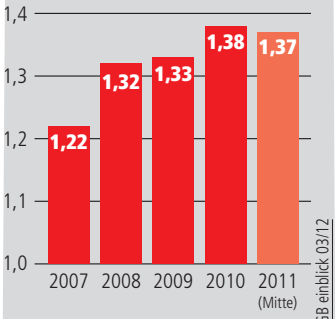
Auch ver.di bedauert das Scheitern der Mindestlohninitiative im Bundesrat und fordert die Blockierer zur Einsicht auf. Die Lage der prekär Beschäftigten in Deutschland sei zu ernst, um damit parteipolitische Spiele zu treiben, kritisiert die stellvertretende ver.di-Vorsitzende Andrea Kocsis. Die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung sei für einen gesetzlichen Mindestlohn, und dieses elementare Ziel werde auch ver.di hartnäckig weiterverfolgen. „Für uns ste ht fest: Der gesetzliche Mindestlohn ist erst vom Tisch, wenn wir ihn haben“, betonte Kocsis.

Der Antrag der sechs Bundesländer sah unter anderem vor, dass eine unabhängige Kommission den Mindestlohn nach britischem Vorbild jährlich überprüft und einen Vorschlag für die Höhe erarbeitet. Der Bruttolohn sollte nicht unter 8,50 Euro pro Stunde liegen und per Rechtsverordnung festgesetzt werden.

Bremen zeigt, dass es auch anders geht. Der NGG-Vorsitzende Franz-Josef Möllenberg begrüßt das Mindestlohngesetz, das die Bremer Bürgerschaft gerade verabschiedet hat. Das sieht vor, dass alle landeseigenen Gesellschaften und alle, die von Bremen Zuwendungen erhalten, verpflichtet werden, einen Mindestlohn von 8,50 Euro zu zahlen. So lange sich Schwarz-Gelb im Bund verweigere, sei dies ein richtiger und wichtiger Schritt. „Prekäre Arbeit ist kein Zukunftsmodell“, betont Möllenberg. •

Mehr Aufstocker

Erwerbstätige Hartz-IV-EmpfängerInnen (in Millionen)



Quelle: Deutscher Gewerkschaftsbund 2012, Berechnungen nach Bundesagentur für Arbeit

plusminusBERLIN

+ *Gerold Reichenbach (SPD) kritisiert den schwarz-gelben Entwurf zum Beschäftigtendatenschutz. Skandale wie bei der Bahn oder der Telekom hätten gezeigt, dass einiges im Argen liege: „Tritt das Gesetz zum Beschäftigtendatenschutz in der Form in Kraft, wie sich Union und FDP geeinigt haben, wird es künftig keine Skandale mehr geben. Sie wären legal.“*

– *Gisela Piltz (FDP) findet, dass Schwarz-Gelb mit dem Entwurf zum Beschäftigtendatenschutz „die Persönlichkeitsrechte der Beschäftigten deutlich“ aufwertet. „Anderslautende Berichte bewegen sich im Reich irriger Annahmen. Der Gesetzentwurf gibt, ohne auf der anderen Seite zu nehmen.“*

inhalt

Seite 2

Foto: DGB Sachsen

Mitmachen!
23. Februar, 12 Uhr:
Schweigeminute für die Opfer rechter Gewalt
Mehr dazu im Interview mit Michael Sommer

Seite 3

Energiewende gestalten
Die Bundesregierung versagt bei der Umsetzung der Energiewende. Deshalb mischt sich jetzt die IG BCE ein

Seite 7

Prognosen wirken
Der Wirtschaftsjournalist Michael Weisbrodt erklärt, wie Ökonomen mit Prognosen Politik machen

Der Surf-Tipp fürs Internet

http://bit.ly/y8AIXI
Abstimmung auf einem interaktiven Portal der Bundesregierung, um das schwarz-gelbe Beschäftigtendatenschutzgesetz zu stoppen

http://bit.ly/yfzQfy
Abstimmung auf demselben Portal zum Thema „Einführung eines Mindestlohns von mindestens 8,50 Euro pro Stunde“

Fragen an ...

Foto: DGB

Michael Sommer, DGB-Vorsitzender, zur betrieblichen Schweigeminute für die Opfer von rechter Gewalt, zu der DGB und Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) gemeinsam für den 23. Februar um 12 Uhr aufrufen.

■ Welches Zeichen wollen DGB und BDA mit der gemeinsamen Schweigeminute setzen?

■ *Uns erfüllen die von rechtsextremistischen Gewalttätern verübten Morde, Raubüberfälle und Anschläge mit Entsetzen. Deshalb möchten wir ein Signal senden, dass die Mehrheit der Bevölkerung unseres Landes dies nicht toleriert. Alte und neue Nazis haben in unserem Land nichts verloren. Ihre Straftaten müssen mit der vollen Härte des Gesetzes bestraft werden. Wir werden parallel zur zentralen Gedenkveranstaltung ein Zeichen der Trauer und des Mitgefühls mit den Opfern, ihren Familien und Freunden setzen, wir werden ein Zeichen der Verurteilung von Fremdenhass, Rassismus und rechtsextremer Gewalt und ein Zeichen für die Vielfalt und Offenheit Deutschlands setzen.*

■ Glaubst du, dass sich viele Betriebe an der Schweigeminute beteiligen?

■ *Ja, ich bin sehr zuversichtlich. Viele Kolleginnen und Kollegen unterstützen unsere Aktion. Denn gerade die Betriebe sind ein positives Beispiel für erfolgreiche Integration, Respekt und Toleranz.*

■ Welche Strategien verfolgt der DGB im Kampf gegen Rechts?

■ *Die Gewerkschaften treten für ein Deutschland ein, in dem Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus keinen Platz haben. Daraus erwächst unsere Pflicht, rechtsextremem Gedankengut entschieden entgegenzutreten. Wir fordern seit langem ein Verbot der NPD, auch um zu verhindern, dass Rechtsextreme mit Steuergeldern finanziert werden. Aber auch so genannte Freie Kameradschaften und lose Netzwerke spielen eine wichtige Rolle bei den Rechtsextremen – nicht nur bei den Aufmärschen am 13. Februar in Dresden. Ich bin der festen Überzeugung, dass unser Staat konsequent gegen alle neonazistischen Organisationen vorgehen muss, vor allem im Internet. Dort werden nahezu ungestört menschenverachtende Propaganda und Hass verbreitet.*

DGB-Resolution: www.dgb.de/-/yF2

DGB und ver.di

Bündnis für gute Pflege gestartet

Gemeinsam mit acht weiteren Verbänden haben DGB und ver.di Mitte Februar das „Bündnis für gute Pflege" gestartet. Bis zur Bundestagswahl 2013 wollen sich die Bündnispartner für nachhaltige Perspektiven in der Pflegepolitik stark machen. Ihre Forderungen umfassen dabei alle Bereiche des Pflegesystems: Pflegebedürftige sollen gut betreut und menschenwürdig behandelt, die Leistung pflegender Angehöriger stärker anerkannt, die Arbeitssituation von Pflegekräften deutlich verbessert und die Finanzierung der Pflegeversicherung gesichert und ausgebaut werden.

DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach machte bei der Vorstellung des Bündnisses klar, dass bessere Pflege nur mit besseren Arbeitsbedingungen für die Pflegekräfte möglich ist. „Wenn es nicht gelingt, die Altenpflege als Berufsfeld attraktiv umzugestalten, werden wir in Zukunft einen deutlich spürbaren Fachkräftemangel haben", erklärte Buntenbach.

Dagegen verstärkt aus Sicht der Gewerkschaften der Gesetzentwurf der schwarz-gelben Koalition zur Pflegereform den Trend zur Billig-Pflege. Denn die Bundesregierung will die gesetzliche Pflicht für Pflegeeinrichtungen ersatzlos streichen, sich bei der Bezahlung von Pflegepersonal an ortsüblichen Löhnen zu orientieren. Nur der Pflege-Mindestlohn soll die einzig verbindliche Lohnuntergrenze sein. „Damit würde das gesamte Lohngefüge in der Branche auf den Mindestlohn heruntergedrückt", kritisiert Annelie Buntenbach. In manchen Regionen bedeute das eine Abwertung der Pflegelöhne um bis zu 50 Prozent. „Wir warnen vor einer gesetzlich geförderten Lohndrückerei und fordern die Koalition auf, die Streichung der ortsüblichen Vergütung in der Pflege zurückzunehmen." ●

www.buendnis-fuer-gute-pflege.de

Bundesagentur für Arbeit

Qualität muss erhalten bleiben

Die Bundesagentur für Arbeit (BA) will bis 2015 bis zu 17 000 Stellen abbauen. DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach fordert, dass der Stellenabbau nicht auf Kosten der Vermittlungs- und Beratungsarbeit gehen darf. „Wir haben zwar eine rückläufige Arbeitslosigkeit, aber wir haben hohe Bewegung am Arbeitsmarkt", so Buntenbach, die aktuell auch BA-Verwaltungsratsvorsitzende ist. Sie verweist unter anderem auf den speziellen Beratungsbedarf von LeiharbeiterInnen, von denen jede/r Zweite nicht länger als drei Monate beschäftigt ist. Buntenbach erinnert an die Zusage der BA-Spitze, dass der Stellenabbau ohne Entlassungen auskommen soll. Zudem sollen die Personalräte beteiligt werden. ●

DGB-Analyse

Erwerbstätige häufiger arm

Arm trotz Arbeit, das gilt für immer mehr Beschäftigte in Deutschland – allerdings mit regionalen Unterschieden. Eine DGB-Analyse zeigt: Das Verarmungsrisiko ist in den neuen Ländern deutlich höher. So bezogen 2010 in Ostdeutschland rund 37 Prozent aller Hartz-IV-Haushalte Einkommen aus Erwerbstätigkeit. Im Westen waren es 33 Prozent. Schlusslicht ist Sachsen mit 39 Prozent, Hamburg hat den niedrigsten Stand mit 30 Prozent. DGB-Experte Wilhelm Adamy erklärt: „Dies zeigt, dass Hartz IV keinesfalls nur ein Fürsorgesystem für Erwerbslose ist, sondern häufig auch ein sehr niedriges Erwerbseinkommen auf das gesellschaftliche Existenzminimum anheben muss." Allerdings sind die Zuwächse im Westen höher. So ist die Zahl der Haushalte mit mindestens einem erwerbstätigen Hartz-IV-Empfänger von 2007 bis 2010 um 14 Prozent gestiegen, in Ostdeutschland um elf Prozent. ●

www.einblick.dgb.de/hintergrund

Energiewende

IG BCE fordert Innovationspakt

Das Urteil der IG BCE zur bisherigen Umsetzung der Energiewende durch die Bundesregierung ist eindeutig: „Wenn das so weiter geht wie bisher, wird das nichts mit der Energiewende", warnt ihr Vorsitzender Michael Vassiliadis. Die IG BCE hat deshalb nun einen eigenen Begleitprozess gestartet, um zum Gelingen dieses Megaprojektes beizutragen.

Auf der energiepolitischen Pressekonferenz der IG BCE am 3. Februar in Haltern redete der IG BCE-Vorsitzende Michael Vassiliadis Tacheles. Eine klare Linie kann er in der Energiepolitik der Bundesregierung nicht entdecken. Zwar sei die Energiewende beschlossen, aber es geschehe einfach viel zu wenig, um sie auch tatsächlich umzusetzen. Wirtschafts- und Umweltministerium blockierten sich gegenseitig in wichtigen Fragen. Der Netzausbau komme nicht voran, in neue Kraftwerke werde nicht investiert. Mit absurden Folgen: So musste der Strombetreiber Tennet im Dezember auf österreichische Kraftwerke zurückgreifen, weil Strom fehlte. Dafür musste auch ein altes Öl-Kraftwerk wieder ans Netz genommen werden – mit einem CO_2-Ausstoß, der jedem Klimaschutz Hohn spottet.

„Es fehlt an allen Ecken und Enden, an Koordination und Entscheidungen, es fehlt bis heute an einem stringenten politischen Management", so der IG BCE-Vorsitzende. Es genüge eben nicht, einige Kernkraftwerke abzuschalten und für die anderen ein Auslaufdatum zu beschließen. Damit beginne erst die eigentliche Arbeit. „Wir brauchen einen Innovationspakt für die Energiewende", fordert Vassiliadis. Für den Industriestandort Deutschland sei eine erfolgreiche Energiewende essenziell. Notwendig seien verstärkte Anstrengungen beim Ausbau der Energienetze und beim Kraftwerksbau, und Industrie und Energieunternehmen bräuchten Klarheit und Planungssicherheit. Vor diesem Hintergrund erneuerte der IG BCE-Vorsitzende seine Forderung nach einem Energieministerium, das die Energiewende mit ihren ökonomischen, sozialen und ökologischen Aspekten koordiniert und steuert.

Foto: MEV Verlag

Statt Solarmodule auf Dächern zu subventionieren, sollte die Bundesregierung bei der Photovoltaik lieber Forschung und Technologie fördern, und damit gleichzeitig die Wirtschaft und die Arbeitsplätze hierzulande: Große Kritik hat die IG BCE auch an der deutschen Förderpolitik in der Photovoltaik. Deutschland fördere derzeit mit sehr viel Geld den Absatz chinesischer Solarmodule, die zu Dumpingpreisen auf den Markt drängen. Gleichzeitig sei die gerade erst mit zig Milliarden unterstützte heimische Solarindustrie im Bestand gefährdet.

Weil die Bundesregierung nicht vorankommt, mischt sich die IG BCE nun verstärkt ein. Mit einem eigenen Begleitprozess will die IG BCE zum Gelingen der Energiewende beitragen. Das Engagement der Gewerkschaft in diesen Fragen ist nicht neu und kommt auch nicht von ungefähr. Ein großer Teil der Gewerkschaftsmitglieder arbeitet in Unternehmen der Energieerzeugung oder in der energieintensiven Industrie, gleichzeitig, so Vassiliadis, kämen aus den Branchen im Organisationsbereich die Innovationen, die für eine erfolgreiche Energiewende gebraucht werden. „Richtig gemacht kann die Energiewende eine Chance für unsere Gesellschaft sein, die wir nutzen wollen", betont Vassiliadis, der auch Mitglied in der Ethikkommission der Bundesregierung zum Atomausstieg war.

Um sich noch stärker mit eigenen Vorschlägen in die Debatte um eine sozial akzeptierte und wirtschaftlich sinnvolle Energiewende einzubringen, richtet die IG BCE eigens ein Projektbüro ein. So kritisiert die IG BCE, dass bisher zu wenig über die Beschäftigungseffekte der Energiewende geredet wird – etwa über die oft mangelhafte Qualität der Arbeitsplätze in den Erneuerbaren Energien. Ebenso vermisst sie eine vernünftige Grundlage, um die Gesamtkosten der Energiewende abzuschätzen. Deshalb will die IG BCE eine solche Berechnung selbst vorlegen und zur Diskussion stellen. Zusammen mit TNS Infratest hat sie außerdem einen neuen „Energie-Index" entwickelt (siehe Randspalte). Und in jedem Herbst lädt die Gewerkschaft künftig zu einem „Innovationsforum Energiewende" ein, um mit Wirtschaft, Gewerkschaften, Wissenschaft und Medien den Stand der Energiewende zu beraten. •

Neuer Energie-Index

Mithilfe eines neuen Energie-Index will die IG BCE die Debatte um die Energieversorgung der Zukunft versachlichen. Der neue Index wird in Zusammenarbeit mit TNS-Infratest erstellt. Befragt wird eine repräsentative Zufallsauswahl der wahlberechtigten Bevölkerung in Deutschland zu ihrer Bewertung der einzelnen Energieträger und ihren Kriterien dafür. Eine erste Erhebung gab es bereits im April 2011, die zweite Befragungswelle ist für April/Mai 2012 geplant. Der erste komplette Energie-Index soll am 14. Juni in Berlin vorgestellt werden.

2011 war die Atomkraft am unbeliebtesten, Solar- und Wasserenergie lagen in der Gunst der Deutschen vorn. Diese Ergebnisse der ersten Erhebung – kurz nach der Katastrophe von Fukushima – sind kaum überraschend. Erstaunlicheres kam bei der Frage nach den Bewertungskriterien zutage. Am wenigsten spielt für die Verbraucher der Strompreis eine Rolle. Für die energiepolitische Meinungsbildung stehen Kriterien wie die Förderung erneuerbarer Energien, Rücksicht auf künftige Generationen oder der Ausbau der Leitungsnetze für die Solar- und Windenergie im Vordergrund. Und für 70 Prozent ist entscheidend, über günstige Energie die Wirtschaft zu stärken.

http://igbce-aktuell.bw-h.de/2012_02

PROJEKTE UND PARTNER

DGB-Broschüre

Risiken von prekären Jobs

Unter dem Begriff „prekäre Beschäftigung" werden alle Beschäftigungsverhältnisse zusammengefasst, die nicht sozialversicherungspflichtig und unbefristet sind. Sie schützen die ArbeitnehmerInnen nicht vor den Risiken des Arbeitsmarktes. Prekäre Beschäftigung stellt die Gewerkschaften vor neue Herausforderungen. Oft ist in einem Betrieb die Belegschaft in prekär und „normal" Beschäftigte geteilt. Der Ratgeber „Prekäre Beschäftigung. Herausforderungen für die Gewerkschaften" stellt die verschiedenen Formen dar. Dabei werden aktuelle Entwicklungen analysiert und die Forderungen und Möglichkeiten der Gewerkschaften diskutiert. In den einzelnen Kapiteln werden Leiharbeit, Scheinselbstständigkeit, befristete Beschäftigung, Minijobs sowie Schein-Praktika, Unterbeschäftigung und der zweite Arbeitsmarkt behandelt. Die Broschüre kann über das Internet bestellt werden und steht zum Download bereit. •

www.dgb-bestellservice.de

DGB Jugend

Studieren und arbeiten

Die DGB-Jugend hat ihre Broschüren für SchülerInnen und StudentInnen neu aufgelegt. Der Ratgeber „Studium. BAföG. Job." gibt in 7. Auflage Tipps und Informationen zu Möglichkeiten der Studienfinanzierung. Von BAföG bis Studentenjobs und Praktika werden rechtliche Grundlagen und Tipps zur Beantragung von Hilfen gegeben. Das Faltblatt „Finanzierungslücken überbrücken" hilft beim Übergang von Schule und Studium, vom Bachelor zum Master und zwischen Studienabschluss und erstem Job. •

Mehr: www.students-at-work.de

interregio

••• Der ***DGB Baden-Württemberg*** sieht dringenden Handlungsbedarf bei der Vereinbarkeit von Pflege und Beruf. Der ***Bericht „Familien in Baden-Württemberg"*** mache deutlich, dass sich im Bereich Vereinbarkeit von Familie und Beruf langsam etwas bewege. „Bei der Vereinbarkeit von Pflege und Beruf dagegen hinken Betriebe und Gesetzgeber noch weit hinter der gesellschaftlichen Entwicklung her", erklärt Marion von Wartenberg, stellvertretende DGB-Landesvorsitzende. In den Betrieben fehlten bisher flexible Arbeitszeitmodelle für pflegende Angehörige. Notwendig sei daher auch eine „pflegesensible Personalpolitik", so von Wartenberg.

••• Die ***DGB-Region Köln-Bonn*** unterstützt in Kooperation mit ver.di, NGG und der DEHOGA Nordrhein Herausgabe und Vertrieb des von der Info- und Bildungsstätte gegen Rechtsextremismus und der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus erstellten ***Ratgebers „Keine Räume für Nazis".*** Die Broschüre gibt Tipps für VermieterInnen, um Anmietungsversuche von rechtsextremen Organisationen zu erkennen und zu verhindern. Sie enthält Formulierungsvorschläge für Mietverträge, um sich vor rechtsextremen Mietern zu schützen. Ziel ist es, den Rechten Räumlichkeiten für ihre Versammlungen zu entziehen.

www.koeln-bonn.dgb.de

Hans-Böckler-Stiftung

Gewerkschafter in der NS-Zeit

In Dresden ist im Gewerkschaftshaus „Volkshaus" die Ausstellung „Seid wachsam, dass über Deutschland nie wieder die Nacht hereinbricht. – Gewerkschafter in Konzentrationslagern 1933-1945" eröffnet worden. Die Ausstellung zeigt Schicksale von Gewerkschaftern, die im Widerstand aktiv waren und in KZs inhaftiert wurden. Sie ist ein Gemeinschaftsprojekt der Hans-Böckler-Stiftung, des Otto-Suhr-Instituts der Freien Universität Berlin und der Gedenkstätte Sachsenhausen. Die Ausstellung ist noch bis zum 9. März zu sehen. •

www.sachsen.dgb.de

Handwerk

Gute Arbeit im Handwerk

Die gemeinsame Initiative „Handwerk: gute Arbeit, fairer Lohn" von DGB-Bundesvorstand und den fünf Handwerksgewerkschaften im DGB setzt sich für eine bessere Tarifbindung im Handwerk ein. Im Ratgeber „Mit Tarifverträgen im Handwerk gewinnen" werden aktuelle Fakten und Argumente zu Tarifverträgen, Tarifflucht und die Vorteile von Mindestlöhnen präsentiert. •

www.gute-arbeit-fairer-lohn.de

Otto-Brenner-Stiftung

Neuer Newsletter

Frühzeitige Informationen zu aktuellen Terminen, Veranstaltungsberichten und Ergebnissen von Forschungsprojekten verspricht der neue digitale Newsletter der Otto-Brenner-Stiftung (OBS). Per Mail werden die Empfänger vier- bis sechsmal jährlich über die Arbeit der Stiftung informiert. Die OBS ist die Wissenschaftsstiftung der IG Metall. Der Newsletter kann online abonniert werden. •

www.otto-brenner-stiftung.de

Benefiztour

Gemeinsam gegen die Kälte

Von Februar bis April ist der Cellist Thomas Beckmann für die Initiative Gemeinsam gegen Kälte e.V. auf Tour in deutschen Städten. Unter dem Motto „Mit dem Cello die Herzen der Menschen erweichen" will Beckmann auf das Schicksal obdachloser und armer Menschen hinweisen. Der DGB gehört dem Beirat der Initiative an. Karten können online unter *www.gemeinsam-gegen-kaelte.de* bestellt werden. •

Spendenkonto: *Gemeinsam gegen Kälte*
Commerzbank Düsseldorf, BLZ: 30040000
Kontonummer: 1109966

Equal Pay Day

Frauen haben mehr verdient

Am 23. März ist Equal Pay Day, der auf die Entgeltungleichheit zwischen Frauen und Männern aufmerksam macht. Unverändert beträgt der Entgeltunterschied zwischen Frauen und Männern in Deutschland etwa 23 Prozent. Zudem arbeiten Frauen öfter in prekären Beschäftigungsverhältnissen zu Niedriglöhnen. Droht also nach dem Minijob die Altersarmut? Die Friedrich-Ebert-Stiftung, die IG BCE und der DGB thematisieren mit einer Veranstaltungsreihe die geschlechterspezifischen Ungleichheiten in der Arbeitswelt. Am 29. Februar wird Annelie Buntenbach, Mitglied des Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstands, bei der IG BCE in Hannover unter dem Motto „Frauen haben mehr verdient!" die Anforderungen des DGB zur Bekämpfung von Altersarmut vorstellen. •

www.niedersachsen.dgb.de

Der »Kittner« ist Gold wert.

© Evgeny Kolodyazhnyy | Fotolia.com

Michael Kittner
Arbeits- und Sozialordnung 2012
Gesetzestexte · Einleitungen · Anwendungshilfen
37., aktualisierte Auflage
2012. 1.722 Seiten, kartoniert
Einzelbezug: € 26,90
ISBN 978-3-7663-6144-8
Fortsetzungsbezug (erscheint jährlich)
ISBN 978-3-7663-7777-3

Der neue »Kittner« ist Gold wert. Seine Erfolgsformel lautet: Gesetze plus Information. Diese Kombination macht die jährlich neu aufgelegte »Arbeits- und Sozialordnung« so wertvoll. Über 100 für die Betriebspraxis wichtige Gesetze und Verordnungen (auch in Auszügen) bilden die solide Grundlage des »Kittner«. Viele davon sind neu oder aktualisiert und berücksichtigen die Gesetzesänderungen der vergangenen Monate. Das »Plus« des »Kittner«:

- Eine **verständliche Einführung** ins Arbeits- und Sozialrecht: Sie gibt von Anfang an den richtigen Überblick
- **Kompakte Einleitungen** zu allen Gesetzen. Mit Fakten und Hintergründen: Warum gibt es dieses Gesetz? Was regelt es? Welche Bedeutung hat es für die Mitbestimmung?
- **Über 80 Checklisten und Grafiken:** Sie sorgen für Klarheit und veranschaulichen Zusammenhänge
- **Wichtige Rechtsprechung:** Übersichten zeigen die aktuellen höchstrichterlichen Entscheidungen auf einen Blick. Mit Verweis auf ausführliche Fundstellen
- **Online-Zugriff auf die Volltexte:** über 1.000 höchstrichterliche Entscheidungen auf www.der-kittner.de
- **Aktueller Info-Dienst:** Neue Urteile und Gesetzesänderungen zum Arbeits- und Sozialrecht auf www.der-kittner.de

Fazit: Der »Kittner« ist unerlässlich für alle, die über das gesamte Arbeits- und Sozialrecht auf aktuellem Stand informiert sein wollen.

»Ohne den ›Kittner‹ kommt keine Verwaltungsstelle, kein Betriebsrat, kein/e Vertrauensmann/frau, keine JAV aus. Und das spricht für sich.«

Berthold Huber,
Erster Vorsitzender der IG Metall

Ihr Anspruch:

»Jedes Betriebsratsmitglied hat ein Recht auf sein eigenes Exemplar in der neuesten Auflage.«

(LAG Schleswig-Holstein v. 11.4.1995 – 1 TaBV 4/95, bestätigt durch BAG v. 24.1.1996 - 7 ABR 22/95)

Ja, ich bestelle:

Expl.:	ISBN	Autor / Kurztitel:	€ / Preis
	6144-8	Michael Kittner **Arbeits- und Sozialordnung**	€ 26,90
	7777-3	Michael Kittner **Arbeits- und Sozialordnung (Fortsetzungsbezug)**	€ 26,90

EIN 02 12 02

*Wir geben Ihre Bestellung zur Ausführung an eine Buchhandlung unserer Wahl weiter.

Schnell-Fax: 0 69 / 79 50 10 - 11*

Firma

Name / Vorname

Straße / Nr.

PLZ / Ort

Telefon

E-Mail

☐ Ja, ich möchte den E-Mail-Service Ihres Verlages nutzen, um über interessante Angebote und Neuigkeiten auf dem Laufenden gehalten zu werden. Diesen Service kann ich jederzeit schriftlich bei der Bund-Verlag GmbH widerrufen.

Datum / Unterschrift

BUND VERLAG

Postfach
60424 Frankfurt am Main

Infotelefon:
0 69 / 79 50 10-20

Fax:
0 69 / 79 50 10-11

Internet:
www.bund-verlag.de

E-Mail:
kontakt@bund-verlag.de

kurz&bündig

Die EVG kritisiert den von Verkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) angekündigten Umbau des Eisenbahn-Bundesamtes. Die langen Zulassungsverfahren für neue Züge seien vor allem durch Personalmangel verursacht. Die EVG warnt davor, die Beschäftigten zu Sündenböcken zu machen.

Die GEW fordert Bund und Länder auf, den „Hochschulpakt 2020" um mindestens 100 000 zusätzliche Plätze für StudienanfängerInnen aufzustocken. Der Hintergrund: Eine Prognose rechnet mit jährlich steigenden Studierendenzahlen. Die GEW betont: „Mehr Studierende brauchen auch mehr Lehrende."

Der NGG-Vorsitzende Franz-Josef Möllenberg hat ein Siegel für Nachhaltigkeit gefordert, um den Verbraucherschutz zu stärken. Das Siegel soll ökologische und soziale Kriterien berücksichtigen. Die Flut von Öko- und Bio-Logos müsse eingeschränkt werden. Viele dienten nur der Verkaufsförderung.

Die GdP will Gewalt in Fußballstadien eindämmen. Unter anderem sollen Gewalttäter „dauerhaft vom Fußball isoliert werden". Haus- und Stadionverbote sollen konsequent ausgesprochen werden, ein Alkoholverbot im öffentlichen Nahverkehr soll Fußballspiele sicherer machen.

Leiharbeit

IG Metall will verhandeln

97 Prozent der in der IG Metall organisierten LeiharbeiterInnen wollen, dass ihre Gewerkschaft Tarifverhandlungen mit den Arbeitgebern in der Leiharbeit aufnimmt. Das zeigt eine Befragung der IG Metall unter rund 4500 LeiharbeiterInnen. Ende Februar beginnen nun Verhandlungen mit dem Interessenverband Deutscher Zeitarbeitsunternehmen (iGZ) und dem Bundesarbeitgeberverband der Personaldienstleister (BAP). Die Umfrage macht deutlich: Mehr als jede/r Zweite war länger als ein Jahr im gleichen Einsatzbetrieb und damit in der Hochkonjunkturphase beschäftigt.

Der Zweite Vorsitzende der IG Metall Detlef Wetzel fordert, LeiharbeiterInnen an den Gewinnen zu beteiligen. DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki erklärt: „Wenn die IG Metall auch mit den Arbeitgebern der Leiharbeit Regelungen für eine gerechtere Bezahlung hinbekäme, wäre das natürlich ein Erfolg." Tarifliche Lösungen könnten helfen, Leiharbeit kontrollierter zu nutzen, ersetzten aber keine gesetzlichen Regelungen. Die Bundesregierung müsse den Grundsatz ‚gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit' umsetzen, fordert er. •

Abfallentsorgung

Kommunen gestärkt

ver.di hat den im Vermittlungsausschuss ausgehandelten Kompromiss für ein neues Kreislaufwirtschaftsgesetz begrüßt, der am 10. Februar vom Bundesrat gebilligt wurde. Das neue Gesetz stärkt die Position der Kommunen gegenüber privaten Entsorgern bei den Zugriffsrechten auf lukrativen Müll – die Privaten müssen nun belegen, dass sie ein besseres Sammelsystem haben, um den Zuschlag zu bekommen. „Damit ist es gelungen, das Rosinenpicken aus dem Wertstoffmüll und den unfairen Wettbewerb zu Lasten der Beschäftigten zurückzudrängen", betont Erhard Ott, im ver.di-Vorstand zuständig für die Abfallwirtschaft. „Die Sicherheit kommunaler Betriebe und damit vieler tarifgebundener Beschäftigter im öffentlichen Dienst wurde erreicht."

Ott lobte den Einsatz vieler Beschäftigter in kommunalen Entsorgungsbetrieben. Die Entscheider in den Ländern und die Opposition auf Bundesebene habe man zum Umdenken bewegen können. Der Entwurf der Bundesregierung hatte ausschließlich auf freien Wettbewerb gesetzt und den Schutz der Beschäftigten außer Acht gelassen. •

Länderfinanzausgleich

Solidarität nicht infrage stellen

Mit einer gemeinsamen Erklärung haben sich der DGB Bayern und der DGB NRW in die Diskussion um den Länderfinanzausgleich eingebracht. So kritisieren sie die bayrische Landesregierung. Es sei unverantwortlich, dass der Länderfinanzausgleich aus wahlkampftaktischen Gründen angezweifelt werde. Die Solidarität zwischen den Bundesländern dürfe nicht infrage gestellt werden. Ein Ende des Ausgleichs würde bedeuten, dass Teile der Bundesrepublik von der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung abgehängt werden, so Andreas Meyer-Lauber, DGB-Vorsitzender in NRW. Matthias Jena, Vorsitzender des DGB Bayern, betont: „Die Umgestaltung Bayerns vom Agrarland zum Industrieland wäre ohne Geld aus dem Länderfinanzausgleich nicht möglich gewesen." Er fordert Investitionen in Bildung und Infrastruktur. •

IGB und DGB

Der Mann fürs Internationale

Der IGB und der DGB unterstützen die Kandidatur von Guy Ryder, 56, für die Wahl zum Generaldirektor der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). Ryder, von 2002 bis 2006 Generalsekretär des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG), war 2006 maßgeblich an der Gründung des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) beteiligt. Vier Jahre lang war er IGB-Generalsekretär, bis er 2010 als stellvertretender Generaldirektor zur ILO wechselte. „Guy Ryder verfügt genau über die Erfahrungen, die es braucht, um menschenwürdige Arbeit und soziale Sicherheit zum Kern der Antworten auf die globale Krise zu machen", erklärt Michael Sommer, DGB-Vorsitzender und IGB-Präsident. Sommer ist als Gewerkschaftsvertreter Mitglied im ILO-Verwaltungsrat, der im Mai den neuen Generaldirektor wählt. •

Foto: Udo Böhlefeld

www.ituc-csi.org

Nazi-Übergriff

Gemeinsam gegen rechts

Mit einer Solidaritätserklärung hat der DGB-Bezirk Berlin-Brandenburg die DGB-Region Aachen unterstützt. Anfang Februar war dort das Gewerkschaftshaus von Neonazis angegriffen worden. Scheiben wurden eingeworfen und Nazi-Parolen an die Wände gesprüht. „Wir verurteilen den feigen Anschlag auf den DGB Aachen. Mit aller Entschiedenheit muss der Nazi-Sumpf überall trockengelegt werden", so die DGB-Bezirksvorsitzende Doro Zinke. Die DGB-Region Aachen erklärte, der Übergriff sei kein Einzelfall. •

MEINUNG

Wirtschaftsprognosen

Erstens kommt es anders…

Wie mit Wirtschaftsprognosen Politik gemacht wird, beschreibt der Wirtschaftsjournalist und Diplom-Volkswirt Michael Weisbrodt.

Am 7. April 2011 setzte der Rat der Europäischen Zentralbank im Frankfurter Eurotower ein Zeichen. Zuvor hatte er gründlich überlegt, welche Auswirkung eine Erhöhung des europäischen Leitzinses haben würde. Für die Erhöhung sprach: Die offenbar vorübergehend drohende Preissteigerung bei Rohstoffen und Nahrungsmitteln gab der Bank die Chance, sich endlich wieder handlungsfähig zu zeigen. Gegen die Erhöhung sprach die fatale Schulden- und Konjunkturlage Griechenlands, Italiens, Spaniens, Portugals und Irlands. Ihnen würde es nun noch weniger gelingen, das für die Schuldentilgung notwendige Wachstum zu erreichen. Am Ende der Diskussion erhöhte die EZB den Leitzins einstimmig um 25 Basispunkte.

Dass sich die EZB **gegen die Interessen der Krisenländer und für die Politik der Stärke** entschied, hatte einen Grund: Der Rat erwartete ernsthaft, die Geldanleger mit höheren Zinsen beeindrucken zu können und die Währungskrise einzudämmen, letztlich auch zugunsten der Krisenländer. Diese Vision ist gleichsam Teil der offiziellen gemeinsamen Weltanschauung. Die teilt die EZB mit vielen Politikern und Medienleuten. Es war noch kein Tag vergangen, da wusste die Frankfurter Allgemeine bereits Bescheid: „Die Märkte reagieren mit Optimismus auf die Entscheidung der EZB zur Zinserhöhung. … Der Höhepunkt der Krise in der Währungsunion könnte bald überstanden sein."

Tatsächlich aber blieb die von FAZ und EZB vorausgesagte Beruhigung aus. Im Gegenteil: Unternehmen und Geldanleger erkannten schnell, dass die Krisenländer die höheren Zinsen und die gebremste Konjunktur nicht unbeschadet überstehen würden. Wer Staatsanleihen von Krisenländern besaß, ließ sie fallen wie heiße Kartoffeln. Wer kaufte, verlangte Zinsen in schwindelerregender Höhe, unbezahlbar für die Krisenländer. Falls die Eurozone in absehbarer Zeit zerbrechen sollte, schrieb kürzlich der Wirtschaftsnobelpreisträger Paul Krugmann in der New York Times, könnte **die Fehlprognose vom 7. April 2011 als eigentlicher Auslöser des Geschehens** in die Geschichte eingehen.

Sicherlich kann in globalen Krisenzeiten niemand verlässliche Szenarien prognostizieren. Doch zurzeit sind mittelfristige Voraussagen obendrein **von einem neuen wissenschaftlichen Glaubenskrieg belastet.** In dessen Zentrum steht staatliche Sparpolitik („Austerität") und die Geldpolitik der Zentralbanken. Die eine Denkrichtung hält weiter für gültig, dass die Konjunktur abflaut, wenn der Staat in der Krise spart. Eine neue Denkrichtung behauptet, dass staatliches Sparen in der Krise das Wachstum nachhaltig stärkt („expansive Austerität"). Teile der heutigen Regierungskoalition und möglicherweise eine Mehrzahl der deutschen WirtschaftswissenschaftlerInnen scheinen dieser Theorie anzuhängen. Ihr Problem: **Die Theorie ist überwiegend weltanschaulich unterfüttert.** Wirtschaftsprognosen sind kaum geeignet, sie empirisch zu be- oder zu widerlegen.

Foto: privat

Michael Weisbrodt, 65, war rund 20 Jahre Betriebsrat der Gruner+Jahr-Wirtschaftspresse (*Capital, impulse, Börse online*) und ist seit 1999 freier Journalist in Berlin.

Mit dieser allgemeinen Verunsicherung hat es auch zu tun, dass die großen tatsächlich eintretenden Konjunktur-Ereignisse seit Jahren immer häufiger das Adjektiv „überraschend" tragen. Es war „überraschend", dass die Arbeitslosigkeit in der letzten Krise nicht stärker stieg, weil Betriebsräte Bündnisse mit der Geschäftsleitung schlossen. Es war „überraschend", wie schnell sich Deutschland von der Krise erholte, weil viele Belegschaften nicht entlassen worden waren.

„Konjunkturindex dreht überraschend ins Plus", hieß es aber auch am Dienstag der zweiten Februar-Woche beim Mannheimer Wirtschaftsforschungsinstitut ZEW. Zuvor zeigte sich das Münchner Ifo-Institut erstaunt, dass sich die Geschäftsaussichten „überraschend stark" verbessert hatten. Daran, dass sich die Konjunktur ändert, ist eigentlich nichts überraschend. Es liegt mehr als 20 Jahre zurück, da fügte der Wirtschafts-Sachverständigenrat der Bundesregierung, die so genannten „fünf Weisen", dem Prognoseteil in jedem seiner Gutachten deshalb eine Warnung bei. Das, was wir ankündigen, stand dort sinngemäß, sehen wir als die wahrscheinlichste aller Varianten an. Noch wahrscheinlicher aber ist, **dass es anders kommt, als wir voraussagen.** •

Frühwarnsystem

Finanzmärkte und Konjunkturzyklen schlagen immer schneller aufeinander folgende Kapriolen. Damit Wirtschaft und Politik vorausschauend agieren können, sind sie auf zuverlässige, aktuelle Vorhersagen angewiesen. Der Konjunkturindikator des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung ist eine Art Rezessionsfrühwarnsystem. Er sagt die Wahrscheinlichkeit eines möglichen Wendepunkts im Konjunkturzyklus in den nächsten drei Monaten voraus.

Die Voraussagen basieren auf einer breiten Datenbasis, die Realwirtschaft-, Finanzmarkt- und Stimmungsindikatoren berücksichtigt. Grundlage des Indikators ist die Industrieproduktion. Er orientiert sich nicht direkt – wie bisher üblich – an Veränderungen des Bruttoinlandsprodukts.

Aktuell gibt das Frühwarnsystem Entwarnung. Die Rezessionsgefahr in Deutschland ist gesunken. Bis Ende April wird kein unmittelbares Risiko für einen Abschwung gesehen. Die Wahrscheinlichkeit einer Rezession beträgt im April nur 3,1 Prozent. Geringe Rezessionswahrscheinlichkeit bedeutet jedoch keinen Aufschwung. Das IMK hält daher an seiner Jahresprognose für 2012 fest, in der es eine Stagnation voraussagte. Der IMK-Konjunkturindikator wird monatlich aktualisiert.

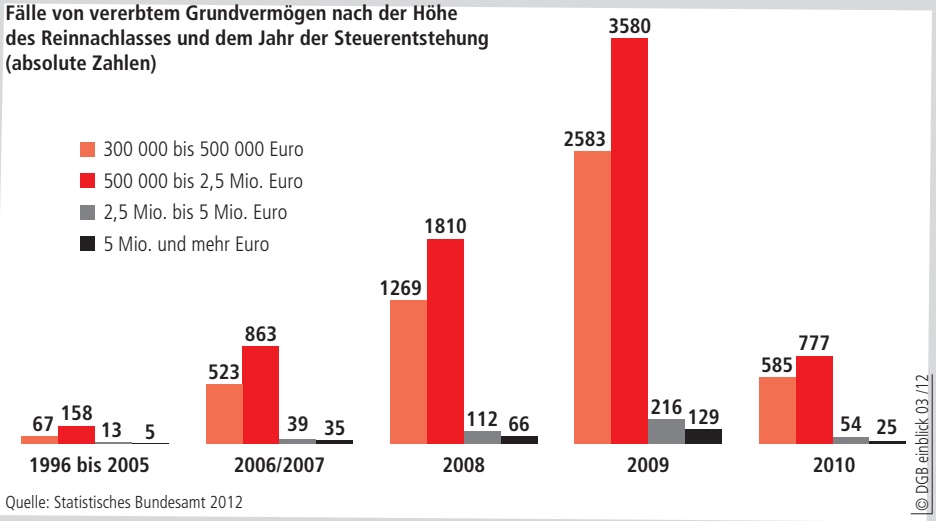
www.boeckler.de/imk

DIES & DAS

dieDGBgrafik

STEUERREFORM: Erben werden geschont

30,6 Milliarden Euro – auf diese Summe beliefen sich 2010 die steuerpflichtigen Erbschaften und Schenkungen, so das Statistische Bundesamt. Gegenüber dem Vorjahr ist die Zahl der steuerpflichtigen Erbschaften allerdings um 17,2 Prozent zurückgegangen. Eine Ursache sind höhere Freibeträge nach der Erbschaftssteuerreform 2009. Die Zahl der steuerpflichtigen Schenkungen verringerte sich um 33 Prozent. Besonders viele Schenkungen wurden vor Inkrafttreten der neuen Regeln vorgenommen.



14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

20.2. Welttag der sozialen Gerechtigkeit

22.2. DGB-Region Schleswig-Holstein Südost, AWO u.a., „6. Lübecker Armutskonferenz", Lübeck

23.2. Schweigeminute für die Opfer der Zwickauer Nazi-Terrorzelle, bundesweit

23.2. IG Metall, Sitzung der Tarifkommission zu den anstehenden Tarifrunden Metall und Elektro für Hessen, Saarland und Rheinland-Pfalz

23./24.2. Hans-Böckler-Stiftung, Fachtagung „Haftung, Strafrecht und Compliance in der Aufsichtsratstätigkeit", Köln

23./24.2. Johannes-Gutenberg-Universität Mainz, Fortbildung „Umgang mit Rechtsextremismus in Schule und Gesellschaft", Mainz

23./24.2. Hans-Böckler-Stiftung, Deutsche Vereinigung für Sozialwissenschaftliche Arbeitsmarktforschung (SAMF), Jahrestagung „Migration, Migrant/innen und Arbeitsmarkt", Mülheim an der Ruhr

24.2. IG Metall, Sitzung des IG Metall-Vorstandes zur anstehenden Tarifrunde Metall und Elektro

25.2. DGB-Jugend Hessen, IG Metall-Bezirk Frankfurt, GEW Hessen, NGG Hessen/Rheinland-Pfalz/Saar u.a., „7. Hessisches Sozialforum", Frankfurt am Main

25.2. GEW, Veröffentlichung „Wissenschaft und Geschlecht. Erfolg, Herausforderung und Perspektiven", Berlin

27.-29.2. NGG, „Backwarenforum", Oberjosbach

28./29.2. Hans-Böckler-Stiftung, Fachtagung „Schichtarbeit", Kassel

29.2. GEW, Tagung „Ziffernoten: Anreiz oder Leistungsbremse?", Köln

29.2. DGB Niedersachsen – Sachsen-Anhalt – Bremen, Diskussion „Vom Niedriglohn in die Altersarmut? Frauen haben mehr verdient!", Hannover

1.3. Hans-Böckler-Stiftung, IG BCE, Arbeitstagung „Politische Bildung in politischen Zeiten. Zum Stand der politischen Erwachsenenbildung in Deutschland", Hannover

3./4.3. DGB-Jugend Nord, Gewerkschaftsjugendkonferenz Schleswig-Holstein, Lübeck

5.3. Bündnis, Aktionstag „Chemnitzer Friedenstag: Es ist unsere Stadt – Nazis haben hier keinen Platz!", Chemnitz

6.3. IG BCE, Tagung „Werkfeuerwehren", Leverkusen

Tipp

Internet:
www.boeckler.de/datenkarte
Wie war die Lage am Arbeitsmarkt 2011? Antwort gibt die Datenkarte 2011 der Hans-Böckler-Stiftung. Auf einen Blick gibt es alle Zahlen und Fakten, unter anderem zur Sozialversicherung, zum Bruttoinlandsprodukt und zu vielen weiteren Kennzahlen der Arbeitswelt.

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke, Lena Clausen **Redaktionelle Mitarbeit:** Udo Böhlefeld, Birgit Böhret, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/30 88 24-0, Fax 030/30 88 24 20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

Schlusspunkt.

„Um die ganz Armen mache ich mir keine Sorgen."

Mitt Romney, voraussichtlicher konservativer Herausforderer von US-Präsident Barack Obama bei den Präsidentschaftswahlen 2013 erklärte dies in einem Interview auf CNN am 1. Februar 2012. Seine Erklärung: Die Armen hätten doch ein Sicherheitsnetz.

Wahl der Schwerbehindertenvertretung

Wahlgeheimnis muss beachtet werden

Systematische Öffnen der Wahlumschläge durch den Wahlvorstand und Abgleich der Stimmzettel mit den schriftlichen Erklärungen der Briefwähler sind ein massiver Verstoß gegen den Grundsatz der geheimen Wahl. Er führt zur Ungültigkeit der Wahl, auch wenn der Verstoß keine Auswirkung auf das Wahlergebnis hatte.

Hessisches Landesarbeitsgericht,
Beschluss vom 10. November 2011 - 9 TaBV 104/11

Rhythmische Massage

Nicht auf Kosten der Krankenkasse

Auch Heilmittel der sich von der Schulmedizin unterscheidenden „besonderen Therapierichtungen" – wie der anthroposophischen Medizin – sind nur bei positiver Bewertung durch den Gemeinsamen Bundesausschuss von den gesetzlichen Krankenkassen zu leisten. Mit der in der anthroposophischen Medizin angewandten rhythmischen Massage hat sich der Bundesausschuss bislang nicht befasst, sodass sie von den gesetzlichen Krankenkassen nicht zu leisten ist.

Hessisches Landessozialgericht,
Urteil vom 24. November 2011 – L 8 KR 93/10

Medizinische Versorgung

Nur mit zugelassenen Medikamenten

Ein 13jähriger, der 1,52 m groß ist und eine Endgrößenprognose von 1,65 m hat, hat gegen seine Krankenkasse keinen Anspruch auf die Behandlung mit einem Medikament zur Körpervergrößerung, wenn dieses Medikament in Deutschland nicht zur Behandlung von Wachstumsstörungen zugelassen ist.

Sozialgericht Stuttgart,
Urteil vom 1. August 2011 - S 8 KR 354/10

Sperrzeit

Beschimpfungen rechtfertigen Auflösung

Wird ein Vorstandsmitglied eines Vereins, der eine Profifußballmannschaft unterhält, massiv beschimpft, dann hat er einen wichtigen Grund, die Anstellung vorzeitig zu beenden. Eine Sperrzeit von zwölf Wochen, in der er kein Arbeitslosengeld bekommt, ist ungerechtfertigt.

Landessozialgericht Rheinland-Pfalz,
Urteil vom 22. Dezember 2011 - L 1 AL 90/10

Betriebliches Eingliederungsmanagement

Überwachungsrecht des Betriebsrats

Der Arbeitgeber hat für Arbeitnehmer, die innerhalb eines Jahres länger als sechs Wochen arbeitsunfähig sind, die Durchführung eines betrieblichen Eingliederungsmanagements zu prüfen. In diesem Verfahren soll geklärt werden, wie die Arbeitsunfähigkeit möglichst überwunden und der Arbeitsplatz erhalten werden kann. Der Betriebsrat hat zu überwachen, ob der Arbeitgeber dieser Pflicht nachkommt. Dafür muss der Betriebsrat diesen Personenkreis kennen. Der Arbeitgeber darf die namentliche Benennung nicht vom Einverständnis der Arbeitnehmer abhängig machen.

Bundesarbeitsgericht,
Beschluss vom 7. Februar 2012 - 1 ABR 46/10

Datenschutz

Verpflichtet auch das Jobcenter

Jeder hat Anspruch darauf, dass die ihn betreffenden Sozialdaten von den Leistungsträgern nicht unbefugt erhoben, verarbeitet oder genutzt werden (Sozialgeheimnis).

Der Fall: Ein Ehepaar, das Arbeitslosengeld II bezieht, hatte für ein Haus eine selbst aufgebrachte Kaution von 2611 Euro hinterlegt. Nach Kündigung durch die Vermieterin fanden sie ein Haus, für das der neue Vermieter 1700 Euro Kaution forderte. Die Mieter beantragten beim Jobcenter die Mietkaution als Darlehen. Das lehnte das Jobcenter mit Verweis auf die Kaution für das bislang bewohnte Haus ab. Die Kläger machten geltend, die hinterlegte Mietkaution stehe voraussichtlich erst weit nach Fälligkeit der Kaution für das neue Haus zur Verfügung. Daraufhin wandte sich das Jobcenter schriftlich wegen der Kaution an die frühere Vermieterin unter dem Betreff „Leistungen nach dem SGB II im Mietverhältnis ..." mit Angabe der bisherigen Adresse und des Namens der Kläger und bat unter anderem um Informationen über Auszahlungstermin und Höhe der Kaution. In der Folgezeit telefonierten Beschäftigte des Jobcenters mehrmals mit der früherer Vermieterin und erkundigten sich nach dem Sachstand. Die Kläger haben unter anderem die Verletzung ihres Sozialdatenschutzes geltend gemacht.

Das Bundessozialgericht: Das Jobcenter hat in den Schreiben und Telefongesprächen mit der früheren Vermieterin unbefugt Sozialgeheimnisse der Kläger offenbart, indem es den Leistungsbezug der Kläger mitteilte. Das Jobcenter kann das Offenbaren der Sozialdaten nicht damit rechtfertigen, dass dies erforderlich gewesen sei, um eigene Aufgaben zu erfüllen. Es musste die schutzwürdigen Interessen der Kläger beachten und hätte vor der Kontaktaufnahme mit Dritten das Einverständnis der Kläger einholen müssen.

Bundessozialgericht,
Urteil vom 25. Januar 2012 - B 14 AS 65/11 R

Arbeitsvertrag

Täuschung führt zur Anfechtung

Wenn ein Arbeitnehmer bei Abschluss eines Arbeitsvertrags bewusst über Eigenschaften täuscht, die für das Arbeitsverhältnis von Bedeutung sind, rechtfertigt das die Anfechtung des Arbeitsvertrages, der damit sofort beendet ist.

Der Fall: Der 57jährige Arbeitnehmer schloss mit einem Unternehmen einen Arbeitsvertrag, mit dem er sich ausdrücklich verpflichtete, als Frachtabfertiger Nacht- und Wechselschicht zu leisten. Nach Aufnahme der Tätigkeit legte der Arbeitnehmer eine ärztliche Bescheinigung vor, der zufolge ein genereller Verzicht auf Nachtarbeit aus ärztlicher Sicht dringend geboten ist. Der Arbeitgeber erklärte die Anfechtung des Arbeitsvertrages wegen arglistiger Täuschung. Die Klage dagegen war erfolglos.

Das Landesarbeitsgericht: Der Arbeitnehmer wusste bereits bei Unterzeichnung des Arbeitsvertrages, dass er aus gesundheitlichen Gründen keine Nachtarbeit leisten kann. Nur die Vortäuschung der Schicht- und Nachtschichttauglichkeit führte zum Abschluss des Vertrages. Der Arbeitgeber ist auf die Planbarkeit aller Mitarbeiter und aus Gründen der Gleichbehandlung darauf angewiesen, dass die Beschäftigten in allen Schichten eingesetzt werden können. Gegen die arglistige Täuschung durfte er sich mit der Anfechtung des Arbeitsvertrags zur Wehr setzen.

Hessisches Landesarbeitsgericht,
Urteil vom 21. September 2011 - 8 Sa 109/11

Autor: Luis Ledesma, Kassel – einblick 3/12

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 05.03.2012 4/12

DGB

inhalt

Seite 3
Besser als der Plan
Die DGB-Organisationsreform macht gute Fortschritte. Bereits 147 Kreis- und Stadtverbände existieren bundesweit. Laufend werden es mehr

Seite 5
Solidarität global
Ob in Asien oder in den USA: Auch bei Zulieferern oder Tochterunternehmen deutscher Konzerne bleiben Arbeitnehmerrechte außen vor

Seite 7
Optionen in der Krise
Welche Möglichkeiten haben die Regierungen in Europa, um die aktuelle Krise zu überwinden? Brigitte Unger, die neue Direktorin des WSI, erklärt, warum „Trittbrettfahren" dabei nicht in Frage kommt

Internationaler Frauentag

Armutsfalle Minijobs

Prekäre Beschäftigung in Deutschland ist weiblich. So lautet die ernüchternde Bilanz anlässlich des Internationalen Frauentags am 8. März. Besonders erschütternd: Durch prekäre Beschäftigung und Minijobs, in die Frauen nach der Familiengründung gedrängt werden, entgleitet ihnen zunehmend ihre soziale Absicherung.

Die Gewerkschaftsfrauen richten ihren Fokus am Weltfrauentag unter dem Motto „Heute für morgen Zeichen setzen" auf die Beschäftigungsverhältnisse von Frauen in Deutschland. Die Liste der Benachteiligungen im Arbeitsleben ist lang. Sie beginnt bei der Entgeltdifferenz zwischen Frauen und Männern und endet bei der wachsenden Gefahr der Altersarmut. Frauen arbeiten besonders oft in prekärer Beschäftigung zu Niedriglöhnen. „Atypische Beschäftigung ist heute Realität für Millionen Arbeitnehmerinnen. Dazu tragen vor allem auch Minijobs bei", erklärt Ingrid Sehrbrock, stellvertretende DGB-Vorsitzende. Zwei Drittel aller Minijobs werden von Frauen ausgeübt. So werden sie in die Rolle der Hinzuverdienerin gedrängt, und der Mann bleibt – ganz traditionell – der Familienernährer. Doch für immer mehr Frauen ist der Minijob kein Zuverdienst, denn sie müssen allein die Familie ernähren.

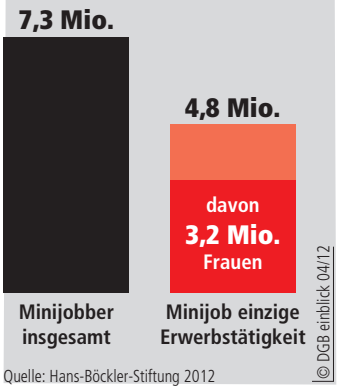
Eine Brücke in reguläre Beschäftigung bieten Minijobs nur selten. Gerade einmal neun Prozent der Minijobberinnen gelingt der Wechsel in ein sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis. Auf lange Sicht ist es problematisch, wenn Frauen dauerhaft in Minijobs beschäftigt sind. „Minijobs bringen die Frauen um die Möglichkeit einer eigenständigen Existenzsicherung. Sie führen im Zeitverlauf zu gravierenden Lücken in der Altersversorgung und zementieren das Modell geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung", kritisiert Ingrid Sehrbrock.

Alljährliche Festreden der Politik reichen nicht, um die Situation von Frauen nachhaltig zu verbessern. „Gleichstellungspolitik ist notwendig und darf nicht nur dann auf der Tagesordnung stehen, wenn kein anderes wichtiges Thema den Handlungsbedarf bestimmt", mahnt Edeltraud Glänzer, Mitglied im geschäftsführenden IG BCE-Hauptvorstand. Deswegen fordern die DGB-Frauen: „Alle Arbeitsverhältnisse sollen zukünftig sozial abgesichert sein." Gesetzliche Regeln sollen dafür sorgen, dass Unternehmen ihre Entgeltpraxis überprüfen und geschlechtergerecht gestalten.

Um Dumpinglöhne zu verhindern, ist für die DGB-Frauen ein gesetzlicher Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro pro Stunde unerlässlich. „Von der Politik erwarten wir, dass Maßnahmen nachhaltig vorangetrieben werden, um Frauen auf allen gesellschaftlichen Ebenen die gleichen Chancen wie Männern zu ermöglichen", sagt Edeltraud Glänzer. •

Hauptberuflich Minijobberin

Anteil der Minijob-Beschäftigten, für die der Minijob die einzige Erwerbstätigkeit darstellt



Quelle: Hans-Böckler-Stiftung 2012

Zwei Drittel der Minijobs werden von Frauen ausgeübt. Fast 45 Prozent aller Minijobber sind Frauen, die den Minijob als einzige Erwerbstätigkeit ausüben.

plusminusBERLIN

+ ***Die Kürzung bei der Solarförderung führt für den energiepolitischen Sprecher der SPD-Fraktion Dirk Becker zu Unsicherheit und Chaos. Er hofft, dass in einer Expertenanhörung des Bundestages eine bessere Lösung gefunden wird.***

– ***Dank der Kürzungsvorschläge für die Solarenergie könne der „ungebremste" Ausbau nun in „vernünftige Bahnen" gelenkt werden, ist sich der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Joachim Pfeiffer sicher.***

Der Surf-Tipp fürs Internet

http://www.pro-quote.de
Kampagnenseite Pro Quote: Deutsche Journalistinnen rufen Medienunternehmen auf, den Anteil weiblicher Chefredakteurinnen zu erhöhen

Hintergrund

www.einblick.dgb.de/hintergrund
Aufruf des DGB zum Internationalen Frauentag am 8. März

Arbeitszeitkonten

Fehlende Daten

Etwa die Hälfte der Beschäftigten verfügt über ein Arbeitszeitkonto. Zu diesem Ergebnis kommt die neue Studie „Flexibilität am Arbeitsmarkt durch Überstunden und Arbeitszeitkonten" des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Für die Beschäftigten seien Arbeitszeitkonten ein Flexibilitätsgewinn, stellt IAB-Expertin Irene Zapf fest. Doch auch für die Arbeitgeber seien flexible Einsatzzeiten positiv. Die IAB-Studie zeigt aber auch, dass es insgesamt an ausreichendem Datenmaterial über tatsächlich geleistete Arbeitszeiten mangelt. In der Studie heißt es dazu: Zwar seien Arbeitszeitkonten und Überstunden hinreichend theoretisch erörtert worden, doch fehle noch immer eine differenzierte und lückenlose Darstellung. Deshalb blieben eine umfassende Bewertung der Arbeitszeitentwicklung und daraus folgende Handlungsempfehlungen „eingeschränkt". •

Energiewende

Streit um die Sonne

Die Kürzungen bei der Solarenergie, auf die sich die Bundesminister Norbert Röttgen (Umwelt/CDU) und Philipp Rösler (Wirtschaft/FDP) geeinigt haben, stoßen bei DGB und Gewerkschaften auf harsche Kritik. DGB-Vorstandsmitglied Dietmar Hexel gehen die Pläne „entschieden zu weit". Benötigt würden stattdessen „neue, innovative Konzepte", um die Solarindustrie in Deutschland zu halten. Für den IG-BCE-Vorsitzenden Michael Vassiliadis sind die Kürzungen „konzeptionslos". Er sieht die Gefahr, dass so eine Branche „mit hohem Innovations-, Beschäftigungs- und Wachstumspotenzial" aus Deutschland verschwinde. Auch die IG Metall warnt vor der Umsetzung der Beschlüsse. Ihr Zweiter Vorsitzender Detlef Wetzel hält weitere Kürzungen für „kontraproduktiv", da bereits heute Unternehmen von der Insolvenz bedroht seien. •

Tarifrunde 2012

Verzicht auf Ratschläge

Die Tarifforderungen für die wichtigsten Branchen stehen: 6,5 Prozent will die IG Metall für die 3,6 Millionen Beschäftigten in der Metall- und Elektroindustrie. Für den öffentlichen Dienst mit zwei Millionen Beschäftigten erwartet ver.di ein Plus von 6,5 Prozent. Der Hauptvorstand der IG BCE empfiehlt, 6 Prozent mehr Entgelt für die 550 000 MitarbeiterInnen in der Chemie-Branche zu fordern. Jetzt wird in den Betrieben beraten, und am 3. April stellt die IG BCE ihre endgültige Forderung auf.

Die Gewerkschaften begründen die Forderungen mit der guten Konjunktur und den moderaten Forderungen der vergangenen Jahre. Die Arbeitgeber aller drei Bereiche schalteten traditionell auf Abwehr. Gesamtmetall-Präsident Martin Kannegießer hält die Lage in der derzeitigen wirtschaftlichen Krise für zu unsicher und meint, es gehe nicht nur um die Einkommen der Belegschaften, sondern auch „immer um die Kosten unserer Betriebe". Auch Hauptgeschäftsführer Wolfgang Goos vom Arbeitgeberverband Chemie verweist auf die Schuldenkrise.

Für den Verband der kommunalen Arbeitgeber erklärte Präsident Thomas Böhle die ver.di-Forderung für „illusorisch" beim derzeitigen Schuldenstand der öffentlichen Hand. Der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske erinnerte die Arbeitgeber daran, dass der öffentliche Dienst im vergangenen Jahr einen Reallohnverlust hinnehmen musste und erklärte einen Tag vor dem Auftakt der Tarifrunde, die Gewerkschaft sei in der Lage und willens, „auch die Auseinandersetzung aufzunehmen, wenn sie uns aufgezwungen wird". Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU), Verhandlungsführer für die Bundesbeschäftigten, rechnet ebenfalls mit schwierigen Verhandlungen. Bsirske schätzt, dass die Arbeitgeber es darauf anlegten, in die Schlichtung zu gehen und die drei Verhandlungstermine auszusitzen.

Schon vor dem ersten Verhandlungstag meldete sich zum Erstaunen der Gewerkschaften auch die Politik zu Wort. Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) und der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel wollen das Wort Lohnzurückhaltung von der Wirtschaft nicht mehr hören. Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) warnte schon vor der Bekanntgabe der Forderungen vor Lohnerhöhungen, die die „robuste deutsche Wirtschaft" nicht vertragen könne. Ob gut gemeint oder dumm geschwätzt, die Gewerkschaften stellen klar, politische Unterstützung benötigen sie ebenso wenig wie mahnende Hinweise. Der IG-BCE-Vorsitzende Michael Vassiliadis: „Die Politik soll sich aus den Tarifrunden heraushalten, das ist das Beste, was sie tun kann." Berthold Huber, Erster Vorsitzender der IG Metall, stellt klar, für tarifpolitische Fragen gebe es klare Zuständigkeiten: die Arbeitgeber und die Gewerkschaften. •

Arbeitsunfälle

Risiko Arbeitsplatz

Erstmals ist die Zahl der tödlichen Arbeitsunfälle wieder gestiegen, meldet die Dortmunder Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA). Die Auswertung der Daten für 2010 zeigt: Die Zahl der tödlichen Arbeitsunfälle stieg gegenüber 2008 um acht Prozent. Bei den Arbeitsunfällen insgesamt wurde die Millionengrenze überschritten: 1 045 816 Fälle waren es 2010, eine Zunahme um 71 174. Eine Folge des wirtschaftlichen Aufschwungs, vermutet die Bundesanstalt. Deutliche Zuwächse gibt es auch bei den Wegeunfällen. Von den insgesamt 226 554 Personen, die verunglückten, starben 373 Menschen. Für die BAuA liegt diese Steigerung – immerhin ein Viertel mehr als 2009 – am „anhaltend schnee- und eisglatten" Winter 2010.

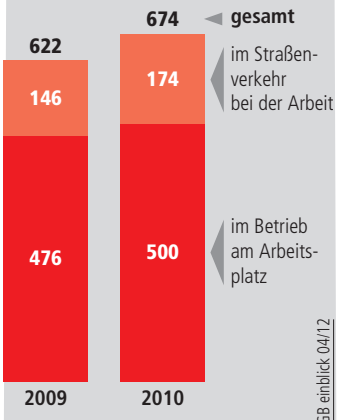
Die Dortmunder Experten berechnen für den Bericht im Auftrag des Bundesarbeitsministeriums auch den finanziellen Schaden. So fielen 2010 durch Arbeitsunfähigkeit 1,1 Millionen Erwerbsjahre aus, dies führte zu einem Produktionsausfall von etwa 39 Milliarden Euro. Noch höher sei der Verlust an Arbeitsproduktivität, hier sei der deutschen Volkswirtschaft ein Schaden von 68 Milliarden Euro an der Bruttowertschöpfung entstanden. •

www.baua.de/suga

Insgesamt stieg die Zahl der Arbeitsunfälle auf über eine Million, ein Plus von 7,3 Prozent gegenüber 2009. Bei den tödlichen Unfällen lag der Anstieg bei acht Prozent.

Starker Anstieg

Anzahl tödlicher Arbeitsunfälle im Jahresvergleich 2009 und 2010



Quelle: Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) 2012

© DGB einblick 04/12

DGB-Organisationsreform

Besser als der Plan

Um dem DGB in der Fläche mehr Gewicht zu geben, beschloss der DGB-Kongress 2010 in seiner Organisationsreform, neue ehrenamtliche Kreis- und Stadtverbände zu gründen. Ziel der neuen Ebene des DGB ist es, Arbeitnehmerinteressen verstärkt in der Kommunalpolitik zu vertreten. Mittlerweile existieren bundesweit bereits 147 Kreis- und Stadtverbände, und laufend werden es mehr. „Besser als der Plan", urteilt Dietmar Hexel, im DGB-Bundesvorstand für Organisationspolitik zuständig. einblick dokumentiert in dieser und den nächsten zwei Ausgaben den Stand der Umsetzung in den einzelnen DGB-Bezirken. Den Anfang machen Baden-Württemberg, Bayern und West.

Eine „große Freude" sei es, „zu sehen, mit welch großen Schritten die neue dritte, ehrenamtliche DGB-Ebene aufgebaut wird", erklärte der DGB-Vorsitzende Michael Sommer Mitte Februar auf einer Veranstaltung in Gerlingen, zu der der DGB Baden-Württemberg unter dem Motto „DGB kommunalpolitisch aktiv" Mitglieder der neuen Stadt- und Kreisverbände eingeladen hatte. Sommer ist zuversichtlich, dass es mit der neuen Struktur gelingt, kommunale Politik im Interesse der ArbeitnehmerInnen aktiv zu gestalten. „Ich sehe den DGB in guter Verfassung, und wir werden bis zum Ende dieser Kongressperiode die beschlossene Satzungsreform umgesetzt haben", zieht der DGB-Vorsitzende eine positive Halbzeitbilanz.

Davon ist auch Nikolaus Landgraf, DGB-Bezirksvorsitzender in Baden-Württemberg, überzeugt: „Wir sind auf einem guten Weg – der DGB bekommt vor Ort ein Gesicht." Für die Hälfte aller Stadt- und Landkreise in Baden-Württemberg gibt es jetzt ehrenamtlich geführte DGB-Stadt- und -Kreisverbände. Bis Ende des Jahres sollen es insgesamt 37 werden. Damit ist der DGB in fast allen 44 Stadt- und Landkreisen mit ehrenamtlichen Strukturen präsent, teilweise über die Verwaltungsgrenzen hinweg. Auch Dietmar Muscheid, Vorsitzender des DGB-Bezirks West, ist mit der Umsetzung der Reform „sehr zufrieden". Von den geplanten insgesamt 38 Verbänden in Rheinland-Pfalz und im Saarland existieren bereits 15, weitere 20 gründen sich noch in diesem Jahr. Die neue Struktur sei für die Ehrenamtlichen „eine brauchbare Grundlage, um gewerkschaftliches Engagement zu bündeln und sich im besten Sinne in die Kommunal- und Regionalpolitik einzumischen".

Ebenso gut kommt die Reform in Bayern voran. Dort hat der Bezirksvorstand 2011 eine Art Masterplan beschlossen, in dem genau festgelegt wurde, wann und wo Kreis- und Stadtverbände gegründet werden. „Den arbeiten wir jetzt ab", erklärt Martin Feder, beim Bezirk Bayern für die Reform zuständig. Recht erfolgreich: Noch in diesem Jahr werden 39 neue Verbände gegründet, und weitere 23 sind für 2013 geplant. „Die Arbeit läuft gut an", fasst Helmut Fiedler, Vorsitzender der DGB-Region Oberpfalz-Nord, zusammen. Bereits vor der Satzungsänderung 2010 gab es in seiner Region vier Kreisverbände, mittlerweile sind es sechs, zwei weitere kommen in den nächsten Wochen hinzu. Anders als Skeptiker befürchtet hätten, seien die Gewerkschaften sehr bereit, in den neuen Gremien mitzuarbeiten. Das ist wichtig, weil das Prinzip vom DGB als Bund der Gewerkschaften sich auch in den Kreis- und Stadtverbänden wiederfindet. Alle acht Mitgliedsgewerkschaften sollen vertreten sein.

„Die Gewerkschaften bilden nun auch vor Ort einen aktiven Bund", erklärt DGB-Vorstandsmitglied Dietmar Hexel. „Die Struktur füllt sich mit Leben, die Gewerkschaften übernehmen Verantwortung." Die neu gewählten Vorstände schätzen an der neuen Struktur die erweiterten Möglichkeiten. Sie sei eine „gute Basis, um unsere Arbeit vor Ort weiter erfolgreich fortzusetzen", sagt Rüdiger Stein, Vorsitzender des DGB-Stadtverbandes Frankenthal. Und Guido Kuhn, Kreisverbandsvorsitzender Südpfalz/Landau, sieht „die Chance, mehr Eigenverantwortung einzubringen und eigene Schwerpunkte bei Themen und Aktionen zu setzen". •

Vor Ort ein Gesicht

Zwischenbilanz: Anzahl der ehrenamtlichen DGB-Kreis- und Stadtverbände, Stand: Januar 2012

	bundesweit	Baden-Württemberg	Bayern	West
Bestehend	147	17	5	15
Gründung 2012	165	20	39	20
Gründung 2013	30	–	23	3
noch nicht terminiert	12	–	–	–
Gesamt	354	37	67	38

Quelle: DGB-Bundesvorstand

Anfang des Jahres hat der DGB eine Zwischenbilanz zur Umsetzung der DGB-Organisationsreform gezogen. Insgesamt gab es im Januar bundesweit bereits 147 ehrenamtliche Kreis- und Stadtverbände. Diese Zahl dürfte bereits überholt sein, laufend kommen neue hinzu.

Extranet und Weiterbildung

Auf die neuen ehrenamtlichen Kreis- und Stadtverbände kommt eine Vielzahl von neuen Aufgaben hinzu. Schließlich sollen sie sich aktiv in die Kommunalpolitik einmischen. Dafür brauchen sie Unterstützung und Fortbildung.

Alle für ihre Arbeit wichtigen Materialien finden die Vorstände der neuen Gremien im passwortgeschützten DGB-Extranet: www.ehrenamt.dgb.de Die neue Plattform wird gemeinsam vom DGB-Bundesvorstand und von den Bezirken betrieben. Ein Extra-Bereich widmet sich dem Thema kommunale Finanzen, die geschützte Plattform soll zudem ermöglichen, dass sich die Kreis- und Stadtverbandsmitglieder untereinander vernetzen und austauschen können. Das Extranet steht bereits im Netz, ist aber noch im Aufbau und als Zwischenlösung gedacht. Für 2013 ist ein kompletter Relaunch geplant.

Zurzeit erarbeiten die Bezirke spezielle Weiterbildungsprogramme, der DGB-Bundesvorstand erstellt dazu als eine Art Rahmen ein Curriculum. Die Bereitschaft, sich fortzubilden, sei bei den neu gewählten Vorständen sehr groß, betont Helmut Fiedler, Vorsitzender der DGB-Region Oberpfalz-Nord.

PROJEKTE UND PARTNER

Arbeit und Leben

Arbeitsrecht an Rhein und Ruhr

Der gemeinsame Arbeitskreis des DGB und des Deutschen Volkshochschulverbands (VHS) „Arbeit und Leben" lädt am 20. März nach Essen zum diesjährigen Arbeitsrechtstag Rhein-Ruhr. Betriebsräte, Personalräte, Schwerbehinderten- und Mitarbeitervertretungen werden die „aktuelle Rechtsprechung an Rhein und Ruhr" analysieren und diskutieren. Auf der Tagesordnung stehen unter anderem Vorträge und Diskussionen zum Kündigungsschutz sowie zum Datenschutz, dem Betriebsverfassungsrecht und der Leiharbeit. •

www.aulnrw.de

Europäische Akademie der Arbeit

Jetzt bewerben für 2012

Auch in diesem Jahr bietet die Europäische Akademie der Arbeit (EAdA) ArbeitnehmerInnen die Chance zu studieren. Alle Interessierten sind aufgerufen, sich bis zum 31. Mai bei der EAdA zu bewerben. Gewerkschaftsmitglieder, die für das Studium ein Stipendium erhalten möchten, können sich bis zum 31. März bei ihrer Mitgliedsgewerkschaft bewerben. Die nächste Aufnahmeprüfung zur EAdA findet im Juni 2012 statt. •

www.akademie-der-arbeit.de

DGB Bayern

Broschüre gegen Nazis

Der DGB Bayern hat die Broschüre „Rechtsextremismus in Bayern. Befunde – Argumente – Gegenstrategien" herausgegeben. Sie informiert umfassend über die Nazi-Szene in Deutschland und in Bayern im Speziellen. Neben einer detaillierten Analyse verschiedener rechtsextremer Gruppen zeigt der DGB Bayern, wie besonders auch die Gewerkschaften im Fokus rechter Übergriffe stehen. Von Schmiereien bis hin zu brutalen tätlichen Attacken legt der DGB Bayern offen, wie viele Angriffe es in den vergangenen Jahren gegeben hat. Die Broschüre zeigt aber auch, welche Möglichkeiten Gewerkschaften haben, gegen Rechtsextremismus und Rassismus vorzugehen. Die Broschüre kann kostenlos im Internet heruntergeladen werden. •

www.bayern.dgb.de

Hans-Böckler-Stiftung

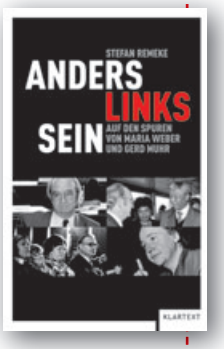
Mehr Steuereinnahmen

Die privaten Nettovermögen in Deutschland sind viermal so hoch wie die öffentlichen Schulden. Trotzdem verzichtet der Staat auf eine nennenswerte Besteuerung großer Vermögen. Zu diesem Ergebnis kommen die Steuerexperten Lorenz Jarass und Gustav Obermair in einer Untersuchung im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung. Die geringe Vermögensbesteuerung trage wesentlich dazu bei, dass von den Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Kapitalanlagen lediglich 22 Prozent an Fiskus und Sozialkassen fließen, von Lohneinkommen hingegen rund 45 Prozent. Die Forscher schlagen vor, künftig alle vererbten oder verschenkten Vermögen über 100 000 Euro zu besteuern, unabhängig davon, ob es sich um Betriebsvermögen, Wertpapiere oder Privatimmobilien handelt. •

Die Studie zum kostenlosen Download: www.boeckler.de/14_39015.htm

neueBücher

In seiner Doppel-Biografie ***„Anders links sein"*** widmet sich der Autor Stefan Remeke gleich zwei herausragenden Köpfen der Gewerkschaftsbewegung der 1970er und 1980er Jahre. Mit beeindruckender Recherchetiefe und fundiertem Wissen über die Gewerkschaftsszene skizziert Remeke entlang der Lebenslinien von zwei langjährigen DGB-Vorstandsmitgliedern, beide aus dem katholischen Milieu stammend, **Maria Weber, CDU, und Gerd Muhr, SPD,** die Geschichte der Gewerkschaften und des DGB in der alten Bundesrepublik. Remeke erzählt umfassend, kenntnisreich und sehr unterhaltsam, was DGB und Gewerkschaften von 1949 bis 1990 beschäftigt hat – innergewerkschaftlich, auf nationaler und auf internationaler Ebene. Besonders in den Kapiteln zu Maria Weber zeichnet die Biografie die lebhafte Geschichte der Einheitsgewerkschaft nach. Genau in diesen Kapiteln kommt dann auch der Titel des Buches richtig zu Geltung.



Stefan Remeke, Anders links sein – Auf den Spuren von Maria Weber und Gerd Muhr, 592 Seiten, Klartext-Verlag, 42,00 Euro

DGB-Bildungswerk

Fachkraft gegen Rechts

Das DGB-Bildungswerk bietet am 9. und 10. März eine Fortbildung zur Fachkraft Rechtsextremismus-Prävention. Das Angebot richtet sich an Multiplikatoren aus Verbänden, Schulen, Jugendeinrichtungen, Initiativen oder Verwaltungen, die sich beruflich oder privat im Themenfeld „Rechtsextremismus" (weiter-)qualifizieren wollen. Ziel der berufsbegleitenden Fortbildung ist die Vermittlung von grundlegenden Kenntnissen über den aktuellen Rechtsextremismus, der Erwerb von Handlungsstrategien im konkreten Umgang mit Rechtsextremisten im öffentlichen Raum und die Vermittlung und Erprobung von Konzepten zur Prävention von Rechtsextremismus. •

http://bit.ly/yRNOSZ

interregio

••• Der ***DGB NRW*** lädt am 12. März unter dem Titel „Pflege – ortsnah, solidarisch und am Menschen orientiert" zu einer ***Fachtagung*** nach Dortmund. ExpertInnen aus Gewerkschaften, Politik und Altenpflege werden die unterschiedlichen Facetten des Themas analysieren und diskutieren – wie etwa die hohe psychische und physische Belastung des Pflegepersonals. Zudem wird auch die Frage erörtert, wie die Pflegeversicherung dauerhaft auf ein solides finanzielles Fundament gestellt werden kann. Mitdiskutieren wird unter anderem auch DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach

http://nrw.dgb.de

••• Der ***DGB Niedersachsen*** fordert die Landesregierung auf, Wirtschaftsförderung an soziale Kriterien zu binden. Ein ***Gutachten*** des Juristen Wolfhard Kohte von der Universität Halle-Wittenberg belegt: Länder dürfen Wirtschaftsfördermittel an soziale Kriterien binden. Weder verfassungsrechtliche noch europarechtliche Regelungen stehen dem entgegen.

http://niedersachsen.dgb.de/-/KPQ

Arbeitnehmerrechte weltweit

Solidarität globalisieren

Ob bei Zulieferfirmen in Asien oder in den Niederlassungen multinationaler Konzerne in den USA, häufig bleiben die Rechte von ArbeitnehmerInnen außen vor. Weltweit setzen sich die Gewerkschaften für bessere Arbeitsbedingungen und Mitspracherechte ein.

Regelmäßig erschüttern Berichte über die Arbeitsbedingungen beim taiwanesischen Elektronik-Produzenten Foxconn. Im chinesischen Wuhan drohten Anfang 2012 bis zu 200 ArbeiterInnen des Zulieferers, zu dessen Kunden Apple und Microsoft gehören, mit Selbstmord, nachdem ihre Forderungen nach besseren Arbeitsbedingungen nicht erfüllt wurden. Die International Metalworkers' Federation (IMF), der die IG Metall angehört, setzt sich für die Rechte der Foxconn-Beschäftigten ein.

Doch auch in den Niederlassungen großer deutscher Unternehmen im Ausland steht nicht alles zum Besten. So versucht T-Mobile USA, amerikanische Telekomtochter, die gewerkschaftliche Organisation ihrer gut 40 000 MitarbeiterInnen zu verhindern. Seit über zehn Jahren kämpft die Gewerkschaft Communication Workers of America (CWA) für eine Arbeitnehmervertretung. „Doch die Beschäftigten werden immer wieder durch gewerkschaftsfeindliche Handlungen eingeschüchtert", erzählt Ado Wilhelm, Bereichsleiter für Zentralfunktionen beim ver.di-Bundesvorstand. Wenn die CWA Informationsmaterial verteilen will, wird erst der Sicherheitsdienst, dann die Polizei gerufen, um den Kontakt zu den Beschäftigten zu verhindern. Gleichzeitig wird konzernintern vor den Nachteilen gewerkschaftlicher Vertretung und den angeblich hohen Beitragszahlungen für Mitglieder gewarnt.

Auch deutsche Autobauer wie BMW, VW und Daimler versuchen, ihre US-Belegschaften „gewerkschaftsfrei" zu halten. Dabei machen sie sich eine Besonderheit der gewerkschaftlichen Organisation in den USA zunutze: Die Gewerkschaften müssen so lange vor der Tür bleiben, bis sich 50 Prozent der Beschäftigten eines Betriebes für eine bestimmte Gewerkschaft ausgesprochen haben. Erst dann kann diese mit der betrieblichen Arbeit beginnen.

Foto: CWA

„Wir erwarten Besseres" – MitarbeiterInnen der US-amerikanischen Telekom-Tochter T-Mobile USA protestieren in Washington gegen die Einschränkung ihrer Arbeitnehmerrechte.

Die US-Niederlassungen der deutschen Autokonzerne mit über 8500 Beschäftigten liegen in den Südstaaten, wo die Arbeitslosigkeit traditionell hoch und die Organisation der Beschäftigten gering ist. Die US-Automobilarbeitergewerkschaft United Auto Workers (UAW) kämpft hier für Gewerkschaftsrechte. Sie hat die deutschen Kollegen der IG Metall um Unterstützung gebeten. Die US-Gewerkschafter treffen oft auch auf die Skepsis der Beschäftigten. Die deutschen Autofirmen und ihre Zulieferer sind häufig die Hauptarbeitgeber in der Region. Die Arbeitsbedingungen sind besser als der amerikanische Standard. Vielen erschließen sich daher die Vorteile der betrieblichen Mitbestimmung nicht auf den ersten Blick. „Die IG Metall wirbt dafür, dass die UAW eine Chance bekommt, für sich zu werben", erklärt Horst Mund, Leiter der Abteilung Internationales beim IG Metall-Vorstand. „Wir haben die Zusicherung der deutschen Autobauer, dass es keine Repression geben wird", so Mund.

Auch für die Beschäftigten der T-Mobile USA gibt es eine weltweite Solidaritätsaktion. Vor zwei Jahren haben der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) gemeinsam mit UNI Global Union, ver.di, CWA und DGB sowie dem amerikanischen Gewerkschaftsbund AFL-CIO die globale Kampagne „Wir erwarten Besseres" gestartet.

In Japan zogen Gewerkschafter vor die Deutsche Botschaft, um mehr Rechte für die amerikanischen KollegInnen einzufordern. In Washington DC gab es ähnliche Aktionen. Eine Delegation deutscher Telekom-MitarbeiterInnen hat sich mit Vertretern der deutschen Botschaft in den USA getroffen. Erste Erfolge dieses internationalen Einsatzes zeichnen sich ab. In kleinen T-Mobile-Niederlassungen – wie in Connecticut – stimmte eine Mehrheit der Beschäftigten für eine Gewerkschaftsvertretung. Für den ver.di-Experten Ado Wilhem ist das ein erster Schritt: „Das nächste Ziel ist eine erfolgreiche Abstimmung in einem großen Callcenter."

Beschwerde eingereicht

Gemeinsam haben ver.di, CWA und UNI Global Union, der internationale Verband der Dienstleistungsgewerkschaften, bei der OECD im Juli 2011 Beschwerde gegen die Deutsche Telekom eingereicht. Dies ist möglich, wenn ein multinationales Unternehmen gegen die OECD-Leitsätze für international tätige Unternehmen verstößt.

Die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen wurden 1976 verabschiedet und 2011 neu gefasst. Die 34 OECD-Mitgliedsländer und acht weitere Staaten haben sie unterzeichnet. Dazu gehört neben der Einhaltung der Menschenrechte und Vorgaben des Umweltschutzes auch die Vereinigungsfreiheit. Gegen die Behinderung dieses Rechts richtet sich die Beschwerde gegen die Telekom.

Die nationale Kontaktstelle für ein solches Verfahren ist in Deutschland beim Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie angesiedelt. Dort wurde Beschwerde eingereicht, ebenso wie bei der amerikanischen Kontaktstelle. Das Beschwerdeverfahren soll innerhalb eines Jahres abgeschlossen sein.

www.einblick.dgb.de/hintergrund

kurz&bündig

Die EVG hat gemeinsam mit den Arbeitgebern der Mobilitäts- und Verkehrsdienstleister den Kollegialitätspreis 2012 ausgelobt. Ausgezeichnet werden sollen Beschäftigte, die sich für ihre KollegInnen einsetzen. Bedingung: Die Nominierten müssen bei der Deutschen Bahn arbeiten. Einsendeschluss ist der 31. März 2012.

Die GEW hat Studiengänge für Kindheitspädagogik gefordert. Dadurch soll die Ausbildung von Beschäftigten in Kindertagesstätten verbessert werden. Bis 2020 soll in jeder KiTa eine Kindheitspädagogin tätig sein. Die GEW appellierte zudem an die KiTa-Träger, den Personalschlüssel deutlich zu verbessern und die Bezahlung der Beschäftigten zu erhöhen.

Der NGG-Vorsitzende Franz-Josef Möllenberg hat die Einführung einer Vermögenssteuer gefordert. Mindestens 20 Milliarden Euro würde eine Steuer mit einem Prozent oberhalb der Freibeträge – 500 000 Euro für Ledige; eine Millionen für Verheiratete – bringen.

Die GdP hat die von Verkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) angekündigte Reform des Flensburger Punktekatalogs kritisiert. Die Verkehrsmoral lasse sich nur durch hohen polizeilichen Kontrolldruck auf der Straße verbessern.

ver.di-Innovationsbarometer

Stress hemmt kluge Köpfe

Der Arbeitsdruck steigt, die Innovationsfähigkeit leidet, das zeigt das ver.di-Innovationsbarometer. Rund 90 Prozent der knapp 800 befragten Betriebs- und Aufsichtsräte haben diesen Trend in ihrem Unternehmen festgestellt. 68 Prozent sehen eine tendenziell abnehmende Qualität der Innovationen. Unter anderem deuteten Rückmeldungen von Kunden oder Rückrufaktionen darauf hin. Ein weiterer Indikator sei, dass unter anderem die Zahl der am Burn-out-Syndrom Erkrankten stark gestiegen ist. Auch würden Innovationsprojekte vermehrt abgebrochen oder zeitlich verzögert (63 Prozent) oder gar nicht erst begonnen (55 Prozent).

Ungehemmter Personalabbau und die damit verbundene Leistungsverdichtung der vergangenen Jahre kämen einem Raubbau an der Kreativität gleich, kritisiert ver.di-Vorstandsmitglied Lothar Schröder. „Arbeitshetze und Dauerbelastung gefährden die Innovationsfähigkeit." Die Befragten schlagen eine stärkere Beteiligung der ArbeitnehmerInnen, einen Abbau der Arbeitsbelastung, bessere Qualifizierung und mehr Anerkennung und Wertschätzung für die Beschäftigten vor. •

Das Innovationsbarometer zum Download: www.einblick.dgb.de/hintergrund

Fotos: DGB/Simone M. Neumann, Thomas Schulz

Mit einem europaweiten Aktionstag am 29. Februar demonstrierte der Europäische Gewerkschaftsbund gegen die rigide Sparpolitik der EU. Der DGB unterstützt den EGB-Aufruf und setzt sich für ein Europa ohne soziale Spaltung und Ausgrenzung ein. Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer forderte in Magdeburg einen „New Deal" für Investitionen in die Zukunft Europas. In Saarbrücken demonstrierten rund 200 französische und deutsche GewerkschafterInnen an der ehemaligen Grenze. Der DGB-Landesvorsitzende Eugen Roth forderte, aus der Großregion Saarland-Lothringen-Rheinland-Pfalz und Luxemburg eine „europäische Modellregion im Sinne guter Sozialpolitik und Arbeitnehmerrechte" zu machen. Der DGB Saar hatte gemeinsam mit den französischen Gewerkschaften CGT und CFDT zur Demo aufgerufen. Das Motto des europaweiten Aktionstages lautete: „Genug jetzt! Alternativen sind möglich! Für Beschäftigung und soziale Gerechtigkeit!"

Bundespräsidentenwahl

Gewerkschafter wählen mit

Am 18. März tritt die Bundesversammlung in Berlin zur Bundespräsidentenwahl zusammen. Neben den Abgeordneten des Bundestages nominieren auch die Landesparlamente dazu Wahlfrauen und -männer. Auch GewerkschafterInnen werden über eine/n Nachfolger/in für Christian Wulff entscheiden. So wurden von der SPD unter anderem nominiert: der DGB-Vorsitzende Michael Sommer, der IG-Metall-Vorsitzende Berthold Huber, der IG-BCE-Vorsitzende Michael Vassiliadis sowie die DGB-Bezirksvorsitzenden Stefan Körzell (Bezirk Hessen-Thüringen), Dietmar Muscheid (Bezirk West) und Andreas Meyer-Lauber (Bezirk NRW).

Zur Wahl stehen Joachim Gauck, der gemeinsame Kandidat von CDU, SPD, Grünen und FDP, und Beate Klarsfeld, die Kandidatin der Linken. •

www.einblick.dgb.de/hintergrund

Großbäckereien

Bessere Arbeitsbedingungen

Die bayerische Großbäckerei „Müller-Brot" ist pleite. Vorausgegangen war eine Reihe von Hygiene-Skandalen. Der NGG-Vorsitzende Franz-Josef Möllenberg warnt, dass schwarze Schafe die gesamte Branche in Verruf bringen. Die Insolvenz sei ein Warnschuss. Der Fall zeige, dass der ständig wachsende Druck auf die Beschäftigten und immer schlechtere Arbeitsbedingungen nicht die richtige Antwort auf den Strukturwandel sein können. Mit Blick auf den demografischen Wandel müsse die Branche handeln. „Skandale, geringe Bezahlung, die Ausweitung von Minijobs und geringfügiger Beschäftigung – das alles klingt für Jugendliche sicher nicht verlockend." Möllenberg fordert eine deutliche Verbesserung – auch finanziell. •

Handlungsoptionen in der Krise

Trittbrettfahren verboten

Welche Wege können die Regierungen in Europa beschreiten, um die Krise zu überwinden? Brigitte Unger, die neue Direktorin des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts, erklärt, was die deutsche Politik beachten muss und warum „Trittbrettfahren" dabei nicht in Frage kommt.

Kleine Länder, wie Österreich und die Niederlande, haben sich schon seit Jahrzehnten mit der Frage beschäftigt, welche nationalen Handlungsspielräume bei zunehmender Internationalisierung noch bleiben. Österreich hat schon in den 1970er Jahren seine Währung an die D-Mark gebunden. Damit überließ es (freiwillig) seinen währungspolitischen und später auch geldpolitischen Handlungsspielraum der Bundesrepublik und konzentrierte sich auf die Fiskal- und Lohnpolitik. So gelang es Österreich – als quasi Trittbrettfahrer der deutschen Preis- und Währungsstabilität – Vollbeschäftigung und niedrige Inflation, steigende Löhne und Wachstum zu garantieren. Die gemeinsame Bedrohung von außen, vom Kommunismus im Osten und von der Weltkonjunktur, erzeugte das Gefühl ‚gemeinsam im Boot zu sitzen'. Es ermöglichte sozialpartnerschaftliche Arrangements zwischen Regierung, Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern in Form von mäßigen Lohnforderungen im Tausch für Vollbeschäftigung, Wachstum und Preisstabilität.

Dass Deutschland heute selber plötzlich internationalen Zwängen ausgesetzt ist, hat an seiner Stellung innerhalb Europas nichts verändert. Es ist der Antriebsmotor der wirtschaftlichen Entwicklung Europas. Allerdings haben die zunehmende weltweite und landesweite Ungleichverteilung bei Einkommen und Vermögen zu einem Verlust von Kaufkraft in großen Teilen der Bevölkerung geführt. Eine expansive Wirtschaftspolitik wäre erforderlich, um dieser Entwicklung gegenzusteuern. **Arbeitslose, Menschen unter der Armutsgrenze, Minijobber, Niedriglohnbezieher, Rentner brauchen Einkommen,** um als Käufer auftreten zu können.

Von der Immobilienkrise über die Finanz- und Rohstoffmarktkrise zur Staatsschuldenkrise beobachten wir immer wieder Variationen desselben Bildes: Kern des Problems ist, dass die Nachfrage nach realen Produkten im Inland lahmt. Exportwunder, wie es die Automobilindustrie 2011 in China erlebt hat, sind die Ausnahme und nicht die Regel. Das Unbehagen über die derzeitige Krise teilen nicht nur ArbeitnehmervertreterInnen und Regierung, auch kleinere Unternehmungen und Produktionsabteilungen in internationalen Konzernen sind besorgt. **Von der ‚heißen Luft' eines aufgeblähten Finanzsektors kann man nämlich langfristig nicht leben.** Und allein auf Export zu setzen, ist gewagt, wenn man bedenkt, dass Länder wie China irgendwann selbst die Autoproduktion übernehmen könnten.

Wer soll und kann ein Gleichgewicht wiederherstellen? Wer kann die Rolle einnehmen, die Deutschland für kleine europäische Länder jahrzehntelang spielte? In den vergangenen Jahren gab es eine Machtverschiebung von nationalen zu supranationalen Spielern wie EU-Kommission, Europäischem Gerichtshof und Europäischer Zentralbank. Dort sitzen oft ‚Experten', die wenig Verständnis von Politik und wenig Beziehung zu den Bürgern haben und die nicht demokratisch gewählt sind. Eine „Super-Regierung" auf höherer Ebene ist derzeit nirgendwo auszumachen. Deutschland kann nicht „Trittbrettfahren" wie es die kleinen Länder taten. Obgleich es enorm wichtig ist, auf internationaler und vor allem europäischer Ebene Abkommen zu Löhnen, Arbeitsrecht und sozialen Ansprüchen zu treffen, **wird Deutschland nicht darum herumkommen, sich selber am Schopf aus der Krise zu ziehen** und damit auch die nötige wirtschaftliche Stimulans für die kleineren und südlichen europäischen Länder zu geben.

Hierzu sind expansive Impulse bei den Budgetausgaben nötig, die teils durch Defizite, teils durch eine Besteuerung des Finanzsektors finanziert werden. Um sich von den Bewertungen der Ratingagenturen unabhängig zu machen, werden Eurobonds eingeführt, die durch steuerliche Anreize vor allem innerhalb der EU Länder gehalten und gehandelt werden. Dies hätte zwei Vorteile: Staatsschulden sind damit nämlich automatisch wieder vorrangig ‚Inlandsschulden' innerhalb Europas und kein Spekulationsobjekt mehr. Außerdem bleiben die Zinszahlungen auf die Staatsschulden innerhalb Europas und geben so weitere wirtschaftliche Impulse. Nationale Handlungsoptionen haben sich etwas verschoben, in dem Sinne, dass ‚national' heute nicht mehr nur auf den deutschen Binnenmarkt, sondern auf den europäischen Binnenmarkt bezogen ist und damit auch ‚europäisch' heißen kann. **In beiden Fällen aber liegt der Handlungsbedarf**, um durch expansive Wirtschaftspolitik aus der Krise herauszuführen, **bei Deutschland.** Das wäre zugleich auch ein Beitrag zur Stabilisierung der Wirtschaft in kleinen europäischen und südeuropäischen Ländern. •

Expertin für Wirtschaftspolitik

Foto: Manfred Vollmer

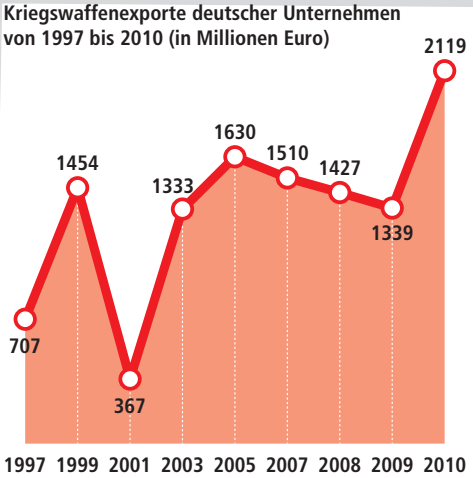
Seit Mitte Februar ist Brigitte Unger, 56, die neue Wissenschaftliche Direktorin des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Wirtschaftspolitik, Steuerwettbewerb und Korporatismus. Die gebürtige Österreicherin gilt als Expertin für die Erforschung verdeckter Finanzströme und Geldwäsche. Ihr Habilitationsthema waren nationale Handlungsspielräume der Wirtschaftspolitik. Unter anderem berät sie das niederländische Finanzministerium, die EU und die US-Regierung. Ihre Professur für die Ökonomie des öffentlichen Sektors an der Utrecht School of Economics an der Universität Utrecht wird sie in Teilzeit weiterführen. Unger folgt Heide Pfarr, die das WSI 16 Jahre lang geleitet hat.

dieDGBgrafik

RÜSTUNGSEXPORTE: Konzerne im Goldrausch

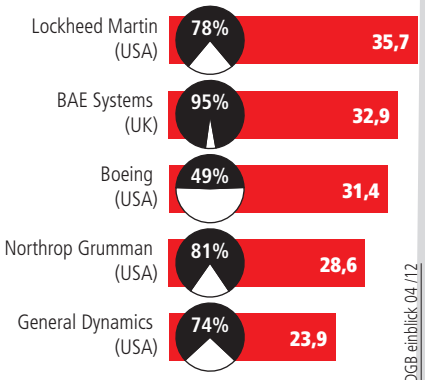
Vor allem amerikanische und britische Unternehmen führen die Liste der 100 größten Waffenproduzenten an. Rund 35 Milliarden US-Dollar Gewinn hat zum Beispiel der US-Konzern Lockheed Martin erzielt, so das Stockholm International Peace Research Institute. Mit 2,7 Milliarden US-Dollar belegt der deutsche Konzern Rheinmetall Platz 31. Der Umsatz mit Waffen machte 50 Prozent des Gewinns in 2010 aus. Insgesamt hat sich der Export deutscher Rüstungsgüter von 1997 bis 2010 auf 2,1 Milliarden Euro verdreifacht.

Kriegswaffenexporte deutscher Unternehmen von 1997 bis 2010 (in Millionen Euro)



Quelle: Rüstungsexportbericht des BMWI 2011

Waffenverkäufe ausgewählter Rüstungskonzerne im Jahr 2010 (in Milliarden US-Dollar) und der Anteil des Waffenverkaufs am Gesamtgewinn der Unternehmen (in Prozent)



Quelle: Stockholm International Peace Research Institute 2012

© DGB einblick 04/12

personalien

••• ***Ghazaleh Nassibi,*** 36, ist neue Referentin für Tarifkoordination. Sie verstärkt seit dem 1. März den Bereich Wirtschaftspolitik beim DGB-Bundesvorstand. Die studierte Juristin hat vorher mit einem Stipendium der Hans-Böckler-Stiftung zum Thema „Schutz vor Lohndumping in Deutschland" promoviert und war zuletzt wissenschaftliche Mitarbeiterin im Projekt „Soziales Recht der Arbeit" an der Uni Frankfurt (Oder). Nassibi vertritt bis zum 31.3.2013 Friederike Posselt, die in Elternzeit ist.

••• ***Heiko Glawe,*** 44, bisher zuständig für Wirtschaftspolitik, Regionale Strukturpolitik beim DGB-Bezirk Berlin-Brandenburg, ist neuer Geschäftsführer der DGB-Region Berlin. Organisationssekretär der Region ist ***Andrew Walde,*** 51, der weiterhin auch Organisationssekretär des DGB-Bezirks Berlin-Brandenburg bleibt.

14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

5.3. DGB-Region Südwestsachsen und andere, Aktionstag „Chemnitzer Friedenstag: Es ist unsere Stadt – Nazis haben hier keinen Platz!", Chemnitz

6.3. DGB-Bezirk Sachsen, „Zentrale Frauentagsveranstaltung", Dresden

6.3. IG BAU Niedersachsen, Diskussion „Wer schützt uns vorm Verfassungsschutz? Die heillose Verwicklung des Geheimdienstes in rechtsextreme Szenen und Parteien", Bad Nenndorf

6.3. IG BCE, „Arbeitstagung Werkfeuerwehren", Leverkusen

7.3. DGB Düsseldorf-Bergisch Land, IG Metall Düsseldorf-Neuss, attac Düsseldorf, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Diskussion „Europa am Abgrund. Der Fehler liegt im System", Düsseldorf

8.3. Internationaler Frauentag – bundesweite Aktionen der Gewerkschaftsfrauen

8.3. IMK, Konjunkturforum – Ungleichheit in Deutschland, Berlin

9.3. DGB-Bildungswerk, Seminar „Fachkraft Rechtsextremismus – Prävention 2012", Hattingen

9.3. GEW in Kooperation mit der Hochschule Fulda, Fachhochschul-Tagung „Perspektiven der Fachhochschulen im tertiären Bildungssystem", Fulda

10.3. DGB-Kreisverband Odenwaldkreis, Tagung, „Wege aus der EuropaKrise – Für eine solidarische Gemeinschaft – Politische Ökonomie und soziale Kämpfe im Euroraum", Michelstadt

11.3. Anti-Atom-Bündnis, Aktion „Lichterkette durch das Braunschweiger Land", Braunschweig und Umgebung

12.3. DGB NRW, Fachtagung „Pflege – ortsnah, solidarisch und am Menschen orientiert", Dortmund

20.3. DGB, Internationale Konferenz „Arbeitnehmerfreizügigkeit – sozial, gerecht und aktiv", Berlin

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke, Lena Clausen **Redaktionelle Mitarbeit:** Udo Böhlefeld, Birgit Böhret, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/30 88 24-0, Fax 030/30 88 24 20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

Schlusspunkt.

„Solange die andere Hälfte des Himmels keine Chance hat, muss etwas geschehen."

Ex-Chefredakteur des Stern, Michael Jürgs, zur Forderung von 350 JournalistInnen nach einer Frauenquote für die Medien

Wohngeld

Zinsen gelten als Einkommen

Bei der Berechnung des Wohngeldes sind Zinseinkünfte auch dann als Einkommen zu berücksichtigen, wenn sie aus angelegtem Schmerzensgeld erzielt wurden. Nach dem Wohngeldgesetz sind bei der Berechnung des Wohngeldes die einkommensteuerpflichtigen Einkünfte zu berücksichtigen. Danach ist das Schmerzensgeld als solches zu vernachlässigen, weil es nicht der Einkommensteuerpflicht unterliegt. Dies gilt jedoch nicht für Zinsen, die aus der Anlage von Schmerzensgeld erzielt werden. Diese sind einkommensteuerpflichtig.

Bundesverwaltungsgericht, Urteil vom 9. Februar 2012 - 5 C 10.11

Gesetzliche Krankenversicherung

Wenn nötig auch hochwertige Hörgeräte

Gesetzlich versicherte Schwerhörige haben Anspruch auf technisch hochwertige Versorgung mit Hörhilfen, wenn mit so genannten Vertragsgeräten kein optimaler Ausgleich des Hörverlustes erzielt werden kann.

Sozialgericht Detmold, Urteil vom 5. Oktober 2011 - S 5 KR 97/08

Öffentlicher Dienst

Besonderer Schutz für Schwerbehinderte

Ein öffentlicher Arbeitgeber ist gesetzlich verpflichtet, einen schwerbehinderten Menschen, der sich auf eine ausgeschriebene Stelle unter Mitteilung seiner Schwerbehinderteneigenschaft beworben hat, zu einem Vorstellungsgespräch einzuladen, es sei denn, diesem fehlt offensichtlich die fachliche Eignung für die ausgeschriebene Stelle. Eine unterbliebene Einladung lässt vermuten, dass der Bewerber wegen seiner Schwerbehinderung benachteiligt worden ist. Diese Vermutung kann der öffentliche Arbeitgeber durch den Beweis widerlegen, dass für die Nichteinladung nur solche Gründe vorgelegen haben, welche nicht die fehlende Eignung des Bewerbers oder dessen Schwerbehinderung betreffen. Liegt eine Benachteiligung vor, so hat der Arbeitnehmer einen Anspruch auf Entschädigung.

Bundesarbeitsgericht, Urteil vom 16. Februar 2012 - 8 AZR 697/10

Steuerklassen

III/V auch für homosexuelle Paare

Homosexuelle Arbeitnehmer in einer Lebenspartnerschaft können sich wie Verheiratete in der Steuerklassenkombination III/V eintragen lassen.

Finanzgericht Bremen, Beschluss vom 13. Februar 2012 - 1 V 113/11 (5)

Werbungskosten

Nur eine Heimfahrt am Tag

Arbeitnehmer, die aus beruflichen Gründen zweimal am Tag vom Wohnort zur Arbeit fahren, können in ihrer Steuererklärung nur einmal die Entfernungspauschale ansetzen. Ein weiterer Werbungskostenabzug ist für die zweite Fahrt nicht möglich.

Hessisches Finanzgericht, Urteil vom 6. Februar 2012 - 4 K 3301/09

Überstunden

Verzicht auf Vergütung ist zu prüfen

Bei Fehlen einer (wirksamen) Vergütungsregelung verpflichtet das Gesetz den Arbeitgeber, geleistete Mehrarbeit zusätzlich zu vergüten, wenn dies den Umständen nach nur gegen eine Vergütung zu erwarten ist. Eine entsprechende Vergütungserwartung ist gegeben, wenn der Arbeitnehmer kein herausgehobenes Entgelt bezieht.

Der Fall: Der Arbeitnehmer war als Lagerleiter zu einem monatlichen Bruttoentgelt von 1800 Euro bei einer Spedition tätig. Im Arbeitsvertrag war eine wöchentliche Arbeitszeit von 42 Stunden vereinbart. Bei betrieblichem Erfordernis sollte der Lagerleiter ohne besondere Vergütung zu Mehrarbeit verpflichtet sein. Nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses verlangte der Arbeitnehmer Vergütung für 968 geleistete Überstunden in zwei Jahren. Mit der Klage hatte er Erfolg.

Das Bundesarbeitsgericht: Der Arbeitgeber schuldet dem Lagerleiter die Überstundenvergütung. Angesichts der Höhe des vereinbarten Bruttoentgelts war die Leistung von Überstunden nur gegen eine zusätzliche Vergütung zu erwarten. Der vertragliche Ausschluss jeder zusätzlichen Vergütung von Mehrarbeit war wegen Intransparenz unwirksam. Der Arbeitsvertrag lässt aus der Sicht eines verständigen Arbeitnehmers nicht erkennen, welche Arbeitsleistung der Arbeitnehmer für das regelmäßige Bruttoentgelt schuldete. Er konnte bei Vertragsschluss nicht absehen, was auf ihn zukommen würde.

Bundesarbeitsgericht, Urteil vom 22. Februar 2012 - 5 AZR 765/10

Gesetzliche Krankenversicherung

Kein „Recht auch ein gesundes Kind"

Die Krankenkasse kann nicht verpflichtet werden, Kosten für Maßnahmen zur Vernichtung menschlichen Lebens zu übernehmen.

Der Fall: Die schwangere Frau leidet unter einem Gendefekt, der eine Augenerkrankung verursachen und zur Erblindung führen kann. Zur Feststellung, ob eine Vererbung dieses Gendefekts auf ihr Kind droht, beantragte die Frau, ihre Krankenkasse zu verpflichten, eine DNA-Analyse ihres Vaters zu gewähren. Sie machte geltend, diese Untersuchung diene letztlich dazu, die Voraussetzungen für die Vornahme einer Abtreibung zu klären. Ihre Klage wurde abgewiesen.

Das Landessozialgericht: Die Krankenversicherung hat in erster Linie die Aufgabe, Krankenbehandlung zu gewähren, wenn sie notwendig ist, um eine Krankheit zu erkennen, zu heilen, ihre Verschlimmerung zu verhüten oder Krankheitsbeschwerden zu lindern. Im vorliegenden Fall geht es aber nicht darum, eine Krankheit zu behandeln. Die Erkennung des bei dem ungeborenen Kind möglicherweise vorliegenden Gendefekts zielt allein darauf ab, gegebenenfalls dessen Leben zu beenden. Es liegt auf der Hand, dass dies nicht als Krankenbehandlung des ungeborenen Kindes oder der Mutter qualifiziert werden kann. Die beanspruchte Untersuchung kann auch nicht als Leistung finanziert werden, die der Feststellung der Indikation für einen Schwangerschaftsabbruch dient. Die werdende Mutter hat die Voraussetzungen eines nicht rechtswidrigen Schwangerschaftsabbruchs nicht glaubhaft gemacht. Allein das mögliche Vorliegen einer Behinderung bei dem ungeborenen Kind reicht nicht aus, die Fortsetzung der Schwangerschaft als unzumutbar erscheinen zu lassen. Der Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung garantiert kein „Recht auf ein gesundes Kind".

Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen, Urteil vom 26. Januar 2012 -L 5 KR 720/11 ER

Autor: Luis Ledesma, Kassel – einblick 4/12

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 19.03.2012 5/12

DGB

inhalt

Seite 3
Hinweisgeber schützen
DGB und Gewerkschaften wollen Beschäftigte, die Missstände in ihren Unternehmen öffentlich machen, besser schützen

Seite 5
Jünger, betrieblicher, weiblicher
Die DGB-Organisationsreform macht gute Fortschritte. einblick zeigt den Stand in den Bezirken Hessen-Thüringen, Sachsen und Berlin-Brandenburg

Seite 7
Lohnsteigerung macht stark
Warum höheren Löhne nicht nur für die Beschäftigten in Deutschland, sondern auch für Europa gut sind, erklären die WSI-Tarifexperten Reinhard Bispinck und Thorsten Schulten

DGB-Reformvorschlag

Gute Teilzeit statt prekärer Kleinst-Jobs

Weit über sieben Millionen Menschen arbeiten in Deutschland in so genannten Mini-Jobs. Drei Viertel von ihnen verdienen weniger als 8,50 Euro pro Stunde. Im Schnitt kommen so nur 265 Euro im Monat zusammen (Ost: 215 Euro). Für fast fünf Millionen der meist weiblichen Mini-JobberInnen ist das kein Nebenverdienst – sie sind ausschließlich in Mini-Jobs tätig. Was 2003 bei der Mini-Job-Reform als Ausnahme geplant war, wird heute von den Arbeitgebern systematisch zum Lohndumping missbraucht. „Reguläre Vollzeit- oder Teilzeitstellen werden in Kleinstarbeitsverhältnisse mit Dumpinglöhnen und ohne echte soziale Absicherung zerlegt", kritisiert DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach.

Der DGB hat deshalb einen Reformvorschlag für die Kleinstarbeitsverhältnisse vorgelegt. Das Konzept: Alle Arbeitsverhältnisse werden gleich behandelt. Die Anreize für Arbeitgeber, massenhaft Kleinst-Jobs anzubieten, sollen entfallen. „Heute sind die Beschäftigten in Kleinst-Jobs buchstäblich im Niedriglohnsektor eingemauert", meint Buntenbach. Denn gesetzliche und steuerliche Regelungen machen Mini-Jobs für die Arbeitgeber attraktiv – für die Beschäftigten hingegen erschweren sie den Weg in reguläre Beschäftigung jenseits des 400-Euro-Jobs.

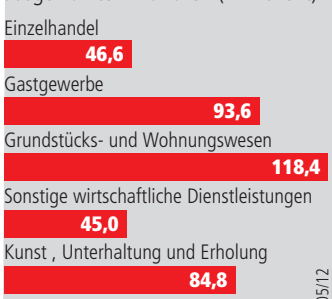
Diese 400-Euro-Mauer will der DGB einreißen: Wer heute in einem unsicheren Kleinst-Job arbeiten muss, soll künftig in einer abgesicherten regulären Teilzeitstelle arbeiten. Zentraler Punkt des DGB-Vorschlags: Bereits ab dem ersten verdienten Euro sind Beschäftigte – anders als heute bei den Mini-Jobs – voll sozialversichert. Bei 100 Euro Monatseinkommen übernehmen die Arbeitgeber den vollen Sozialversicherungsbeitrag, danach steigt in einer Gleitzone der Arbeitnehmeranteil an, bis bei 800 Euro die paritätische Beitragsfinanzierung erreicht ist. Das ist für die Beschäftigten keineswegs eine zusätzliche Belastung, sondern vielmehr ein Ausweg aus der Armutsfalle. „Die Beschäftigten sollen nicht bei 400 Euro hängen bleiben", erklärt Buntenbach. „Sie sollen künftig in den regulären Teilzeitstellen mehr arbeiten und mehr verdienen können als heute in Kleinstarbeitsverhältnissen. Das bedeutet mehr Brutto, damit mehr Netto – und zusätzlich soziale Absicherung."

Außerdem will der DGB die pauschale Besteuerung von Mini-Jobs beenden. Diese Steuerpauschale sei für die Arbeitgeber „der Hebel, um die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unter Druck zu setzen, niedrige Löhne zu akzeptieren – weil sich ein Sprung über die 400 Euro für sie nicht lohne", so Buntenbach. Für ehrenamtliche Tätigkeiten, wie im Sportverein oder in Jugendgruppen, sollen auch nach dem DGB-Modell weiterhin Sonderregelungen gelten. •

www.dgb.de/-/Kvh

Dumping mit System

Verhältnis von Minijobbern zu sozialversicherten Beschäftigten in ausgewählten Branchen (in Prozent)



Quelle: DGB, Bundesagentur für Arbeit, Stand: Ende September 2010

© DGB einblick 05/12

Annähernd jede/r zweite Beschäftigte im Gastgewerbe ist geringfügig beschäftigt. Und auch im Handel ist mittlerweile jede/r dritte Beschäftigte ein/e Minijobber/in.

plusminusBERLIN

+ ***Elke Ferner, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion ärgert sich, dass sich der Bundesfinanzminister bei den Krankenkassen bedienen will: „Die Reserven des Gesundheitsfonds darf sich Schäuble nicht zur Beute machen."***

– ***Die Kürzung bei der Solarenergie verteidigt der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Joachim Pfeiffer: „Die Vollkaskomentalität des EEG muss ein baldiges Ende haben", argumentierte er im Bundestag.***

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.boeckler.de/wsi-tarifarchiv_37886.htm
Portal des WSI-Tarifarchivs: Alle Infos, Zahlen und Fakten zum Tarifjahr 2012

Hintergrund

www.einblick.dgb.de/hintergrund
DGB-Papier: „Neuordnung von Kleinstarbeitsverhältnissen"

POLITIK AKTUELL

Finanzkrise

Ungleichheit wächst

Die globale Finanzkrise hat nach einer Studie der Internationalen Arbeitsorganisation ILO die Ungleichheiten am Arbeitsplatz in Europa verschärft. „Die Ungleichheit hat nicht nur zum Entstehen der Krise beigetragen, als Folge der Krise sind die Unterschiede auch noch schärfer geworden", sagt Daniel Vaughan-Whitehead, Sonderberater der ILO und Herausgeber der Studie. Vor allem LeiharbeiterInnen mussten unter den Folgen der Wirtschaftskrise leiden, etwa in Spanien: „Die massive Abhängigkeit von Zeitverträgen seit fast 20 Jahren hat das Land verletzlich gemacht, und Beschäftigung hat als Folge des Abschwungs abgenommen." Ein Einfrieren des Mindestlohns oder Kürzungen von Sozialleistungen könnten die bestehenden Ungleichheiten weiter verschärfen. Lobenswert heben die AutorInnen der Studie dagegen Maßnahmen hervor, die im Dialog mit den Beschäftigten vereinbart wurden, wie zum Beispiel die Ausweitung der Kurzarbeit in Deutschland. Im Gegensatz dazu seien in Ländern mit begrenzten gewerkschaftlichen Verhandlungsmöglichkeiten, wie den baltischen Republiken, Einschnitte bei Gehältern und Beschäftigung drastischer und schneller umgesetzt worden.

www.ilo.org

Aufhebungsverträge

Besser informieren

Bei Aufhebungsverträgen wirken ArbeitnehmerInnen an ihrer eigenen Kündigung mit. Grund genug, diese Verträge möglichst verständlich mit allen Risiken zu erläutern. Im Petitionsausschuss beschäftigten sich die Bundestagsabgeordneten mit der Frage, ob nicht eine 14-tägige Widerrufsfrist für Betroffene eingeräumt werden könnte. Die SPD-Parlamentarier fanden den Vorschlag gut und würden gerne die Rechtsposition der ArbeitnehmerInnen stärken. Doch für eine Überweisung der Eingabe an die Bundesregierung gab es im Ausschuss keine Mehrheit.

Bildung

Zusammenarbeit gefordert

„Die Streichung des Kooperationsverbots ist überfällig", kommentiert die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock den Plan der Bundesregierung, über eine Änderung des Grundgesetzes künftig zu ermöglichen, dass Bund und Länder in der institutionellen Forschungsförderung zusammenarbeiten. Die geplante Aufhebung des Kooperationsverbots auf Hochschulebene könne nur der Anfang sein, betont Sehrbrock. Denn es sei kaum verständlich, dass der Bund zwar den Aufbau von Schulen in Indonesien finanzieren dürfe, nicht aber in der Lausitz. Ähnlich argumentiert auch die Opposition. Bündnis 90/Die Grünen halten die geplante Änderung insgesamt für „kleinmütig", weil der gesamte Bereich Bildung unter dem föderalen System leide. Auch die SPD fordert, das Kooperationsverbot müsse für alle Bildungsbereiche fallen.

Solarförderung

Falsche Entscheidung

Die Kürzungen bei der Solarförderung sind für den DGB und die Bundesländer Nordrhein-Westfalen und Thüringen eine klare Fehlentscheidung. Gemeinsam mit dem SPD-Wirtschaftsminister Matthias Machnig (Thüringen) und dessen grünem Kollegen, Umweltminister Johannes Remmel (Nordrhein-Westfalen), forderte DGB-Vorstandsmitglied Dietmar Hexel auf einer Pressekonferenz in Berlin, die Energiewende endlich umzusetzen. Die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland stehe auf dem Spiel, warnte Hexel: „Die deutschen Unternehmen müssen ihre Technologieführerschaft – insbesondere bei Photovoltaik und Windkraft – behalten und ausbauen."

Kirchlich Beschäftigte

Grundrecht auf Tarifautonomie

Der DGB-Bundesvorstand unterstützt die Forderungen der Beschäftigten in kirchlichen Einrichtungen – vor allem von Diakonie und Caritas – nach höheren Entgelten und „menschenwürdigen Arbeitsbedingungen". Der DGB und die Gewerkschaften respektierten die seit der Weimarer Republik verankerten Rechte der Kirche, heißt es in einem DGB-Vorstandsbeschluss. Dem stehe aber das Grundrecht auf Tarifautonomie gegenüber. Deshalb seien die DGB-Gliederungen aufgerufen, Streikende bei kirchlichen Einrichtungen öffentlichkeitswirksam zu unterstützen.

Abgeordnetenbestechung

Es fehlen klare Regeln

Klare und schärfer gefasste Regelungen wünscht sich die SPD-Bundestagsfraktion für den Tatbestand der Abgeordnetenbestechung. Doch vermutlich wird der SPD-Gesetzentwurf dazu nicht die erforderliche Mehrheit im Bundestag finden. Bereits früher hatten sowohl Bündnis 90/Die Grünen wie auch die Linksfraktion eigene Entwürfe eingebracht. Ein neues Gesetz wäre schon deshalb notwendig, damit Deutschland die UN-Konvention gegen Korruption annehmen kann, die bereits von 150 Staaten weltweit ratifiziert wurde. Für die Antikorruptionsorganisation Transparency International (TI) ist es kaum nachvollziehbar, dass gerade eine Exportnation wie Deutschland die UN-Konvention nicht in deutsches Recht überführt. TI-Vorsitzende Edda Müller appellierte an die Abgeordneten der Regierungskoalition, CDU/CSU und FDP sollten nicht aus „kurzsichtiger Parteitaktik" den Entwurf blockieren.

Nach der ersten Diskussion sieht es allerdings nicht nach Zustimmung aus dem Regierungslager aus. Der Justiziar der Unionsfraktion, Wolfgang Götzer (CSU), sieht keinen Regelungsbedarf, „weil mir keine Vorkommnisse oder Fälle bekannt sind, die Anlass zu einer Verschärfung geben". Der Entwurf wird nun in den zuständigen Ausschüssen beraten.

Steuergesetze

EU sucht Löcher

Unternehmen, die in mehreren Mitgliedsstaaten aktiv sind, können die unterschiedliche Steuergesetzgebung in den Ländern oft zum eigenen Vorteil nutzen. Die EU-Kommission hat jetzt eine öffentliche Anhörung gestartet, um herauszufinden, wie Einnahmen und Ausgaben innerhalb Europas verschoben werden können. Es sei nicht wünschenswert, dass grenzüberschreitende Tätigkeiten im EU-Binnenmarkt keiner Besteuerung unterlägen, da dies zu einem Steuervorteil führe, den andere nicht wahrnehmen könnten, heißt es in der Begründung zu der Anhörung.

Whistleblowing

Hinweisgeber schützen

Ob Gammelfleisch-Skandal oder massive Vernachlässigung von Patienten in einem Pflegeheim – häufig kommen Hinweise auf Missstände in Unternehmen von Beschäftigten. Allerdings drohen so genannten Whistleblowern oft existenzielle Folgen. Abmahnungen und Kündigungen sind nicht unüblich. DGB und Gewerkschaften fordern deshalb, InformantInnen besser zu schützen.

Ganz eindeutig ist der Ursprung des Namens Whistleblowing nicht belegt. „To blow a whistle" heißt zu deutsch „die Pfeife blasen". Vermutlich geht der Ausdruck auf britische Polizisten zurück, die per Trillerpfeife ihre Kollegen zur Hilfe holten. Anders als englische Ordnungshüter können Beschäftigte, die auf skandalöse Zustände in ihren Unternehmen hinweisen, oft nicht auf Schutz und Solidarität hoffen.

Wie beispielsweise im Fall einer Berliner Altenpflegerin, die mehrfach auf den skandalösen Umgang mit den pflegebedürftigen Patienten hingewiesen hatte. Mit so genannten Überlastungsanzeigen versuchte sie ihren Arbeitgeber darüber zu informieren, dass das Personal überlastet sei und seinen Pflichten nicht nachkommen könne. Darüber hinaus würden Pflegeleistungen nicht korrekt dokumentiert. Ihre Hinweise blieben folgenlos. Auch das von ihr mit einer Strafanzeige eingeleitete Verfahren wurde durch die Staatsanwaltschaft eingestellt. Stattdessen kündigte der Arbeitgeber der Altenpflegerin aufgrund wiederholter Erkrankungen.

Wegen solcher Fälle fordern DGB und Gewerkschaften, WhistleblowerInnen abzusichern. In einer Anhörung vor dem Bundestagsausschuss für Arbeit und Soziales wurden Anfang März zwei Anträge zum Thema diskutiert. Die SPD-Fraktion will Hinweisgeber mit einem Gesetz vor arbeitsrechtlichen Nachteilen schützen. Die Linke will ein Gesetz für Beschäftigte in Unternehmen und Verwaltungen, zudem sollen LeiharbeiterInnen und Arbeitssuchende miteinbezogen werden.

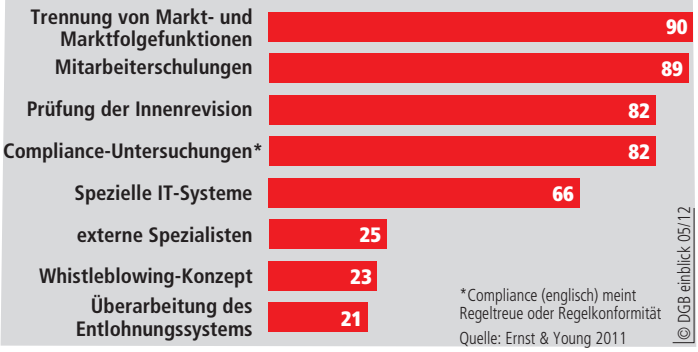
Der DGB begrüßte in seiner Stellungnahme vor dem Ausschuss jede Aktivität, die „den Schutz von Hinweisgebern vor allem im Beschäftigungsverhältnis verbessert". Die bisherige Rechtslage sei völlig unzureichend. Besonders die vom Bundesarbeitsgericht verordnete Motivsuche nach weiteren, persönlichen oder eigennützigen Gründe des Whistleblowers, setze die Beschäftigten unangemessen unter Druck.

Ob eine Gesetzesinitiative unter Schwarz-Gelb kommt, ist ungewiss. Dabei steigt auch international der Druck. Beim G20-Gipfel 2010 wurde die Regierung aufgefordert, bis Ende 2012 Regeln zum Hinweisgeberschutz zu beschließen. Im vergangenen Sommer hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte die Kündigung der Berliner Altenpflegerin beanstandet, weil die zuständigen deutschen Richter daran keinen Anstoß nahmen. Nachdenklich stimmt zudem: Noch vor einem Jahr bezeichnete der CDU-Abgeordnete Peter Bleser Regelungen zum Schutz von HinweisgeberInnen als „Denunzianteschutz".

Ob bei Datenschutzskandalen, beim Insiderhandel am Finanzmarkt oder bei Korruption: Solange keine gesetzliche Regelung in Sicht ist, sind HinweisgeberInnen auf fundierten und vor allem vertraulichen Rat angewiesen. Martina Perreng, Rechtsexpertin beim DGB-Bundesvorstand, rät, sich bei der zuständigen Gewerkschaft, den Personal- und Betriebsräten vor Ort oder beim DGB-Rechtsschutz zu informieren. •

Whistleblowing kaum beachtet

Antworten von 100 Bankinstituten auf die Frage: **„Welche Vorkehrungen hat Ihre Bank getroffen, um Betrug und menschliche Fehler zu vermeiden?"** (in Prozent)



Für Finanzinstitute hat Whistleblowing bisher keine hohe Priorität, um Betrug oder Insiderhandel erfolgreich zu bekämpfen. Dabei sehen einige ExpertInnen gerade am Finanzmarkt Chancen, durch geschützte Informanten, Hinweise auf Fehlentwicklungen zu bekommen.

Informationen und weitere Fälle von Whistleblowing gibt es auf der Homepage ***www.whistleblower-net.de*** sowie auf den Seiten des „Dokumentationszentrum Couragierte Recherchen und Reportagen" unter ***www.anstageslicht.de/index.php?UP_ID=14***

Schwarz-gelben Datenschutz stoppen

Der DGB hat sich mit einem Brief an die Abgeordneten des Bundestags gewandt, um den schwarz-gelben Entwurf zum Beschäftigtendatenschutz zu stoppen. In einer Resolution des DGB-Bundesausschusses, das höchste Organ zwischen den DGB-Bundeskongressen, heißt es: Der Gesetzentwurf schütze nicht die Grundrechte der ArbeitnehmerInnen, sondern stelle vielmehr die Interessen der Arbeitgeber in den Vordergrund. So werde die Möglichkeit der Videoüberwachung ausgedehnt und das Fragerecht des Arbeitgebers ausgeweitet. Zudem werden anlasslose Screenings – also das Ausspähen von Daten – legitimiert und Chefs können von ihren Beschäftigten ärztliche Untersuchungen verlangen.

Der DGB stellt klar: „Mit dem Schutz von Grundrechten im Arbeitsverhältnis hat das nichts zu tun." Der minimale Schutzstandard, den das Gesetz schaffe, soll zudem durch Dienst- und Betriebsvereinbarungen unterschritten werden können. Die Gewerkschaften befürchten, dass sich dem nur wenige Personal- und Betriebsräte dauerhaft entziehen können.

www.einblick.dgb.de/hintergrund

PROJEKTE UND PARTNER

DGB-Jugend

Studieren nach der Ausbildung

Viele Azubis stehen nach abgeschlossener Ausbildung vor der Entscheidung „wie weiter?". Die Broschüre „Ausgelernt – und nun? Studieren!" der DGB-Jugend bietet Tipps und Informationen für diejenigen, die überlegen, nach der Berufsausbildung ein Studium aufzunehmen. Der Leitfaden gibt Hilfestellungen rund um die zentralen Fragen der Studienfinanzierung, des Hochschulzugangs und der Auswahl einer passenden Hochschule sowie eines Studienfachs. Wenn die Entscheidung für ein Studium gefallen ist, gibt es praktische Tipps zur Studienplanung und zu einem Studium mit Kind. •

www.dgb-jugend.de/studium

Wirtschaftskrise

Soziales Europa

Welche Möglichkeiten haben Gewerkschaften, international und europaweit zu kooperieren und so die Lösung der aktuellen Krise auf europäischer Ebene mitzugestalten? In der Broschüre „Soziales Europa!? Materialien zur europapolitischen Bildung von GewerkschafterInnen" der Europäischen Akademie der Arbeit (EAdA) werden 13 zentrale Aspekte für Gewerkschaften in Europa aufgegriffen. Übergreifendes Thema sind die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die Arbeitnehmerinteressen in Europa. Die Broschüre richtet sich als praktische Unterrichtshilfe an SeminarleiterInnen. Dazu werden Hintergrundinformationen, Kopiervorlagen und Seminarideen präsentiert. Weitere Themenschwerpunkte sind europäische Solidarität, Wettbewerb, Migration und Internationalismus. Die Broschüre ist das Resultat eines gemeinsamen Projekts der EAdA mit Solidar und dem Europäischen Gewerkschaftsinstitut (ETUI). •

http://bit.ly/soz_eu_eada

neue Bücher

Erfolgreiche Tarifarbeit hängt unter anderem davon ab, ob die Gewerkschaften als Kraft im Betrieb erfahrbar sind. Wie dies gelingt, beschreibt das Lern- und Arbeitsbuch ***Handbuch Tarifpolitik und Arbeitskampf***. Das Buch richtet sich an Aktive in Betrieb, Gewerkschaft und Tarifkommission sowie an Betriebs- und Personalräte. Der Autor Peter Renneberg vermittelt EinsteigerInnen Grundlagenwissen für die tarifpolitische Praxis. Dafür werden die historischen, wirtschaftlichen, rechtlichen und politischen Hintergründe der Tarifpolitik beleuchtet. Aufgebaut sind die Kapitel wie in einem Lehrbuch, mit erklärenden Abbildungen, abschließenden Arbeitsfragen und weiterführender Literatur. Damit ist das Buch Ratgeber im Alltag und Nachschlagewerk zugleich. Thematisch werden alle Aspekte der Tarifpolitik beleuchtet, auch die europäische Dimension fehlt nicht.

Peter Renneberg, Handbuch Tarifpolitik und Arbeitskampf, 238 Seiten, VSA Verlag, 18,80 Euro

Friedrich-Ebert-Stiftung

Uneins – aber einig?

Die DGB-Region Oberpfalz-Nord und die Friedrich-Ebert-Stiftung laden am 19. März zur Eröffnung der Ausstellung „Uneins – aber einig? Zur Geschichte des Verhältnisses von SPD und Gewerkschaften" in Schwandorf ein. Die Ausstellung zeigt das spannungsreiche Verhältnis der Organisationen seit den 1860er Jahren. Dabei steht die Konkurrenz von SPD und Gewerkschaften in der Arbeiterbewegung im Mittelpunkt. 1906 wurde mit dem „Mannheimer Abkommen" das gleichberechtigte Nebeneinander festgeschrieben. Neben historischen Konfliktlinien werden auch gemeinsame Wurzeln und die Herausforderungen der Kooperation beleuchtet. •

Infos und weitere Stationen der Wanderausstellung: http://bit.ly/Ausstellung_FES

DGB

Equal Pay Day

Die DGB-Frauen rufen rund um den 23. März zu zahlreichen Veranstaltungen und Aktionen auf. Diese stehen unter dem Motto „Recht auf Mehr!" und machen auf die bestehende Entgeltlücke von 23 Prozent zwischen Männern und Frauen aufmerksam.

20.3.2012
- DGB und ver.di Rheinland-Pfalz, Fachveranstaltung „Equal Pay beginnt mit dem Mindestlohn", Mainz

21.3.2012
- DGB-Pressekonferenz mit Ingrid Sehrbrock und Jutta Allmendinger, WZB, Berlin

23.3.2012
- DGB und Deutscher Frauenrat, Kundgebung am Brandenburger Tor, Berlin
- DGB Frauen, Bodenzeitung „Fair P(l)ay – neue Spielregeln auf dem Arbeitsmarkt der Zukunft", Hannover
- DGB-Region Nordwürttemberg, Smartmob „Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit", Stuttgart
- DGB-Region Südbaden und KAB, Aktion „Rote Karte für Lohndiskriminierung", Rottweil

www.frauen.dgb.de

interregio

••• Die ***DGB-Region Südwestsachsen*** betreibt die ***Internetseite „Wachsam in Chemnitz"***, um die rechte Szene in der drittgrößten Stadt Sachsens zu analysieren und über ihre Aktivitäten aufzuklären. Die Seite basiert auf der Publikation „Rechts sind doch die anderen!?" der DGB-Region und des Lokalen Aktionsplans für Demokratie, Toleranz und für ein weltoffenes Chemnitz (LAP), die online heruntergeladen werden kann. Neben Rassismus-Definitionen finden sich diverse Beispiele aus dem Alltag. Detailliert werden die verschiedenen rechten Organisationen und ihr Auftreten analysiert. Ziel ist es, den Rechten den Weg in die Mitte der Gesellschaft zu verbauen.

www.wachsam-in-chemnitz.de

••• Der ***DGB Bayern*** beleuchtet in seinem ***Bericht „Prekäre Beschäftigung in Bayern"*** die Schattenseiten des bayerischen Jobwunders. Auch in Bayern nehmen atypische und prekäre Beschäftigungsformen zu. Der Bericht betrachtet unter dem Blickwinkel „Jung, weiblich, alt" drei Gesellschaftsgruppen, die besonders häufig in unsicheren Jobs arbeiten. Er zeigt, wie den Folgen dieser Fehlentwicklung – zu denen insbesondere die Altersarmut gehört – begegnet werden kann. •

www.bayern.dgb.de

DGB-Organisationsreform

Jünger, betrieblicher und weiblicher

Noch in diesem Jahr wollen die DGB-Bezirke Hessen-Thüringen, Sachsen und Berlin-Brandenburg die Gründung der neuen ehrenamtlichen Kreis- und Stadtverbände in ihrem Organisationsbereich abschließen. Über erste positive Effekte der Reform in der öffentlichen Wahrnehmung des DGB vor Ort berichtet der einblick in der zweiten Folge seiner Serie zur Umsetzung der DGB-Organisationsreform.

Erste Erfahrungen aus allen drei Bezirken mit der DGB-Reform zeigen: Das Gewicht von DGB und Gewerkschaften in der Kommunalpolitik ist gestiegen. „Seit der Gründung der Kreis- und Stadtverbände ist die Medienpräsenz enorm gewachsen", sagt Alex da Silva, kommissarischer Geschäftsführer der DGB-Region Südosthessen. Auch die Kommunikation zwischen den Gewerkschaften hat einen neuen Schub bekommen. Jünger, betrieblicher, weiblicher sei der DGB geworden, so der Bezirksvorsitzende Stefan Körzell. Die Erkenntnisse aus dem DGB-Bezirk Hessen-Thüringen, Pilotbezirk für die Reform, fließen in die Handreichungen für die neuen Gremien ein, die der DGB-Bundesvorstand derzeit erarbeitet.

Notwendig sei nun, „dass die neuen Strukturen ein ‚DGB-Bewusstsein' bekommen und sich in die Kommunalpolitik vor Ort einmischen können", fasst Iris Kloppich, DGB-Bezirksvorsitzende in Sachsen, zusammen. „Darauf wollen wir unsere Bildungsarbeit ausrichten." Gemeinsam mit „Arbeit und Leben" hat der DGB Sachsen ein Bildungsprogramm entwickelt, das den neu gewählten Vorständen das notwendige Rüstzeug für ihre Arbeit vermitteln soll. Der DGB-Bezirk Berlin-Brandenburg hat die schlechte ÖPNV-Anbindung des neuen Flughafens für Berlin und Brandenburg zum Anlass für eine gemeinsame Tagung der DGB-Kreis- und Stadtverbände genommen. Dort sollen Strategien entwickelt werden, um sich im Sinne der ArbeitnehmerInnen aus der Region bei diesem Thema in die Politik einzumischen und in die Öffentlichkeit zu gehen. •

Plan bereits 2012 fast erreicht

Zwischenbilanz: Gründung der ehrenamtlichen DGB-Kreis- und Stadtverbände, Stand: Januar 2012

	bundesweit	Hessen-Thüringen	Berlin-Brandenburg	Sachsen
Bestehend	147	27	11	2
Gründung 2012	165	14	10	11
Gründung 2013	30	–	–	–
noch nicht terminiert	12	–	–	–
Gesamt	354	41	21	13

Quelle: DGB-Bundesvorstand

Anfang des Jahres hat der DGB eine Zwischenbilanz zur Umsetzung der DGB-Organisationsreform gezogen. In den Bezirken Hessen-Thüringen, Berlin-Brandenburg und Sachsen soll die Gründung der ehrenamtlichen Kreis- und Stadtverbände bereits 2012 abgeschlossen werden.

?...nachgefragt

Foto: DGB

Stefan Körzell, Vorsitzender des DGB Bezirks Hessen-Thüringen, zieht ein erstes Fazit der Umsetzung der neuen ehrenamtlichen Ebene in seinem Bezirk.

Wir sind auf einem guten Weg. Bis Mai werden wir die Gründung aller 41 geplanten ehrenamtlichen Stadt- und Kreisverbände abgeschlossen haben. Mein Fazit: Wir sind jünger geworden, betrieblicher und weiblicher. Sowohl in Hessen als auch in Thüringen waren eine ganze Reihe Betriebs- und Personalräte bereit, Verantwortung in den neuen Gremien zu übernehmen. Das macht uns Mut. Erste Erfahrungen zeigen: Wir werden jetzt außen ganz anders wahrgenommen. Wenn etwa der DGB-Kreisvorstand Schwalm-Eder eine Pressemitteilung mit regionalen Arbeitsmarktzahlen veröffentlicht, dann taucht das nun auch in den örtlichen Zeitungen auf. In diesem Ausmaß ist uns das vorher nicht gelungen. Anfang März hatten wir eine Tagung, an der fast alle der neu gewählten DGB-Kreis- und -Stadtvorstände teilgenommen haben. Kritik gab es lediglich an der Verteilung der Mittel. Aber auch das bekommen wir in den Griff. Die neue Struktur bringt uns nach vorn. Von Anfang an waren wir uns mit den Gewerkschaften im Bezirksvorstand einig: Wir wollen sehr schnell mit der Umsetzung fertig werden. Nicht um „Klassenbester" zu werden, sondern wir wollen die Zeit bis zum nächsten DGB-Bundeskongress nutzen, um die neue Struktur in der Praxis zu erproben und rechtzeitig mögliche Nachbesserungen bis 2014 vollziehen zu können.

Ehrenamt stärken

Der DGB und die Mitgliedsgewerkschaften wollen das ehrenamtliche Engagement stärken. Etwa die IG BAU. Anfang März lud die Gewerkschaft VertreterInnen des ehren- und hauptamtlichen Nachwuchses nach Berlin ein (Foto), um gemeinsam mit der Spitze der IG BAU und dem DGB-Vorsitzenden Michael Sommer über gewerkschaftliches Engagement und Perspektiven der Gewerkschaften zu diskutieren.

„Man braucht als Beschäftigter nicht alles hinnehmen. Gemeinsam müssen wir Verbesserungen anstoßen", erklärte Sommer. „Gewerkschaften können nur funktionieren, wenn sich Mitglieder engagieren. Wir brauchen Kollegen, die in ihren Regionen Verantwortung übernehmen", betonte der IG BAU-Vorsitzende Klaus Wiesehügel.

In Arbeitsgruppen schlüpften die TeilnehmerInnen in die Rolle von Gewerkschaftsvorsitzenden oder ersannen Slogans für die IG BAU. Ihr Fazit nach intensiven Debatten: Jedem einzelnen ist klarer geworden, weshalb sie/er sich in der IG BAU engagiert.

kurz&bündig

Die EVG fordert die Bundesländer angesichts der Übergriffe auf Bahn-Beschäftigte zu mehr Sicherheitsanstrengungen im öffentlichen Nahverkehr auf. Es sei „ein Unding, dass in Ausschreibungen die Farbe der Sitzbezüge genau geregelt wird, nicht aber Maßnahmen zum Schutz von Fahrgästen und Beschäftigten", so Reiner Bieck, EVG-Vorstandsmitglied. Die Länder müssten „mit ihren Ausschreibungen Einfluss auf die personelle Besetzung von Zügen im Regionalverkehr nehmen".

Die IG Metall will mit einer Umfrage betriebliche Angebote zur Familienfreundlichkeit prüfen und verbessern. Der Fragebogen „Klimaindex Vereinbarkeit" ist ein erster Schritt. Anschließend will die IG Metall das Thema gemeinsam mit den Betriebsräten angehen und passende Lösungen finden.
www.klimaindex-vereinbarkeit-igmetall.de

Die GEW setzt sich für den Ausbau der Erziehungswissenschaften an deutschen Hochschulen ein. Trotz eines drohenden Fachkräftemangels in pädagogischen Berufen, würden an den Universitäten erziehungswissenschaftliche Lehrstühle abgebaut. Diesen Widerspruch gelte es aufzulösen, erklärte Andreas Keller, GEW-Vorstandsmitglied. „Eine Gesellschaft, die an ihrer Erziehungswissenschaft spart, stellt ihre eigene Zukunftsfähigkeit in Frage", so Keller.

Foto: ver.di Güstrow

Schlecker-Beschäftigte und -Betriebsrätinnen demonstrierten in Güstrow mit den Unterschriften von über 1500 solidarischen KundInnen für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze.

Schlecker

Unterstützung erwünscht

Zehntausende Arbeitsplätze stehen auf dem Spiel, doch in der Berliner Regierungszentrale herrscht Schweigen. Die Schlecker-Insolvenz ist für Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) eher kein Thema. Sein Ministerium verweist auf die Länder. Stefanie Nutzenberger; zuständiges ver.di-Vorstandsmitglied, kritisiert, dass das Wirtschaftsministerium seine Spielräume nicht ausschöpfe. Die Schlecker-Gesamtbetriebsratsvorsitzende Christel Hoffmann erwartet für die Frauenarbeitsplätze gleichen Einsatz und Chancen wie für Betroffene in anderen Branchen. Unterstützung von außen ist für die Schlecker-Frauen umso wichtiger.

Der DGB-Bundesausschuss verabschiedete Anfang März eine Resolution, die ihnen den Rücken stärken soll. Sie hätten, so heißt es, „seit Jahren unter nicht immer einfachen Bedingungen hervorragende Arbeit geleistet" und „hätten die Solidarität der Gewerkschaften und der Gesellschaft verdient". Der Bundesausschuss, höchstes Organ zwischen den Gewerkschaftstagen, bittet alle Gewerkschaftsmitglieder um Unterstützung. Adrijana Soldo, Betriebsratsvorsitzende im bayerischen Oberasbach, brachte es auf den Punkt. Im Spiegel stellte sie fest: „Wir haben Anton Schlecker besiegt. Theoretisch. Es wäre fatal, wenn es sich nicht gelohnt hätte."

Unterschriftenliste zum Erhalt der Arbeitsplätze der Schlecker-Frauen: www.verdi.de/themen/arbeit/schlecker

IGB

Internationales Fair Play

Die Olympischen Spielen in London 2012 sind ein sportliches Großereignis. Schon vor der Eröffnung der Spiele laufen die Vorbereitungen, etwa die Produktion der – später oft teuren – Maskottchen. Hergestellt werden sie überwiegend von ArbeiterInnen in Entwicklungs- oder Schwellenländern, die weder ausreichend bezahlt werden noch geregelte Arbeitszeiten kennen. Die Gewerkschaften fordern deshalb bessere Arbeitsbedingungen. Gemeinsam mit den Partnern der Play-Fair-Kampagne ruft der IGB das Internationale Olympische Komitee auf, die Rechte der ArbeiterInnen in der Werbeartikelproduktion besser zu schützen. Die Organisatoren wollen nun die Liste der Produktionsstätten in China veröffentlichen und eine chinesisch-sprachige Beschwerde-Hotline einrichten.

www.playfair2012.org

Finanztransaktionssteuer

Jede Stimme zählt

DGB, IG BAU und ver.di haben gemeinsam mit zahlreichen anderen Nichtregierungsorganisationen einen offenen Brief zur Finanztransaktionssteuer (FTS) unterzeichnet. Sie fordern Dänemark auf, das aktuell die EU-Ratspräsidentschaft innehat, die Verhandlungen über die Einführung der FTS in der EU zu beschleunigen. Verlangt wird, die Lesungen im EU-Parlament bis spätestens Ende April 2012 zu beenden, damit im Mai oder Juni eine endgültige Entscheidung von den Regierungschefs getroffen werden kann. Die europäischen BürgerInnen können das Anliegen unterstützen. Sie können online die Finanzminister auffordern, die FTS im Sinne der Gewerkschaften einzuführen:

www.financialtransactiontax.eu/de/home

Kündigungen

Risiko verringert

Der gewerkschaftliche Rechtsschutz ist Gold wert. Die Wahrscheinlichkeit, dass gewerkschaftlich organisierte ArbeitnehmerInnen gekündigt werden, ist geringer als bei ihren nicht-organisierten KollegInnen. Der gewerkschaftliche Rechtsschutz erhöht das finanzielle Risiko für die Arbeitgeber im Falle einer Kündigung, mit der Folge, dass es sich für sie eher rechnet, nicht zu kündigen. Die Wirtschaftswissenschaftler Professor Laszlo Goerke (Universität Trier) und Professor Markus Pannenberg (Fachhochschule Bielefeld) haben die Erwerbsbiografien von 20 000 Deutschen ausgewertet. Danach liegt das Kündigungsrisiko für die gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten bei 2,2 Prozent, bei den Nicht-Organisierten erhöht es sich auf 3,6 Prozent. Die Wissenschaftler schätzen, dass der kostenlose Rechtsschutz und damit die höhere Wahrscheinlichkeit eines Arbeitsgerichtsprozesses die Gewerkschaftsmitglieder schützt.

Tarifrunde 2012

Mehr Lohn stärkt die Konjunktur

Warum höhere Löhne nicht nur für die Beschäftigten in Deutschland, sondern auch in Europa gut sind, erklären die WSI-Tarifexperten Reinhard Bispinck und Thorsten Schulten.

Die Tarifrunde 2012 ist in voller Fahrt. Im öffentlichen Dienst, in der Metall- und Elektroindustrie und in verschiedenen anderen Branchen wird zum Teil bereits seit Wochen verhandelt. Dabei geht es den Gewerkschaften zum einen um höhere Löhne. Die Tarifforderungen bewegen sich zwischen sechs und sieben Prozent. Das Ziel ist eine spürbare Erhöhung der realen Einkommen. Zum anderen wollen die Gewerkschaften die prekären Arbeits- und Einkommensbedingungen begrenzen. Bei der Leiharbeit geht es der IG Metall um mehr Mitbestimmung der Betriebsräte und Schritte in Richtung Equal Pay. Für die fertig Ausgebildeten fordern die Gewerkschaften in verschiedenen Branchen eine unbefristete Übernahme.

Die Lohnforderungen sind **verteilungspolitisch mehr als berechtigt.** Ein Blick auf das vergangene Jahrzehnt zeigt, dass die Tarifverdienste real (das heißt inflationsbereinigt) in bescheidenem Umfang gestiegen sind, von 2000 bis 2011 um 6,0 Prozent, also jahresdurchschnittlich um kaum mehr als ein halbes Prozent. Die tatsächlich gezahlten Bruttomonatsverdienste je Arbeitnehmer sind dagegen in diesem Zeitraum real sogar **um fast drei Prozent gesunken.** Nicht zu Unrecht spricht das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung von einem für viele Arbeitnehmer „verlorenen Jahrzehnt".

Vor allem Geringverdiener sind davon stark betroffen. Aufgrund der Deregulierung des Arbeitsmarktes, des stark gewachsenen Niedriglohnsektors und der rückläufigen Tarifbindung hatten die Tarifabschlüsse also nur eine begrenzte Wirkung auf die Effektivverdienste. Zwischen den Branchen gibt es allerdings große Unterschiede: Die exportstarken Industriebranchen wie Metall und Chemie stehen deutlich besser da als manche Dienstleistungsbereiche wie zum Beispiel der Einzelhandel oder auch der öffentliche Dienst. Die aktuelle Tarifrunde steht deshalb auch unter dem Vorzeichen, dass die Dienstleistungsbranchen **nicht länger hinter der Lohnentwicklung in der Industrie zurückbleiben.** Der aktuelle Tarifabschluss bei der Post hat mit einer Lohnerhöhung von vier Prozent hier ein deutliches Zeichen gesetzt.

Die Arbeitgeber warnen hingegen routinemäßig vor „überzogenen" Lohnforderungen: Die Metallarbeitgeber verweisen auf das schwieriger werdende wirtschaftliche Umfeld, die öffentlichen Arbeitgeber beschwören die „leeren Kassen" und die Notwendigkeit, die Staatsfinanzen zu konsolidieren. Tatsächlich sind kräftige Lohnsteigerungen jedoch **konjunktur- und wirtschaftspolitisch dringend geboten:** Die bisherigen starken Zuwächse im Export werden sich in diesem Jahr wegen der Rezession in Europa nicht fortsetzen, die Investitionstätigkeit der Unternehmen ist relativ schwach und auch die öffentlichen Haushalte wachsen nur bescheiden. Da kommt der Entwicklung des privaten Verbrauchs eine Schlüsselstellung zu: Nur wenn es gelingt, die realen Einkommen der Beschäftigten deutlich anzuheben, kann der private Konsum die Binnennachfrage hierzuland e stützen und damit die Gefahr einer stagnativen wirtschaftlichen Entwicklung reduzieren.

Dr. Reinhard Bispinck, 60, (links) leitet das WSI-Tarifarchiv in der Hans-Böckler-Stiftung. Dr. Thorsten Schulten, 45, ist Referatsleiter für Arbeits- und Tarifpolitik in Europa beim WSI, dem Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut in der Hans-Böckler-Stiftung.

Fotos: Hans-Böckler-Stiftung

Hinzu kommt die europaweite Bedeutung der deutschen Lohnpolitik: Das bisherige deutsche Wirtschaftsmodell „Starker Export – schwacher Binnenmarkt", das durch die sehr gedämpfte gesamtwirtschaftliche Lohnentwicklung verstärkt wurde, hat maßgeblich zu den extremen ökonomischen Ungleichgewichten in Europa beigetragen. Umso wichtiger ist es, dass Deutschland seine Binnenwirtschaft stärkt, um insgesamt wieder eine gleichgewichtigere ökonomische Entwicklung zu ermöglichen. Gerade für die südeuropäischen Krisenstaaten **ist eine Stärkung des deutschen Wachstumsmotors unerlässlich.**

Genauso notwendig ist eine Korrektur der Umverteilung. Die Schere zwischen den Gewinn- und Vermögenseinkommen und den Arbeitseinkommen hat sich in den vergangenen Jahren zulasten der Beschäftigten weit geöffnet. Daran hat auch die Krise 2008/2009 nichts Wesentliches geändert. Eine aktive Lohnpolitik in der Tarifrunde 2012 würde weder die Unternehmen überfordern, noch Arbeitsplätze gefährden. Das Einzige, was passieren würde, wäre, dass die Gewinne weniger rasch steigen würden als die Löhne. Und das wäre gut so. •

Frauen im Nachteil

Der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst von Frauen liegt rund 21 Prozent unter dem der Männer. Das zeigt eine Online-Umfrage auf der vom WSI-Tarifarchiv betreuten Internetseite www.frauenlohnspiegel.de. Aber nicht nur bei der monatlichen Bezahlung werden Frauen benachteiligt.

Auch Sonderzahlungen erhalten wesentlich mehr Männer als Frauen. Beispiel Urlaubsgeld: 56,1 Prozent der Männer, aber nur 46,7 Prozent der Frauen können in den Ferien mit mehr Geld rechnen. 28,3 Prozent der Männer bekamen eine Gewinnbeteiligung, dagegen nur 21,7 Prozent der Frauen.

Die Umfrage unter knapp 22 000 Männern und Frauen zeigt auch, Frauen profitieren von einer Tarifbindung, und zwar stärker als Männer. So verdienen Frauen in tarifgebundenen Betrieben im Schnitt 23,7 Prozent mehr als ihre Kolleginnen in nicht tarifgebundenen Unternehmen. 46 Prozent der Frauen und 54 Prozent der Männer arbeiten in Betrieben mit Tarifbindung.

Alle Daten und Fakten gibt es unter: www.frauenlohnspiegel.de

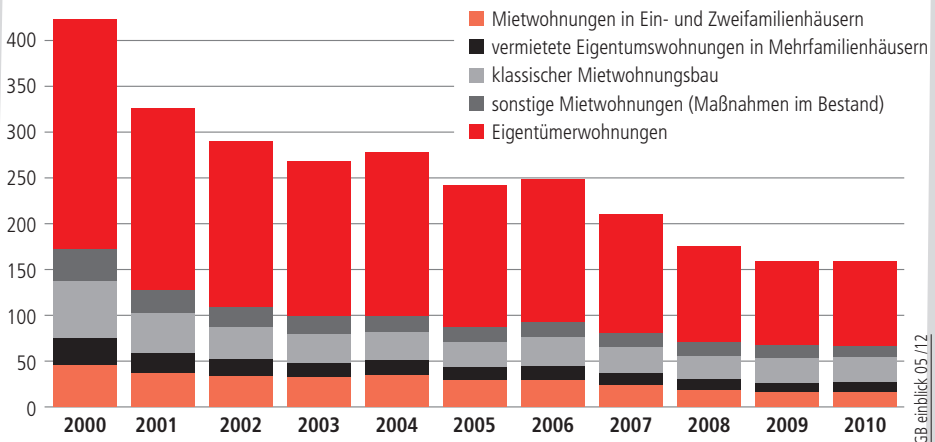
DIES & DAS

dieDGBgrafik

BALLUNGSRÄUME: Neue Wohnungsnot droht

Wenn Bund und Länder nicht gegensteuern, droht vor allem in Großstädten und Ballungsräumen ein massiver Mangel an bezahlbaren Mietwohnungen. Davor warnt die Initiative „Impulse für den Wohnungsbau", zu der auch die IG BAU gehört. Die Politik habe sich weitgehend aus der Wohnungsbauförderung verabschiedet. Die Folge: Schon jetzt fehlen mehr als 100 000 Mietwohnungen. Bis 2017 müssten rund 825 000 neue Mietwohnungen gebaut werden. Das belegen zwei Studien im Auftrag der Initiative.

Wohnungsbau von 2000 bis 2010 (in Tausend Wohnungen)



Quelle: Matthias Günther, Eduard-Pestel-Institut, im Auftrag der Initiative "Impulse für den Wohnungsbau", Februar 2012.

© DGB einblick 05 /12

personalien

••• ***Andreas Schackert,*** 33, ist neuer Referent in der Abteilung Organisation und Entwicklung beim DGB-Bundesvorstand. Der Politikwissenschaftler, seit 2002 beim DGB-Projekt „students@work" tätig, vertritt Frank Rzeppa, der die Abteilung bis Ende Mai kommissarisch leitet. Abteilungsleiter Christian Lauschke, befindet sich derzeit in Elternzeit.

14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

19.3. GEW Niedersachsen, Berufsschultag 2012 „Jugendliche Lebenswelten kontra Schule?", Hannover

19.3. DGB-Region Köln-Bonn, ver.di Köln, Diskussion „Wert des freien Sonntags – Wandel der Gesellschaft – Wandel des Arbeitsalltages", Köln

20.3. DGB, Internationale Konferenz „Arbeitnehmerfreizügigkeit – sozial, gerecht und aktiv", Berlin

22.3. DGB-Bezirk NRW, Tagung „Leitbild Demokratische und Soziale Hochschule", Dortmund

23.3. DGB und Deutscher Frauenrat, Demonstration zum Equal Pay Day „Recht auf Mehr!", Berlin

23.3. DGB-Bildungswerk, Tagung „Vorbeugen statt verharmlosen. Aktiv werden gegen Rassismus", Düsseldorf

23.-24.3. GEW Bayern, Seminar „Privatisierung von Bildung", München

24.3. DGB Essen, Veranstaltung „Schikane und Mobbing sind an der Tagesordnung" mit Günter Wallraff, Essen

29.-30.3. ver.di, Tagung „Gute Arbeit und alter(n)sgerechte Arbeitsbedingungen als Herausforderungen für betriebliche Interessenvertretungen", Berlin

29.-30.3. ver.di-Forum Nord, 2. Fachkonferenz Arbeitszeit, Travemünde

31.3. DGB-Region Schleswig-Holstein Südost und Bündnis „Wir können sie stoppen!", Demonstration und Kundgebung „Kein Nazi-Aufmarsch in Lübeck!", Lübeck

31.3. IG BAU, 7. Außerordentlicher Gewerkschaftstag, Frankfurt/Main

Tipp

Film:* Schnee am Kilimandscharo *von Robert Guédiguian.
Kinostart: 15.3., www.der-schnee-am-kilimandscharo.de

Der Film erzählt spannend und unterhaltsam von gewerkschaftlicher Solidarität. Michel und seine Frau sind in der Gewerkschaft aktiv. Als in Marseille Hafenarbeiter entlassen werden müssen, kündigt er sich aus Solidarität selbst. Es bleibt der Traum von der Reise zum Kilimandscharo. Ein Überfall beendet diesen Traum jäh. Als sich herausstellt, dass ein Ex-Kollege dahinter steckt, ist der Schock groß. Doch dann kommt es zu einer unerwarteten Wendung.

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke, Lena Clausen **Redaktionelle Mitarbeit:** Udo Böhlefeld, Birgit Böhret, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/30 88 24-0, Fax 030/30 88 24 20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

Schlusspunkt.

„Ich glaube, dass er ernsthaft sein Land auf eine wirkliche Demokratie hin orientiert."

Gerhard Schröder, SPD, Bundeskanzler a.D., am 7. März im Deutschlandfunk zur Wiederwahl des russischen Präsidenten Wladimir Putin.

Gesetzliche Krankenversicherung

Kasse zahlt Potenzmittel nicht

Ein Versicherter, der an Erektionsstörungen leidet, kann nicht von der Krankenkasse die Übernahme der Kosten für das Potenzmittel Cialis verlangen. Das Gesetz schließt Arzneimittel von der Versorgung der gesetzlichen Krankenversicherung aus, bei deren Anwendung eine Erhöhung der Lebensqualität im Vordergrund steht. Dass behinderte Menschen auch von dieser Regelung betroffen sind, bedeutet keine Benachteiligung wegen der Behinderung.

Bundessozialgericht, Urteil vom 6. März 2012 - B 1 KR 10/11 R

Gesetzliche Krankenversicherung

Kein Geld für rezeptfreie Salben

Menschen, die an Neurodermitis erkrankt sind, haben keinen Anspruch auf Übernahme der Kosten für rezeptfreie Medikamente. Hautpflegemittel, die keine Arzneimittel sind, hat der Gesetzgeber von vornherein nicht in den Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung aufgenommen. Das gilt zum Beispiel für Fettsalben oder Ölbäder wie Linola oder Balneum-Herbal F.

Bundessozialgericht, Urteil vom 6. März 2012 - B 1 KR 24/10 R

Verbeamtung von Lehrern

Altersgrenzen sind wirksam

Eine Altersgrenze von 40 Jahren für die Einstellung und Übernahme in das Beamtenverhältnis als Lehrer ist mit Verfassungsrecht und Europarecht vereinbar. Beamtenrechtliche Einstellungsaltersgrenzen stellen zwar eine Ungleichbehandlung dar. Sie dienen jedoch dem legitimen Ziel, im Hinblick auf den Anspruch der Ruhestandsbeamten auf lebenslange Versorgung ein angemessenes Verhältnis zwischen aktiver Dienstzeit und Ruhestand herzustellen.

Bundesverwaltungsgericht, Urteile vom 23. Februar 2012 - 2 C 76.10, 79.10 und 2.11

Vereidigte Sachverständige

Höchstaltersgrenze unzulässig

Eine Industrie- und Handelskammer darf in ihrer Satzung keine generelle Höchstaltersgrenze für alle öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen festsetzen. Das gilt vor allem, wenn die Festlegung der Altersgrenze in der Sachverständigenordnung nicht den Erfordernissen der öffentlichen Sicherheit, der Verhütung von Straftaten oder dem Schutz der Rechte und Freiheiten anderer dient.

Bundesverwaltungsgericht, Urteil vom 1. Februar 2012 - 8 C 24.11

Beamtenrecht

Kein Sex zwischen Schülern und Lehrern

Sexuelle Handlungen zwischen Lehrern und minderjährigen Schülern führen grundsätzlich zur Entfernung des Beamten aus dem Dienst. Auch unabhängig vom Alter der Schüler stellen sexuelle Beziehungen zwischen Lehrern und Schülern ein Dienstvergehen dar.

Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz, Urteil vom 24. Februar 2012 - 3 A 11426/11.OVG

Kündigung

Den Betriebsrat umfassend informieren

Vor einer Kündigung wegen Diebstahls oder des Verdachts eines Diebstahls muss der Arbeitgeber dem Betriebsrat nicht nur die von ihm festgestellten Fakten mitteilen, sondern auch den Verlauf des Arbeitsverhältnisses sowie die gesamte Interessenabwägung.

Der Fall: Die 41-jährige Arbeitnehmerin war über zehn Jahre als Reinigungskraft in einer Badeanstalt tätig, als sie eine Abmahnung wegen Verlassens des Geländes ohne vorherige Abmeldung erhielt. Nach zwei weiteren Ermahnungen – sie hatte den Arbeitsplatz ohne Abmeldung verlassen und während der Arbeitszeit ein privates Telefonat geführt, ohne dieses Gespräch als „privat" zu kennzeichnen – wurde sie arbeitsunfähig krank. Als sie trotzdem im Betrieb gesehen wurde, wie sie das Fundsachenregal durchsuchte und ohne Rücksprache einen Tauchring mitnahm, kündigte ihr der Arbeitgeber. Gegenüber dem Betriebsrat begründete er den Sachverhalt, erwähnte jedoch die Abmahnung und die Ermahnungen nicht. Trotz Bedenken des Betriebsrates sprach er eine fristlose und vorsorglich eine fristgemäße Kündigung aus. Die dagegen gerichtete Klage hatte Erfolg.

Das Landesarbeitsgericht: Die Kündigung ist bereits aus formellen Gründen unwirksam, weil dem Betriebsrat zu wenig mitgeteilt wurde. Grundsätzlich muss der Arbeitgeber dem Betriebsrat mehr als nur die konkreten Fakten mitteilen, aus denen sich der Verdacht des Diebstahls ergebe. Er muss ihn in der Anhörung auch über Abmahnungen, Ermahnungen usw. informieren und schildern, welche Gesichtspunkte er vor seinem Kündigungsentschluss wie gegeneinander abgewogen hat.

Landesarbeitsgericht Schleswig-Holstein, Urteil vom 10. Januar 2012 – 2 Sa 305/11

Hartz IV

Jobcenter zahlt keine Medizin

Kosten für verschreibungspflichtige, aber außerhalb der Arzneimittelversorgung durch die Krankenkasse liegende Arzneimittel sind vom Regelbedarf zur Sicherung des Lebensunterhalts gedeckt.

Der Fall: Der Mann, der an mehreren Krankheiten leidet, wollte in einem Eilverfahren das Jobcenter verpflichten, die Kosten für teure verschreibungspflichtige Medikamente zu übernehmen. Diese hatte er sich auf Privatrezept verschreiben lassen und sein Hausarzt hatte bestätigt, dass „nur diese Medikamente" ihm helfen können. Der Antrag wurde abgelehnt..

Das Sozialgericht: Der Antragsteller hat nicht glaubhaft gemacht, dass die genannten nicht durch andere, von der Krankenkasse zu übernehmende Mittel ersetzt werden könnten. Allein die nicht näher begründete Bescheinigung des Hausarztes genügt für eine Glaubhaftmachung nicht. Es ist auch nicht Aufgabe des Jobcenters, als Ersatzkostenträger für verschreibungspflichtige, im Einzelfall per Privatrezept verordnete Medikamente aufzukommen. Der Antragsteller hat gegen seine Krankenkasse einen Anspruch auf Versorgung mit notwendigen Arzneimitteln. Einen Mehrbedarf für verschreibungspflichtige, aber den Leistungsumfang der gesetzlichen Krankenversicherung überschreitende Arzneimittel sieht das Gesetz nicht vor. Die Kosten für solche medizinisch nicht notwendigen, weil außerhalb der Arzneimittelversorgung durch die Krankenkasse liegenden, Arzneimittel sind von dem im Regelbedarf zur Sicherung des Lebensunterhalts enthaltenen Anteil für Gesundheitspflege gedeckt.

Sozialgerichts Stuttgart, Beschluss vom 23. Mai 2011 - S 11 AS 2585/11 ER

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 02.04.2012 6/12

DGB

inhalt

Seite 3
Unter Dauerstrom
Eine Sonderauswertung des DGB-Index Gute Arbeit zeigt: Arbeitshetze und Zeitdruck belasten die Beschäftigten immer stärker. DGB und Gewerkschaften machen gegen diese Entwicklung mobil

Seite 5
Zukunft im Fokus
Die DGB-Organisationsreform schreitet schnell voran. einblick zeigt den Stand der Umsetzung in den Bezirken NRW, Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt und Nord

Seite 7
Gutes Zusammenspiel
Der Standort Deutschland kann nur profitieren, wenn Industrie und industrienahe Dienstleistungen gut kooperieren, meint Klaus-W. West

EU-Sozial- und Wachstumspakt

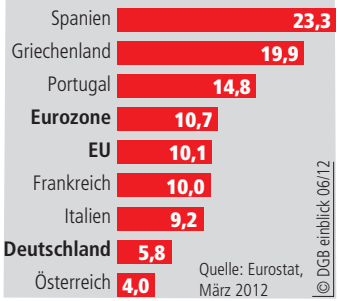
Sozialer Rettungsschirm für Europa

Die derzeitige Politik der EU und der Mitgliedstaaten ist aus Sicht der Gewerkschaften nicht geeignet, die Eurokrise zu lösen. Sie hat vor allem dazu geführt, dass sich die Lebensbedingungen vieler Menschen in Europa dramatisch verschlechtert haben. „Europa braucht dringend einen sozialen Rettungsschirm", erklärt der DGB-Vorsitzende Michael Sommer. Gemeinsam mit EGB und nationalen Gewerkschaftsbünden fordert der DGB deshalb einen Sozial- und Wachstumspakt für Europa.

Die Gewerkschaften wollen den Ratifizierungsprozess des EU-Fiskalvertrags nutzen, um für einen Kurswechsel in Europa zu mobilisieren und neue Konjunktur- und Beschäftigungsprogramme in der EU durchzusetzen. Im Eilverfahren planen EU und Mitgliedstaaten, den EU-Fiskalvertrag zu beschließen – europaweit und auch hierzulande. Sobald er von zwölf Euroländern ratifiziert ist, tritt er in Kraft. In Deutschland soll sich der Bundestag bereits am 25. Mai abschließend mit dem Vertrag befassen. Der Fiskalpakt werde die Krise verschärfen statt sie zu lösen, so DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki.

Spanien: Jede/r Vierte arbeitslos

Saisonbereinigte Arbeitslosenquote in ausgewählten EU-Mitgliedstaaten, Stand: Januar 2012 (in Prozent)



Infolge der Krise und der unsozialen, neoliberalen Strategien der EU und der Mitgliedstaaten zur Krisenbewältigung ist die Arbeitslosigkeit in vielen Ländern der EU gestiegen. Vor allem in Spanien – ganz besonders hart trifft es dort junge Menschen. Fast jede/r Zweite unter 25 ist arbeitslos.

Aus Sicht der Gewerkschaften ist der auf strenge Haushaltsdisziplin ausgerichtete Fiskalpakt, der eine Schuldenbremse nach deutschem Vorbild vorschreibt, kaum geeignet, Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit in den EU-Staaten zu stärken. „Die gegenwärtige Krisenpolitik reicht nicht aus, Staaten wie Griechenland wirtschaftlich wieder auf die Beine zu bringen. Es sind vor allem die Beschäftigten und die sozial Benachteiligten, die den Preis für eine Krise bezahlen, die sie nicht verursacht haben", stellt Michael Sommer fest.

Europaweit wächst der Widerstand gegen diese Politik. Soziale Unruhen drohen, nicht nur in Griechenland. Nach Portugal riefen für den 29. März die spanischen Gewerkschaften zum Generalstreik auf. Der DGB hat seine Solidarität mit den Streikenden in Spanien erklärt *(www.dgb.de/-/6HR)*. Einen ersten Erfolg bei ihrer Kampagne für einen Kurswechsel in Europa konnten die Gewerkschaften Ende März in Berlin erzielen: Bundeskanzlerin Angela Merkel versprach, sich für ein europäisches Wachstumsprogramm einzusetzen. Das allein reicht den Gewerkschaften nicht. Ihr Ziel: Soziale Grundrechte müssen Vorrang vor wirtschaftlichen Grundfreiheiten haben.

Wie leichtfertig die Kommission mit Arbeitnehmerrechten umgeht, zeigt ihr jüngster Vorstoß zum Streikrecht („Monti II"), der vorsieht, dass die EU-Staaten Streiks an die EU melden, „die das ordnungsgemäße Funktionieren des Binnenmarktes schwerwiegend beeinträchtigen". Das muss im Rat geändert werden, fordert DGB-Vorstand Annelie Buntenbach. Ein wirksames Streikrecht sei absolut unerlässlich. •

plusminusBERLIN

+ ***Um mobile ArbeitnehmerInnen besser vor Ausbeutung zu schützen, fordert Josip Juratovic (SPD) eine Generalunternehmerhaftung. Demnach soll der Hauptunternehmer auf einer Baustelle verantwortlich für die Einhaltung von Rechten von mobilen ArbeiternehmerInnen sein.***

– ***Für Johann Wadephul (CDU) reicht Vertrauen aus, um der Ausbeutung von mobilen ArbeitnehmerInnen zu begegnen. Er meint: „Kontrolle ist gut, Vertrauen ist besser". Es gebe genug Schutz-Regelungen, die von Unternehmen eingehalten werden müssten.***

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.dgb.de/tag-der-arbeit
DGB-Portal zum 1. Mai 2012 mit Informationen und Fakten

Hintergrund

www.einblick.dgb.de/hintergrund
Beschluss des DGB-Bundesvorstandes zu Tarifverträgen und zum Streikrecht für die Beschäftigten bei Diakonie und Caritas

Rentenreform

Stückwerk

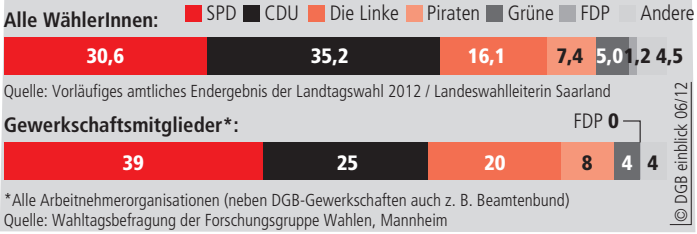
Als Symbolpolitik, die allenfalls zu kosmetischen Korrekturen führt, sieht DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach den Referentenentwurf für eine Rentenreform, den Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) nach mehr als einem halben Jahr Rentendialog nun vorgelegt hat. Kernstück ist die Einführung einer Zuschuss-Rente. Zudem soll es geringfügige Leistungsverbesserungen bei den Erwerbsminderungsrenten geben, und die Hinzuverdienstgrenzen bei vorgezogener Altersrente sollen neu geregelt werden. Auch soll künftig die Zahlung von Zusatzbeiträgen durch die Arbeitgeber möglich sein.

Die Vorschläge seien vielleicht gut gemeint, nur leider nicht gut gemacht, urteilt Buntenbach. Die Gefahr zunehmender Altersarmut werde kaum wirkungsvoll bekämpft. Der begünstigte Personenkreis sei zu eng und falsch definiert. Und fast durchgängig falle die Höhe der Leistungsverbesserungen viel zu zaghaft aus. „Die besonders von Altersarmut bedrohten Risikogruppen der geringverdienenden, langzeitarbeitslosen und erwerbsgeminderten Menschen werden von der Reform nur wenig profitieren", so Buntenbach. •

www.dgb.de/-/6p8

Saarland-Wahl: SPD bei GewerkschafterInnen vorn

Stimmenanteile bei der Landtagswahl im Saarland vom 25. März 2012 (in Prozent)



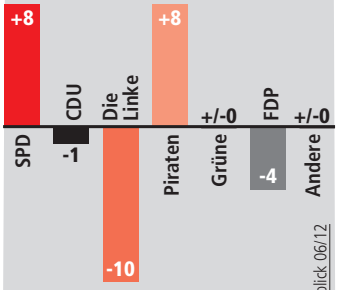
Quelle: Vorläufiges amtliches Endergebnis der Landtagswahl 2012 / Landeswahlleiterin Saarland

*Alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften auch z. B. Beamtenbund)
Quelle: Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim

Mit 39 Prozent schneidet die SPD bei der Saarland-Wahl in der Gunst der gewerkschaftlich organisierten WählerInnen deutlich besser ab als die CDU (25%). Auf dem dritten Platz folgt Die Linke (20%), die aber mit einem Minus von zehn Prozentpunkten die höchsten Verluste unter den GewerkschafterInnen hinnehmen musste. Zur Nullnummer ist die FDP geworden: Null Prozent der GewerkschafterInnen machten ihr Kreuzchen bei den Liberalen. Anders die Piraten: Aus dem Stand erreichten sie acht Prozent.

Hohe Verluste für Die Linke

Stimmen von Gewerkschaftsmitgliedern* bei der Landtagswahl 2012 im Saarland – Veränderungen gegenüber 2009 (in Prozent)



*Alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften auch z. B. Beamtenbund)
Quelle: Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim

EU-Entsenderichtlinie

Vorschlag misslungen

Eine Reform der EU-Entsenderichtlinie ist überfällig. Auch die Gewerkschaften fordern das. Jetzt hat die EU-Kommission einen Vorschlag vorgelegt. Sie wolle damit Schwarzarbeit eindämmen und die Rechte entsandter ArbeitnehmerInnen stärken, erklärt EU-Kommissar Laszlo Andor. Dieses Ziel habe die Kommission gründlich verfehlt, kritisiert der IG-BAU-Vorsitzende Klaus Wiesehügel. Statt ArbeiterInnen zu schützen und betrügerischen Unternehmen das Leben zu erschweren, hätten Letztere es künftig – aufgrund der neuen Vorgaben für die Kontrollbehörden – einfacher. Alles in allem entpuppe sich der gutgemeinte Vorschlag als Desaster, so Wiesehügel. Die IG BAU setzt darauf, dass sowohl EU-Ministerrat wie auch das Europäische Parlament den Vorschlag ablehnen. •

Parteienfinanzierung

Kuchen verteilt

Die im Bundestag vertretenen Parteien erhielten 2010 gut 127,1 Millionen Euro an staatlichen Mitteln. Nach den Rechenschaftsberichten der Parteien gab es für die CDU fast 43 Millionen Euro, die SPD erhielt rund vier Millionen weniger: 39 Millionen Euro. Erheblich weniger gab es für Bündnis 90/Die Grünen (11,4 Mio.) und FDP (13,4 Mio.). Sie lagen aber damit noch über den Einnahmen der Linken (10,8 Mio.) und der CSU (9,6 Mio.). •

Fragen an ...

Foto: DGB/Ralf Steinle

David Begg, Generalsekretär des irischen Gewerkschaftsbunds ICTU, zur Lage in Irland und zum geplanten irischen Referendum über den EU-Fiskalpakt.

■ **Wie ist die wirtschaftliche Situation in Irland zurzeit?**

■ *Die Krise ist weiter in vollem Gange. Das wirkt sich insbesondere auf dem Arbeitsmarkt aus. Wir haben eine Arbeitslosigkeit von über 14 Prozent. Mittlerweile ist sie ein strukturelles Problem. Viele sind jetzt bereits über ein Jahr arbeitslos. Das betrifft vor allem Jüngere. Der irische Export läuft wieder ganz gut, die exportierende Wirtschaft ist aber nicht sehr arbeitsintensiv. Ergebnis der Sparhaushalte der letzten vier Jahre ist: Die Binnennachfrage liegt nach wie vor brach. Und die irische Wirtschaft ist um ein Fünftel geschrumpft.*

■ **Wie stehen die irischen Gewerkschaften zum geplanten Referendum über den EU-Fiskalvertrag?**

■ *Wir sind uns noch nicht sicher, wie wir damit umgehen sollen. Wir glauben, dass der Vertrag keine Vorteile bringt, zögern aber derzeit noch einen Beschluss hinaus. Das geht, weil noch kein Datum für das Referendum festgesetzt wurde. Wir wollen zudem den Ausgang der französischen Präsidentschaftswahlen abwarten – der sozialistische Kandidat François Hollande möchte den Fiskalpakt neu verhandeln, falls er gewinnt.*

■ **Was wären die Konsequenzen einer Ablehnung des Fiskalpakts?**

■ *Das ist die bittere Pille, die dieses Referendum darstellt: Was passiert, wenn wir als Resultat einer Ablehnung des Vertrags aus dem Europäischen Stabilitätsmechanismus ausgeschlossen würden? In diesem Fall würden die Märkte reagieren. Und obwohl im Moment die Notwendigkeit nicht besteht, europäische Hilfsgelder zu beantragen, könnten wir im Falle eines Ausschlusses genau in eine solche Situation kommen. Wir lehnen jedoch ab, eine Schuldenbremse in die Verfassung aufzunehmen. Denn dann müssten wir für alle Zeiten eine rigide Sparpolitik durchsetzen.*

DGB-Index Gute Arbeit

Beschäftigte unter Dauerstrom

Permanenter Stress und Hetze in der Arbeitswelt avancieren zum Gesundheitsrisiko Nummer eins. Eine Repräsentativumfrage des DGB-Index Gute Arbeit belegt: Große Teile der Beschäftigten leiden stark unter den aktuellen Arbeitsbedingungen. DGB und Gewerkschaften machen Druck: im Betrieb und auf politischer Ebene.

Die Krankenkassen warnen: Burnout ist in der Arbeitswelt auf dem Vormarsch. Seit 1994 sind die Fehlzeiten in den Betrieben aufgrund psychischer Leiden um 80 Prozent gestiegen. DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach kritisiert: „Der Arbeitsplatz gilt als Stressfaktor Nummer eins." Die Sonderauswertung des DGB-Index Gute Arbeit beleuchtet, wie die Beschäftigten ihre Situation im Betrieb wahrnehmen. 52 Prozent müssen sehr häufig oder oft gehetzt arbeiten. 63 Prozent geben an, dass sie seit Jahren immer mehr Arbeit in der gleichen Zeit verrichten müssen.

Der DGB warnt: Bei rund 40 Prozent der Frauen und 30 Prozent der Männer, die als vermindert erwerbsfähig anerkannt sind, ist eine psychische Erkrankung der Grund für Erwerbsminderung. Fast 20 Prozent der Rentenzugänge erfolgen inzwischen über Erwerbsminderungsrente. Aber auch in den Betrieben werden die Folgen sichtbar. Edeltraud Glänzer, Mitglied im geschäftsführenden Hauptvorstand der IG BCE, erklärt, wie sich die erfolgsorientierte Leistungspolitik auf die Arbeitsbedingungen auswirkt. „Die Erfolge von gestern sind der Ausgangspunkt für die Steigerungsraten von morgen." Solche Systeme könnten schnell zu psychischen Fehlbelastungen führen, wenn die Beschäftigten über zu wenig Ressourcen verfügten, so Glänzer. Ein zu geringer Zeitpuffer, fehlende Unterstützung durch Kollegen und Führungskräfte sowie nicht ausreichende Weiterbildung tragen dazu bei.

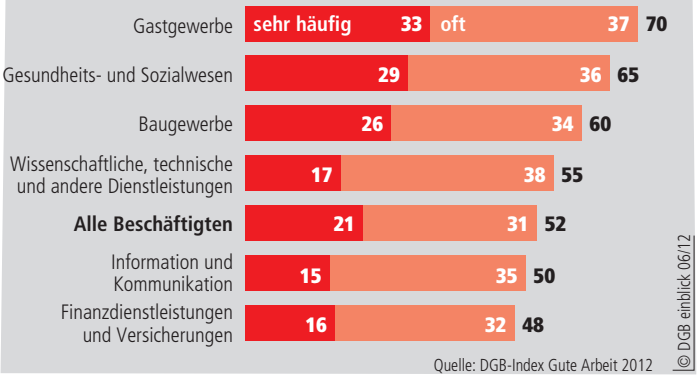
Wie die anderen Gewerkschaften unterstützt die IG BCE Betriebsräte und Beschäftigte mit zahlreichen Initiativen zum Thema Gute Arbeit. Zum Beispiel mit der Kampagne „Gesunder Mensch im gesunden Unternehmen", die geschlechterspezifische Unterschiede bei krankmachenden Faktoren für Frauen und Männer analysiert und Lösungswege aufweist. Denn, auch das zeigt der DGB-Index Gute Arbeit, Frauen sind der Arbeitshetze und dem Zeitdruck stärker ausgesetzt. So fühlen sich 58 Prozent aller Vollzeit arbeitenden Frauen sehr häufig oder oft gehetzt – bei den Männern sind es 51 Prozent. Ein Grund: Frauen sind weiterhin hauptsächlich für Haushalt und Kinder zuständig. Glänzer fordert deshalb die Vereinbarkeit von Familie und Beruf noch stärker zu fördern und den Ausbau der Kindertagesstätten voranzutreiben.

Hans-Jürgen Urban, geschäftsführendes Mitglied im IG Metall-Vorstand, kritisiert, dass der in der Krise bereits sehr hohe Druck auf die Beschäftigten im Aufschwung zugenommen hat. Der DGB-Bericht belegt: 65 Prozent der Beschäftigten im Maschinen- und Fahrzeugbau müssen in der gleichen Zeit immer mehr schaffen. Dagegen geht die IG Metall vor. Zum Beispiel mit Hilfe des „Anti-Stress-Pakets", mit dem Betriebsräte Risiken auf psychische Belastungen am Arbeitsplatz erfassen und präventive Maßnahmen einleiten können. Urban kündigt zudem an, die Kooperation mit der Wissenschaft zu forcieren. Und: Auf politischer Ebene soll die bestehende Schutzlücke bei psychischen Gefährdungen – bisher gibt es keine gesetzlichen Regeln – geschlossen werden.

Außerdem unterstreicht Urban, wie wichtig der Kampf gegen prekäre Beschäftigung als eine originäre Quelle für psycho-soziale Belastungen ist. Deshalb mache sich die IG Metall in der aktuellen Tarifrunde für mehr Mitbestimmung durch die Betriebsräte beim Einsatz von LeiharbeiterInnen stark. Scharf kritisieren die Gewerkschaften Arbeitgeber, die die Beschäftigten auf mehr Stress-Resistenz trimmen wollen. Buntenbach macht deutlich: „Wir brauchen kein Konditionstraining für die Beschäftigten, sondern Arbeitsbedingungen, die weniger Stress produzieren." •

Im Gastgewerbe besonders stressig

Anteil von Beschäftigten, die sehr häufig oder oft unter Arbeitshetze und Zeitdruck leiden (in Prozent)



Stress und Arbeitshetze sind besonders im Gastgewerbe, den Berufen im Sozial- und Gesundheitswesen sowie auf dem Bau verbreitet.

Arbeitshetze ohne Ende

Die Sonderauswertung des DGB-Index Gute Arbeit mit dem Titel „Arbeitshetze, Arbeitsintensivierung, Entgrenzung" macht deutlich, unter welchem Druck ein großer Teil der Beschäftigten täglich leidet. Sie belegt beispielsweise: Wer immer unter Druck ist, kann zu Hause schlecht abschalten. Ein Drittel aller Befragten hat damit Probleme.

37 Prozent müssen auch zu Hause an Schwierigkeiten bei der Arbeit denken. Von vielen ArbeitnehmerInnen wird zudem ständige Erreichbarkeit erwartet. Der Bereich Erziehung und Unterricht, das Gastgewerbe und die Informations- und Kommunikationsbranche liegen hier vorn.

Der Bericht basiert auf der Befragung von 6083 abhängig Beschäftigten. Die Daten wurden 2011 erhoben. Befragt wurden ArbeitnehmerInnen aus allen Branchen, Einkommens- und Altersklassen, Regionen und Betriebsgrößen, gewerkschaftlich Organisierte ebenso wie Nicht-Mitglieder. Das vorliegende Ergebnis ist repräsentativ.

Mehr Infos zum DGB-Index Gute Arbeit:
www.dgb-index-gute-arbeit.de

PROJEKTE UND PARTNER

TBS Hessen

Datenschutz im Wandel

Global agierende Konzerne und soziale Netzwerke wie Facebook und Twitter erfordern neue Regeln, um die Daten der ArbeitnehmerInnen zu schützen. Doch der Gesetzentwurf zum Arbeitnehmerdatenschutz der Bundesregierung wird dem nicht gerecht und wird von Gewerkschaften und DatenschützerInnen massiv kritisiert. Wie Betriebsräte und Beschäftigte trotzdem Daten schützen können, will die DGB-Technologieberatungsstelle (TBS) Hessen mit einer Fachtagung am 5. Juni in Frankfurt / Main zeigen. Dort können sich Betriebs- und Personalräte über die aktuellen Entwicklungen im Datenschutz informieren. Neben Expertenvorträgen sind Workshops zum betrieblichen Datenschutz und zu sozialen Netzwerken geplant. •

www.tbs-hessen.de

DGB-Broschüre

Schwanger in der Ausbildung

Der Ratgeber „Ausbildung, schwanger – und jetzt?" der DGB-Jugend richtet sich an junge Frauen, die während ihrer Berufsausbildung schwanger werden. Die Broschüre erläutert alle Aspekte vom Mutterschutz bis zur Vereinbarkeit von Ausbildung und Familie. Dazu gehören auch Freistellungsmöglichkeiten für den Vater, Infos zur Elternzeit, finanzielle Hilfsangebote sowie Modelle der Kinderbetreuung. Im Anhang finden sich zahlreiche Links zu weiterführenden Informationen. Der Ratgeber kann für 0,14 Euro plus Versandkosten bestellt werden: *www.dgb-bestellservice.de* •

Kostenloser Download: www.bit.ly/Ratgeber_schwanger

In seinem sorgfältig aufbereiteten Dokumentenband ***„Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund – 1945-1949/50"*** beschreibt Peter Rütters, Politologe an der FU Berlin, den **Funktionswandel des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB)** in der jungen DDR. Denn mit Gründung des neuen Staates standen nicht mehr die sozialen und materiellen Interessen der Beschäftigten im Mittelpunkt, sondern die Produktivitätssteigerung zur Planerfüllung. Der Autor zeichnet den Weg der ostdeutschen Gewerkschaftsbewegung vom Tagesbefehl Nr. 2 der Sowjetischen Militäradministration am 10. Juni 1945, der die Gewerkschaftsgründung ermöglichte, bis zum zentralistischen FDGB als Massenorganisation der SED nach. Dabei werden sowohl der Parteienstreit zwischen SPD und KPD/SED als auch die rigide Ablösung der Betriebsräte durch Betriebsgewerkschaftsleitungen und die Entmachtung der Einzelgewerkschaften umfassend behandelt.

Siegfried Mielke, Peter Rütters (Hg.): Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund 1945-1949/50, Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert, Band 15, Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn, 2011, 1028 Seiten, 68 Euro

Anzeige

interregio

••• Arbeit und Leben Sachsen und der ***DGB-Bezirk Sachsen*** laden gemeinsam mit dem ***DGB-Bezirk Berlin-Brandenburg*** am 27. April zur ***Tagung „Gesund auf dem Bau – Gefährdungen erkennen, Maßnahmen ergreifen – mit gesunder Psyche"*** nach Schkeuditz (Sachsen) ein. ExpertInnen aus Gewerkschaften, Politik und Wissenschaft diskutieren und analysieren unter anderem, wie Arbeitsunfälle im Baugewerbe besser vermieden werden können. Auch psychische Erkrankungen durch Stress oder Mobbing und der Jugendarbeitsschutz stehen auf dem Programm.

www.sachsen.dgb.de

••• Der ***DGB-Bezirk NRW*** hat für die Landtagswahlen am 13. Mai seine ***Forderungen an die Politik*** formuliert. Andreas Meyer-Lauber, Vorsitzender des DGB NRW, forderte die Parteien auf, die Interessen der ArbeitnehmerInnen zum zentralen Thema des Wahlkampfes zu machen. Die Gewerkschaften erwarteten „schlüssige Antworten" zum Kampf gegen prekäre Beschäftigung, zur Energiewende, zu Bildung und Ausbildung sowie zu einer gerechten Steuerpolitik. Der DGB fordert zudem einen Bestandsschutz für von Rot-Grün bereits umgesetzte Projekte, wie zum Beispiel das Tariftreuegesetz.

www.nrw.dgb.de

••• Der Vorsitzende des ***DGB-Hamburg,*** Uwe Grund, hat die ***Entscheidung des Bauer-Verlags*** begrüßt, den Vertrieb des rechtsextremen Magazins „Zuerst!" einzustellen. Hintergrund: Bereits im Dezember 2011 hatte der DGB Hamburg den Verlag in einem offenen Brief aufgefordert, den Vertrieb der Zeitschrift durch ein Bauer-Tochterunternehmen einzustellen. Grund betont: „Inzwischen ist der Verlag jedoch aus dem Vertrieb des Blättchens ausgestiegen." Der offizielle Grund: der Vertrieb sei nicht rentabel.

DGB-Organisationsreform

Aktiv vor Ort

Ein Ziel der DGB-Organisationsreform ist es, die Interessen der Gewerkschaften verstärkt in die Kommunalpolitik einzubringen. Beispiele aus den DGB-Bezirken Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt, Nordrhein-Westfalen und Nord zeigen, was möglich und was notwendig ist, damit der DGB in Landkreisen und Kommunen als wichtiger politischer Akteur wahrgenommen wird.

DGB präsent vor Ort

Zwischenbilanz: Gründung der ehrenamtlichen DGB-Kreis- und Stadtverbände, Stand: Januar 2012

	bundesweit	Nord	NRW	Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt
Bestehend	147	7	27	36
Gründung 2012	165	11	16	24
Gründung 2013	30	1	2	1
noch nicht terminiert	12	4	8	–
Gesamt	354	23	53	61

Quelle: DGB-Bundesvorstand

Anfang des Jahres hat der DGB eine Zwischenbilanz zur Umsetzung der DGB-Organisationsreform gezogen. Die Zahlen dürften bereits überholt sein, laufend kommen neue Kreis- und Stadtverbände hinzu.

Das Zwischenfazit, das die Vorsitzende der drei Bezirke ziehen, ist positiv. „Ich bin zuversichtlich, dass die Organisationsreform den DGB stärken wird. Die Reform sorgt dafür, dass der DGB vor Ort stark und kompetent vertreten ist", erklärt der NRW-Bezirksvorsitzende Andreas Meyer-Lauber. Für den Bezirk sei die Organisationsreform zugleich eine Herausforderung: „Wir müssen dafür sorgen, dass in allen 54 Kreisen ein DGB erkennbar ist." Das Engagement auf kommunaler Ebene sei neben der Arbeit im Bund und in den Ländern für den DGB fundamental wichtig, betont Hartmut Tölle, Vorsitzender des DGB-Bezirks Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt. „Denn vor Ort wird über die Lebens- und Arbeitsbedingungen unserer Mitglieder entschieden." Besonders wichtig sei dem Bezirk, „die bereits vorhandenen erfolgreichen und vielfältigen Strukturen vor Ort einzubeziehen". Auch der Bezirk Nord ist bei der Umsetzung der Organisationsreform gut vorangekommen: „Wir sind zuversichtlich, dass wir bis Ende 2013 die Gründung der Kreis- und Stadtverbände abgeschlossen haben", sagt der Vorsitzende Uwe Polkaehn. Das sei vor allem der engagierten Mitarbeit der Kollegen vor Ort zu verdanken. „Es war nicht zu erwarten, dass es so hervorragend läuft." Besonders hebt Polkaehn hervor, dass die Kommunikation mit und zwischen den Gewerkschaften vor Ort enorm an Intensität gewonnen habe.

Selbst in Regionen, in denen das ehrenamtliche Engagement im DGB bisher eher keine Rolle spielte, sind erste Kreisverbände erfolgreich gegründet worden, beispielsweise in Mecklenburg-Vorpommern. Besonders reibungslos ging die Gründung der neuen Kreis- und Stadtverbände überall dort über die Bühne, wo bereits ehrenamtliche Strukturen vor Ort existierten. So knüpft der DGB-Kreisverband Stormarn in Schleswig-Holstein an die erfolgreiche Arbeit der letzten Jahre an. „Wir sind nah dran an der Politik im Kreis", erklärt der Vorsitzende Uwe Teut, Polizeibeamter und GdP-Mitglied, und betont: „Alle Mitglieder im Vorstand sind betrieblich verankert." Thematisch setzt der Kreisverband Schwerpunkte unter anderem beim Kampf gegen Rechts und ganz aktuell in der Unterstützung der KollegInnen, die sich in Tarifauseinandersetzungen befinden.

Der DGB-Kreisverband Emsland sorgte bereits im letzten Jahr überregional für Aufmerksamkeit, als er u.a. mit seinen Aktionen verhinderte, dass am 1. Mai in Lingen die Geschäfte geöffnet wurden. „Der Respekt vor dem DGB ist dadurch enorm gewachsen", freut sich der Kreisvorsitzende Paul Kater. Jetzt ist der Kreisverband dabei, vor Ort eine „Allianz für den freien Sonntag" zu gründen. Auch für den DGB-Stadtverband Hagen nimmt die Bündnisarbeit eine zentrale Rolle ein. So gehört der DGB Hagen (www.hagen.dgb.de) zu den Initiatoren des Bündnisses „Aufstehen für Hagen" gegen die rigorose Kürzungspolitik vor Ort. „Drei zentrale Themen – Gute Arbeit, Gute Bildung und Gutes Leben – bestimmen unsere Arbeit", erklärt der Vorsitzende Jochen Marquardt. Als Sprachrohr der Gewerkschaften mischt der Stadtverband sich aktiv in die Politik ein – ob beim Thema Haushalt oder bei der Schulentwicklungsplanung. •

?...nachgefragt

Foto: privat

Ralf Köpke ist seit zehn Jahren Vorsitzender des DGB-Kreisverbandes Krefeld. Bereits 2002 war der Kreisverband Teil eines DGB-Modellprojekts zum ehrenamtlichen Engagement vor Ort.

Die Netzwerkarbeit, die wir in den vergangenen zehn Jahren geleistet haben, kommt dem Kreisverband auch in den neuen Strukturen zugute. Wir sind vor Ort in allen wichtigen Gremien vertreten – vom Verwaltungsbeirat der Arbeitsagentur, deren alternierender Vorsitzender ich bin, bis zum Integrationsausschuss. Der DGB wird ernstgenommen – von Politik, Medien, Arbeitgebervertretern und auch von den Mitgliedsgewerkschaften.

Unser Themenspektrum ist riesig – es reicht von der Unterstützung von Streikaktionen in Betrieben und Branchen über Gespräche mit allen politischen Parteien, um Einfluss auf die Haushaltsberatungen zu nehmen, bis etwa zur Gründung eines „Bündnisses für Industrie" gemeinsam mit IG BCE, IG Metall, rund 30 Unternehmen und der IHK (www.zukunft-industrie.de). Besonders wichtig für uns ist eine intensive Pressearbeit. Im letzten Jahr haben wir rund 80 Pressemitteilungen veröffentlicht – mit guter Resonanz: In mehr als 160 Artikeln hat die Presse unsere Positionen aufgenommen. Nicht jeder ehrenamtliche Kreis- oder Ortsvorstand wird in der Lage sein, ähnlich viel zu stemmen wie wir. Als Geschäftsführer einer gewerkschaftsnahen Arbeitsmarktgesellschaft habe ich mehr Freiräume für die DGB-Arbeit als andere, die sich nur nach Feierabend engagieren können. Und doch ist die neue Struktur für alle eine Chance. Sie erfordert es, dass auch die Gewerkschaften bekennen: Das ist unser Kreisvorstand. Wichtig ist dabei vor allem, dass die Ehrenamtlichen eigenverantwortlich agieren können .

www.krefeld.dgb.de

kurz&bündig

IG Metall und Branchen-Arbeitgeber wollen Lohndumping und Schwarzarbeit in der Textilreinigung und dem Textilservice bekämpfen. „Bündnis gegen Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung" heißt der Pakt, der von IG Metall, Bundesfinanzministerium und Arbeitgebern geschlossen wurde. Die IG Metall erwartet nun für die Branche „mehr Fairness im Wettbewerb".

Die GEW setzt auf die Öffentlichkeit, um den im Iran inhaftierten Universitätsdozenten Professor Abdolreza Ghanbari zu unterstützen. Der 44-jährige Lehrer für persische Literatur soll hingerichtet werden. Der internationale Protestaufruf kann national per Mail an die iranische Botschaft (info@iranbotschaft.de) unterstützt werden. www.bit.ly/GIN6dE

Der NGG-Vorsitzende Franz-Josef Möllenberg empfiehlt den WählerInnen in Nordrhein-Westfalen, für „den Mindestlohn zu stimmen". Es sei an der Zeit, dem Mindestlohn-Placebo der CDU die rote Karte zu zeigen.

Seit Mitte März präsentiert sich die IG BCE mit einem neuen Internetauftritt. Unter anderem können Fotos und Videos in deutlich besserer Qualität abgerufen werden. Die Suchfunktion ist optimiert, der Aufbau der Seiten klarer gegliedert und das Informationsangebot schneller erfassbar. www.igbce.de

Arbeitnehmerfreizügigkeit

Sozial, gerecht und aktiv

Ab 1. Januar 2014 gilt auch für ArbeitnehmerInnen aus Bulgarien und Rumänien die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit in Deutschland. Annelie Buntenbach, Mitglied des DGB-Bundesvorstands, plädiert dafür, die Übergangsfrist bis dahin zu nutzen, um den Schutz für alle ArbeitnehmerInnen voranzubringen. „Es darf keine Ausbeutung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern geben, egal ob zugewandert oder einheimisch." Mit dem Projekt „Faire Mobilität" und seinen Beratungsstellen setzt sich der DGB für eine soziale und gerechte Gestaltung der Arbeitnehmerfreizügigkeit ein.

„Unser Ziel ist gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort", betont Annelie Buntenbach. Die Erfahrungen mit der Freizügigkeit für acht mittel- und osteuropäische Länder seit 1. Mai 2011 haben gezeigt, dass es sinnvoll ist, die mobilen ArbeitnehmerInnen bereits im Heimatland und in ihrer Muttersprache über den deutschen Arbeitsmarkt zu informieren. Dies funktioniert nur in Kooperation mit den Gewerkschaften vor Ort. Im März hat der DGB daher eine Vereinbarung mit den bulgarischen Gewerkschaftsbünden CITUB und PODCREPA im Rahmen des Projekts „Faire Mobilität" abgeschlossen. Unter anderem wurde vereinbart, gemeinsame, zweisprachige Infomaterialien zu erstellen. Weitere Vereinbarungen mit ost- und mitteleuropäischen Gewerkschaften sind geplant.

www.dgb.de/fairmobil

Verkehr

EVG und ver.di kooperieren

In enger Abstimmung sollen künftig tarifpolitische Ziele für den Straßenpersonenverkehr zwischen EVG und ver.di festgelegt werden. Beide Gewerkschaften unterzeichneten einen Kooperationsvertrag. Langfristiges Ziel der Zusammenarbeit ist es, ein einheitliches Tarifniveau in jedem Bundesland durchzusetzen. Darüber hinaus wurde vereinbart, wer jeweils die Federführung in den einzelnen Betrieben übernimmt. Sowohl der EVG-Vorsitzende Alexander Kirchner wie auch das zuständige ver.di-Vorstandsmitglied Christine Behle sind überzeugt, dass so die „bestmögliche Interessenvertretung" der Beschäftigten erreicht werde.

Foto: Simone M. Neumann

Mit einer gemeinsamen Aktion vor dem Brandenburger Tor haben DGB und Deutscher Frauenrat am 23. März, dem Equal Pay Day, auf die Entgeltlücke zwischen Frauen und Männern hingewiesen. Frauen verdienen weiterhin 23 Prozent weniger Geld als ihre männlichen Kollegen. Mit dem Motto „Recht auf mehr" demonstrierten die TeilnehmerInnen für Entgeltgleichheit. Im Vordergrund auf dem Bild (von links nach rechts): DGB-Vize Ingrid Sehrbrock, der DGB-Vorsitzende Michael Sommer und Marlies Brouwers, Vorsitzende des Deutschen Frauenrates.

Managergehälter

Neue Regeln nötig

Eine angemessene Vergütung für Konzernchefs will DGB-Vorstandsmitglied Dietmar Hexel über eine neue Regelung im Corporate-Governance-Kodex sicherstellen. Der Kodex, der bereits einen Passus zur Vorstandsvergütung enthält, könnte ergänzt werden, schlägt Hexel vor. Eine „atmende Deckelung", nach der beispielsweise die maximale Höhe eines Managergehalts über einen vom Aufsichtsrat festgelegten Faktor an die durchschnittlichen Einkommen der Belegschaft gekoppelt werde, wäre eine Möglichkeit, sagt Hexel.

Seit langem wird kritisiert, dass sich Bezahlung und Status der Manager von der allgemeinen Entwicklung abgekoppelt haben. Die bisher öffentlich gewordenen Gehälter der Vorstandsvorsitzenden von DAX-Unternehmen stiegen zwischen 2010 und 2011 um 14 Prozent, die Einkommen der Beschäftigten im gleichen Zeitraum hingegen nur um 3,3 Prozent.

Gerichtsentscheidung

Lohndumping gestoppt

Das Hamburger Landesarbeitsgericht (LAG) hat „medsonet" – eine so genannte christliche Gewerkschaft im Gesundheitsbereich – für nicht tariffähig erklärt. Damit folgten die Richter einem Antrag von ver.di. Ellen Paschke, Mitglied im ver.di-Bundesvorstand, begrüßt das Urteil: „Damit wird dem Lohndumping ein Riegel vorgeschoben und dieser Pseudo-Gewerkschaft die Geschäftsgrundlage entzogen." Sie zeigt sich zudem optimistisch, dass das Bundesarbeitsgericht die Entscheidung des LAG Hamburg bestätigen werde.

Industriepolitik

Industrie als Problemlöserin

Totgesagte leben länger. Nicht erst in der Wirtschaftskrise hat sich gezeigt: Der industrielle Sektor bleibt von entscheidender Bedeutung für die Volkswirtschaft. Eine neue Studie bestätigt das. Der Standort Deutschland kann nur profitieren, wenn Industrie und industrienahe Dienstleistungen gut kooperieren, meint Klaus-W. West.

Dr. Klaus-W. West ist Geschäftsführer der Chemie--Stiftung Sozialpartner-Akademie (CSSA) in Wiesbaden. Zuvor war er unter anderem in der Wissenschaft und bei Gewerkschaften (DGB und IG BCE) tätig.

In den 1950er Jahren prognostizierte Jean Fourastié in seinem Buch „Die große Hoffnung des 20. Jahrhunderts", dass der Dienstleistungssektor über kurz oder lang den Industriesektor ablösen werde. Seitdem ist diese Ablösung zu einer epochemachenden Metapher geworden, die das stetige Beschäftigungswachstum im Angestelltenbereich quasi logisch erscheinen ließ. Sie trug maßgeblich zur Begründung der „Dienstleistungsgesellschaft" bei und gab der Industriekritik der Ökologiebewegung eine Perspektive. Jetzt sieht es so aus, dass dies alles ein Irrtum war. Zu diesem Schluss kommt eine Studie von Professor André Schmidt, die er im Auftrag der Chemie-Stiftung Sozialpartner-Akademie (CSSA) verfasst hat. Sein Fazit: Der Dienstleistungssektor löst die Industrie nicht ab, sondern Industrie und Dienstleistungen ergänzen sich.

Dabei geht es nicht um die alte Industrie der standardisierten Massenproduktion mit Ikonen wie dem „VW-Käfer" und „Aspirin". Es ist **eine neue Industrie, die mit Service-Dienstleistungen in Wechselwirkung steht.** Der Medizintechnikhersteller B. Braun beispielsweise, der in verschiedenen Staaten Osteuropas Dialysestationen betreibt, fand dort nicht nur neue Absatzmärkte, sondern erhielt auch viele Anregungen für die technologische Weiterentwicklung , sei es von „elektronischen Patientenakten" oder einem „ehrlichen Feedback" der Patienten zu seinen Geräten.

Industrie und industrienahe Dienstleistungen treten immer häufiger als Erfolgs-Duo auf, wenn beide gut kooperieren. Die Schmidt-Studie zeigt aber auch: Die industrielle Produktion gibt den Takt an. Wachstum in der Industrie **löst Wachstum im Dienstleistungssektor aus.** Ein neues Produkt, sei es ein Automobil oder ein Medikament, erzeugt Bedarf an Beratung oder Hilfe bei der Bedienung. Produkte müssen gewartet und finanziert, nach einiger Zeit repariert oder erneuert werden. Und: Die Industrie beschäftigt den Dienstleistungs-Sektor, nicht umgekehrt.

Zudem haben seit der Finanzmarkt-Krise von 2008 viele Wirtschaftswissenschaftler, Wirtschaftspolitiker und die Öffentlichkeit erkannt: Die Industrie ist stabiler als viele Dienstleistungsmärkte, auch was die Zahl und Sicherheit der Arbeitsplätze betrifft. Deutschland hat wegen seines starken industriellen Kerns die Krise schneller als andere Länder überwunden. Dank seiner Industrie ist Deutschland so **stabil, wirtschaftlich vorn in Europa und wettbewerbsfähig.** In Deutschland hat die Produktion der Industriegüter einen Anteil von etwa 40 Prozent am Produktionswert der gesamten Volkswirtschaft, in Frankreich sind es 27,8 Prozent und in Großbritannien 22,7 Prozent.

Das **gute Zusammenspiel von Industrie und Dienstleistung** in Deutschland macht den entscheidenden Wettbewerbsvorteil der deutschen Industrie aus. Ob eine komplizierte Maschine oder eine Spezialchemikalie ein bisschen mehr oder weniger kostet, ist nicht entscheidend, wenn Dienstleistungsspezialisten zu einem Kunden nach Indien kommen, um die Maschine aufzustellen und MitarbeiterInnen zu schulen, oder wenn Hilfe schnell und zuverlässig kommt, wenn etwas schief läuft.

Darin zeichnet sich auch **eine neue Qualität von Wachstum** ab. Diese Art von Wachstum ist unerlässlich für die Bewältigung von Umweltproblemen, die in Kürze auf der Rio+20 Konferenz wieder debattiert werden. Die Industrie hat aus der Wachstumskritik der letzten 25 Jahre gelernt. Der Schutz des Klimas lässt sich nur mit Hilfe des Know-how der Industrie erreichen. Und die Industrie hat das Potenzial dazu, weil sie über einen hohen Anteil an qualifizierten Beschäftigten verfügt.

In der Öffentlichkeit ist davon allerdings noch nicht viel angekommen. Noch immer erscheint die Industrie als alleinige Verursacherin aller Probleme. Diese Sichtweise verstellt den Blick auf einen zentralen Sachverhalt, der für die Bewältigung und Regulierung von Umweltproblemen zentral ist: Heute ist die Industrie vor allem als Problemlöserin gefragt. Für eine zukunftsweisende Industriepolitik kann das nur bedeuten: **Sie muss die Bedingungen schaffen,** um die Lernprozesse zwischen Industriesektoren und unternehmensbezogenen Dienstleistungen optimal zu fördern. •

Zukunft sichern

„Das Zusammenwirken von Industrie und Dienstleistungen ist von großer Bedeutung für eine nachhaltige gesellschaftliche Entwicklung in unserem Land", heißt es im industriepolitischen Antrag, den der DGB-Kongress im Mai 2010 beschlossen hat. Der industrielle Sektor bilde in Deutschland bis heute das Fundament für Wachstum, Wohlstand und Arbeitsplätze. Um das auch in Zukunft zu gewährleisten, fordern DGB und Gewerkschaften von EU, Bundesregierung und Bundesländern eine aktive und nachhaltige Industriepolitik für Wachstum und Beschäftigung, die „ökonomische, ökologische und soziale Fehlentwicklungen korrigiert".

Studie

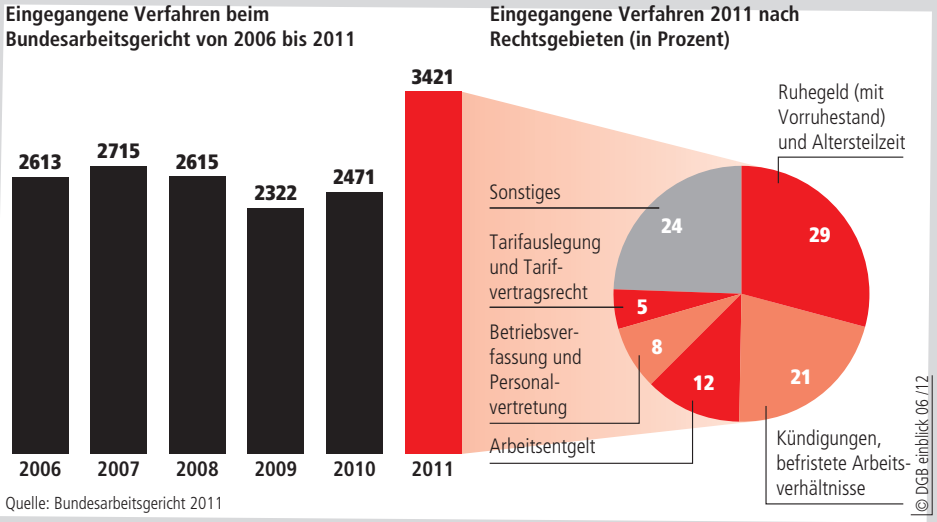
Der vollständige Titel der Studie von André Schmidt lautet: „Industrie und Dienstleistung heute: Eine Strukturanalyse der Volkswirtschaft der Bundesrepublik Deutschland". André Schmidt ist Professor für Makroökonomik und Internationale Wirtschaft an der privaten Universität Witten-Herdecke. Die Studie kann kostenlos auf der Website der CSSA abgerufen werden.

www.cssa-wiesbaden.de

dieDGBgrafik

BUNDESARBEITSGERICHT: Rekordjahr 2011

Die Richter am Bundesarbeitsgericht (BAG) hatten 2011 alle Hände voll zu tun. Fast 950 neue Verfahren mehr sind 2011 im Vergleich zum Vorjahr eingegangen. Insgesamt lagen dem Gericht damit 3421 Verfahren zur Entscheidung vor. Ein Drittel befasste sich mit den Themen Ruhegeld und Altersteilzeit (990). Es folgen Verfahren zu Kündigungen (731) und zum Arbeitsentgelt (412). Sieben Monate dauerte im Schnitt die Bearbeitung. Die Richter urteilten in 2832 Fällen, das waren rund 200 Verfahren mehr als 2010.



14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

2.4. Lüneburger Bündnis für Demokratie, Diskussion „Rechtspopulismus. Platt, dumm, gefährlich?", Lüneburg

3.4. DGB Hagen, Arbeit und Leben, Diskussion „Gute Arbeit für Europa – Gerechte Löhne, Soziale Sicherheit", Hagen

5.-9.4. Bundesweite Ostermärsche

5.4. DGB-Jugend Mittelhessen, Vortrag und Diskussion „Generalstreik und Massenprotest", Gießen

10.4. Jahrestag der Verabschiedung des Montan-Mitbestimmungsgesetzes 1951

10.-14.4. DGB-Bildungswerk, Seminar „Fachkraft Rechtsextremismus-Prävention 2012", Hattingen

11./12.4. Hans-Böckler-Stiftung, Fachtagung „Leistungs- und erfolgsbezogene Entgelte", Frankfurt / Main

11.4. Gedenktag, 67. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Buchenwald

13.-15.4. DGB-Jugend Berlin-Brandenburg, Seminar „Körpersprache und Präsenz", Flecken-Zechlin

17.4. DGB-Region Bremen-Elbe-Weser, 18. Arbeitsschutzkonferenz des DGB Bremen-Elbe-Weser, Bremen

17.4. Friedrich-Ebert-Stiftung und DGB-Region Südwestfalen, „Hochsauerlandgespräch: Arbeitskräfte und Fachkräfte in Südwestfalen", Meschede

17.4. IG Metall, GEW, DGB-Bezirk Hessen-Thüringen, GEW Hessen, DGB Frankfurt, GEW Frankfurt-Rhein-Main, Diskussion „Für ein soziales Europa – Gegen neoliberale Kahlschlagpolitik und Abbau von Arbeitnehmerrechten – Solidarität mit den Menschen in Spanien, Portugal und Griechenland", Frankfurt / Main

Tipp

TV: Markt oder Moral - Deutsche Unternehmen auf dem Prüfstand, ARD, 16. April, 23.30 Uhr. Ein Film von Christian Jentzsch/WDR

Was können VerbraucherInnen mit gutem Gewissen kaufen und was nicht? Eine schwere Entscheidung, denn viele Produkte entstehen mit Kinderarbeit, Niedriglöhnen, Umweltzerstörung. Während in Europa strenge Auflagen gelten, nutzen international tätige Konzerne den niedrigen Rechtsstandard in den armen Ländern – und machen Milliardengewinne. Ein Beispiel dafür ist ein Stahlwerk in Brasilien, das ein Konzern aus NRW betreibt. Die Belastungen für die Umwelt sind immens. Europäische Menschenrechts- und Umweltorganisationen setzen sich dafür ein, der Bevölkerung in den armen Ländern Klagerechte gegen die Konzerne in den Herkunftsländern einzuräumen. Der Film berichtet aber auch von Initiativen deutscher Unternehmen, in armen Ländern faire Produktionsbedingungen zu etablieren.

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke, Lena Clausen **Redaktionelle Mitarbeit:** Udo Böhlefeld, Birgit Böhret, Gunter Lange, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/30 88 24-0, Fax 030/30 88 24 20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

Schlusspunkt.

„Der Heiratsmarkt zahlt sich für Frauen immer noch mehr aus als der Arbeitsmarkt."

So beurteilt die Professorin Jutta Allmendinger, Präsidentin des Wissenschaftszentrum Berlin, die Situation für Frauen am 21. März auf einer DGB-Pressekonferenz zum Equal Pay Day.

Fristlose Kündigung

Fälschungsverdacht reicht aus

Der Verdacht gegen einen Mitarbeiter der Berliner Verkehrsbetriebe (BVG), unbefugt Fahrscheine hergestellt und vertrieben zu haben, begründet die außerordentliche Kündigung des Arbeitsverhältnisses.

Der Fall: Der Arbeitnehmer war mit der Verwaltung von Fahrscheinen für die BVG-Verkaufsstellen beschäftigt. Für die Mitarbeiter der Verkaufsstellen besteht die Möglichkeit, in einem besonders gesicherten Schulungsraum die Herstellung der Fahrscheine zu trainieren. Nachdem zwei Kundinnen innerhalb kurzer Zeit mehrere Jahreskarten und Tageskarten zur Erstattung eingereicht hatten, die in dem Schulungsraum hergestellt worden waren, kündigte die BVG nach Ermittlungen das Arbeitsverhältnis des Arbeitnehmers fristlos. Die dagegen gerichtete Kündigungsschutzklage hatte keinen Erfolg.

Das Landesarbeitsgericht: Der Arbeitnehmer ist dringend verdächtig, Fahrscheine hergestellt und vertrieben zu haben. Er hat Zugang zu den Restrollen und dem Schulungsraum gehabt und ist während der Herstellung der Fahrscheine im Dienst gewesen. Die Kundinnen, die die Fahrscheine zur Erstattung einreichten, sind mit dem Arbeitnehmer verwandt bzw. freundschaftlich verbunden. Bei dieser Sachlage besteht eine ganz überwiegende Wahrscheinlichkeit, dass der Arbeitnehmer an den Fahrscheinmanipulation beteiligt gewesen ist. Dies berechtigte die BVG zur außerordentlichen Kündigung des langjährigen Arbeitsverhältnisses; eine Täterschaft des Arbeitnehmers muss hierfür nicht nachgewiesen werden.

Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg,
Urteil vom 8. Februar 2012 - 24 Sa 1800/11

Schwerbehinderteneigenschaft

Frage danach kann zulässig sein

Im bestehenden Arbeitsverhältnis ist die Frage nach einer Schwerbehinderung nicht generell unzulässig. Der Erwerb des Sonderkündigungsschutzes nach sechsmonatiger Beschäftigung kann für eine eventuelle Sozialauswahl von Bedeutung sein. Das gilt insbesondere zur Vorbereitung von beabsichtigten Kündigungen.

Der Fall: Der schwerbehinderte Arbeitnehmer war in einem Betrieb beschäftigt, der insolvent wurde. Während des Insolvenzeröffnungsverfahrens erbat der Insolvenzverwalter zur Vervollständigung bzw. Überprüfung der ihm vorliegenden Daten unter anderem Angaben zum Vorliegen einer Schwerbehinderung. Der Arbeitnehmer verneinte seine Schwerbehinderung. Nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens kündigte der Insolvenzverwalter das Arbeitsverhältnis fristgerecht. Die dagegen erhobenen Klage hatte keinen Erfolg.

Das Bundesarbeitsgericht: Die Frage nach der Schwerbehinderung im Vorfeld einer vom Arbeitgeber beabsichtigten Kündigung steht im Zusammenhang mit der Verpflichtung des Arbeitgebers, die Schwerbehinderung bei der Sozialauswahl zu berücksichtigen. Darüber hinaus genießt der Schwerbehinderte einen Sonderkündigungsschutz, wonach eine Kündigung der vorherigen Zustimmung des Integrationsamtes bedarf. Die Frage diskriminiert behinderte Arbeitnehmer nicht gegenüber solchen ohne Behinderung.

Infolge der wahrheitswidrigen Beantwortung der rechtmäßig gestellten Frage nach einer Schwerbehinderung ist es dem Arbeitnehmer unter dem Gesichtspunkt widersprüchlichen Verhaltens verwehrt, sich im Kündigungsschutzprozess auf seine Schwerbehinderteneigenschaft zu berufen.

Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 16. Februar 2012 - 6 AZR 553/10

Autor: Luis Ledesma, Kassel – einblick 6/12

Persönliche Daten

Löschung nach Ende der Beschäftigung

Das Persönlichkeitsrecht eines Arbeitnehmers ist verletzt, wenn der Arbeitgeber persönliche Daten und Fotos ausgeschiedener Arbeitnehmer weiter auf seiner Homepage präsentiert. Der betroffene Arbeitnehmer kann deren Löschung verlangen.

Hessisches Landesarbeitsgericht,
Beschluss vom 24. Januar 2012 - 19 SaGa 1480/11

Arbeitskampf

Beamte haben kein Streikrecht

Mit Blick auf die Treuepflicht gegenüber dem Dienstherrn und vor dem Hintergrund der notwendigen Funktionsfähigkeit staatlichen Handelns steht den Beamten kein Streikrecht zu. Dieses Streikverbot gilt unabhängig davon, welche konkrete Funktion der einzelne Beamte ausübt, denn allein der Status als Beamter ist entscheidend.

Oberverwaltungsgericht Nordrhein-Westfalen,
Urteil vom 7. März 2012 -3d A 317/11.O

Gleichbehandlungsgesetz

Entschädigung ist an Frist gebunden

Wenn ein Stellenbewerber glaubt, er sei bei der Bewerbung diskriminiert worden, kann er Ansprüche auf Entschädigung oder Schadenersatz geltend machen. Dafür muss er aber die gesetzliche Zweimonatsfrist einhalten. Bei Ablehnung einer Bewerbung beginnt die Frist in dem Moment zu laufen, in dem der Bewerber von der Benachteiligung Kenntnis erlangt.

Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 15. März 2012 - 8 AZR 160/11

EU-Führerscheintourismus

Gerichte dürfen im Ausland ermitteln

Führerscheine eines EU-Landes sind grundsätzlich von den anderen Mitgliedstaaten anzuerkennen. Eine Ausnahme besteht allerdings dann, wenn der Führerscheininhaber seinen ordentlichen Wohnsitz nicht im Ausstellerstaat hatte. Als ordentlicher Wohnsitz gilt der Ort, an dem ein Führerscheininhaber wegen persönlicher oder beruflicher Bindungen gewöhnlich wohnt, das heißt an mindestens 185 Tagen im Kalenderjahr. Darüber, ob das Wohnsitzerfordernis im Einzelfall erfüllt ist, dürfen die nationalen Behörden und Gerichte bei dem Ausstellerstaat Informationen einholen.

Oberverwaltungsgericht Nordrhein-Westfalen,
Urteil vom 22. Februar 2012 - 16 A 1529/09

Altersdiskriminierung

Längerer Urlaub auch für Jüngere

Nach dem Gesetz dürfen Beschäftigte unter anderem nicht wegen ihres Alters benachteiligt werden. Eine tarifliche Regelung, die den über 40jährigen einen längeren Urlaub gewährt, benachteiligt Beschäftigte, die das 40. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, unmittelbar und verstößt gegen das Verbot der Benachteiligung wegen des Alters.

Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 20. März 2012 - 9 AZR 529/10

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 16.04.2012 7/12

DGB

1.Mai 2012 – Tag der Arbeit

Gute Arbeit und gerechte Löhne

Das Motto des DGB zum 1. Mai 2012 macht deutlich: Gute Arbeit, gerechte Löhne und soziale Sicherheit fordern die DGB-Gewerkschaften nicht nur hierzulande, sondern europaweit.

Es brennt – vor allem in Europa. Der EU-Fiskalpakt (*einblick 6/12*) ist aus Sicht der Gewerkschaften nicht geeignet, Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit in Europa wiederherzustellen. „Es sind vor allem die Beschäftigten und die sozial Benachteiligten, die den Preis für die Krise zahlen, die sie nicht verursacht haben", stellt der DGB-Vorsitzende Michael Sommer fest. Ein Kurswechsel in Europa gehört deshalb zu den wichtigsten Forderungen der Gewerkschaften am 1. Mai 2012.

Auch im fünften Jahr nach Ausbruch der Krise gilt: Sie darf nicht auf dem Rücken der Beschäftigten und der sozial Schwachen ausgetragen werden. „Wir brauchen Gute Arbeit, gerechte Löhne und soziale Sicherheit. Eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt ist überfällig", betont Sommer.

Der Tag der Arbeit steht in diesem Jahr auch im Zeichen aktueller Tarifauseinandersetzungen. Für die rund zwei Millionen Beschäftigten von Bund und Kommunen hat ver.di bereits Ende März ein Ergebnis erzielt: Bis August 2013 sollen die Entgelte um insgesamt 6,3 Prozent steigen. Auch die Bedingungen für die Übernahme von Ausgelernten werden deutlich verbessert. Bis Ende April läuft noch die Mitgliederbefragung zum Tarifergebnis.

Für die IG Metall beginnt nun die heiße Phase in den Tarifverhandlungen für die rund 3,6 Millionen Beschäftigten in der Metall- und Elektroindustrie. Die Verhandlungen in den Tarifbezirken blieben bisher ohne Ergebnis. Am 28. April endet die Friedenspflicht. Danach sind befristete Warnstreiks möglich. Auch die IG BCE steckt mitten im Tarifkampf für die rund 550 000 Beschäftigten in der Chemischen Industrie. Am 7. Mai findet die erste Tarifverhandlung auf Bundesebene statt.

Die zentrale Maikundgebung, an der der DGB-Vorsitzende teilnimmt, ist in diesem Jahr in Stuttgart. Die weiteren Orte, an denen DGB-Vorstandsmitglieder oder Gewerkschaftsvorsitzende sprechen werden:

Erfurt: Ingrid Sehrbrock, stellvertretende DGB-Vorsitzende
Köln: Annelie Buntenbach, DGB-Vorstandsmitglied
Castrop-Rauxel: Claus Matecki, DGB-Vorstandsmitglied
Gladbeck: Klaus Wiesehügel, IG BAU-Vorsitzender
Düsseldorf: Michael Vassiliadis, IG BCE-Vorsitzender
Siegen: Alexander Kirchner, EVG-Vorsitzender
Berlin: Ulrich Thöne, GEW-Vorsitzender
Hamburg: Berthold Huber, 1.Vorsitzender IG Metall
Augsburg: Franz-Josef Möllenberg, NGG-Vorsitzender
Lüneburg: Bernhard Witthaut, GdP-Vorsitzender
Saarbrücken: Frank Bsirske, ver.di-Vorsitzender

www.dgb.de/-/KkL

plusminusBERLIN

+ ***Die Grünen-MdB Katja Dörner und Tom Koenigs fordern, Kinderrechte in die Verfassung aufzunehmen. Die Zeit sei dafür zwanzig Jahre nach Inkrafttreten der UN-Kinderrechtskonvention reif. Das Wohl der Kinder müsse Vorrang haben. Etwa bei minderjährigen Flüchtlingen, die oft wie Erwachsene behandelt würden.***

– ***Christine Haderthauer (CSU) warnt vor einem „extrem ideologiebeladenen Verhältnis zu Familien". Sie findet, dass manche Kritiker einer Art „Krippen-Wahn" verfallen seien, ganz nach dem Motto: „Liebe Eltern, beschäftigt euch ja nicht zu viel mit euren Kindern, sonst könnte ja was schiefgehen."***

inhalt

Seite 3
Energiewende mit Potenzial
Die Baubranche ist ein Garant auf dem Weg zur erfolgreichen Energiewende. Die IG BAU hat klare Vorstellung, worauf es dabei ankommt

Seite 5
Wenig Fortschritte
Die EU-Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen soll mit ihren Studien die Grundlage für ein sozialeres Europa schaffen

Seite 7
Nach der Schlecker-Pleite
Für Dierk Hirschel, ver.di-Bereichsleiter Wirtschaftspolitik, muss die Politik Lehren aus der Schlecker-Pleite ziehen. Wie diese aussehen sollen, beschreibt er im einblick

Der Surf-Tipp fürs Internet

lovedemocracy.arte.tv/de
Themenportal des Fernsehsenders Arte zur politischen Situation in Ländern, in denen 2012 Wahlen stattfinden. Unter anderem USA, Griechenland und Tunesien

Hintergrund

www.einblick.dgb.de/hintergrund
Der neue DGB-Mediennewsletter. Mit aktuellen gewerkschaftlichen Positionen zu Rundfunk, Presse und Internet.

Expertenkommission

Bildungsdefizite abbauen

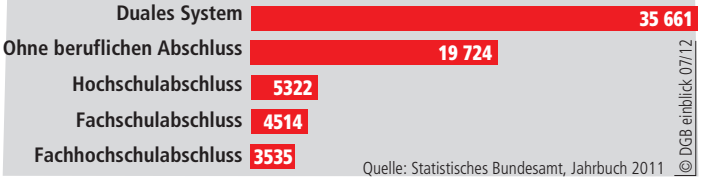
Die Expertenkommission für Innovation und Forschung mahnt ein stärkeres Engagement der Politik im Bildungsbereich an. „Der Fachkräftemangel bedroht Deutschlands Zukunftschancen", fürchten die sechs WissenschaftlerInnen. Die Gutachter liefern seit 2008 im Zwei-Jahres-Rhythmus ihre Analysen bei der Bundesregierung ab. Im gerade erschienenen Gutachten schreiben sie: „Der Innovationsstandort Deutschland droht Schaden zu nehmen, wenn die Bundesregierung es nicht schafft, (...) das deutsche Ausbildungssystem zu verbessern und die stille Reserve für den Arbeitsmarkt zu aktivieren."

Dabei habe die Weiterentwicklung des Berufsbildungs- und Hochschulsystems absoluten Vorrang. Bildungspolitik dürfe nicht ausschließlich darauf ausgerichtet sein, eine hohe Zahl von Akademikern zu erreichen. Sinnvoller seien eine hochwertige Ausbildung auf allen Stufen und eine „maximale Durchlässigkeit zwischen beruflichen und akademischen Bildungsgängen". Bei der Weiterbildung müssen bisher unterrepräsentierte Gruppen stärker beteiligt werden. Bisher wirke berufliche Weiterbildung „nicht als Ausgleich für entgangene Ausbildung, sondern eher als Verstärkung vorhandener Unterschiede".

Die Empfehlungen der Wissenschaftler sind nicht neu und hätten schon lange umgesetzt werden können. So heißt es beispielsweise im Bildungspolitischen Programm des DGB: „Das gegenwärtige Bildungssystem begünstigt ohnehin privilegierte Bildungsschichten und erschwert den Gruppen den Zugang, deren Benachteiligung ausgeglichen werden müsste, und der Zugang zur Hochschule muss allen offenstehen, die Qualifikationen in der schulischen und beruflichen Ausbildung, in der Berufspraxis und in der Weiterbildung erworben haben. Arbeitnehmergruppen, vor allem Geringqualifizierte, Migranten und Menschen mit Behinderung, sollten über eine verstärkte Weiterbildung besser (...) vorbereitet werden." Zudem sollte die Durchlässigkeit zum Hochschulsystem für dual Ausgebildete ausgebaut werden. Das Programm wurde auf dem DGB-Kongress im Mai 1982 verabschiedet.

Das duale System liegt vorn

Bildungsabschlüsse der Bevölkerung ab 15 Jahren im Jahr 2010 (in 1000)



Eine erheblich bessere Förderung durch Weiterbildungsangebote fordert die Expertenkommission der Bundesregierung. Der Wechsel nach der Ausbildung zur Hochschule sollte ebenso verbessert werden wie Bildungsangebote für Geringqualifizierte ohne Berufsabschluss.

Energiekosten

Akuter Handlungsbedarf

„Energie wird immer mehr zum Luxusgut", kritisiert Kurt Klose, stellvertretender Sprecher der Nationalen Armutskonferenz (NAK). Nach den Zahlen der nordrhein-westfälischen Verbraucherzentrale wurde 2010 in 600 000 Haushalten im Land der Strom abgestellt, weil die Menschen die Rechnung nicht bezahlen konnten, meldet die NAK. Energie werde damit zum „Luxusgut für rund 14,5 Prozent der von Armut bedrohten Menschen in Deutschland". Das Armutsnetzwerk fordert deshalb Hilfsangebote, „die über eine reine Energieberatung hinausgehen". Klose erwartet, dass die Politik gemeinsam mit Energieversorgern sowie Verbraucher- und Schuldnerberatern bundeseinheitliche Lösungen erarbeitet.

Handbuch Bürgerbeteiligung

Ergänzungen erwünscht

Stuttgart 21 und die benötigten Stromleitungen für die Energiewende haben ein altes Problem in den Vordergrund gerückt: die Akzeptanz der Bürger für Großprojekte. Nachdem die schwarz-gelbe Koalition im Februar den Gesetzentwurf zur „Verbesserung der Öffentlichkeitsbeteiligung und Vereinheitlichung von Planfeststellungsverfahren" eingebracht hat, hat nun Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) noch ein „Handbuch Bürgerbeteiligung" vorgelegt. Es sei ein „Werkzeugkasten für alle Verantwortlichen" und gebe Empfehlungen. Und da es um Bürgerbeteiligung gehe, könnten sich Bürger „und alle interessierten Kreise" auch tatsächlich beteiligen. Auf der Webseite des Ministeriums können bis zum 9. Mai noch Vorschläge oder Ergänzungen (*bit.ly/H9P8G1*) gemacht werden. Das 81-seitige Handbuch selbst gibt es dort ebenfalls (*bit.ly/HaAo9e*).

EU-Bürgerinitiative

Mitbestimmen

EuropäerInnen können künftig Vorschläge machen, welches Gesetz die EU-Kommission vorlegen soll. Die Europäische Bürgerinitiative ist seit dem 1. April in Kraft, und wer Europas Politik konkret beeinflussen möchte, kann sich über dieses Instrument künftig direkt beteiligen. Doch bevor die Kommission aktiv wird, müssen eine Million MitstreiterInnen aus mindestens sieben EU-Ländern gefunden werden, die ein Vorhaben unterstützen. Wie viele sich aus jeweils einem Land beteiligen müssen, ist unterschiedlich. In Deutschland sind es mindestens 74 250 Unterschriften, aus Estland würden wiederum 4500 reichen. Für die Umsetzung müssen dann eine Million Namen auf der Liste stehen. Die SPD-Bundestagsfraktion begrüßt das Gesetz. Es sei ein wichtiger Schritt: „Engagierte Bürgerinnen und Bürger können der verzagten Politik Beine machen." Der Europäische Gewerkschaftsbund lobt die Initiative, kritisierte allerdings schon im Vorfeld den hohen bürokratischen Aufwand. Schnelle Erfolge sind in der Tat kaum zu erwarten. Vor der Abstimmung stehen noch Zertifizierungsverfahren und nationale Bescheinigungen. Die einzelnen Schritte des Verfahrens werden im „Leitfaden Europäische Bürgerinitiative" ausführlich beschrieben. Auf 23 Seiten erläutert die Kommission das konkrete Verfahren.

bit.ly/3Jd6bQ

Betreuungsgeld

OECD warnt

Die Kritik am schwarz-gelben Betreuungsgeld reißt nicht ab. Jetzt hat sich auch die OECD gegen die Einführung ausgesprochen. In Deutschland seien Frauen überdurchschnittlich oft in Teilzeit beschäftigt. Das Betreuungsgeld verstärke entsprechende Anreize. Auch DGB-Vize Ingrid Sehrbrock sieht das Betreuungsgeld als gleichstellungspolitische „Rolle rückwärts", die den Berufsausstieg der Mütter fördere. Der DGB fordert stattdessen einen verstärkten Ausbau von Krippenplätzen.

Energiewende

Konjunkturprogramm für den Bausektor

Als Umweltgewerkschaft ist die IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) gleich mehrfach mit dem Thema Energiewende konfrontiert. In der energetischen Gebäudesanierung ist eine Vielzahl von Jobs über Jahre zu erwarten.

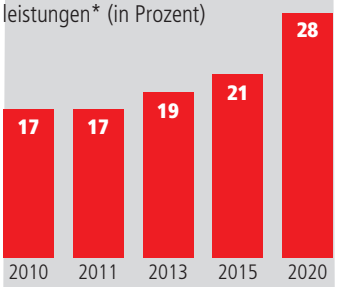
Etwa 40 Prozent des Endenergieverbrauchs in Deutschland entfallen auf den Gebäudebereich. Einsparpotenzial gibt es vor allem im Altbaubestand. 30 Jahre lang, so die IG BAU, müssten jedes Jahr 450 000 Gebäude modernisiert werden, um die Klimaziele von EU und Bundesregierung zu erreichen. Danach sollen die gesamten CO_2-Emissionen Deutschlands bis 2020 um 20 Prozent gesenkt werden. Trotz dieser hoch gesteckten Ziele wollte die Bundesregierung Anfang des Jahres die Zuschüsse für das KfW-Programm zur Gebäudesanierung in zugesagter Höhe von 1,5 Milliarden Euro jährlich bis zum Jahr 2014 um die Hälfte reduzieren. Begründung: Die Finanzierung der Mittel soll aus dem „Energie- und Klimafonds" erfolgen, und der erzielt geringere Einnahmen als ursprünglich geplant. Inzwischen hat der Haushaltsausschuss des Bundestages die 1,5 Milliarden bis 2014 wieder freigegeben. Ob es dabei allerdings im nächsten Jahr bleibt, ist angesichts des Hin und Her in der schwarz-gelben Regierungskoalition keineswegs sicher.

Gemeinsam forderten deshalb IG BAU und Naturschutzbund Deutschland (NABU) unlängst eine verlässlichere Förderungspolitik. „Die Bundesregierung muss ihre Zusagen für die Bereitstellung der Mittel einhalten", sagt der IG BAU-Vorsitzende Klaus Wiesehügel. „Sonst ist die Energiewende nicht zu schaffen." Mit ihrem Vorgehen habe die Regierung ihre eigenen Klimaschutzziele in Frage gestellt, erklärten IG BAU und NABU. Sie sehen das „Vertrauen in die staatliche Unterstützung für die Gebäudesanierung ernsthaft erschüttert".

Für die Beschäftigten der Bauwirtschaft verspricht die Energiewende ein über Jahrzehnte anhaltendes Konjunkturprogramm: Baustoffindustrie, Innenausbau, Dachdeckerhandwerk und Wohnungswirtschaft werden davon profitieren. Laut Berechnungen des Bremer Energie Instituts, das jährlich neben den Energieeinspareffekten auch die Beschäftigungseffekte des CO_2-Sanierungsprogramms der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) untersucht, entsteht bei einem Investitionsvolumen von einer Milliarde Euro ein Beschäftigungseffekt von 16 500 Beschäftigten pro Jahr.

Wachsender Markt

Anteil der Energie- und Ressourceneffizienz am gesamten Volumen der Bau- und Immobiliendienstleistungen* (in Prozent)



* Umfasst Umsätze des Bauhaupt- u. Baunebengewerbes (nur Hochbau), des Facility Managements und der Energiedienstleistungen

Quelle: Euroconstruct; Roland Berger Studie Energie- und Ressourceneffizienz im Immobilienmanagement 2011

© DGB einblick 07/12

Der Marktanteil der Energie- und Ressourceneffizienz an den Bau- und Immobiliendienstleistungen steigt kontinuierlich – von derzeit 17 auf 28 Prozent 2020. Gleichzeitig wächst das Gesamtvolumen von 232 auf 274 Milliarden Euro.

Hochgerechnet auf ein Investitionsvolumen von mehreren hundert Milliarden Euro schätzt das Bundesumweltministerium den gesamten Beschäftigungseffekt auf rund 900 000 Personenjahre.

Eine Zahl, die kaum gesunken sein dürfte, zu groß ist der Sanierungsstau. „Die Mittel dürfen nicht vom Auf und Ab der Preise für CO_2-Zertifikate abhängen", fordert deshalb Klaus Wiesehügel. „Wenn es die Bundesregierung ernst meint mit ihren Klimazielen, muss sie die Zuschüsse im Haushalt fest einplanen." Außerdem müssten die Einspar-Potenziale im Gebäudesektor schneller realisiert werden. Dazu hat die IG BAU einen Forderungskatalog entwickelt:

- Staatliche Zuschüsse für KfW-Programme müssen ausgebaut und verstetigt, sozial ausgewogene steuerliche Erleichterungen geschaffen werden. Für die KfW-Zuschüsse werden dabei mindestens zwei Milliarden Euro pro Jahr benötigt, die perspektivisch auf bis zu fünf Milliarden ansteigen müssen.
- Die Möglichkeit, Kosten für energetische Sanierungen auf die reguläre Kaltmiete umzulegen, sollte ersetzt werden durch einen separaten Zuschlag, den die Mieter zusätzlich zur Kaltmiete an den Vermieter zahlen. Dieser Zuschlag kann sich stärker an den eingesparten Energiekosten orientieren und helfen, drastische Erhöhungen der Warmmieten zu vermeiden.
- Die Qualität von Sanierungen ist durch eine Zertifizierung fachkundiger Unternehmen zu sichern.
- Qualifizierte Weiterbildungsangebote sind zu schaffen; die Betriebe müssen diese stärker nutzen.

Der Umbau der Energiewirtschaft wird weitere Arbeitsplätze schaffen, beim Bau neuer Stromtrassen und in vielen anderen Bereichen. So freut sich der Mannheimer Bauriese Bilfinger Berger, der als Dienstleister für 15 der 17 deutschen Atomkraftwerke aktiv ist: „Bilfinger will am Atomrückbau verdienen" meldeten die Zeitungen im vergangenen Jahr. •

Energiewende schafft Beschäftigung

Der Ausbau der erneuerbaren Energien in Deutschland hat erhebliche Wachstums- und Arbeitsplatzeffekte. Das belegt das Bundesumweltministerium (BMU) mit Hilfe mehrerer Studien. Demzufolge stieg der gesamte Beschäftigungsbeitrag der erneuerbaren Energien in Deutschland auf aktuell rund 367 000 Arbeitsplätze gegenüber 160 000 im Jahr 2004. Bis 2030 könnte sich die Brutto-Beschäftigung auf mehr als eine halbe Million Beschäftigte erhöhen. Umfangreiche Modellrechnungen belegen, dass im gleichen Zeitraum auch die Nettobeschäftigungswirkungen der erneuerbaren Energien in Deutschland in nahezu allen analysierten Szenarien positiv sind.

Für den Bereich Windenergie an Land zeigen die Berechnungen im Auftrag des BMU beispielhaft, wie sich der Ausbau auf die Beschäftigung in den einzelnen Bundesländern auswirkt. Eine besonders große arbeitsmarktpolitische Bedeutung hat die Windkraft demnach in Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Sachsen-Anhalt und Brandenburg. Durch indirekte Effekte profitieren jedoch alle Bundesländer von den Produktions- und Installationsstandorten.

bit.ly/ItVRxi

PROJEKTE UND PARTNER

Journalistenpreis

Kritik erwünscht

Zum achten Mal wird 2012 der Otto-Brenner-Preis für kritischen Journalismus verliehen. Die Otto-Brenner-Stiftung schreibt den Preis für JournalistInnen aus, deren Beiträge auf sorgfältigen und investigativen Recherchen basieren. Unter dem Motto „Kritischer Journalismus – Gründliche Recherche statt bestellter Wahrheiten" werden drei Hauptpreise vergeben. Zusätzlich wurden ein Spezialpreis für die beste Analyse, ein Newcomerpreis und ein Medienprojektpreis ausgelobt. Gemeinsam mit dem „Netzwerk Recherche" werden außerdem drei Recherche-Stipendien für NachwuchsjournalistInnen vergeben. Ausgezeichnet werden JournalistInnen, die gesellschaftlich relevante Themen bearbeiten und sich ihren kritischen Blick bewahren. Bewerbungen werden bis zum 31. Juli angenommen. •

www.otto-brenner-preis.de

neueBücher

„Mach meinen Kumpel nicht an!" ist eines der bekanntesten Beispiele für **erfolgreiche gewerkschaftliche Kampagnenarbeit**. „Campaigning" wird nicht nur für Nichtregierungsorganisationen und Vereine immer wichtiger, sondern auch in den Gewerkschaften. Der Leitfaden ***Einführung in das Campaigning*** zeigt wie man erfolgreich Kampagnen entwickelt. Der Autor Andreas Graf von Bernstorff zeichnet verantwortlich für zahlreiche bekannte Greenpeace-Kampagnen. Fest steht: Für erfolgreiche Kampagnen müssen Ziele und Zielgruppen klar identifiziert sein. Die Aktionen und mögliche Erfolge müssen breit und wirksam kommuniziert werden. Dazu vermittelt das Buch die Grundlagen des Kampagnenhandwerks und stellt verschiedene Kampagnentypen vor.

Andreas Graf von Bernstorff: Einführung in das Campaigning, Carl-Auer-Systeme Verlag, Heidelberg 2012, 120 Seiten, 13,95 Euro.

Girls' Day

Mädchen machen mit

Der DGB und die Gewerkschaften laden gemeinsam mit Bündnispartnern am 26. April, dem diesjährigen Girls' Day, zu zahlreichen Veranstaltungen ein. Auch 2012 empfängt der DGB-Bundesvorstand auch wieder Schülerinnen, die sich über Frauen in der Politik informieren wollen. Unter dem Motto „Mädchen erobern Männerwelten" können Schülerinnen ab der 5. Klasse am Mädchen-Zukunftstag in Unternehmen und Institutionen technische, handwerkliche, naturwissenschaftliche und IT-Berufe erkunden. Parallel findet der Boys' Day statt, um Jungen für soziale Tätigkeiten wie Erzieher oder Pfleger zu begeistern. •

Freie Plätze unter: www.girls-day.de.

DGB-Bildungswerk

Vielfalt nutzen

Interkulturelle Vielfalt gehört in Deutschland dazu: 20 Prozent der Bevölkerung haben einen Migrationshintergrund. Die Diversität birgt Chancen und Potenziale. Gleichzeitig entstehen neue Herausforderungen. Verschiedene Kommunikationsstile treffen aufeinander. Auch Verwaltungen und kommunale Betriebe müssen sich mit interkulturellen Belegschaften und KundInnen auseinandersetzen. Das DGB-Bildungswerk hat dazu gemeinsam mit dem Kreis Lippe und der Stadt Waldkirch das Projekt „Verwaltungen interkulturell stärken – Vielfalt nutzen" (veris) ins Leben gerufen. Ziel ist es, den Beschäftigten eine fundierte interkulturelle Aus- und Weiterbildung zu bieten. „Den Umgang mit Vielfalt kann man lernen", sagt Daniel Weber, Leiter des Interkulturellen Kompetenzzentrums beim DGB-Bildungswerk. •

www.migration-online.de/veris

interregio

••• ***DGB NRW*** und ***DGB-Bildungswerk NRW*** laden gemeinsam zur ***Tagung „Für Freiheit, Vielfalt und Toleranz!"*** am 28. April nach Dortmund ein, um Strategien gegen Rechts zu diskutieren. Dazu gibt es Workshops zu Themen wie Bündnisarbeit vor Ort, Neonazis im Fußball, Rassismus im Betrieb oder rechten Strategien im Internet. Gemeinsam mit ExpertInnen aus Gewerkschaften, Politik und Praxis werden Ansätze diskutiert, um Rechtsextremismus zu bekämpfen.

www.dgb-bildungswerk-nrw.de/kongress

••• Gute Arbeit, nachhaltiges Wirtschaften und soziale Gerechtigkeit – dies sind ***die zentralen Forderungen,*** die der ***DGB Nord*** im Vorfeld der Landtagswahlen in Schleswig-Holstein am 6. Mai an die künftige Landesregierung formuliert hat. Dazu gehören ein gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde, ein Landes-Tariftreuegesetz und Maßnahmen, um die Entgeltlücke zwischen Männern und Frauen zu schließen. Aber auch die Gestaltung der Energiewende sowie ein gerechtes und solidarisches Bildungssystem sind aus Sicht des DGB notwendig. Der DGB ruft auch zur Wahl auf, damit rechtsextreme Parteien keine Chancen haben.

Anzeige

JEDE MINUTE STIRBT EIN MENSCH DURCH WAFFENGEWALT

Setzen Sie ein Zeichen, damit die UNO endlich strikte Kontrollen für den weltweiten Waffenhandel beschließt.

Ihre Stimme rettet Leben.
www.amnesty.de/haendehoch

HÄNDE HOCH FÜR WAFFENKONTROLLE
AMNESTY INTERNATIONAL

Julia Franz und Michael Brauchli

Arbeitsbedingungen in Europa

Kaum Fortschritte

In den letzten Jahren haben sich europaweit die Arbeitsbedingungen nicht verbessert. Das ist ein Ergebnis der gerade veröffentlichten Erhebung der EU-Stiftung zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen in Europa, kurz: Eurofound.

Seit 1990 führt Eurofound alle fünf Jahre eine Erhebung über die Arbeitsbedingungen in Europa durch. Für die aktuelle Umfrage wurden fast 44 000 Erwerbstätige in 34 Ländern befragt – Beschäftigte und Selbstständige aus den 27 EU-Staaten, aus Norwegen, Kroatien, der Türkei, Mazedonien und anderen Balkanstaaten. Die Ergebnisse sind wenig überraschend und decken sich mit nationalen Studien wie dem DGB-Index Gute Arbeit: Nachhaltig konnte in den letzten Jahren die Qualität der Arbeit nicht verbessert werden. Zwar ist europaweit die durchschnittliche Arbeitszeit gesunken, dafür sind Arbeitsintensität und psychischer Druck gestiegen.

Weder in Sachen Autonomie am Arbeitsplatz noch bei den Chancen, sich weiter zu qualifizieren, gab es in den letzten zehn Jahren entscheidende Fortschritte. Europaweit ist zudem die Zahl der befristet eingestellten ArbeitnehmerInnen gewachsen. Es wird immer schwieriger, zwischen Soloselbstständigen und abhängig Beschäftigten zu unterscheiden, stellt Eurofound fest. Auch die Fortschritte bei der Gleichstellung der Geschlechter sind „begrenzt". Die geschlechtsspezifische Teilung des Arbeitsmarktes hat sich kaum verändert. Immerhin nehmen zumindest in den weiblich dominierten Branchen Frauen häufiger Führungspositionen ein. Fast ein Fünftel der Erwerbstätigen, mehr als im Jahr 2000, hat große Schwierigkeiten, Job und Privatleben zu vereinbaren. Insgesamt ist die „ehemals hohe Zufriedenheit mit den Arbeitsbedingungen leicht zurückgegangen", so Eurofound.

Die Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen ist eine der ersten Einrichtungen der EU, die bereits 1975 vom Europarat gegründet wurde, um die Politik der EU wissenschaftlich zu unterstützen. Zu ihren Aufgaben gehört es, europaweit die Lebens- und Arbeitsbedingungen zu bewerten und zu analysieren, sowie für die Verantwortlichen und wichtigen Akteure der Sozialpolitik fundierte Gutachten und Ratschläge zu formulieren. Ziel ist es, für mehr Lebensqualität europaweit zu sorgen. Das Besondere: Eurofound ist tripartistisch organisiert. Im Verwaltungsrat, der die Arbeit von Eurofound begleitet, sind sowohl VertreterInnen der EU-Kommission und der Regierungen der Mitgliedstaaten als auch der nationalen und europäischen Gewerkschaften sowie der Arbeitgeberverbände vertreten. •

bit.ly/eurofound_de

Fragen an ...

Foto: Juha Roininen/EUP-IMAGES

Erika Mezger ist seit 1. Juli 2009 stellvertretende Direktorin von Eurofound. Zuvor war sie rund 15 Jahre für die Forschungsförderung bei der Hans-Böckler-Stiftung zuständig.

■ Welches Ziel verfolgt ihr mit der Erhebung?

■ *Wir schauen vergleichend auf mittlerweile 34 Länder. Unser Ziel ist es, den politischen Entscheidern europaweit die heterogene Lage in den einzelnen Ländern deutlich zu machen. Das ist wichtig, um europäische Initiativen ergreifen zu können. Die Botschaft des Survey ist weder eindeutig positiv noch negativ. Positiv ist, dass die Arbeitszeit im Schnitt gesunken ist und weiter sinkt. Negativ ist, dass die Arbeitsintensität hoch bleibt und weiter steigt. Vor allem die psychische Belastung hat zugenommen. Hier besteht Handlungsbedarf.*

■ Was passiert mit den Ergebnissen eurer Arbeit?

■ *Mit unserer Arbeit wollen wir europäische wie auch nationale Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände unterstützen und natürlich die EU-Kommission, die nationalen Regierungen und das Europäische Parlament (EP). EP-Abgeordnete waren die ersten, denen wir am 12. April die vertiefte Analyse des Survey präsentiert haben. Wir wollten zeigen: Ihr bekommt einen guten Gegenwert für das in Eurofound investierte Geld – aussagekräftige Daten über den Stand von Arbeit in Europa.*

■ Was ist eure Empfehlung an die Politik?

■ *Die Politik sollte darauf reagieren, dass es über 20 Jahre hinweg keine tatsächlichen Verbesserungen gegeben hat. Gerade mit Blick auf die Krise sollte sie aktiv werden – sowohl in Europa als auch in den Nationalstaaten. So planen fast alle EU-Staaten eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit. Unsere Erhebung zeigt, dass ein großer Teil der Erwerbstätigen sich kaum vorstellen kann, im derzeitigen Job bis zum 60. Lebensjahr durchzuhalten. Wenn also das Rentenalter heraufgesetzt werden soll, dann müssen mehr Anstrengungen unternommen werden, um die Qualität der Arbeit zu verbessern.*

Gewalt am Arbeitsplatz

Mit dem Thema Gewalt am Arbeitsplatz beschäftigt sich die Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen in ihrem „European Working Conditions Survey" (EWCS) seit der ersten Erhebung von 1990. Eine latente Zunahme physischer und psychischer Gewalt stellen die WissenschaftlerInnen fest. Die seit nun rund 20 Jahren gesammelten Daten lassen für die aktuelle fünfte Erhebung noch einmal den Rückschluss zu, dass Gewalt am Arbeitsplatz – von Mobbing bis hin zu körperlichen Angriffen – häufiger auftritt. Stärker betroffen sind tendenziell Bereiche mit Kundenkontakt.

Nach dem EWCS sind vor allem Beschäftigte im Gesundheits- und Sozialwesen, dem Bereich Erziehung und Bildung, der öffentlichen Verwaltung sowie dem Sektor Verkehr und Nachrichtenübermittlung betroffen. Dabei spielen offenbar weder Qualifikation noch berufliche Position eine entscheidende Rolle. Die Befragung zeigt vielmehr, dass eher Angestellte als ArbeiterInnen unter psychischer wie auch physischer Gewalt leiden.

Die Zusammenfassung „Physische und psychische Gewalt am Arbeitsplatz" basierend auf den Daten der vierten Erhebung liegt auch in deutscher Sprache vor.

bit.ly/ltVRxi

kurz&bündig

Die IG BCE hat gemeinsam mit dem Personaldienstleister Technicum einen Weiterbildungsfonds Zeitarbeit e.V. gegründet. Mithilfe des Fonds sollen ZeitarbeitnehmerInnen tariflich vereinbarte Weiterbildung nutzen können. Finanziert wird der Fonds von Personaldienstleistern, Entleihbetrieben und ArbeitnehmerInnen.

Die GEW will berechenbare Karrierewege und stabile Beschäftigungsverhältnisse in der Wissenschaft. So soll die Finanzierung von Hochschulen und Forschungseinrichtungen an Auflagen gebunden werden, um faire Perspektiven zu schaffen. Der Bund solle u.a. sicherstellen, dass Drittelmittelprojekte familienfreundlich umgesetzt werden.

Die EVG begrüßt ein Abkommen der Deutschen Bahn AG mit dem Europäischen Betriebsrat (EBR) des Unternehmens. Die Rechte des Gremiums werden dadurch gestärkt. Der EBR kann sich nun einschalten, auch wenn nur ein Land durch Entscheidungen der Konzernzentrale betroffen ist.

Die GdP hat sich erneut für ein Verbot der NPD ausgesprochen. Der GdP-Vorsitzende Bernhard Witthaut fordert zudem, auch den nur teilweise organisierten Rechtsextremismus mehr in den Blick zu nehmen. „Wir müssen den braunen Rattenfängern überall auf den Füßen stehen."

IG Metall-Schwarzbuch

Sackgasse Leiharbeit

Weniger Geld, kaum Sicherheit und keine Anerkennung, so schildern LeiharbeiterInnen im „Schwarzbuch Leiharbeit" der IG Metall ihren Alltag.

Über 1000 Beschäftigte berichten in dem Buch persönlich über die Missstände, denen sie als LeiharbeiterInnen täglich in den Betrieben ausgesetzt sind. Erfahrungen wie „krank darf man als Leiharbeiter nicht sein" oder „wir haben keinen Kündigungsschutz" beschreiben die oft traurige Praxis in der Branche. Auch anhand des Urlaubsanspruchs wird deutlich, dass in deutschen Betrieben häufig mit zweierlei Maß gemessen wird: „Alle haben Anspruch auf 30 Tage Urlaub – nur die Zeitarbeiter nicht, die bekommen 24 Tage", beklagt ein Leiharbeiter stellvertretend für seine KollegInnen.

Das Schwarzbuch macht deutlich, wie massiv die schlechten Arbeitsbedingungen das Leben der mittlerweile knapp eine Million LeiharbeiterInnen beeinflussen. Daten und Fakten ergänzen die persönlichen Berichte, sodass ein detailliertes Gesamtbild der Leiharbeit in Deutschland entsteht. •

Das Schwarzbuch zum Download:
www.bit.ly/Schwarzbuch_Leiharbeit

Foto: Jan Michalko/kp works

Unter dem Motto „Wir wollen bleiben" haben 200 Aktive der IG-Metall-Jugend 100 Zelte vor der Zentrale des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall in Berlin aufgebaut. Ihr Ziel: eine unbefristete Übernahme für Ausgebildete. Mit ihrer Aktion will die IG-Metall-Jugend zeigen: Wird die Tarifforderung nicht akzeptiert, stehen Zelte vor allen Betrieben, die ihre Ausgebildeten nicht übernehmen.

Pflege-Studie

Azubis unter Druck

Auszubildende in der Pflege beklagen sich über Mängel in der praktischen Ausbildung. Das zeigt der von der DGB-Jugend und ver.di veröffentlichte „Ausbildungsreport Pflegeberufe 2011". So muss ein Viertel regelmäßig mehr arbeiten, in der Altenpflege sogar 38,2 Prozent. Rund ein Viertel der vor allem weiblichen Azubis bemängelt das Fehlen eines Ausbildungsplans. Gleichzeitig sind zwei Drittel der Befragten mit ihrer Ausbildung „zufrieden" oder „sehr zufrieden". Sorge bereitet ihnen die schlechte Übernahmesituation. Nicht einmal 20 Prozent gaben an, in ein festes Arbeitsverhältnis übernommen zu werden. Zwei Drittel wussten kurz vor Ende der Ausbildung nicht, ob sie im Unternehmen bleiben können. ver.di-Ausbildungsexperte Gerd Dielmann kritisiert, dass sich die chronische Unterbesetzung in vielen Einrichtungen im Pflegebereich negativ auf die Ausbildung auswirke. „Diese Mängel müssen dringend beseitigt werden." •

bit.ly/pflege_azubis

IG BAU

Gerechtere Rente

Unter dem Motto „Rente muss zum Leben reichen" mischt sich die IG BAU in den Bundestagswahlkampf 2013 ein. „Das Thema Rente ist Schwerpunkt der politischen Arbeit der IG BAU bis zur Bundestagswahl und darüber hinaus", kündigte der IG BAU-Bundesvorsitzende Klaus Wiesehügel auf dem 7. Außerordentlichen Gewerkschaftstag am 31. März in Frankfurt/M. an. Zuvor hatten die Delegierten einen Antrag zum Thema beschlossen. Dieser sieht u. a. eine frühere Rente für schwer arbeitende Menschen vor. Die IG BAU fordert außerdem Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente und eine Bürgerversicherung, in die alle einzahlen. •

bit.ly/igbau_rente

Ernährungsindustrie

Werkverträge auf dem Vormarsch

Eine NGG-Umfrage unter 371 Betriebsräten in der Nahrungsmittelproduktion zeigt: Werkverträge werden gezielt zum Lohndumping eingesetzt. So verdienen Werkvertragsbeschäftigte sechs Euro weniger als Festangestellte. Zudem nimmt der Einsatz von Werkverträgen laut Umfrage zu. 57 Prozent der Nicht-Stammbelegschaft sind mittlerweile so beschäftigt. Das ist ein Anstieg von zehn Prozent seit 2010. Gleichzeitig ging der Anteil der Leiharbeit um zehn Prozent zurück. Die NGG fordert, gegen Werkverträge vorzugehen. So soll ein gesetzlicher Mindestlohn eingeführt und die Rechte der Betriebsräte sollen gestärkt werden. Die NGG will mehr Betriebsvereinbarungen zum Thema abschließen. •

bit.ly/ngg_umfrage

Wirtschaftspolitik

Lehren aus der Schlecker-Pleite

Was muss die Politik künftig besser machen, um Pleiten wie im Fall Schlecker zu verhindern? Dierk Hirschel, ver.di-Bereichsleiter Wirtschaftspolitik, erklärt, worauf es ankommt.

Willkommen im Raubtierkapitalismus. Jahrzehntelang machte Anton Schlecker mit Lohndumping Millionengewinne. Während die Rechte der Schlecker-Frauen mit Füßen getreten wurden, stieg Schlecker zu einem der reichsten Männer dieser Republik auf. Reich durch Ausbeutung war sein Erfolgsrezept. Doch die Schlecker-Frauen, die den Reichtum des Patriarchen erarbeitet hatten, wehrten sich mit Hilfe ihrer Gewerkschaft gegen diese frühkapitalistischen Arbeitsbedingungen. Mit Erfolg! In zahlreichen Filialen wurden Betriebsräte gegründet. Am Ende unterschrieb Schlecker sogar einen Tarifvertrag. Nachdem jedoch die Geschäftspraktiken öffentlich wurden, streikten die Verbraucher. **Einkaufen beim Ausbeuter war nicht mehr schick.** Die Kinder Anton Schleckers versuchten noch verzweifelt, das Ruder herumzureißen. Doch zu spät – das Ausbeuterimage bekam der Drogeriemarkt nicht mehr los.

Da Anton Schlecker seine Drogeriekette als eingetragener Kaufmann führen durfte, konnte der einstige Milliardär sein Missmanagement jahrelang vor den Augen der Öffentlichkeit verbergen. Da staunt der Laie, und der Fachmann wundert sich: **Ein Unternehmen mit über 24 000 Mitarbeitern musste keine Bilanz erstellen,** und kein Aufsichtsrat wachte über die Unternehmenspolitik. Wahnsinn! Jetzt zahlen die Beschäftigten die Zeche für eine verfehlte Unternehmenspolitik. Fast die Hälfte der Arbeitsplätze wurde im Insolvenzverfahren geopfert.

Natürlich sind Transfergesellschaften kein arbeitsmarktpolitisches Wundermittel – sie kaufen aber zumindest Zeit. Die Beschäftigen müssen nicht aus der Arbeitslosigkeit in neue Jobs vermittelt werden. Doch diese letzte Hoffnung der Schlecker-Frauen fiel dem aussichtslosen Überlebenskampf der FDP zum Opfer. Rösler, Brüderle, Lindner & Co statuierten an den Schlecker-Beschäftigten ein ordnungspolitisches Exempel. Unternehmenspleiten sind aus liberaler Sicht schöpferische Zerstörung. Dabei dürfen große Unternehmen nicht anders behandelt werden als der Krauter um die Ecke. Zudem verzerren Staatshilfen nur den Wettbewerb. So viel zur ideologischen Rechtfertigung.

Die **liberale Rhetorik besteht jedoch keinen Praxistest.** Bei Milliardenhilfen für die Banken, bei Steuergeschenken für Hoteliers oder bei Hermes-Bürgschaften für die Exporte von Großunternehmen spielen ordnungspolitische Prinzipien keine Rolle. Da reicht eine ordentliche Parteispende, und schon fliegt der Bundesadler. Apropos Wettbewerbsverzerrung: Nach der Schlecker-Pleite teilen sich nur noch zwei Wettbewerber den deutschen Drogeriemarkt.

Foto: DGB

Dierk Hirschel, 41, leitet den Bereich Wirtschaftspolitik beim ver.di-Bundesvorstand.

Die Preise für Deos, Zahnpasten und Haushaltspapier werden künftig vermutlich steigen.

Die **volkswirtschaftlichen Kosten der Schlecker-Pleite sind höher als der Preis von Staatshilfen.** Nicht zuletzt auch aufgrund der hohen Kosten der Arbeitslosigkeit. Zwar ist die Arbeitslosigkeit in den letzten Monaten deutlich zurückgegangen. Von Vollbeschäftigung sind wir aber noch immer meilenweit entfernt. Noch immer fehlen hierzulande fast neun Millionen Arbeitsplätze. Doch damit nicht genug: Das Durchschnittsalter der ehemaligen Schlecker-Frauen ist Ende 40. Viele leben auf dem Land und sind alleinerziehend. Rosige Zukunftsaussichten sehen anders aus. Röslers Rat an die Schlecker-Frauen, sich möglichst schnell um eine Anschlussverwendung zu kümmern, ist somit nichts anderes als blanker Zynismus.

Der Fall Schlecker zeigt, dass Lohndumping kein erfolgreiches Geschäftsmodell ist. Jetzt ist die Politik am Zug. Sie muss die richtigen Lehren aus einer der größten deutschen Pleiten ziehen. Nur **eine vernünftige Ordnung auf dem Arbeitsmarkt** – gesetzlicher Mindestlohn, Equal Pay, Sozialversichungspflicht für Mini-Jobs ab dem ersten Euro, stärkere Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen – kann ausbeuterische Geschäftspraktiken künftig unterbinden. Darüber hinaus sollte ein Großunternehmen künftig nicht mehr wie eine Currywurstbude geführt werden dürfen. Bilanzierungspflichten und Mitbestimmung müssen von der Zahl der MitarbeiterInnen abhängen. **Und last but not least muss der Staat helfen, wenn Beschäftigte unverschuldet in Not geraten.** •

Rat bei Insolvenz

Was tun, wenn der Arbeitgeber pleite ist? Wie bekommen ArbeitnehmerInnen weiter ihr Geld? Viele existenzielle Fragen gilt es aus Beschäftigtensicht zu beantworten, wenn der Arbeitgeber Insolvenz anmeldet. ver.di bietet auf die häufigsten Fragen im Internet erste wichtige Informationen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. So weist ver.di darauf hin, dass die Bundesagentur für Arbeit ein so genanntes Insolvenzgeld in Höhe des Nettolohns für ausstehende Gehälter von bis zu drei Monaten vor Insolvenzeröffnung zahlt. ver.di zeigt auch, dass eine Insolvenz das Arbeitsrecht nicht aushebelt. Unternehmen und Insolvenzverwalter müssen sich weiterhin an gesetzliche Vorgaben wie das Kündigungsschutz- oder das Betriebsverfassungsgesetz halten. Dazu gehört auch, den Betriebsrat über die wirtschaftliche Verfassung des Unternehmens zu informieren. In Betrieben mit mehr als 20 Beschäftigten muss der Betriebsrat vom Arbeitgeber über geplante Betriebsänderungen und wesentliche Nachteile für die Arbeitnehmer informiert werden.

Mehr Infos gibt's unter:
bit.ly/verdi_faq

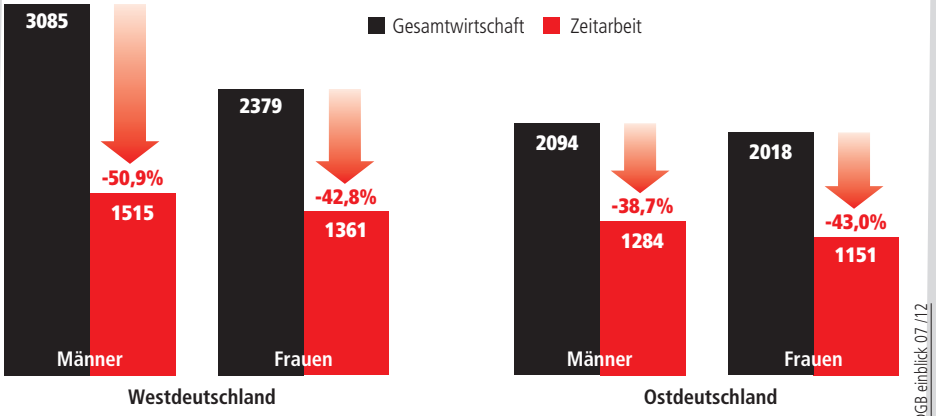
DIES & DAS

dieDGBgrafik

LEIHARBEITERINNEN: Bis zu 50 Prozent weniger Verdienst

LeiharbeiterInnen erhalten deutlich weniger Lohn als andere Beschäftigte. Das zeigt eine Studie des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung. Die Mehrheit der Leiharbeitskräfte ist männlich und arbeitet im Westen. Für diese Gruppe ist auch die Lohnlücke am größten: Sie verdienen 50 Prozent weniger als Stammbeschäftigte. Die Studie belegt zudem: Je älter die Beschäftigten, desto größer ist das Lohngefälle.

Mittlere monatliche Bruttoarbeitsentgelte in Zeitarbeit und Gesamtwirtschaft nach Geschlecht und Bundesgebiet 2010 (in Euro) und die Differenz (in Prozent)



Quelle: Bertelsmann Stiftung 2012

© DGB einblick 07/12

14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

17.4. DGB Bremen-Elbe-Weser, Arbeit und Leben Bremen, DGB-Bezirk Niedersachsen-Bremen-Sachsen-Anhalt, 18. Arbeitsschutzkonferenz „Wandel der Arbeitswelt – Wandel der Belastungen", Bremen

17.4. GEW, IG Metall, DGB Hessen-Thüringen, DGB Frankfurt, Diskussion „Für ein soziales Europa – Gegen neoliberale Kahlschlagpolitik und Abbau von Arbeitnehmerrechten: Solidarität mit den Menschen in Spanien, Portugal und Griechenland", Frankfurt am Main

19.4. Hans-Böckler-Stiftung, Fachtagung „Prekäre Arbeitsverhältnisse", Düsseldorf

20./21.4. GEW Bayern, Seminar „Rettungsschirme für Menschen – Ökonomischer Erste-Hilfe-Kasten für GEWerkschafterInnen", Zellingen-Retzbach

20.-22.4. DGB-Jugend Region Süd-Ost-Niedersachsen, Seminar „Islamismus als Herausforderung für demokratische Jugendbildungsarbeit?", Asse

20.-22.4. DGB Jugend Berlin-Brandenburg, Tagung „Graue Wölfe und die türkische Rechte", Flecken Zechlin

23.4. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung und Bundesagentur für Arbeit, Nürnberger Gespräche „Zankapfel Mindestlohn – Schutz vor Billiglöhnen oder Jobkiller?", Nürnberg

26.4. Girls' Day – Mädchen-Zukunftstag

26.4. Hans-Böckler-Stiftung, Fachtagung „Elemente und Ausgestaltungsmöglichkeiten der Vorstandsvergütung", Köln

26.4. Friedrich-Ebert-Stiftung, GdP u.a., Tagung „Die Zukunft der Polizei in Rheinland-Pfalz", Mainz

27.4. DGB Bezirke Sachsen und Berlin-Brandenburg, Arbeit und Leben Sachsen, Arbeitsschutzkonferenz „Gesund auf dem Bau", Schkeuditz

28.4. DGB NRW und DGB-Bildungswerk NRW, Kongress „Für Freiheit, Vielfalt und Toleranz! Strategien gegen Nazis und Rassismus in NRW", Dortmund

personalien

••• Die IG BAU hat auf einem außerordentlichen Gewerkschaftstag beschlossen, ihren Vorstand zu verkleinern. Künftig besteht das Gremium aus fünf statt aus sieben Mitgliedern. Ausgeschieden sind ***Frank Wynands,*** 60, und ***Andreas Steppuhn,*** 49. Wynands hatte bereits im Januar seinen Rückzug aus Altersgründen angekündigt. Steppuhn will sich stärker für seine Aufgaben als Mitglied des Landtags von Sachsen-Anhalt engagieren, dem er seit 2011 angehört. Klaus Wiesehügel bleibt IG BAU-Bundesvorsitzender. Seine Stellvertreter sind weiterhin Dietmar Schäfers und Robert Feiger. Auch die bisherigen Vorstandsmitglieder Bärbel Feltrini und Harald Schaum bleiben im Amt.

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke, Lena Clausen **Redaktionelle Mitarbeit:** Udo Böhlefeld, Birgit Böhret, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/30882 4-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

Schlusspunkt.

„Sie ist eine Art Linkspartei mit Internetanschluss."

Christian Lindner, FDP-Spitzenkandidat zur Landtagswahl in NRW, hat am 1. April auf dem Parteitag der FDP NRW seine Sicht auf die Piratenpartei erklärt.

Scheinarbeitsvertrag

Kein Versicherungsschutz

Ein Arbeitsvertrag allein zur Absicherung gegen Krankheit ist rechtsmissbräuchlich. Daraus resultiert kein Krankenversicherungsschutz.

Der Fall: Die nicht krankenversicherte Frau war als einzige Beschäftigte im Imbissbetrieb ihres Vaters angestellt worden. Nach wenigen Wochen musste sie wegen einer schweren psychischen Erkrankung stationär behandelt werden und ist seither arbeitsunfähig. Die Krankenkasse lehnte ein Versicherungsverhältnis ab. Die dagegen gerichtete Klage blieb ohne Erfolg.

Das Landessozialgericht: Es liegt ein Scheinarbeitsverhältnis vor, das allein zur Absicherung gegen Krankheit geschlossen wurde. Eine Arbeitsleistung hat die Frau nicht erbracht. Es wurde keine Ersatzkraft eingestellt, der Imbissbetrieb hat auch keine Umsätze gemacht. Als weiterer Anhaltspunkt für das Verneinen eines Arbeitsverhältnisses ist zu werten, dass nur geringer Lohn vorgesehen war und Lohnzahlung in bar in der Klinik erfolgte. All das entsprach nicht einem üblichen Arbeitsverhältnis. Es ist zu vermuten, dass die Krankheit schon bei Vertragsabschluss bekannt war. Medizinische Ermittlungen zur Klärung durch das Gericht hat die Frau aber verweigert.

Landessozialgericht Sachsen-Anhalt, Urteil vom 19. Mai 2011 - L 10 KR 52/07

Lehrer

Kein Dienstzimmer in der Schule

Lehrer haben keinen Anspruch auf ein eigenes Dienstzimmer oder Kostenerstattung für ein häusliches Arbeitszimmer.

Der Fall: Zwei Gymnasiallehrer verlangen von der Landesschulbehörde die Erstattung der Kosten für ihre häuslichen Arbeitszimmer und für ihre Arbeitsmittel. Ein weiterer Lehrer begehrt, dass ihm unentgeltlich in der Schule ein Dienstzimmer sowie die notwendigen Büromaterialien zur Verfügung gestellt werden. Sie tragen im Wesentlichen vor, dass sie ein Dienst- beziehungsweise Arbeitszimmer benötigten, weil die Arbeitsbedingungen in ihren Schulen nicht ausreichend seien. In den vergangenen Jahren habe sich das Berufsbild eines Lehrers stark verändert. Es liege zudem eine Ungleichbehandlung im Verhältnis zu anderen Beamten vor, denen der Dienstherr Arbeitsplätze zur Verfügung stelle. Ihre Klagen hatten keinen Erfolg.

Das Oberverwaltungsgericht: Die Arbeitsbedingungen der Lehrer hinsichtlich ihrer außerunterrichtlichen Tätigkeiten in den niedersächsischen Schulen sind nicht optimal. Das Berufsbild des Lehrers steht aber einer Verpflichtung des Dienstherrn entgegen, ihnen ein Dienstzimmer zur Verfügung zu stellen. Hinsichtlich seiner außerunterrichtlichen Tätigkeiten hat ein Lehrer – anders als andere Beamte – keine Anwesenheitspflicht und nutzt in aller Regel diesen Umstand, die entsprechenden Aufgaben im häuslichen Arbeitszimmer zu selbstbestimmten Zeiten zu erledigen. Diese Freiheit könnte durch ein Dienstzimmer in der Schule eingeschränkt werden. Außerdem ist das Unterrichten im Schulgebäude eine den Beruf prägende Tätigkeit und nimmt den Hauptteil seiner Aufgaben ein. Die Aufwendungen für ihre häuslichen Arbeitszimmer sind zumutbar. Insoweit ist auch von Bedeutung, dass Lehrer die Aufwendungen für ihre häuslichen Arbeitszimmer – anders als andere Beamte – steuerlich absetzen können. Die Aufwendungen der Lehrer für ihre häuslichen Arbeitszimmer sind zudem auch als Korrektiv zu der ihnen als Lehrern gewährten Freiheit in der Einteilung ihrer Arbeitszeit anzusehen.

Niedersächsisches Oberverwaltungsgericht, Urteile vom 28. Februar 2012 - 5 LC 128/10, 5 LC 133/10 und 5 LC 206/10

Pflegeversicherung

Fahrt zur Praxis ist Pflegezeit

Ist ein pflegebedürftiger Mensch bei Arztbesuchen auf die Hilfe seiner Angehörigen angewiesen, muss die Fahrt zur Praxis als Pflegezeit angerechnet und so beim Pflegegeld berücksichtigt werden. Die Pflegekasse muss also auch die Zeiten für regelmäßige Fahrten zum Arzt als Grundpflege berücksichtigen.

Landessozialgericht Rheinland-Pfalz, Urteil vom 2. Februar 2012 - L 5 P 29/11

Berufskrankheiten

Hautkrebs gehört dazu

Bösartige Veränderungen der Haut, die durch Sonneneinstrahlung verursacht werden, sind als Berufskrankheit anzuerkennen, auch wenn sie im Katalog der Berufskrankheiten bisher nicht enthalten sind.

Das gilt vor allem für den Beruf des Dachdeckers. Es ist wissenschaftlich belegt, dass die sogenannten Outdoor-Worker einer erhöhten Gefährdung durch jahrelange Sonneneinwirkung ausgesetzt sind. Insofern bestehen keine vernünftigen Zweifel, dass bösartige Hautveränderung bei Dachdeckern durch Sonneneinstrahlung verursacht werden.

Sozialgericht Aachen, Urteil vom 16. März 2012 - S 6 U 63/10

Arbeitszeitkonto

Zeitguthaben nur mit Erlaubnis kürzen

Der Arbeitgeber darf Guthaben auf Arbeitszeitkonten nur dann mit Minusstunden verrechnen, wenn der Arbeitsvertrag, eine Betriebsvereinbarung oder der Tarifvertrag dies erlauben.

Bundesarbeitsgericht, Urteil vom 21. März 2012 - 5 AZR 676/11

Hartz IV

Zurückzahlen bei Behördenirrtum

Wer durch ein Behördenversehen zu viel Hartz IV erhält, muss dies zurückzahlen. Das gilt aber nur, wenn er den Berechnungsfehler hätte erkennen müssen, grob fahrlässig aber nicht erkannt hat. Das ist zum Beispiel der Fall, wenn beim Lesen des Bescheides ersichtlich ist, dass das Amt doppelt soviel Geld für die Miete zahlte wie beantragt. An der groben Fahrlässigkeit ändert auch eine behauptete Rechenschwäche und die Einnahme von starken Schmerzmitteln nichts.

Landessozialgericht Sachsen-Anhalt, Urteil vom 3. März 2011 - L 5 AS 160/09

Jugendamtsleiter

Kündigung nach sexuellen Äußerungen

Ein Jugendamtsleiter, der wiederholt durch sexuell grenzüberschreitende Äußerungen in Anwesenheit von Mitarbeitern aufgefallen ist, verletzt seine Pflichten erheblich, zumal die Äußerungen jedenfalls teilweise Jugendliche betrafen. Ein solches Verhalten rechtfertigt eine fristlose Kündigung.

Landesarbeitsgericht Düsseldorf, Urteil vom 8. März 2012 - 5 Sa 684/11

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 30.04.2012 8/12

DGB

Michael Sommer im einblick-Interview

„Die Ära der Deregulierung ist zu Ende“

Ein Kurswechsel in Europa, eine neue Ordnung der Arbeit und Maßnahmen gegen die drohende Altersarmut – das sind die zentralen Forderungen von DGB und Gewerkschaften zum 1. Mai 2012. Im einblick-Interview beschreibt der DGB-Vorsitzende Michael Sommer, welche fatalen Folgen der rigide Sparkurs nicht nur in den Krisenländern der EU hat und wie Wachstum, Beschäftigung und soziale Gerechtigkeit befördert werden können.

Foto: DGB/Simone M. Neumann

Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer spricht in diesem Jahr auf der zentralen Maikundgebung des DGB in Stuttgart.

■ Vor welchen zentralen Herausforderungen stehen die Gewerkschaften und die ArbeitnehmerInnen am 1. Mai 2012?

■ *Wir stehen vor drei zentralen Herausforderungen: Erstens brauchen wir einen Kurswechsel in Europa. Wir dürfen nicht zulassen, dass im Rahmen des Krisenmanagements fundamentale ArbeitnehmerInnenrechte wie zum Beispiel die Tarifautonomie über Bord geworfen und Mindestlöhne gesenkt werden. Leider ist dies in den Krisenländern schon geschehen. Zweitens brauchen wir eine neue Ordnung der Arbeit, um der Ausweitung des Niedriglohnsektors und prekärer Beschäftigung einen Riegel vorzuschieben. Auch die Tarifautonomie muss in Deutschland wieder gestärkt werden, die von den Arbeitgebern durch Tarifflucht und den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen systematisch unterlaufen wird. Drittens müssen wir jetzt Maßnahmen ergreifen, um die tickende Zeitbombe der Altersarmut zu entschärfen.*

■ Du redest am 1.Mai in Stuttgart. Was wirst du den Kolleginnen und Kollegen sagen, was in Europa geschehen muss, um die Situation der ArbeitnehmerInnen zu verbessern?

■ *Wir brauchen für Europa – und damit meine ich auch Deutschland – gerechte Löhne und soziale Sicherheit. Gute Arbeit muss auch hier gut bezahlt werden. Und: Es kann Deutschland auf lange Sicht nicht gut gehen, wenn die Nachfrage in den Krisenländern am Boden liegt. Der gegenwärtige europäische Sparkurs hat somit nicht*

Weiter auf Seite 5

plusminusBERLIN

+ *Die Grünen-MdB Kai Gehring und Memet Lilic haben sich für eine moderne Willkommenskultur ausgesprochen, um ausländische Studierende in Deutschland zu halten. Anstatt ausländischen Hochschulabgängern „die kalte Schulter zu zeigen“, müssten ihre Möglichkeiten zu bleiben verbessert werden.*

– *FDP-Generalsekretär Patrick Döring hat Verständnis für das Vorgehen der Schweizer Justiz gegen deutsche Finanzbeamte, die eine CD mit „Steuersünderdaten“ gekauft hatten. „Es ist nicht verwunderlich, dass die Schweizer Behörden kein Interesse daran haben, dass Straftaten in ihrem Land belohnt werden.“*

inhalt

Seite 3
Präsident in der Pflicht
Der französische Gewerkschafter Marcel Grignard (CFDT) erklärt, was die Gewerkschaften vom neuen Präsidenten erwarten

Seite 5
Mobile Beschäftigte
Seit einem Jahr besteht die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit für den deutschen Arbeitsmarkt. einblick zeigt, wie es um die Arbeitsbedingungen mobiler Beschäftigter steht

Seite 7
Beistand im Betrieb
Peter Hartlaub schildert den Wandel der Arbeitswelt aus Sicht der katholischen Betriebsseelsorge

Der Surf-Tipp fürs Internet

http://bit.ly/igm_vid_leih
IG Metall-Video mit dem Titel „Leiharbeit – warum das die IG Metall so aufregt“

Hintergrund

www.einblick.dgb.de/hintergrund
Der 1.Mai-Aufruf des Deutschen Gewerkschaftsbundes

?...nachgefragt

Foto: CFDT

Am 6. Mai wählt Frankreich in einer Stichwahl seinen Präsidenten. Die Entscheidung fällt zwischen dem Sozialisten François Hollande und dem konservativen Amtsinhaber Nicolas Sarkozy. Der Gewerkschaftsdachverband CFDT hatte den Kandidaten bereits im Vorfeld einen Forderungskatalog vorgelegt. Sarkozy schlug allerdings ein Gesprächsangebot aus. Marcel Grignard, stellvertretender CFDT-Generalsekretär, zieht erste Schlüsse.

„Es ist vor der zweiten Runde der Präsidentschaftswahlen und den Parlamentswahlen im Juni zu früh, um eine gründliche Analyse vorzunehmen. Die hohe Wahlbeteiligung im ersten Wahlgang zeigt die großen Erwartungen der Franzosen an die Zukunft. Die vielen Protestwähler, besonders für die „Front national", stimmen jedoch nachdenklich. Sie sind ein Indiz für die Zukunftsängste der Franzosen, vor allem der jungen. Sie glauben den Reden, dass die Abschottung Frankreichs gegenüber Migranten und die Distanz zu Europa Lösungen wären. Dies bestärkt die CFDT darin, konkrete Perspektiven für die Probleme aufzuzeigen. Dazu müssen die Menschen eingebunden werden und aktiv an der sozialen Gestaltung mitarbeiten können.

Unser langfristiges Ziel ist die Vollbeschäftigung. Die Wirtschafts-, Steuer- und Arbeitsmarktpolitik müssen reformiert werden. Wir brauchen Wachstum, nicht zuletzt, um den Schuldenabbau zu bewältigen. Die Menschen wollen sichere und gute Arbeit. Sie wollen auch solidarische soziale Sicherheitssysteme. Die notwendigen Veränderungen müssen auf europäischer Ebene koordiniert werden. Hier muss wirtschaftliche Kompetenz gebündelt und die Konkurrenz zwischen den Ländern reduziert werden. Wir brauchen einen Sozialpakt für Europa."

Geringqualifizierte

Erfolgreiches Programm

Erste Erfolge zeigt ein Programm der Arbeitslosenversicherung für geringqualifizierte Arbeitslose. Die „Initiative zur Flankierung des Strukturwandels" (IFlaS) wurde von den DGB-VertreterInnen im Verwaltungsrat angeregt und durchgesetzt. Über IFlaS erhalten Geringqualifizierte ohne Berufsabschluss Zugang zu einer bezahlten Weiterbildung. Die Initiatoren sehen das Programm aber auch als einen Beitrag zur Lösung des Fachkräftemangels. Die positive Zwischenbilanz: Die Zielgruppe wird erreicht. Eine Befragung der TeilnehmerInnen zeigte, dass der überwiegende Teil keinen Berufsabschluss hat und lediglich einen Hauptschulabschluss vorweisen kann. Großen Zuspruch findet IFlaS ebenfalls bei Menschen mit Migrationshintergrund.

Doch mit den ersten positiven Ergebnissen sind die GewerkschafterInnen noch nicht ganz zufrieden. Da den TeilnehmerInnen während der Weiterbildungsphase weniger Geld zur Verfügung steht, können sich einige das Programm im wahrsten Sinne des Wortes „nicht leisten", sagt DGB-Arbeitsmarktexperte Wilhelm Adamy. Der DGB fordert deshalb einen finanziellen Ausgleich. Adamy spricht von einer gesetzlichen „Durchhalteprämie", die er sich vorstellen könnte, um das Programm noch attraktiver zu gestalten. Zugleich sollte die Bundesregierung dieses Sonderprogramm auch im steuerfinanzierten Hartz-IV-System auflegen. •

Anonyme Bewerbung

Bessere Chancen

Bewerbungen ohne Angaben zu Alter, Geschlecht und Herkunft verbessern die Chancen von Frauen, MigrantInnen und Älteren auf dem Arbeitsmarkt. Zu diesem Ergebnis kommt ein Modellversuch im Auftrag der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS). Fünf Unternehmen und drei öffentliche Arbeitgeber sichteten über zwölf Monate 8550 anonymisierte Bewerbungen. Die Auswahl der BewerberInnen zu einem persönlichen Gespräch basierte ausschließlich auf den vorliegenden Angaben zur Qualifikation.

Insgesamt wurden 246 Arbeits-, Ausbildungs- und Studienplätze erfolgreich besetzt. Nicht zuletzt profitieren vor allem Frauen, wenn Vorurteile über familiäre Verpflichtungen oder auch das Alter entfallen. Für die DGB-Arbeitsrechtsexpertin Martina Perreng ist das Ergebnis überzeugend. Das Projekt habe letztlich bestätigt, dass sich Arbeitgeber nicht immer von objektiven Kriterien leiten ließen. Für Perreng heißt die Konsequenz aus der Studie, dass die Arbeitgeber nach diesen positiven Ergebnissen ein solches Verfahren auch nutzen sollten. Die ADS hat aus den Projektergebnissen einen Leitfaden für Arbeitgeber erarbeitet. •

www.bit.ly/ads-anon

EU-Beschäftigungspakt

Etikettenschwindel

Der von der EU-Kommission vorgelegte Beschäftigungspakt ist für DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach ein „Eingriff in die Lohnpolitik und Arbeitnehmerrechte". Mit diesem Ansatz würde die Krise eher noch verschärft. Der „Flexicurity-Ansatz" sei nichts anderes als Deregulierung. Das geplante tripartite Lohnüberwachungskomitee auf EU-Ebene ist nach Ansicht von Buntenbach schon rechtlich nicht möglich. Denn Eingriffe in die Lohnfindung seien im EU-Vertrag definitiv ausgeschlossen worden. Der Pakt sei deshalb nichts anderes als ein „gefährlicher Etikettenschwindel". •

Flexible Arbeitszeit

Die OECD irrt

Flexible Arbeitszeitmodelle stabilisieren Beschäftigung. Dies hat sich nicht zuletzt in der aktuellen Krise gezeigt. Das derzeit gerne zitierte „deutsche Beschäftigungswunder" basiert nicht zuletzt auf einem System interner Flexibilität, dem Mix aus Arbeitszeitkonten und Kurzarbeit. Hartmut Seifert, Arbeitsmarktexperte und früherer Leiter des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung, stellt dazu in einer neuen Analyse fest, dass ausgefeilte Arbeitszeitmodelle wirksamer als Deregulierung seien.

Der Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD), die Deutschland regelmäßig einen zu hohen Regulierungsgrad auf dem Arbeitsmarkt vorwirft, hält Seifert entgegen, dass ihr Verständnis von „flexiblen Arbeitsmärkten zu kurz" greife. Für Seifert heißt die Schlussfolgerung: Flexible Arbeitsmärkte könnten nicht mit deregulierten Arbeitsmärkten gleichgesetzt werden. Nötig sei ein Paradigmenwechsel. Bei den OECD-Vorgaben bleibe „das gesamte Spektrum an Formen und Instrumenten interner Flexibilität" außen vor. •

Arbeitnehmermobilität

Zuwanderung braucht Gute Arbeit

Seit einem Jahr besteht die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit für den deutschen Arbeitsmarkt auch für Menschen aus den acht neuen EU-Mitgliedstaaten (EU-8). Anlass, eine Bilanz der Situation mobiler ArbeitnehmerInnen aus EU-Staaten in Deutschland zu ziehen.

Der große Ansturm aus Polen, Tschechien, Slowenien, der Slowakei, Ungarn, Estland, Lettland und Litauen ist ausgeblieben. „Die Einschätzung der Größenordnung war maßlos überzogen", stellt DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach fest. Zahlen der Bundesagent ur für Arbeit zeigen: Von April 2011 bis Januar 2012 waren es im Vergleich zum Vorjahreszeitraum nur etwa 63 000 Beschäftigte aus den EU-8-Ländern mehr, die in Deutschland gearbeitet haben.

Damit sind die Schreckensszenarien widerlegt, die zum Beispiel das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) befürchtete. Demnach sollten 800 000 mobile ArbeitnehmerInnen bis 2012 kommen. Hans-Werner Sinn, Direktor des ifo-Instituts, schätzte gar Millionen. Tatsächlich entspricht die Zuwanderung den geringen und mittleren Prognosen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), die einen Zuzug von 52 000 bis 100 000 mobilen ArbeitnehmerInnen voraussagten.

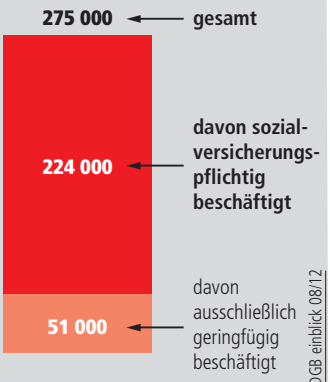
Die IAB-Experten sind sich sicher: Die geringen Zahlen resultieren auch aus den langen Übergangsfristen für den deutschen Arbeitsmarkt. Deutschland und Österreich haben die mögliche Sperrfrist von sieben Jahren voll ausgeschöpft. So sind Großbritannien und Irland zu vorrangigen Einwanderungszielen geworden, die von über 60 Prozent der mobilen ArbeitnehmerInnen aus den EU-8-Ländern angesteuert wurden. Eine Ursache für die geringe Attraktivität Deutschlands ist aus Sicht des DGB, dass Deutschland immer mehr zu einem Billiglohnland wird. „Wenn qualifizierte Arbeitskräfte nicht nach Deutschland kommen, sondern eher nach Frankreich oder Großbritannien gehen, dann liegt dies vor allem an den besseren Arbeitsbedingungen oder wie im Fall von Frankreich am gesetzlichen Mindestlohn", kritisiert Annelie Buntenbach.

Die Situation für mobile ArbeitnehmerInnen aus Bulgarien und Rumänien ist eine andere. Obwohl für sie noch kein voller Zugang zum Arbeitsmarkt besteht, arbeiten bereits viele Menschen aus diesen Ländern in Deutschland. Ihre Beschäftigung ist nicht selten von betrügerischem Missbrauch und Lohndumping geprägt. Aufgrund mangelnder Information der deutschen Betriebe und der mobilen ArbeitnehmerInnen könnten windige Geschäftemacher ihre Situation ausnutzen, warnt Annelie Buntenbach. „Sie vermitteln scheinbar sichere Arbeitsverhältnisse. In der Realität stellt sich oft heraus, dass die vermeintlichen Arbeitsverträge Gewerbeanmeldungen waren." Besonders problematisch sei auch die Situation bei der Entsendung von Arbeitskräften, die in allen Branchen mit Ausnahme des Baugewerbes möglich sei. „Hier werden Mindestlöhne nicht eingehalten, und die Unterbringung ist oft nicht zumutbar." Dies sei Folge des deutschen Arbeitsmarkts, der prekäre Beschäftigung ermöglicht und fördert.

Bereits vor einem Jahr warnten der DGB und die Gewerkschaften, dass fehlende politische und rechtliche Gestaltung der Arbeiternehmermobilität zu Sozialdumping und unwürdigen Arbeitsbedingungen führen. Im damals vorgelegten Sieben-Punkte-Plan des DGB wurden konkrete Forderungen formuliert: ein allgemeines Entsendegesetz, ein gesetzlicher Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro und die Kontrolle von Beschäftigungsverhältnissen, um Betrug zu verhindern. Getan hat sich jedoch nicht viel. Buntenbach fordert weiterhin: „Wir brauchen eine Registrierung aller entsandten Beschäftigten und die Bekämpfung von Scheinselbstständigkeit durch regelmäßige Kontrollen." Für den DGB geht es nun in erster Linie darum, die Übergangsfristen bis 2014 zu nutzen, um rumänische und bulgarische ArbeitnehmerInnen über ihre Rechte aufzuklären und vor Missbrauch und Betrug zu schützen. „Wer Zuwanderung aus den EU-Ländern will, muss auch die volle Gleichbehandlung bei Arbeits- und Entlohnungsbedingungen herstellen", fordert Buntenbach.

Mehrheit versichert

Anzahl der Beschäftigten aus den acht neuen EU-Mitgliedsstaaten in Deutschland im Januar 2012



Quelle: Bundesagentur für Arbeit 2012

Im Januar 2012 waren insgesamt 275 000 Beschäftigte aus den EU-8-Ländern in Deutschland registriert. Etwa 63 000 neue Beschäftigte sind aufgrund der Arbeitnehmerfreizügigkeit von April 2011 bis Januar 2012 hinzugekommen. Insgesamt waren rund 80 Prozent sozialversichert beschäftigt.

Der DGB setzt sich mit seinem Projekt **„Faire Mobilität"** für die Rechte mobiler ArbeitnehmerInnen und gegen Lohn- und Sozialdumping ein. Beschäftigte, die ausgebeutet werden, finden Rat und Hilfe bei den Beratungsstellen. ***www.dgb.de/fairmobil***

Freie Märkte

Die Arbeitnehmerfreizügigkeit gehört zu den europäischen Grundfreiheiten. Sie besagt, dass EU-BürgerInnen ihren Arbeitsplatz in der EU frei wählen können. Seit dem 1. Mai 2011 besteht die volle Freizügigkeit in Deutschland für acht neue Mitgliedstaaten. Für Rumänien und Bulgarien ist sie noch bis Januar 2014 eingeschränkt.

Eine weitere Grundfreiheit ist die Dienstleistungsfreiheit. Selbstständige können in einem anderen EU-Land Dienstleistungen mit eigenem Personal auf Werksvertragsbasis anbieten. Die Dienstleistungsfreiheit gilt ebenfalls seit dem 1. Mai 2011 uneingeschränkt für die EU-8 in allen Branchen. Zuvor war sie unter anderem für die Bau- und Reinigungsbranche eingeschränkt.

Per Niederlassungsfreiheit können sich Rumänen und Bulgaren bereits in Deutschland niederlassen und mit einer Arbeitsgenehmigung tätig werden. Für Hochschulabsolventen ist der Arbeitsmarktzugang ohne Vorrangprüfung möglich. Darüber hinaus gibt es genehmigungsfreie Beschäftigungsverhältnisse und die Möglichkeit der Selbstständigkeit.

PROJEKTE UND PARTNER

IGB

Grüne Jobs schaffen

Der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) fordert Regierungen weltweit dazu auf, mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandproduktes in die „grüne Wirtschaft" zu lenken. Dadurch könnten bis zu 48 Millionen Arbeitsplätze in zwölf Ländern in Nord- und Südamerika, Asien, Afrika und Europa entstehen. In Volkswirtschaften wie Brasilien, Indonesien und Bulgarien könnten innerhalb von fünf Jahren so bis zu 19 Millionen neue Jobs geschaffen werden – in den Industrieländern bis zu 28 Millionen. Sharan Burrow, IGB-Generalsekretärin, betont: „Die Aussicht auf den Übergang zu einer grüneren Wirtschaft mit menschenwürdiger Arbeit wird Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, Unternehmen, den einzelnen Volkswirtschaften und künftigen Generationen zugute kommen." •

www.ituc-csi.org

DGB-Flyer 1

Ein Kurswechsel für Europa

Die Krise in Europa hält an und gefährdet Wirtschaft und Arbeitsplätze. Der strikte Sparzwang verhindert Wachstum und verbaut Perspektiven für die Krisenstaaten. DGB und Gewerkschaften wollen eine andere Politik. Mit dem Flyer „Europa geht nur anders" zeigt der DGB, wie den Krisenstaaten und ganz Europa neue Wege eröffnet werden können.

So fordert der DGB unter anderem, das unsoziale Spardiktat in den europäischen Ländern zu beenden. „Europa braucht eine sozial-ökologische Wachstumsstrategie. Wir brauchen mehr Investitionen in gute Arbeitsplätze – Investitionen in Wohlstand für alle." Das Faltblatt bietet fundierte Fakten zu den Ursachen der Krise sowie Hintergrundinfos und Argumente für ein soziales Europa. Die Publikation kann kostenlos im Internet bestellt werden, es werden nur Versandkosten in Rechnung gestellt. •

www.bit.ly/dgb_euro_bro

DGB-Flyer 2

Wasser für alle

Die EU-Kommission plant die öffentliche Daseinsvorsorge zu liberalisieren. So sollen Dienstleistungen in den Bereichen Wasser, Energie, Abfall und Verkehr auch von privaten Anbietern übernommen werden. Das sieht ein Richtlinienpaket vor, das in diesem Jahr beschlossen werden soll. Der DGB kritisiert das Vorhaben scharf. Das DGB-Faltblatt „Wasser gehört uns allen!" liefert wichtige Infos und Gegenargumente zum Thema. Zum Beispiel gerate auf diesem Weg die Qualität des Trinkwassers in Gefahr, warnt der DGB. „Am Ende drohen Verbraucherinnen und Verbrauchern höhere Kosten und schlechtere Qualität, den Beschäftigten schlechtere Arbeitsbedingungen." •

www.bit.ly/dgb_wasser

Großbritannien

Gewerkschaften im Fokus

Seit rund 30 Jahren sinken die Mitgliederzahlen der britischen Gewerkschaften. Zudem ist der politische Einfluss der britischen Unions aktuell eher gering, wie der Autor Ray Cunningham (Anglia Ruskin University) in seiner Studie „Die Gewerkschaften im Vereinigten Königreich" zeigt. Im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung analysiert er die aktuelle Situation und die Herausforderungen, vor denen die Gewerkschaften in Großbritannien stehen. Cunninghams Rat: Mitgliederwerbung und mitgliedernahe Angebote und Dienste sollen den Verlust stoppen, um auf lokaler Ebene schlagkräftig zu bleiben. Zudem sollen sich die britischen Gewerkschaften vorrangig für die Interessen der Beschäftigten einsetzen. Vor allem für sichere und gut bezahlte Arbeitsplätze. •

Die Studie als pdf-Download unter www.bit.ly/uk_fes

Willi-Bleicher-Preis

Preisträger gesucht

Bis zum 25. Mai können BewerberInnen für den Willi-Bleicher-Preis ihre Beiträge noch bei der IG Metall Baden-Württemberg einreichen. Das Motto der diesjährigen Ausschreibung lautet „Wandel der Arbeitswelt: Arbeit und Leben – Leben und Arbeiten". Die IG Metall verleiht den Preis an JournalistInnen, die die Arbeitswelt mit ihren Beiträgen erlebbar gemacht haben. Bedingung ist, dass die AutorInnen für Medien in Baden-Württemberg arbeiten und die Beiträge einen Bezug zum Bundesland haben. Die Preisverleihung erfolgt auf der Bezirkskonferenz der IG Metall am 13. Juli in Ludwigsburg. •

www.willi-bleicher-preis.de

interregio

••• Der ***DGB Rheinland-Pfalz*** will mit der ***Kampagne „Übers Geld redet man nicht – wir schon!"*** gegen die Schuldenbremse vorgehen. Im Dialog mit BürgerInnen sollen in Veranstaltungen Ideen für einen handlungsfähigen Staat entwickelt werden. Ziel des DGB: „Wir wollen deutlich machen, wo und wie staatliche Mittel eingesetzt werden, um das Gemeinwesen zum Vorteil der Bürger zu organisieren." Unter anderem soll auch für ein neues Steuerkonzept geworben werden, damit gemeinschaftliche Aufgaben solidarisch finanziert werden. *www.ueber-geld-reden.de*

••• Der ***DGB-Sachsen*** hat die ***Kampagne „Billig kommt teuer"*** gestartet, um für ein modernes Vergabegesetz mit fairen Bedingungen zu werben. Überall gebe es Beispiele, dass öffentliche Aufträge an den billigsten Anbieter gingen und die Gesellschaft die Kosten für unsaubere Arbeit zahlen müsste. Mit einer Tour soll landesweit auf Marktplätzen, auf Straßen, aber auch im sächsischen Landtag für ein faires Vergabegesetz geworben werden. Auch mit LokalpolitikerInnen soll das Gespräch gesucht werden. Die BürgerInnen können sich zudem an einer Unterschriftenaktion beteiligen.

www.sachsen.dgb.de

••• Der ***DGB-Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt*** lädt am 11. Mai zur ***Sitzung des Hochschulpolitischen Arbeitskreises*** nach Hannover ein. Thema ist die Finanzierung der Hochschulen. Neben zwei Vorträgen soll ein Überblick über die Hochschulsituation in Deutschland und Niedersachsen gegeben werden. ExpertInnen aus Wissenschaft, Politik und Gewerkschaften analysieren und diskutieren zudem neue Trends bei Finanzierungsverfahren. *www.niedersachsen-bremen-sachsenanhalt.dgb.de*

„Die Ära der Deregulierung ist zu Ende“

Interview mit Michael Sommer /
Fortsetzung von Seite 1

nur gravierende soziale Folgen in den betroffenen Ländern, sondern wird auch auf die exportorientierte deutsche Wirtschaft zurückschlagen. Ich bin der festen Überzeugung: Mit Sparen allein ist die aktuelle Krise nicht zu überwinden. Die Staats- und Regierungschefs müssen auch die Einnahmeseite anpacken. So ist die Einführung der Finanztransaktionssteuer längst überfällig.

■ Laut ILO sind 209 Millionen Menschen weltweit arbeitslos. 12,7 Prozent aller Jugendlichen haben keinen Job. Die Jugendarbeitslosigkeit nimmt damit einer ganzen Generation die Chance auf eine eigenständige Existenz. Was muss passieren, um diesen Trend zu stoppen?

■ *Die weltweiten Arbeitslosenzahlen der ILO sind ein Alarmsignal für die Staats- und Regierungschefs. Es müssen endlich mehr Anstrengungen für Wachstum und Beschäftigung unternommen*

> ***„Der DGB ist in guter Verfassung“***

werden. Besorgniserregend ist vor allem die hohe Jugendarbeitslosigkeit in den südeuropäischen Krisenländern. In Spanien ist fast jeder zweite Jugendliche ohne Arbeit. Sparen allein wird die jungen Menschen aber nicht in Lohn und Brot bringen. Europa muss mit Investitionen in Bildung, Wachstum und Beschäftigung dafür sorgen, dass die Menschen wieder eine Perspektive bekommen und die Jugend nicht zur verlorenen Generation wird. Und die Finanzmärkte müssen endlich konsequent reguliert werden, denn solange Banken, Hedgefonds und Rating-Agenturen machen können, was sie wollen, wird es nicht gelingen, die Krise zu überwinden.

■ Die Gewerkschaften fordern eine neue Ordnung für Arbeit. Was sind die wichtigsten Eckpunkte?

■ *Wir brauchen wieder mehr Gerechtigkeit, dazu gehört ein gesetzlicher Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro die Stunde, um die schlimmsten Auswüchse auf dem Arbeitsmarkt zu beenden. In der Leiharbeit muss endlich „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ gelten. Auch bei den Minijobs und der Solo-Selbständigkeit besteht Handlungsbedarf, hinzu kommt der zunehmende Missbrauch von Werkverträgen. Und wie gesagt: Auch die Tarifeinheit und die Tarifautonomie müssen wieder gestärkt werden. Sie wird zunehmend unterlaufen durch Tarifflucht, OT-Mitgliedschaften in den Arbeitgeberverbänden und den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen. Das Instrument der Allgemeinverbindlichkeitserklärung muss deshalb gestärkt werden, wie es uns andere Länder vormachen, zum Beispiel Frankreich.*

Ich erwarte von der Politik, dass sie sich endlich dazu durchringt, die Arbeitswelt klaren Regeln zu unterwerfen. Immer mit dem Ziel, die Beschäftigten vor Lohndumping und Ausbeutung zu schützen. Die Ära der Deregulierung ist zu Ende.

■ Unter Schwarz-Gelb stehen die Chancen eher schlecht, prekäre Beschäftigung und Niedriglohnjobs einzudämmen. Fehlt der Koalition weiterhin die Einsicht?

■ *Im Ergebnis ja. Es gibt zwar Bewegung, zum Beispiel beim Mindestlohn – auch wenn die Vorschläge bei weitem nicht ausreichen. Leider tritt vor allem die FDP auf die Reformbremse, und es ist schwer vorstellbar, dass sich daran in absehbarer Zeit etwas ändert.*

■ Die Piratenpartei entert die Landesparlamente. Auch im Bund deuten einige Prognosen auf einen möglichen Einzug in den Bundestag. Welchen Einfluss hat die Piratenpartei auf die Parteienlandschaft?

■ *Der bisherige Erfolg der Piratenpartei und die Umfragewerte wirbeln die Parteienlandschaft in der*

> ***„Tarifeinheit und Tarifautonomie müssen wieder gestärkt werden.“***

Tat kräftig durcheinander. Welche Rolle die Partei langfristig spielen wird, muss sich aber noch zeigen. Neben dem Kernthema Netzpolitik ist es vor allem der offene, unkonventionelle Stil der Piraten, der sie als Alternative zu den etablierten Parteien interessant macht. Wann hört man schon mal von einer der im Bundestag vertretenen Parteien, dass sie noch keine Antwort auf eine sachpolitische Frage hat. Das empfinden viele Menschen als ehrlich und erfrischend anders. Aber auf Dauer wird das natürlich nicht reichen – das zeigen ja auch schon die ersten Erfahrungen in Berlin. Denn keine Antworten sind genauso schlecht wie falsche Antworten.

■ Wo siehst du gewerkschaftliche Schnittmengen mit der Piratenpartei?

■ *Ich habe mich vor kurzem mit dem Vorsitzenden der Piratenpartei Sebastian Nerz getroffen. Es war ein konstruktives Gespräch, aber es sind auch Unterschiede deutlich geworden. Zum Beispiel beim Urheberrecht und beim bedingungslosen Grundeinkommen, dessen Einführung die Piraten befürworten und das ich als Anschlag auf den Wert der Arbeit sehe. Wir haben uns aber darauf verständigt, im Gespräch zu bleiben und eine gemeinsame Arbeitsgruppe zum Urheberrecht und zur Netzkommunikation einzurichten.*

■ Die DGB-Organisationsreform ist auf einem guten Weg. Wie siehst du den bisherigen Prozess?

■ *Wir haben aus dem gesamten Bundesgebiet sehr gute Rückmeldungen, und die Gründung der dritten Satzungsebene der Stadt- und Kreisverbände geht mit großen Schritten voran. Wir haben unser Soll für 2012 mehr als erfüllt. Der DGB ist in guter Verfassung, und wir werden bis zum Ende dieser Kongressperiode die beschlossene Satzungsreform umgesetzt haben. Bei meinen Regionsbesuchen vor Ort freut es mich sehr zu sehen, mit welch großem Elan und Freude die Kolleginnen und Kollegen an die Arbeit gehen.* •

1. Mai: Die Vorsitzenden vor Ort

Am 1. Mai laden DGB und Gewerkschaften in allen größeren Städten zu Kundgebungen und Demonstrationen ein.

Stuttgart: Michael Sommer, DGB-Vorsitzender
Erfurt: Ingrid Sehrbrock, stellvertretende DGB-Vorsitzende
Köln: Annelie Buntenbach, DGB-Vorstandsmitglied
Castrop-Rauxel: Claus Matecki, DGB-Vorstandsmitglied
Gladbeck: Klaus Wiesehügel, IG BAU-Vorsitzender
Düsseldorf: Michael Vassiliadis, IG BCE-Vorsitzender
Siegen: Alexander Kirchner, EVG-Vorsitzender
Berlin: Ulrich Thöne, GEW-Vorsitzender
Hamburg: Berthold Huber, 1.Vorsitzender IG Metall
Augsburg: Franz-Josef Möllenberg, NGG-Vorsitzender
Lüneburg: Bernhard Witthaut, GdP-Vorsitzender
Saarbrücken: Frank Bsirske, ver.di-Vorsitzender

www.dgb.de/-/KkL

Die Langfassung des Interviews:
www.einblick.dgb.de

kurz&bündig

50 000 ArbeitnehmerInnen haben an einer Unterschriftenaktion der IG BCE teilgenommen und sich für sichere und flexible Übergänge in die Rente ausgesprochen. Die unterschriebenen Postkarten sind dem Bundesarbeitsministerium übergeben worden.

Die GEW kritisiert die Haltung der Bundesländer, die die Mitbestimmungsrechte von Personalvertretungen bei der Eingruppierung angestellter LehrerInnen ignorieren. Ein Gutachten belege, dass dabei gegen geltendes Recht verstoßen werde.

Hebammen

Finanzieller Druck

Der Internationale Hebammentag am 5. Mai weist unter anderem auf die schwierige ökonomische Situation der Geburtshelferinnen hin. Rund 60 Prozent aller Hebammen in Deutschland arbeiten freiberuflich, und ihre finanziellen Belastungen sind in den letzten Jahren enorm gewachsen.

Judith Lauer, ver.di-Gewerkschaftssekretärin für Berufspolitik, kritisiert: „Seit 1. Juli 2010 sind Hebammen gezwungen, 3689 Euro Haftpflichtprämie pro Jahr für das Berufsrisiko Geburtshilfe zu zahlen." Läuft der aktuelle Vertrag aus, drohen ab Herbst 2012 Prämien von über 4000 Euro. Hinzu kommen schlechte Arbeitsbedingungen, die auch angestellte Hebammen belasten, so Lauer. Von acht Stunden Rufbereitschaft im Krankenhaus wird nur eine Stunde bezahlt, die Nachtdienst-Zulage beträgt 12,5 Prozent – gegenüber 100 Prozent in der Metallverarbeitung. Lauer betont: „ver.di unterstützt die Hebammen in ihren Forderungen nach fairen Arbeitsbedingungen und angemessenen Haftpflichtprämien."

Solarindustrie

Regen statt Sonnenschein

Die IG Metall Berlin-Brandenburg-Sachsen kritisiert die geplante Werksschließung des US-Konzerns First Solar am Standort Frankfurt an der Oder. 1200 Arbeitsplätze sind dadurch bedroht. IG Metall-Bezirksleiter Olivier Höbel fordert den Arbeitgeber auf, den maximalen Kurzarbeitszeitraum voll auszuschöpfen. „Wir erwarten von der Unternehmensleitung die Nutzung aller Fördermöglichkeiten der Bundesagentur für Arbeit."

Höbel kritisiert zudem die Bundesregierung, die die Förderung der Solarenergie kürzen will: „Wandert die Produktion nach Asien ab, wandert über kurz oder lang auch die Forschung ab. Derzeit haben wir noch die Solar-Spitzentechnologie in Ostdeutschland. Daran müssen wir festhalten." Im Mai stehen die Kürzungspläne der Bundesregierung für die Solarbranche zur Abstimmung im Bundesrat. Von den Ministerpräsidenten der Länder erwartet die IG Metall die Ablehnung mit der notwendigen Zweidrittelmehrheit. Statt Branchenkahlschlag sei eine neue industriepolitische Initiative gefordert.

Lebensmittelkontrolle

NGG will Reform

Die NGG hat eine grundlegende Reform der Lebensmittelkontrolle gefordert. „Die aktuellen Funde von dioxinbelasteten Eiern und der Umgang damit zeigen zum wiederholten Mal, dass das Kontroll-Frühwarn-System versagt hat und der Dioxin-Aktionsplan von Bundesministerin Ilse Aigner nicht greift", kritisiert der NGG-Vorsitzende Franz-Josef Möllenberg.

GdP-Homepage

Kriminalität vorbeugen

Die GdP hat die Präventions-Homepage www.PolizeiDeinPartner.de im Internet freigeschaltet. Unter anderem bietet das Portal umfassende Informationen und Hilfe zu Themen wie Zivilcourage, Sucht, Diebstahl und Betrug. Die GdP will so Interessierte informieren und Aktivitäten rund um die Präventionsarbeit vernetzen.

Freihandelsabkommen

Ausbeutung nicht belohnen

Die IG BAU hat das EU-Parlament davor gewarnt, falsche Signale an Unrechtsregime durch Freihandelsabkommen zu senden. Aktuell beraten Ausschüsse in Brüssel ein Abkommen zwischen der EU und Kolumbien. Der IG BAU-Vorsitzende Klaus Wiesehügel kritisiert: „In Kolumbien ist die Menschenrechtslage alarmierend. Gewerkschafter werden bedroht und umgebracht." In keinem anderen Land gebe es so viel Gewalt gegen Menschen, nur weil sie sich für ihre Arbeitnehmerrechte einsetzen. „Wenn die EU ihre Werte ernst nimmt, darf sie eine Regierung, die das zulässt oder sogar fördert, nicht auch noch mit einem Freihandelsabkommen belohnen", so Wiesehügel. Einem Gutachten zufolge sind die Nachhaltigkeitsbestimmungen im Abkommen mangelhaft. Soziale und ökologische Belange seien nur unvollständig und unverbindlich geregelt. Gewerkschaften werden keine Rechte zur Beschwerde eingeräumt.

Anzeige

ZWEI PATRONEN PRO MENSCH WERDEN JÄHRLICH PRODUZIERT – AUCH FÜR SIE

Setzen Sie ein Zeichen, damit die UNO endlich strikte Kontrollen für den weltweiten Waffenhandel beschließt.

Ihre Stimme rettet Leben.
www.amnesty.de/haendehoch

HÄNDE HOCH FÜR WAFFENKONTROLLE
AMNESTY INTERNATIONAL

Julia Franz und Michael Brauchli

MEINUNG

Wandel der Arbeitswelt

„Früher war ich müde! Heute bin ich fertig!“

Prekäre Beschäftigung, Arbeitsverdichtung, Stress, Mobbing – neben den Gewerkschaften nimmt sich auch die katholische Betriebsseelsorge der Probleme der ArbeitnehmerInnen an. Betriebsseelsorger Peter Hartlaub schildert, wie sich die Arbeitswelt aus Sicht der Betriebsseelsorge verändert hat und was die katholische Soziallehre dem Wandel entgegen hält.

Peter Hartlaub, 47, ist ständiger Diakon und Sprecher der Bundeskommission Betriebsseelsorge. Seit 1998 ist er als Betriebsseelsorger in Schweinfurt tätig.

Foto: Betriebsseelsorge Diözöse Würzburg

Die Arbeitswelt hat sich fundamental gewandelt. Aussagen wie „Früher war ich müde, heute bin ich fertig“ machen deutlich: **Der Druck auf die Menschen ist immens.** Die Anforderungen an die Menschen werden immer höher geschraubt, egal wo sie arbeiten. MitarbeiterInnen müssen mobil und flexibel sein, sowohl räumlich wie auch zeitlich. Immer erreichbar und kurzfristig verfügbar sein – dieses „Ideal“ gilt längst nicht mehr nur ab einer bestimmten Gehaltsstufe. Wie dabei die lebenswichtigen sozialen Beziehungen außerhalb der Arbeit gelebt werden können, ist zweitrangig. Wann die Menschen zum Atmen kommen, bleibt ihr Problem. Das dokumentieren eindringlich Zitate von Ratsuchenden (siehe Kästen).

> ***„Ich mach das jetzt seit dreißig Jahren, aber so stressig war es noch nie. Ich weiß nicht, wie ich das bis zur Rente schaffen soll.“***

Weniger MitarbeiterInnen sollen in weniger Zeit immer mehr Arbeit erledigen – im Krankenhaus ebenso wie in der Fabrikhalle, in der Schule wie an der Supermarktkasse. Die Belastungen steigen, gleichzeitig nimmt die Unsicherheit zu. Seit mit der Einführung von Hartz IV der Niedriglohnsektor in diesem Land wächst, breitet sich die Angst vor dem sozialen Abstieg immer stärker aus. Krankheit und Arbeitslosigkeit schweben wie ein Damoklesschwert über den Beschäftigten. **Immer mehr Menschen halten diesem Druck nicht mehr stand.**

> ***„Früher hab‘ ich gedacht: Wenn du deine Arbeit gut machst und die Firma Gewinn abwirft, dann ist dein Arbeitsplatz sicher. Aber die wollen unseren Standort schließen, obwohl wir seit Jahren schwarze Zahlen schreiben.“***

Mit diesen Sorgen kommen Beschäftigte auf die BetriebsseelsorgerInnen zu. Oft vermittelt durch Betriebs- und Personalräte, mit denen wir vertrauensvoll zusammen arbeiten. Wir bieten uns an als Gesprächspartner, der die betriebliche Realität kennt, ohne selber Teil des Betriebs zu sein. Im Dialog versuchen wir, mit den Menschen ihre Situation zu analysieren, mit ihnen nach Lösungsmöglichkeiten zu suchen, sie zu trösten und zu ermutigen. Einen übergreifenden Ratschlag gibt es dabei nicht, sondern nur Lösungen im Einzelfall. Wichtig ist, den Menschen **die Angst zu nehmen und ihnen Mut zu machen,** sich für ihre Bedürfnisse einzusetzen.

Hilfe im Einzelfall ist uns wichtig – aber dabei können und wollen wir nicht stehen bleiben. Wenn ein System für viele Einzelne Probleme produziert, **dann ist das System das Problem.** In der Sozialverkündigung der katholischen Kirche gilt zentral der Vorrang der Arbeit vor dem Kapital. Das heißt, für jede Wirtschaftsordnung und für die Gestaltung der Arbeitswelt gilt: Welchen Stellenwert hat der Mensch? Wird er mit seinen Fähigkeiten und Kompetenzen anerkannt? Werden seine Bedürfnisse berücksichtigt? Wird die Arbeitswelt so gestaltet, dass sie den Menschen dient oder müssen sich Menschen dem Diktat von Effizienz und Rendite unterwerfen?

> ***„Wie soll ich denn mit dem Lohn hinkommen? Das reicht ja kaum zum Leben. Und wenn ich an meine Rente denke – da kann ich mich ja gleich erschießen!“***

Diese Fragen gemeinsam mit den Beschäftigten oder auch stellvertretend für sie öffentlich zu stellen und sich so in Politik einzumischen, das gehört zu unserem Verständnis von Seelsorge. Dabei arbeiten wir zusammen mit Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben und Gewerkschaften. Mit ihnen zusammen versuchen wir, die Beschäftigten zu ermutigen, damit sie **ihre Interessen gemeinsam verteidigen.**

Für uns gilt, was Papst Johannes Paul II. 1981 in seiner Enzyklika „Laborem Exercens“ geschrieben hat: *„Solidarität muss immer dort zur Stelle sein, wo die gesellschaftliche Herabwürdigung des Subjekts der Arbeit, die Ausbeutung der Arbeitnehmer und das wachsende Ausmaß von Elend oder sogar Hunger sie herausfordern.“* An dieser Solidarität mit zu bauen, ist unser Auftrag. •

Rat für Beschäftigte

Die Betriebsseelsorge ist eine Einrichtung der katholischen Kirche in Deutschland. Ihre Aufgabe ist es, Kontakt zwischen der Kirche und der Arbeitswelt, insbesondere den ArbeitnehmerInnen aufzubauen und zu halten. Unter anderem geht es darum, konkrete Solidarität mit den Menschen in der Arbeitswelt zu zeigen und sie im Kampf um eine gerechtere und menschenwürdigere Arbeit zu unterstützen.

Dies geschieht durch Einzelberatung und -seelsorge, (z.B. bei Mobbing, Burn-out, Angst um den Arbeitsplatz), durch die Unterstützung von Betriebs- und Personalräten, durch gemeinsame politische Aktion, etwa im Falle von Werksschließungen und Tarifauseinandersetzungen. Dabei bringen die momentan rund 50 Betriebsseelsorger und -seelsorgerinnen die Stimme des Evangeliums und der christlichen Sozialethik ins Gespräch.

Die Betriebsseelsorge gibt es zur Zeit in 13 Diözesen, vorwiegend in Süddeutschland. Auch die evangelische Kirche bietet Beschäftigten Rat und Hilfe mit dem Kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt KDA.

Weitere Informationen zur katholischen Betriebsseelsorge unter www.betriebsseelsorge.de

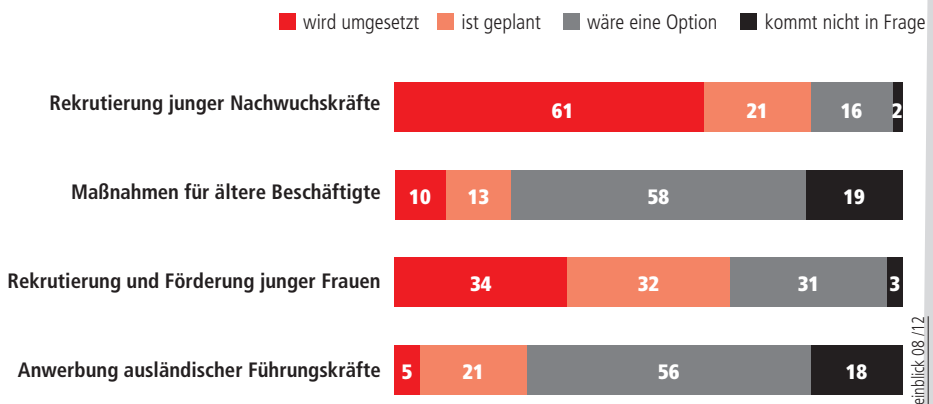
DIES & DAS

die DGB grafik

DEMOGRAFISCHER WANDEL: Junger Nachwuchs gesucht

Trotz des drohenden Fachkräftemangels nutzen die Unternehmen nur einen Teil ihrer Möglichkeiten, um sich Führungskräfte zu sichern. Nach einer Umfrage der Personalberatung Odgers Berndtson ist zwar 70 Prozent der befragten Firmen das Problem bewusst, doch suchen sie vor allem auf dem umkämpften Markt der Nachwuchskräfte. Die Förderung junger Frauen ist ebenfalls noch nicht Firmenalltag, auch ältere Beschäftigte erhalten wenig Chancen. Das Schlusslicht bildet die Suche nach ausländischen Fachkräften.

Wie Firmen künftig ihre Führungspositionen besetzen (in Prozent)



Quelle: Odgers Berndtson Umfrage 2011

© DGB einblick 08 /12

14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

1.5. DGB und Mitgliedsgewerkschaften, Tag der Arbeit, 1. Mai-Hauptkundgebung in Stuttgart

1.5. Eröffnung der Ruhrfestspiele, Recklinghausen

2.5. DGB Hessen-Thüringen, Diskussion „Die Zukunft des Alterns in Hessen", Frankfurt am Main

3.5. Welttag der Pressefreiheit

3./4.5. Hans-Böckler-Stiftung, Rosa-Luxemburg-Stiftung, JenZiG – Jenaer Zentrum für interdisziplinäre Gesellschaftsforschung, Tagung „Arbeitsbewusstsein und Demokratie", Jena

4.-18.5. DGB Region Köln-Bonn, „2. Kölner Festival des politischen Kabaretts", Köln

5.5. Europäischer Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung

6.5. Landtagswahl in Schleswig-Holstein

8.5. Friedrich-Ebert-Stiftung, Diskussion „Finanzpolitik in Zeiten der Euro-Krise – Welche Politik braucht Europa?", Potsdam

8.5. Friedrich-Ebert-Stiftung, Vortrag und Gespräch mit Oskar Negt „Arbeit und menschliche Würde", Chemnitz

10./11.5. IG BCE, Datenschutztagung der IG BCE, Hannover

12.5. Tag der Krankenpflege

13.5. Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen

14.5. Friedrich-Ebert-Stiftung, Diskussion „Burnout des Sozialen in der Arbeitsgesellschaft. Krankmachende Faktoren in der Arbeitswelt", Leipzig

Tipp

***Buch:** Alena Schröder, Christian Esser: **Die Vollstrecker – wer für Unternehmen die Probleme löst.** C. Bertelsmann Verlag, München, 192 Seiten, 14,99 Euro*

Anwälte, die als „Kündigungsexperten" unliebsame MitarbeiterInnen, wie zum Beispiel Betriebsräte, Schwangere und Behinderte, kündigen, sorgen für Schrecken unter den Beschäftigten. In den vergangenen Jahren profitieren auch spezialisierte PR-Berater, Detektive und Sicherheitsexperten vom Trend einiger Unternehmen, „Drecksarbeit" auszulagern. Mit dem Buch „Die Vollstrecker" stellen die JournalistInnen Alena Schröder und Christian Esser die Szene dieser DienstleisterInnen vor. Was sind die Ziele externer „Sanierer"? Mit welchen Mitteln gehen Anwälte gegen Betriebsräte vor? Und: Wie polieren PR-Berater das Image einer Firma auf, die wegen Skandalen oder kriminellen Geschäften in die Schlagzeilen geraten ist? Von Interesse sind neben vielen Beispielen aus der Praxis Interviews mit „Sanierern" und „Kündigungsexperten" über Vorgehensweise und persönliche Ansichten.

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke, Lena Clausen **Redaktionelle Mitarbeit:** Udo Böhlefeld, Birgit Böhret, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/30 88 24-0, Fax 030/30 88 24 20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

Schlusspunkt.

„Mein Lieblingsprojekt ist, aus Grünen Schwarze zu machen."

CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe im Interview mit dem Tagesspiegel vom 22. April.

Berufskrankheit

Auch mittelbare Folgen gehören dazu

Ist eine Hepatitis als Berufskrankheit anerkannt, sind auch die psychischen Folgen als Berufskrankheit anzuerkennen. Selbst wenn es mithilfe der Medikamente gelungen ist, den Zerstörungsprozess der Leberzellen zu stoppen, müssen die psychischen Folgen als mittelbare Schädigung der antiviralen Therapie oder der Hepatitis angesehen werden.

Sozialgericht Detmold,
Urteil vom 8. September 2011 - S 14 U 161/09

Unterrichtsmaterial

Kopierkosten trägt die Schule

Öffentliche Schulträger im Land Sachsen können von den Eltern ihrer Schüler nicht die Erstattung von Kopierkosten für Unterrichtsmaterial verlangen. Es obliegt der Gemeinde als Schulträgerin, die sachlichen Kosten für den Schulbetrieb, zu denen auch die Lernmittel gehören, zu tragen. Die Herstellung von Unterrichtskopien gehört auch dazu.

Sächsisches Oberverwaltungsgericht,
Urteil vom 17. April 2012 - 2 A 520/11

Pflegeeltern

Elterngeld nur bei Adoptionswille

Pflegeeltern haben nur im Fall einer so genannten Adoptionspflege Anspruch auf Elterngeld. Ein Elterngeldanspruch für andere als leibliche Kinder besteht nur, wenn eine auf Dauer angelegte und rechtlich verfestigte Familienbeziehung vorliegt, insbesondere weil ein Kind mit dem Ziel der späteren Adoption in Pflege genommen worden ist. An einer solchen verfestigten rechtlichen Bindung fehlt es, wenn die leibliche Mutter des Kindes einer Adoption nicht zugestimmt hat und eine Adoptionspflege daher nicht bestand.

Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen,
Urteil vom 9. März 2012 – L 13 EG 37/11

Gesetzliche Unfallversicherung

Gefahrbeseitigung steht unter Schutz

Das Überqueren der Autobahn mit dem Ziel, einen den Straßenverkehr gefährdenden Gegenstand zu entfernen, steht unter dem Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung.

Bundessozialgericht,
Urteil vom 27. März 2012 - B 2 U 7/11 R

Stalking

Kann Kündigungsgrund sein

Fühlt sich eine Mitarbeiterin von einem Arbeitskollegen belästigt und äußert sie, dass sie weder dienstlich noch privat Kontakt mit ihm wünscht, so hat der Arbeitnehmer das zu respektieren. Handelt der Arbeitnehmer gegen den erklärten Willen der Arbeitskollegin, kann dieses Verhalten eine außerordentliche Kündigung rechtfertigen. Ob es zuvor einer Abmahnung bedarf, hängt von den Umständen des Einzelfalls ab.

Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 19. April 2012 - 2 AZR 258/11

Rentenversicherung

Kampfsportlehrer sind keine Künstler

Lehrer für Tai Chi und Kung Fu sind keine Künstler im Sinne der Sozialversicherung. Deshalb sind sie, sofern sie keine versicherungspflichtigen Arbeitnehmer beschäftigen, als selbstständige Lehrer in der gesetzlichen Rentenversicherung versicherungspflichtig.

Der Fall: Der Mann unterrichtet in Schulen und Sporthallen die aus der chinesischen Kampfkunst abgeleiteten Bewegungsmethoden. Er will vom Gericht feststellen lassen, dass er ein nicht versicherungspflichtiger Künstler sei, weil im Zentrum der Übungen Bilder und Einzelbewegungen stehen und die Darbietungen mit Ballettaufführungen vergleichbar seien. Dieser Argumentation hast sich das Gericht nicht angeschlossen.

Das Sozialgericht: Der Gesetzgeber hat den Begriff der Kunst nicht abschließend definiert. Was als Kunst zu bewerten ist, ist im Sozialrecht deshalb unter Berücksichtigung der Künstlersozialversicherung, der allgemeinen Verkehrsauffassung und der historischen Entwicklung zu bestimmen. Danach ist Kunst, was Ergebnis eines kreativen Prozesses ist und von der jeweiligen Gesellschaft als Kunst anerkannt wird. Bei darstellender Kunst wird zwischen den Hauptsparten Theater, Tanz und Film unterschieden. Unter Anwendung dieser Kriterien ist der vom Kläger erteilte Unterricht nach seinem Gesamtbild mehr dem Unterricht eines Fitness- und Gymnastiklehrers als der Tätigkeit eines Künstlers zuzuordnen. Es handelt sich nicht um „Lehre von Kunst", weil Thai Chi und Kung Fu überwiegend pädagogische, therapeutische, gymnastische und meditative Elemente haben.

Die Art der Bewegungsabläufe hat zwar bei beiden Ausübungsformen künstlerische Elemente. Dies ist jedoch – ähnlich wie bei der rhythmischen Sportgymnastik – nicht ausreichend, um Tai Chi und Kung Fu als darstellende Kunst zu bewerten. Der Kläger unterliegt grundsätzlich der Versicherungspflicht.

Sozialgericht Mainz,
Urteil vom 26. März 2012 - S 1 R 340/09

Betriebsratsdateien

Arbeitgeber hat keinen Zugriff darauf

Der Arbeitgeber hat keinen Anspruch darauf, Einsicht in Dateien des Betriebsrats zu nehmen.

Der Fall: Auf dem Laufwerk des Betriebsrats im EDV-System des Arbeitgebers befindet sich unter dem Briefkopf des Betriebsrats eine nicht unterzeichnete achtseitige Stellungnahme in einem Kündigungsschutzverfahren, das Mitarbeiter des Arbeitgebers betrifft. Der Arbeitgeber verdächtigt ein nicht freigestelltes Betriebsratsmitglied, diese Stellungnahme während seiner Arbeitszeit verfasst und so einen Arbeitszeitbetrug begangen zu haben. Der Arbeitgeber verlangt mit seinem Antrag deshalb die gerichtliche Feststellung, dass er die vollständige Dokumentenhistorie der achtseitigen Stellungnahme zurückverfolgen darf, um festzustellen, wann die Datei durch wen bearbeitet wurde. Mit diesem Antrag hatte er keinen Erfolg.

Das Landesarbeitsgericht: Dem Arbeitgeber steht nicht das Recht zu, in die Dateien des Betriebsrats Einsicht zu nehmen. Der Betriebsrat verwaltet seine Dateien genauso wie seine sonstigen schriftlichen Unterlagen eigenverantwortlich, weil die Betriebsverfassung durch eine autonom ausgestaltete Interessenwahrnehmung geprägt ist. Auf die Eigentumsverhältnisse an den Datenlaufwerken kommt es insoweit nicht an.

Landesarbeitsgericht Düsseldorf,
Beschluss vom 7. März 2012 - 4 TaBV 11/12

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 14.05.2012 9/12

DGB

Kurswechsel in Europa

Frankreich-Wahl macht Hoffnung

Der rigide Sparkurs vieler EU-Mitgliedstaaten verändert die politische Landschaft in Europa. Nicht nur in den Krisenländern zeigen die Menschen, dass sie nicht gewillt sind, die Folgen der Finanzkrise allein zu tragen – mit Demonstrationen, Streiks und bei Wahlen. „Die Wählerinnen und Wähler in Frankreich und Griechenland haben deutlich gemacht, dass sie einen Kurswechsel in Europa wollen", erklärt der DGB-Vorsitzende Michael Sommer. Wie dieser Kurswechsel aussehen kann, hätten die Gewerkschaften in einem Vier-Punkte-Programm skizziert *(www.dgb.de/-/y4d)*.

„Wir brauchen ein Wachstumspaket für Europa, eine Finanztransaktionssteuer und eine wirkliche Regulierung der Finanzmärkte. Die Regierungen dürfen sich nicht weiter von Spekulanten erpressen lassen", sagt der DGB-Vorsitzende. Er hoffe darauf, dass die Bundeskanzlerin die Bedenken des neuen französischen Präsidenten François Hollande gegenüber dem Fiskalpakt ernst nimmt. Der Sozialist Hollande hatte erklärt, dass er den Fiskalpakt im Falle seiner Wahl neu verhandeln wolle. „Die Sparpolitik ist keine Unabwendbarkeit", bekräftigte er nach der Wahl. „Meine Mission ist es, Europa eine neue Perspektive von Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand – kurz: Zukunft – zu geben."

Foto: DGB/Martin Storz

Für gute Arbeit in Europa sind am 1. Mai bundesweit 419 000 Menschen auf die Straße gegangen. „In den TeilnehmerInnenzahlen spiegelt sich die Unzufriedenheit der Gewerkschaftsbewegung über die aktuelle Krisenpolitik der Bundesregierung und den rigiden Sparkurs in Europa wider", erklärt der DGB-Vorsitzende Michael Sommer und bedankt sich bei allen Beteiligten für den „gelungenen 1. Mai".

Annelie Buntenbach, im DGB-Vorstand für Europapolitik zuständig, ist überzeugt: Mit der Wahl Hollandes haben sich die Chancen auf einen Kurswechsel in Europa verbessert. In der Geschichte der EU habe Frankreich schon mehr als einmal entscheidende Beiträge geleistet, um das soziale Europa voran zu bringen. Sie betont: „Jetzt kommt es darauf an, dass Hollande ein echtes Wachstumspaket schnüren und mit anderen Partnern durchsetzen kann." Das müsse mehr sein als die „Mogelpackung", die EU-Kommission und Kanzlerin Merkel in Arbeit haben.

Es brauche einen Dreiklang aus Wachstum, Guter Arbeit und sozialer Gerechtigkeit, so Annelie Buntenbach. „Entscheidend ist, dass die Tarifautonomie in Europa besser geschützt, soziale Haltelinien eingezogen und die Lasten der Krise gerecht verteilt werden." Die europäischen Gewerkschaften seien weiterhin gefordert, gemeinsam mit Bündnispartnern aus Politik und Gesellschaft Druck für einen deutlichen Kurswechsel zu machen. •

plusminusBERLIN

+ MdB Kai Gehring (Bündnis 90/Die Grünen) fordert wegen der erwarteten hohen Studierendenzahl ein Nachjustieren des Hochschulpakts: Fehlende Studienplätze wären angesichts des Mangels an Fachkräften „unerträglich".

– CDU-MdB Monika Grütters hält den Hochschulpakt „gerade wegen seiner Flexibilität für ein erfolgreiches Modell". Forderungen der Opposition wie die Neuregelung des Hochschulzugangs seien „Panikmache".

inhalt

Seite 3
Betriebliche Rente
Die EU-Kommission will neue Regeln für die betriebliche Altersversorgung. DGB und Gewerkschaften kritisieren das Vorhaben

Seite 5
Langzeitgedächtnis
Das DGB-Archiv in Bonn archiviert alle Dokumente, Broschüren und Fotos des Deutschen Gewerkschaftsbundes für die Nachwelt. einblick hat einen Blick hinter die Kulissen geworfen

Seite 7
Gesellschaft im Umbruch
Ein grundlegender Umbau des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems ist machbar. Wie das gehen kann, erklärt der evangelische Sozialethiker Gerhard Wegner

Der Surf-Tipp fürs Internet

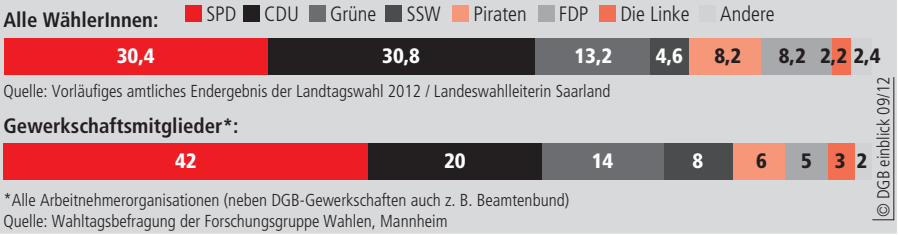
www.bit.ly/ilo_bericht2012
Der Weltarbeitsbericht der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zeigt: Die Lage auf den nationalen Arbeitsmärkten bleibt angespannt

Hintergrund

www.einblick.dgb.de/hintergrund
WSI: Statistisches Taschenbuch Tarifpolitik 2012 zum Download

Wahl in Schleswig-Holstein: CDU bei GewerkschafterInnen abgeschlagen

Stimmenanteile bei der Landtagswahl in Schleswig-Holstein vom 6. Mai 2012 (in Prozent)

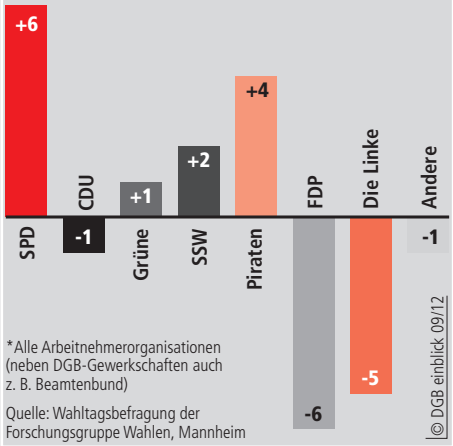


Quelle: Vorläufiges amtliches Endergebnis der Landtagswahl 2012 / Landeswahlleiterin Saarland

*Alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften auch z. B. Beamtenbund)
Quelle: Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim

SPD legt am stärksten zu

Stimmen von Gewerkschaftsmitgliedern* bei der Landtagswahl 2012 in Schleswig-Holstein – Veränderungen gegenüber 2009 (in Prozent)



*Alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften auch z. B. Beamtenbund)
Quelle: Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim

Mit 42 Prozent schneidet die SPD bei der Wahl in Schleswig-Holstein in der Gunst der gewerkschaftlich organisierten WählerInnen mehr als doppelt so gut ab wie die CDU (20%). Auf dem dritten Platz steht Bündnis 90 / Die Grünen mit 14 Prozent, gefolgt vom Südschleswigschen Wählerverband SSW mit acht Prozent und den Piraten mit sechs Prozent. Besonders hohe Verluste mussten die FDP mit einem Minus von sechs und die Linke mit einem Minus von fünf Prozentpunkten hinnehmen. Eine Koalition aus SPD, Grünen und SSW hätte vor allem unter den Gewerkschaftsfrauen eine große Mehrheit: Insgesamt 70 Prozent von ihnen gaben ihre Stimme einer der drei Parteien (SPD: 42%, Grüne: 19%, SSW: 9%) gegenüber 60 Prozent der gewerkschaftlich organisierten Männer (SPD: 42%, Grüne: 11%, SSW: 7%).

Ausbildung

Qualität anbieten

Zu einer guten Ausbildung gehören gute Ausbildungsbetriebe. Eine Expertise des DGB stellt diesen Zusammenhang anlässlich des Kabinettsbeschlusses zum Berufsbildungsbericht 2012 noch einmal klar. Im vergangenen Jahr blieben knapp 30 000 Stellen unbesetzt. Ausbildungswillige hätte es ausreichend gegeben, denn fast 78 000 junge Menschen waren auf der Suche nach einem Ausbildungsplatz. Die Arbeitgeberseite klagt häufig über die fehlende Ausbildungsreife. Doch, so die Expertise, betrachtet man die Branchen genauer, in denen der größte Mangel an Auszubildenden herrscht, dann zeigt sich, dass gerade dort auch die Bezahlung schlecht ist, Überstunden zum Berufsalltag gehören und die meisten Abbrecher zu finden sind.

Bei RestaurantfachleuteN, BäckerInnen oder KöchInnen liegt die Ausbildungsvergütung unter dem Durchschnitt, die Abbrecherquote ist mit über 40 Prozent extrem hoch. Während IndustriemechanikerInnen im Westen 865 Euro erhalten, müssen die künftigen Restaurantfachmänner und -frauen mit 625 Euro auskommen, BäckerInnen mit 500 Euro. Bestandene Abschlussprüfungen sind ein weiterer Indikator für gute Ausbildung. Auch hier zeigt sich: In Branchen, in denen es viele unbesetzte Stellen gibt, ist auch die Misserfolgsquote hoch.

Für den jährlichen Ausbildungsreport der DGB-Jugend wurden die Auszubildenden auch zur Ausbildungsqualität befragt. Diese Aussagen bestätigen die Daten der Expertise: Schlechte Ausbilder, Überstunden und geringe Bezahlung monieren die Auszubildenden in den Problembranchen. Das Fazit des DGB: Wenn Betriebe ihre Stellen besetzen wollen, dann müssen sie ihre Ausbildungsbedingungen erheblich verbessern. •

Mindestlohn

Schlechte Arbeit

„Wir wollen faire Löhne und gute Arbeit." Mit diesen Worten begründete der Vorsitzende Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Peter Weiß, den Beschluss einer Unionsarbeitsgruppe zum Mindestlohn, der allerdings „Lohnuntergrenze" heißt. Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer stellt denn auch fest: „Die Union tut jetzt so, als ob sie einen Mindestlohn einführt." Zwar hätten CDU/CSU erkannt, dass eine Lohnuntergrenze notwendig sei, doch der Vorschlag sei „völlig ungenügend". Sein Ratschlag an die Politiker: „Die Arbeitsgruppe sollte nachsitzen und ihren Vorschlag noch einmal grundlegend überarbeiten." •

Aufenthaltsrecht

Blaues Stückwerk

Die im Kabinett beschlossene Neuregelung zum Aufenthaltsrecht, die vor allem Hochqualifizierte nach Deutschland locken soll, ist für DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach eine „undurchdachte Einzelmaßnahme". Die Absenkung der so genannten Mindestgehaltsgrenze der neuen Blue-Card-Regelung habe schon bei der letzten Änderung nicht zum Erfolg geführt. Dennoch sei die Bundesregierung hier „auf ganzer Linie den Arbeitgeberverbänden gefolgt". Problematisch sei die Absenkung zudem, weil nun zwei Gruppen von Hochqualifizierten mit ähnlicher Mindestgehaltgrenze unterschiedliche Aufenthaltsgenehmigungen erhielten. Das Ziel müsse doch sein, qualifizierten ArbeitnehmerInnen mit Berufs- oder Hochschulausbildung und guter Integrationsprognose einen Daueraufenthalt in Deutschland zu ermöglichen. •

IGB

Forderungen an G20

Die internationale Gewerkschaftsbewegung fordert die ArbeitsministerInnen der G20-Staaten auf, in der weltweiten Krise ihre Anstrengungen für gute Arbeit zu erhöhen. Beim G20-Treffen in Mexiko am 17./18. Mai müssten die Schaffung neuer Jobs, aber auch deren Qualität auf der Tagesordnung stehen. Die hohe Jugendarbeitslosigkeit müsse bekämpft, die Arbeiterrechte gestärkt werden. Andernfalls würden soziale Spannungen weltweit zunehmen. Nach Ausbruch der Krise hätten die G20 zunächst effektive Maßnahmen ergriffen. Durch die Sparpolitik sei der Schwung jedoch verloren gegangen. So fehle etwa ein Pakt für Jugendbeschäftigung. •

www.bit.ly/G20_Stellungnahme

Betriebliche Altersvorsorge

EU will Zusatzrente regulieren

Die betriebliche Altersversorgung ist für immer mehr Deutsche eine zusätzliche Absicherung. Nachdem die Gewerkschaften in den vergangenen Jahren eine Reihe tarifvertraglicher Vereinbarungen dazu abgeschlossen haben, drohen nun Einschnitte durch die Europäische Kommission.

Die EU will – so hat sie ihre Ziele formuliert – eine angemessene, nachhaltige, transparente und insolvenzsichere Alterssicherung. Der DGB bewertet diesen Ansatz an sich positiv. Der Haken: Das Projekt „Solvency II", das bestehende Vorschriften für Versicherungsunternehmen modifizieren will, soll möglicherweise auch auf Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung, insbesondere Pensionskassen, ausgeweitet werden. Dies würde die Einrichtungen dazu zwingen, ihre Eigenkapitalreserven deutlich zu erhöhen.

Für die DGB-Rechtsexpertin Martina Perreng wäre diese Erweiterung nicht nur überflüssig, sondern schädlich. In Deutschland gibt es, so der DGB, mittlerweile in allen Branchen Tarifverträge zur betrieblichen Altersvorsorge. Die deutschen Systeme seien vor allem durch die Haftung des Arbeitgebers sehr gut gesichert, erklärte der DGB gegenüber der EU-Kommission. Deshalb sei eine solche Regulierung vollkommen überflüssig. Nur Schaden und keinen Nutzen sehen die gewerkschaftlichen ExpertInnen deshalb bei der Umsetzung der Regulierungen auf die betriebliche Altersversorgung zukommen. Für Heribert Karch, Geschäftsführer der MetallRente, wäre es „die Pervertierung des Sicherheitsprinzips der Betriebsrente". Deutsche Versorgungswerke hätten seit über 100 Jahren Rentenleistungen erbracht ohne Solvency II „und können das auch in Zukunft", kritisiert der Metaller. Die Chemie-Arbeitgeber bezeichnen es als „Katastrophe". Ihre Warnung: Viele Unternehmen wären gezwungen, Renten zu kürzen.

Neben der ersten Säule, der staatlichen Rente, gewinnt die betriebliche Zusatzversorgung zunehmend an Bedeutung. Im Idealfall können ArbeitnehmerInnen zwischen unterschiedlichen Modellen wählen. Voraussetzung ist allerdings, dass die Beschäftigten aktiv werden. Sie können den Arbeitgeber auffordern, bis zu vier Prozent ihres Einkommens bis zur Beitragsbemessungsgrenze auf einen Vorsorgevertrag umzuleiten.

Zusätzlich abgesichert

Nehmen Sie an betrieblicher Altersvorsorge teil?
Antworten von Erwerbstätigen zwischen 18 und 55 Jahren (in Prozent)

Die gleiche Studie zeigt: Gewerkschaftsmitglieder sind besser informiert. Der Anteil unter ihnen mit einer betrieblichen Altersversorgung liegt bei 46 Prozent.

Einige Unternehmen bieten Pensionskassen oder -fonds an, gibt es das nicht, muss der Arbeitgeber wenigstens eine Direktversicherung anbieten.

Obwohl die meisten Tarifverträge bereits seit einigen Jahren laufen, ist der Anteil der Beschäftigten, die ihre Rente auf diese Art aufstocken, noch immer verhältnismäßig gering. Nach einer Studie von TNS Infratest im Auftrag der Ergo-Versicherungsgruppe wussten 85 Prozent der Befragten nicht, dass es seit 2002 einen Rechtsanspruch auf eine Entgeltumwandlung gibt. Ein Drittel würde in eine Betriebsrente investieren, wenn sie bei einem Arbeitgeberwechsel weitergeführt werden kann. Offenbar ist ihnen nicht bekannt, dass es diese Regelung bereits gibt. Auf der Arbeitgeberseite sind es vor allem die kleinen Unternehmen, die weder eine Altersversorgung anbieten noch planen. 87 Prozent der Unternehmen mit über 500 Beschäftigten bieten eine betriebliche Altersversorgung. Aber erst 37 Prozent der kleinen und mittleren Betrieben offerieren ein solches Angebot. Hinzu kommt, dass die Frauen auch in der zweiten Säule der Altersversorgung schlechter abschneiden. Nach der Studie haben 34 Prozent der Männer, aber nur 25 Prozent der Frauen einen Betriebsrentenanspruch.

Ein weiteres Problem hat die IG Metall ausgemacht. Sie ließ eine Jugendstudie erstellen. Das Ergebnis: Die 17- bis 27-Jährigen überschätzen ihr eigenes Wissen im Hinblick auf die Altersvorsorge. Von einer Bruttoentgeltumwandlung haben nur 12 Prozent von ihnen überhaupt einmal gehört. Die Autoren der Metall-Studie befürchten, wenn nichts geschehe, „werden viele Jugendliche von heute im Alter unter prekären materiellen Bedingungen leben müssen". Kommt dann noch eine überflüssige Regulierung aus Europa, die eine betriebliche Altersversorgung für Arbeitgeber unattraktiv macht, wird die Altersabsicherung zusätzlich gefährdet. •

Tarifliche Regelungen

Seit 2008 gibt es das Chemie-Versorgungswerk (CVW), in den mittlerweile 1900 Chemiebetriebe in einen Demografiefonds einzahlen. Aktuell sind das pro Beschäftigtem 312,30 Euro im Jahr. Der Betrag steigt entsprechend den tariflichen Entgelterhöhungen. Über die Verwendung der Mittel entscheiden Unternehmen und Betriebsräte gleichberechtigt. Zum CVW gehört der Chemie-Pensionsfonds, den es bereits 2002 als Branchen-Pensionsfonds gab. Aus den CVW-Mittel finanzieren zwei Drittel der Betriebe eine zusätzliche Altersversorgung.

www.chemiepensionsfonds.de

Das Versorgungswerk MetallRente gibt es seit 2001 als gemeinsame Einrichtung von IG Metall und Gesamtmetall. Ursprünglich war es ein Konzept für die Metall- und Elektroindustrie. Seit 2007 ist die MetallRente eine GmbH, die auch offen ist für Betriebe, die nicht Mitglied im Arbeitgeberverband sind und für Verbände und Unternehmen, die nicht zur Metall- und Elektroindustrie gehören, wie Stahl, Textil sowie Holz und Kunststoff. Fünf Versicherungsunternehmen sind die Kooperationspartner. Das Versorgungswerk kann weitaus bessere Vertragsbedingungen aushandeln als ein einzelner Versicherungsnehmer.

www.metallrente.de

PROJEKTE UND PARTNER

August-Schmidt-Stiftung

3200 Waisen unterstützt

Seit 50 Jahren unterstützt die August-Schmidt-Stiftung der IG BCE junge Menschen, deren Eltern durch einen Arbeitsunfall oder eine Berufskrankheit verstorben sind. Bis zum Jahr 2011 half die Stiftung 3222 jungen Menschen, eine Ausbildung oder ein Studium zu absolvieren. So erhielten beispielsweise 1972 rund 480 Waisen Unterstützung, 2011 waren es 127. Finanziert wird die Stiftung unter anderem durch Spenden von Privatpersonen und Unternehmen. Insgesamt sind in den vergangenen 50 Jahren über eine Million Euro Spenden zusammengekommen. Anlass für die Gründung der Stiftung war ein schweres Grubenunglück im saarländischen Luisenthal mit insgesamt 299 Toten. Heute haben neben Unfall-Hinterbliebenen auch Kinder und Jugendliche, die einen Elternteil aufgrund einer berufsbedingten Krankheit wie Asbestose verloren haben, die Möglichkeit, gefördert zu werden. •

www.august-schmidt-stiftung.de

DGB-Filmpreis

Publikum entscheidet

Der DGB Niedersachsen–Bremen–Sachsen-Anhalt verleiht am 10. Juni beim Internationalen Filmfest Emden-Norderney den DGB-Filmpreis. Die Auszeichnung ist ein Publikumspreis: Die ZuschauerInnen entscheiden über die PreisträgerInnen. Am 8. Juni werden die Filme in Emden vorgestellt. Nominiert sind RegisseurInnen, die in ihren Filmen gesellschaftlich relevante Themen aufgreifen. Bereits vorab lädt die DGB-Jugend zu einem Filmfestseminar ein, um über sozialkritische Filme und die Arbeitsbedingungen in der Filmbranche zu diskutieren. •

www.niedersachsen.dgb.de/-/69p

WSI-Tarifarchiv

Ungleiche Vergütung

In Deutschland bestehen erhebliche regionale Unterschiede bei den tariflichen Ausbildungsvergütungen. Das zeigt eine Studie des WSI-Tarifarchivs in der Hans-Böckler-Stiftung. Demnach variieren die monatlichen Entgelte im dritten Ausbildungsjahr um bis zu 388 Euro. Dabei seien starke West-Ost- und Süd-Nord-Gefälle zu beobachten, erklärt der WSI-Tarifexperte Reinhard Bispinck.

Während die Unterschiede in der Metall-, Chemie- und Elektroindustrie gering ausfallen, gibt es die größten regionalen Differenzen im Hotel- und Gaststättengewerbe (bis zu 270 Euro), im Bauhauptgewerbe (bis zu 277 Euro) und im privaten Transport- und Verkehrsgewerbe (bis zu 388 Euro). Bundesweit einheitliche Vergütungen werden unter anderem bei Banken und Versicherungen, in der Druckindustrie, in der Papierverarbeitung und im öffentlichen Dienst gezahlt. Das WSI-Tarifarchiv hat Tarifverträge in 26 Wirtschaftszweigen ausgewertet. •

www.bit.ly/WSI-Tarifarchiv

Bündnis

Zocker zügeln

Die globalisierungskritischen Organisationen WEED, Oxfam und Attac sowie die Welthungerhilfe haben die Politik aufgefordert, Spekulationen auf Nahrungsmittel zu verbieten. Unter dem Motto „Spekulation macht unbezahlbar – Mit Essen zockt man nicht!“ wollen sie gegen Termingeschäfte auf den Finanzmärkten vorgehen. Anlass sind Verhandlungen auf EU-Ebene, an denen auch die Regierungen der Mitgliedstaaten teilnehmen. Besonders in der Kritik steht die schwarz-gelbe Bundesregierung. Oxfam kritisiert: „Finanzminister Schäuble und Kanzlerin Merkel haben sich – im Gegensatz zu den Franzosen – bis heute nicht dazu bekannt, die Spekulation mit Nahrung zu begrenzen.“ Der Hintergrund: Spekulationen auf Nahrungsmittel treffen vor allem die Ärmsten. Während der spekulativen Hochphasen wird Nahrung für Millionen Menschen unbezahlbar. Die NGG begrüßt die Aktion. Der Zusammenhang sei nicht von der Hand zu weisen, erklärte Franz-Josef Möllenberg. Bis Herbst läuft eine Unterschriften-Aktion, um die Bundesregierung zum Handeln zu bewegen. •

www.weed-online.org

interregio

••• Der ***DGB Niedersachsen*** zieht eine ***durchwachsene Bilanz*** der schwarz-gelben Regierungspolitik in Hannover. Der DGB kritisiert u.a., dass die Landesregierung die Zunahme der prekären Beschäftigung ignoriere. So fehle zum Beispiel ein wirksames Vergabegesetz. In der Kritik stehen zudem die Haushalts- und die Bildungspolitik. Neun Monate vor der Landtagswahl stellt der DGB-Landesvorsitzende Hartmut Tölle deshalb fest: „Die Politik der Landesregierung ist aus unserer Sicht grundsätzlich verbesserungswürdig. Unsere Bilanz ist eine Aufforderung, deutlich gegenzusteuern. Wir verbinden damit aber auch einen Appell an alle Parteien, unsere Inhalte zu berücksichtigen.“

www.niedersachsen.dgb.de

••• Der ***DGB-Bezirk Berlin-Brandenburg*** hat ***Klaus Wowereit,*** Regierender Bürgermeister von Berlin, ***aufgefordert,*** die Beamten in der Hauptstadt anständig zu bezahlen. Die DGB-Bezirksvorsitzende Doro Zinke fordert: „Schluss mit der Sanierung des Landeshaushaltes auf Kosten der Beamten.“ Der Senat plane, den Berliner Beamten dauerhaft weniger zu zahlen als den Beamten im Bund und in anderen Ländern. „Damit der Abstand beim Entgelt nicht weiter steigt, brauchen wir jetzt die gleichen Erhöhungen wie im Bund.“ Der DGB fordert, die Bezüge 2012 und 2013 zusätzlich um einen Mindestbetrag von jeweils 100 Euro zu erhöhen. So könnten die unteren Besoldungsgruppen schneller an die Höhe der Bundesbesoldung herangeführt werden.

www.berlin-brandenburg.dgb.de

••• Der ***DGB-Bezirk Baden-Württemberg*** freut sich über den ***Entwurf eines Tariftreuegesetzes.*** Damit gehöre nun auch Baden-Württemberg in die Riege der zehn Länder, in denen Lohndumping bei öffentlichen Aufträgen der Vergangenheit angehöre. Im Gesetz wurde ein Mindestlohn von 8,50 Euro festgeschrieben, der durch eine Günstigkeitsklausel nicht unterschritten werden darf. Das Gesetz ermöglicht „faire Wettbewerbsbedingungen“, lobt der DGB-Landesvorsitzende Nikolaus Landgraf.

www.bw.dgb.de

DGB-Archiv

Das Gedächtnis der Gewerkschaften

Ob der Nachlass des ersten DGB-Vorsitzenden Hans Böckler oder die Beschlüsse des letzten DGB-Bundeskongresses – im DGB-Archiv in Bonn werden alle Dokumente, Broschüren, Plakate, Korrespondenzen, Sitzungsprotokolle und Texte des Deutschen Gewerkschaftsbundes archiviert. einblick hat einen Blick hinter die Kulissen geworfen.

Würde man die 50 000 Dokumente, über die DGB-Archivar Klaus Mertsching wacht, aneinander reihen, ergebe dies eine Strecke von gut drei Kilometern. Seit 24 Jahren archiviert er nun alle Sitzungsprotokolle, Plakate und Fotos des DGB. Angefangen hat er im Rahmen eines Projektes, das die Bestände des DGB-Archivs mit dem Mitbestimmungsarchiv der Hans-Böckler-Stiftung vereinen sollte. 1995 wurde das komplette Material in das Archiv der Sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung integriert. Wie viele tausende Protokolle, Fotos, Gesprächsnotizen er seit dem in den Händen gehabt hat, weiß er nicht mehr. Dass er aber fast alle Facetten der Geschichte des Deutschen Gewerkschaftsbundes parat hat, wissen nicht nur Studierende und WissenschaftlerInnen zu schätzen.

„Neben der Unterstützung wissenschaftlicher Anfragen stehe ich vor allem auch dem DGB und den Gewerkschaften zur Seite, wenn es zum Beispiel darum geht, Beschlüsse von vergangenen Kongressen ausfindig zu machen." Die Arbeit im Archiv erfordert viel Erfahrung, um das jeweils benötigte Dokument in den Beständen zu finden. „Erfahrung, Bauchgefühl und Beharrlichkeit bei der Recherche führen zum Erfolg", erklärt Mertsching. Am Herzen liegen ihm vor allem die Nachlässe berühmter Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter. Angefangen von Hans Böckler über Otto Brenner, Heinz Kluncker, Willi Richter, Thea Hartmuth und Heinz Oskar Vetter bis zu Ernst Breit. „Anhand dieser Dokumente lassen sich ganze Epochen der Gewerkschaftsgeschichte in der Bundesrepublik nachzeichnen", erklärt er. Auch die Geschichte der Einheitsgewerkschaft ist im DGB-Archiv dokumentiert. So finden sich in den Räumen die Vermächtnisse der Christlich-Sozialen in den Gewerkschaften, wie zum Beispiel von Bernhard Tacke oder von Maria Weber, die über 25 Jahre im Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand gearbeitet hat.

Foto: AdSD

Ein Foto von etwa 100 000 im DGB-Archiv: Auf dem 12. DGB-Bundeskongress 1982 erhält der neu gewählte DGB-Vorsitzende Ernst Breit (links) vom ÖTV-Vorsitzenden Heinz Kluncker einen Besen überreicht. Breit war mit 97 Prozent der Stimmen gewählt worden.

„Kein historisches Projekt, das sich mit der Sozialpolitik in Deutschland befasst, kommt ohne die Quellenbestände des DGB-Archivs aus", ist sich der 63-Jährige sicher. Eine lange Reihe von Publikationen ist so in Kooperation entstanden, etwa Biografien führender GewerkschafterInnen wie Ludwig Rosenberg, Otto Brenner oder zuletzt der DGB-Vorstandsmitglieder Gerd Muhr und Maria Weber. Auch tausende AutorInnen von Hausarbeiten, Dissertationen, Habilitationen und Festschriften haben auf die Dienste zurückgegriffen.

Aktuell arbeitet Mertsching an zwei weiteren Editionsbänden der „Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert". Das Ziel: Alle bedeutenden Zeugnisse aus der Ära des DGB-Vorsitzenden Heinz Oskar Vetter von 1969 bis 1982 sollen hier dargestellt werden. Auch über die künftige Funktions- und Arbeitsweise des DGB-Archivs macht sich Mertsching Gedanken. Das Zeitalter der Digitalisierung wird die Nutzung verändern. So wird es für die NutzerInnen einfacher sein als bisher, Dokumente zur Gewerkschaftsgeschichte zu finden. „Wir planen so genannte Findbücher ins Internet zu stellen. Das bedeutet, eine Vorabrecherche kann von überall erfolgen." Alle Dokumente zu digitalisieren, hält er allerdings nicht für umsetzbar. Bis zu seinem Ruhestand im kommenden Jahr wird Mertsching deshalb weiterhin allen WissenschaftlerInnen und GeschichtsforscherInnen mit Rat und Wissen zu Seite stehen. •

Die Medien-Datenbank des DGB-Archivs kann kostenlos genutzt werden unter ***www.bit.ly/dgb_archiv***

E-Mails ins Archiv

HistorikerInnen stehen in Zukunft vor großen Problemen: Die Digitalisierung raubt ihnen die Quellen. Archivierbare Briefkorrespondenz gehört der Vergangenheit an. Besonders in der Arbeitswelt sind E-Mails das Kommunikationsmittel Nummer eins.

Das gilt auch für Gewerkschaften. Nicht nur aus diesem Grund geht ver.di deshalb neue Wege, um die gesamte E-Mail-Kommunikation des Bundesvorstandes zu archivieren. Zuständig dafür ist Mike Zuchet von der Friedrich-Ebert-Stiftung. Er erklärt: „Schon heute gibt es aus Sicht der Geschichtswissenschaft digitale schwarze Löcher."

Um diesen Löchern vorzubeugen, archiviert er in regelmäßigen Abständen E-Mails beim ver.di-Bundesvorstand. Dabei geht es ausschließlich um rein dienstliche und gewerkschaftspolitisch wichtige E-Mail-Korrespondenz. Zuchet betont: 70 Prozent aller Kommunikation läuft auch bei ver.di über den digitalen Weg.

ver.di führt zudem ein eigenes Archiv, in dem vor allem die Geschichte der Vorläufer-Gewerkschaften dokumentiert wird.

Die Homepage gibt einen Überblick unter ***www.archiv.verdi.de***

kurz&bündig

Die GdP will mit deutlich lesbaren Warnhinweisen auf Medikamentenpackungen das Unfallrisiko im Straßenverkehr mindern. Dass Schmerz- und Schlafmittel sich negativ auf die Fahrtüchtigkeit auswirkten, werde häufig übersehen, so Bernhard Witthaut, GdP-Vorsitzender.

Die EVG sagt mit ihrer „Frankfurter Erklärung" der Überlastung der Bahn-Beschäftigten den Kampf an. Darin fordert sie den Abbau von Überstunden und eine solide Personalplanung. Überstunden müssten die Ausnahme sein.

Nazi-Überfall

Prozess hat begonnen

Drei Jahre nach dem Nazi-Überfall auf den Demonstrationszug des DGB am 1. Mai 2009 in Dortmund stehen nun seit Ende April zwei Rädelsführer vor dem Dortmunder Amtsgericht. Die Staatsanwaltschaft wirft den beiden führenden Kadern der Dortmunder Autonomen Nationalisten Landfriedensbruch und Verstoß gegen das Versammlungsgesetz vor, nicht aber den gezielten und gewalttätigen Überfall auf die DGB-Demo.

Mehrere hundert Autonome Nationalisten überfielen damals zielgerichtet, mit Stöcken bewaffnet und Steine werfend, die GewerkschafterInnen. Die Polizei war auf diesen Angriff nicht vorbereitet. Es gab verletzte TeilnehmerInnen und PolizistInnen. Bereits an den ersten beiden Verhandlungstagen zeigte sich, dass es drei Jahre nach den Ereignissen vielen Zeugen schwerfällt, Details zu benennen. Das zuständige Gericht begründet den langen Zeitablauf mit „Überlast". Insgesamt sind sechs Verhandlungstage vorgesehen. •

www.dortmund-hellweg.dgb.de/-/69O

Globale Gewerkschaften

DHL im Visier

Nach der Deutschen Telekom steht nun mit der Deutschen Post DHL ein weiterer deutscher Global Player wegen Missachtung von Gewerkschafts- und Arbeitnehmerrechten im Visier der globalen Gewerkschaften. Anlässlich der Hauptversammlung der Deutschen Post DHL am 9. Mai in Frankfurt/Main haben UNI Global Union und die Internationale Transportarbeiter-Föderation (ITF) ein Weißbuch mit dem Titel „Unternehmerische Verantwortungslosigkeit: Globale Arbeitspraktiken bei Deutsche Post DHL aufgedeckt" vorgelegt. Der Bericht listet vor allem außerhalb von Europa zahlreiche Fälle von Behinderung der Gewerkschaftsarbeit auf und belegt den übermäßigen Einsatz von schlecht entlohnten Leiharbeitskräften.

Aus Sicht der Gewerkschaften stehen die Verletzungen von Arbeitnehmerrechten im krassen Widerspruch zum vom Konzern propagierten Engagement in Sachen Unternehmensverantwortung. Ziel der Gewerkschaften ist es, ein globales Rahmenabkommen abzuschließen, um zu gewährleisten, dass das Unternehmen die Arbeitnehmer-Grundrechte in allen Ländern respektiert. Die Kampagne wird vom IGB unterstützt. •

www.respectatdhl.org

Anzeige

Debeka Krankenversicherungsverein a. G.

Unser Verein auf Gegenseitigkeit – besser als jede Bürgerversicherung

Wir sind solidarisch, leistungsstark und bieten auch im Alter bezahlbare Beiträge.

anders als andere

Größte Selbsthilfeeinrichtung des öffentlichen Dienstes auf dem Gebiet der Krankenversicherung

Debeka-Hauptverwaltung
Ferdinand-Sauerbruch-Straße 18
56058 Koblenz
Telefon (02 61) 4 98 - 0

www.debeka.de

Debeka

Gesellschaft im Umbruch

Transformation wohin? Kapitalismus 4.0

Ein grundlegender Umbau des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems ist machbar. Davon ist der evangelische Sozialethiker Prof. Dr. Gerhard Wegner überzeugt.

Ein neues politisches Programm macht seit einiger Zeit die Runde: die „große Transformation". Gezeugt von vielen wurde es 2011 vom „Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen" zur Welt gebracht. Gefordert wird ein neuer Gesellschaftsvertrag, um angesichts der ökologischen Bedrohungen einen nachhaltigen Wandel einzuleiten. Das Expertengremium macht deutlich: Weder in sozialer, noch in ökologischer oder ökonomischer Hinsicht ist eine lebenswerte Zukunft durch das zu erreichen, was wir in den letzten Jahren als „Reformen" erlebt haben. Es braucht dringend eine Gesamtstrategie. Sie wird nur dann erfolgreich sein, wenn es gelingt, **eine grundlegende Transformation des die Welt beherrschenden Wirtschafts- und Gesellschaftsystems** zu erreichen, das sich immer noch am besten mit dem Begriff Kapitalismus erfassen lässt. Es geht um die Indienstnahme und Zivilisierung dieser höchst dynamischen Struktur.

Kann solch ein Vorhaben überhaupt Erfolg haben? Lassen sich die „Monster auf den Finanzmärkten", wie sie sogar ein deutscher Bundespräsident nannte, in nützliche Haustiere verwandeln? Geht nicht Kapitalismus immer mit zunehmender sozialer Ungleichheit und der hemmungslosen Ausbeutung der natürlichen Ressourcen einher? Bildet nicht die Legitimation der Gier geradezu seine Kernstruktur? Ob seine Zähmung gelingen kann, scheint gerade heute völlig offen zu sein. Skepsis ist berechtigt. Klar ist aber auch: Der Kapitalismus hat sich in seiner Geschichte nie völlig autonom entwickelt. Die Ausdehnung der Marktbeziehungen und die Verkehrung aller Dinge und Möglichkeiten in Waren stoßen auf den „Selbstschutz der Gesellschaft" (Karl Polanyi). **Die Menschen wehren sich gegen die Reduzierung ihres Selbst auf die beliebig handelbare Ware Arbeitskraft.** Immer wieder wird die moralische Ökonomie der menschlichen Beziehungen und Gemeinschaftsformen gegen die „Teufelsmühlen" des Kapitalprinzips in Anschlag gebracht. Das Bild eines festgefügten Systems trifft nicht zu; beim näheren Hinsehen werden Änderungspotenziale deutlich. So waren und sind das Ausmaß der Marktfreiheit und der Geltung von Wettbewerb, die Rolle des Staates, der Einfluss sozialpolitischer Gestaltung, das Maß an sozialer Ungleichheit und vor allem die reale Geltung von Demokratie und Menschenrechten höchst unterschiedlich in den Ländern der Welt verteilt. Das geht so weit, dass ein Land wie Schweden aus Sicht der USA als sozialistisch eingeordnet werden kann.

Dem katholischen Sozialethiker Friedhelm Hengsbach ist zuzustimmen: „Für mich ist der Kapitalismus ein ambivalentes gesellschaftliches Konstrukt. Als ökonomisches Funktionsgerüst – bestehend aus einem funktionsfähigen marktwirtschaftlichen Wettbewerb, einer elastischen Geldversorgung, einer kapitalintensiven Technik aus vorgeleisteter Arbeit und

Prof. Dr. Gerhard Wegner ist Leiter des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Evangelischen Kirche in Deutschland (SI der EKD) und Mitglied des Präsidiums des Diakonischen Werks der Ev.-Luth. Landeskirche Hannover.

vorwiegend privatautonom organisierten Unternehmen – erzeugt er eine konstruktive Dynamik mit außerordentlicher Produktivität und unermesslichem Wohlstand." Worum es mit der großen Transformation gehen muss, ist mithin **die Schaffung eines Kapitalismus 4.0,** der den Neoliberalismus (als dritte Stufe des Kapitalismus nach seiner liberalen und sozialstaatlichen Phase) ablöst. Der Neoliberalismus ist vor allem eine Rechtfertigungsideologie der Finanzmärkte, die heute weltweit dominieren. Effizienz und Dynamik dieses Wirtschaftssystems müssen steuerbar gemacht werden. Grundlegende Veränderungen sind dafür notwendig. Wir brauchen:

- die konsequente Aufwertung der Rolle des Staates durch die Stärkung der Demokratie,
- die Indienstnahme der Finanzmärkte: „Banking has to be boring again!",
- die Umstellung der Ökonomie in Richtung ökologischer Nachhaltigkeit,
- die Schaffung umfassend inklusiver, nachhaltiger und demokratischer Arbeitswelten, um Teilhabe aller zu verwirklichen.

Kleine Schritte reichen nicht – wir brauchen eine klare Orientierung. Höhere Deiche allein retten uns nicht vor einem Tsunami. Der wissenschaftliche Beirat „Globale Umweltveränderungen" hat zehn Maßnahmenbündel mit „großer strategischer Hebelwirkung" entwickelt. Sie machen deutlich: **Die „große Transformation" ist nicht nur notwendig – sie ist vor allem auch machbar.**

Foto: Sozialwissenschaftliches Institut der EKD

Der Kongress

Nachhaltig handeln, Wirtschaft neu gestalten, Demokratie stärken: Das sind die Ziele eines „Transformationskongresses", zu dem DGB, Deutscher Naturschutzring, Sozialwissenschaftliches Institut der EKD, „Brot für die Welt" und das Forschungsinstitut „FEST" am 8. und 9. Juni nach Berlin einladen.

Jenseits des politischen Tagesgeschäfts wollen drei wichtige gesellschaftliche Kräfte – Gewerkschaft, Evangelische Kirche und Umweltbewegung – gemeinsam mit namhaften WissenschaftlerInnen den Diskurs über die Zukunft von Arbeit und Demokratie, die Neuordnung der Wirtschaft, Verteilungsfragen und die Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft in Richtung auf eine nachhaltige Entwicklung fortführen.

Bereits im Vorfeld des Kongresses hat „Gegenblende", das Online-Debattenmagazin des DGB, die Debatte um die Kongressthemen eröffnet (www.gegenblende.de). In den ersten Beiträgen der aktuellen Ausgabe geht es vor allem um das Thema Wachstum. Es kann online mitdiskutiert werden.

www.transformationskongress.de

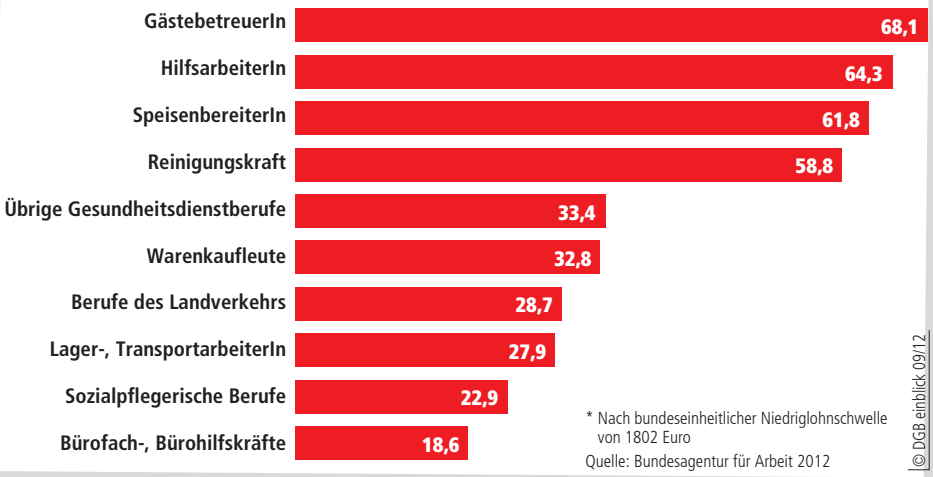
In der nächsten einblick-Ausgabe nimmt der DGB-Vorsitzende Michael Sommer Stellung zu den Kongressthemen.

dieDGBgrafik

NIEDRIGLOHNBEZIEHER/INNEN: Vor allem in Dienstleistungsjobs

Gästebetreuer, HilfsarbeiterInnen und SpeisenbereiterInnen arbeiten besonders häufig zu Niedriglöhnen. Das zeigen Zahlen der Bundesagentur für Arbeit (BA). Gleichzeitig müssen Beschäftigte in diesen Bereichen wie auch in der Leiharbeit häufig mit Hartz IV aufstocken. Nach den Berechnungen der Bundesagentur für Arbeit sind allein 4,6 Millionen Vollzeitbeschäftigte im Niedriglohnbereich tätig. Ihre Entgelte liegen zum Teil deutlich unter der Niedriglohnschwelle von 1802 Euro brutto.

Anteil von vollzeitbeschäftigten NiedriglohnbezieherInnen* in verschiedenen Branchen (in Prozent)



* Nach bundeseinheitlicher Niedriglohnschwelle von 1802 Euro
Quelle: Bundesagentur für Arbeit 2012

© DGB einblick 09/12

14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

14.5. Friedrich-Ebert-Stiftung, Diskussion „Das neue Thüringer Gleichstellungsgesetz – Ein Streitgespräch", Erfurt

14.5. Friedrich-Ebert-Stiftung, Veranstaltung „Burnout des Sozialen in der Arbeitsgesellschaft. Krankmachende Faktoren in der Arbeitswelt", Leipzig

14.5. GEW, Fachtagung „Psychische Belastungen am Arbeitsplatz Schule", Berlin

15.5. Internationaler Tag der Kriegsdienstverweigerung

15.-20.5. G8-Gipfel in Chicago/USA

17.-20.5. GEW, Treffen „14. Mai-Meeting der GEW", Haltern am See

19.5. ver.di Köln, Aktionstag „Wert der Kreativität", Köln

21.-27.5. DGB-Bildungswerk, Woche der Weiterbildung für Menschen mit Migrationshintergrund

22.5. Friedrich-Ebert-Stiftung, Diskussion „Länger arbeiten für weniger Geld? Gewerkschaftspolitische Strategien gegen die drohende Altersarmut", Erfurt

23.5. Bündnis für Gute Pflege, Podiumsdiskussion „Perspektiven für die Pflege älterer Menschen in Deutschland", Berlin

24.5. Friedrich-Ebert-Stiftung, Veranstaltung „Im Westen nichts Neues? Frankreich nach den Präsidentschafts- und vor den Parlamentswahlen", Weimar

30.5.-1.6. IG BCE, „6. Jahrestagung für Schwerbehindertenvertretungen", Haltern am See

Tipp

TV: Eurovision Song Contest mit IG BCE-Mitglied Roman Lob für Deutschland, ARD, 26.5., 20.15 Uhr

„Roman ist auch unser Mann für Baku", erklärt der IG BCE-Bezirk Neuwied-Wirges. Denn Roman Lob (21), der deutsche Teilnehmer am 57. Eurovision Song Contest, ist Mitglied der IG BCE. Im Finale in Baku, Aserbaidschan, tritt er mit seinem Song „Standing Still" gegen TeilnehmerInnen aus 26 Ländern an. Der Industriemechaniker ist mit 17 Jahren während seiner Ausbildung der Gewerkschaft beigetreten. Auch sein Vater ist langjähriges Mitglied und war unter anderem als Betriebsrat aktiv. Lob hat sich im Vorentscheid „Unser Star für Baku" durchgesetzt und will an den Erfolg seiner Vorgängerin Lena Meyer-Landrut anknüpfen.

Foto: Universal Music/Willi Weber

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke, Lena Clausen **Redaktionelle Mitarbeit:** Udo Böhlefeld, Birgit Böhret, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/30 88 24-0, Fax 030/30 88 24 20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

Der gesamten Druckauflage liegt ein Prospekt des Gemeinnützigen Erholungswerk e.V. (GEW) der IG BAU bei.

Schlusspunkt.

„Die Wirtschaft in Deutschland floriert, die Lage am Arbeitsmarkt ist ausgesprochen gut. Wir wollen und brauchen keine Wachstumsbremse Mindestlohn."

So erklärt FDP-Generalsekretär Patrick Döhring laut „Süddeutsche Zeitung" vom 2. Mai, warum Deutschland keinen Mindestlohn braucht.

Gesetzliche Krankenversicherung

Keine spezielle Badeprothese

Eine Badeprothese mit einem Schaft in Silikonlinertechnik kann grundsätzlich nicht auf Kosten der gesetzlichen Krankenversicherung verordnet werden.

Der Fall: Der bei der beklagten Krankenkasse gesetzlich krankenversicherten Frau wurde 2007 der rechte Unterschenkel amputiert. Sie erhielt durch die Krankenkasse eine Unterschenkelprothese. Im Juli 2008 verordnete der behandelnde Arzt zusätzlich eine Bade- und Schwimm-Unterschenkelprothese. Einen Antrag auf Kostenübernahme lehnte die Krankenkasse zunächst ganz ab, da es sich nicht um eine Kassenleistung handele. Im Widerspruchsverfahren stellten die Orthopädiemeister und Ärzte des Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung wegen einer zusätzlichen Einschränkung der Greiffähigkeit der linken Hand einen grundsätzlichen Bedarf für eine Bade- und Schwimmprothese fest. Danach bewilligte die Kasse eine solche in herkömmlicher Bauweise mit Weichwandschaft. Die Frau wollte aber eine Badeprothese mit Silikonlinertechnik, da dies auch der Ausstattung bei der anderen Prothese entspreche. Mit ihrer Klage hatte sie keinen Erfolg.

Das Landessozialgericht: Die teurere Badeprothese bietet insgesamt nur geringe Gebrauchsvorteile, zum Beispiel bei längeren Strandurlauben oder längerem Stehen im Wasser, die eine Kostentragung durch die gesetzliche Krankenversicherung nicht rechtfertigen. Zu erbringen ist nur eine ausreichende, zweckmäßige und wirtschaftliche Hilfsmittelversorgung. Die Frau kann allerdings im Rahmen ihres Wunsch- und Wahlrechts auch die teurere Prothese anschaffen, wenn sie die Mehrkosten trägt.

Landessozialgericht Rheinland-Pfalz,
Urteil vom 2. Februar 2012 - L 5 KR 75/10

Kündigung

Kein Grund bei Fremdvergabe

Die Kündigung einer Reinigungskraft kann trotz Fremdvergabe der Reinigungsarbeiten unwirksam sein.

Der Fall: Das Unternehmen hatte Umstrukturierungsmaßnahmen vorgenommen und dabei unter anderem die unternehmerische Entscheidung getroffen, die Reinigungsarbeiten nicht mehr durch eigene Kräfte durchzuführen, sondern diese per Fremdvergabe auszulagern. Gegenüber den Reinigungskräften, die tarifvertraglich ordentlich nicht mehr kündbar waren, wurde daraufhin eine außerordentliche Kündigung ausgesprochen. Die dagegen gerichtete Klage hatte Erfolg.

Das Landesarbeitsgericht: Der Arbeitgeber war nicht berechtigt, das Arbeitsverhältnis der Reinigungskraft durch außerordentliche Kündigung zu beenden. Er kann sich – ebenso wie bei anderen Verträgen – nicht ohne Weiteres von seiner Vertragsbindung gegenüber dem Arbeitnehmer lossagen, sondern muss die ordentliche Unkündbarkeit der Reinigungskraft bereits bei der Erstellung seines unternehmerischen Konzepts in Rechnung stellen. Umstände, dass die Auslagerung der Reinigungsarbeiten auf Dritte unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten unumgänglich gewesen sei, hat der Arbeitgeber nicht vorgetragen.

Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg
Urteil vom 7. Februar 2012 - 7 Sa 2164/11

Autor: Luis Ledesma, Kassel – einblick 9/12

URTEILE
einblick *aktuelle Entscheidungen zum Arbeits- und Sozialrecht*

Druckkündigung

Entschärfung der Lage geht vor

Eine Kündigung ist nicht wirksam, nur weil Arbeitskollegen ihrerseits mit Eigenkündigung drohen. Bevor der Arbeitgeber dem Druck von Arbeitskollegen nachgibt und eine Kündigung ausspricht, muss er konkrete Maßnahmen ergriffen haben, um die Drucksituation zu beseitigen.

Landesarbeitsgericht Schleswig-Holstein,
Urteil vom 20. März 2012 - 2 Sa 331/11

Feuerwehr

Bereitschaftsdienst auch in den Pausen

Feuerwehrleute müssen sich auch während ihrer Ruhepausen in der Feuerwache für Noteinsätze bereithalten. Zwar bestimmen die Arbeitszeitregelungen, dass die Arbeit spätestens nach sechs Stunden durch eine Pause zu unterbrechen ist. In dieser Zeit muss der Beamte weder Dienst leisten noch sich dafür bereithalten. Jedoch finden die Arbeitszeitvorschriften auf Berufsfeuerwehren keine Anwendung.
Denn dort ist es u.a. wegen der unterschiedlichen Spezialisierung der meisten Beamten objektiv unmöglich, in Pausen ohne Bereitschaftsdienst die erforderliche Vertretung und damit die Einsatzbereitschaft sicherzustellen.

Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz,
Urteil vom 23. März 2012 - 2 A 11355/11.OVG, 2 A 11356/11.O

Schwerbehindertenvertretung

Kein weltlicher Richter in der Kirche

Bei Rechtsstreitigkeiten der Schwerbehindertenvertretung eines kirchlichen Krankenhauses sind die weltlichen Arbeitsgerichte nicht zuständig.

Landesarbeitsgericht München,
Beschluss vom 11. April 2012 - 11 TaBV 18/12

Beamtenrecht

Urlaubsabgeltung bei Krankheit

Bei Eintritt in den Ruhestand hat ein Beamter Anspruch auf eine finanzielle Vergütung, wenn er seinen Anspruch auf bezahlten Mindestjahresurlaub von vier Wochen aus Krankheitsgründen ganz oder zum Teil nicht ausüben konnte. Für etwaige Ansprüche auf zusätzlichen bezahlten Urlaub kann jedoch die nationale Regelung die Zahlung einer finanziellen Vergütung ausschließen.

Europäischer Gerichtshof,
Urteil vom 3. Mai 2012 - C-337/10

Arbeitszeit

Auch während der Kinderbetreuung

Wenn eine teilzeitbeschäftigte pädagogische Mitarbeiterin eine Schulklasse auf Klassenfahrt begleitet, sind die vom Wecken der Kinder bis zum Beginn der Nachtruhe anfallenden pädagogischen und pflegerischen Tätigkeiten abzüglich der gesetzlichen Pausenzeiten insgesamt als Arbeitszeit zu werten.

Landesarbeitsgericht Niedersachsen,
Urteil vom 10. Februar 2012 - 12 Sa 597/11

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 29.05.2012 10/12

DGB

inhalt

Seite 3
Einfluss nehmen
Die Arbeit der GewerkschaftsvertreterInnen bei der Bundesanstalt für Arbeit ist Thema des Interviews mit dem DGB-Arbeitsmarktexperten Wilhelm Adamy

Seite 6/7
Lösungen suchen
Auf dem Transformationskongress des DGB am 8./9. Juni in Berlin geht es um die Zukunft der Gesellschaft, wie wir künftig leben und arbeiten wollen. Welche Ziele angestrebt werden, beschreiben der DGB-Vorsitzende Michael Sommer für die Gewerkschaften und Michael Müller für den Deutschen Naturschutzring

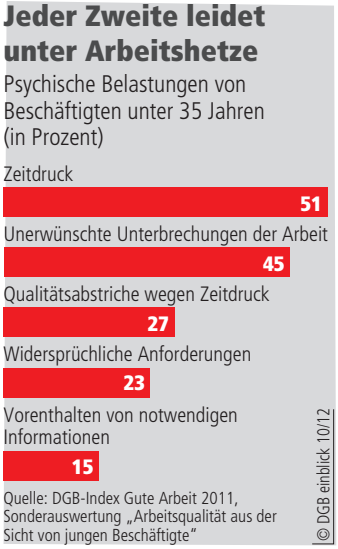
Junge Beschäftigte

Arbeitsstress und Unsicherheit

Junge Beschäftigte sind konfrontiert mit unsicherer Beschäftigung und Armutslöhnen. Gleichzeitig steigt der Arbeitsdruck, die Anforderungen an die einzelnen ArbeitnehmerInnen nehmen zu. Das ist das Fazit einer Sonderauswertung des DGB-Index Gute Arbeit 2011 mit dem Fokus auf Beschäftigte unter 35.

Das Ergebnis der Studie offenbart Handlungsbedarf: Rund die Hälfte der jungen Beschäftigten leiden unter Zeitdruck und Arbeitshetze. 41 Prozent machen fünf und mehr Überstunden pro Woche. 70 Prozent der jungen Beschäftigten sind in den letzten 12 Monaten mindestens einmal zur Arbeit gegangen, obwohl sie sich richtig krank gefühlt haben. Arbeitsdruck und Stress sind so groß, dass es mehr als einem Viertel der Beschäftigten schwer fällt, nach dem Ende der Arbeitszeit abzuschalten.

Zum vierten Mal hat der DGB im Rahmen des Index Gute Arbeit eine Sonderauswertung zu den jungen Beschäftigten vorgenommen. Dabei wurde nach der Einkommenssituation und den Arbeitszeiten, der Arbeitsintensität und den psychischen wie physischen Belastungen gefragt. Wer psychische Belastungen und Burnout bislang eher bei ArbeitnehmerInnen ab 50 vermutete, wird durch die Studie eines Besseren belehrt. Besonders hoch sind die Belastungen in Pflegeberufen: 67 Prozent der jungen Beschäftigten in Gesundheitsberufen haben das Gefühl, ständig unter Zeitdruck zu stehen. Aber auch 60 Prozent der jungen ArbeitnehmerInnen im Baugewerbe klagen über Arbeitshetze.



Bereits zu Beginn des Berufslebens ist der Stress immens: Mehr als die Hälfte aller unter 35-Jährigen leidet unter Zeitdruck.

Für die jüngeren Beschäftigten fangen die Probleme beim Einkommen und der Art ihrer Beschäftigung an. Lediglich die Hälfte der Befragten ist unbefristet beschäftigt und verdient mehr als 1500 Euro im Monat. Fast jede/r vierte bezieht ein Einkommen unter 1500 Euro, jede/r sechste weniger als 800 Euro. „Von Planungssicherheit kann bei vielen der Befragten keine Rede sein", stellt die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock fest. Etwa ein Fünftel sei befristet beschäftigt, jede/r zehnte arbeite in Leiharbeit oder als Minijobber. „Gerade sie sind verunsichert, und das in einer Lebensphase, in der für viele die weitere Lebens- und Familienplanung ansteht", so Ingrid Sehrbrock weiter.

Ein zentrales Problem liegt in der Entgrenzung der Arbeitszeit. Überstunden und der Trend, die Arbeit mental mit nach Hause zu nehmen, führen dazu, dass die Zeit zur Regeneration nicht reicht. DGB-Bundesjugendsekretär René Rudolf sieht damit den „Burnout in der Mitte der Gesellschaft angekommen". Es sei notwendig, die belastenden Faktoren anzugehen. „Befristete Beschäftigung darf nicht zum Normalfall, Minijobs müssen neu geregelt werden. Und was die psychischen und körperlichen Belastungen der Beschäftigten angeht, brauchen wir mehr Mitbestimmung, mehr Kontrollen und stärkere Sanktionen." •

plusminusBERLIN

+ ***„Frauen verdienen das gleiche Gehalt wie Männer – sie bekommen es nur nicht", begründete Anette Kramme, Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion für Arbeit und Soziales, den SPD-Entwurf für ein Entgeltgleichheitsgesetz.***

– ***„Da muss man den Arbeitsmarkt deregulieren", lautete der Vorschlag des CDU-MdB Norbert Barthle auf den Vorwurf der Opposition, die Regierung kümmere sich nicht um die Jugendarbeitslosigkeit in Europa.***

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.ituc-csi.org/play-fair.html
IGB-Kampagnen-Portal „Play Fair" für menschenwürdige Arbeitsbedingungen im Vorfeld von Sportveranstaltungen, wie den Olympischen Spielen oder Fußball-Weltmeisterschaften

Hintergrund

www.einblick.dgb.de/hintergrund
Sonderauswertung des DGB-Index Gute Arbeit 2011 über junge Beschäftigte

DIW-Studie

Geringverdiener arbeiten länger

Weniger Einkommen, aber längere Arbeitszeiten: Das ist für GeringverdienerInnen der Normalfall. Nach einer neuen Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) arbeiten knapp 900 000 Vollzeitbeschäftigte mit Niedriglohn 50 Wochenstunden und mehr. Für DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach ist das Ergebnis „besonders perfide". Ausgerechnet Geringverdiener würden „ausgequetscht wie eine Zitrone". Häufig findet sich diese negative Kombination laut der DIW-Befragung bei KraftfahrerInnen und im Gastgewerbe. Für den NGG-Vorsitzenden Franz-Josef Möllenberg ist das Ergebnis logisch: „Hungerlöhne führen ja gerade dazu, dass die Betroffenen ihre Stundenzahl erhöhen und ihre Gesundheit gefährden." Sein Fazit: Die Studie stützt die gewerkschaftliche Forderung nach einem Mindestlohn. Annelie Buntenbach erwartet darüber hinaus eine bessere Kontrolle des Arbeitszeitgesetzes. Es sei offensichtlich, dass die gesetzliche Wochenarbeitszeit von maximal 48 Stunden von vielen Arbeitgebern „systematisch" ignoriert werde. •

www.bit.ly/studiediw

ILO-Report

Jugendarbeitslosigkeit nimmt zu

Fast 75 Millionen Jugendliche auf der ganzen Welt sind arbeitslos – das ist das traurige Fazit des ILO-Berichtes „Global Employment Trends for Youth 2012". Nach dem gerade erschienenen Bericht setzte die Weltwirtschaftskrise dem allmählichen Rückgang der Jugendarbeitslosigkeit ein jähes Ende. Seit 2008 nimmt die Arbeitslosigkeit der jungen Generation zu. Für das laufende Jahr prognostiziert der Bericht eine Quote von 12,7 Prozent – ein Prozentpunkt oder vier Millionen mehr Jugendliche ohne Job als zu Beginn der Krise 2007. Die ILO erwartet, dass weltweit die Jugendarbeitslosigkeit bis 2016 nicht sinken wird. •

www.bit.ly/ilo_jugend

Mindestlohngesetz

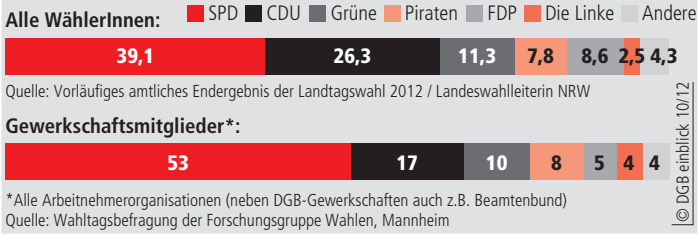
Bremen geht voran

Als erstes Bundesland will die Hansestadt Bremen ein Mindestlohngesetz verabschieden. Zwar können Senat und Bürgerschaft keine umfassenden Vorgaben für die Privatwirtschaft regeln, aber das geplante Gesetz soll sicherstellen, dass alle Beschäftigten in Unternehmen, die mehrheitlich der öffentlichen Hand gehören, einen Mindestlohn von 8,50 Euro bekommen. Ebenso müssen Firmen, die öffentliche Aufträge, Bürgschaften oder Landesmittel erhalten, den Mindestlohn zahlen. Dies gilt dann ebenso für Vereine und Verbände, die bezuschusst werden.

Während die Bremer nach Verbesserungen suchen, ist der Berliner Senat dabei, die existierende Vergaberechtregelung einzuschränken. Im Wirtschaftsausschuss beschlossen die Abgeordneten der SPD/CDU-Regierung, die Vorgaben des Gesetzes einzuschränken. Der Mindestlohn von 8,50 Euro soll dann nicht schon bei Aufträgen ab 500 Euro gelten, sondern erst ab einem Volumen von 10 000 Euro. Doro Zinke, DGB-Vorsitzende von Berlin-Brandenburg, appellierte an die Abgeordneten, die Änderung nicht einfach zu akzeptieren, sondern „sich Zeit für eine sachliche Debatte zu nehmen". •

NRW-Wahl: Mehr als die Hälfte aller GewerkschafterInnen wählen SPD

Zweitstimmen bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen vom 13. Mai 2012 (in Prozent)

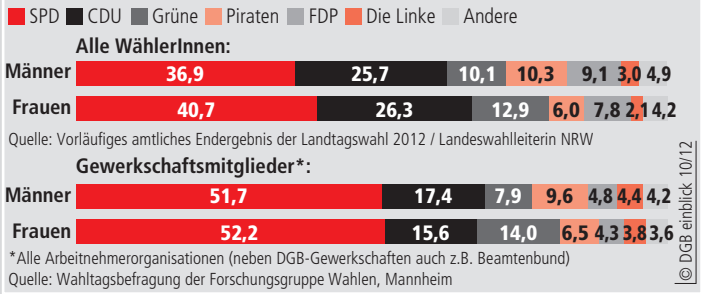


Quelle: Vorläufiges amtliches Endergebnis der Landtagswahl 2012 / Landeswahlleiterin NRW

*Alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften auch z.B. Beamtenbund)
Quelle: Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim

Frauen für Kraft

Zweitstimmen bei der NRW-Landtagswahl 2012 nach Geschlecht (in Prozent)



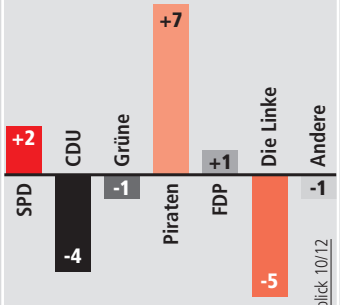
Quelle: Vorläufiges amtliches Endergebnis der Landtagswahl 2012 / Landeswahlleiterin NRW

*Alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften auch z.B. Beamtenbund)
Quelle: Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim

Mit 53 Prozent erreicht die SPD bei der Wahl in Nordrhein-Westfalen unter den gewerkschaftlich organisierten WählerInnen einen mehr als dreimal so hohen Stimmenanteil wie die CDU (17%). Auf dem dritten Platz folgen Bündnis 90/Die Grünen mit zehn Prozent. Mit einem Plus von sieben Prozentpunkten kann die Piratenpartei auch unter den GewerkschafterInnen den höchsten Zuwachs verbuchen. Hohe Verluste mussten die Linke mit einem Minus von fünf und die CDU mit einem Minus von vier Prozentpunkten hinnehmen. Die von Hannelore Kraft (SPD) geführte rot-grüne Landesregierung steht bei Frauen hoch im Kurs – über 53 Prozent der Wählerinnen stimmten für Rot-Grün (SPD: 40,7%, Grüne: 12,9%). Vor allem bei den Gewerkschaftsfrauen: Mehr als 66 Prozent von ihnen votierten für Rot-Grün (SPD: 52,2%, Grüne: 14,0%) gegenüber knapp 60 Prozent der gewerkschaftlich organisierten Männer (SPD: 51,7%, Grüne: 7,9%).

Gewinne für die Piraten

Stimmen von Gewerkschaftsmitgliedern* bei der Landtagswahl 2012 in NRW – Veränderungen gegenüber 2010 (in Prozent)



*Alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften auch z. B. Beamtenbund)
Quelle: Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim

Leiharbeit

Bessere Bedingungen

Faire Arbeitsbedingungen für LeiharbeiterInnen will der Bundesrat über die Entschließung „Faire und sichere Arbeitsbedingungen" bei der Bundesregierung durchsetzen. Auf Antrag der Länder Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen wurde eine entsprechende Drucksache bei der letzten Sitzung der Länderkammer am 11. Mai eingebracht. Die Vorlage wird jetzt in den Fachausschüssen beraten. •

Gewerkschaften in der Bundesagentur für Arbeit

Vorsichtiger Optimismus

Die Bundesagentur für Arbeit (BA) wurde in diesem Jahr 60 Jahre alt. Der DGB-Arbeitsmarktexperte Wilhelm Adamy ist Sprecher der Gewerkschaftsgruppe im Verwaltungsrat. Mit welchen Problemen sich das Gremium beschäftigt und wie durchsetzungsstark die ArbeitnehmervertreterInnen sind, wollte der einblick wissen.

■ Du sitzt auf der Arbeitnehmerbank der BA. Wie groß ist euer Einfluss?

■ *Unsere Rechte im Verwaltungsrat unterscheiden sich deutlich von denen in Aufsichtsräten. Der Gesetzgeber hat unsere Handlungsmöglichkeiten – gerade mit den Hartz-Gesetzen – massiv eingeschränkt. Zudem stellen wir nur ein Drittel der Stimmen, neben den Arbeitgebern und der öffentlichen Hand. Da kommen gewerkschaftliche Erfolge dem Bohren dicker Bretter gleich.*

■ Wo waren denn die Bretter besonders dick?

■ *Wir brauchten zum Beispiel viel Überzeugungsarbeit, um vor einigen Jahren die Plätze in der außerbetrieblichen Ausbildung um mehr als 30 000 zu erhöhen. Dann haben wir durchgesetzt, dass die Arbeitsagenturen sich nicht nur um Arbeitslose kümmern, sondern ebenfalls um Beschäftigte, die ein hohes Risiko haben, arbeitslos zu werden. Und es ist ebenfalls das Verdienst der Arbeitnehmervertretung, dass wir seit 2006 das Sonderprogramm „WeGebAU" haben, mit dem Beschäftigte im Betrieb gefördert und weitergebildet werden. Wir haben damals unsere Zustimmung zum Haushalt von der Zusage für eine solche Initiative abhängig gemacht.*

■ Und das funktioniert immer?

■ *Das hängt von der Situation ab. So haben wir uns vor einigen Jahren massiv mit allen über die geplante Ausweitung der privaten und gewerbsmäßigen Arbeitsvermittlung gestritten. Wir konnten die gesetzliche Ausweitung der privaten, gewinnorientierten Vermittlung nicht verhindern, aber durchsetzen, dass die BA selbst Modellversuche zur besseren Vermittlung durchführt. Gleichzeitig haben wir dann mit dem Hauptpersonalrat der BA ein Gegenmodell entwickelt, das eine intensive und ganzheitliche Betreuung und Unterstützung von Arbeitslosen gewährleistet. Das war erfolgreich. Dieses Modell der Intensivbetreuung wird jetzt stufenweise in allen Agenturen umgesetzt.*

■ Gehört der Streit zum Geschäft?

■ *Nein, bei den Entscheidungen gibt es oft wechselnde Mehrheiten. Geht es um die Mittel zur Förderung Arbeitsloser, können wir meistens mit den Stimmen der öffentlichen Hand – in dem Fall der Bundesländer – rechnen. Aber es gibt auch einstimmige Voten mit den Arbeitgebern. Beispielsweise wenn der Bund wieder einmal in die Taschen der Beitragszahler greifen will. So haben wir gemeinsam erfolgreich gegen die Bundesregierung geklagt, weil sie die Rentenbeiträge für die Menschen in Behindertenwerkstätten nicht mehr aus Steuermitteln finanzieren wollte.*

Ein weiterer Rechtsstreit ist noch nicht entschieden. Dabei geht es um die Mittel aus der arbeitgeberfinanzierten Insolvenzrücklage, die der Bund vereinnahmt hat. Auch bei Präventionsthemen für Jugendliche sind wir häufig einer Meinung.

■ Ist der Verwaltungsrat in seiner jetzigen Konstruktion aus gewerkschaftlicher Sicht ausreichend stark gegenüber dem Vorstand?

■ *Nein. Im Gegenteil. Der Gesetzgeber greift stärker ein und hat die Aufgabe des Verwaltungsrates weitgehend auf die nachträgliche Überwachung des Vorstandes und des operativen Geschäfts reduziert. Dazu kommt: Im Hartz IV-System gibt es kein Gremium, in dem Gewerkschaften und Arbeitgebern ein inhaltliches Beteiligungsrecht zugestanden wird. Es wurde uns nicht einmal ein Informationsrecht eingeräumt. Das Hartz-IV-System trägt erheblich zur Deregulierung des Arbeitsmarktes bei. Doch gewerkschaftliche Einflussmöglichkeiten wollen sowohl der Bund als auch die Länder mit Macht verhindern.*

Foto: DGB

Wilhelm Adamy, Leiter des Bereichs Arbeitsmarktpolitik beim DGB-Bundesvorstand, gehört seit 1986 den Nürnberger BA-Gremien an.

■ Gibt es ein Zukunftsmodell aus gewerkschaftlicher Perspektive?

■ *Ich bin vorsichtig optimistisch, dass im Versicherungssystem mit der geplanten Reformstufe in den nächsten Jahren neue Ansätze probiert werden. In erster Linie muss es darum gehen, berufliche Aufstiegs- und nicht Abstiegsprozesse zu fördern. Außerdem muss die Qualifizierungsberatung ausgebaut und die nachhaltige Eingliederung verbessert werden. Zudem darf sich gewerkschaftliche Arbeitsmarktpolitik nicht nur darauf beschränken, die BA-Verwaltung für Kurskorrekturen zu gewinnen. Sie muss auch gesellschaftliche Vorurteile gegenüber Arbeitslosen und der Arbeitsförderung abbauen.* •

Die Bundeagentur für Arbeit

Zum 1. Mai 1952 trat das Gesetz für die „Bundesanstalt für Arbeit" in Kraft. Seit 2004 heißt die Institution nun moderner „Bundesagentur für Arbeit" (BA). Die Körperschaft des öffentlichen Rechts ist mit fast 120 000 Beschäftigten der größte Arbeitgeber des Bundes. Das Budget der Arbeitslosenversicherung beträgt 38 Mrd. Euro im Haushaltsjahr 2012.

An der Spitze steht der Vorstand mit dem Vorsitzenden Frank-Jürgen Weise. Selbstverwaltungsorgane sind der Verwaltungsrat und der Verwaltungsausschuss bei den örtlichen Agenturen. Sie überwachen die Arbeit des Vorstandes und der Geschäftsführung und beraten den Vorstand.

Beide Selbstverwaltungsgremien sind drittelparitätisch besetzt. Der Verwaltungsrat besteht aus jeweils sieben VertreterInnen der Gewerkschaften, Arbeitgeber und der öffentlichen Hand (Bund, Länder, Kommunen), die Verwaltungsausschüsse haben jeweils 4 Mitglieder

VertreterInnen der Gewerkschaften sind: DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach, Wilhelm Adamy (DGB), Egbert Biermann (IG BCE), Isolde Kunkel-Weber (ver.di), Michaela Rosenberger (NGG), Dietmar Schäfers (IG BAU), Hans-Jürgen Urban (IGM). Zusätzlich gibt es fünf Stellvertreterinnen.

PROJEKTE UND PARTNER

Wettbewerbe

Gegen Rassismus

Unter dem Motto „Zeig dein Foto von Respekt!" rufen IG Metall und die Initiative „Respekt! Kein Platz für Rassismus" zu einem Fotowettbewerb auf. Gesucht werden Fotos, die zeigen, was Respekt im Umgang miteinander bedeutet – Momentaufnahmen aus dem Alltag ebenso wie inszenierte Bilder. Es winken Geldprämien bis 1000 Euro. Einsendeschluss ist der 10. Oktober. Zur Jury gehören neben IG Metall-Vorstandsmitglied Bertin Eichler und Dr. Klaudia Tietze, Geschäftsführerin des Gelbe-Hand-Vereins „Mach meinen Kumpel nicht an", unter anderem Betriebsräte und eine Jugend- und Auszubildendenvertreterin.

Bereits zum siebten Mal schreibt der Kumpel-Verein für 2012/13 den Wettbewerb „Die Gelbe Hand" aus, der sich insbesondere an BerufsschülerInnen und Auszubildende richtet. Neue Schirmherren des Wettbewerbs sind Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann und Alexander Kirchner, Vorsitzender der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG). Mehr zum Wettbewerb im nächsten einblick. •

www.igmetall.de/respekt
www.gelbehand.de

Otto-Brenner-Stiftung

„Bild" und Wulff

„Wer Bild für guten Journalismus lobt, muss Stalker für ihre Treue, Schwarzfahrer für umweltfreundliches Verkehrsverhalten und Schmuggler für das Überwinden von Grenzen auszeichnen." Dies ist das Fazit der Autoren Hans-Jürgen Arlt und Wolfgang Storz aus ihrer Studie „‚Bild' und Wulff – Ziemlich beste Partner". Die Fallstudie entstand im Auftrag der Otto-Brenner-Stiftung.

Es ist die zweite Bild-Studie der beiden Medienexperten. Gut 1500 Meldungen zu Wulff wurden ausgewertet. Arlt und Storz stellen fest: „Immer macht Bild seinem Publikum etwas vor." Und letztlich sei das Massenblatt nichts anderes als eine „reine große Inszenierung". Eine besondere Aktualität erhielt die Untersuchung Mitte Mai: Der renommierte Henri-Nannen-Journalistenpreis ging für den Bereich „Investigativer Journalismus" an das Hamburger Massenblatt für seine Wulff-Berichterstattung. Gleichzeitig vergab die Jury den Preis auch an die Süddeutsche Zeitung. Die SZ-Redakteure nahmen den Preis nicht an. •

www.bit.ly/obs_bild

Rentenpolitik

Stabilität statt Lebensstandard

Der Paradigmenwechsel in der Rentenversicherung – weg von der Sicherung des Lebensstandards im Alter hin zur Armutsvermeidung - ist das Thema einer Veranstaltung des DGB und der Deutschen Rentenversicherung Baden-Württemberg. DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach und Johannes Steffen von der Arbeiterkammer Bremen sind die Referenten der Veranstaltung „Für eine Rente mit Niveau" am 20. Juni in Stuttgart. •

Anmeldung per Fax: 0711 848 101 99 oder E-Mail: bvsv@drv-bw.de.
www.bw.dgb.de

IG BCE

Pharmastandort

Neue Gesetze oder auch der verschärfte Wettbewerb führen in der pharmazeutischen Industrie zu Umstrukturierungen. Auf der Berliner IG BCE-Fachtagung „Pharmastandort Deutschland" werden die unterschiedlichen Fragestellungen und Probleme diskutiert. •

Anmeldung für die Tagung vom 28. bis 29. Juni: bws@igbxe.de; www.igbce-bws.de

DGB-Bildungswerk

Gipfel zur Prävention

Können Manager Unternehmen gesundheitsgerecht führen? Eine Frage, die der 5. Gesundheitsgipfel des DGB-Bildungswerks vom 5. bis 10. Oktober in Grainau beantworten will. Zum Gipfelthema „Prävention und Gesundheitsförderung" werden auch gute Beispiele vorgestellt. Veranstaltungsort ist die Zugspitze, „um die besondere Bedeutung der Veranstaltung herauszustellen", wie das DGB-Bildungswerk in der Einladung erklärt. •

www.betriebsrätequalifizierung.de

Fotoausstellung

Arbeit im Bergbau

Anlässlich des Endes der saarländischen Kohleförderung im Juni 2012 lädt die Arbeitskammer des Saarlandes zu einer Fotoausstellung ins „Haus der Beratung" in Saarbrücken ein. Kaum etwas anderes hat der Region an der Saar so ihren Stempel aufgedrückt wie der Steinkohlebergbau. Die Ausstellung „Gesichter des Bergbaus" zeigt noch bis zum 31. Juli die schönsten Porträts aus der Epoche des Bergbaus an der Saar.

„Arbeitswelten heute in Deutschland" ist das Motto eines Fotowettbewerbs, den die Arbeitskammer aktuell ausgeschrieben hat. •

www.arbeitskammer.de/fotopreis2012

interregio

••• Der ***DGB-Bezirk Nord*** wünscht sich von der neuen Landesregierung in Schleswig-Holstein vor allem ***faire Löhne.*** Das nördlichste Bundesland sei der „Lohnkeller der Nation", kritisiert der Bezirksvorsitzende Uwe Polkaehn. Der DGB erwarte „engagierte Maßnahmen", wie beispielsweise einen „Bundesratsantrag für einen gesetzlichen Mindestlohn".

www.nord.dgb.de

••• Der ***DGB-Bezirk Nordrhein-Westfalen*** will eine ***„zukunftsfähige Grenzregion"***. Deutschland und die Niederlande müssten handeln, um die Infrastruktur zu verbessern. Dabei stellt der Bezirksvorsitzende Andreas Meyer-Lauber klar: „Nur wenn wir Arbeit, Umwelt und Logistik zusammen denken, wird es uns gelingen, die Grenzregion zukunftsfähig zu gestalten." *www.nrw.dgb.de*

••• Die Frauen im ***DGB-Bezirk Baden-Württemberg*** starteten eine ***gemeinsame Kampagne*** mit Verbänden, um den Frauenanteil in den Gemeinderäten zu erhöhen. Die stellvertretende Bezirksvorsitzende Marion von Wartenberg wünscht sich, dass künftig die „weibliche Bevölkerung von Baden-Württemberg an den politischen Prozessen gleichberechtigt beteiligt ist".

www.bw.dgb.de
www.halbe-kraft-reicht-nicht.de

Branchenzuschläge

Mehr Fairness für Leiharbeiter

IG Metall, Bundesverband der Personaldienstleister (BAP) und Interessenverband Deutscher Zeitarbeitsunternehmen (iGZ) haben sich am 22. Mai auf einen Tarifvertrag über Branchenzuschläge für die rund 240 000 Leiharbeitskräfte in der Metall- und Elektroindustrie geeinigt. Danach erhalten diese auf ihr Grundentgelt einen stufenweisen Zuschlag von bis zu 50 Prozent, der die Entgeltdifferenz zur Stammbelegschaft teilweise ausgleicht. Nach sechs Wochen Einsatzdauer beträgt dieser Branchenzuschlag 15, nach dem dritten Monat 20, nach dem fünften Monat 30, nach sieben Monaten 45 und nach weiteren zwei Monaten 50 Prozent. Für einen Leiharbeitnehmer in der untersten Entgeltgruppe beträgt der Zuschlag je nach Einsatzdauer zwischen 186 Euro und 621 Euro pro Monat.

„Das Ergebnis ist ein wichtiger Schritt hin zur fairen Bezahlung von Leiharbeitnehmern", urteilt Helga Schwitzer, Vorstandsmitglied und Verhandlungsführerin der IG Metall. Der Tarifvertrag tritt am 1. November in Kraft und läuft bis Ende 2017.

Die Einigung zur Leiharbeit hänge eng mit dem wenige Tage zuvor in Baden-Württemberg abgeschlossenen Pilottarifvertrag für die Branche zusammen, der den Betriebsräten mehr Kontrollrechte beim Einsatz von Leiharbeit einräumt. Nach zwei Jahren Tätigkeit in einem Betrieb soll den Leiharbeitskräften ein Stammarbeitsplatz angeboten werden. Regulierung im Entleihbetrieb und Branchenzuschläge seien zwei Seiten derselben Medaille, so Schwitzer.

Mit der Einigung über die Branchenzuschläge für LeiharbeiterInnen sei ein wesentliches Ziel zur Verbesserung der Bedingungen von Leiharbeitnehmern in der Metall- und Elektroindustrie erreicht worden, fasst Helga Schwitzer zusammen. Unabhängig davon fordert die IG Metall wie die anderen DGB-Gewerkschaften weiterhin Equal Pay per Gesetz. •

Fernbusverkehr

Liberalisierung stoppen

EVG und ver.di fordern ein Ende der Liberalisierung im Fernbusverkehr. In einem gemeinsamen Brief rufen Alexander Kirchner (EVG) und Frank Bsirske (ver.di) auf, die Gesetzesnovelle im Bundesrat zu stoppen. Sie fordern, dass das Eisenbahnangebot „nicht durch konkurrierende Busleistungen gefährdet wird". Dazu müsse die Maut auch auf Linienfernbus- und Gelegenheitsverkehre ausgeweitet werden. Im Entwurf der Bundesregierung fehlten Vorgaben zur Einhaltung von Tarif- und Sozialstandards. •

ver.di

Kritik an H&M

ver.di fordert die Textilhandelskette H&M auf, sich aktiv für die Sicherheit der Beschäftigten in Bangladesch einzusetzen. Dazu solle sich das Unternehmen am Programm der weltweit größten US-Bekleidungsfirma PVH beteiligen, die gemeinsam mit Nichtregierungsorganisationen und Gewerkschaften eine Absichtserklärung unterzeichnet hat. Ziel ist es, die Betriebe sicherheitstechnisch aufzurüsten, um etwa Brände zu vermeiden und die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Besonders wichtig seien verbindliche externe Kontrollen und ein Beschwerderecht der Beschäftigten, erklärt Johann Rösch.

PVH wird die Vereinbarung jedoch nur umsetzen, wenn sich mindestens drei weitere internationale Textilfirmen beteiligen. H&M hat bereits abgelehnt. Für ver.di ist dies „skandalös und unverantwortlich". Daran änderten auch die Versprechen des Unternehmens nichts, ein eigenes Programm auflegen zu wollen. Im Februar hatte ein Brand in einer Zuliefererfabrik von H&M zum Tod von 22 Näherinnen geführt. •

?...nachgefragt

Foto: CWA

Blake Poindexter, Organiser der US-Gewerkschaft Communications Workers of America (CWA), war am 24. Mai bei der Telekom-Hauptversammlung in Köln, um auf die gewerkschaftsfeindliche Unternehmenspolitik von T-Mobile USA aufmerksam zu machen. „Wir erwarten Besseres", die Kampagne von ver.di und CWA für mehr Gewerkschaftsrechte bei der US-Tochter, wird u.a. vom IGB unterstützt. einblick fragte nach dem Stand der Dinge.

„Wir sind dabei, die Organisation der Call Center voranzutreiben. Dazu verteilen wir Material auf den Parkplätzen, da wir das Firmengelände nicht betreten dürfen. In letzter Zeit haben wir auch viele Hausbesuche gemacht, manchmal bis zu 30 am Tag. Dort haben die Beschäftigten ein wenig Abstand zum Arbeitsplatz. Denn im Betrieb werden weiterhin irreführende Informationen über die Gewerkschaften verbreitet, sodass die Leute Angst haben, mit uns zu reden. Nur wenn es uns gelingt, die Mehrheit der Beschäftigten an einem Standort für uns zu gewinnen, können wir als CWA im Betrieb agieren. Im Mai haben wir eine internationale Petition gestartet. Ziel ist es, das Grundrecht auf gewerkschaftliche Organisation auch bei T-Mobile USA und in anderen Ländern durchzusetzen." www.bit.ly/CWA_Petition

kurz&bündig

Die IG BAU kritisiert die „Verhinderungspolitik aus Sachsen" beim Mindestlohn im Maler- und Lackierhandwerk. Der Widerspruch des sächsischen Arbeitsministers blockiere die notwendige Erklärung der Allgemeinverbindlichkeit durch den Tarifausschuss im Bundesarbeitsministerium.

Nach den Ausschreitungen beim Relegationsspiel zwischen Fortuna Düsseldorf und Hertha BSC fordert die GdP vom DFB größere Anstrengungen gegen Gewalt im Fußballstadion. Stadionverbote und Geldstrafen reichten nicht aus. Punktabzüge für den eigenen Verein – und damit im schlimmsten Fall der Abstieg – könnten Ausschreitungen verhindern.

Die IG Metall kritisiert die angekündigten Produktionsverlagerungen bei Opel. Berthold Huber, Erster Vorsitzender der IG Metall, fordert vom Opel-Vorstand ein Gesamtkonzept für alle Standorte und rasche Gespräche mit IG Metall und Betriebsräten. Der Versuch, die Beschäftigten über Drohgebärden gegeneinander auszuspielen, sei unredlich.

Auf dem internationalen Kongress der Lebensmittelgewerkschaften (IUL) in Genf hat der NGG-Vorsitzende Franz-Josef Möllenberg gefordert, „transnationale Konzerne in die Pflicht zu nehmen" und gemeinsam gegen die Ausbeutung der Beschäftigten und für mehr Arbeitsplatzsicherheit zu kämpfen.

Gesellschaft im Umbruch

Die Grundlagen sind erschüttert

*Die Transformation hat längst begonnen, davon ist **Michael Müller,** Vorsitzender der Naturfreunde Deutschland und Präsidiumsmitglied des Umwelt-Dachverbandes Deutscher Naturschutzring, überzeugt.*

Foto: SPD

Michael Müller, von 1983 bis 2009 SPD-Bundestagsabgeordneter und von 2005 bis 2009 Parlamentarischer Staatssekretär, gehört seit 2011 der Bundestags-Enquetekommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität als Sachverständiger an.

In dem fiktiven Brief an Francis Bacon, einem der wichtigsten Ideengeber der Aufklärung, lässt Hugo von Hofmannsthal den jungen Schriftsteller Lord Chandos klagen, dass er die Welt nicht mehr mit Hilfe der Sprache ordnen könne. Er wäre nicht mehr fähig, die Zusammenhänge zu verstehen. So scheint es auch heute zu sein. Getrieben vom Klimawandel über den Zusammenbruch von Lehman-Brothers bis zu Peak-Oil und Eurokrise **haben wir die Orientierung verloren.** Um zu begreifen, um was es geht, müssen wir unter die Oberfläche gucken und die längerfristigen Entwicklungstendenzen verstehen.

Das fängt an mit dem Begriff der Krise. Der Deutsche Naturschutzring ist überzeugt davon, dass es um mehr geht, um einen Epochenbruch, der uns grundsätzlich herausfordert. Die Transformation hat längst begonnen. Es geht nicht um Teilkorrekturen, wir müssen nicht nur ein reinigendes Gewitter überstehen. Vielmehr sind wesentliche Grundlagen in unserem Verständnis von Fortschritt erschüttert. Die Architektur der europäischen Moderne stürzt ein, die auf Fortschritt und Linearität aufbaut. Das ist vorbei.

Wir erreichen die ökonomischen Grenzen des Wachstums, alle OECD-Länder befinden sich schon länger nicht mehr auf einem exponentiellen Kurs, auch wenn dies die Grundannahme des Lissabon-Vertrags der EU ist. Das hohe Wachstum bis in die siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts war eine historische Ausnahmesituation, aber es prägt bis heute die Rezepte der Wirtschaftspolitik. Und auch der Finanzkapitalismus beruht auf der irrsinnigen Annahme, der Neoliberalismus könnte in die Wachstumsraten der Nachkriegsjahrzehnte zurückführen.

Die ökologischen Grenzen des Wachstums haben wir in wichtigen Bereichen schon überschritten. **Der Klimawandel ist in den nächsten fünf Jahrzehnten nicht mehr zu stoppen,** und wir tun nur wenig, ihn wenigstens in der zweiten Hälfte unseres Jahrhunderts drastisch abzumildern. Der ökologische Fußabdruck der heutigen Zivilisation ist bereits so groß, dass wir im August die biologische Regenerationskraft eines Jahres verbraucht haben. Die Öl-Prognosen gehen davon aus, dass in rund 40 Jahren mit einem Ende der herkömmlichen Ölförderung zu rechnen ist. Aber die unvermindert weiter wachsende Mobilität ist auf diesem schwarzen Gold aufgebaut.

Schließlich basieren auch die meisten Sozialsysteme auf Wachstum, sodass nicht nur der demografische Wandel an der sozialen Sicherheit rüttelt, sondern auch ihre finanziellen Grundlagen wegbrechen. Zudem nehmen in allen Industriegesellschaften die Unterschiede zwischen Arm und Reich zu, seitdem die Wachstumsmaschine nicht mehr die hohen Zuwachsraten ausspuckt.

Doch wir setzen Wachstum weiterhin mit Fortschritt gleich, obwohl der Nationale Wohlfahrtsindikator zu dem Ergebnis kommt, dass **trotz eines steigenden Bruttoinlandsprodukts seit fast zehn Jahren die Lebensqualität sinkt.** In den nächsten Jahren wird sich die alte Frage wieder mit aller Kraft stellen: Wie ist Fortschritt möglich? Ein Fortschritt, der nicht die natürlichen Lebensgrundlagen zerstört, der die Gesellschaften zusammenhält, der Lebensqualität und Wohlstand für alle – nicht nur national, sondern global – möglich macht, der mehr Demokratie und Teilhabe verwirklicht.

Dafür müssen wir uns lösen aus der Geiselhaft der Banken, dürfen nicht länger Getriebene eines Marktes sein, hinter dem nur die kurzfristigen Gewinninteressen großer und kapitalstarker Unternehmungen stehen. Wir müssen mehr Demokratie wagen und zeigen, dass wir auch zur Solidarität mit den künftigen Generationen fähig sind. **Deshalb müssen wir den Ökonomismus unserer Zeit beenden** und das ins Zentrum stellen, um was es bei der europäischen Moderne ging: die Emanzipation der Menschen. •

Anzeige

ES GIBT KLARE INTERNATIONALE REGELN FÜR DEN HANDEL MIT BANANEN UND DINOSAURIERKNOCHEN, ABER NICHT FÜR WAFFEN.

Setzen Sie ein Zeichen, damit die UNO endlich strikte Kontrollen für den weltweiten Waffenhandel beschließt.

Ihre Stimme rettet Leben.
www.amnesty.de/haendehoch

HÄNDE HOCH FÜR WAFFENKONTROLLE
AMNESTY INTERNATIONAL

Julia Franz und Michael Brauchli

Politik für eine gerechte Gesellschaft

Umdenken – gegenlenken!

*Der Kurs des „immer mehr" ist nicht alternativlos, sagt der DGB-Vorsitzende **Michael Sommer** und erklärt, warum sich die Gewerkschaften gemeinsam mit Bündnispartnern für eine sozialökologische Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft engagieren.*

In wenigen Wochen beginnt in Rio de Janeiro die „Rio plus 20"-Konferenz. 20 Jahre nach dem ersten UN-Gipfel für nachhaltige Entwicklung wird am selben Ort Bilanz gezogen. Sie wird negativ ausfallen. Denn wir leben in einer Zeit, die von sich gegenseitig bedingenden und verschärfenden Krisen geprägt ist: die Entwertung der Arbeit, die Schuldenkrise, die Sozialstaatskrise, die ökologische Krise, die Ernährungskrise und in der Gesamtheit eine Legitimations- und Demokratiekrise.

Keine dieser Krisen ist vom Himmel gefallen. Die politisch Verantwortlichen haben sie durch falsche Entscheidungen und Weichenstellungen verursacht, Banker und Finanzjongleure haben sie verschärft. Die Politik steuert nicht, sie ist getrieben. Die Zuspitzung der Eurokrise unterstreicht, wie wichtig es ist, Alternativen zur einseitigen Kürzungspolitik zu finden.

Gemeinsam mit dem Deutschen Naturschutzring (DNR) und Einrichtungen der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD) setzen wir uns für eine Neuordnung und Neudefinition der Wirtschaft, die Stärkung der Demokratie und ökologische Nachhaltigkeit ein. In dieser Kooperation **arbeiten erstmals drei wichtige gesellschaftliche Kräfte zusammen.** Wir werben auf dem Transformationskongress gemeinsam für ein Umdenken und eine neue Politik. Diese Kooperation ist dabei schon für sich ein wichtiges Signal.

Wir setzen uns für die Transformation der Verhältnisse ein, für verbindliche Regeln für die Märkte und damit für einen Politikwechsel. Es ist höchste Zeit, umzudenken! Es ist an der Zeit, endlich gegenzulenken und einer Politik entgegenzuwirken, die die gesellschaftliche Spaltung vertieft, eine ganze Generation um ihre Zukunft bringt und den Raubbau an unseren natürlichen Lebensgrundlagen nicht stoppen will oder kann.

Dabei beginnen wir nicht bei Null, sondern knüpfen an unsere unterschiedlichen Werte, Traditionen und Positionen an. Wir Gewerkschaften haben unseren **Wertekanon mit den Kernen Solidarität und Gerechtigkeit,** mit starker internationaler Ausrichtung. Auf dieser Grundlage streiten wir seit vielen Jahrzehnten für gute Arbeit, soziale Gerechtigkeit, nachhaltiges Wirtschaften und eine starke Demokratie. Die Neugestaltung der Wirtschaft ist für uns untrennbar mit mehr Demokratie verbunden. Deswegen streiten wir nicht nur für den Erhalt der Mitbestimmung, sondern wir wollen sie zum Exportschlager machen. Wir wollen, dass die Beschäftigten mitbestimmen können, wenn es um ihr Unternehmen und damit auch ihre Arbeitsplätze geht.

Neben Gerechtigkeit und Solidarität setzt sich der DGB **für eine nachhaltige und wettbewerbsfähige Wirtschaft** ein. „Wer das Leben der Menschen für die Zukunft sichern will, muss ökologisch umsteuern. Der Ressourcen- und Energieverbrauch muss erheblich reduziert werden." So heißt es im DGB-Grundsatzprogramm von 1996.

Doch nachhaltiges Wirtschaften ist nicht leicht zu haben. Wir sehen das am nachholenden Wachstum

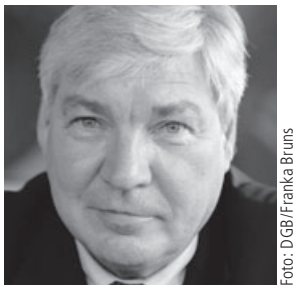


Foto: DGB/Franka Bruns

Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer wird gemeinsam mit Nikolaus Schneider, Vorsitzender des Rates der EKD, und Hubert Weinzierl, Präsident des Deutschen Naturschutzringes, den Transformationskongress am 8. Juni eröffnen.

der Schwellenländer, das auf den alten, quantitativen Prinzipien basiert. Doch wer in den Industrieländern mag ihnen das ernsthaft vorwerfen? Umso wichtiger ist es, dass wir ein anderes Leit- und Vorbild entwickeln. Das kann der sozial-ökologische Umbau in den westlichen Industriestaaten sein, damit der Kurs des „immer mehr" nicht als alternativlos hingestellt werden kann. Deutschland hat mit der Energiewende hier die Chance, globaler Vorreiter zu sein.

Sozialökologische Modernisierung meint qualitatives Wachstum und setzt auch auf den Ausbau sozialer Dienstleistungen. **Es geht nicht um „immer mehr", sondern um „immer besser und effektiver".** Bessere Bildung und Daseinsvorsorge, bessere Arbeitsbedingungen, mehr soziale Teilhabe – und das alles global. Wichtig ist uns, dass nachhaltiges Wirtschaften und Gute Arbeit nicht als Gegensätze dargestellt werden. Eine Branche, in der die Arbeitsbedingungen schlecht sind, kann weder modern noch zukunftsfähig sein.

Solidarität, Gerechtigkeit und Gute Arbeit waren und sind keine Selbstverständlichkeiten – man muss immer wieder von Neuem dafür kämpfen, mit starken Bündnispartnern, die auch diese Ziele verfolgen. Einen Aufschlag machen wir mit dem Transformationskongress. •

Prominente Gäste

Nachhaltig handeln, Wirtschaft neu gestalten, Demokratie stärken: Unter diesem Motto wollen DGB, Deutscher Naturschutzring und Einrichtungen der Evangelischen Kirche auf dem Kongress am 8./9. Juni gemeinsam mit Wissenschaft und Politik die Debatte über eine nachhaltige Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft führen (einblick 9/12).

Namhafte WissenschaftlerInnen haben ihre Beteiligung zugesagt. So wird der US-amerikanische Ökonom Prof. Dr. James K. Galbraith über das „nächste ökonomische Welt-Modell" referieren. Prof. Dr. Gesine Schwan, Präsidentin der Humboldt-Viadrina School of Governance, will im Sinne Willi Brandts „Mehr Demokratie wagen".

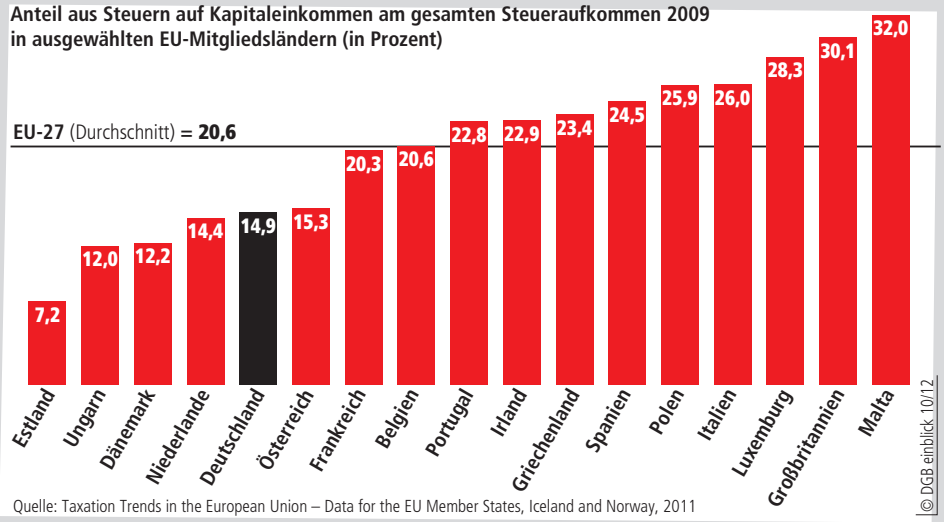
Am Diskurs über eine nachhaltige Zukunft von Arbeit, Wirtschaft und Demokratie nehmen zahlreiche bekannte WissenschaftlerInnen, PolitikerInnen sowie VertreterInnen von Gewerkschaften, Kirchen und Umweltverbänden teil, u.a. Dr. Stephan Schulmeister (Austrian Institute of Economic Research), Prof. Dr. Petra Dobner (Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Universität Hamburg), Prof. Colin Crouch (Warwick Business School), Präses Dr. h.c. Nikolaus Schneider (EKD-Ratsvorsitzender), Hubert Weinzierl, Präsident des Deutschen Naturschutzringes und IGB-Generalsekretärin Sharan Burrow.

www.transformationskongress.de

dieDGBgrafik

KAPITALSTEUERN: Deutsche zahlen unter EU-Durchschnitt

Nach wie vor leistet sich Deutschland eine erheblich niedrigere Besteuerung von Kapital- und Firmeneinkünften (14,9%) als der EU-Durchschnitt (20,6%). Im Vergleich der EU-27 kommt Deutschland gerade mal auf Platz 17. Von 2000 bis 2009 ist der Steueranteil aus Kapitaleinkünften um 1,3 Prozent gesunken. Vor allem die Einführung der Abgeltungssteuer 2009, mit der Kapitaleinkommen pauschal mit 25 Prozent versteuert werden, führte zu Mindereinnahmen.



personalien

••• Den neu gegründeten Dachverband europäischer Industriegewerkschaften „IndustriALL – European Trade Union" *(www.industriall-europe.eu)* wird der IG BCE-Vorsitzende ***Michael Vassiliadis,*** 48, als Präsident führen. Zum Generalsekretär wurde ***Ulrich Eckelmann,*** 61, gewählt, bisher Generalsekretär des Europäischen Metallgewerkschaftsbundes (EMB). Der Mitte Mai in Brüssel gegründete neue Gewerkschaftsbund ist ein Zusammenschluss aus dem EMB, der Europäischen Föderation der Bergbau-, Chemie- und Energiegewerkschaften (EMCEF) sowie des Europäischen Gewerkschaftsverbands Textil, Bekleidung, Leder (EGV:TBL). Er vertritt die Interessen von sieben Millionen Beschäftigten aus 230 europäischen Gewerkschaften.

14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

29.5. DGB West, Diskussion „Pflegen am Fließband?", Mainz

29.5.-13.6. DGB Sachsen, Kampagne für ein modernes Vergabegesetz „Billig: kommt teurer – öffentliche Aufträge gesetzlich fair regeln!", Städtetour durch die DGB-Regionen Leipzig-Nordsachsen und Dresden-Oberes Elbtal

31.5. Verband deutscher Schriftsteller (VS in ver.di) u.a., Literarisch-politischer Themenabend: Literatur sucht Politik, Leipzig

31.5. Friedrich-Ebert-Stiftung Mecklenburg-Vorpommern, Veranstaltung „Wie weiter mit dem Mindestlohn?", Torgelow

2.6. Hamburger Bündnis gegen Rechts, Demonstration „Naziaufmarsch stoppen!", Hamburg

4.6. DGB und GEW, Workshop „Vereinbarkeit von Qualifizierung und Familie? Arbeitszeiten des wissenschaftlichen Nachwuchses", Berlin

5.6. DGB-Jugend Düsseldorf-Bergisch Land, Kino gegen Rechts „Die Kriegerin", Düsseldorf

5.6. Friedrich-Ebert-Stiftung, Diskussion „Nachhaltigkeit Reloaded – Auf dem Weg zum Rio+20 Gipfel", Berlin

6.-10.6. DGB-Bildungswerk, Seminar: Fachkraft Rechtsextremismus – Prävention 2012, Hattingen

6.-13.6. DGB-Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt u.a., 23. Internationales Filmfest Emden-Norderney

7.-10.6. IG BAU-Jugend, Camp Sunrise Festival 2012, Steinbach

8./9.6. DGB, Deutscher Naturschutzring und Einrichtungen der EKD, Transformationskongress, Berlin

8.-10.6. War Resisters' International, unterstützt von der GEW, Konferenz „Gegen die Militarisierung der Jugend", Darmstadt

10.6. DGB-Bezirk Niedersachsen-Bremen-Sachsen-Anhalt, Verleihung des DGB-Filmpreises, Emden

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke, Lena Clausen **Redaktionelle Mitarbeit:** Udo Böhlefeld, Birgit Böhret, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/30882 4-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

Schlusspunkt.

„Nobelpreisträger unterliegen keinen Einschränkungen, sie erhalten sofort unbefristete Niederlassungserlaubnis."

Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) in der Bundestagsdebatte über Fachkräftebedarf und Einwanderung am 27. April.

Unfallversicherung

Sturz in der Werkskantine ohne Schutz

Rutscht ein Arbeitnehmer in der Werkskantine auf Salatsoße aus und verletzt sich dabei, so ist das nicht als Arbeitsunfall zu werten. Die Nahrungsaufnahme ist grundsätzlich dem privaten (nicht versicherten) Lebensbereich zuzurechnen.

Sozialgericht Heilbronn, Urteil vom 26. März 2012 - S 5 U 144 4/11

Verdachtskündigung

Arbeitnehmer ist vorher zu hören

Beabsichtigt der Arbeitgeber, eine Kündigung aufgrund eines Verdachts auszusprechen, so muss er vorher den Arbeitnehmer zu den Vorwürfen hören. Die Einladung zur Anhörung muss den Gegenstand des Gesprächs beinhalten und den Mitarbeiter in die Lage versetzen, eine Vertrauensperson hinzuzuziehen.

Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg, Urteil vom 30. März 2012 – 10 Sa 2272/11

Kündigungsgrund

Zulässige Anordnung ist zu befolgen

Widersetzt sich ein Arbeitnehmer beharrlich einer zulässigen Weisung des Arbeitgebers, stellt dies eine schwerwiegende Pflichtverletzung dar, die einen Kündigungsgrund bilden kann. Das ist der Fall, wenn der Arbeitgeber im Rahmen seines Direktionsrechts eine einheitliche Dienstkleidung vorschreibt, der Arbeitnehmer sich aber weigert, die Dienstkleidung zu tragen.

Arbeitsgericht Cottbus, Urteil vom 20. März 2012 – 6 Ca 1554/11

Sozialversicherungsbeiträge

Nachzahlung bei ungültigem TV

Der Grundsatz gleicher Lohn für gleiche Arbeit kann nur durch einen wirksamen Tarifvertrag außer Kraft gesetzt werden. Die Vereinbarung, die von der „Tarifgemeinschaft christlicher Gewerkschaften" geschlossen wurde, wonach Leiharbeitnehmer eine geringere Vergütung erhalten als Stammbelegschaften, ist aber kein Tarifvertrag. Die „Tarifgemeinschaft christlicher Gewerkschaften" ist nämlich keine tariffähige Gewerkschaft. Da jahrelang zu geringer Lohn gezahlt wurde, haben auch die Sozialversicherungsträger zu niedrige Beiträge erhalten. Diese können sie jetzt nachfordern.

Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen, Beschluss vom 10. Mai 2012 - L 8 R 164/12 B ER

Mitbestimmung

Korrekte Information muss sein

Der Unternehmer hat den Wirtschaftsausschuss rechtzeitig und umfassend über die wirtschaftlichen Angelegenheiten des Unternehmens zu unterrichten. Verspätete, unvollständige oder unterlassene Information des Wirtschaftsausschusses kann mit einem Verfahren nach dem Paragrafen 23 Absatz 3 des Betriebsverfassungsgesetzes geahndet werden. Nach dieser Vorschrift kann sogar ein Ordnungsgeld oder ein Zwangsgeld gegen den Arbeitgeber verhängt werden.

Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg, Beschluss vom 30. März 2012 – 10 TaBV 2362/11

Berufskrankheiten

Auch Meniskusschäden von Müllmännern

Müllmänner sind bei der Arbeit den gleichen Belastungen ausgesetzt wie Profisportler. Meniskusschäden können daher als Berufskrankheit anerkannt werden.

Der Fall: Ein Müllwerker erlitt während seiner beruflichen Tätigkeit ein Verdrehtrauma im rechten Kniegelenk. Die medizinische Untersuchung ergab eine ausgeprägte Schädigung im Meniskus. Die Berufsgenossenschaft lehnte eine Entschädigung des Arbeitsunfalls mit der Begründung ab, dass die Erkrankung keine Unfallfolge sei. Es liege auch keine Berufskrankheit vor, da Müllwerker nicht entsprechenden Kniebelastungen ausgesetzt seien. Mit seiner Klage hatte der Arbeitnehmer Erfolg.

Das Landessozialgericht: Die Berufsgenossenschaft ist zur Anerkennung der Berufskrankheit verpflichtet. Müllwerker sind bei ihrer Tätigkeit in erheblich höherem Maße als die übrige Bevölkerung Belastungen der Kniegelenke ausgesetzt. Dies resultiert aus der häufigen und erheblichen Bewegungsbeanspruchung insbesondere beim Laufen und Springen mit häufigen Knick-, Scher- oder Drehbewegungen auf unebenem Untergrund. Solche Belastungen mit reflektorisch unkoordinierten Bewegungsabläufen liegen auch bei Rangierern sowie bei Hochleistungssportlern wie Fußball-, Handball- und Basketballspielern vor, deren Meniskuserkrankungen als Berufskrankheiten anerkannt werden. Entgegen der Annahme der Berufsgenossenschaft ist die Tätigkeit von Müllwerkern auch nicht von einem kontrollierten Besteigen des Trittbretts – vergleichbar dem Benutzen einer Leiter oder Treppe – geprägt. Diese Vorstellung entspricht allenfalls den bestehenden Arbeitsschutzbedingungen, nicht aber der alltäglichen Lebenswirklichkeit von Müllwerkern.

Hessisches Landessozialgericht, Urteil vom 7. Mai 2012 - L 9 U 211/09

Arbeitsaufgabe

Keine Sperrzeit bei wichtigem Grund

Schließt eine schwangere Frau mit ihrem Arbeitgeber einen Aufhebungsvertrag, um zum Kindsvater in eine andere Stadt zu ziehen, dann stellt dies einen wichtigen Grund zur Aufgabe der Arbeitsstelle dar. Die Verhängung einer Sperrzeit ist dann unbegründet.

Der Fall: Die Arbeitnehmerin aus Berlin im fünften Schwangerschaftsmonat gab ihre Beschäftigung auf, um zu dem in Bochum lebenden Partner zu ziehen. Die Agentur für Arbeit Bochum ordnete eine zwölfwöchige Sperre des Arbeitslosengeldes an. Die Maßnahme wurde damit begründet, dass die Versicherte das Beschäftigungsverhältnis gelöst und damit die Arbeitslosigkeit vorsätzlich herbeigeführt habe, ohne dass dafür ein wichtiger Grund vorgelegen habe. Die dagegen gerichtet Klage hatte Erfolg.

Das Sozialgericht: Die Arbeitnehmerin hat zwar vorsätzlich die Arbeitslosigkeit herbeigeführt, hierfür jedoch einen wichtigen Grund gehabt. Der Frau ist die Fortsetzung des Beschäftigungsverhältnisses in Berlin nicht mehr zumutbar gewesen. Aufgrund von gesundheitlichen Problemen während der Schwangerschaft mit Arbeitsunfähigkeitszeiten und der Gefahr einer Fehlgeburt hat die Frau auch im Interesse des ungeborenen Kindes die Unterstützung des Kindsvaters in Bochum gebraucht. Dies ist nur dadurch zu ermöglichen gewesen, dass die Arbeitnehmerin ihre Arbeit in Berlin aufgegeben hat und nach Bochum gezogen ist.

Sozialgericht Dortmund, Urteil vom 27. Februar 2012 - S 31 AL 262/08

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 11.06.2012 11/12

DGB

ILO-Konferenz

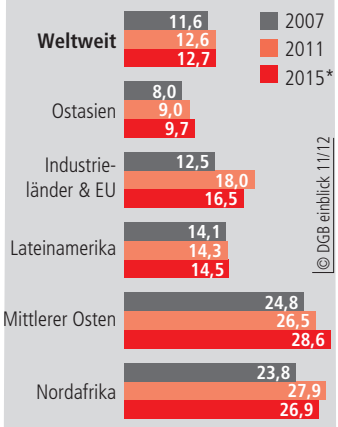
Für eine sozial gerechte Welt

Noch bis zum 15. Juni beraten die Delegierten der 101. Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation ILO in Genf darüber, wie in Krisenzeiten Arbeitnehmerrechte und soziale Gerechtigkeit weltweit gesichert werden können. Bei der Eröffnung warnte der scheidende ILO-Generalsekretär Juan Somavia vor einem strengen Sparkurs als alleinigem Instrument zur Euro-Rettung. „Ausschließlich Sparen als Kurs zur finanziellen Konsolidierung führt zu wirtschaftlicher Stagnation, zum Verlust von Arbeitsplätzen, reduziertem sozialem Schutz und hohen menschlichen Kosten." Nötig seien „produktive Investitionen in nachhaltige Unternehmen, die Jobs schaffen, die Nachfrage durch Konsumenten und zugleich Steuereinnahmen erhöhen".

Maßnahmen gegen die weltweite Jugendarbeitslosigkeit und die Jobpotenziale einer ökologischen Wirtschaft gehören zu den Schwerpunkten der zweiwöchigen Jahrestagung der UN-Sonderorganisation, an der Delegierte aus 185 Mitgliedsländern – VertreterInnen der Regierungen sowie der nationalen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen – teilnehmen. „Die ILO muss jetzt Antworten auf die Krise und auf die weltweite Jugendarbeitslosigkeit finden und gemeinsam mit den Sozialpartnern umsetzen", betont der DGB-Vorsitzende Michael Sommer, der auch IGB-Präsident und Mitglied im ILO-Verwaltungsrat ist.

Besserung kaum in Sicht

Jugendarbeitslosenquote weltweit und in ausgewählten Weltregionen (in Prozent)



*ILO-Prognose
Quelle: ILO-Report Globale Beschäftigungstrends Jugend, Mai 2012

Angesichts der anhaltenden Jugendarbeitslosigkeit weltweit warnt die ILO vor einer „verlorenen Generation". Maßnahmen gegen die Jugendarbeitslosigkeit stehen ganz oben auf der Agenda der diesjährigen ILO-Konferenz.

Für einen Eklat sorgten die Arbeitgebervertreter am 4. Juni in dem ILO-Ausschuss, der sich mit den schlimmsten Fällen von Arbeitnehmerrechtsverletzungen beschäftigt. Sie verweigerten jede Diskussion darüber. Aus Sicht der Gewerkschaften untergräbt diese Haltung die Grundlagen „eines der wirksamsten Menschenrechtsmechanismen in internationalen System", erklärt IGB-Generalsekretärin Sharan Burrow. „Die Arbeitgeber versuchen, die schlimmsten Missbräuche zu verschweigen, und verhindern, dass durch eine internationale Prüfung der Fälle Menschenleben gerettet werden können." Die Arbeitgeber hielten weder eine Debatte über die 29 in 2011 ermordeten GewerkschafterInnen in Kolumbien für notwendig noch über die Gewalt, die GewerkschafterInnen in Guatemala, Swasiland oder in Ägypten ausgesetzt seien.

Aus Sicht des IGB gefährdet das die Grundlagen des tripartistischen Systems der ILO, das sich gerade in der Krise bewährt hat. Eine Stärkung der ILO erhofft sich der DGB dagegen mit der Wahl von Guy Ryder zum neuen ILO-Generalsekretär ab Oktober 2012 (siehe Seite 8). „Gemeinsam mit Guy Ryder an der Spitze können wir die ILO zum Exzellenzzentrum für die Welt der Arbeit machen", erklärt der DGB-Vorsitzende. „Eine ILO, die für eine sozial gerechte Welt der Arbeit steht, die gegen prekäre Beschäftigung und für soziale Arbeit eintritt." •

plusminusBERLIN

+ ***„Bundeswirtschafts- und umweltministerium wollen die Energiewende nun einvernehmlich voranbringen. „Wir haben entschieden, uns zu mögen", verkündete der neue Mann für das Umweltministerium Peter Altmaier (CDU).***

– ***Zu viel Staat könne nur schaden, begründet der Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion Rainer Brüderle die ablehnende Haltung seiner Partei zum Mindestlohn und einer gesetzlichen Frauenquote.***

inhalt

Seite 3
Schlecker-Insolvenz
Rund 25 000 Beschäftigte stehen nach dem Aus der Drogeriekette vor dem Nichts. ver.di fordert einen Sonderfonds, um wenigstens Teile des Konzerns zu retten

Seite 5
Zukunft gestalten
In den kommenden 15 Jahren gehen 1,7 Millionen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes in den Ruhestand. DGB und Gewerkschaften fordern neue Wege, um den demografischen Wandel zu gestalten

Seite 7
Gute Dienstleistungen
Wolfgang Uellenberg-van Dawen (ver.di) fordert als Voraussetzung für gute Dienstleistungen gute Arbeit und eine aktive Dienstleistungspolitik

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.bit.ly/3sat_doku_ball
Die 3Sat-Dokumentation „Der Ball ist rund" zeigt, unter welchen Bedingungen in Pakistan Fußbälle produziert werden

Hintergrund

www.einblick.dgb.de/hintergrund
ILO-Dokument: „Jugendbeschäftigung in der Krise: Zeit zum Handeln"

Fachkräftebedarf

Regierung hat versagt

Mit einer breit angelegten Werbekampagne im In- und Ausland will die Bundesregierung den Bedarf der Wirtschaft an qualifizierten Fachkräften decken. Vorgestellt wurde die Fachkräfteinitiative unmittelbar vor dem zweiten Fachkräftegipfel der Bundesregierung gemeinsam mit den Sozialpartnern am 5. Juni. Einig waren sich Regierung, Arbeitgeber und Gewerkschaften dort insbesondere darüber, dass alle Anstrengungen unternommen werden sollen, die 1,5 Millionen jungen Menschen in Deutschland ohne Berufsabschluss weiter zu qualifizieren. Nicht durchsetzen konnten sich Arbeitgeber und Gewerkschaften mit ihrer gemeinsamen Forderung nach einem Punktesystem für die Einwanderung zusätzlicher Fachkräfte aus Nicht-EU-Ländern.

Während Bundeskanzlerin Angela Merkel die bisherigen Maßnahmen zur Fachkräftesicherung positiv bewertet, fällt die Bilanz der Gewerkschaften dürftig aus. Von der beim ersten Fachkräfte-Gipfel verabschiedeten Erklärung sei wenig umgesetzt worden, kritisiert der DGB-Vorsitzende Michael Sommer. Die Bundesregierung habe es zudem in den letzten Jahren nicht geschafft, die inländischen Fachkräftepotenziale zu heben. „Das Jammern von Arbeitgebern und Regierung über einen Fachkräftemangel ist unglaubwürdig, solange immer noch zu wenig getan wird für die Beschäftigung und Weiterbildung von jungen Menschen, Frauen, Migranten und Älteren", so Sommer. Wer Fachkräfte aus dem Ausland werben wolle, müsse auch die entsprechenden Arbeits- und Entgeltbedingungen bieten. „Da hilft auch keine bunte Werbekampagne", so der DGB-Vorsitzende. •

Leiharbeit

Finales Urteil

Das Bundesarbeitsgericht (BAG) hat Ende Mai bestätigt, dass die Tarifgemeinschaft Christlicher Gewerkschaften für Zeitarbeit (CGZP) zu keinem Zeitpunkt tariffähig war. Alle von der CGZP geschlossenen Tarifverträge sind damit nichtig. Über Jahre hätten Leiharbeitsfirmen mit Hilfe der Pseudogewerkschaft CGZP die Löhne gnadenlos gedrückt, so der NGG-Vorsitzende Franz-Josef Möllenberg. Zehntausende LeiharbeiterInnen seien ausgebeutet worden. Die Leiharbeitsfirmen hätten planmäßig die Zeche geprellt. „Mitleid ist da nicht angebracht", so Möllenberg. •

www.dgb.de/-/6W2

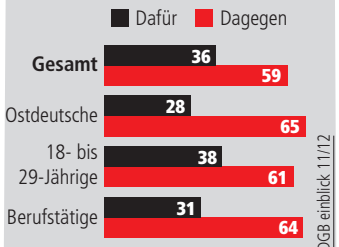
Betreuungsgeld

Rückwärts gewandt

Das Betreuungsgeld wird nicht nur von den Gewerkschaften strikt abgelehnt. Ein „rückwärtsgewandtes Signal" ist für den DGB-Vorsitzenden Michael Sommer, wenn ab 2013 Eltern Geld erhalten, wenn sie ihre Kinder nicht in einer öffentlichen Kindertagesstätte betreuen lassen. Seine Stellvertreterin Ingrid Sehrbrock fordert, das Geld lieber „für eine Betreuungs- und Bildungsinfrastruktur" auszugeben. Nach dem aktuellen „Sozialbarometer" der Arbeiterwohlfahrt (AWO) lehnen 61 Prozent der unter 30-Jährigen den Plan der Bundesregierung ab. Dennoch wird die schwarz-gelbe Koalitionsregierung die Milliarden-Ausgabe wohl beschließen. Schließlich stehe es so im Koalitionsvertrag. •

Mehrheit dagegen

Haltung zur Einführung des Betreuungsgeldes in der wahlberechtigten Bevölkerung und ausgewählten Bevölkerungsgruppen (in Prozent)



Quelle: AWO-Sozialbarometer Juni 2012

© DGB einblick 11/12

Die Mehrheit der Deutschen hält nichts vom Betreuungsgeld.

Mindestlohn

Lob von der Arbeitgeberseite

Eine positive Bilanz zieht der Bundesverband der Sicherheitswirtschaft (BDSW) zu dem seit einem Jahr geltenden Branchen-Mindestlohn. Die Entscheidung für den Mindestlohn sei für „unsere Mitgliedsunternehmen, aber vor allem für deren Beschäftigte eindeutig richtig" gewesen, erklärt BDSW-Präsident Wolfgang Waschulewski. Trotz Mindestlohn sei die Beschäftigtenzahl um 4,2 Prozent gestiegen. •

Einzelhandel

Kein Mindestlohn im Supermarkt

Einen bundesweiten Mindestlohn wird es im Einzelhandel in absehbarer Zeit nicht geben. Nach den Daten des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) seien weniger als 50 Prozent der Beschäftigten tarifgebunden. Stimmt die Zahl des IAB, kann ein zwischen ver.di und dem Einzelhandelsverband HDE ausgehandelter Mindestlohn nicht für allgemeinverbindlich erklärt werden. Laut IAB arbeiten im Westen rund 44 Prozent der MitarbeiterInnen im Einzelhandel in einem tarifgebundenen Betrieb, im Osten sogar nur 27 Prozent. Hinfällig wäre eine solche Unterscheidung, wenn die Bundesregierung sich für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns, den die Gewerkschaften seit langem fordern, entscheiden würde. Der HDE fordert, die Hürden zur Einführung von Mindestlöhnen zu senken und die gesetzliche Regelung zur Erklärung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen zu reformieren. ver.di will die IAB-Daten prüfen. •

IG Metall

Solarindustrie erhalten

Der Bundesregierung fehlt ein schlüssiges Energiekonzept, kritisiert Detlef Wetzel, Zweiter Vorsitzender der IG Metall. Die Solarindustrie werde deshalb zum „Kostenbuhmann aufgebaut". Wetzel fordert einen industriepolitischen Aktionsplan für die Photovoltaik. Die Industrie brauche „Chancengleichheit gegenüber der Konkurrenz aus anderen Industrieregionen", damit der Wettbewerb „nicht über Lohndumping ausgetragen wird". •

Friedrich-Ebert-Stiftung

Gezielte Ost-Förderung

Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat eine Studie zum Aufbau Ost vorgelegt. Die AutorInnen gehen davon aus, dass bis 2019 – wenn der Solidarpakt II ausläuft – die Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West nicht erreicht sein wird. Anhand von Expertenbefragungen und der Auswertung von Fachliteratur empfehlen sie Instrumente, „mit denen eine zielgenaue Förderung" in Zukunft erreicht werden könne. Entscheidend sei unter anderem die Sicherung von Fachkräften. Der demografische Wandel und die anhaltende Abwanderung von Fachkräften betreffe den Osten besonders negativ, heißt es in der Studie „Ostdeutschland 2020 –Die Zukunft des ‚Aufbau Ost'". •

www.bit.ly/FESStudie

Schlecker-Aus

„Wir brauchen einen Sonderfonds“

Rund 25 000 Beschäftigte stehen nach dem Aus für die Drogeriemarktkette Schlecker vorerst vor dem Nichts. Der Verlust von sozialer Sicherheit und persönlicher Lebensplanung droht.

Wenig Aussicht auf Erfolg – das ist wohl das Fazit, das man für die Schlecker-Frauen angesichts des bundesweiten Arbeitsmarktes im Einzelhandel ziehen muss. Denn bundesweit stehen rund 25 000 offenen Stellen 300 000 Arbeitssuchende gegenüber.

Die Schlecker-Frauen, Gewerkschaften und auch die Oppositionsparteien in Bund und Ländern sind in den letzten Wochen für eine Transfergesellschaft eingetreten. Doch vergeblich: Die „Kaltschnäuzigkeit der FDP-Seite“, so ver.di-Chef Frank Bsirske, verhinderte ein Eingreifen der Bundes- und Länderregierungen. So werden noch über 90 Prozent der bereits im März gekündigten Beschäftigten in der Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA) geführt oder nehmen an Maßnahmen der BA teil. Zuvor hatten mehrere FDP-Landesminister ihre Zustimmung zu einer Bürgschaft für einen Kredit der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) verweigert. ver.di-Landeschef Uwe Klemens aus Rheinland-Pfalz wirft ihnen denn auch vor: „Mit ihrer Weigerung für die erste Kündigungswelle Transfergesellschaften zu finanzieren, haben Rösler, Brüderle und Co. dafür gesorgt, dass Schlecker jetzt vollständig absäuft.“

Dabei hatten die verbliebenen fast 14 000 Schlecker-Beschäftigten deutlich zu erkennen gegeben, dass sie sich an der Unternehmenssanierung mit eigenen Beiträgen beteiligen wollen. Rund 75 Prozent erklärten gegenüber der Gewerkschaft ver.di, für drei Jahre auf Sonderzahlungen und tarifliche Lohnerhöhungen verzichten zu wollen, wenn die Weiterbeschäftigung gesichert ist. Der Gläubigerausschuss – allen voran die Allianz-Tochter Euler Hermes – entschied trotzdem, dass man an einer Sanierung nicht interessiert ist. Zu den Großgläubigern gehören dabei auch die Schlecker-Kinder Lars und Meike. Nun könnten Lars und Meike Schlecker möglicherweise noch Profit aus der Unternehmenszerschlagung ziehen. Ihre Forderungen summieren sich auf rund 176 Millionen Euro.

Foto: Christian v. Polentz / Transitfoto

Schlecker-Frauen demonstrieren am Tag der Entscheidung des Gläubiger-Ausschusses vor dem Kanzleramt in Berlin.

Am Ende stimmte dann auch die Versammlung aller Gläubiger der Zerschlagung des Schlecker-Imperiums zu und besiegelt so auch das Schicksal der noch verbliebenen 14 000 Beschäftigten. Noch ungeklärt ist dabei die Zukunft der Märkte Schlecker XL sowie IhrPlatz. Nachdem zunächst von einer Rettung dieser beiden Unternehmen die Rede war, hieß es unmittelbar vor Redaktionsschluss, dass Euler Hermes sein Veto gegen den Rettungsplan eingelegt habe. Kommt es auch hier zur Zerschlagung, geht es um weitere 5000 Beschäftigte in über 800 Filialen.

Die ver.di-Landesvorsitzende von Baden-Württemberg Leni Breymaier bezeichnet die Vorgänge als „Katastrophe für die Schlecker-Frauen und Schande für die soziale Marktwirtschaft“. ver.di-Chef Bsirske fordert einen „Sonderfonds bei der BA und zwei bis drei Monate Zeit“, um wenigstens Teile des Konzerns zu retten. Heinrich Alt, Vorstandsmitglied der BA, hat dazu seine eigene Meinung und sieht „gute Jobchancen für die vor der Entlassung stehenden Mitarbeiter“. Alt weiter: „Die BA sucht bereits nach neuen Beschäftigungsmöglichkeiten. Wir führen Gespräche mit Amazon, McDonald’s, Lidl oder dem Dänischen Bettenlager.“

DGB-Chef Michael Sommer kritisiert die „grausige Kälte“ der FDP. Mit der Transfergesellschaft hätte man die nötige Zeit gewonnen, um den Betroffenen „Betreuung und Qualifizierung“ zu verschaffen. Viele Schlecker-Beschäftigte sind über fünfzig, das Durchschnittsalter liegt bei Ende vierzig. Oft sind es alleinerziehende Mütter, familiär und regional gebunden. „Sie können nicht einfach ihre Sachen packen und alles hinter sich lassen. Für viele endet die Suche nach Arbeit wahrscheinlich im Niedriglohn-Ghetto der Minijobs“, sagt der DGB-Vorsitzende. So sieht es auch Miriam Wunderlich, Betriebsrätin bei Schlecker in Schwerin. „Die Frauen verlieren jetzt ihren Arbeitsplatz. Es wurde keine Transfergesellschaft eingerichtet. Man ist allein und hat gar keine Perspektive. Wie es in der Zukunft aussieht? Keine Ahnung, ich weiß es nicht.“ •

Denver, Dallas, Ehingen

1974: Anton Schlecker eröffnet in Ehingen (Schwaben) den ersten Drogeriemarkt. Niedriglöhne, ungesicherte Beschäftigung und damit preisgünstige Ware sowie das Konzept, überall hinzugehen, wo sonst kaum Einzelhandel ist, begründen den Erfolg der Schlecker-Kette. 1984 wird die 1000. Filiale eröffnet. Bis Anfang der neunziger Jahre wächst die Kette auf über 5000 Läden.

In den Neunzigern wächst auch die Kritik: Schlechte Bezahlung und unmögliche Arbeitsbedingungen sorgen für wachsenden Unmut. Allmählich halten Betriebsräte und Gewerkschaften Einzug – sehr zum Unwillen Anton Schleckers. Der reagiert mit Filialschließungen und anschließender Neueröffnung unter dem Namen Schlecker XL. Zuvor tariflich entlohnte Beschäftigte dürfen dort über die Schlecker-eigene Personalvermittlung Meniar weiter arbeiten, freilich ohne Betriebsrat und für 6 Euro die Stunde.

Wachsende Konkurrenz und ein zunehmendes Verbraucherbewusstsein führen dazu, dass immer weniger Kunden bei Schlecker einkaufen. Am 23. Januar 2012 meldet das Unternehmen Insolvenz an. Anfang März werden 11 000 Mitarbeiterinnen entlassen, der Insolvenzverwalter scheitert bei dem Versuch, für die Reste des Imperiums einen Käufer zu finden.

PROJEKTE UND PARTNER

Kooperation

Gute Arbeit über Grenzen

Gute Arbeit in der Ernährungswirtschaft auf beiden Seiten der Oder: Das ist das Ziel der Kooperationsstelle Wissenschaft und Arbeit (KOWA) an der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder). Mit dem Projekt „Transparente Arbeitsbedingungen – auf beiden Seiten der Oder" sollen deutsche und polnische GewerkschafterInnen gemeinsam ein Konzept für eine grenzüberschreitende Auszeichnung „Gute Arbeit" in der Ernährungswirtschaft entwickeln. Der Geschäftsführer der NGG-Region Berlin-Brandenburg Uwe Ledwig erklärt: „Wenn das Siegel glaubwürdig ist, kann es auch wirksam sein, und die Verbraucher können mit ihrem Einkauf etwas beeinflussen."

Die Vorsitzende des DGB-Bezirks Berlin-Brandenburg Doro Zinke sieht die Möglichkeit, voneinander zu lernen und verschiedene Dimensionen guter Arbeit zu diskutieren. Das Projekt läuft bis August 2013. Partner sind der DGB Berlin-Brandenburg, die NGG-Region Berlin-Brandenburg, die Europa-Universität Viadrina, der Polnische Gewerkschaftsbund der Lebensmittelindustrie (in der OPZZ) und NSZZ Solidarność sowie die polnische staatliche Arbeitsinspektion (PIP). •

www.kowa-ffo.de

WSI

Neues Genderportal

Das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung hat ein „GenderDatenPortal" im Internet freigeschaltet. Die Seite präsentiert hunderte von Daten und Grafiken rund um die Berufstätigkeit von Frauen und Männern. Die Startversion umfasst die Themenschwerpunkte Arbeitszeit, Erwerbstätigkeit, Entgelt und Führungsposition.

So zeigt eine aktuelle Auswertung, dass sich die (bezahlten) Arbeitszeiten von Männern und Frauen immer deutlicher voneinander unterscheiden. Während Männer immer öfter mehr als 41 Stunden arbeiten, mussten überwiegend Frauen sehr kurze Arbeitszeiten hinnehmen. Dadurch hat sich die Schere weiter geöffnet. 2010 haben Frauen 9,5 Stunden weniger in der Woche gearbeitet als Männer. 1991 lag der Unterschied noch bei weniger als sieben Stunden. Die WSI-ExpertInnen kritisieren den großen Nachholbedarf in Sachen Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt. •

www.wsi.de/genderdatenportal

ver.di

Literaturpreis ausgeschrieben

Bereits zum neunten Mal hat der ver.di-Landesbezirk Berlin-Brandenburg einen Literaturpreis ausgeschrieben. Vergeben wird der Preis in diesem Jahr an AutorInnen von Kinder- und Jugendbüchern. Die BewerberInnen müssen ihren Wohnsitz in Berlin oder Brandenburg haben. Zudem darf das Werk nicht von den AutorInnen selbst verlegt und finanziert worden sein. Einsendeschluss ist der 31. August. Dotiert ist der Preis mit 5000 Euro. Preisträgerin im vergangen Jahr war Saskia Fischer für ihren Gedichtband „Scharmützelwetter". Einsendungen an: ver.di, Fachbereich 8/VS, Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin. •

DGB-Broschüre

Lohnsteuer ABC

Wie verbuche ich Weiterbildungskosten? Wie hoch ist der Ausbildungsfreibetrag für Kinder? Diese und viele weitere Fragen beantwortet der DGB in der Broschüre „Das ABC von 36 Lohnsteuer-Grundbegriffen 2012". Arbeitsmittel oder Reisekosten: Der DGB erklärt, was ArbeitnehmerInnen beachten müssen. Grafiken verdeutlichen Rechenbeispiele und geben Hinweise auf Gesetze. Die Broschüre kann für einen Euro zzgl. Porto und Versandkosten beim DGB-Bestellservice bestellt werden. •

www.bit.ly/dgb_lohnsteuer

Auto Club Europa

Tipps für EM-Anreise

Der Auto Club Europa (ACE) rät Fußball-Fans bei der Anreise zur Europameisterschaft in Polen und der Ukraine, sich auf ungewohnte Verkehrsbedingungen einzustellen. Vor allem in der Ukraine seien die Straßenbedingungen nicht mit denen in Mitteleuropa zu vergleichen. So gebe es dort lediglich um die Hauptstadt Kiew ein Netz von Autobahnen. Die Treibstoffversorgung sei nicht immer optimal und bleifreies Benzin nicht überall erhältlich. Darum rät der ACE, möglichst vollzutanken. Weitere Infos für Autofahrer zur EM gibt es im Internet. •

www.bit.ly/em_anreise

interregio

••• Der ***DGB-Bezirk Berlin-Brandenburg*** lädt alle ArbeitnehmerInnen dazu ein, an der ***Aktion „Mit dem Rad zur Arbeit"*** teilzunehmen. Jeder geradelte Kilometer sei gelebter Klimaschutz, so der DGB. Alle Teilnehmenden, die vom 1. Juni bis zum 31. August mindestens 20 Tage mit dem Rad zur Arbeit fahren, können Fahrräder, Radzubehör, Reisen und Wellness-Gutscheine gewinnen. Dazu muss man sich auf der Homepage anmelden. Infos:

www.mit-dem-rad-zur-arbeit.de

••• Der ***DGB Thüringen*** hat sich mit Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und Antifa-Gruppen zu einem ***Bündnis gegen das geplante Rechtsrockfestival in Gera*** am 7. Juli zusammengeschlossen. Die InitiatorInnen wollen gegen das seit zehn Jahren in Gera stattfindende Rechtsrock-Konzert demonstrieren: „Es gilt, ein klares und eindeutiges Zeichen gegen Nazis und Menschenfeinde zu setzen. Dies sollte Aufgabe aller couragierten Menschen sein."

www.gera-nazifrei.com

Kampagne Saubere Kleidung

Kampf für Abfindung

18 Prozent Gewinnzuwachs konnte der Sportartikelhersteller adidas 2011 verbuchen – zur Freude der Aktionäre. Geht es um ArbeitnehmerInnen in Indonesien, dann ist das Unternehmen weniger spendabel, kritisiert die Kampagne für Saubere Kleidung. Denn adidas weigert sich, die gesetzlich zustehende Abfindung nach einer illegalen Werksschließung durch einen Zulieferbetrieb in Höhe von 1,8 Millionen US-Dollar zu zahlen. Mit einer Eilaktion soll adidas unter Druck gesetzt, per E-Mail Vorstand und Aufsichtsrat zum Umdenken bewogen werden. Die Kampagne fordert zudem, die ArbeiterInnen in neue Jobs zu vermitteln und die örtlichen Gewerkschaften DPC, SPSI und TSK mit einzubeziehen. •

Infos zur Eilaktion: www.bit.ly/ccc_aktion

Öffentlicher Dienst

Die Zukunft gestalten

In den kommenden 15 Jahren werden im öffentlichen Dienst rund 1,7 Millionen Beschäftigte in den Ruhestand gehen. DGB und Gewerkschaften fordern neue Wege, um den demografischen Wandel zu gestalten. Mehr Neuzugänge, aber auch alternsgerechte Arbeitsbedingungen sollen her. Mit einem Modellprojekt zeigt ver.di, wie das aussehen kann.

Berechnungen des DGB, basierend auf den Zahlen des Statistischen Bundesamtes, machen deutlich, was auf den öffentlichen Sektor bis zum Jahr 2027 zukommen wird. Rund 686 000 BeamtInnen und rund eine Million ArbeitnehmerInnen des öffentlichen Dienstes (ÖD) gehen in den Ruhestand. Gleichzeitig werden schätzungsweise nur eine Million neu ausgebildete Beschäftigte hinzukommen. Macht ein Defizit von rund 700 000 Beschäftigten. Karsten Schneider, Leiter der Abteilung Beamte und öffentlicher Dienst beim DGB-Bundesvorstand, kritisiert die Politik: „Wenn die Bundesregierung glaubt, auf eine demografische Herausforderung hinweisen zu müssen, sollten auch konkrete Schlussfolgerungen für den öffentlichen Dienst gezogen werden." Um das Angebot an öffentlichen Dienstleistungen für die BürgerInnen auch in Zukunft zu gewährleisten, müsse deshalb sofort mit dem Aufbau von Personal begonnen werden.

Problematisch ist dabei: Seine Vormachtstellung als Musterarbeitgeber droht der öffentliche Dienst zu verlieren. Studien weisen darauf hin, dass die Beschäftigten zunehmend über schlechtere Arbeitsbedingungen klagen. So zeigt eine Sonderauswertung des DGB-Index Gute Arbeit, dass nur 18 Prozent der Beschäftigten im ÖD ihre Arbeitssituation positiv bewerten. 27,4 Prozent sind sehr unzufrieden mit den Arbeitsbedingungen. Sie beklagen unter anderem mangelnden Respekt, körperliche Schwerarbeit, einseitige Belastungen und emotionale Überforderung. Über ein Drittel kommt zu dem Schluss, dass sie unter den aktuellen Anforderungen nicht bis zum Rentenalter durchhalten werden.

ver.di-Vorstandsmitglied Achim Meerkamp kritisiert die mangelnde Gesundheitsprävention. „Im Hinblick auf die Förderung der Gesundheit der Beschäftigten tritt der öffentliche Dienst keineswegs als ‚Musterarbeitgeber' in Erscheinung." ver.di fordert deshalb, physische und psychische Belastungen durch Gefährdungsbeurteilungen zu erfassen.

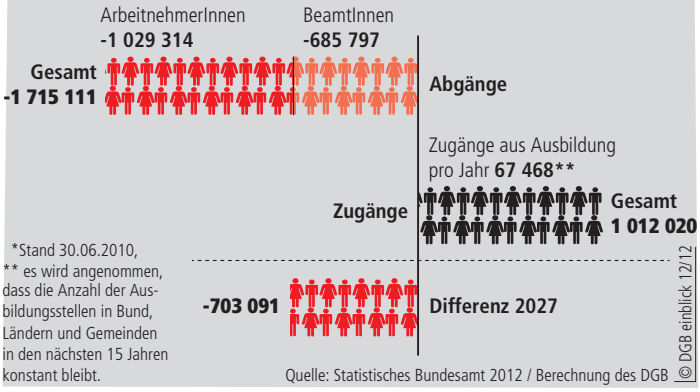
An anderer Stelle gestaltet ver.di bereits den Wandel im öffentlichen Dienst. Mit dem Modellprojekt „Beruf und Pflege besser vereinbaren – Alternsgerechte Arbeitsbedingungen gestalten" sollen alters- und alternsgerechte Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst umgesetzt werden. Ziel ist es, den demografischen Wandel gemeinsam mit Personalräten und kommunalen Arbeitgebern zu meistern. Wie zum Beispiel in Konstanz: Dort bieten die technischen Betriebe gesundheitlich eingeschränkten KollegInnen Alternativen an. Auf so genannten Lastenfahrrädern reinigen sie Gehwege und Straßen von Leichtmüll wie Zigarettenschachteln oder Plastiktüten. BürgerInnen und Beschäftigte schätzen diese Form der altersgerechten Arbeit.

Ein weiteres Beispiel liefern die Marburger Kindertagesstätten. Hier können ErzieherInnen, die das 55. Lebensjahr überschritten haben, mit einer Zusatzqualifikation spezielle Funktionen in der Kita übernehmen. So erkunden sie mit den Kindern den Wald, üben Deutsch oder lernen die Umwelt näher kennen. Zudem sind Arbeitsprozesse neu geregelt worden, sodass Heimarbeitstage genutzt werden können. Das erleichtert die Pflege von Angehörigen. Bis 2013 können sich weitere kommunale und öffentliche Arbeitgeber am ver.di-Projekt beteiligen.

Neben solchen Maßnahmen fordern DGB und die Gewerkschaften eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, mehr Weiterbildung und einen gleichberechtigten Zugang von Menschen aus unterschiedlichen Kulturen zum öffentlichen Dienst. •

Engpass in Sicht

BeamtInnen und ArbeitnehmerInnen des öffentlichen Dienstes, die in den kommenden 15 Jahren in Ruhestand gehen, sowie die zu erwartenden Zugänge aus Ausbildung*



Mehr als 1,7 Millionen Beschäftigte scheiden bis 2027 aus dem öffentlichen Dienst aus.

Forum mit Tradition

Zum 15. Mal ist das Rathaus im Berliner Stadtteil Schöneberg am 28. und 29. November 2012 Tagungsort für das Schöneberger Forum, der Jahrestagung für den öffentlichen Sektor. Das Motto in diesem Jahr: „Zwischen Bürgerbeteiligung und Arbeitsverdichtung".

Mehr direkte Demokratie ist zwar in aller Munde, doch Gute Arbeit spielt dabei bisher kaum eine Rolle. Aus diesem Grund wollen der DGB und die Hans-Böckler-Stiftung gemeinsam mit Arbeitgebern, PolitikerInnen, Personalräten und Beschäftigten des öffentlichen Dienstes über das Thema diskutieren.

So sollen in verschiedenen Foren die unterschiedlichen Schauplätze von Bürgerbeteiligung im öffentlichen Sektor analysiert werden. Etwa in Schulen, bei der Polizei und durch Bürgerbefragungen. Am zweiten Tag stehen Diskussionen zum Streikrecht für BeamtInnen, zur Gesundheitsprävention, zur Interkulturalität im öffentlichen Dienst und zur Aus- und Weiterbildung auf dem Plan.

Mehr Infos unter:
www.schoeneberger-forum.de

kurz&bündig

NGG

Die NGG kritisiert, dass der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband (DEHOGA) Arbeits- und Ausbildungsbedingungen, Entgelte und Tarifbindung in der Branche beschönige, so NGG-Vize Michaela Rosenberger. Ein Mindestlohn sei deshalb unverzichtbar.

GEW

Die GEW fordert, die Qualität der frühkindlichen Betreuung zu verbessern. So sollen unter anderem befristete ErzieherInnenstellen in dauerhafte Jobs umgewandelt werden. Zudem lehnt die GEW den Einsatz von unausgebildeten Hilfskräften ab.

HBS-Studie

Jung und ausbildungsreif

Arbeitgeber klagen, immer mehr Jugendliche seien nicht ausbildungsreif. Online-Befragungen des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) scheinen diesen Zusammenhang zu bestätigen. Laut DIHK-Umfrage gaben 46 Prozent der Unternehmen an, mit „Ausbildungshemmnissen" zu kämpfen.

Eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung stellt nun fest: Wissenschaftlich ist diese Behauptung nicht zu belegen. Die BildungsforscherInnen der Universität Duisburg-Essen und der Sozialforschungsstelle Dortmund kritisieren, dass Probleme beim Übergang zwischen Schule und Berufsausbildung in erster Linie mit Defiziten der BewerberInnen begründet würden. Sie weisen die DIHK-Argumentation als nicht überzeugend zurück. Tatsächlich falle auf: Die Branchen mit den größten „Besetzungsproblemen" böten besonders unattraktive Arbeitsbedingungen und geringe Bezahlung. Auch Daten stützen die These der Arbeitgeber nicht. Im Gegenteil, Zahlen der Bundesagentur für Arbeit belegen, dass die allgemeine Intelligenz zugenommen hat. Logisches Denken und die Fähigkeit, Probleme zu lösen, seien stärker ausgeprägt als vor 20 Jahren. •

www.bit.ly/hbs_ausbildung

Berliner Bündnis

Ausbeutung stoppen

Das „Berliner Bündnis gegen Menschenhandel zum Zweck der Arbeitsausbeutung" (BBGM) hat Empfehlungen entwickelt, wie Menschenhandel und Ausbeutung effektiver bekämpft werden können. Zum Beispiel soll laut BBGM Arbeitsausbeutung als eigenständiges Delikt fassbar gemacht werden. Die bisherigen gesetzlichen Regelungen reichten nicht aus, um dem Problem gerecht zu werden. Ein gesetzlicher Mindestlohn würde zudem eine wichtige Orientierung liefern, ab wann Arbeitsbedingungen als ausbeuterisch gelten können.

Die Vorsitzende des DGB-Bezirks Berlin-Brandenburg Doro Zinke erklärt: „Menschenwürdige Arbeitsbedingungen nutzen allen arbeitenden Menschen – gleich, welcher Herkunft." Gezielte Informationspolitik und Unterstützungsangebote, etwa um Lohn- und Entschädigungsansprüche einzufordern, seien wesentliche Elemente im Kampf gegen prekäre und ausbeuterische Beschäftigung. Das BBGM ist 2009 durch die Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen Berlin, den DGB-Bezirk Berlin-Brandenburg, die Internationale Organisation für Migration und die Internationale Arbeitsorganisation ILO gegründet worden. •

www.gegen-menschenhandel.de

Anzeige

DEUTSCHLAND IST DIE NR. 3 DER WAFFEN-EXPORTLÄNDER

Setzen Sie ein Zeichen, damit die UNO endlich strikte Kontrollen für den weltweiten Waffenhandel beschließt.

Ihre Stimme rettet Leben.
www.amnesty.de/haendehoch

HÄNDE HOCH FÜR WAFFENKONTROLLE
AMNESTY INTERNATIONAL

Julia Franz und Michael Brauchli

IG BAU

Schattenwirtschaft bekämpfen

Bei jedem sechsten Arbeitgeber am Bau muss der Zoll nach bundesweiten Kontrollen weiter ermitteln. Insgesamt wurden Mitte Mai im Rahmen einer bundesweiten Schwerpunktprüfung rund 25 000 Beschäftigte und 8500 Unternehmen kontrolliert. Die Kontrolleure stellten mehr als 2500 Rechtsverstöße fest. Demnach gibt es in rund 200 Fällen Hinweise auf Leistungsbetrug, in 680 Fällen Anhaltspunkte für Scheinselbstständigkeit, und mehr als 500 Unternehmen stehen im Verdacht, den Beschäftigten den gesetzlichen Mindestlohn vorzuenthalten.

Der stellvertretende IG BAU-Vorsitzende Dietmar Schäfers erklärt dazu: „Es gibt offenbar eine Form der organisierten Schwarzarbeit durch Unternehmen, die zu Lasten regulärer Arbeitsverhältnisse und der Sozialkassen geht." Der Missbrauch zeige, dass eine sehr viel stärkere Kontrolle von Baustellen notwendig sei. „Erreicht werden kann das nur, wenn der Staat die Zahl der Zoll-Stellen deutlich aufstockt." Schäfers kritisiert, dass die Kontrolleure immer mehr Branchen überwachen müssten, die Zahl der MitarbeiterInnen aber gleich bleibe. Besonders die öffentliche Hand als Bauherr stehe in der Pflicht, für saubere Verhältnisse auf dem Bau zu sorgen. „Wer schon bei der Auftragsvergabe die Preise so niedrig kalkuliert, dass seriöse Unternehmen keine Chance mehr haben, ist mitschuldig am Ausufern der Schattenwirtschaft", so Schäfers. •

Gewerkschaftliche Dienstleistungspolitik

Gute Arbeit – Gute Dienstleistungen

Gewerkschaftliches Engagement für gute Arbeit und damit für gute Dienstleistungen ist notwendiger denn je. Sagt Wolfgang Uellenberg-van Dawen (ver.di) und zeigt Ziele und Handlungsfelder von gewerkschaftlicher Dienstleistungspolitik.

Immer noch gelten Dienstleistungen in unserer Gesellschaft weitgehend als niedrigproduktive Tätigkeiten mit geringer Wertschöpfung, als Arbeit, die auch von un- und angelernten Kräften geleistet werden kann, und soziale Dienstleistungen als typische Arbeit für Frauen, oft als „Hinzuverdienst". Dem Vorurteil folgen die Fakten: 25 Prozent aller atypisch Beschäftigten arbeiten im Dienstleistungssektor, 58 Prozent aller in der Leiharbeit beschäftigten Frauen sind in Dienstleistungsbranchen eingesetzt. Fast eine Million Minijobs zählt der Einzelhandel, 420 000 das Gesundheitswesen. **Prekäre Arbeit und niedrige Löhne in den Dienstleistungen drücken keine ökonomischen Gesetzmäßigkeiten aus.** Sie sind Ergebnis einer politischen Agenda, die die so genannte Dienstleistungslücke zwischen Deutschland und den angelsächsischen Ländern vor allem durch die Abwertung und Entsicherung von Arbeitsverhältnissen lösen wollte.

Diese Abwertungsstrategie gerät zunehmend in Widerspruch zum wachsenden Stellenwert der Dienstleistungen für die wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Entwicklung. In Deutschland sind mehr als zwei Drittel aller Erwerbstätigen in den Dienstleistungen beschäftigt und tragen zu mehr als 70 Prozent zur volkswirtschaftlichen Wertschöpfung bei. Dienstleistungen sind unverzichtbar für die Industrie – Fachleute sprechen heute von einer hybriden Wertschöpfung durch Produktion und Dienstleistung. Dienstleistungen haben eine zunehmende Bedeutung in der Energiewende, für ein ressourcenschonendes Wachstum, bei der Bewältigung des demografischen Wandels und für die Integration der Gesellschaft.

Dienstleistungspolitik, wie sie zuletzt der ver.di-Kongress 2011 formuliert hat, hat das Ziel, gute Arbeit für die Beschäftigten und damit hochwertige Dienstleistungen für die Menschen durchzusetzen. **Im Unterschied zur Produktionsarbeit bedeutet Dienstleistungsarbeit Arbeit von Menschen für Menschen.** Der DGB-Index Gute Arbeit zeigt die hohen Ansprüche an Dienstleistungsarbeit aus Sicht der Beschäftigten ebenso wie die großen, vor allem psychischen Belastungen durch die teilweise schlechten Arbeitsbedingungen. Das gilt nicht nur für Dienstleistungsarbeit im Gesundheitsbereich und im Sozialwesen, sondern auch für Dienstleistungen in Branchen wie Transport und Logistik, Telekommunikation oder Forschung und Entwicklung. Kritik, die laut wird etwa an der Qualität von Pflege, an kommunalen Diensten, an Mängeln im Verkehrswesen, im Handel, an Finanzdienstleistungen oder an der Lehre an den Hochschulen weist eindringlich darauf hin, dass Deutschland heute weniger quantitativ, sondern vor allem qualitativ eine „Dienstleistungslücke" hat.

Foto: ver.di

Dr. Wolfgang Uellenberg-van Dawen ist seit 2008 Bereichsleiter Politik und Planung beim ver.di-Bundesvorstand.

Wir brauchen eine Wende in der Dienstleistungspolitik. Notwendig sind Investitionen wie Innovationen. Gerade in den personal- und damit auch kostenintensiven Dienstleistungen der Daseinsvorsorge und -fürsorge, führt Sparpolitik zu Leistungseinschränkungen und Kostensteigerungen für die Menschen. Wir brauchen nicht den Abbau, sondern den Ausbau vor allem öffentlicher Dienstleistungen. Aber auch in der Privatwirtschaft müssen hochwertige Dienstleistungen systematisch entwickelt und angeboten werden. Eine gezielte Förderung der Dienstleistungs- wie der Arbeitsforschung, die umfassende Professionalisierung der Dienstleistungsarbeit, eine Reform von Aus- und Weiterbildung sowie die materielle Aufwertung von Dienstleistungsarbeit sind notwendig, um die Qualität der Arbeitsbedingungen und damit der Dienstleistungen deutlich zu verbessern. Dazu bedarf es gesellschaftlicher Bewegung, politischer Entscheidungen und auch ökonomischen Drucks.

Die Niedriglohnstrategie hat im Kalkül vieler Unternehmen Investitionen und damit Innovationen in Dienstleistungen erübrigt. Ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn ab 8,50 Euro und deutlich höhere Branchenmindestlöhne, der Abbau entsicherter Arbeitsverhältnisse und die faktische Durchsetzung von Entgeltgleichheit und Gleichstellung der Frauen setzen nicht nur der weiteren Ausbeutung der Arbeitskräfte eine klare Grenze, sondern sie wirken auch als „ökonomische Peitsche" (Kurt Biedenkopf) für hochwertige und innovative Dienstleistungen. •

Gemeinwohl vor Profit

Dienstleistungen erfahren nicht die Anerkennung, die ihnen gebührt. Um das zu ändern, sprechen sich die Gewerkschaften für eine „gezielte Strategie" aus, um qualitativ hochwertige Dienstleistungen zu fördern und auszubauen. Im Beschluss zur Dienstleistungspolitik auf dem DGB-Kongress 2010 fordern sie außerdem, die öffentliche Daseinsvorsorge zu stärken. Die Politik der Entstaatlichung und des Sozialabbaus habe „zur kontinuierlichen Verschlechterung der Arbeitsbedingungen geführt", heißt es in dem verabschiedeten Antrag. Künftig müsse die Devise gelten. „Gemeinwohl vor Profit".

www.einblick.dgb.de/hintergrund

Mehr Infos zur gewerkschaftlichen Dienstleistungspolitik:

Im Internet

www.wiki-gute-arbeit.de
www.verdi.de
Reden, Anträge und Beschlüsse des 3. ver.di-Bundeskongresses von Oktober 2011 in Leipzig

www.fes.de/wiso/content/dienstleistung.php
Arbeitskreis Dienstleistungen von ver.di und Friedrich-Ebert-Stiftung

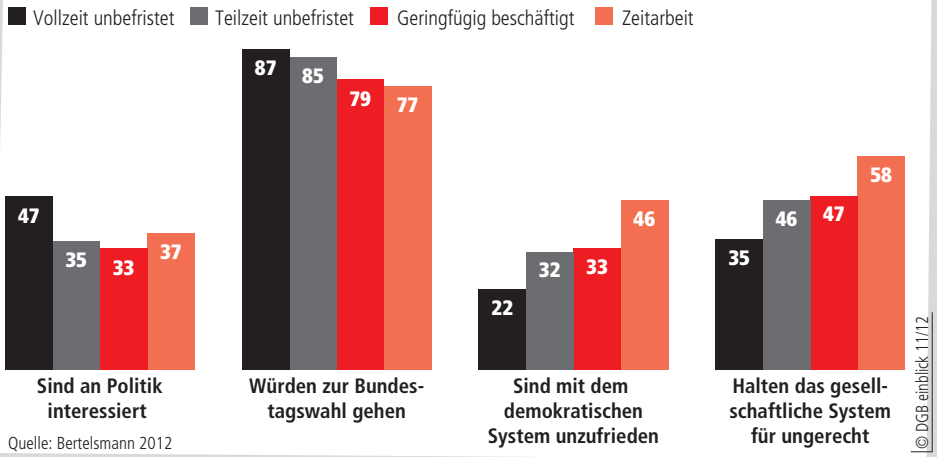
www.boeckler.de/wsi_37658.htm
„Dienstleistungsarbeit zwischen Niedriglohn, Professionalisierung und Innovation", Schwerpunktheft der WSI-Mitteilungen 9/ 2011

dieDGBgrafik

POLITIKVERDROSSENHEIT: Besonders hoch unter prekär Beschäftigten

Leiharbeitskräfte und geringfügig Beschäftigte sind mit der Demokratie unzufrieden. Nach einer repräsentativen Befragung von 1633 ArbeitnehmerInnen durch die Universität Bamberg im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung fühlen sich prekär Beschäftigte besonders benachteiligt. Sie glauben nicht, dass das gesellschaftliche System in Deutschland gerecht ist. Bei den LeiharbeiterInnen sind es 58 Prozent, die an der Gerechtigkeit zweifeln. Doch auch Vollzeitbeschäftigte sehen beim Thema Gerechtigkeit Lücken.

Meinung von ArbeitnehmerInnen zu Politik und Gerechtigkeit in Deutschland (nach Beschäftigungsverhältnissen, in Prozent)



Quelle: Bertelsmann 2012

14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

11.6. DGB und Friedrich-Ebert-Stiftung, Tagung „Niedriglohnsektor – Chance zum Einstieg in den Arbeitsmarkt oder Sackgasse?", Berlin

12./13.6. Hans-Böckler-Stiftung, Fachtagung „Innovation nicht ohne Personal und Investition", Essen

13.6. DGB-Bildungswerk Baden-Württemberg, Seminar „Überwachung und Datenschutz am Arbeitsplatz", Ostfildern

14.6. Hans-Böckler-Stiftung, Tagung „Betriebliche Mitbestimmung in Zeiten von Managementopposition und Unternehmensrestrukturierung", Düsseldorf

15.6. DGB-Stadtverband Düsseldorf, Soli-Aktion „Griechenland – Solidarität!", Düsseldorf

15./16.6. Zentrum für Zusammenarbeit der Gewerkschaften von Niederschlesien und Sachsen, Konferenz „Gute Arbeit in der Grenzregion Niederschlesien – Sachsen", Myslakowice/Polen

18.6. ver.di und DGB, Tagung „Arbeit und Leben im Lebensverlauf", Berlin

18.-22.6. Uni Kassel, Hans-Böckler-Stiftung und Friedrich-Ebert-Stiftung, „8. Internationale Kasseler Sommerakademie zur Gestaltung der Weltwirtschaft", Kassel

19.6. Gesellschaft für Sozialen Fortschritt e.V., Tagung „Pflegerische Versorgung – Herausforderung und Entwicklungen", Berlin

19.6. DGB und Gewerkschaften, Diskussion „Kieler-Woche-Gespräch der Gewerkschaften 2012", Kiel

20.6. Welttag des Flüchtlings

20.-22.6. Vereinte Nationen, „Rio +20"-Konferenz über nachhaltige Entwicklung, Rio de Janeiro/Brasilien

21.-22.6. IG BCE BWS, Fachtagung „Dual-Studierende im Betrieb", Bad Münder

22.-24.6. DGB-Bildungswerk, Seminar „ABC der Demokratie – Betzavta für Jugendliche", Hattingen

23.6. Tag des öffentlichen Dienstes

personalien

••• ***Guy Ryder,*** 55, ist zum neuen Generaldirektor der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) gewählt worden. Der Verwaltungsrat, das Exekutivorgan der ILO, wählte ihn mit 30 von 56 Stimmen. Zum Rat gehören RegierungsvertreterInnen und VertreterInnen von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen der ILO-Mitgliedsstaaten. Ryder folgt ***Juan Somavia,*** 71, der aus persönlichen Gründen zurücktritt. Die fünfjährige Amtszeit beginnt im Oktober. Ryder, seit 2010 ILO-Exekutivdirektor, war zuvor unter anderem Sekretär beim britischen Gewerkschaftsdachverband TUC und bis 2010 acht Jahre Generalsekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB).

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke, Lena Clausen **Redaktionelle Mitarbeit:** Udo Böhlefeld, Birgit Böhret, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/30882 4-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

Schlusspunkt.

„Wenn Sie sich mit Leuten treffen, nennen Sie das immer ‚Gipfel'."

Hubertus Heil, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, hat am 24. Mai während einer Bundestagsdebatte erklärt, was hinter der schwarz-gelben „Gipfelpolitik" steckt.

Hartz IV

Kein Zuschlag für stillende Mütter

Stillende Mütter haben keinen Anspruch auf höhere Hartz-IV-Leistungen. Das Gesetz sieht lediglich einen Mehrbedarf während der Schwangerschaft vor, der nicht auf stillende Mütter zu übertragen ist. Das gilt auch, wenn während der Stillzeit ein erhöhter Kalorienbedarf mit Zusatzkosten besteht.

Sozialgericht Wiesbaden, Urteil vom 29. Mai 2012 – S 16 AS 581/11

Hartz IV

Kein Geld für Umzug aus dem Ausland

Ein Empfänger von Hartz-IV-Leistungen, der aus dem Ausland nach Deutschland umzieht, kann vom Jobcenter die Umzugskosten nicht verlangen. Die Einwanderung in das deutsche Sozialsystem soll nicht bezuschusst werden.

Sozialgericht Mainz, Beschluss vom 25. Mai 2012 - 10 AS 412/12 ER

LKW-Fahrer

Finanzamt berücksichtigt Aufwendungen

Ein im Ausland tätiger Fernfahrer, der in der Schlafkabine seines LKW übernachtet, kann nicht die Übernachtungspauschalen der Finanzverwaltung für Auslandsdienstreisen als Werbungskosten geltend machen, denn diese Pauschalen überschreiten die tatsächlich angefallenen Aufwendungen beträchtlich. Abziehbar sind jedoch die tatsächlich angefallenen Aufwendungen. Liegen Einzelnachweise nicht vor, so ist ihre Höhe zu schätzen.

Der Fernfahrer darf die Kosten für die Fahrten von der Wohnung zum LKW (LKW-Wechselplatz) in der tatsächlich angefallenen Höhe als Werbungskosten abziehen; denn der LKW-Wechselplatz ist keine regelmäßige Arbeitsstätte.

Bundesfinanzhof, Urteil vom 28. März 2012 - VI R 48/11

Hartz IV

Münzsammlung ist zu versilbern

Arbeitslose, die wertvolle Briefmarken- oder Münzsammlungen besitzen, müssen diese zuerst verkaufen, bevor ihnen Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts bewilligt werden. Das gilt auch dann, wenn der Verkauf nur mit großen Verlusten möglich ist.

Bundessozialgericht, Urteil vom 23. Mai 2012 - B 14 AS 100/11 R

Elterngeld

Kein Anspruch für Mütter im Gefängnis

Während der Verbüßung einer Freiheitsstrafe haben Mütter keinen Anspruch auf Elterngeld, und zwar auch dann nicht, wenn Mutter und Kind in der Justizvollzugsanstalt (JVA) zusammen untergebracht sind. Anspruch auf Elterngeld haben nur solche Eltern, die mit ihrem Kind in einem gemeinsamen Haushalt zusammen leben. Ein solcher Haushalt kann innerhalb einer JVA nicht begründet werden.

Landessozialgericht Baden-Württemberg, Urteil vom 17. Januar 2012 - L 11 EG 2761/10

Transsexuelle

Kasse zahlt keine Brustvergrößerung

Die Krankenkasse ist nicht verpflichtet, die Kosten einer Brustvergrößerung einer Transsexuellen zu tragen.

Der Fall: Bei der Klägerin, als Mann geboren, wurde nach Östrogentherapie eine geschlechtsangleichende Operation durchgeführt. Die Kosten übernahm die Krankenkasse. Nach Zufuhr von weiblichen Sexualhormonen hatte sich eine mäßige weibliche Brust entwickelt. Eine Steigerung der Hormonenzufuhr führte zu keinem weiteren Brustwachstum. Daraufhin beantragte die Klägerin die Kosten für eine operative Brustvergrößerung. Das lehnte die Krankenkasse ab, da sich eine Brust entwickelt habe und ein krankhafter Befund nicht vorliege. Dagegen erhob die Frau erfolglos Klage.

Das Landessozialgericht: Beim geringen Brustwachstum der Klägerin handelt es sich nicht um eine Krankheit, da weder organische Funktionsdefizite oder Beschwerden bestehen noch eine entstellende anatomische Abweichung vorliegt. Der Behandlungsanspruch bei Transsexualität beschränkt sich auf eine deutliche körperliche Angleichung an das andere Geschlecht. Diese kann durchaus einen operativen Brustaufbau bedeuten, wenn sich keine weiblichen Brüste gebildet haben und eine weitere Hormonbehandlung keinen Erfolg verspricht. Dagegen ist die operative Brustvergrößerung auch zur Behandlung eines besonders tief greifenden Transsexualismus Mann-zu-Frau keine notwendige Krankenbehandlung. Es besteht nur ein Anspruch auf eine deutliche Annäherung an den weiblichen Körper. Insoweit gelten für Transsexuelle Mann-zu-Frau keine anderen Maßstäbe als für genetische Frauen, bei denen auch bei erheblichem psychischen Leidensdruck eine Brustvergrößerung keinen Behandlungsanspruch zu Lasten der Krankenkasse auslöst.

Landessozialgericht Baden-Württemberg, Urteil vom 25. Januar 2012 - L 5 KR 375/10

Seniorenstudium

Bleibt bei der Rente unberücksichtigt

Ein so genanntes Seniorenstudium ist nicht als Anrechnungszeit bei der Berechnung der Altersrente zu berücksichtigen.

Der Fall: Die 1950 geborene Versicherte hatte von 1969 bis 2006 als Arzthelferin gearbeitet. Während ihrer Arbeitslosigkeit von Herbst 2007 bis Frühjahr 2010 absolvierte sie ein Seniorenstudium in einer Pädagogischen Hochschule. Diese verlieh ihr ein berufsfeldorientiertes Zertifikat, wonach sie das Zusatzstudium „Journalistische Bildung" mit Erfolg absolviert habe. Bei der Berechnung ihrer Altersrente berücksichtigte der Rentenversicherungsträger die Zeit der Arbeitslosigkeit ohne Leistungsbezug als Anrechnungszeit. Die Berücksichtigung als zusätzliche Anrechnungszeit wegen Hochschulausbildung lehnte er ab. Die dagegen gerichtete Klage hatte keinen Erfolg.

Das Landessozialgericht: Ziel des Studiums ist der Erwerb einer bestimmten beruflichen Qualifikation. Darauf muss auch das Studium ausgerichtet sein. Die Klägerin ist aber nicht für einen bestimmten Beruf ausgebildet worden, denn sie hat gerade kein vollständiges Journalistikstudium durchlaufen, das ihr den Beruf des Journalisten eröffnet hätte. Sie kann sich weder als Journalistin noch als Redakteurin bezeichnen. Dass sie in der Vergangenheit bereits journalistisch tätig war und dies weiterhin sein möchte, ist unerheblich. Dafür ist das Zusatz- bzw. Seniorenstudium nicht erforderlich.

Landessozialgericht Baden-Württemberg, Urteil vom 17. Februar 2012 - L 4 R 2791/11

Autor: Luis Ledesma, Kassel – einblick 11/12

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 25.06.2012 12/12

DGB

DGB-Rentenkonzept

Rente durch Demografie-Reserve sichern

Mit einem neuen Rentenkonzept zeigt der DGB, wie das heutige Rentenniveau auch in Zukunft gesichert werden kann. Für DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach sind das Mindestanforderungen, „um den Absturz der Rente für die junge Generation aufzuhalten".

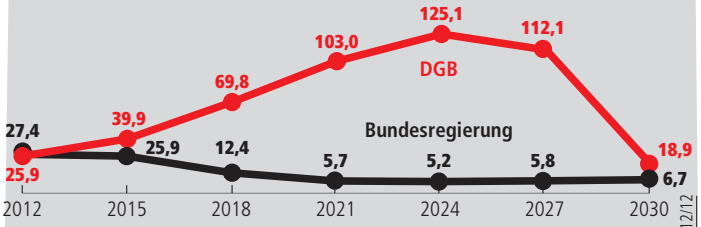
Demnach soll der Rentenbeitrag von heute 19,6 Prozent nicht gesenkt, sondern der demografischen Entwicklung angepasst und in jährlichen Schritten um je 0,1 Prozentpunkte für Versicherte und Arbeitgeber angehoben werden. Bis zum Jahr 2025 würde der Rentenbeitrag auf die heute geltende, gesetzliche Höhe von 22 Prozent steigen. Dadurch entsteht eine Demografie-Reserve, mit der die Rente der Zukunft deutlich verbessert werden kann. Für Durchschnittsverdienende mit einem Monatseinkommen von 2600 Euro kostet dies jedes Jahr nur einen zusätzlichen Beitrag von 2,60 Euro im Monat.

Die von der Bundesregierung geplante Senkung des Rentenniveaus um knapp 20 Prozent bis zum Jahr 2030 kritisiert DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach als unverantwortlich. Durchschnittsverdienerinnen müssten dann 33 Jahre ohne Unterbrechung arbeiten, um eine Rente knapp über der Grundsicherung zu erhalten. Der DGB fordert die Koalition deshalb auf, den Rentenbeitrag zum Jahresende nicht wie geplant auf 19,2 oder 19,0 Prozent abzusenken. Mit sofortiger Wirkung müsse die gesetzlich vorgesehene Begrenzung der Nachhaltigkeitsrücklage abgeschafft werden. Ein gesetzlicher Regelungsmechanismus sieht vor, den Beitragssatz zu senken, wenn die Rücklage 1,5 Monatsausgaben im Folgejahr übersteigt. Darauf beruft sich Schwarz-Gelb bei der geplanten Beitragssenkung. So soll die Rücklage von jetzt 25 Milliarden Euro bis 2019 auf das gesetzliche Mindestmaß von 0,2 Monatsausgaben abgeschmolzen werden. „In wenigen Jahren wäre dann eine drastische Beitragserhöhung nötig, ohne dass die Entwertung der Rente aufgehalten wird", erklärt Buntenbach.

Im Bezug auf das DGB-Rentenkonzept stellt Buntenbach klar, dass sich der DGB nicht auf eine Begrenzung des Beitragssatzes auf 22 Prozent festgelegt hätte. „Wir zeigen jedoch mit unserem Konzept, dass die 22-Prozent-Marke nicht automatisch zu einer weiteren Niveauabsenkung führt, sondern dass eine bessere Rente für die heute Jungen auch innerhalb dieser Grenze möglich ist." •

DGB: Rücklage ausbauen

Entwicklung der Nachhaltigkeitsrücklage nach den Konzepten der Bundesregierung* und des DGB**(in Milliarden Euro)



* Rentenpläne der Bundesregierung: Rentenniveau wird auf 43 Prozent gesenkt, Erwerbsminderungsrente und Reha-Budget werden nicht verbessert, Altersgrenze 67 Jahre
** DGB-Rentenkonzept: Rentenniveau bleibt bis 2030 auf heutigem Niveau, Verbesserung der Ewerbsminderungsrente und Reha-Budget, Altersgrenze 65 Jahre
Quelle: Berechnungen Deutsche Rentenversicherung Bund 2012

© DGB einblick 12/12

Wenn das DGB-Rentenkonzept umgesetzt wird, kann das heutige Rentenniveau gehalten und die Erwerbsminderungsrente sowie das Reha-Budget spürbar verbessert werden. Trotzdem bleiben dann noch Reserven von 182 Mrd. Euro, sodass auch die Rente mit 67 abgeschafft werden kann. Übrig blieben im Jahr 2030 immer noch 18,9 Milliarden Euro.

plusminusBERLIN

– ***Jörg von Pohlheim (FDP) sieht keinen Bedarf, Entgeltgleichheit zwischen Frauen und Männern gesetzlich zu regeln. Er befand im Bundestag: „Nicht alles muss Vater Staat regeln." Ohne Regeln habe sich schließlich der Anteil weiblicher Aufsichtsräte erhöht.***

+ ***„Vielleicht sollte Mutter Staat mal was regeln", entgegnete Christian Lange (SPD) während der Sitzung im Bundestag. Anlass der Debatte war eine Initiative der SPD-Bundestagfraktion für ein Entgeltgleichheitsgesetz für Frauen und Männer.***

inhalt

Seite 3

Immer erreichbar

Smartphone und Co. lassen die Grenzen zwischen Arbeit und Freizeit verschwimmen. Neue Regeln müssen her

Seite 5

Jugend ohne Hoffnung

Die Finanzkrise trifft die Jugend in Europa besonders hart. 5,5 Millionen unter 25 Jahren sind arbeitslos. Zwei junge GewerkschafterInnen aus Irland und Spanien schildern, wie die Lage in ihrem Land ist

Seite 7

Transformation als Ziel

Gemeinsam mit der Evangelischen Kirche und Umweltschutzverbänden hat der DGB den Transformationskongress ausgerichtet. einblick zeigt, um was es ging und wie es weiter geht

Der Surf-Tipp fürs Internet

bit.ly/antidiskr_bericht

Der Bericht der Antidiskriminierungsstelle des Bundes zu anonymisierten Bewerbungsverfahren

Hintergrund

www.dgb.de/-/fyW

Das DGB-Konzept für eine sichere Rente der Zukunft – mit Zahlen, Fakten und dem Statement von Annelie Buntenbach

DGB

Unterstützung erwünscht

Aktiv mitbestimmen und Politik gestalten geht auch über die Unterstützung internationaler Aktionen. Der DGB empfiehlt, sich einzumischen bei der europäischen Bürgerinitiative „Wasser ist Menschenrecht". Die KollegInnen von T-Mobile USA benötigen internationale Solidarität, um ihre Rechte durchzusetzen. Amnesty International sammelt Unterschriften für die Petition „Hände hoch für Waffenkontrolle".

Wasser: Bezahlbar und sauber

Der Europäische Gewerkschaftsverband für den öffentlichen Dienst (EGÖD) fordert mit der ersten europäischen Bürgerinitiative „Wasser ist Menschenrecht" von der EU eine Garantie für sichere, saubere und bezahlbare Trinkwasserversorgung. Europaweit müssen eine Million Unterschriften gesammelt werden. ver.di und auch der DGB hoffen auf eine breite Zustimmung, um in Deutschland mindestens 130 000 MitstreiterInnen zu finden. *www.right2water.eu*

T-Mobile USA: Gewerkschaftsrechte

Die US-Tochter der Deutschen Telekom verhindert in ihren amerikanischen Niederlassungen systematisch jedes Engagement von Gewerkschaften *(einblick 10/12)*. Mit einer internationalen Petition fordern die Gewerkschaften nun ihre Rechte ein. Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer hat – ebenso wie seine Vorstandskollegen Dietmar Hexel und Claus Matecki – die Petition bereits unterzeichnet. *bit.ly/MAWu8E*

Waffen: Kontrolle verschärfen

Mit einer Online-Petition will Amnesty International (AI) die UNO unter Druck setzen, endlich strikte Kontrollen für den weltweiten Waffenhandel zu beschließen. Laut AI gebe es zwar internationale Regeln für den Handel mit Bananen, aber keine für Rüstungsgüter. Wie bereits 2009 von den UNO-Mitgliedsländern vereinbart, könnte in diesem Jahr ein solcher Vertrag beschlossen werden. Unter dem Titel „Hände hoch für Waffenkontrolle" wirbt Amnesty für einen starken Waffenkontrollvertrag. Der DGB ruft zur Unterstützung der Kampagne auf. *bit.ly/LzR9vq*

Whistleblower

Ungenügender Schutz

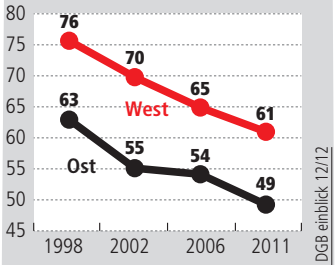
Der DGB wünscht sich mehr rechtliche Sicherheit für Beschäftigte, die auf Missstände in ihren Unternehmen aufmerksam machen *(einblick 5/2012)*. Diesen so genannten WhistleblowerInnen drohe heute „im Zweifel die Kündigung", kritisiert Martina Perreng, Arbeitsrechtsexpertin des DGB, die bislang fehlende gesetzliche Grundlage.

Doch trotz eines Urteils des Europäischen Gerichtshofes im vergangenen Jahr ist die Bundesregierung nach wie vor der Auffassung, dass innerbetriebliche Regelungen gegenüber jeder Gesetzesänderung die bessere Lösung seien. Mitte Juni diskutierte der Bundestag einen Entwurf von Bündnis 90/Die Grünen für ein „Whistleblower-Schutzgesetz".

Auch die SPD-Bundestagsfraktion hatte bereits im September 2011 einen Gesetzentwurf vorgelegt. Der Entwurf der Grünen wurde an die Bundestagsausschüsse weitergeleitet. Doch selbst über die Federführung des Ausschusses wurde keine Einigkeit erzielt. Die Koalition sieht den Schwerpunkt im Ausschuss für Arbeit und Soziales, die Antragsteller hingegen erwarten, dass der Rechtsausschuss die Federführung übernimmt. Generell ist allerdings ein Umdenken auf der Regierungsbank nicht in Sicht, schätzt Perreng. •

Auf Talfahrt

Tarifbindung der Beschäftigten 1998 - 2011 (in Prozent)



Quelle: WSI in der Hans-Böckler-Stiftung, 2012

Die Tarifbindung ist rückläufig, stellt das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung fest. Die Tarifbindung West verringerte sich von 2010 auf 2011 von 63 auf 61 Prozent, im Osten von 50 auf 49 Prozent.

Minijobs

Pilotprojekt im Jobcenter

Das Geld der Minijobber reicht nicht zum Leben. Und letztlich wartet eine Minirente. Die Bundesagentur für Arbeit hat nun ein Pilotprojekt in Nordrhein-Westfalen gestartet. Ausgewählte Jobcenter versuchen gezielt, Menschen aus unterbezahlter Stundenarbeit in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse zu vermitteln. Mit einigem Erfolg, wie der nordrhein-westfälische Arbeitsminister Guntram Schneider bestätigt. Die Bundesagentur für Arbeit würde sich wünschen, dass dieses Projekt bundesweit „Schule macht".

DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach findet den Ansatz ebenfalls positiv. Allerdings bezweifelt sie, dass dieses beratungsintensive Projekt bei mittlerweile fast sieben Millionen solcher 400-Euro-Jobber tatsächlich im erforderlichen Umfang erfolgreich sein kann. „Das Problem der Minijobs kann nicht durch Einzelfallberatung gelöst werden. Der Gesetzgeber muss umsteuern und die Fehlanreize für Kleinstbeschäftigungen beseitigen. Sonst haben wir dauerhaft zwei Klassen von Beschäftigten am Arbeitsmarkt", so Buntenbach. •

Entgeltgleichheit

Gesetzliche Regelung

Der Gesetzentwurf der SPD-Fraktion zum Entgeltgleichheitsgesetz wird vom DGB begrüßt. Danach werden die Betriebe zur Überprüfung verpflichtet, ob Frauen und Männer tatsächlich für gleiche Arbeit den gleichen Lohn erhalten. Gemeinsam müssten dann Arbeitgeber, Betriebs- und Personalräte sowie die Tarifvertragsparteien einen Weg suchen, die unterschiedliche Entlohnung entsprechend zu verändern. Damit erhöhe sich der Druck auf die Unternehmen, lobt die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock. Allerdings seien in diesem Entwurf die BeamtInnen nicht mit eingeschlossen. Zudem würde die gesetzliche Regelung erst in Betrieben ab 15 Beschäftigten gelten.

Dies grenze einen großen Teil der Belegschaften aus, kritisiert die stellvertretende Vorsitzende. Gerade Frauen seien aber vor allem in kleinen Betrieben beschäftigt. Die VertreterInnen der schwarz-gelben Regierungskoalition lehnten in der Bundestagsdebatte das Gesetz grundsätzlich ab. Bündnis 90/Die Grünen würden hingegen – ebenso wie Fraktion Die Linke – eine gesetzliche Regelung befürworten. •

Zukunft der Arbeit

Klare Regeln für Smartphones

Smartphones und Tablet-PCs lassen die Grenzen zwischen Arbeit und Freizeit verschwinden. Denn viele Unternehmen erwarten ständige Erreichbarkeit und Arbeitsbereitschaft der Beschäftigten. Doch Gewerkschaften und Betriebsräte steuern gegen.

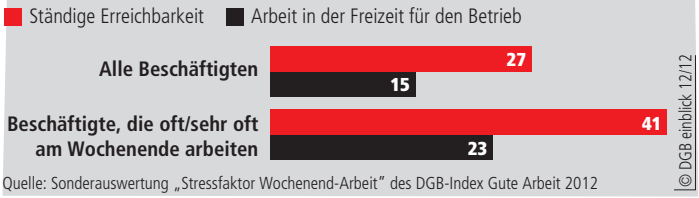
Der Gebrauch von Smartphones, Tablet-PCs und Notebooks hat die Arbeitswelt verändert, die Grenzen zwischen Arbeits- und Freizeit existieren nicht mehr. Viele Beschäftigte arbeiten zunehmend „mobil". Gleichgültig, ob das Handy nach Feierabend dienstlich klingelt oder schnell noch eine Mail zu beantworten ist, die moderne Technik macht es möglich: Die Beschäftigten sind im Dienste des Arbeitgebers abends oder am Wochenende per Mail, SMS oder Anruf erreichbar. Ein permanenter Standby-Betrieb, der Fragen aufwirft: Wann endet die Arbeitszeit, wann beginnt der Feierabend? Frank Steinwender, Experte für mobile Telefonie der Technologieberatungsstelle (TBS) des DGB NRW, beschreibt das Phänomen als „Entgrenzung von Arbeitsort und -zeit". Er kritisiert: „Es wird nicht nur vorausgesetzt, dass man erreichbar ist, sondern auch stets arbeitsfähig."

Dies bestätigt auch die Sonderauswertung „Stressfaktor Wochenend-Arbeit" des DGB-Index Gute Arbeit. Danach müssen 27 Prozent der Beschäftigten in ihrer Freizeit häufig oder sehr häufig dienstlich erreichbar sein. 15 Prozent müssen in der Freizeit oft oder sehr oft Aufgaben für den Betrieb erledigen. Mittlerweile hat auch Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) das Problem erkannt und fordert: „In der Freizeit sollte Funkstille herrschen." Damit dies nicht auf freiwilliger Basis erfolgt – und so die Verantwortung bei den ArbeitnehmerInnen liegt – fordert der DGB von der Bundesregierung eine Anti-Stress-Verordnung mit klaren Regeln als Ergänzung zum Arbeitsschutz-Gesetz. „Die Arbeitgeber müssen dafür sorgen, dass die zum Teil erhebliche Kluft zwischen der vereinbarten und der tatsächlichen Arbeitszeit verringert wird", erklärt DGB-Bundesvorstandsmitglied Annelie Buntenbach.

Mit Betriebsvereinbarungen wirken Betriebsräte und Gewerkschaften der dauerhaften Erreichbarkeit und der Entgrenzung der Arbeit entgegen. Darin wird etwa die Nutzung von Diensthandys nach Feierabend eingeschränkt.

Stressfaktor Erreichbarkeit

Anteil der Beschäftigten, die für den Arbeitgeber in ihrer Freizeit sehr oft oder oft erreichbar sein müssen oder für den Betrieb tätig sind (in Prozent)



Quelle: Sonderauswertung „Stressfaktor Wochenend-Arbeit" des DGB-Index Gute Arbeit 2012

Die Belastungen am Arbeitsplatz lassen immer weniger Zeit für Erholung, Kultur und Familie.

Prominent ist das Beispiel von VW, deren Firmen-Smartphones auf Initiative des Betriebsrats seit August 2011 vor und nach Dienstbeginn sowie am Wochenende keine Mails mehr empfangen. In der Vereinbarung heißt es: „Das Smartphone wird grundsätzlich während der Anwesenheit im Betrieb genutzt, außerhalb der Anwesenheit im Betrieb sind die Nutzungsmöglichkeiten eingeschränkt." Von 18.15 Uhr bis 7 Uhr und am Wochenende steht nur die Telefonfunktion zur Verfügung. Außerdem soll das Smartphone in der Regel im Betrieb bleiben. Wolf-Dieter Rudolph, Fachanwalt für Arbeitsrecht, erklärt: „Die permanente Erreichbarkeit empfinden die Beschäftigten als Stress, und der führt zu psychischen Erkrankungen. Um derartige Szenarien präventiv zu verhindern, sind die Betriebsräte gefragt."

Herausforderungen an den Datenschutz ergeben sich für Gesetzgeber, Betriebsräte und Gewerkschaften aus den neuen Ortungsfunktionen: iPhone & Co. hinterlassen weltweit Spuren, der jeweilige Aufenthaltsort der NutzerInnen ist bis auf wenige Meter lokalisierbar. Es sind nicht nur die Bewegungsprotokolle, mit denen Big Brother grüßen lässt. Mails, Skype- und Chat-Protokolle, selbst Surfspuren sind durch den Arbeitgeber auslesbar und machen eine hundertprozentige Überwachung möglich. Die Arbeitgeber halten dagegen, dass sie lediglich verhindern wollten, dass sensible Firmen- oder Kundendaten über die Geräte der Beschäftigten ausspioniert werden. Dazu setzen sie Managementsoftware ein, so genannte MDM (Mobile Device Management). Mit ihr können die Endgeräte der Beschäftigten ausgelesen werden, gleichgültig ob sie privat oder unternehmenseigen sind.

Die Einführung mobiler Endgeräte, Nutzung von Einzelverbindungsnachweisen, Ortung per GPS oder Speicherung der Daten lassen eine Leistungs- und Verhaltenskontrolle der Beschäftigten durch den Arbeitgeber zu. Damit sind sie mitbestimmungspflichtig, Handhabe für Betriebs- und Personalräte, über ihren Einsatz mit den Arbeitgebern zu verhandeln. •

Stressfaktor Wochenendarbeit

Wie sehr die zunehmende Entgrenzung der Arbeitswelt die ArbeitnehmerInnen belastet, zeigt die Sonderauswertung Wochenendarbeit des DGB-Index Gute Arbeit.

Für 35 Prozent der Beschäftigten in Deutschland ist Wochenendarbeit die Regel: 15 Prozent arbeiten sehr häufig, 20 Prozent oft samstags oder sonntags. Am stärksten betroffen: das Gastgewerbe – hier gaben 80 Prozent an, oft oder sehr oft am Wochenende zu arbeiten. Aber auch im Handel (54 Prozent), im Gesundheits- und Sozialwesen (50 Prozent) und in Bildung und Erziehung (40 Prozent) arbeiten Menschen überdurchschnittlich oft am Wochenende.

Gerade Beschäftigte mit niedrigem Einkommen oder in Teilzeit sind häufig oder sehr häufig am Wochenende tätig: 38 Prozent mit einem Einkommen unter 800 Euro (Vollzeit) sowie 41 Prozent der Geringverdiener in Teilzeit. Auch Frauen und jüngere Beschäftigte müssen überdurchschnittlich oft am Wochenende ran: 41 Prozent der Frauen in Teilzeit arbeiten oft oder sehr oft am Wochenende. Bei den 26- bis 35-jährigen Beschäftigten sind es 40 Prozent.

www.dgb.de/-/68P

PROJEKTE UND PARTNER

NGG-Tagung

Wandel gestalten

Schichtarbeit und körperlich anstrengende Tätigkeit verlangen den ArbeitnehmerInnen in der Ernährungswirtschaft viel ab. Ein Grund, sich auch mit den demografischen Herausforderungen in der Branche zu befassen. Das von der Hans-Böckler-Stiftung geförderte Projekt „Lösungen für demografische Herausforderungen in der Ernährungswirtschaft – Transfer von Beispielen guter Praxis" hat sich in Kooperation mit der NGG mit dem Problem befasst. Auf einer abschließenden Fachtagung am 12. und 13. September sollen die Ergebnisse im Bildungszentrum Oberjosbach vorgestellt werden. In neun Themenforen erläutern ExpertInnen Beispiele guter Praxis, unter anderem zur alternsgerechten Gestaltung von Schichtarbeit und zu psychischen Erkrankungen. •

www.bzo.de

Falken

Gegen rechts rüsten

Rechtsextreme verübten 2011 zwei Brandanschläge auf das „Anton-Schmaus-Haus" des Kinder- und Jugendverbands der Falken in Berlin. Um Haus und Menschen nach dem Wiederaufbau vor Anschlägen zu schützen, ist ein 190 Meter langer Zaun geplant. Die Falken bitten um Unterstützung: 5 Euro kostet ein Zentimeter Zaun, der symbolisch „erworben" werden kann. Zu den Unterstützern gehören der DGB-Vorsitzende Michael Sommer, der Kabarettist Dieter Hildebrandt und die Liedermacher Reinhard Mey und Konstantin Wecker. •

www.bollwerk-gegen-nazis.de

mobifair

Tatort Führerstand

Der Verein mobifair schlägt Alarm: Auf sächsischen Bahnstrecken sollen Lokführer einer privaten Betreiberfirma ohne Führerschein unterwegs sein. Nach Recherchen von mobifair verfügen die Lokführer zwar über die entsprechende Ausbildung, werden von ihrem Arbeitgeber aber nicht mit den erforderlichen Papieren ausgestattet. Der Hintergrund: Wer nicht über die Qualifikationsnachweise für seinen Beruf verfügt, hat keine Chance, bei einem anderen Arbeitgeber einen Job zu bekommen, vermutet mobifair. Der Verein fordert deshalb, die Kontrolldichte im Eisenbahnverkehr zu erhöhen. „Wenn Lokführer ohne Fahrerlaubnis ungehindert unterwegs sein können, stimmt etwas nicht", kritisiert mobifair-Geschäftsführer Helmut Diener. •

wiewardiewoche?

Foto: DGB-Region Dresden-Oberes Elbtal

Der DGB Sachsen wirbt mit seiner Kampagne „Billig: Kommt Teurer" für die Novellierung des Vergabegesetzes. Ralf Hron, Vorsitzender der DGB-Region Dresden-Oberes Elbtal, berichtet von den Aktionen in seiner Region.

Im Rahmen der Kampagne ‚Billig: Kommt Teurer' setzen wir uns für ein neues Vergabegesetz ein, das auch soziale und ökologische Kriterien bei der Vergabe öffentlicher Aufträge berücksichtigt. Denn klar ist: Billig kommt hinterher teurer. Beispiele gibt es genug: Die Eishalle Dresden hatte schon nach wenigen Jahren einen ‚Dachschaden', die Sporthalle in Freital musste bereits nach einem Monat wegen Schimmelbefalls gesperrt werden. Deshalb brauchen wir eine bessere Überprüfung der Vergabekriterien und mehr Kontrolle bei der Durchführung. Seit Anfang Juni touren wir durch Sachsen und werben bei Politik, Verbänden und Wirtschaft für dieses Anliegen. Gleichzeitig machen wir mit Straßenaktionen und Konferenzen auf das Thema aufmerksam – und erfahren von den Bürgerinnen und Bürgern große Unterstützung. Sie haben kein Verständnis dafür, dass mit der öffentlichen Auftragsvergabe die Lohndumping-Spirale weitergedreht wird. Die Menschen wissen: Niedriglöhne helfen nicht weiter. Wir werden also weiterhin Druck von unten aufbauen.

www.billig-kommt-teurer.de

DGB-Filmpreis

Jugendgewalt im Fokus

Der Regisseur Lars-Gunnar Lotz ist mit dem Filmpreis des DGB-Bezirks Niedersachsen – Bremen –Sachsen-Anhalt ausgezeichnet worden. Im Mittelpunkt seines sozialkritischen Films „Schuld sind immer die Anderen" steht der Jugendliche Ben, für den Gewalt und Raub zum Alltag gehören. Nachdem er im Jugendknast gelandet ist, soll er in ländlicher Umgebung resozialisiert werden. Der DGB-Filmpreis ist mit 5000 Euro dotiert. •

niedersachsen.dgb.de/-/faM

DGB-Bildungswerk

Grenzenlose Solidarität

Die Krise des Euro zeigt, wie eng die Volkswirtschaften Europas verflochten sind. Doch welche Möglichkeiten haben Gewerkschaften, darauf Einfluss zu nehmen? Um diese Frage geht es bei einem Seminar des DGB-Bildungswerks vom 26. bis 31. August in Hattingen. Von dort aus wird eine Exkursion in die Euroregion Maas-Rhein gestartet. Vor Ort soll der sozialen Geschichte und Gegenwart in der Region zwischen Aachen, Maastricht (NL) und Lüttich (Belgien) nachgegangen werden. In Gesprächen sollen Möglichkeiten europäischer Zusammenarbeit ausgelotet werden. •

bit.ly/seminar_euro

interregio

••• Gute Arbeit, Gestaltung der Energiewende, Bekenntnis zum Industriestandort und soziale Sicherung – das sind die Eckpunkte des ***rot-grünen Koalitionsvertrags*** in NRW. Für den ***DGB NRW*** sind zentrale gewerkschaftliche Forderungen erfüllt. Bezirksvorsitzender Andreas Meyer-Lauber hält den Vertrag zum Teil für zu vage. Er fordert, nicht bei Bildung, Personal und Sozialleistungen zu sparen.

www.nrw.dgb.de/-/fHS

••• Der ***DGB Nord*** bewertet die ***Vorhaben der neuen Landesregierung*** in Schleswig-Holstein überwiegend positiv. Zustimmung finden vor allem die Initiativen zu Mindestlohn, Energiewende und Ostseekooperation. Öffentliche Aufträge werden nur noch an tariftreue Firmen vergeben.

www.nord.dgb.de/-/fj9

••• Das vom ***DGB Berlin-Brandenburg*** initiierte Bündnis der Vernunft gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit hat das ***„Band für Mut und Verständigung"*** verliehen. Ministerpräsident Matthias Platzeck (SPD) zeichnete das Aktionsbündnis Cottbusser Aufbruch und das Bündnis Neukölln aus. Weitere Preise gingen an engagierte BürgerInnen aus der Region, unter anderem an Josefine Markarian, die Führungen zu Potsdamer Stolpersteinen anbietet, und die Jugendband „Hightek Music".

berlin-brandenburg.dgb.de/-/faR

GEWERKSCHAFTEN

IGB-Umfrage

Weltweite Zukunftsangst

Die Kürzungspolitik weltweit müsse sich ändern, fordert der DGB-Vorsitzende und Präsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) Michael Sommer. Erstmals liegt eine internationale repräsentative Befragung von Beschäftigten vor, die der IGB in 13 Ländern durchführen ließ. Das Ergebnis müsste die Politik aufhorchen lassen. So glauben 58 Prozent der Befragten, dass sich ihr Land in die falsche Richtung bewege. Noch mehr, 67 Prozent, sind überzeugt, dass Banken und Finanzinstitutionen zu viel Einfluss auf die wirtschaftlichen Entscheidungen haben. Ebenso viele sind der Überzeugung, dass Wahlen keinen Einfluss auf die wirtschaftlichen Entscheidungen haben. Zudem sorgen sich die Menschen zunehmend um ihren Arbeitsplatz und die Familieneinkommen.

Könnten die Befragten selbst entscheiden, wären 66 Prozent für staatliche Investitionen zur Schaffung von Arbeitsplätzen, nur 24 Prozent sind für einen Schuldenabbau zu Lasten der öffentlichen Ausgaben. Michael Sommer wünscht sich, dass die Bundesregierung diese Ergebnisse ernst nimmt: „Der rigide Sparkurs der Bundesregierung ist nicht nur falsch, er hat auch keine Mehrheiten hinter sich." •

www.dgb.de/-/fHz

Vergaberecht

Berlin bleibt bei alter Regelung

Der DGB Berlin-Brandenburg protestierte mit Erfolg: Die geplante Verschlechterung im Vergabegesetz wird es nicht geben. Entgegen den Vorschlägen des Wirtschaftsausschusses *(einblick 10/12)* bleibt es bei der Lohnuntergrenze für Aufträge ab 500 Euro. •

IG BCE

Leiharbeit wird besser bezahlt

Leiharbeitskräfte in der chemischen Industrie erhalten ab November mehr Geld. „Das enorme Entgeltgefälle zwischen Stammbelegschaften und Leiharbeitnehmern wird ein kräftiges Stück abgetragen", kommentiert der IG BCE-Tarifpolitiker Peter Hausmann den neuen Vertrag, den die IG BCE gemeinsam mit dem Bundesarbeitgeberverband der Personaldienstleister (BAP) und dem Interessenverband Deutscher Zeitarbeitsunternehmen (IGZ) ausgehandelt hat. Bereits im Dezember 2011 hatten sich die Tarifparteien auf ein Grundsatzabkommen verständigt, diese Regelungen wurden jetzt konkretisiert. •

Finanzkrise

Wenig Hoffnung für Europas Jugend

Die Krise in Europa trifft die Jugendlichen in den Krisenländern besonders hart. Inzwischen sind in der EU über 5,5 Millionen Menschen unter 25 Jahren arbeitslos. In Italien, Portugal und Irland ist rund ein Drittel der Jugendlichen betroffen, in Griechenland und Spanien sind mehr als 50 Prozent ohne Job. einblick hat zwei junge GewerkschafterInnen gefragt, wie es in ihrem Land aussieht.

„Die Situation für junge Menschen in Irland ist schwierig. Viele verlassen das Land. Im Moment liegt die Jugendarbeitslosigkeit bei 30 Prozent. Wir brauchen eine Strategie, damit die frühe Arbeitslosigkeit nicht das gesamte Leben prägt. Die Regierung versucht derzeit, die jungen Menschen möglichst lange in der schulischen Ausbildung zu halten. Außerdem soll die Arbeitsvermittlung reformiert werden. Zusätzlich wurde ein Programm für Praktika aufgelegt. Da besteht jedoch die Gefahr, dass es zur Jobauslagerung missbraucht wird. Das muss genau beobachtet werden."

Loraine Mulligan (30), SIPTU, Irland

„Die Lage der spanischen Jugend ist dramatisch. Die Arbeitslosenquote für junge Menschen von 16 bis 24 Jahren liegt bei 51 Prozent. Die Hälfte der jungen Beschäftigten hat nur einen Teilzeitjob und ein Viertel einen befristeten Vertrag, der längstens sechs Monate läuft. Die Jugendlichen sind verzweifelt. Weniger Rechte, keine Arbeit, unbezahlbare Unterkünfte, auch Bildung und Gesundheitsvorsorge haben sich verschlechtert. Für die Regierung hat aber die Reduzierung der öffentlichen Ausgaben absolute Priorität. Dies wird nicht zur wirtschaftlichen Erholung führen."

Ignacio Doreste Hernández (31), CCOO, Spanien

Fotos: CCOO, SIPTU

kurz&bündig

Mit Dumpinglöhnen und Werkverträgen hat sich die deutsche Schlachtindustrie vom Im- zum Exporteur entwickelt. Auf Kosten der Arbeitsplätze in Deutschland und den Nachbarländern. Ein Mindestlohn hätte das verhindert, ist sich die NGG sicher.

Prominente Künstler unterstützen die IG Metall bei ihrem Einsatz für den Erhalt des Bochumer Opel-Werks. Mit dabei sind die Schauspieler Armin Rohde und Frank Goosen sowie der VfL Bochum. Die IG Metall erwartet ein tragfähiges Zukunftskonzept und die notwendigen Investitionen vom Opel-Management.

IG BAU und der Zentralverband Deutsches Baugewerbe (ZDB) fordern einen Ausbau des sozialen Wohnungsbaus. In Ballungszentren drohe Wohnungsnot, die auch Familien mit mittleren Einkommen betreffe. Die Verdrängung ins Umland verursache zudem erhebliche ökologische Folgekosten.

Nur eine breit aufgestellte Hochschullandschaft garantiert exzellente Wissenschaft, betont ver.di anlässlich der zweiten Phase der Exzellenzinitiative. Diese dürfe nicht von zentralen Problemen des Hochschulsystems ablenken: 85 Prozent des wissenschaftlichen Personals sei nur befristet beschäftigt.

Eine bessere Welt ist möglich

Zwei Tage lang diskutierten rund 900 VertreterInnen von Gewerkschaften, evangelischer Kirche und Naturschutzverbänden gemeinsam mit WissenschaftlerInnen und PolitikerInnen über Strategien zu mehr Nachhaltigkeit, Demokratie und einer gerechteren Gesellschaft. Vor 50 Jahren wäre eine solche Tagung zu diesem Thema noch undenkbar gewesen, stellte der DGB-Vorsitzende Michael Sommer zu Beginn fest.

„Nachhaltig handeln, Wirtschaft neu gestalten, Demokratie stärken": Das war das Motto des Transformationskongresses in Berlin, zu dem DGB, Deutscher Naturschutzring und Einrichtungen der Evangelischen Kirche in Deutschland eingeladen hatten. GewerkschafterInnen und VertreterInnen von Kirche und Umweltbewegung waren sich einig, dass weltweit Ungleichheit und Ungerechtigkeit zunehmen – gerade auch in der Krise. Ziel des Kongresses war es, gemeinsam Strategien für mehr Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit in sozialen wie in ökologischen Fragen zu entwickeln. Das bestehende Wirtschaftssystem, das den Planeten über seine Regenerationsfähigkeit hinaus ausbeutet und zwischen den Menschen extreme Ungleichheit produziert, soll umgebaut, der Wachstumsbegriff neu definiert werden. „Neoliberalismus und Deregulierung können überwunden werden, wenn wir gemeinsam daran arbeiten, den Transformationsprozess in unserer Gesellschaft voranzutreiben und der demokratischen Politik endlich wieder den Primat über die Wirtschaft einzuräumen", erklärte der DGB-Vorsitzende Michael Sommer.

> ***„Wenn Politik, Wirtschaft und Gesellschaft weitermachen wie bisher, werden sich die Krisensituationen ständig verstärken und wird die Krisenhaftigkeit dieser Form des Wirtschaftens immer schneller, häufiger und heftiger zu Tage treten."***
> *Michael Sommer, DGB-Vorsitzender*

> ***„Alle großen Worte müssen auch herunter gebrochen werden in konkrete Politik: Was heißt Würde des Menschen zum Beispiel für arme Menschen, für prekär Beschäftigte?"***
> *Nikolaus Schneider, Vorsitzender des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD)*

Konsens war in Berlin: Das Ziel der Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft muss auch mehr Demokratie und Generationengerechtigkeit sein. Dazu werde die Jugend gebraucht. „Junge Menschen werden diese Welt verändern, wir müssen sie dabei unterstützen. Die Jugend ist nicht die Zukunft, die Jugend lebt jetzt – sie braucht unser Empowerment", sagt Olav Fykse-Tveit, Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen. Die Zusammenarbeit der drei großen gesellschaftlichen Gruppen soll fortgesetzt werden. •

> ***„Um mit Roosevelt zu sprechen: Wir haben ein Rendezvous mit dem Schicksal."***
> *Michael Müller, Vorsitzender der Naturfreunde Deutschland und Präsidiumsmitglied des Deutschen Naturschutzrings DNR*

Anzeige

Julia Franz und Michael Brauchli, UN Photo / JC McIlwaine

Fotos: DGB/Simone M. Neumann

Kongresssplitter

Je größer die **Ungleichheit** in einer Gesellschaft ist, umso größer ist auch ihre Krisenanfälligkeit", legte Prof. Richard Wilkinson, Gründer und Co-Direktor von Equality Trust, in seinem Eingangsreferat anhand von vielen Beispielen anschaulich dar. + + + „Ursache allen Übels ist die Ungleichheit zwischen Menschen", stellte auch Prof. Dr. Brigitte Unger, Wissenschaftliche Direktorin des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung fest. Es gelte daher vor allem, „Ungleichheiten zu vermindern". Sie verwies dabei auf den griechischen Philosophen **Aristoteles,** der bereits im 4. Jh. v. Chr. proklamierte: „Kein Mensch soll zehnmal so viel verdienen wie ein Anderer." Ein zentrales Problem insbesondere in der aktuellen Eurokrise ist für Unger, dass wichtige politische Entscheidungen zunehmend von Expertengremien – vom Europäischen Gerichtshof bis zum EZB-Rat – gefällt würden. Sie forderte: Diese Gremien müssen sich öffentlich legitimieren. + + + **Mehr Demokratie wagen** empfahl Gesine Schwan, Präsidentin der Humboldt-Viadrina School of Governance. Wer mehr Demokratie wagen wolle, müsse in die Vernunft der Bürgerinnen und Bürger vertrauen. In der gegenwärtigen Schuldenkrise in Europa glaubten viele Deutsche, dass sie Europa nicht mehr bräuchten. Die Krise lasse sich aber nur lösen „durch Solidarität – nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa". + + + Wenn es um die Zukunft geht, ist vor allem auch die Meinung der **Jugend** gefragt. In kurzen Video-Einspielfilmen vor jeder Diskussionsrunde gaben junge Menschen den Input. Sie antworteten auf Fragen wie: „Wie stellst du dir deine Zukunft vor? Was ist dein Beitrag dazu? Was müssten Politiker in Zukunft ändern?" + + + In acht **Workshops** wurde intensiv über einzelne Aspekte einer nachhaltigen Zukunft diskutiert. Das Themenspektrum reichte dabei von der Energiewende und der Regulierung der Märkte über Innovationen und Technologiepolitik, Green Jobs, Mobilität für alle und der Welternährungssituation bis hin zu einer Demokratisierung der Wirtschaft und einem neuen globalen Gesellschaftsvertrag. + + + Der herkömmliche Wachstumsbegriff ist passé. Auch das **Bruttoinlandsprodukt** (BIP) sei heute kaum mehr geeignet, den Wohlstand einer Gesellschaft zu beschreiben, sagte Frank-Walter Steinmeier, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion. So würden die Kosten für die Reparatur von Umweltschäden das BIP erhöhen, obwohl sie die Lebensqualität stark beeinträchtigen. Nicht zuletzt deshalb habe die SPD gemeinsam mit den Grünen aufgrund der aktuellen Krisenerfahrungen die Enquetekommission des Bundestags „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität" initiiert. + + + Claudia Roth, Vorsitzende von Bündnis 90 / Die Grünen, forderte einen neuen **Gesellschaftsvertrag,** getragen von einem breiten Bündnis für eine ökologisch-soziale Erneuerung der Gesellschaft: „Wir brauchen einen Green New Deal." + + + Der neue Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) versprach, sich in seinem neuen Amt dafür stark zu machen, dass Themen wie Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung den Stellenwert in der politischen Debatte bekommen, der ihnen zusteht. Von entscheidender Bedeutung sei dabei eine erfolgreiche Umsetzung der Energiewende. Wenn es Deutschland gelänge, in der Energiewende führendes, wettbewerbsfähiges Industrieland zu bleiben, die Arbeitsplätze zu erhalten und gleichzeitig auf eine ressourcenschonende, nachhaltige Volkswirtschaft umzusteigen, „dann wird das eine **weltweite Veränderungsdynamik** auslösen, die dazu führt, dass auch andere dieses Modell übernehmen". Um das zu erreichen, gehörten auch die Arbeitgeber mit ins Boot. Gemeinsam mit ihnen werde er bei der Rio+20-Konferenz ein Papier zur Green Economy vorstellen. + + + Eine rigide staatliche **Sparpolitik** ist keinesfalls „the world's next economic top model", stellte Prof. Dr. James K. Galbraith von der US-amerikanischen Universität in Austin (Texas) klar. Im Gegenteil: Gerade in wirtschaftlichen Krisenzeiten müssten Staaten mit Investitionen Impulse für ein **qualitatives Wachstum** setzen. •

Handlungsbedarf

- ***Seit 2011 leben sieben Milliarden Menschen auf der Erde.***
- ***Offiziell leiden 925 Millionen Menschen an Hunger, seriöse Schätzungen gehen von einer Milliarde hungernder Menschen aus.***
- ***Von den 2,8 Milliarden Erwerbstätigen weltweit lebt jeder Zweite von weniger als einem Dollar (1,54 Euro).***
- ***Rund eine Milliarde Menschen ist arbeitslos.***
- ***200 Millionen Kinder unter 14 Jahren gehen täglich zur Arbeit statt zur Schule.***
- ***Mehr als zwei Millionen Menschen sterben jährlich an den Folgen ihrer Arbeit.***
- ***Der weltweite CO_2-Ausstoß ist 2010 um 5,8 Prozent gestiegen.***
- ***Über eine Milliarde Menschen ist ohne Strom.***
- ***Rund eine Milliarde Menschen ist ohne ausreichende medizinische Versorgung.***

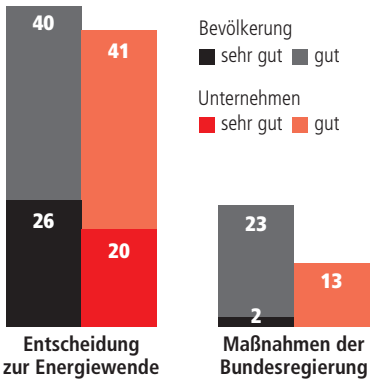
Quelle:
Vorträge von ReferentInnen des Transformationskongresses
Im Internet:
www.transformationskongress.de

dieDGBgrafik

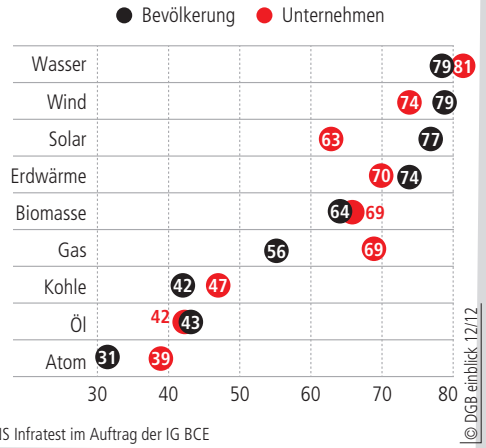
ENERGIEWENDE: Kritik an Bundesregierung groß

Die Zustimmung zur Energiewende ist hoch – in der Bevölkerung wie bei den Unternehmen. Aber nur 25 Prozent der BürgerInnen und 13 Prozent der Unternehmen sind mit den Maßnahmen der Bundesregierung zufrieden. Das sind zentrale Ergebnisse des „Deutschen Energie-Kompass 2012", einer repräsentativen Befragung durch TNS Infratest im Auftrag der IG BCE. Erneuerbare Energien werden umso besser bewertet, je größer ihre Effizienz ist. Wasserkraft liegt vorn, gefolgt von Wind- und Solarenergie.

Anteil der Bevölkerung und der Unternehmen, die die Entscheidung zur Energiewende bzw. die Maßnahmen der Bundesregierung dazu als sehr gut oder gut bewerten (in Prozent)



Akzeptanz-Index für Kraftwerke in der Bevölkerung und in den Unternehmen



Quelle: Deutscher Energie-Kompass 2012 – eine Untersuchung von TNS Infratest im Auftrag der IG BCE

14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

25.6. Hans-Böckler-Stiftung, Tagung „Was ist uns gute Pflege wert? Zum Stand der Pflegereform 2012/2013", Frankfurt/Main

25.6. Friedrich-Ebert-Stiftung Sachsen-Anhalt, Veranstaltung „Rettungsschirme, Sparpakete oder Hebel – wie soll die Euroretttung funktionieren?", Magdeburg

26.6. DGB-Bezirk Baden-Württemberg, Fachtagung „FrauenStärken: Novellierung des Chancengleichheitsgesetzes - Forderungen und Realität", Stuttgart

26.6. DGB-Bezirk Hessen-Thüringen, DGB-Mobilitätskonferenz „Erzwungene Mobilität? Betriebliches Mobilitätsmanagement in der Region Frankfurt-Rhein-Main", Frankfurt / Main

26.6. GEW, Fachtagung „Kita inklusiv?!", Frankfurt / Main

28.6. GdP und „Behörden Spiegel", Polizeitage 2012: „Sicherheitsarchitektur im demographischen Wandel", München

28.-29.6. IG BCE, Fachtagung „Pharmastandort Deutschland", Berlin

29.6. Friedrich-Ebert-Stiftung Regensburg, Regensburger Gespräch „Das Neue Soziale Europa – Perspektiven für mehr Gerechtigkeit", Regensburg

29.6.-1.7 ver.di-Jugend Rheinland-Pfalz und Saar, Sommercamp 2012, Hauenstein/Pfalz

29.6.-20.7 Friedrich-Ebert-Stiftung, Ausstellung „Demokratie stärken – Rechtsextremismus bekämpfen", Göttingen

30.6. DGB Sachsen-Anhalt/Süd, Fachkonferenz „Gute Arbeit", Halle/Saale

30.6. DGB-Jugend Düsseldorf – Bergisch Land, Workshop „Nazis im WorldWideWeb", Düsseldorf

3.7. DGB-Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt, Fachtagung „Zukunft gestalten mit Bus und Bahn", Hannover

4.7. IG Metall Wolfsburg, 14. AngestelltenForum „Tarifpolitik der Zukunft", Wolfsburg

5.7. GEW Bremen, Diskussion „Wege in den Ruhestand", Bremen

7.7. DGB, IG Metall, ver.di, Aktionsbündnis Gera, Aktionstag gegen Nazi-Rock-Festival „RfD 2012 verhindern!", Gera

personalien

••• ***Michael Panteleit,*** 27, ist neuer Bundesjugendsekretär der IG BCE. Der gelernte Chemie-Laborant war vorher Leiter der Jugendbildungsstätte in Kagel. Er folgt ***Kathy Hübner,*** 34, die neue IG BCE-Bezirksleiterin in Karlsruhe ist.

••• ***Melanie Pallien,*** 22, ist neue Bundesjugendleiterin der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG). Sie wurde von der Bundesjugendkonferenz einstimmig gewählt. Ihr Stellvertreter ist ***Florian Witte,*** 26.

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke, Lena Clausen **Redaktionelle Mitarbeit:** Udo Böhlefeld, Birgit Böhret, Luis Ledesma, Tonio Pougin **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/30 88 24-0, Fax 030/30 88 24 20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

Schlusspunkt.

„Die Kommunistische Partei Chinas ist nach meiner Einschätzung ein ‚wohlmeinender Diktator', der das Richtige tut, weshalb ich es nicht schlimm finde, dass die Partei sich diese Macht nimmt."

Jorgen Randers, Professor für Klimastrategie an der norwegischen Schule für Management, erklärte im „Tagesspiegel" vom 17. Juni, wie er den Klimawandel gestaltet sehen möchte.

Fahrtkosten

Auch Weg zur Uni ist voll abzugsfähig

Fahrtkosten zur Universität oder Bildungseinrichtung können in voller Höhe bei der Steuer als Werbungskosten abgesetzt werden. Denn die Universität ist nicht als regelmäßige Arbeitsstätte anzusehen, auch wenn diese häufig über einen längeren Zeitraum hinweg zum Zwecke eines Vollzeitstudiums aufgesucht wird.
Die Aufwendungen für solche Dienstreisen können allerdings nur dann steuerlich berücksichtigt werden, wenn die Kosten auch tatsächlich angefallen sind.

Bundesfinanzhof,
Urteile vom 9. Februar 2012 - VI R 42/11 und VI R 44/10

Gesetzliche Krankenversicherung

Fettabsaugung wird nicht übernommen

Die Krankenkasse ist nicht verpflichtet, die Kosten für eine Fettabsaugung zur Behandlung von Lipödemen zu übernehmen.

Sozialgericht Mainz,
Urteil vom 23. April 2012 - S 14 KR 143/11

Seniorenheim

Aufsicht ist ernst zu nehmen

Besteht bei der Bewohnerin eines Altenheimes eine erhöhte Sturzgefährdung, so muss das Altenheim alles tun, um einen Sturz zu vermeiden. Verletzt es seine Aufsichts- und Betreuungspflicht und erleidet die Bewohnerin dadurch einen Schaden, so ist das Heim zum Schadensersatz verpflichtet.

Oberlandesgericht Düsseldorf,
Urteil vom 17. Januar 2012 - 24 U 78/11

Anhörung des Betriebsrats

Sozialauswahl ist wichtig

Zur ordnungsgemäßen Anhörung des Betriebsrats zu einer beabsichtigten Kündigung gehört die Mitteilung der Gründe, warum einzelne Arbeitnehmer aus der Sozialauswahl herausgenommen worden sind.

Landesarbeitsgericht Nürnberg,
Urteil vom 10. Februar 2012 - 8 Sa 342/11

Kindergeld

Nicht immer bei Au-pair-Aufenhalt

Für volljährige Kinder wird Kindergeld unter anderem dann gezahlt, wenn sie für einen Beruf ausgebildet werden. Sprachaufenthalte im Rahmen eines Au-pair-Verhältnisses im Ausland sind grundsätzlich nur dann als Berufsausbildung anzusehen, wenn sie von einem durchschnittlich mindestens zehn Wochenstunden umfassenden theoretisch-systematischen Sprachunterricht begleitet werden.

Bundesfinanzhof,
Urteil vom 15. März 2012 - III R 58/08

Zuzahlung

Pflicht trotz fehlerhafter Behandlung

Eine fehlerhafte medizinische Behandlung im Rahmen stationärer Leistungen zur medizinischen Rehabilitation befreit nicht von der Pflicht, eine Zuzahlung zu leisten.

Der Fall: Die versicherte Frau beantragte Leistungen der medizinischen Rehabilitation insbesondere wegen einer Schuppenflechte an ihren Händen, die zu Beeinträchtigungen ihrer Tätigkeit als Kassiererin führte. Nach Bewilligung wurde die Maßnahme in einer Nordseeklinik durchgeführt. Nach Durchführung forderte der Rentenversicherungsträger für die stationäre Leistung zur medizinischen Rehabilitation die Zuzahlung von 32 Tagen x 10 Euro, insgesamt also 320 Euro. Die Frau weigerte sich zu zahlen. Sie begründete dies damit, dass sie in der Klinik fehlerhaft behandelt worden sei. Die Behandlung der Schuppenflechte habe mittels Lichttherapie erfolgen sollen. Dabei würden die befallenen Hautpartien einer täglich länger anhaltenden Bestrahlung ausgesetzt. Bereits anfangs habe sie die zuständige Betreuerin darauf hingewiesen, dass die Bestrahlung zu heiß sei und sie Schmerzen sowie ein „Bizzeln" an den Handflächen verspüre. Die Betreuerin sei darauf jedoch nicht eingegangen. Als sie die Verbrennungen an den Händen dem Arzt gezeigt habe, habe dieser sofort die Absetzung der Lichttherapie und die Behandlung der Verbrennungen angeordnet. Dadurch sei sie zu einem längeren Aufenthalt in der Klinik gezwungen gewesen. Die Klage gegen das Zuzahlungsverlangen hatte keinen Erfolg.

Das Sozialgericht: Bei der Zuzahlungspflicht handelt es sich um eine selbstständige, dem Versicherungsträger gegenüber bestehende gesetzliche Zahlungspflicht. Es handelt sich um eine besondere Art der Kostenbeteiligung, mit der der Versicherte Vorteile ausgleichen soll, die ihm durch die gewährte Sachleistung erwachsen. Während der stationären Heilbehandlung erfährt der Versicherte eine Ersparnis von Aufwendungen für seine häusliche Lebenshaltung. Diese Vermögensmehrung wird pauschal durch den Zuzahlungsanspruch abgeschöpft.

Sozialgericht Fulda,
Urteil vom 20. April 2012 - S 1 R 61/11

Berufskrankheiten

Hautkrebs bei Dachdeckern zählt dazu

Die Vorstufe von bösartigen Veränderungen der Haut, durch Sonneneinstrahlung verursacht, ist als Berufskrankheit anzuerkennen.

Der Fall: Der Dachdecker war während seines Erwerbslebens rund vierzig Jahre lang auf Dächern der Sonneneinstrahlung ausgesetzt. Als sich bei ihm bösartige Veränderungen der Kopfhaut gebildet hatten, beantragte er die Anerkennung der Krankheit als Berufskrankheit. Die Berufsgenossenschaft lehnte den Antrag ab: Im Katalog der Berufskrankheiten-Verordnung fehle bislang eine entsprechende Berufskrankheit. Die dagegen gerichtete Klage hatte Erfolg.

Das Sozialgericht: Es bestehen keine Zweifel an dem ursächlichen Zusammenhang zwischen Sonneneinstrahlung und bösartigen Hautveränderungen.

Im konkreten Fall sind die Voraussetzungen eines Ausnahmetatbestands erfüllt, der die Anerkennung von Erkrankungen ermöglich, die nicht ausdrücklich in die Berufskrankheiten-Verordnung aufgenommen sind: „Wie-Berufskrankheiten".

Sozialgericht Aachen,
Urteil vom 16. März 2012 - S 6 U 63/10

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 09.07.2012 13/12

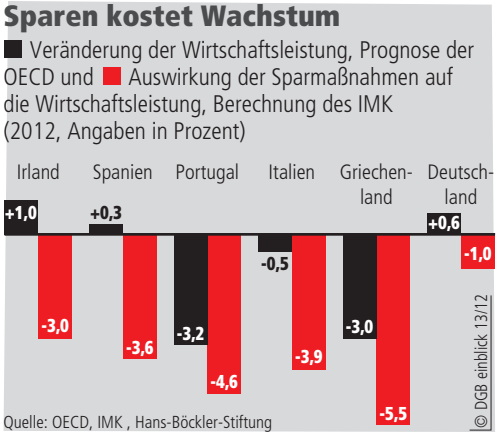
DGB

Euro-Krisenmanagement

Ein Kurswechsel sieht anders aus

Maßnahmen für mehr Wachstum und Beschäftigung, zaghafte Lockerungen des Sparzwangs für die Krisenländer und eine schnellere und flexiblere Sanierung europäischer Banken: Der Euro-Gipfel Ende Juni in Brüssel hat erste Kurskorrekturen an der europäischen Krisenpolitik vorgenommen. Ein Kurswechsel ist das aus Sicht der Gewerkschaften noch nicht. „Der Europäische Rat bleibt weit hinter den notwendigen Maßnahmen zurück", kritisiert Annelie Buntenbach, im DGB-Vorstand für Europapolitik zuständig.

Zudem zeige sich erneut: Das Europa der 27 ist in wesentlichen Fragen nicht mehr handlungsfähig und greift als Notlösung auf zwischenstaatliche Vereinbarungen zurück. „Das gefährdet mehr und mehr die Demokratie, weil das EU-Parlament (EP) außen vor bleibt", so Buntenbach. Es sei ein Skandal, dass der EU-Rat das EP bei der Ausgestaltung der künftigen Wirtschafts- und Währungsunion nicht miteinbezieht. „Das ist genauso inakzeptabel wie die schlechte Information der nationalen Parlamente und die mit dem Fiskalpakt verbundenen Eingriffe in das Königsrecht des Bundestages, die Haushaltskompetenz."



Die Gewerkschaften bleiben bei ihrer Kritik am Fiskalpakt: Der rigide Sparzwang gefährdet Wachstum und Beschäftigung und verschärft die Krise, statt sie zu lösen.

„Es geht jetzt vor allem um die demokratische und soziale Stabilisierung der EU und der Mitgliedstaaten", betont der DGB-Vorsitzende Michael Sommer. Die Handlungsfähigkeit des Sozialstaates müsse erhalten und gestärkt werden. Deshalb sei es wichtig, dass tatsächlich massiv in mehr Wachstum investiert werde. Ob das mit dem auf dem EU-Gipfel beschlossenen 130 Milliarden Euro schweren Wachstumspakt gelingt, bezweifelt Claus Matecki, im DGB-Vorstand für Wirtschaftspolitik zuständig: Das Paket bestehe im Wesentlichen aus Luftbuchungen und werde der einbrechenden Konjunktur in Europa kaum helfen. Sollte der Fiskalpakt kommen, werde der erhöhte Spardruck die Wachstumsförderung „im Keim ersticken". Matecki resümiert: „Die Beschlüsse retten Europa nicht. Es ist höchste Zeit für einen wirklich anderen Kurs in der Anti-Krisenpolitik. Wir brauchen sofort wirksame Instrumente, um die Zinsen auf Staatsanleihen dauerhaft zu senken. Das geht nur mit einer unbefristeten, umfänglichen Garantie der Staatsschulden durch die EZB."

Auch wenn Bundestag und Bundesrat mit Zweidrittelmehrheit dem Fiskalpakt und dem dauerhaften Euro-Rettungsschirm ESM zugestimmt haben, ist noch nicht entschieden, ob Deutschland den Pakt ratifizieren wird. Bereits in der zweiten Juli-Woche beschäftigt sich das Bundesverfassungsgericht mit ersten Klagen dagegen. Trotz aller Kritik sei aber wichtig gewesen, sagt Michael Sommer, dass SPD und Bündnis 90/Die Grünen ihre Zustimmung an Bedingungen wie der Einführung einer Finanztransaktionssteuer geknüpft haben. Er fordert: „Die muss jetzt kommen, die Kanzlerin darf nicht einknicken." •

plusminusBERLIN

+ ***Brigitte Pothmer (MdB Bündnis90/Die Grünen) fordert eine Umschulungsgarantie für ehemalige Schlecker-Beschäftigte. Nach großspurigen Ankündigungen sei Arbeitsministerin von der Leyen verpflichtet, die Schlecker-Frauen zu unterstützen.***

– ***Die Rentenkassen seien nicht dazu da, „Milliarden zu horten", begründete FDP-Generalsekretär Patrick Döring den Willen der Regierung im kommenden Jahr die Rentenbeiträge von 19,6 auf 19 Prozent zu senken.***

inhalt

Seite 3
Mehr Perspektive
Viele Auszubildende im letzten Ausbildungsjahr wissen noch nicht, wie es nach der Abschlussprüfung weitergeht. Die Gewerkschaften machen Druck und kämpfen für Übernahmeregelungen

Seite 5
Ungleiche Bedingungen
Der Bildungsbericht der Bundesregierung zeigt einmal mehr: In Deutschland gibt es zu wenig Unterstützung für Kinder und Jugendliche aus bildungsfernen Schichten

Seite 7
Vorreiter gesucht
Um in Sachen nachhaltige Entwicklung voranzukommen, braucht es Vorbilder. Das fordert DGB-Vorstand Dietmar Hexel in seiner Rio+20-Bilanz

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.dgb.de/-/fu9
DGB-Infoportal zu einer Fachtagung von Friedrich-Ebert-Stiftung und DGB zum Thema Niedriglohnsektor mit aktuellen Fakten, Daten und Statements

Hintergrund

www.dgb.de/-/fyW
Stellungnahmen, Statements und Informationen des DGB zum EU-Fiskalpakt

EU-Richtlinien

Beschäftigte zweiter Klasse

„Der Grundsatz der Gleichbehandlung bei den Arbeits- und Entlohnungsbedingungen muss auch für Saisonarbeitskräfte und konzernintern entsandte oder verliehene Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gelten." Das hat DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach am 25. Juni anlässlich der Anhörung im Bundestags-Innenausschuss über EU-Richtlinienvorschläge zur konzerninternen Entsendung und zur Saisonarbeit gefordert. Erstere würde es ermöglichen, dass multinationale Unternehmen MitarbeiterInnen aus Drittstaaten zu deutlich schlechteren Bedingungen in ihren EU-Niederlassungen arbeiten lassen können. Der Entwurf der Richtlinie stehe „in drastischem Widerspruch" zum Diskriminierungsverbot der EU, kritisierte der IG BAU-Europarechtsexperte Frank Schmidt-Hullmann als Sachverständiger im Ausschuss. „Die Betroffenen werden zu Beschäftigten zweiter Klasse", so Hullmann. Gleichzeitig erhöhe sich der Druck auf die hiesigen Beschäftigten.

Nicht minder fatal würde die Saisonarbeitsrichtlinie wirken, sollte sie in der vorliegenden Fassung in Kraft treten. So könnten zum Beispiel auch Fast-Food-Ketten Saisonarbeitskräfte zu schlechteren Lohn- und Arbeitsbedingungen einsetzen – lediglich gesetzlich verankerte Mindeststandards sollen in beiden Richtlinien verbindlich sein. Während die SPD eine „sozial gerechte Gestaltung" und die Grünen eine grundlegende Überarbeitung fordern, lehnt die Linke beide Richtlinien in Gänze ab. Dagegen ist von der Bundesregierung keine Kritik an den EU-Entwürfen zu vernehmen. „Die Bundesregierung fördert mit ihrer Position zu den Richtlinien Lohn- und Sozialdumping", sagt Annelie Buntenbach. •

www.einblick.dgb.de/hintergrund

IMK

Konjunktur flaut ab

Das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung hat seine Konjunkturprognose für 2012 und 2013 aktualisiert. Nach der kräftigen Exportnachfrage im ersten Quartal erhöhten die ForscherInnen ihre Wachstumsprognose für 2012 um 0,6 Prozent. Zu einer Stütze der deutschen Wirtschaft sei die Binnennachfrage geworden, sagt Gustav A. Horn, wissenschaftlicher Direktor des IMK. Ursache sei die Trendwende bei den Einkommen. Die höheren Lohnabschlüsse führten zu mehr privatem Konsum. Für 2013 senkte das IMK seine Prognose hingegen um 0,3 Prozent. Durch den erwarteten leichten Anstieg der Arbeitslosigkeit und der Rezession im Euro-Raum sei für Deutschland eine Stagnation zu erwarten. Aufgrund seiner relativ guten wirtschaftlichen Stellung in Europa müsse Deutschland dennoch „die Rolle eines Wachstumsmotors im Euroraum" übernehmen, so der IMK-Report. •

www.bit.ly/IMK_Report

EU-Kommission

Bessere Regeln für Praktika

Die Forderung des DGB, die Bedingungen für Praktika gesetzlich zu regeln, erhält jetzt Unterstützung aus Europa. Die EU-Kommission will einheitliche Qualitätsstandards festlegen. Vorab ließ die Kommission die Situation der Praktikanten in den Ländern prüfen. Das Ergebnis: In allen Mitgliedstaaten gehören geringe Bezahlung und eine schlechte soziale Absicherung zu den Problemen. Ebenso wird kritisiert, dass PraktikantInnen häufig regulär Beschäftigte ersetzen. Da die Kommission davon überzeugt ist, dass gute Praktika angesichts der in vielen Staaten hohen Jugendarbeitslosigkeit ein Weg in reguläre Beschäftigung sein können, sollen nun die Standards angehoben werden. •

www.bit.ly/EUPraktika

Pflegereform

„Politische Irreführung"

DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach hat das beschlossene Pflege-Neuausrichtungsgesetz scharf kritisiert: „Bundesgesundheitsminister Bahr ist allen Herausforderungen aus dem Weg gegangen und hat die Probleme auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben." Nach dem Gesetz gibt es monatlich fünf Euro Förderung vom Staat für eine private Pflegezusatzversicherung. Übrig bleibe mit der Fünf-Euro-Förderung ein ‚Pflege-Bahr', der seinen Platz im Kuriositätenkabinett der Zeitgeschichte finden dürfte. Der Reform-Begriff sei schon oft missbraucht worden, so Buntenbach. „Das Pflege-Neuausrichtungsgesetz hat allerdings die Chance, es auf Anhieb in die Top Ten der politischen Irreführung zu schaffen." •

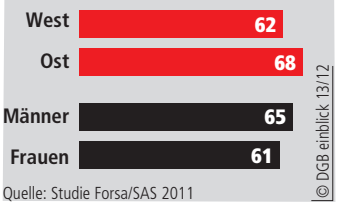
Bürgerbeteiligung

Mehr Mitsprache erwünscht

Bei Großprojekten sollte die Bürgerbeteiligung ausgebaut werden. Das war die übereinstimmende Meinung der Sachverständigen bei einer Anhörung im Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung im Bundestag. Die SPD-Fraktion hatte einen Antrag eingebracht, der unter anderem eine Beteiligung schon vor der Eröffnung des Verfahrens fordert. Darüber hinaus will die SPD beschleunigte Planfeststellungsverfahren. Tilmann Heuser vom Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) erwartet nicht nur ein Mehr an Mitsprache, sondern vor allem auch eine „offene Bedarfs- und Alternativprüfung". •

Beteiligung stärkt Vertrauen

Einfluss auf politische Entscheidung würde das Vertrauen in Politik stärken (in Prozent)



Quelle: Studie Forsa/SAS 2011

Die Politik könnte auf eine bessere Unterstützung der BürgerInnen zählen – wenn es mehr Mitsprache gäbe.

Mietrechtsänderung

DGB kritisiert Schwarz-Gelb

Die Bundesregierung hat Ende Mai einen Entwurf zur Änderung des Mietrechts verabschiedet. Darin ist unter anderem vorgesehen: MieterInnen sollen künftig in den ersten drei Monaten, in denen Sanierungsmaßnahmen stattfinden, kein Recht auf Mietminderung haben, wenn ihre Wohnung energetisch saniert wird. „Trotz Baulärm, Schmutz und Einrüstung soll der Mieter den vollen Mietpreis zahlen", kritisiert DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki. Dadurch werde der Abbau von Mieterrechten vorangetrieben. Angesichts von knapp 50 Millionen MieterInnen in Deutschland sei das eine Politik gegen die Interessen der Mehrheit.

Matecki fordert: „Statt am bewährten sozialen Mietrecht rumzudoktern, solle die Bundesregierung die Länder beim sozialen Wohnungsbau unterstützen, um steigende Mieten in Ballungszentren wirksam zu bekämpfen." Und er fügt an: „Klimaziele erreicht man nicht durch den Abbau von Mieterrechten, sondern durch massive Förderungen und Investitionen in den energetischen und altersgerechten Umbau des Wohnungsbestandes." •

Übernahmesituation

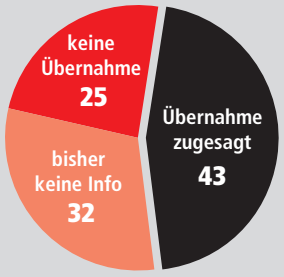
Einsatz für mehr Perspektive

Eine Studie der DGB-Jugend zeigt: Trotz Klagen über den Fachkräftemangel haben viele Unternehmen scheinbar keine Nachwuchssorgen. Denn über die Hälfte der Auszubildenden im letzten Ausbildungsjahr hat noch keine Übernahmezusage. Doch die Gewerkschaften machen Druck.

Eine im März und April durchgeführte Befragung von rund 1400 Auszubildenden durch die DGB-Jugend liefert ein ernüchterndes Ergebnis: Ein Viertel der Azubis weiß, dass sie nach der Ausbildung nicht übernommen werden. Weitere 32 Prozent haben noch keine Information, ob sie nach der bestandenen Abschlussprüfung weiterbeschäftigt werden. Nur 43 Prozent der Befragten gaben an, übernommen zu werden. Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock fordert: „Junge Menschen brauchen Perspektiven und die Chance auf einen gelungenen Übergang von der Ausbildung in eine reguläre und fair bezahlte Erwerbstätigkeit." Die unbefristete Übernahme der Auszubildenden wäre ein wichtiges Signal, dass die Unternehmen es mit der Fachkräftesicherung ernst meinen, betont Sehrbrock.

Über die Hälfte ohne Zusage

Angaben von Auszubildenden im letzten Ausbildungsjahr zur Übernahmesituation* (in Prozent)



* Befragung im März und April 2012
Quelle: DGB-Jugend 2012

© DGB einblick 13/12

Die Befragung der DGB Jugend zeigt: Viele Azubis wissen im letzten Ausbildungsjahr nicht, wie es weitergeht.

Die Gewerkschaften machen Druck, zum Beispiel die IG Metall. Mit dem Tarifabschluss in der Metall- und Elektroindustrie konnte ein grundsätzliches Recht auf unbefristete Übernahme für Auszubildende festgeschrieben werden. Betriebsräte sind in Sachen Ausbildung und Übernahme gestärkt worden. Im Rahmen der Personalplanung beraten diese künftig mit den Arbeitgebern. Es gilt: Ist vor Beginn der Ausbildung der Bedarf festgelegt worden, haben die Azubis Anspruch auf unbefristete Übernahme. Der Zweite Vorsitzende der IG Metall Detlef Wetzel begrüßt den Tariferfolg: „Mit der Vereinbarung für die gesamte Branche haben wir ein deutliches Zeichen gesetzt, um jungen Menschen eine planbare und faire Perspektive zu sichern."

Auch ver.di hat für die rund 87 000 Auszubildenden im öffentlichen Dienst bei Bund und Kommunen eine unbefristete Übernahme bei bedarfsgerechter Ausbildung durchgesetzt. Holm-Andreas Sieradzki, Jugendsekretär beim ver.di-Bundesvorstand und Mitglied in der Jugendtarifkommission für den öffentlichen Dienst, erklärt: „Zum ersten Mal haben wir so die unbefristete Übernahme für alle nach Bedarf Ausgebildeten tarifvertraglich festgeschrieben." Im Detail sieht die Regelung zunächst eine Übernahme für zwölf Monate vor. Erhält der oder die Auszubildende in dieser Zeit keine rechtmäßige Abmahnung, wird er oder sie in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis übernommen.

Die IG BCE-Jugend setzt auf der einen Seite auf sozialpartnerschaftliche Regelungen, beispielsweise in der chemischen Industrie, wo Arbeitgeber und IG BCE gemeinsam eine Übernahmeempfehlung ausgesprochen haben. Auf der anderen Seite will sie mit ihrer Kampagne „Unser Einsatz für deine Übernahme" betriebliche Akteure dazu anleiten, Lösungen im Betrieb zu finden. Der IG BCE-Bundesjugendsekretär Michael Panteleit kündigt an: „Darüber hinaus werden zukünftig unsere ‚Runden Tische für Ausbildungsfragen' zu regionalen Plattformen, um nicht übernommene Facharbeiter in andere Betriebe zu vermitteln."

In der Nahrungsmittelindustrie hat die NGG ebenfalls tarifvertragliche Lösungen mit den Arbeitgebern ausgehandelt. So gibt es in der Brauereiwirtschaft, in der Brot- und Fleischwarenindustrie und in der Milchwirtschaft Flächentarifverträge, die die Übernahme regeln. Einige große Unternehmen haben Haustarifverträge mit der NGG abgeschlossen – beispielsweise Coca-Cola. Dort werden die Auszubildenden unbefristet übernommen. Der NGG-Vorsitzende Franz-Josef Möllenberg kommentiert: „Die klugen Industrieunternehmen erfüllen unsere Forderung nach unbefristeter Übernahme der Auszubildenden, weil sie wissen, dass sie übermorgen keine qualifizierten Fachkräfte bekommen."

Auch die IG BAU kämpft für ihre jungen Mitglieder. Das zeigt der aktuelle Tarifabschluss für die Steine-Erden-Industrie in Baden-Württemberg. Dort kann nun mit Betriebsvereinbarungen die Übernahme gestaltet werden. Zudem gibt es Haustarifverträge, wie etwa bei Xervon, einem Instandhaltungsunternehmen für Industrieanlagen. Der IG BAU-Bundesjugendsekretär Christian Beck betont, dass die IG BAU sich auch weiterhin für gute Übernahmechancen einsetzt, etwa aktuell bei den Tarifverhandlungen im Maler- und Lackiererhandwerk. •

Anhaltende Probleme

Der Ausbildungsstellenmarkt im Juni zeigt zwar positive Entwicklungen, doch die Situation bleibt für BewerberInnen weiterhin angespannt, warnt die DGB-Jugend.

Die Zahlen für den Monat Juni der Bundesagentur für Arbeit (BA) zeigen: Noch immer suchen deutschlandweit 220 966 junge Menschen einen Ausbildungsplatz. Demgegenüber stehen 176 296 unbesetzte Stellen. Zudem zählt die BA 41 415 BewerberInnen als versorgt, obwohl sie ausdrücklich weiterhin einen Ausbildungsplatz suchen.

Die DGB-Jugend kritisiert, dass immer noch viele junge Menschen in das so genannte Übergangssystem vermittelt werden – im Jahr 2011 waren das rund 294 000. Die meisten von ihnen benötigen einen Ausbildungsplatz und keine Maßnahme, so die DGB-Jugend. Noch immer haben 1,5 Millionen junge Menschen zwischen 20 und 29 Jahren keinen qualifizierten Berufsabschluss – das sind 17 Prozent der Altersgruppe.

Weitere Infos der DGB-Jugend zum Ausbildungsmarkt:
www.bit.ly/dgb_jugend_ausb

PROJEKTE UND PARTNER

IGB

Gewerkschaftsrechte weltweit

Auch 2011 lebten GewerkschafterInnen überall auf der Welt gefährlich. Das ist das Fazit des jährlichen Berichts des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) über die Verletzungen von Gewerkschaftsrechten in 143 Ländern. Wer für seine Rechte eintritt, muss mit Entlassung und Verhaftung rechnen, oft ist das eigene Leben in Gefahr. Besonders unsicher für GewerkschafterInnen ist weiterhin Kolumbien: Hier wurden 29 GewerkschafterInnen ermordet. Weltweit bezahlten 76 GewerkschafterInnen ihr Engagement mit ihrem Leben. Globale Trends wie die Missachtung von Arbeitsgesetzen sowie mangelnde Aufsichts- und Schutzsysteme haben sich auch im letzten Jahr fortgesetzt. WanderarbeiterInnen, weibliche Arbeitskräfte und Hausangestellte sind besonders von Ausbeutung betroffen.

Auch der aktuelle Bericht von Amnesty International zur weltweiten Lage der Menschenrechte (Fischer Verlag, 14,99 Euro) zeigt die Verfolgung von GewerkschafterInnen weltweit. So wurde im Tschad Boukar Barka, Generalsekretär des nationalen Gewerkschaftsbundes, mehrfach wegen angeblicher Veruntreuung und Provokation verhaftet, nachdem er und seine Gewerkschaft Beschäftigte einer Öl-Firma unterstützt hatten. •

www.survey.ituc-csi.org
www.bit.ly/ai-report2012

ver.di-Jugend

Gegen rechte Presse

Gegen rechte Propaganda am Zeitungskiosk wehrt sich die ver.di-Jugend mit der Arbeitshilfe „Aktiv gegen extrem rechte Zeitungen". Für sie ist es untragbar, dass extrem rechte Publikationen wie „Junge Freiheit" und „National-Zeitung" im Kiosk an der Ecke gekauft werden können. Die Arbeitshilfe klärt über diese Printmedien und ihre Funktion in der Szene auf. Sie kann als E-Book im Internet kostenlos heruntergeladen werden. Auf 23 Seiten wird Hintergrundwissen vermittelt. Dazu gibt es Handlungshinweise und Tipps für Aktionen vor Ort, zum Beispiel gegen die Verteilung von rechten Publikationen auf dem Schulhof. •

www.bit.ly/verdi_ebook

Klimaschutz

Nachhaltiger Kongress

Alle reden von nachhaltigem Klimaschutz – beim Transformationskongress des DGB und seiner Partner wurde nicht nur darüber debattiert, Nachhaltigkeit wurde auch durch die finanzielle Kompensation der entstandenen Treibhausgasemissionen umgesetzt. Insgesamt verursachten An- und Abreise der Teilnehmenden, Energieverbrauch am Tagungsort sowie Catering und Druckerzeugnisse etwa 72 Tonnen CO_2. Davon entfielen rund drei Viertel auf die An- und Abreise, die Druckerzeugnisse verursachten mit 0,1 Prozent den geringsten Anteil. Der Ausgleichsbetrag von insgesamt 1660 Euro ging an die Klima-Kollekte, die Klimaschutzprojekte wie Biogasanlagen und Solarlampen in Indien oder energieeffizientes Kochen in Südafrika fördert. •

www.klima-kollekte.de

Ratgeber

Arbeitslos – was nun?

Wer zum ersten Mal arbeitslos wird, hat viele Fragen und Sorgen. Hilfe und Rat bietet die Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen mit der Broschüre „Erste Hilfe bei (bevorstehender) Arbeitslosigkeit". Was müssen ArbeitnehmerInnen beachten, wenn sie die Kündigung erhalten? Welche Rechte und Pflichten haben sie gegenüber der Bundesagentur für Arbeit? Der Ratgeber erklärt unter anderem, was es mit Zumutbarkeitsregeln und Sperrzeiten auf sich hat. Zudem gibt er Hilfestellung bei der Suche nach einem neuen Job. Die Broschüre kann im Internet für 1,80 Euro zzgl. Porto bestellt werden. •

www.bit.ly/ratg_arbeitslos

DGB-Motivkarten

Vorurteile ausräumen

Im Rahmen der Euro- und Finanzkrise häufen sich – besonders in einigen deutschen Medien – die Klischees und Vorurteile über Griechenland. Damit will der DGB Berlin-Brandenburg mit Motivkarten aufräumen. „Es geht uns um Solidarität mit der griechischen Bevölkerung, die die meisten Opfer in dieser Krise bringen muss", erklärt die Bezirksvorsitzende Doro Zinke. Die acht Karten setzen sich mit Sprüchen wie „Die Griechen zahlen keine Steuern" oder „Die Griechen sind faul" auseinander und entkräften sie. Es sei unverantwortlich, den schwarzen Peter den ArbeitnehmerInnen und sozial Schwachen zuzuschieben, sagt Doro Zinke. Vielmehr seien es die Superreichen in Griechenland, die Steuerflucht betrieben und in den letzten Jahren geschätzte 600 Milliarden Euro ins Ausland geschafft hätten. •

www.berlin-brandenburg.dgb.de/-/fd6

interregio

••• Im Rahmen des Projekts ***„Schreibend die Arbeits- und Lebenswelt erfahren"*** von ***DGB-Jugend München*** und P.E.N. Zentrum Deutschland haben acht Schulklassen gemeinsam mit AutorInnen Geschichten entwickelt und geschrieben. Die SchülerInnen von Berufs-, Haupt- und Förderschulen lernten, der Phantasie freien Lauf zu lassen und einen Text zu entwerfen. Das Ergebnis ist nun in Buchform erschienen. „Klasse Geschichten. Schüler und Schriftsteller schreiben gemeinsam eine Geschichte" kann für 10 Euro bei der DGB-Jugend München bestellt werden.

www.dgb-jugend-muenchen.de

••• Der ***DGB Hessen-Thüringen*** sieht in der geplanten ***Rekommunalisierung des Energieversorgers e.on-Mitte*** einen wichtigen Schritt im Sinne der Energiewende. Der DGB-Bezirksvorsitzende Stefan Körzell erklärte, er sei „voll und ganz für die neue Dezentralisierung". Der DGB habe stets kritisiert, dass die Energieversorgung durch die Privatisierung in den Händen von drei großen Unternehmen lag. Er rief die betroffenen Landkreise und Städte dazu auf, eine Mehrheitsbeteiligung an e.on-Mitte zu erwerben. Gleichzeitig müsse die zuständige Gewerkschaft ver.di in die Veränderungsprozesse eingebunden werden.

Betriebsrätetag 2012

Gute Praxis

Zum Deutschen Betriebsrätetag 2012 treffen sich am 24. /25. Oktober zahlreiche Betriebsräte in Bonn, um sich über gute Praxis in der betrieblichen Mitbestimmung auszutauschen und Netzwerke zu bilden. Höhepunkt der Veranstaltung ist die Verleihung des Deutschen Betriebsräte-Preises 2012. •

www.betriebsraetetag.de

Bildungsbericht

Ungleiche Bedingungen

Das Bildungsniveau der Deutschen ist zwar gestiegen, doch immer noch gehören rund 20 Prozent der jungen Menschen zu den Bildungsverlierern.

„Von Chancengleichheit sind wir in Deutschland noch weit entfernt", ist ein Kritikpunkt der stellvertretenden DGB-Vorsitzenden Ingrid Sehrbrock an der Bildungspolitik von Bund und Ländern. Im vierten Bildungsbericht „Bildung in Deutschland 2012" stellt die wissenschaftliche Autorengruppe fest, dass noch immer fast 20 Prozent der Schülerinnen und Schüler ohne Abschluss die Schule verlassen oder ihre Ausbildung abbrechen. Sie gehören nach den Kriterien des PISA-Tests zu den RisikoschülerInnen. Für den DGB wäre eine der entscheidenden Maßnahmen, das Angebot an Ganztagsschulen zu erhöhen. Derzeit bietet gut die Hälfte aller Schulen einen Ganztagsbetrieb. Die Teilnahme ist aber überwiegend freiwillig. Die AutorInnen betonen jedoch, „insbesondere bei der verbindlichen Form der Ganztagsschule kann sie mit ihren ergänzenden Angeboten zum Ausgleich sozialer Unterschiede beitragen".

Doch auch ein Schulabschluss garantiert noch keinen Ausbildungsvertrag. Von den rund 300 000 Jugendlichen, die derzeit in den Warteschleifen hängen, haben nach dem Bildungsbericht fast 80 Prozent einen Schulabschluss, ein knappes Viertel sogar einen mittleren Abschluss. Für den DGB-Bildungsexperten Matthias Anbuhl heißt das, „diese jungen Menschen gehören nicht in Warteschleifen, sondern in eine vollqualifizierende Berufsausbildung". Die Zahlen belegen die negative Entwicklung. Während in der Altersgruppe der 30- bis 35-Jährigen fast 18 Prozent keinen Berufsabschluss haben, liegt dieser Anteil bei den 60- bis 65-Jährigen um sechs Prozentpunkte niedriger.

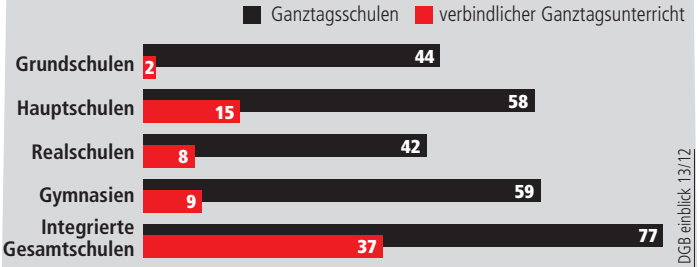
Gute schulische Leistungen hängen aber auch von der frühkindlichen Bildung ab. Die Bildungs- und Betreuungsquote der Kinder unter drei Jahren lag 2011 bei 25 Prozent. Von den Kindern im Alter von drei bis fünf Jahren besuchen 94 Prozent eine entsprechende Einrichtung. Doch trotz der steigenden Zahlen – und dem ab 2013 geltenden Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für die Ein- bis Zweijährigen – gibt es noch immer „herkunftsbedingte Unterschiede", wie die Expertengruppe feststellt. Im Bildungsbericht wird angemahnt, „die Angebote so zu gestalten, dass sie alle Eltern ansprechen und keine gegenteiligen Anreize schaffen, die frühe Bildung nicht zu nutzen". Sehr deutlich wenden sich die WissenschaftlerInnen gegen das Betreuungsgeld. Ingrid Sehrbrock hofft, dass nun auch die Regierungskoalition einsieht, „dass sie mit dem Betreuungsgeld im politischen Abseits steht". Die Mittel müssten in den Ausbau der Betreuungsinfrastruktur und das benötigte Personal investiert werden.

Ein weiterer Punkt, der für den DGB noch immer unbefriedigend gelöst ist, bleibt die strikte Trennung zwischen beruflicher und akademischer Bildung. Der Anteil der StudienanfängerInnen mit dualer Ausbildung, aber ohne Abitur, lag im Jahr 2010 bei zwei Prozent. Auch die Autorengruppe des Bildungsberichts hält deshalb „die Neugestaltung der Schnittstelle Berufsausbildungs-/Hochschulsystem" für „dringend geboten". Nicht zuletzt ergebe sich dies aus der demografischen Entwicklung und den steigenden Wissensanforderungen in der Arbeit. Der DGB fordert, die berufsbegleitenden Studiengänge auszubauen. Als Anreiz für die Hochschulen, mehr Studienplätze für beruflich Qualifizierte anzubieten, könnte ein Bonussystem im Hochschulpakt festgeschrieben werden.

Bildung gibt es nicht kostenfrei. Zwar wurden die Etats in Bund und Ländern in den vergangenen Jahren kontinuierlich erhöht, doch die stolze Zahl von insgesamt 172,3 Milliarden Euro, die 2010 ausgegeben wurden, wird im Bildungsbericht relativiert. Die Summe sei letztlich durch das Zukunftsinvestitionsgesetz und andere Sonderprogramme erreicht worden. „Eine hinreichende Finanzierung des Bildungswesens muss auch über die Dauer der Sonderprogramme hinaus gesichert werden", mahnen deshalb vorsorglich die WissenschaftlerInnen. •

Mehr Ganztagsunterricht

Anteil der Ganztagsschulen nach Schularten, davon Schulen, die den Ganztagsunterricht verbindlich anbieten, Stand: 2010 (in Prozent)



Quelle: Bildungsbericht 2012

Ein quantitativer Ausbau von verbindlichen Ganztagsangeboten wäre notwendig, heißt es im Bildungsbericht. Denn trotz eines größeren Angebots ist die Teilnahme überwiegend freiwillig. Mit einem verbindlichen Ganztagsunterricht würden gerade Kinder aus sozial schwachen Familien erreicht, stellen die WissenschaftlerInnen fest.

Weiterbildung stagniert

Trotz aller politischen Sonntagsreden und Forderungen sind die Zahlen für die Beteiligung an Weiterbildungsmaßnahmen rückläufig oder stagnieren, stellt die Autorengruppe des Bildungsberichts fest. Dabei bleiben vor allem die Trends der vergangenen Jahre konstant: Erwerbstätige nehmen weitaus häufiger an Weiterbildungsmaßnahmen teil als Nichterwerbstätige; AkademikerInnen nutzen die Angebote doppelt so oft wie ArbeitnehmerInnen mit niedrigeren Bildungsabschlüssen.

Kritisch sehen die WissenschaftlerInnen zudem, dass vor allem Ältere in der betrieblichen Weiterbildung nach wie vor unterrepräsentiert sind. Auch wer sich unabhängig von seinem Arbeitgeber weiterbilden will, hat kaum Chancen. Laut Bildungsbericht gibt es auch auf dem freien Markt „noch relativ selten Maßnahmen" für die Älteren. Die Autorengruppe bezweifelt, ob eine alternde Gesellschaft, deren Existenzgrundlage „von einer sich beschleunigenden Wissensdynamik geprägt" sei, sich weiterhin eine Weiterbildung auf dem bisherigen Niveau leisten könne.

Der Bildungsbericht erscheint seit 2006 alle zwei Jahre. Er wird von der Kultusministerkonferenz der Länder und dem Bundesbildungsministerium finanziert.

www.bildungsbericht.de

kurz&bündig

Die GdP fordert den sofortigen Abzug deutscher Bundespolizisten aus Saudi-Arabien. Ihre Aufgabenbeschreibung sei unklar, die politische und wirtschaftliche Interessenlage undurchsichtig, so Bernhard Witthaut, GdP-Bundesvorsitzender.

Die GEW sieht große Defizite in der kulturell-musischen und ästhetischen Bildung an den Schulen. Eine Online-Befragung unter 3500 GEW-Mitgliedern zeigt: Es fehlten vielfach ausgebildete Lehrkräfte, geeignete Räume und gute Ausstattung.

Anti-Stress-Verordnung

Belastungen verringern

Die Zunahme psychischer Belastungen in der Arbeitswelt ist für Hans-Jürgen Urban, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, eine „tickende gesellschaftliche Zeitbombe". Um diese zu entschärfen, hat die IG Metall gemeinsam mit Experten aus Wissenschaft und Praxis eine Anti-Stress-Verordnung erarbeitet. Ziel ist es, Belastungsfaktoren für Beschäftigte zu verringern. Dazu wurden konkrete Maßnahmen in den Bereichen Arbeitsaufgaben und -organisation, soziale Beziehungen, Arbeitsplatz- und Umgebungsbedingungen sowie Arbeitszeit entwickelt. Die zentrale Forderung lautet: Die rechtlichen Rahmenbedingungen müssen an die neuen Herausforderungen der Arbeitswelt angepasst werden. Eine verbindliche gesetzliche Regelung für alle Branchen und Beschäftigten sei unverzichtbar, so Urban. Die von der IG Metall vorgeschlagene Verordnung könnte das Bundesarbeitsministerium als Ergänzung zum Arbeitsschutzgesetz erlassen. •

www.bit.ly/Verordnung

IndustriALL

Internationale Zusammenarbeit

Vier Wochen nach der Gründung der europaweit agierenden IndustriALL Europe *(einblick 10/12)* haben sich die Industriegewerkschaften im Juni auch auf internationaler Ebene zu IndustriALL zusammengeschlossen. Die neue globale Gewerkschaftsföderation vertritt 50 Millionen Beschäftigte aus 140 Ländern. Der Erste Vorsitzende der IG Metall Berthold Huber wurde zum Präsidenten der Global Union gewählt (siehe Seite 8). Er will „mit aller Kraft" gegen Regierungen und Konzerne vorgehen, die Gewerkschaftsrechte missachten: „Wir müssen so etwas wie Amnesty International für verfolgte Gewerkschafter werden", betonte er nach seiner Wahl. Zu dem globalen Zusammenschluss gehören die Mitgliedsorganisationen des Internationalen Metallgewerkschaftsbundes (IMB), der Internationalen Föderation der Chemie-, Energie-, Bergbau- und Fabrikarbeitergewerkschaften (ICEM) sowie der Internationalen Textil-, Bekleidungs- und Lederarbeiter-Vereinigung (ITBLAV). •

www.industriall-union.org

Anzeige

JEDE MINUTE STIRBT EIN MENSCH DURCH WAFFENGEWALT

Setzen Sie ein Zeichen,
damit sich die Bundesregierung
für strikte Kontrollen des weltweiten
Waffenhandels stark macht.

Ihre Stimme rettet Leben.
www.amnesty.de/haendehoch

HÄNDE HOCH FÜR WAFFENKONTROLLE
AMNESTY
INTERNATIONAL

NGG-Offensive

Arbeitsfähigkeit erhalten

Mit der Offensive „Faire Arbeit. Gutes Leben" will die NGG den demografischen Wandel in der Ernährungswirtschaft mit ihren rund 520 000 Beschäftigten gestalten. In weiten Teilen der Branche gebe es Arbeitsbedingungen, die es den über 50-Jährigen wie den Jüngeren unmöglich machten, „das reguläre Renteneintrittsalter zu erreichen", betont der NGG-Vorsitzende Franz-Josef Möllenberg. Gemeinsam mit den Betriebsräten sollen die Arbeitsbedingungen so verbessert werden, dass Arbeitsfähigkeit, Gesundheit, Kompetenz und Motivation erhalten und gestärkt werden. •

ver.di-Projekt

Alternsgerecht arbeiten

Der demografische Wandel stellt die Dienstleistungsbranche vor große Herausforderungen. Im Rahmen des Demografie- und Tarifprojekts des Bundesarbeitsministeriums „Alternsgerecht Arbeiten", an dem ver.di teilnimmt, sollen bis 2014 betriebliche Modelle und eine nachhaltige Tarifpolitik entwickelt werden. Stefanie Nutzenberger, Mitglied im ver.di-Bundesvorstand und zuständig für den Handel, erhofft sich verbindliche tarifliche Rahmenregelungen für die Dienstleistungsbranchen. In dem Projekt „ZusammenWachsen, ArbeitGestalten" erarbeiten Gewerkschaften, Arbeitgeber und Politik erstmals gemeinsam Lösungen für die Bereiche Handel, Pflege, Sozial- und Erziehungsdienst, ÖPNV und Straßenmeiereien. Nutzenberger: „Wir brauchen Gute Arbeit vom Berufseinstieg bis zur Rente." Dazu gehörten neben der Wertschätzung der Kompetenzen älterer Beschäftigter auch Übernahmegarantien für Auszubildende, um jungen Menschen eine Perspektive zu bieten. •

www.zusammenwachsen-arbeitgestalten.de

Julia Franz und Michael Brauchli

MEINUNG

UN-Umweltgipfel Rio+20

Wir brauchen Vorreiter

Auch wenn aus seiner Sicht die Bilanz von Rio+20 eher dürftig ist, sieht DGB-Vorstandsmitglied Dietmar Hexel Ansatzpunkte, um eine nachhaltige Entwicklung voranzubringen.

Foto: DGB

Dietmar Hexel, Mitglied des geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes, hat als Mitglied der deutschen Delegation an der UN-Konferenz zur nachhaltigen Entwicklung in Rio teilgenommen.

Das Ergebnis von Rio 20+ ist ernüchternd und für viele auch enttäuschend. Die globale Staatengemeinschaft hat keine neuen Lösungen für ihre ungelösten Allokations- und Verteilungsprobleme gefunden. Zwar wurden Prozesse vereinbart, diesen mangelt es aber an verbindlichen Zielen und vielfach auch an Zeitvorgaben. Zudem wird die Zivilgesellschaft – insbesondere die Gewerkschaften – nur ungenügend in diese Prozesse einbezogen.

Im Gegensatz zum ersten Rio-Gipfel vor 20 Jahren war diesmal von Aufbruchstimmung nichts zu spüren. Der berühmte „Geist von Rio", der damals mit der Agenda 21 auch in Deutschland bis zur kommunalen Ebene zahlreiche Aktivitäten auslöste, ist den Mühen der Ebene gewichen. **Die Kooperations- und Kompromissbereitschaft der Staaten hat eher ab- als zugenommen.** Zu unterschiedlich sind die Eigeninteressen der 194 Staaten. In vielen gibt es weder Gewerkschaften noch werden sie demokratisch regiert. Nachvollziehbar ist, dass alle ihren Wohlstand steigern oder zumindest halten wollen. Dabei könnte eine nachhaltige Entwicklung Wohlstand und Lebensqualität der Menschen in allen Ländern erhöhen. Dieser Gedanke wurde aber nur ansatzweise anerkannt. Ein gemeinsames Vorgehen wird auch dadurch erschwert, dass sich einzelne, wichtige Länder, als „Freifahrer" nicht an bereits beschlossene Regeln, etwa zum Emissionshandel oder zur Beschränkung der Fischerei und der Waldrodung, halten. Immerhin: Einig war man sich in Rio, dass „Green Economy" wesentlich ist, um eine nachhaltige Entwicklung zu erreichen.

Rio hat gezeigt: **Um in Sachen Nachhaltigkeit voranzukommen, brauchen wir Vorreiter, Vorbilder und Allianzen.** Emissionshandel und Energiewende können solche Vorbilder sein. Allianzen können durch Technologietransfer gefördert werden, der an Bedingungen geknüpft ist. Deutschland und Europa müssen mit anderen Ländern gemeinsam eine Gruppe bilden, die bereit ist, für eine erfolgreiche internationale Kooperation auf unmittelbare Vorteile zu verzichten, ohne dass die eigene Wettbewerbsfähigkeit leidet. Die deutsche Energiewende ist es als Beispiel guter Praxis wert, dass auch Bundeskanzlerin Angela Merkel dafür international Werbung macht. Doch anders als Frankreichs Präsident François Hollande war der Kanzlerin der kurze Weg vom G20-Treffen in Mexiko zum Rio-Gipfel in Brasilien zu weit.

Deutschland hat die Chance, zu zeigen, dass Nachhaltigkeit ohne Atomstrom und mit immer weniger fossilen Energien funktioniert. Bedingungen dafür sind – neben einem guten Management der Energiewende – gute Arbeitsverhältnisse und tarifliche Absicherungen für die Beschäftigten, in Deutschland und weltweit. Denn Nachhaltigkeit ist nicht automatisch grün – und grün ist nicht automatisch gut. **Ohne sozialen Fortschritt wird die Welt nicht besser.** Hierzulande kommt es nun darauf an, die Chancen der Energiewende zu nutzen. Gewerkschaften, Umweltverbände und auch der Bundesverband der deutschen Industrie (BDI) sprachen sich in Rio nachdrücklich für diesen Weg aus.

Ermutigend war in Rio, wie viele Wirtschaftsvertreter für neue Technologien und nachhaltige Produkte warben. Rio+20 hat sich zumindest wegen der zahlreiche Gespräche am Rande des Kongresses gelohnt – und den neuen Vernetzungen, die dabei entstanden sind. **Dass die Welt sich real weiter bewegt, wenn alle Gutwilligen handeln, stimmt mich optimistisch** – auch wenn die Entscheider noch zögern, dies durch klare Regeln zu unterstützen.

Ein positives Zeichen ist auch die geplante Aufwertung der Umweltbehörde UNEP auf das Niveau internationaler Einrichtungen wie der Welthandelsorganisation WTO oder der Internationalen Arbeitsorganisation ILO. Bisher wurden Vorschläge von UNEP zu Umwelt- und Klimaschutz oft durch das Veto übergeordneter Institutionen zunichte gemacht. Das wird schwieriger, wenn künftig auf gleicher Augenhöhe verhandelt wird.

In der Abschlusserklärung von Rio+20 heißt es, gute Arbeitsbedingungen, Gewerkschaften und vernünftig bezahlte Arbeitsplätze seien für die Entwicklung einer nachhaltig grünen Ökonomie unverzichtbar. Das ist durchaus ein Erfolg, auch wenn es an verbindlichen Zielen fehlt. Damit wird erstmals anerkannt, **dass globaler Umweltschutz und soziale Entwicklung nur gemeinsam verwirklicht werden können.**

Zu unverbindlich

Vom 20. bis 22. Juni trafen sich VertreterInnen von 194 Staaten und der Zivilgesellschaft in Rio de Janeiro zur UN-Konferenz über nachhaltige Entwicklung, kurz Rio+20 genannt. Die TeilnehmerInnen der Konferenz bekennen sich in der Abschlusserklärung zu nachhaltigem Wirtschaften und zur Green Economy. Sie formulieren gemeinsame Ziele im Kampf gegen Hunger, Armut, Bodenerosion und Klimawandel und bekräftigen noch einmal die Millenniumsziele für das Jahr 2015 sowie die Ergebnisse vorangegangener Umweltgipfel.

Die Abschlusserklärung enthält keine verbindlichen Verabredungen für die Umsetzung der erklärten Ziele – viele Nichtregierungsorganisationen und VertreterInnen der Zivilgesellschaft haben die Konferenz deshalb für gescheitert erklärt.

Rio+20 war die vierte große UN-Konferenz im Bereich Umwelt und nachhaltige Entwicklung. Auf der UN-Umweltkonferenz 1972 in Stockholm wurde das Umweltprogramm der Vereinten Nationen auf den Weg gebracht. 1992 wurde in Rio de Janeiro die Agenda 21 verabschiedet. 2002 fand in Johannesburg der Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung statt.

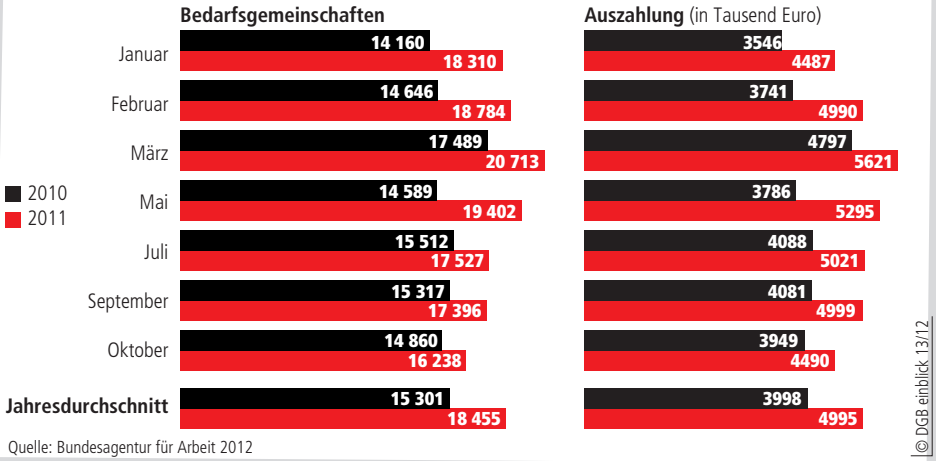
Die Abschlusserklärung von Rio+20:
www.bit.ly/rio2012_abschluss

dieDGBgrafik

HARTZ-IV-BEZIEHERINNEN: Immer mehr Notfallkredite

Aktuelle Zahlen der Bundesagentur für Arbeit (BA) zeigen: Immer mehr Hartz-IV-BezieherInnen sind auf zinslose Notfallkredite der BA angewiesen, weil sie beispielsweise die Reparatur der Waschmaschine nicht mehr bezahlen können. DGB-Vorstand Annelie Buntenbach kritisiert: „Die Zunahme ist ein starkes Indiz dafür, dass die Regelsätze nicht für das Lebensnotwendige ausreichen." Sie fordert, die Regelsätze endlich auf ein bedarfsgerechtes Existenzminimum anzuheben und Einmalbeihilfen wieder einzuführen.

Bedarfsgemeinschaften, die ein zinsloses Darlehen der Bundesagentur für Arbeit (BA) in Anspruch genommen haben sowie die Auszahlung insgesamt (in Tausend Euro)



Quelle: Bundesagentur für Arbeit 2012

49 TAGE

10.7. DGB Nordbaden, Bildungsfahrt „Gewerkschafter on Tour – Wir fordern fair statt prekär!", Mannheim, Pforzheim, Karlsruhe

16.-20.7. ver.di-Institut für Bildung, Medien und Kunst (IMK), ver.di-Bezirk Bielefeld/Paderborn, Seminar „Macht die Armut vor der Uni halt?", Paderborn

19.7. DGB Ostsachsen, Workshop „Vergabegesetz", Görlitz

20.7. Nationaler Gedenktag an den Widerstand gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft

21.7. DGB Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt, Politisches Sommerfest, Hannover

2.8. Gedenktag an die von den Nationalsozialisten ermordeten Sinti und Roma

12.8. Internationaler Tag der Jugend

12.-16.8. DGB-Jugend Thüringen, Gedenkstättenfahrt nach Auschwitz

12.-17.8. DGB-Jugend, Projekttag „Demokratie und Mitbestimmung", Hattingen

27.8. DGB NRW, Hans-Böckler-Stiftung, Stiftung Arbeit und Umwelt der IG BCE, Fachtagung „Arbeit in der energieintensiven Industrie: Mitbestimmung als ökologischer Fortschrittsmotor", Witten

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke, Lena Clausen **Redaktionelle Mitarbeit:** Udo Böhlefeld, Birgit Böhret, Luis Ledesma, Tonio Pougin **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/30 88 24-0, Fax 030/30 88 24 20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.
Der nächste *einblick* erscheint am 27. August 2012

personalien

••• ***Berthold Huber,*** 62, Erster Vorsitzender der IG Metall, ist zum Präsidenten des neu gegründeten Dachverbands der internationalen Industriegewerkschaften „IndustriALL – Global Union" (s. Seite 6) gewählt worden. Generalsekretär wird der finnische Gewerkschafter ***Jyrki Raina,*** 52, seit 2009 Generalsekretär des Internationalen Metallgewerkschaftsbundes (IMB).

Tipp

Buch: *Jürgen Eckl, Norbert von Hofmann:* ***Kooperation mit Gewerkschaften und Förderung von Wirtschafts- und Sozialentwicklung.*** *Verlag J.H.W. Dietz, 312 Seiten, 26 Euro*

Die internationale Zusammenarbeit mit Gewerkschaften gehört zu den Grundlagen der internationalen Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES). Anschaulich und detailliert beschreiben Jürgen Eckl, langjähriger Internationaler Sekretär beim DGB-Bundesvorstand, und Norbert von Hofmann, von 1968 bis 2005 Mitarbeiter der FES, die internationale Gewerkschaftsarbeit der FES. Dabei zeigt das lesenswerte Buch Abhängigkeiten und Beziehungen zwischen der internationalen Politik der Gewerkschaften und der Auslandsarbeit der Stiftung.

Schlusspunkt.

„Der Fisch stinkt vom Kopf her, weiß der Volksmund. Doch mit Blick auf den Verfassungsschutz in diesem Land drängt sich allmählich der Eindruck auf, es ist der ganze Körper, der übel riecht. Der Kopf ist nun ab ..."

Kommentar von Steffen Hebestreit zum Rücktritt von Verfassungsschutzpräsident Heinz Fromm in der „Frankfurter Rundschau" vom 3. Juli 2012

Behindertenparkplatz

Nur für außergewöhnlich Gehbehinderte

Personen, die beim Ein- und Aussteigen aus dem PKW eine weit geöffnete Wagentür benötigen, sind nicht außergewöhnlich gehbehindert (Merkzeichen „aG") und daher nicht berechtigt, einen Behindertenparkplatz zu benutzen.

Der Fall: Bei einer Frau wurde ein Grad der Behinderung von 80 festgestellt, im Wesentlichen wegen einer künstlichen Harnableitung sowie Schmerzen an der Wirbelsäule mit Lähmungen des Hüftbeugers. Sie wollte die Anerkennung als außergewöhnlich gehbehindert, um so einen Behindertenparkplatz nutzen zu dürfen. Sie begründete ihren Antrag damit, dass sie zum Aussteigen aus dem PKW eine weit geöffnete Wagentür benötige. Mit ihrer Klage hatte sie keinen Erfolg.

Das Sozialgericht: Die Notwendigkeit einer weit geöffneten Wagentür beim Aussteigen rechtfertigt allein die Zuerkennung des Merkzeichens „aG" nicht. Die Parkerleichterungen verfolgen den Zweck, möglichst kurze Gehstrecken vom Parkplatz zum Ziel zu ermöglichen. Bei einer Erstreckung des Merkzeichens auf Personen, die Schwierigkeiten beim Ein- und Aussteigen haben – wie viele Menschen mit Wirbelsäulenproblemen und Übergewicht –, würde sich die Chance für schwerst Gehbehinderte drastisch verringern, einen günstig gelegenen Parkplatz zu erhalten.

Sozialgericht Mainz,
Urteil vom 7. Mai 2012 - 13 SB 486/10

Fristlose Kündigung

Strafverfahren muss offenbart werden

Einem Chefarzt kann fristlos gekündigt werden, wenn er bei seiner Einstellung eine falsche Erklärung zu Vorstrafen und laufenden Ermittlungsverfahren macht.

Der Fall: Der Facharzt wurde als Chefarzt zur Leitung der Abteilung Gynäkologie und Geburtshilfe in einer Klinik eingestellt. Davor unterzeichnete er folgende Erklärung: „Ich erkläre, dass ich über die vorstehenden Angaben hinaus nicht gerichtlich bestraft oder disziplinarisch belangt worden bin. Außerdem erkläre ich, dass gegen mich kein (weiteres) Strafverfahren, Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft oder Disziplinarverfahren anhängig ist. Ich verpflichte mich, von jedem gegen mich eingeleiteten Straf- oder Ermittlungsverfahren und jeder gerichtlichen Verurteilung Mitteilung zu machen." Gegen den Arzt war jedoch schon 2002 eine Strafanzeige wegen fahrlässiger Tötung eines Neugeborenen erhoben worden, als er in einer anderen Klinik arbeitete. Nachdem der Arzt von einem Zivilgericht zu 15.000 € Schmerzensgeld verurteilt worden war, verurteilte ihn im August 2010 auch das Amtsgericht wegen fahrlässiger Tötung. Die Arbeitgeberin erfuhr davon Ende August 2010 und kündigte ihm fristlos. Die dagegen erhobene Klage hatte keinen Erfolg.

Das Landesarbeitsgericht: Der Arzt hat es trotz eindeutiger Verpflichtung unterlassen, die Arbeitgeberin über Strafverfahren in Kenntnis zu setzen. Als Chefarzt musste er erkennen, welch hohen Stellenwert die Arbeitgeberin dem guten Leumund ihrer Beschäftigten beimisst. Den Einwendungen des Arztes, es habe sich um eine „alte Angelegenheit" gehandelt, kann man nicht folgen. Die Position eines Chefarztes hat eine herausragende Bedeutung für den Ruf der Kliniken. Deshalb hatte die Arbeitgeberin ein Interesse daran, sich sofort von diesem Mitarbeiter zu trennen.

Hessisches Landesarbeitsgericht,
Urteil vom 5. Dezember 2011 - 7 Sa 524/11

Gesetzliche Unfallversicherung

Uni-Meisterschaften auch geschützt

Nimmt ein Student für seine Universität an einer Hochschulmeisterschaft teil, unterliegt er dabei dem Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung. Hochschulmeisterschaften sind nicht mit Betriebssport vergleichbar; denn der Hochschulsport ist im Hochschulgesetz gesetzlich verankert und sieht auch die Ausrichtung von Wettkämpfen vor.

Sozialgericht Mainz,
Urteil vom 27. Januar 2012 - S 10 U 239/09

Fahrtenbuch

Eintragungen müssen vollständig sein

Ein ordnungsgemäßes Fahrtenbuch muss insbesondere das Datum und Angaben zu Ausgangs- und Endpunkt der jeweiligen Fahrten ausweisen. Diese Anforderungen werden nicht erfüllt, wenn als Fahrtziele jeweils nur Straßennamen angegeben sind, auch wenn diese Angaben anhand nachträglich erstellter Auflistungen präzisiert werden.

Bundesfinanzhof,
Urteil vom 1. März 2012 - VI R 33/10

Urlaubsanspruch

Abgeltung nicht an enge Frist gebunden

Kann der Urlaub ganz oder teilweise nicht als Freizeit genommen werden, weil das Arbeitsverhältnis geendet hat, so ist er abzugelten. Für die Bezahlung der fehlenden Urlaubstage ist der Arbeitnehmer nicht an die Fristen gebunden, die für die Urlaubsübertragung gelten. Er muss also nicht die Abgeltung bis spätestens Ende März des Folgejahres verlangen.

Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 19. Juni 2012 - 9 AZR 652/10

Schadensersatz wegen Diskriminierung

Nur zwei Monate zur Geltendmachung

Will ein Arbeitnehmer geltend machen, er sei diskriminiert worden, und beruft er sich auf das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz, so muss er für alle Ansprüche auf Schadensersatz die Zweimonatsfrist des Gesetzes beachten. Wird eine Bewerbung abgelehnt, so beginnt die Frist in dem Moment, in dem der Bewerber von der Benachteiligung Kenntnis erlangt hat.

Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 21. Juni 2012 - 8 AZR 188/11 -

Behindertenparkplatz

Parkverbot ist streng zu beachten

Parkt ein Kraftfahrer verbotswidrig auf einem von mehreren öffentlichen Behindertenparkplätzen, kann er auch dann abgeschleppt werden, wenn die anderen Behindertenparkplätze unbesetzt sind. Behinderten Personen vorbehaltener Parkraum muss unbedingt und ungeschmälert zur Verfügung stehen.

Verwaltungsgericht Neustadt,
Urteil vom 13. September 2011 – 5 K 369/11. NW

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 27.08.2012 14/12

DGB

Senkung der Rentenbeiträge

Vergiftetes Wahlkampfgeschenk

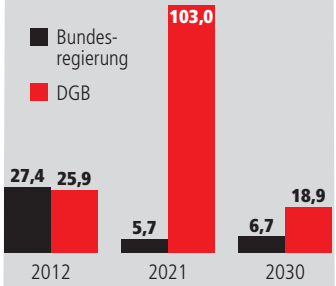
Die Bundesregierung will den Rentenbeitrag von derzeit 19,6 Prozent auf 19,0 senken. In den nächsten Wochen wird der Bundestag darüber beraten. Für den DGB ist die Beitragssenkung ein „vergiftetes Wahlkampfgeschenk", so DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach, für die FDP ein absolutes Muss, und Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) knüpft gar ihr Schicksal als Ministerin daran, ob ihr Rentenpaket – Zuschussrente plus Beitragssenkung – umgesetzt wird. Bereits in der Koalition gescheitert bei der Verknüpfung von beiden, plant sie nun, den Beitragssatz in einem Verfahrensweg durchzusetzen, der ihn durch ein in der Länderkammer nicht zustimmungspflichtiges Gesetz regelt. Dagegen hat sich bereits eine breite Ablehnungsfront der Länder formiert.

Dabei geht es um 7,80 Euro im Monat – so viel würde die geplante Senkung der Rentenbeiträge DurchschnittsverdienerInnen mehr im Portemonnaie bringen. Einerseits. Andererseits wird dabei über die Rente nachfolgender Generationen und das künftige Rentenniveau entschieden. „Die geringfügige Entlastung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer steht in keinem Verhältnis zur Absenkung des Rentenniveaus", erklärt Annelie Buntenbach. Die Absenkung des Rentenniveaus auf 43 Prozent würde für DurchschnittsverdienerInnen (derzeit 2600 Euro monatliches Bruttoeinkommen) im Vergleich zu heute mehr als 150 Euro weniger Rente im Monat bedeuten.

Der DGB will eine „Achterbahnfahrt" beim Beitragssatz vermeiden und hat ein Konzept entwickelt, um eine planbare und nachvollziehbare Demografie-Rücklage aufzubauen und das Rentenniveau von heute zu sichern (siehe Seite 3). Mit sofortiger Wirkung sollte die gesetzlich vorgesehene Begrenzung der Nachhaltigkeitsrücklage abgeschafft werden. Dieser gesetzliche Regelungsmechanismus sieht vor, den Beitragssatz zu senken, wenn die Rücklage 1,5 Monatsausgaben im Folgejahr übersteigt. Darauf beruft sich Schwarz-Gelb bei der geplanten Beitragssenkung. Nicht minder kritisch sieht der DGB von der Leyens Vorschlag einer Zuschussrente – kaum geeignet, Altersarmut zu verhindern, weil überhaupt nur wenige ArbeitnehmerInnen die Voraussetzungen dafür erfüllen können. Der DGB favorisiert stattdessen, die „Rente nach Mindesteinkommen", um Altersarmut von Geringverdienenden entgegenzuwirken. •

Schwarz-Gelb gefährdet Reserven

Entwicklung der Nachhaltigkeitsrücklage nach den Konzepten von Bundesregierung* und DGB** (in Milliarden Euro)



* Rentenpläne der Bundesregierung: Rentenniveau wird auf 43 Prozent gesenkt, keine Verbesserung von Erwerbsminderungsrente und Reha-Budget, Altersgrenze: 67 Jahre
** DGB-Rentenkonzept: Rentenniveau bleibt bis 2030 auf heutigem Niveau, Verbesserung von Erwerbsminderungsrente und Reha-Budget, Altersgrenze: 65 Jahre
Quelle: Berechnungen Deutsche Rentenversicherung Bund 2012, Konzept DGB

© DGB einblick 14/12

Die von der Bundesregierung geplante Senkung des Rentenbeitrags auf 19,0 Prozent führt nach Berechnungen der Deutschen Rentenversicherung bereits innerhalb weniger Jahre dazu, dass die Nachhaltigkeitsrücklage auf das gesetzliche Mindestmaß von 0,2 Monatsausgaben der Rentenversicherung absinkt. Dann würde ein Beitragssprung um einen ganzen Prozentpunkt innerhalb eines Jahres drohen – nur um die Zahlungsfähigkeit der Rentenversicherung zu gewährleisten.

plusminusBERLIN

+ ***„Wir brauchen einen Verfassungsschutz, der die Demokratie schützt, und nicht sich selber vor unangenehmen Fragen", forderte Thomas Oppermann, Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, bei der Vorstellung der SPD-Eckpunkte zur Reform des Verfassungsschutzes.***

– ***Der finanzpolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion Volker Wissing kritisiert die von ver.di vorgeschlagene Vermögensabgabe: „Mit ein bisschen Sozialismus lässt sich die soziale Marktwirtschaft nicht stärken." Wer Vermögenssubstanz besteuern will, riskiere Arbeitsplätze.***

inhalt

Seite 2

Unübersichtliche Lage

Über die aktuelle Situation der ägyptischen Gewerkschaften berichtet Peter Senft, früher Gewerkschaftssekretär der IG Metall und jetzt Sozialreferent an der Deutschen Botschaft in Kairo

Seite 5

Wer hat, soll geben

Die Gewerkschaften fordern ein neues, gerechteres Steuersystem. Wer ausreichend Vermögen besitzt und über ein hohes Einkommen verfügt, soll mehr zum Staatshaushalt beitragen

Seite 7

Branche im Umbruch

Die Automobilindustrie steht vor einem Wandel. IG Metall-Expertin Astrid Ziegler erklärt, welche Chancen veränderte Mobilitätsgewohnheiten und Elektromobilität in der Zukunft bieten

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.neulich-bei-netto.de
Das ver.di-Infoblog „Neulich bei Netto" informiert Beschäftigte und KundInnen über die Arbeitsbedingungen beim Discounter Netto

Hintergrund

www.einblick.dgb.de/hintergrund
Infos zum DGB-Rentenkonzept

Antikriegstag 2012

Politik für Frieden und Solidarität

Unter dem Motto „Frieden und Solidarität der Völker stärken – die Weltwirtschaft neu ordnen" ruft der DGB am 1. September zum Antikriegstag auf. „Von stabilem Frieden auf der Welt sind wir weit entfernt", heißt es in dem Aufruf. Mit großer Sorge beobachte der DGB, wenn politische Konflikte zwischen Staaten, aber auch zwischen widerstreitenden gesellschaftlichen Gruppen innerhalb eines Landes mit Waffengewalt ausgetragen werden. „Gewalt kann nicht mit Gewalt eingedämmt werden." Für eine langfristig angelegte globale Friedenspolitik gelte es, die Hauptursachen von Kriegen und Gewalt in den Blick zu nehmen. Dazu gehören laut DGB soziale Ungleichheit, politisches Unvermögen, kulturelle und religiöse Unterdrückung sowie Gier und Korruption. „Ihre Beseitigung ist die notwendige Voraussetzung für eine erfolgreiche Friedenspolitik." Die Werte Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit zu achten, sei die Grundlage für eine friedlichere Welt und gerechtere Wirtschaftsordnung. •

www.einblick.dgb.de/hintergrund

Betriebsräte

Gut vernetzt für Innovationen

Ein von der Hans-Böckler-Stiftung gefördertes Forschungsprojekt am Institut für Angewandte Innovationsforschung an der Ruhr-Universität Bochum (IAI) zeigt: Betriebsräte werden selbst aktiv beim Thema Innovation. Ob eine andere Arbeitsorganisation oder effizientere Produktionsprozesse – zunehmend bringen sie ihre Ideen ein.

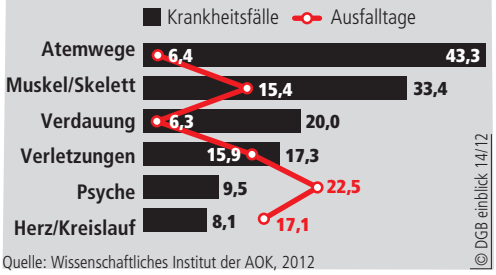
Die Forscher haben fünf Gruppen von Betriebsräten identifiziert. Den größten Anteil hat der Typ der „machtvollen Mitgestaltung". So können sich 33 Prozent aller ArbeitnehmervertreterInnen mit ihren Ideen durchsetzen. 17 Prozent zählen zum Typ der „ambitionierten Mitgestaltung". Ihre Vorschläge werden eher weniger berücksichtigt. Die IAI-Experten stellen fest: Besonders wichtig für erfolgreiche Innovationsarbeit von Betriebsräten ist gute Vernetzung. So arbeiten innovative ArbeitnehmervertreterInnen häufig mit externen BeraterInnen oder mit betrieblichen Experten zusammen. Nach der Studie passen Mitbestimmung und Innovation gut zusammen. Die Ergebnisse basieren auf einer repräsentativen WSI-Betriebsräte-Befragung unter insgesamt 1700 Betriebsratsgremien. •

www.boeckler.de/14_40703.htm

Nach dem Fehlzeiten-Report 2012 des Wissenschaftlichen Instituts der AOK hat sich der Krankenstand mit 4,7 Prozent „auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau eingependelt". Die Gründe für die Fehltage haben sich jedoch verschoben. Zunehmend sind psychische Belastungen der Grund für eine Krankmeldung. Die Autoren des Reports stellen fest: „Parallel zur zunehmenden Flexibilisierung der Arbeitswelt nimmt die Zahl der Fehltage aufgrund psychischer Erkrankungen weiter zu." Seit 1994 stieg dieser Anteil um 120 Prozent. Im vergangenen Jahr lagen die Ausfallzeiten aufgrund psychischer Erkrankungen mit durchschnittlich 22,5 Tagen pro Fall mehr als doppelt so hoch wie bei anderen Erkrankungen mit im Schnitt elf Tagen. Allein mit der Diagnose Burn-out wurden 2011 mehr als 130 000 Personen krankgeschrieben. Dies führte zu insgesamt 2,7 Millionen Fehltagen. Am stärksten betroffen waren davon Frauen in sozialen Berufen.

Krank durch Arbeit

Krankmeldungen (je 100 AOK-Mitglieder) und Ausfalltage (je Fall) nach Krankheitsarten (2011)



Quelle: Wissenschaftliches Institut der AOK, 2012

?...nachgefragt

Foto: Anne Graef

Peter Senft, 63, ehemaliger Gewerkschaftssekretär der IG Metall, ist seit November 2011 Sozialreferent an der Deutschen Botschaft in Kairo und hat die Umbrüche vor Ort miterlebt. einblick fragte ihn nach seiner persönlichen Einschätzung zum Stand der Demokratie in Ägypten und zur Situation der Gewerkschaften.

Die Präsidentenwahl verlief atypisch. Zwar ist der neue Präsident Mohammed Mursi gewählt, es gibt jedoch kein Parlament und keine Verfassung, und der Präsident hat keine festgeschriebenen Aufgaben. Das Militär hat sich kurz vor der Wahl die Aufgaben des Parlaments und auch einige des Präsidenten angeeignet. Die Absetzung des Feldmarschalls Mohammed Hussein Tantawi Mitte August zeigt jedoch, dass Mursi hinter den Kulissen an Macht gewinnt. Er versucht, die Lage zu stabilisieren und die Macht vorsichtig vom Militär wegzulenken. Das ist gut für das Land. Die Lage der Gewerkschaften ist momentan unübersichtlich: Sie sind als Vereine gegründet und werden deswegen politisch nicht als Gewerkschaften anerkannt. Es gelingt ihnen nicht, sich eine Basis in den Betrieben zu schaffen. Dennoch gibt es gerade in deutschen Betrieben wie Thyssen-Krupp Uhde positive Beispiele. In ihren Werken haben sich Betriebsgewerkschaften gegründet, der Organisationsgrad beträgt 100 Prozent. Ein fünfköpfiger Vorstand agiert als Betriebsrat.

Qualität der Arbeit

Ruhezeiten werden immer kürzer

In Deutschland haben Nacht- und Wochenendarbeit deutlich zugenommen, stellt das Statistische Bundesamt in seinem Bericht „Qualität der Arbeit 2012" fest. Immer häufiger werde nicht nur unter der Woche, sondern auch am Wochenende gearbeitet. Der Anteil der Erwerbstätigen, die samstags arbeiten, stieg von 20 Prozent (1992) auf 27 Prozent (2011). Der Anteil der SonntagsarbeiterInnen wuchs von zehn Prozent auf 14,5 Prozent. Am Abend sind noch 27 Prozent der ArbeitnehmerInnen beschäftigt, und der Anteil derjenigen, die regelmäßig nachts arbeiten, liegt bei neun Prozent. Männer arbeiteten dabei fast doppelt so häufig nachts wie Frauen. Für DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach heißt die Konsequenz: „Die Arbeitgeber müssen von der Bundesregierung viel stärker in die Pflicht genommen werden." Benötigt würden verbindliche Erholungszeiten, „sonst werden die Leute krank". Letztlich, so Buntenbach, belegten die Zahlen des Statistischen Bundesamtes wie zahlreiche weitere Studien, dass „Arbeit zum Stressfaktor Nummer eins" werde. •

www.destatis.de/qda

Generationengerechtigkeit

Eine bessere Rente ist möglich

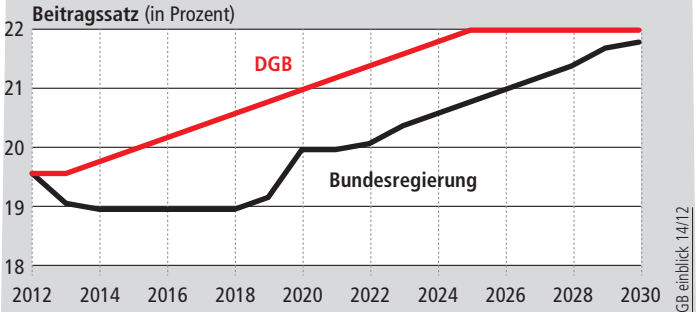
Das Rentenkonzept des DGB zeigt, wie das heutige Rentenniveau in Zukunft gesichert werden kann.

Ohne Frage – die alternde Gesellschaft erfordert Veränderungen in der gesetzlichen Rentenversicherung. Doch die Rentenreformen der letzten zehn Jahre haben vor allem dazu geführt, dass das Risiko der Altersarmut für immer mehr Menschen steigt. Die geplante weitere Absenkung des Rentenniveaus auf 43 Prozent bis 2030 bedeutet, dass DurchschnittsverdienerInnen künftig 33 Jahre durchgängig arbeiten müssten, nur um eine Rente über der steuerfinanzierten Grundsicherung im Alter zu erreichen. Wer 2000 Euro verdient, muss mehr als 43 Jahre arbeiten, um nicht im Alter auf Sozialhilfe angewiesen zu sein. Angesichts des boomenden Niedriglohnsektors und der immer unsteteren Erwerbsbiografien ist für viele Beschäftigte Altersarmut vorprogrammiert (siehe Tabelle).

Es geht auch anders – das zeigt das DGB-Rentenkonzept. Statt den Rentenbeitrag zu senken, fordert der DGB moderate Erhöhungen in kleinen Schritten. Ziel ist es, die dadurch gewonnenen Mittel dafür einzusetzen, um die Rücklagen der Rentenversicherung zu einer Demografie-Reserve auszubauen. 2015 würde die Nachhaltigkeitsrücklage so auf 3,1 Monatsausgaben, 2020 bereits auf rund acht Monatsausgaben steigen. Die gewonnenen Mittel könnten dann genutzt werden, um zumindest das Rentenniveau auf dem heutigen Stand zu stabilisieren und die Erwerbsminderungsrente zu verbessern. Das Konzept zeigt, dass selbst bei einer Begrenzung des Beitragssatzes auf 22 Prozent ausreichend Spielräume bestehen, um die Rente für die junge Generation zu sichern. Langfristig steht für den DGB außer Frage, dass die Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung umgebaut werden muss. •

Stabile Beiträge, sichere Renten

DGB-Rentenmodell und Konzept der Bundesregierung im Vergleich



Quelle: Berechnungen Deutsche Rentenversicherung Bund, Konzept DGB

Statt den Rentenbeitrag zu senken, schlägt der DGB vor, ihn an die demografische Entwicklung anzupassen und in jährlichen Schritten um je 0,1 Prozentpunkte für Versicherte und Arbeitgeber anzuheben. Bis zum Jahr 2025 würde er so auf 22 Prozent steigen. Diese gesetzliche vorgesehene Beitragsgrenze für 2030 ist keine Forderung des DGB. Doch auch unter diesen Bedingungen entsteht eine Demografie-Reserve, mit der die Rente der Zukunft deutlich verbessert und sogar die Rente mit 67 ausgesetzt werden kann.

Das DGB-Rentenkonzept

Der DGB will

- ***auf eine Senkung des Rentenbeitrags verzichten***
- ***stattdessen eine Demografie-Reserve durch eine jährliche Steigerung des Beitrags um 0,2 Prozentpunkte aufbauen***
- ***die dadurch gewonnenen Mittel nutzen, um das Rentenniveau auf dem heutigen Niveau zu sichern***
- ***die Rente mit 67 aussetzen***
- ***flexible, sozial abgesicherte Übergänge in den Ruhestand ermöglichen***
- ***Erwerbsminderungsrente und Reha-Budget spürbar verbessern***

Mehr: ichwillrente.net

Altersarmut vorprogrammiert

Das Rentenniveau, also das Verhältnis der Standardrente zum Durchschnittseinkommen aller Erwerbstätigen, soll auf bis zu 43 Prozent bis 2030 abgesenkt werden. Welche Auswirkungen das hat, zeigt der DGB anhand von Beispiel-Rechnungen, die davon ausgehen, dass das herabgesenkte Rentenniveau bereits heute Realität ist. Basis der Berechnungen sind: eine 40-Stunden-Woche, 40 Beitragsjahre, unveränderte Entgeltpositionen und keine Rentenabschläge.

		Durchschnittl. Bruttoverdienst im Monat	Renten-Minus im Monat
Wachmänner (männlich, Ost, max. 5 Jahre Berufserfahrung, Betrieb unter 100 Beschäftigte)		**1536 Euro**	
Rente bei 50% Rentenniveau	= 685,58 Euro		**-96 Euro**
Rente bei 43% Rentenniveau	**= 589,00 Euro**		
Fleischereifachverkäuferinnen (weibl. West, max. 5 J. Berufserfahrung, Betrieb unter 100 Besch.)		**1859 Euro**	
Rente bei 50% Rentenniveau	= 795,16 Euro		**-112 Euro**
Rente bei 43% Rentenniveau	**= 683,00 Euro**		
Dachdecker (männlich, Ost, 10 Jahre Berufserfahrung, Betrieb unter 100 Beschäftigte)		**2234Euro**	
Rente bei 50% Rentenniveau	= 997,12 Euro		**-140 Euro**
Rente bei 43% Rentenniveau	**= 857,00 Euro**		
Metallarbeiter (männlich, West, 15 Jahre Berufserfahrung, Betrieb mit 100-500 Beschäftigen)		**2624 Euro**	
Rente bei 50% Rentenniveau	= 1.122,37 Euro		**-158 Euro**
Rente bei 43% Rentenniveau	**= 964,00 Euro**		
Werkzeugmacher (männlich, Ost, 25 Jahre Berufserfahrung, Betrieb über 500 Beschäftigte)		**2867 Euro**	
Rente bei 50% Rentenniveau	= 1279,65 Euro		**-180 Euro**
Rente bei 43% Rentenniveau	**= 1099,00 Euro**		
Chemielaborantinnen (weiblich, West, 25 J. Berufserfahrung, Betrieb mit 100-500 Beschäftigten)		**3274 Euro**	
Rente bei 50% Rentenniveau	= 1400,40 Euro		**-196 Euro**
Rente bei 43% Rentenniveau	**= 1204,00 Euro**		

Die berechneten Renten stellen Richtwerte dar. Sie dienen dazu, die Unterschiede zwischen stabilem und weiter sinkendem Rentenniveau bei ansonsten identischen Erwerbsbiografien aufzuzeigen. Für die Rentenberechnung sind die jeweiligen Durchschnittsentgelte West bzw. Ost notwendig. Hierfür wurde auf die sog. Bezugsgröße der Sozialversicherung zurückgegriffen. Für das Jahr 2012 liegen diese Werte bei 2.625 EUR (West) bzw. 2.240 EUR (Ost). Die tatsächlichen Durchschnittseinkommen können davon etwas abweichen.

Quelle: DGB

PROJEKTE UND PARTNER

Gelbe Hand

Wettbewerb gegen Rassismus

Zum siebten Mal hat der gewerkschaftliche Verein „Mach meinen Kumpel nicht an!" den Wettbewerb „Die Gelbe Hand" für 2012/2013 ausgeschrieben. Bundesweit sind BerufsschülerInnen und Auszubildende aufgerufen, sich mit Beiträgen gegen Ausgrenzung, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsextremismus in Berufsschule, Berufskolleg oder am Arbeitsplatz zu beteiligen. Die Schirmherrschaft haben der baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmann und Alexander Kirchner, Vorsitzender der EVG, übernommen. Kirchner betont: „Ausgrenzung und Rassismus haben in der Arbeitswelt nichts verloren. Hier geht es um das kollegiale Miteinander. Auch der diesjährige Wettbewerb soll zeigen, wo dies besonders gut gelingt."

Die besten drei Beiträge werden mit Geldpreisen prämiert, ebenso der Sonderpreis Baden-Württemberg sowie die Sonderpreise der DGB-Jugend NRW und Baden-Württemberg. Einmalig in diesem Jahr werden zwei weitere Preise zum Thema „Verwischte Spuren – Würde und Widerstand im Alltag" verliehen. Initiiert von DGB und Kumpelverein sollen diese Preise an die Besetzung der Gewerkschaftshäuser durch Nationalsozialisten am 2. Mai 1933 erinnern, die sich 2013 zum 80. Mal jährt. Einsendeschluss ist der 31. Januar 2013. •

www.gelbehand.de/wettbewerb

DGB-Bildungswerk

Mitbestimmung und soziale Verantwortung

Viele Unternehmen nehmen mittlerweile mit Projekten ihre gesellschaftliche Verantwortung– neudeutsch: Corporate Social Responsibility (CSR) – wahr. Auch für Betriebsräte ist CSR wichtig. Sie sind in die Maßnahmen des Unternehmens eingebunden und vertreten die Interessen der Beschäftigten. Die Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates bei CSR-Projekten stehen im Mittelpunkt des Seminars „CSR und Mitbestimmung. Beteiligungsrechte, Handlungsfelder, Informationsmöglichkeiten, Hilfestellung", zu dem am 12. September das DGB-Bildungswerk NRW nach Düsseldorf einlädt. Neben „guten Beispielen" für CSR im Betrieb werden in Arbeitsgruppen verschiedene Handlungsfelder beleuchtet. Auch das Projekt „Mitbestimmung und Verantwortung im Mittelstand" (MitDrei) des DGB-Bildungswerks wird vorgestellt. Seit Januar 2012 läuft das Projekt im Rahmen des Programms „Unternehmens-Werte", das vom Bundesarbeitsministerium gefördert wird. •

www.dgb-bildungswerk-nrw.de

interregio

••• ***Helden des Alltags*** hat Stefan Körzell, Vorsitzender des ***DGB Hessen-Thüringen,*** im Rahmen

Foto: Ute Fritzel/DGB

seiner diesjährigen Sommertour im August besucht. Helden des Alltags sind für Körzell (auf dem Foto rechts) die Menschen, die unseren Müll wegräumen, sich um unser Abwasser kümmern oder unsere Kinder betreuen. Körzell war zu Gast bei ErzieherInnen in Breuberg/Odenwald, Stadtentwässerern in Frankfurt/Main, Stadtreinigern in Kassel, den Beschäftigten eines Milchwerks in Erfurt sowie GebäudereinigerInnen in Jena. Körzell sprach nicht nur mit ihnen, sondern packte auch selbst an, zum Beispiel bei der Biomüllabfuhr in Kassel (Foto). An den Helden des Alltags imponiere ihn besonders, „dass sie ihre Arbeit unter schwierigen und widrigen Bedingungen, aber auch mit sehr viel Leidenschaft verrichten". Die Reise habe die Ausgangsthese des DGB bestätigt: „Für diese Arbeiten, die so wichtig für unser tägliches Leben sind, gibt es zu wenig gesellschaftliche Anerkennung." Ob Erzieherin, Müllwerker oder Kanalarbeiter – sie alle arbeiten im öffentlichen Dienst und gehören nicht zu den Besserverdienenden. „Ihr Organisationsgrad ist aber beeindruckend hoch", erklärt der Bezirksvorsitzende. „Das hat uns wieder mal gezeigt, dass der öffentliche Dienstleistungsbereich mit das Rückgrat der Gewerkschaftsbewegung ist."

www.hessen-thueringen.dgb.de/-/aOe

••• ***ver.di Berlin-Brandenburg*** will mit einem ***Fair-Kauf-Führer*** dem wachsenden Bedürfnis vieler Einzelhandelskunden entgegenkommen, die mit „gutem Gewissen dort einkaufen wollen, wo die Arbeitsbedingungen stimmen". Grundlage der Empfehlungen sind die Bewertung der Einzelhandelsunternehmen durch rund 2000 Beschäftigte und 70 Betriebsräte zwischen November 2011 und Juni 2012. Insgesamt 28 Geschäfte werden empfohlen.

www.einkauf-empfohlen.de

Tagung

Zukunft des Sozialstaats

Die internationale Wirtschaftskrise wirkt sich auf den Sozialstaat aus: Einnahmeausfälle schränken seine Handlungsfähigkeit ein. Dabei können seine Institutionen gerade in Krisenzeiten gesellschaftliche Stabilität bieten. Um die Zusammenhänge von Wirtschaftsentwicklung und Sozialstaatstabilität zu diskutieren, laden Hans-Böckler-Stiftung und Deutsche Bundesbank zur Tagung „Sozialstaat unter Krisendruck: Schwinden die Chancen für eine stabilisierende Sozialpolitik?" ein. Diskutiert werden Strategien, wie moderne Sozialstaaten ökonomische und gesellschaftliche Stabilität fördern können. Die Tagung findet am 10. Oktober in Frankfurt/Main statt. •

www.boeckler.de/4990_40650.htm

BetriebsräteTag 2012

Motor für gute Arbeit

Die Nominierten für den Deutschen Betriebsräte-Preis stehen fest. Die achtköpfige Jury wählte aus über 80 Bewerbungen sechs Nominierte aus: die Betriebsräte der Bayer AG Leverkusen, der Festo AG & Co. KG Esslingen, der Gewoba AG Bauen und Wohnen Bremen, der Salzgitter Flachstahl GmbH, der Vorwerk Deutschland Stiftung & Co. KG Wuppertal und der Westfleisch Lübbecke. Darüber hinaus werden Sonderpreise in den Kategorien „Fair statt Prekär", „Gute Arbeit", „Innovative Betriebsratsarbeit" und „Zukunftssicherung" verliehen. Die Preisverleihung findet auf dem Deutschen BetriebsräteTag am 24./25. Oktober in Bonn statt. Neben der Preisverleihung stehen zahlreiche Praxisberichte von Betriebsräten und der Austausch im „Parlament der Betriebsräte" auf dem Programm des BetriebsräteTags. •

www.betriebsraetetag.de

Staatseinnahmen

Wer hat, soll geben

Ein neues Steuersystem fordern die Gewerkschaften. Wer ausreichend Vermögen besitzt und über ein hohes Einkommen verfügt, soll auch mehr als bisher zum Staatshaushalt beitragen.

Die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich immer mehr. Während – nicht zuletzt verschärft durch die Finanzkrise – der kleine Anteil Reicher immer mehr Vermögen anhäuft, arbeiten acht Millionen Menschen im Niedriglohnsektor. In den vergangenen Jahren mangelte es zudem nicht an Steuergeschenken für die, denen es ohnehin gut ging. Angesichts der zunehmenden Verschuldung des Staates und der zu erwartenden Belastungen durch die Eurokrise ist es höchste Zeit für ein neues Steuersystem, das sich an der Leistungsfähigkeit der SteuerzahlerInnen orientiert.

„Politische Handlungsfähigkeit setzt ausreichende Steuereinnahmen voraus", sagt DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki. Der DGB will die Reichen an der Finanzierung öffentlicher Aufgaben stärker beteiligen. So soll nach Vorstellung der Gewerkschaften die Einkommensteuer durch die Anhebung des Spitzensteuersatzes und den schrittweisen Abbau des so genannten Mittelstandsbauchs gerechter werden. Doch nicht nur Spitzenverdiener werden steuerlich privilegiert, sondern auch Erbschaften und Vermögen.

So verzichtet der Staat freiwillig auf Einnahmen aus der Erbschaftssteuer. Nach Angaben des Bundesfinanzministeriums liegt das private Nettovermögen bei rund 8600 Milliarden Euro. Davon gehören 5160 Milliarden Euro den reichsten zehn Prozent. Milliarden, die in der Regel nicht durch Arbeit in die Kasse kamen, sondern geerbt wurden. Pro Jahr hinterlassen die Deutschen ihren Erben rund 200 Milliarden Euro. Die Einnahmen aus der Erbschaftssteuer lagen im vergangenen Jahr aber gerade mal knapp über vier Milliarden Euro.

Dies gilt ebenso für eine Vermögenssteuer. Das Bundesverfassungsgericht stoppte diese Steuer mit der Begründung, sie verstoße wegen der unterschiedlichen Bewertung der Vermögensarten (Immobilien, Bargeld oder Betriebsvermögen) gegen den Gleichheitsgrundsatz. Seit 1996 wird sie nicht mehr erhoben. Eine verfassungskonforme Neufassung des Gesetzes wurde bis heute nicht in Angriff genommen. Eine Vermögenssteuer hätte den Vorteil, dass sie den Ländern zugute käme, die mit den höheren Einnahmen in der Lage wären, ihre Verschuldung abzubauen und Mittel zur Verfügung hätten, um in wichtige Bereiche wie Bildung oder Infrastruktur zu investieren.

In der aktuellen Krise wäre zudem eine Vermögensabgabe mehr als berechtigt. Eine einmalige Erhebung, die dem Staat die Chance bieten würde, einerseits seine Verschuldung abzubauen, andererseits könnten die Mittel zur Absicherung der Garantien für die Eurorettung eingesetzt werden. Eine solche Abgabe, die – im Gegensatz zu steuerlichen Änderungen – nur aufgrund der aktuellen finanziellen Notlage in Betracht käme, wäre verfassungskonform. Zu diesem Ergebnis kommt ein Rechtsgutachten, das ver.di gemeinsam mit der Hans-Böckler-Stiftung erstellen ließ. Für eine solche Abgabe plädiert auch der DGB. Im Idealfall würde sie europaweit beschlossen, um die wirtschaftliche Talfahrt der Euro-Länder zu beenden. Denn bislang haben die Sparprogramme nur eines deutlich gezeigt: Die rigiden Sparvorgaben verlängern die Rezession. Die Krise kann nur mit mehr Investitionen gestoppt werden. Und dafür würden Mehreinnahmen dringend benötigt.

Für den ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske ist eine solche Abgabe auch eine Frage der Gerechtigkeit: „Es ist nur angemessen und gerecht, wenn diejenigen, deren Vermögen im Zuge der Bankenrettung durch den Staat mit Steuergeld gesichert wurde, jetzt ihren Beitrag zum Abbau der Verschulung leisten." Auch das zuständige DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki hält eine solche Abgabe für gerechtfertigt – auch dann, wenn zusätzlich die Vermögenssteuer käme. „Schließlich", so Matecki, „ist der Staat schon einmal gut mit einem solchen System gefahren". Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die Vermögenden für den so genannten Lastenausgleich herangezogen. Über 30 Jahre wurden die Zahlungen gestreckt und liefen bis 1979. Die damaligen Einnahmen lagen bei rund 42 Milliarden Mark. •

Steuerbelastung der Spitzenverdiener

Effektive Belastung hoher Einkommen durch Einkommen- und Erbschaftssteuer, Stand 2011 (in Prozent)

* In Spanien und Frankreich ist bei den Einkommensteuerabgaben eine Vermögenssteuer von 0, 7 % bzw. 0,2 % enthalten

Quelle: PricewaterhouseCoopers/Handelsblatt 2011

Die Finanzkrise samt Eurorettung führt zu Finanzproblemen. Schon eine höhere Erbschaftssteuer könnte den Haushalt entlasten.

Verfassungsgemäße Vermögensabgabe

Der Rechtswissenschaftler Professor Dr. Joachim Wieland (Universität Speyer) prüfte im Auftrag von ver.di und der Hans-Böckler-Stiftung die Vermögensabgabe auf verfassungsrechtliche Probleme. Sein Fazit: Der Bund sei infolge der Finanzkrise in einer einmaligen Notlage. Die Finanzkrise und die angestrebte Reduzierung des Schuldenstandes, der als Folge der Bankenrettung zuletzt sprunghaft angestiegen ist, rechtfertigten eine einmalige Vermögensabgabe. Es handle sich hier um einen „außerordentlichen Finanzbedarf". Wieland beruft sich dabei auf das Grundgesetz Artikel 106.

Nach den Vorstellungen von ver.di könnte eine solche Vermögensabgabe gestaffelt werden. Dann müssten beispielsweise von einem Vermögen von zehn Millionen Euro 20 Prozent abgegeben werden, zahlbar in Tranchen über zehn Jahre. Kleinere Vermögen würden geringer, größere höher belastet. Zwischen 270 bis 300 Milliarden Euro könnte der Finanzminister dann auf der Einnahmeseite verbuchen. Betroffen von der Abgabe wären laut ver.di die 780 000 reichsten BürgerInnen; also das eine Prozent der Bevölkerung, das ein Drittel des Nettovermögens besitzt.

www.bit.ly/gutachtenvermögen

kurz&bündig

ver.di

Beschäftigte, die Kernkraftwerke bewachen, dürfen streiken. Dass hat das Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg entschieden. ver.di begrüßt die Entscheidung. Der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske fordert die Arbeitgeber der Sicherheitswirtschaft nun auf, über einen Sozialtarifvertrag zu verhandeln.

EVG

Beschäftigte von Zeitarbeitsunternehmen, die befristet für Eisenbahnunternehmen tätig sind, erhalten künftig mehr Geld. Darauf hat sich die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft mit den Arbeitgeberverbänden der Zeitarbeitsbranche geeinigt. Die Zuschläge orientieren sich an der Dauer der Beschäftigung.

Als „völlig absurd" bezeichnet die Gewerkschaft der Polizei (GdP) Pläne von Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU), das absolute Alkoholverbot für Fahrer von Transporten gefährlicher Güter zu lockern. Demnach soll die Grenze von null auf 0,5 Promille angehoben werden. Die GdP kritisiert: Fahruntüchtigkeit könne bereits ab 0,3 Promille eintreten.

IG BCE

Vom 3. September bis zum 1. Dezember unterstützt die IG BCE neu gewählte gewerkschaftliche Vertrauensleute in den Betrieben mit einem Informations-Blog. Unter www.die-ersten-100-tage.de erhalten sie wöchentlich Informationen und Aufgaben, um sich mit ihrer neuen Rolle vertraut zu machen.

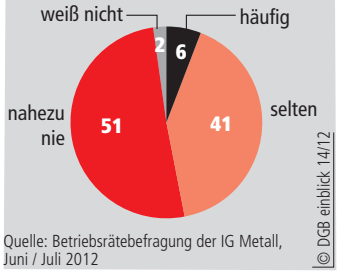
Altersgerechte Arbeit

Fata Morgana

Altersgerechte Arbeitsplätze sind Mangelware. Und gerade mal 3,8 Prozent der Beschäftigten im Organisationsbereich der IG Metall sind über 60 Jahre alt. Das zeigt eine Betriebsrätebefragung der IG Metall. Allen Bekundungen von Arbeitgebern und Bundesregierung zum Trotz, dass angesichts des Fachkräftemangels die Beschäftigungschancen von Älteren gestiegen seien, lautet das Fazit der IG Metall: „Die schöne neue Arbeitswelt für die Älteren ist eine Fata Morgana", so IG Metall-Vorstand Hans-Jürgen Urban. Die IG Metall fordert von Arbeitgebern und Politik altersgerechte Arbeitsplätze und flexible Ausstiegsmöglichkeiten aus dem Arbeitsleben. „Notwendig sind Arbeitsplätze, mit denen Ältere gesund bis zur Rente arbeiten und zu fairen Bedingungen aus dem Erwerbsleben aussteigen können. Erforderlich ist eine Rente, die vor Armut schützt", erklärt Detlef Wetzel, Zweiter Vorsitzender der IG Metall. In den nächsten Monaten will die IG Metall die Betriebe auf den Prüfstand stellen. Vom 5. bis 9. November sind Aktions- und Informationstage geplant.

Altersgerechte Arbeitsplätze Fehlanzeige

Häufigkeit von Maßnahmen zur altersgerechten Arbeitsplatzgestaltung in Betrieben im Organisationsbereich der IG Metall (in Prozent)



Quelle: Betriebsrätebefragung der IG Metall, Juni / Juli 2012

Nicht mal jedes dritte Unternehmen im Organisationsbereich der IG Metall berücksichtigt in der Personalplanung den demografischen Wandel. *Mehr: www.igmetall.de*

Aktionstag

Mehr Geld für den Sozialstaat

„Die Zeit ist reif für Umverteilung", begründet der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske das Engagement seiner Gewerkschaft beim Bündnis „UMfairTEILEN – Reichtum besteuern". Anfang August gegründet, rufen die Bündnispartner für den 29. September zu einem bundesweiten Aktionstag auf. Ziel ist die Einführung einer Vermögenssteuer und -abgabe, eine stärkere Besteuerung hoher Einkommen, großer Erbschaften und finanzstarker Unternehmen. Zu den Initiatoren zählen ver.di, die GEW, DGB-Jugend, attac, campact, der Deutsche Paritätische Gesamtverband und andere.

www.umfairteilen.de

WSI-Studie

Pflegeberufe im Fokus

Eine Studie des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung zeigt: Beschäftigte in Pflegeberufen klagen über die sehr stressige und körperlich oft erschöpfende Arbeit. Allerdings empfinden die Beschäftigten ihre Arbeit als interessant und abwechslungsreich. Unzufrieden sind sie mit ihrer Bezahlung von durchschnittlich 2360 Euro brutto. WSI-Tarifexperte Reinhard Bispinck kritisiert: „Unsere Ergebnisse zeigen, dass die Prinzipien ‚Faire Löhne' und ‚Gute Arbeit' im Pflegesektor noch keineswegs zufriedenstellend umgesetzt sind." Unter anderem verdienen Frauen bis zu 11,7 Prozent weniger als ihre Kollegen. Befristet Beschäftigte verdienen 18 Prozent weniger als ihre fest angestellten KollegInnen. Die WSI-Forscher betonen aber auch, wie stark die ArbeitnehmerInnen in der Pflegebranche von der Tarifbindung profitieren. Betriebe, in denen ein Tarifvertrag gilt, zahlen durchschnittlich 2597 Euro brutto im Monat und damit knapp 19 Prozent mehr als nicht tarifgebundene Betriebe.

www.boeckler.de

GEW-Wettbewerb

Ideen gegen Kinderarbeit

Die GEW hat unter dem Motto „Kinderarbeitsfreie Zone" zu einem Ideenwettbewerb aufgerufen. Gesucht werden Ideen und Projekte, die helfen, weltweit dem Ziel „Bildung statt Kinderarbeit" näher zu kommen. SchülerInnen und Studierende können bis zum 1. März 2013 ihre Beiträge bei der GEW einreichen. Vorgestellt und ausgezeichnet werden die ausgewählten Beiträge im Rahmen des GEW-Gewerkschaftstages in Düsseldorf im Juni 2013. Schirmherr des Wettbewerbs ist der DGB-Vorsitzende und Präsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) Michael Sommer.

www.gew-ideenwettbewerb.de

IG Metall

Chance für Schulabbrecher

Wer keinen Schulabschluss vorweisen kann, hat es schwer auf dem Ausbildungsmarkt. Damit Jugendliche trotzdem eine Chance bekommen, hat die IG Metall für den Tarifbezirk Mitte einen Tarifvertrag mit dem Arbeitgeberverband Hessenmetall vereinbart. Dieser sieht vor, dass junge Menschen ohne Schulabschluss eine Fördermaßnahme von sechs bis zwölf Monaten im Betrieb durchlaufen können und somit Chancen auf eine Berufsbildung erhalten. Integration in den Betriebsablauf sowie individuelle Förderung sollen dabei im Vordergrund stehen.

MEINUNG

Automobilindustrie

Eine Branche im Umbruch

Die Automobilindustrie steht vor einem Wandel. Welche Chancen die IG Metall durch veränderte Mobilitätsgewohnheiten und Elektromobilität sieht und wie trotz Krise die Zukunft gestaltet werden kann, erklärt Industrie-Expertin Astrid Ziegler.

Foto: IG Metall

Dr. Astrid Ziegler, arbeitet im Funktionsbereich Grundsatzfragen und Gesellschaftspolitik beim Vorstand der IG Metall und ist unter anderem zuständig für Industrie- und Verkehrspolitik.

Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Automobilindustrie ist groß. Von ihr gehen nicht nur starke Impulse auf Wachstum und Beschäftigung aus, das Auto prägt auch seit Jahrzehnten die Verkehrsentwicklung und die Mobilitätsgewohnheiten der Menschen. In Zeiten konjunktureller Unsicherheiten steht sie umso mehr im Fokus des öffentlichen Interesses, denn sie gilt als eine **sehr stark konjunkturabhängige Branche** – ein Autokauf kann ohne weiteres hinausgezögert werden.

Die Autoindustrie ging zwar rückblickend gestärkt aus der Weltwirtschaftskrise 2008/2009 hervor. Der weltweite Autoabsatz erreichte 2011 mit 64,5 Millionen verkauften Autos eine neue Rekordmarke. Aber was zunächst wie ein Erfolg klingt, zeigt den tiefgreifenden Wandel der Branche. Während die Verkäufe in den Schwellenländern sprunghaft anstiegen, waren die europäischen Traditionsmärkte wie Deutschland, Frankreich oder Italien zum Teil von Kaufzurückhaltung geprägt. In Folge der Eurokrise sank der europäische Autoabsatz im ersten Halbjahr 2012. Besonders schlecht lief es in den südeuropäischen Ländern (Italien -20%; Spanien -8%; Frankreich -14% zum Vorjahreszeitraum).

Diese Entwicklung spaltet die europäische Autoindustrie in zwei Lager: Auf der einen Seite stehen mit VW, BMW oder Daimler wachstumsstarke, weltweit agierende Hersteller. Auf der anderen Seite Marken wie Renault, Opel, Fiat oder PSA Peugeot Citroën mit zunehmenden Absatzproblemen, die sich auf ihre Heimatmärkte konzentriert haben. Wie reagieren die Hersteller auf diese Situation? Sie gewähren angesichts der Verluste in Europa ihren Kunden immer höhere Preisnachlässe, sodass Fiat-Chef Sergio Marchionne den VW-Konzern jüngst in der New York Times beschuldigte, bei der Rabattschlacht „ein Blutbad" anzurichten. Er ging sogar so weit, staatliche Gelder für Werksschließungen in Europa zu fordern.

Arbeitsplatzabbau ist für die IG Metall allerdings kein Heilmittel. Stattdessen muss der Strukturwandel in der Automobilindustrie aktiv gestaltet werden. Ökologisch und innovativ. Die IG Metall tritt einer rein finanzmarktgetriebenen Unternehmenssteuerung und neoliberaler Wirtschaftspolitik entgegen. **Gewachsene, leistungsfähige, innovative Arbeitsplätze und gute Arbeit dürfen nicht gefährdet werden.** Die Konsolidierung in der Automobilindustrie hat eine neue Dynamik bekommen, an deren Ende die Beschäftigten nicht als Verlierer dastehen sollen – dafür setzt sich die IG Metall ein.

Andererseits befindet sich die Automobilindustrie auf dem Weg zur Elektromobilität. Mit der Einrichtung der Nationalen Plattform Elektromobilität (NPE) im Jahr 2010 hat die deutsche Bundesregierung die politischen Weichen gestellt. Die Elektrifizierung des Antriebsstrangs hat weitreichende Auswirkungen auf Hersteller und Zulieferer, auf Beschäftigung und Qualifikationsanforderungen an die Beschäftigten. Die NPE – an der auch die IG Metall beteiligt ist – will die **Wettbewerbsfähigkeit durch Innovationen erhalten und ausbauen** sowie die zentralen Akteure vernetzen. Das Elektroauto soll nicht nur in Deutschland entwickelt und gefahren, sondern auch gebaut werden. Das setzt allerdings Investitionen in Aus- und Weiterbildung voraus. Mit dieser Diskussion eng verbunden ist die Frage nach der Rolle des Elektroautos in einem integrierten Mobilitätskonzept. Das Auto als Teil eines Netzwerks, zu dem Fahrräder, Busse oder Bahnen gehören, setzt an einem Paradigmenwechsel an: **weg vom individuellen Eigentum des Autos hin zu einer nachfrageorientierten Mobilität.**

Ob der Weg zur Elektromobilität und zum Mobilitätsdienstleister sozial verträglich stattfindet und sogar neue Chancen für qualifizierte Beschäftigung eröffnet oder ob er als Jobkiller für Belegschaften und Standorte wirkt, können wir nicht alleine den Marktprozessen überlassen. Dafür ist **eine industriepolitische Steuerung unter aktiver Beteiligung der Beschäftigten, der Betriebsräte und der Gewerkschaften** notwendig. •

Autokunden werden vorsichtiger

Die Auswirkungen der Krise sind auch für die Automobilindustrie spürbar. Vor allem die Zurückhaltung privater Käufer macht sich auf dem deutschen Automobilmarkt bemerkbar. So gab der Verband der Automobilindustrie bekannt, dass im Juli 2012 rund 13 000 Autos weniger angemeldet wurden als im Vorjahresmonat. Noch im Juni gab es ein Plus von 2,9 Prozent. Allerdings war bereits im Mai der Absatz um fünf Prozent geringer ausgefallen als im Vorjahreszeitraum.

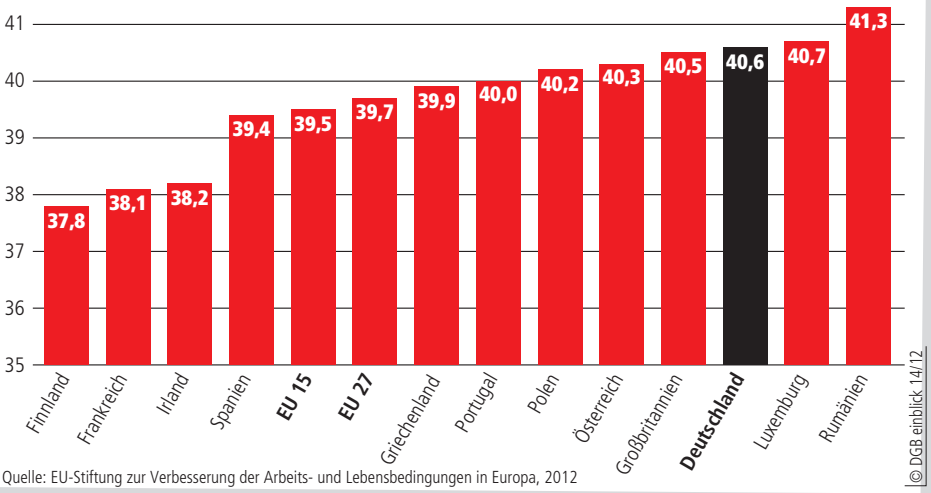
Besonders Hersteller von Klein- und Mittelklassewagen leiden unter der geringeren Nachfrage. Europaweit sind vor allem PSA Peugeot Citroën und Opel betroffen. Die deutschen Oberklasse-Hersteller Daimler und BMW sowie auch der VW-Konzern profitieren von ihrem weltweiten Absatzmarkt. So konnte Daimler Probleme in Europa mit dem Verkauf von Autos in Übersee und dem Vertrieb von Lastwagen kompensieren. Insgesamt hat der Stuttgarter Konzern so viele Autos verkauft wie noch nie. VW konnte im ersten Halbjahr 2012 insgesamt 1,6 Millionen PKW verkaufen und ist damit Weltmarktführer.

dieDGBgrafik

ARBEITSZEIT: Deutsche arbeiten mit am längsten

Die tatsächliche wöchentliche Arbeitszeit liegt EU-weit oft höher, als es gesetzliche oder tarifliche Regelungen vorgeben. Das geht aus einer Erhebung der EU-Stiftung zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen hervor. Auch die griechische Bevölkerung liegt keineswegs „faul auf der Haut". Während EU-weit die Wochenarbeitszeit im Schnitt bei 39,7 Stunden liegt, arbeiten Griechen 39,9 Stunden. Deutschland gehört mit 40,6 Stunden nach Rumänien (41,3) und Luxemburg (40,7) zu den Spitzenreitern.

Durchschnittliche tatsächliche wöchentliche Arbeitszeit in einem Vollzeitjob in 2011 (in Stunden)



Quelle: EU-Stiftung zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen in Europa, 2012

© DGB einblick 14/12

14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

27.8. DGB NRW, Hans-Böckler-Stiftung, Stiftung Arbeit und Umwelt der IG BCE, Fachtagung „Arbeit in der energieintensiven Industrie: Mitbestimmung als ökologischer Fortschrittsmotor", Witten

29.8. DGB-Bezirk Hessen-Thüringen, Fachtagung „aktiv² – gemeinsam Handeln im Betrieb" für Schwerbehindertenvertretungen, Betriebs- und Personalräte, Frankfurt/Main

29.8. DGB-Region Frankfurt-Rhein-Main und DGB-SeniorInnen, Geschichtswerkstatt: Antifaschistische Stadtrundfahrt, Frankfurt am Main

30.8. Friedrich-Ebert-Stiftung, Lüneburger Gespräche „Grenzen der Solidarität? Europas Weg aus der Krise", Lüneburg

31.8. DGB-Region Frankfurt-Rhein-Main, Friedens- und Zukunftswerkstatt e.V., Frankfurter Bund für Volksbildung, Diskussion „Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien... und kein Frieden", Frankfurt am Main

1.9. Antikriegstag

1.9. DGB-Region NRW Süd-West und Aachener Friedenspreis e.V., Verleihung des Aachener Friedenspreises, Aachen

5.-8.9. GEW, 6. GEW-Wissenschaftskonferenz „Reformbaustelle Hochschule", Herrsching am Ammersee

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke, Lena Clausen **Redaktionelle Mitarbeit:** Udo Böhlefeld, Birgit Böhret, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/3088 24-0, Fax 030/3088 24 20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

personalien

••• ***Stefan Gran,*** 36, ist seit 1. Juli neuer Leiter der DGB-Verbindungsstelle in Brüssel. Er folgt ***Dr. Gloria Müller,*** 65, die im Frühjahr in den Ruhestand gegangen ist. Der studierte Volkswirt arbeitet bereits seit Dezember 2008 als politischer Referent im Brüsseler DGB-Büro.

••• ***Michael Knoche,*** 45, zuletzt Redakteur bei der IG BAU-Mitgliederzeitschrift *Der Grundstein/Der Säemann*, ist seit 1. Juli Sekretär beim Vorstand der IG Metall im Funktionsbereich Tarifpolitik.

Tipp

Buch: ***Frank Bsirske, Lothar Schröder, Frank Werneke, Dina Bösch, Achim Meerkamp (Hrsg.):*** ***Grenzenlos vernetzt – gewerkschaftliche Positionen zur Netzpolitik,***
VSA-Verlag 2012, 208 Seiten, 14,80 Euro

Im Buch „Grenzenlos vernetzt" stellt ver.di zentrale gewerkschaftliche Positionen zu netzrelevanten Themen wie der informationellen Selbstbestimmung oder den Persönlichkeits- und Urheberrechten vor. AutorInnen aus Wissenschaft und Gewerkschaft erläutern in ihren Beiträgen Probleme, Herausforderungen und Optionen für ein Leben mit und im Internet.

Schlusspunkt.

„Die Ratingagentur „Standard & Poor's" warnte, die Unruhen wirkten sich negativ auf Investoren und die Gesamtbewertung Südafrikas aus."

ARD-Hörfunkkorrespondent Claus Stäcker am 17. August in seinem Beitrag über das Blutbad der südafrikanischen Polizei an streikenden Minenarbeitern.

Mitbestimmung des Betriebsrats

Bei Nutzung eines Firmenparkplatzes

Der Arbeitgeber ist nicht verpflichtet, seinen Beschäftigten Parkplätze zur Verfügung zu stellen. Wenn er das aber tut, muss er bei der Festlegung der Nutzungsbedingungen von Parkflächen die Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats beachten. Bestehen gesetzliche Vorschriften, die für den Arbeitgeber zwingend sind, zum Beispiel im Sicherheitsbereich eines Flughafens, so werden die Mitbestimmungsmöglichkeiten des Betriebsrats entsprechend begrenzt.

Bundesarbeitsgericht, Beschluss vom 7. Februar 2012 – 1 ABR 63/10

Personenbedingte Kündigung

Bei Beeinträchtigung des Betriebs

Die personenbedingte Kündigung eines alkoholkranken Arbeitnehmers kann gerechtfertigt sein, wenn seine Alkoholkrankheit eine erhebliche betriebliche Beeinträchtigung verursacht. Das ist der Fall, wenn der Arbeitnehmer eine Arbeitsaufgabe verrichtet, die mit Selbst- und Fremdgefährdung von Personen und Sachen einhergeht.

Landesarbeitsgericht München, Urteil vom 10. Mai 2012 - 3 Sa 1134/11

Befristung

Trotz Sachgrund unwirksam

Nach dem Gesetz ist die Befristung eines Arbeitsvertrags zulässig, wenn sie durch einen sachlichen Grund gerechtfertigt ist. Das ist zum Beispiel der Fall, wenn der Arbeitnehmer zur Vertretung eines anderen Arbeitnehmers beschäftigt wird. Ausnahmsweise kann aber eine Befristung rechtsmissbräuchlich und damit unwirksam sein, obwohl ein sachlicher Grund vorliegt. Das ist in jedem Einzelfall zu prüfen. Für das Vorliegen eines Rechtsmissbrauchs kann insbesondere eine sehr lange Gesamtdauer oder eine außergewöhnlich hohe Anzahl von aufeinanderfolgenden befristeten Arbeitsverträgen mit demselben Arbeitgeber sprechen.

Bundesarbeitsgericht, Urteil vom 18. Juli 2012 - 7 AZR 443/09

Schmiergeld

Gehört dem Arbeitgeber

Ein Arbeitnehmer muss empfangene Schmiergelder an den Arbeitgeber herausgeben.

Landesarbeitsgericht München, Urteil vom 8. Mai 2012 – 6 Sa 957/11

Ausbildungsunterhalt

Nach der Schule nur für kurze Zeit

Ein volljähriges Kind hat Anspruch auf Ausbildungsunterhalt gegenüber seinen Eltern im Zeitraum zwischen Schulabschluss und weiterführender Ausbildung. Dieser Zeitraum darf aber nicht über Gebühr ausgedehnt werden. Bei längeren Pausen, auch wenn diese durch Wartezeit auf einen Studienplatz erzwungen sind, ist eine Erwerbstätigkeit des volljährigen Kindes zu erwarten.

Oberlandesgericht Karlsruhe, Beschluss vom 8. März 2012 - 2 WF 174/11

Elternzeit

Kündigungsschutz ist sehr wichtig

Während der Elternzeit darf der Arbeitgeber das Arbeitsverhältnis nicht kündigen. Das Kündigungsverbot beginnt mit dem Zeitpunkt des Antrags, höchstens jedoch acht Wochen vor Beginn der Elternzeit.

Der Fall: Die Leiterin eines katholischen Kindergartens beantragte Elternzeit wegen der Geburt eines Kindes. Sie teilte zugleich mit, eine gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaft begründet zu haben. Die Pfarrkirchenstiftung, Träger des Kindergartens, wollte der Frau wegen Verstoßes gegen die Grundsätze der katholischen Glaubens- und Sittenlehre kündigen, benötigte dafür aber während der Elternzeit die Zustimmung der Behörde. Diese lehnte den Antrag auf Zustimmung ab. Sie habe sich weltanschaulich neutral zu verhalten und sei an die Wertung der Kirche nicht gebunden. Die Diözese klagte erfolglos mit dem Ziel, die Zustimmung des Gewerbeaufsichtsamtes zur Kündigung zu erzwingen.

Das Verwaltungsgericht: Nach dem Gesetz kann in besonderen Fällen ausnahmsweise eine Kündigung während der Elternzeit für zulässig erklärt werden. Der vom Gesetz geforderte Fall liegt aber hier nicht vor. Das Interesse der Leiterin des Kindergartens an einem kontinuierlichen Erwerbsleben und an der Einhaltung der Kündigungsfrist nach Ablauf der Elternzeit ist höher zu bewerten als das Interesse der Kirche, das Arbeitsverhältnis bereits während der Elternzeit zu beenden.

Verwaltungsgericht Augsburg, Urteil vom 19. Juni 2012 - Au 3 K 12.266

Gesetzliche Unfallversicherung

Eisschlecken ohne Versicherungsschutz

Der Verzehr von Speiseeis auf dem Heimweg fällt nicht unter den Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung.

Der Fall: Der freiwillig versicherte Unternehmensberater befand sich auf dem Heimweg, als er sich beim Einfahren der U-Bahn an einem hart gefrorenen Brocken Speiseeis verschluckte. Es sei nach seinem Bekunden in der Speiseröhre hängen geblieben, was starke Brustschmerzen verursachte. Im Krankenhaus wurde ein Herzinfarkt festgestellt. Der Mann war der Auffassung, dass es sich um einen Arbeitsunfall gehandelt habe. Die Berufsgenossenschaft lehnte aber die Ansprüche ab. Die dagegen gerichtete Klage hatte keinen Erfolg.

Das Sozialgericht: Die Nahrungsaufnahme ist grundsätzlich unversichert. Von diesem Grundsatz sind lediglich Ausnahmen zu machen, wenn die Nahrungsaufnahme zur Wiedererlangung der Arbeitskraft erforderlich ist oder sie aus betrieblichen Gründen besonders schnell erfolgen muss. Ein solcher Ausnahmefall liegt nicht vor. Der Eisverzehr war nicht zur Wiedererlangung der Arbeitskraft erforderlich. Abgesehen davon, dass ein Speiseeis erfahrungsgemäß zu Genusszwecken und nicht zur Stärkung verzehrt wird, befand sich der Unternehmensberater bereits auf dem Weg nach Hause. Er war also auf die Nahrungsaufnahme nicht angewiesen, um seine Arbeit fortzusetzen. Die Nahrungsaufnahme musste auch nicht aus betrieblichen Gründen besonders schnell erfolgen. Der Mann hat das Eis mit besonderer Beschleunigung gegessen, weil er in den Zug einsteigen wollte und der Verzehr von Speiseeis im Zug nicht gestattet ist. Hierbei handelt es sich um einen Grund, der erkennbar nicht betrieblicher Natur ist, denn er steht in keinem Zusammenhang mit den geschäftlichen Abläufen in seinem Unternehmen.

Sozialgericht Berlin, Gerichtsbescheid vom 21. Oktober 2011 – S 98 U 178/10

Autor: Luis Ledesma, Kassel – einblick 14/12

Vorstand

Die IG Metall ist eine große und moderne Gewerkschaft mit rund 2,3 Millionen Mitgliedern. Sie vertritt die Interessen der Beschäftigten aus den Bereichen der Metall- und Elektroindustrie und der industrienahen Dienstleistungs- und Entwicklungsunternehmen sowie des Handwerks und der Branchen Textil, Holz und Kunststoff.

Zur Verstärkung unseres Teams starten wir im Rahmen unserer Nachwuchsausbildung in 2013 jeweils im Mai und November ein

Trainee-Programm

Unser Angebot

- Ein zwölfmonatiges Programm mit Praxiseinsätzen auf allen Organisationsebenen (Vorstand, Bezirke, Verwaltungsstellen) und Seminar- und Trainingsphasen
- Systematische Verzahnung von Theorie und Praxis
- Individuelle Planung der Einsätze, die auf einen erfolgreichen Berufseinstieg vorbereiten und Einblick in die Gewerkschaftsarbeit geben
- Eine Berufsperspektive mit spannenden Aufgaben bei der aktivierenden Mitgliederarbeit sowie der Betreuung und professionellen Beratung betrieblicher Interessenvertreter/innen bei gewerkschaftlichen Kampagnen und der Werbung neuer Mitglieder

Ihr Idealprofil

- Entweder eine abgeschlossene Berufsausbildung, Berufspraxis und praktische Erfahrungen in der betrieblichen Interessenvertretung, ergänzt durch berufliche und gewerkschaftliche Weiterbildung
- oder/und ein Studienabschluss (Technik-, Sozial- oder Humanwissenschaften, Abschluss der Europäischen Akademie der Arbeit) und Erfahrung mit politischem oder sozialem Engagement, z.B. in sozialen Bewegungen
- Sehr gute Kommunikationsfähigkeiten, Organisationstalent, Eigeninitiative und Durchsetzungsfähigkeit, Teamfähigkeit und überzeugendes Auftreten
- Hohe Einsatzbereitschaft, Belastbarkeit und bundesweite Mobilität
- Neben der perfekten Beherrschung der deutschen Sprache gute Englischkenntnisse
- Eine Verbundenheit mit den Werten und Zielen der Gewerkschaftsbewegung setzen wir voraus

Bewerbungen mit aussagefähigen und vollständigen Unterlagen für das Trainee-Programm 2013 nehmen wir bis zum 8. Oktober 2012 gern entgegen.

IG Metall Vorstand
FB Organisation und Personal
Petra Behrendt
Wilhelm-Leuschner-Straße 79
60329 Frankfurt

Die Arbeitnehmer-Seiten der Wirtschaft.

Wer mitbestimmen will, braucht das Magazin Mitbestimmung.

Bestellen Sie für 50 Euro ein Jahresabo und Sie erhalten eine unserer Prämien.
Infos unter: **www.magazin-mitbestimmung.de** > **Abo,**
abodienste@bund-verlag.de oder
Leserservice-Telefon 069/79 50 10-96

MIT12/EB3

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 10.09.2012 15/12

DGB

Altersarmut

Schwarz-Gelb hat die falschen Rezepte

Jetzt hat auch Ministerin Ursula von der Leyen erkannt, wovor Gewerkschaften und Sozialverbände seit langem warnen: Selbst NormalverdienerInnen sind von Altersarmut bedroht. Ohne zusätzliche private Vorsorge, rechnete die Ministerin vor, erhielten ArbeitnehmerInnen mit einem Bruttomonatseinkommen von 2500 Euro nach 35 Beitragsjahren im Jahr 2030 eine Rente gerade mal auf dem Niveau der Grundsicherung von 688 Euro. Statt jedoch auf die weitere Senkung des Rentenniveaus und aktuell auf die vom Kabinett bereits beschlossene Beitragssenkung in der Rentenversicherung zu verzichten, wirbt Frau von der Leyen mit den Zahlen für ihr Konzept der Zuschussrente. Aus Sicht des DGB ist diese aber kaum geeignet, Altersarmut zu verhindern, weil überhaupt nur wenige ArbeitnehmerInnen die Voraussetzungen dafür erfüllen.

Der DGB hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in einem Brief aufgefordert, auf die Beitragssenkung zu verzichten und die Zuschussrente fallen zu lassen. Es wäre zynisch, stellt DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach fest, „wenn die Koalition die hohen Reserven der Rentenversicherung auflöst, das Rentenniveau weiter senkt und dann Krücken wie die Zuschussrente anbietet, die für die Meisten keine Hilfe gegen Altersarmut ist".

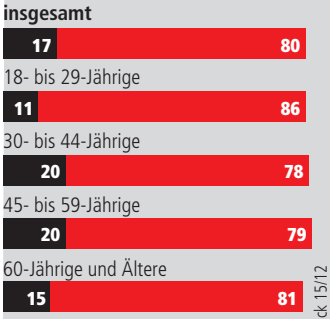
Große Mehrheit gegen Beitragssenkung

Antworten von Bundesbürgern nach Altersgruppen auf die Frage, wie die Überschüsse in der Rentenversicherung verwendet werden sollten* (in Prozent)

Die Überschüsse sollten …

■ … genutzt werden, um die Beiträge zur Rentenversicherung geringfügig zu senken

■ … aufgespart werden



* an 100 Prozent fehlende Angaben: „Sonstiges" bzw. „weiß nicht"

Quelle: Repräsentative Forsa-Umfrage im Auftrag des DGB, 21./22. August 2012

© DGB einblick 15/12

Eine große Mehrheit der Deutschen, 80 Prozent, lehnt eine Beitragssenkung in der gesetzlichen Rentenversicherung ab und will stattdessen aktuelle Überschüsse für eine nachhaltige Finanzierung der Renten nutzen. Das ist das Ergebnis einer repräsentativen forsa-Umfrage von Ende August. Unter den Anhängern der CDU/CSU sprechen sich sogar 82 Prozent dafür aus, Reserven aufzubauen.

Mit seinem Rentenkonzept *(einblick 14/12)* zeigt der DGB, dass eine Stabilisierung des heutigen Rentenniveaus auch auf lange Sicht ohne spürbare Belastungen für die Beitragszahler möglich ist. Statt den Rentenbeitrag wie geplant 2013 von aktuell 19,6 Prozent auf 19,0 Prozent zu senken, fordern die Gewerkschaften moderate Erhöhungen in kleinen Schritten. Ziel ist es, die dadurch gewonnenen Mittel dafür einzusetzen, um die Rücklagen der Rentenversicherung zu einer Demografie-Reserve auszubauen. 2015 würde die Nachhaltigkeitsrücklage so auf 3,1 Monatsausgaben, 2020 bereits auf rund acht Monatsausgaben steigen. Die gewonnenen Mittel können genutzt werden, um das Rentenniveau auf dem heutigen Stand zu stabilisieren und die Erwerbsminderungsrente zu verbessern. Dazu muss der Rentenbeitrag noch nicht einmal über die von der Bundesregierung geplanten 22 Prozent im Jahr 2030 angehoben werden. „Entscheidend ist, dass der Beitragssatz in kleinen Schritten der demografischen Entwicklung angepasst wird", erklärt Annelie Buntenbach. •

DGB-Rentenkonzept: www.dgb.de/-/PjB

plusminusBERLIN

+ ***„Bestechung hat mit freiem Mandat absolut nichts zu tun", mahnt Christine Lambrecht, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion. Sie vermisst bei der Bundesregierung den ernsthaften Willen, das Thema Abgeordnetenbestechung gesetzlich zu regeln.***

– ***Der CSU-Bundestagsabgeordnete Norbert Geis lehnt es ab, gleichgeschlechtliche Ehen mit Ehen zwischen Mann und Frau gleichzustellen. „Das entspricht nicht unserer Tradition." Die Sache habe eine psychologische Wirkung. „Wenn etwas egalisiert wird, dann ist beides egal."***

inhalt

Seite 3

Generation abgehängt

Über zwei Millionen junge Menschen haben keinen Berufsabschluss. Der DGB fordert für sie eine zweite Chance

Seite 5

Unter Druck

Psychische Erkrankungen nehmen zu. Besonders Beschäftigte in sozialen Berufen leiden unter hohem Druck und Arbeitsverdichtung

Seite 7

Ein Volk wird kaputtgespart

Alkistis Tsoulakou und Agiro Baduva, junge griechische Gewerkschafterinnen, berichten über die katastrophalen Folgen der Kürzungspolitik in ihrer Heimat

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.boeckler.de/wsi_38957.htm

Das GenderDatenPortal des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts mit vielen Infos und Fakten zum Thema Gender und Arbeitsmarkt

Hintergrund

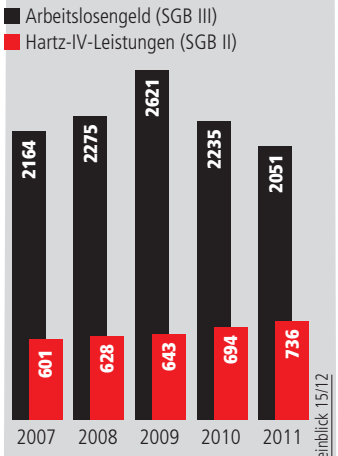
www.dgb.de/service/stellungnahmen

Alle Stellungnahmen des DGB zu politischen und gesellschaftlichen Themen in chronologischer Reihenfolge

Eine Studie des DGB zeigt: Die Arbeitslosenversicherung schützt nur noch unzureichend bei Arbeitslosigkeit. Jeder Vierte, der heute seinen Job verliert, rutscht sofort in Hartz IV. Von den im vergangenen Jahr neu registrierten knapp 2,8 Millionen Arbeitslosen waren 736 000 unmittelbar auf staatliche Grundsicherung (Hartz IV) angewiesen, rund 135 000 Menschen mehr als noch vier Jahre zuvor. Der DGB fordert deshalb, das „Zwei-Klassen-System der Arbeitsmarktpolitik" zu reformieren. Sofern noch Anspruch auf Geld aus der Arbeitslosenversicherung besteht, folgt zudem bereits nach einem Jahr der Abstieg ins Hartz-IV-System. Aktuell beziehen 70 Prozent aller Arbeitslosen die Grundsicherung. Besonders betroffen sind prekär Beschäftigte oder auch LeiharbeitnehmerInnen, die aufgrund relativ kurzer Vorbeschäftigung keine Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung erhalten. Der DGB schlägt unter anderem ein Mindestarbeitslosengeld in Höhe der Hartz-IV-Bedürftigkeitsgrenze vor. Zudem will er die Bedingungen für den Bezug von Arbeitslosengeld mildern, damit weniger Menschen auf Hartz-IV-Leistungen angewiesen sind und auch an den Eingliederungsmaßnahmen der Arbeitslosenversicherung teilnehmen können. www.dgb.de/-/fJ1

Arbeitslose: Immer mehr direkt in Hartz IV

Zahl der Arbeitslosen nach Leistungen, die sie zu Beginn der Arbeitslosigkeit erhalten (in Tausend)



Quelle: DGB-Berechnungen nach der Statistik „Arbeitslose nach Rechtskreisen" der Bundesagentur für Arbeit

© DGB einblick 15/12

Familienpflegezeit

Erfolg ungewiss

Die SPD-Bundestagsfraktion wollte von der Bundesregierung konkrete Zahlen darüber, wie häufig Beschäftigte die Familienpflegezeit seit ihrer Einführung zum 1. Januar 2012 in Anspruch genommen wurde. Die Antwort blieb vage: Es habe sich „positiv entwickelt". Die familienpolitische Sprecherin der SPD, Caren Marks, schließt aus der knappen Antwort, dass das Gesetz wohl „an der Lebenswirklichkeit der Menschen" vorbei gehe. •

Green Economy

Nachholbedarf in guter Arbeit

Die Bundesregierung sieht große Wachstums- und Beschäftigungschancen in den neuen „grünen" Branchen. Das ist ein Ergebnis der Konferenz „Green Economy – Ein neues Wirtschaftswunder?" von Umwelt- und Forschungsministerium, an der der DGB als Partner beteiligt war. Die Chancen, die von Regierungsseite den neuen Industrien attestiert werden, sieht auch der DGB. Bundesvorstandsmitglied Dietmar Hexel glaubt – wie die Bundesregierung – an das große Zukunftspotenzial der Umwelt- und Effizienztechnologien. Allerdings seien, warnt Hexel „grüne Jobs nicht automatisch gute Jobs". Zu guter Arbeit gehörten vor allem Tarifverträge und die Einhaltung sozialer Standards. Beides müsste in den neuen Industrien „noch stärker entwickelt werden". •

EU-Bürgerinitiative

Wasser ist ein Menschenrecht

Die Initiatoren der EU-Initiative für das Recht auf Wasser sind einen Schritt weitergekommen. Die Unterschriften können jetzt online abgegeben werden. Damit sich die EU-Kommission tatsächlich mit den Zielen der Bürgerinitiative befasst, werden dringend weitere UnterstützerInnen gesucht, um die geforderte eine Million Unterschriften vorlegen zu können. Die Hauptforderung lautet: garantierte Wasserversorgung und sanitäre Grundversorgung für alle BürgerInnen. •

www.right2water.eu

Verbraucherschutz

Teilweise mangelhaft

Das neue Verbraucherinformationsgesetz (VIG), das seit dem 1. September in Kraft ist, verspricht bessere Informationen. VerbraucherInnen sollen künftig umfassender, schneller und kostengünstiger Auskünfte erhalten. Für DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki hat das Gesetz allerdings einige gravierende Mängel. Es sei „völlig unverständlich", warum beispielsweise der Bereich der Altersvorsorge ausgeschlossen wurde. Zwar könnten über die Finanzdienstleistungsaufsicht entsprechende Informationen eingeholt werden, doch dieser Weg sei „beschwerlich und nicht verbraucherfreundlich". Der DGB hätte erwartet, dass die Bundesregierung bei der Novellierung die Finanzmärkte mit einbezieht, kritisiert Matecki. Positiv bewertet der DGB, dass Anfragen bis zu einem Verwaltungsaufwand von 1000 Euro künftig kostenfrei bearbeitet werden. •

?...nachgefragt

Foto: DGB/Simone M. Neumann

Die Deutsche Bahn AG bietet Alleinerziehenden ab 2013 die Chance auf eine Ausbildung in Teilzeit. Hermann Nehls, Referatsleiter für Grundsatzfragen der Aus- und Weiterbildung beim DGB-Bundesvorstand, erklärt, warum dieser gute Ansatz trotzdem problematisch ist.

Alleinerziehende sollen von Herbst 2013 an bei der Deutschen Bahn auch in Teilzeit ausgebildet werden. Das ist eine sehr gute Nachricht. Denn Alleinerziehende sind hoch motiviert, haben meist ihren Alltag sehr gut strukturiert und organisiert. Eigenschaften, von denen ein Unternehmen sehr profitieren kann. Erfahrungen zeigen, dass ein Großteil der alleinerziehenden Auszubildenden zu den Besten gehört. Die Bahn hat angekündigt, die Arbeitszeit auf 75 Prozent zu verkürzen. Kritisch ist aus unserer Sicht allerdings, dass der Konzern auch die Ausbildungsvergütung kürzen will. Für uns gilt: Ausbildungsvergütung ist kein Entgelt im klassischen Sinn. Teilzeit nützt nichts, wenn das Geld nicht reicht.

Der Gesetzgeber hat es bei der Novellierung des Berufsbildungsreformgesetz 2005 leider versäumt, zu regeln, was bei Teilzeitberufsausbildung mit der Ausbildungsvergütung passieren soll. Die Ausbildungsvergütung soll helfen, die Lebenshaltungskosten zu bestreiten. Das gilt besonders bei Auszubildenden mit Kindern. Darum sollte die Deutsche Bahn ihre Planung in diesem Punkt nochmal überdenken und mit gutem Beispiel vorangehen.

Zwei Millionen ohne Berufsabschluss

Chancenlos im Bewerbungsrennen

Über zwei Millionen junge Menschen haben keinen Berufsabschluss. Es ist die „Generation abgehängt", sagt der DGB. Das Problem ist nicht neu – aus Sicht der Gewerkschaften hat die Politik auf ganzer Linie versagt.

Das Ausbildungsjahr 2012 hat gerade begonnen, doch viele der SchulabgängerInnen werden in der Statistik der „Ungelernten" landen. Nach einer neuen Expertise des DGB verharrt die Quote der 20- bis 34-Jährigen ohne beruflichen Abschluss seit Jahrzehnten bei 15 Prozent. Weder politische Bildungsgipfel noch der „Nationale Pakt für Ausbildung und Fachkräftesicherung", 2003 zwischen der Bundesregierung und der Wirtschaft geschlossen, haben etwas verändert. Ebenso wenig haben der demografische Wandel, der erwartete Fachkräftemangel und der heute angeblich so gut funktionierende Ausbildungsmarkt zu Maßnahmen geführt, um die über zwei Millionen junge Menschen ohne Berufsabschluss zu qualifizieren.

Für die Altersgruppe der 20- bis 34-Jährigen heißt dies, dass über zwei Millionen keinen Berufsabschluss haben. Das Argument, dabei handele es sich um SchulabbrecherInnen und Lernunwillige, zieht für diese Gruppe schwerlich. Ein großer Teil hat eine gute Schulbildung und damit alle Voraussetzungen für eine Ausbildung. Rund 356 000 AbiturientInnen gehören dazu. Einen mittleren Abschluss können 454 000 vorweisen, und eine knappe Million (997 000) hat die Hauptschule abgeschlossen.

Vor vier Jahren versprach die Bundesregierung auf ihrem Dresdner Bildungsgipfel die Quote der Ausbildungslosen zu halbieren. Die EU hat das Thema in ihrer Lissabon-Strategie aufgegriffen, ohne dass sich bis jetzt ein Erfolg zeigt. Es sei viel von der Politik versprochen, aber nichts getan worden, um die Versprechen auch einzuhalten, kritisiert die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock die Situation.

Den Ausbildungslosen droht ein Leben in prekären Arbeitsverhältnissen oder Arbeitslosigkeit, warnt der DGB. Zudem sei mit Blick auf den künftigen Fachkräftebedarf kaum zu verantworten, dass 15 Prozent der 20- bis 34-Jährigen keine Ausbildung erhalten. Nach der DGB-Untersuchung arbeiten knapp 18 Prozent der nicht Ausgebildeten in prekären Beschäftigungsverhältnissen. Sie finden zudem in nur sieben Wirtschaftsbranchen überhaupt eine Beschäftigung. Knapp die Hälfte arbeitet im Gastgewerbe, im Gesundheits- oder Sozialwesen oder im Einzelhandel. Für die Gruppe der Ungelernten ohne Schulabschluss reduziert sich das Stellenangebot noch einmal. Insgesamt haben ohnehin nur 1,2 der 2,2 Millionen einen Arbeitsplatz. Dies entspricht einer Erwerbstätigenquote von 52,3 Prozent. Damit liegt sie fast 24 Prozentpunkte unter der Quote der Gleichaltrigen mit Berufsabschluss (76,1 Prozent).

Der DGB schätzt, dass vor allem der Übergang von der Schule in den Beruf problematisch ist. Auch bei rückläufigen Bewerberzahlen sind die Arbeitgeber offenbar nicht bereit, junge Menschen mit einem niedrigen Bildungsabschluss einzustellen. Ingrid Sehrbrock würde sich wünschen, dass auch BewerberInnen ohne Spitzenzeugnisse mehr Chancen erhalten. Betriebe, die dazu bereit sind, sollten „ausbildungsbegleitende Hilfen" bekommen, „um die Auszubildenden fachlich und sozialpädagogisch zu unterstützen". Einige Betriebe, so Sehrbrock, hätten dies schon mit Erfolg praktiziert.

Das Fazit des DGB ist: Bei der Bekämpfung der Ausbildungslosigkeit ist die Bildungspolitik im vergangenen Jahrzehnt „nicht spürbar vorangekommen". Eine abgehängte Generation, die kaum Perspektiven auf nachhaltige Integration in den Arbeitsmarkt hat, „können wir uns nicht erlauben", heißt es in der DGB-Expertise. •

Ohne berufliche Perspektive

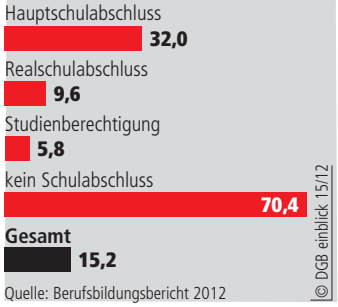
Junge Erwachsene zwischen 20 und 34 Jahren ohne Berufsausbildung (1996 bis 2009, in Millionen)

Quelle: Berufsbildungsbericht 2012

Der Anteil junger Menschen ohne Berufsabschluss bleibt seit Jahren konstant.

Kein Ausbildungsplatz für Schulabgänger

Anteil der 20- bis 24-Jährigen ohne berufliche Ausbildung nach Schulabschlüssen (Stand: 2009, in Prozent)



Quelle: Berufsbildungsbericht 2012

Von der Gruppe, die keinen Schulabschluss hat, haben 70 Prozent auch keine berufliche Ausbildung. Bei den AbiturientInnen liegt der Anteil ohne Berufsabschluss bei knapp sechs Prozent.

Generation abgehängt

Ohne einige grundlegende Änderungen wird sich die Situation junger Menschen ohne Ausbildungsperspektive nicht verbessern. Der DGB schlägt in seiner Expertise vor:

- ***Jugendliche ohne Ausbildungsplatz sollen spätestens sechs Monate nach Beginn des Ausbildungsjahres einen Rechtsanspruch auf eine außerbetriebliche Ausbildung erhalten. Das gilt derzeit für fast 300 000 Jugendliche, die sich in Warteschleifen befinden.***
- ***Menschen ohne Ausbildung benötigen eine zweite Chance, um Bildungs- und Berufsabschlüsse nachzuholen.***
- ***Betriebe brauchen ausbildungsbegleitende Hilfen als Regelangebot, um die gängige Praxis der Bestenauslese zu beenden.***
- ***Um das Angebot betrieblicher Ausbildungsplätze zu erhöhen und einen fairen Ausgleich von ausbildenden und nichtausbildenden Betrieben zu schaffen, müssen Branchenfonds eingerichtet werden.***

Im Internet

www.dgb.de/-/Pyq

Die DGB-Expertise: „Generation abgehängt" – Was verbirgt sich hinter den mehr als 2,2 Millionen Menschen ohne Berufsabschluss?

PROJEKTE UND PARTNER

DGB und Justitia et Pax

Gerechte Einkommen weltweit

Weltweit gibt es laut der Internationalen Arbeitsorganisation ILO rund 1,2 Milliarden Menschen, die weniger als zwei US-Dollar am Tag verdienen. Gemeinsam mit der katholischen Organisation „Justitia et Pax" hat der DGB dazu die Handlungsempfehlung „Menschenwürdiges Einkommen in der globalisierten Welt" erstellt. Darin fordern sie die internationale Staatengemeinschaft auf, der weltweiten „massiven Lohnungerechtigkeit" entgegen zu treten. Gewerkschaften und Kirchen seien sich darin einig, dass zu einer menschenwürdigen Arbeit eine gerechte Entlohnung gehört. Die Orientierungshilfe ist Ergebnis eines gemeinsamen Gesprächskreises von Justitia et Pax und DGB. •

www.dgb.de/-/Pw2

Faire Mobilität

Neues Büro in München

Seit Oktober 2011 berät das Projekt „Faire Mobilität – Arbeitnehmerfreizügigkeit sozial, gerecht und aktiv gestalten" ArbeitnehmerInnen aus Osteuropa über ihre Rechte in der Arbeitswelt. Neben den bereits laufenden Beratungsstellen in Berlin, Frankfurt am Main und Hamburg startet das von DGB und Kooperationspartnern getragene Projekt nun ein Büro in München. Ziel des Projektes ist es, ArbeitnehmerInnen, die nach Deutschland kommen, vor Lohndumping und ausbeuterischen Arbeitsbedingungen zu schützen. Die inhaltlichen Schwerpunkte sind zwischen den einzelnen Stellen aufgeteilt. Das Büro in Berlin ist spezialisiert auf den Pflegebereich, Hamburg auf das Fleischverarbeitungs- und Hotelgewerbe und Frankfurt auf die Bau- und Gebäudereinigerbranche. Anfang 2013 sollen weitere Beratungsbüros in Dortmund und Stuttgart eröffnet werden. •

www.dgb.de/-/qlr

DGB-Konferenz

Geld für die Energiewende

Die Energiewende ist beschlossen. Eine zentrale Frage ist aber bisher meist ausgeblendet worden. Wie soll sie finanziert werden? Der DGB macht dies auf einer Fachtagung am 11. Oktober in Berlin zum Thema. Unter dem Motto „Finanzierung des Energieumstiegs – Rahmenbedingungen und innovative Ansätze" analysieren ExpertInnen aus Wissenschaft, Gewerkschaften und Verbänden finanzielle Perspektiven der Energiewende. Unter anderem soll es um die Frage gehen: Aus welchen Quellen können Mittel bereitgestellt werden? Veranstalter sind die Hans-Böckler-Stiftung und der DGB. •

www.dgb.de/-/fVL

Anzeige

Deutscher BetriebsräteTag 2012
24.-25. Oktober
Plenarsaal Bonn

Ausgezeichnete Praxisbeispiele im Parlament der Betriebsräte

Die Jahrestagung für Betriebsräte aller Branchen

Ein Angebot von [m]5-consulting in Kooperation mit:
DGB · Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt · IG BCE · IG Metall · NGG · ver.di

ACE

Das Navi als Gefahr?

Der AutoClubEuropa (ACE) fordert, Multimediageräte im Auto stärker bei der Unfallforschung zu berücksichtigen. Der ACE warnt: „Wir sehen, wie rasant sich Multimediaangebote in modernen Autos verbreiten; das kann die Verkehrssicherheit beeinträchtigen." Deshalb liege hier ein bedeutendes Aufgabenfeld für qualifizierte Unfallforschung. Besonders die manuelle Bedienung von Navigationssystemen berge Gefahren. •

interregio

Der ***DGB-Bezirk Bayern*** hat Innenminister Joachim Herrmann (CSU) aufgefordert, dem Vorbild Nordrhein-Westfalens zu folgen und auch in Bayern ***Neonazi-Kameradschaften zu verbieten.*** Matthias Jena, Vorsitzender des DGB Bayern, fordert: „NRW macht es vor: Wer die Neonazis wirklich stoppen will, der kann auch etwas tun und ihre Kameradschaften verbieten." *www.bayern.dgb.de*

Der ***DGB Baden-Württemberg*** hat sich für einen ***leichteren Zugang zu Volksabstimmungen*** ausgesprochen. „Direkte Demokratie bietet den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, eigene Ideen in die Politik einzubringen und etwas gegen die Politikverdrossenheit zu tun", sagt Bezirksvorsitzender Nikolaus Landgraf.. Gemeinsam mit Bündnispartnern fordert der DGB unter anderem, die „Unterschriftenhürde" bei Volksbegehren zu senken. *www.bw.dgb.de/-/PKu*

Seit 1. September informieren so genannte ***Fairteiler*** des ***DGB Hessen-Thüringen*** in Städten und Gemeinden des Bezirks zum Thema Verteilungsgerechtigkeit. Unter anderem mit Infoständen und Flash-Mobs wollen die GewerkschafterInnen auf Verteilungsfragen aufmerksam machen.

www.fairteiler.dgb.de

Soziale Berufe

Wenn die Berufung krank macht

Psychische Erkrankungen nehmen zu. Besonders in sozialen Berufen klagen die Beschäftigten über enormen Druck, Arbeitsverdichtung und psychische Belastungen.

Die Arbeit als Pflegekraft auf einer Intensivstation ist belastend – zu dieser Erkenntnis gehört nicht viel Phantasie. Zahlen des Deutschen Instituts für angewandte Pflegeforschung (dip) belegen, wie groß der Druck auf die Beschäftigten mittlerweile ist. So stellt fast jede/r zweite Stationsleiter/in eine Zunahme der ernsthaften und längerfristigen Erkrankungen wie Burn-Out und Depression bei den MitarbeiterInnen fest. Das dip erklärt dazu: „Die Zahl der Behandlungsfälle steigt von Jahr zu Jahr, aber die Personalausstattung hinkt hinterher." Die Deutsche Gesellschaft Interdisziplinäre Vereinigung für Intensiv- und Notfallmedizin empfiehlt für Intensivstationen eine Pflegekraft für zwei Patienten pro Schicht. Die Realität ist eine andere. Die dip-Studie zeigt: Rund 46 Prozent der Pflegekräfte müssen drei Patienten versorgen. Zehn Prozent kümmern sich um 3,5 Patienten, und ein weiteres Zehntel ist sogar für vier Patienten pro Schicht verantwortlich.

ver.di weist seit langer Zeit auf Arbeitsverdichtung und wachsenden Druck hin. Enriqueta Fobbe, Gesundheitsexpertin beim ver.di-Bundesvorstand, kritisiert: „Durch die Verschmelzung von Einrichtungen oder Stationen erhöhen sich die Behandlungszahlen." Die Beschäftigten hätten zunehmend Angst, Fehler zu machen. „Es drohen Schlafstörungen und Sinnverlust in der Arbeit", so Fobbe. Aus diesem Grund will ver.di das Engagement für Gesundheits- und Arbeitsschutz intensivieren – beispielsweise bei Tarifverhandlungen. Oder mit der Kampagne „Mein Frei gehört mir". Diese informiert Beschäftigte von Krankenhäusern, wie sie sich vor außerplanmäßigen Diensten schützen können (siehe Randspalte).

Einen ähnlichen Befund wie im Pflegebereich liefert eine Auswertung des Bundesarbeitsministeriums (BMAS) zur Belastung von ErzieherInnen auf Anfrage der Bundestagsfraktion Die Linke. Während in fast allen Berufen Zeiten der Arbeitsunfähigkeit zwischen 2001 und 2010 abgenommen haben, sind sie in den Sozial- und Erziehungsberufen deutlich gestiegen. Besonders häufig melden sich ErzieherInnen ab 45 krank. Deutlich gestiegen seien in den Erzieherberufen auch die psychischen Erkrankungen, so das BMAS. Eine Folge: Innerhalb von zehn Jahren hat sich die Zahl der Rentenzugänge wegen geminderter Erwerbsfähigkeit in diesem Bereich um 1500 erhöht. Es trifft vor allem Frauen, rund 80 Prozent der Beschäftigten in diesem Bereich sind weiblich.

Auch hier sind Personal- und Zeitmangel wichtige Faktoren für die gestiegene psychische Belastung. Ausschlaggebend sind die Gruppengröße in den Kitas und die Personalausstattung, erklärt Bernhard Eibeck, Referent für Jugendhilfe und Sozialarbeit beim GEW-Hauptvorstand. Er kritisiert, dass sich eine Erzieherin nur in der Theorie um zwölf Kinder kümmert. „Wegen Ausfallzeiten, Krankheit, Urlaub und Fortbildung, ist oftmals eine Erzieherin in einer Gruppe von 24 Kindern allein." Eibeck betont: „Angemessen wäre ein Verhältnis von eins zu sieben." Dass ErzieherInnen unter diesen Bedingungen das Renteneintrittsalter von 67 Jahren erreichen, sei nicht zu erwarten. So müssten die Beschäftigten mit erheblichen Rentenabschlägen rechnen.

Um die Arbeitsbedingungen von ErzieherInnnen zu verbessern, will ver.di einen besseren Arbeits- und Gesundheitsschutz in Tarifverträgen verankern. Mit Blick auf den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab dem 1. August 2013 fordert ver.di außerdem: „Die Bundesregierung sollte auf das Betreuungsgeld verzichten und das Geld in den qualitativen Ausbau von Kindertagesstätten investieren." ver.di prognostiziert für August 2013 eine Personallücke von rund 40 000 Erzieherinnen. •

Pflegejobs sehr belastend

Anteil von Leitungskräften auf Intensivstationen, die angeben, dass die Krankheitshäufigkeit und -dauer sowie ernsthafte Erkrankungen ihrer MitarbeiterInnen gestiegen sind (in Prozent)

*z.B. Burn-Out, Depression, Muskel - und Skeletterkrankung
Quelle: Deutsches Institut für angewandte Pflegeforschung e.V. 2012

Das „Pflege-Thermometer 2012" des Deutschen Instituts für angewandte Pflegeforschung (dip) zeigt, wie sich Arbeitsverdichtung auf die Gesundheit von Pflegekräften auf Intensivstationen auswirkt. Fast jede zweite Leitungskraft bestätigt, dass ausgebildete Pflegekräfte immer häufiger erkranken und gleichzeitig ernsthafte Erkrankungen zunehmen.

„Mein Frei gehört mir!"

Die knappe Personaldecke im Pflegebereich führt immer wieder zu Engpässen. Wenn Beschäftigte erkranken, werden KollegInnen aus ihren freien Tagen geholt. Mit der Kampagne „Mein Frei gehört mir" informiert ver.di über Rechte und Pflichten in diesen Fällen.

Unter anderem gibt es Rat auf die Fragen: Wie kann ich mich wehren? Welche Pflichten hat das Personal wirklich? So stellt ver.di beispielsweise klar, dass die Arbeitszeit im Dienstplan festgelegt ist. Der Schichtplan ist verbindlich, wenn er unterschrieben ist. Änderungen sind zustimmungspflichtig. Einseitige Änderungen sind nicht rechtens. Zudem muss der Arbeitgeber die Mitbestimmungsrechte von Betriebs- und Personalräten beachten.

ver.di betont: „Der Arbeitgeber ist nur während der geplanten Arbeitszeit weisungsberechtigt." In ihrer Freizeit bestimmen die ArbeitnehmerInnen allein, was sie tun wollen oder nicht.

Mehr Infos zur Kampagne unter:
www.mein-frei.verdi.de

Trauer um Georg Leber

Die IG BAU trauert um Georg Leber. Der langjährige Bundesvorsitzende verstarb am 21. August 2012 im Alter von 91 Jahren. „Der Tod von Georg Leber ist für uns alle ein schwerer Verlust. Die deutsche Arbeiterbewegung verliert mit ihm einen wegweisenden Vorkämpfer", so der IG BAU-Vorsitzende Klaus Wiesehügel.

kurz&bündig

EVG

Die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft EVG kritisiert, dass die Unternehmen im Schienenverkehr zu wenig Auszubildenden eine Chance geben. Zwar habe die Deutsche Bahn 3700 junge Menschen eingestellt, doch auch hier gebe es Luft nach oben.

NGG

Die NGG begrüßt die Pläne von Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU), Schritte gegen das „Mehrwertsteuer-Chaos" in der Gastronomie zu unternehmen, etwa bei der unterschiedlichen Besteuerung des Verzehrs an Imbissbuden. Zudem fordert die NGG, die „Mövenpick-Steuer zu kassieren".

GEW

„Bildung statt Rüstung", das fordert die GEW angesichts des weltweit boomenden Waffenhandels. Der GEW-Vorsitzende Ulrich Thöne kritisiert: „Viele Staaten geben mehr Geld für Rüstung aus als für Bildung." Diese Entwicklung müsse radikal gedreht werden.

IG BAU

Mehr Respekt für Arbeitsleistung

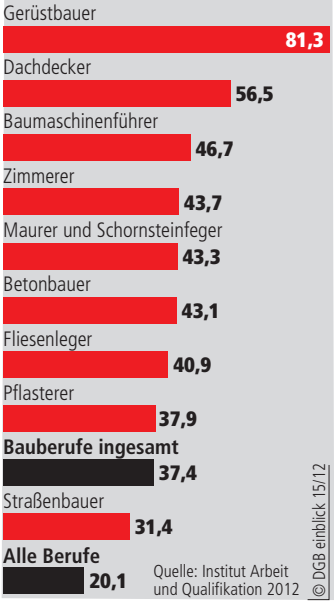
Zahlen des Instituts Arbeit und Qualifikation (IAQ) an der Universität Duisburg-Essen zeigen: Nur wenige Beschäftigte in den Bauberufen schaffen es, die Rente mit 65 zu erreichen. Besonders Gerüstbauer, Dachdecker, Baumaschinenführer und Zimmerer müssen die Erwerbsminderungsrente in Anspruch nehmen. Der stellvertretende IG BAU-Vorsitzende Dietmar Schäfers kritisiert deshalb: „Schon heute schaffen es viele nicht, bis 65 zu arbeiten – erst recht nicht bis 67. Die Rente mit 67 ist für sie ein einziges Rentenkürzungsprogramm." Es habe mit Respekt vor der Leistung von körperlich schwer arbeitenden Beschäftigten nichts zu tun, wenn man sie am Ende ihres Berufslebens in eine finanzielle Sackgasse manövriere. Die Studie belegt zudem, dass rund ein Viertel aller Beschäftigten in den Baubranchen bereits zwischen 42 und 48 Jahren aus dem gelernten Beruf ausscheidet. Besonders häufig trifft das Maler/Lackierer, Maurer, Betonbauer und Bauhilfsarbeiter. •

www.einblick.dgb.de/hintergrund

Knapp 40 Prozent aller Beschäftigten in den Bauberufen schaffen es nicht, bis 65 in ihrem Job durchzuhalten. Damit ist die Quote derjenigen, die aus Gesundheitsgründen vorzeitig in den Ruhestand gehen müssen, in der Baubranche doppelt so hoch wie in allen anderen Berufen zusammen.

65 kaum zu schaffen

Anteil der Erwerbsminderungsrenten unter allen Neurentnern in den Bauberufen (2009, in Prozent)



Bündnis umFAIRteilen

Reichtum besteuern

Fehlende Kita-Plätze, geschlossene Bibliotheken, mangelhafter Nahverkehr – der öffentlichen Hand fehlt das Geld für wichtige Investitionen. Dem stehen gigantische private Vermögen gegenüber. Aus diesem Grund ruft das Bündnis umFAIRteilen am 29. September zu einem bundesweiten Aktionstag auf. Zentrale Forderungen sind die Einführung einer Vermögenssteuer und -abgabe sowie eine stärkere Besteuerung hoher Einkommen. Schwerpunkt-Aktionen gibt es in Berlin, Bochum, Frankfurt/Main, Köln und Hamburg. „Es gibt einen Ausweg aus der Wirtschafts- und Finanzkrise: Umverteilung!", heißt es im Aufruf. Statt öffentliche und sozialen Leistungen zu verschlechtern, müssten übergroßer Reichtum und Finanzspekulation stärker besteuert werden, so die Initiatoren, zu denen unter anderem ver.di, die GEW, die DGB-Jugend, attac und campact gehören. Bisher haben rund 6000 Menschen den Aufruf unterzeichnet. •

www.umfairteilen.de

Festakt

60 Jahre Betriebsverfassung

Am 17. Oktober feiern DGB, Gewerkschaften und Hans-Böckler-Stiftung das 60. Jubiläum des Betriebsverfassungsgesetzes mit einem Festakt in Hamburg. Vom 17. bis zum 19. Oktober widmet sich auch das DGB-Bildungswerk dem Thema mit einem Fachkongress. Unter dem Motto „60 Jahre Betriebsverfassungsgesetz – gestern, heute, morgen" werden ExpertInnen aus Wissenschaft und Praxis die Erfahrungen der vergangenen 60 Jahre zusammenfassen und zukünftige Handlungsfelder analysieren. Alle KonferenzteilnehmerInnen können am Festakt teilzunehmen. •

www.bit.ly/betrvg_seminar

Fachtagung

Betriebliche Bildung stärken

Seit 2009 läuft das Förderprogramm „weiter bilden" von Bundesarbeitsministerium, DGB und Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA). Mit einer gemeinsamen Fachtagung am 27. September in Berlin wollen DGB und BDA nun die Erfolge der vergangenen Jahre in Sachen betrieblicher Weiterbildung resümieren und sichern. Unter dem Tagungsmotto „Betriebliche Weiterbildung gelingt gemeinsam besser!" soll vor allem der Transfer des Know-how in die Betriebe gefördert werden. Die Kernbotschaft lautet: „Kooperation in den Betrieben, zwischen Betrieben, in Branchen und Regionen sind ein zentraler Erfolgsfaktor." VertreterInnen der drei Organisationen analysieren und diskutieren mit den TeilnehmerInnen Perspektiven der betrieblichen Weiterbildung. Gefördert wird das Projekt durch das BMAS und den Europäischen Sozialfonds. •

Auswirkungen der Krisenpolitik

„Wir brauchen einen sozialen Aufstand“

„Unser Volk wird kaputtgespart.“ Das ist das Fazit der beiden jungen griechischen Gewerkschafterinnen Alkistis Tsoulakou und Agiro Baduva, die auf einer Info-Tour des DGB Hessen-Thüringen über den Abbau von Arbeitnehmerrechten in ihrer Heimat berichteten. Die DGB-Jugendbildungsreferentin Ulrike Eifler hat diese Informationen aufgezeichnet.

Foto: Eifler

Acht Tage lang reisten die beiden jungen griechischen Gewerkschafterinnen Alkistis Tsoulakou, 27, Software-Ingenieurin und Betriebsratsvorsitzende von Nokia-Siemens Networks (Foto links), und die Lehrerin Agiro Baduva, 24 (Foto rechts), durch den DGB-Bezirk Hessen-Thüringen, um über die Auswirkungen der Krisenpolitik in ihrer Heimat zu informieren. Begleitet wurden sie auf ihrer Tour von der DGB-Jugendbildungsreferentin Ulrike Eifler (Foto Mitte).

SchülerInnen fallen vor Hunger in Ohnmacht. Patienten müssen ihr Verbandsmaterial selbst kaufen, bevor sie ins Krankenhaus gehen. Eltern geben ihre Kinder in SOS-Kinderdörfern ab, weil sie nicht wissen, wie sie sie ernähren sollen. Solche Zustände waren vor ein paar Jahren in Griechenland noch undenkbar. Inzwischen sind sie bittere Realität. „Die Krise bei uns ist Anlass, **auf breiter Front Löhne zu drücken und Arbeitnehmerrechte zu beschneiden“,** sagt Alkistis Tsoulakou, Betriebsratsvorsitzende von Siemens-Nokia Hellas. „In allen Branchen werden Tarifverträge gekündigt. Es hat Lohnkürzungen um bis zu 40 Prozent gegeben. Die Arbeitgeber setzen darauf, dass die Kollegen aus Angst vor Arbeitslosigkeit alles unterschreiben. Auch der Achtstundentag hat keine Gültigkeit mehr.“ Begründet werden die Kürzungen mit den zu hohen Löhnen in Griechenland. Dabei liegt das Lohnniveau bei 67 Prozent des EU-Durchschnitts. Und während in der Eurozone durchschnittlich 41 Stunden in der Woche gearbeitet werden, sind es in Griechenland 44 Stunden.

Doch bei einer Arbeitslosenquote von 27 Prozent sind viele froh, überhaupt noch Arbeit zu haben. Zumal im Zuge der Kürzungspolitik das Arbeitslosengeld auf 350 Euro gesenkt wurde. Es wird für maximal ein Jahr ausgezahlt. Folge dieser Politik ist ein dramatischer Einbruch des Lebensstandards. „Aus der ökonomischen Krise ist **eine soziale und mittlerweile sogar eine humanitäre Krise** geworden“, sagt Tsoulakou. Und tatsächlich: Während europaweit Milliarden von Euro in spekulierenden Banken versenkt werden, erlebt Griechenland die größte Hungerkatastrophe seit Ende des Krieges. Der Konsum ist um 40 Prozent zurückgegangen. Die Suizidrate stieg im Jahr 2010 um 25 und in der ersten Jahreshälfte 2011 sogar um 40 Prozent. Die Obdachlosenquote war noch nie so hoch wie im Moment.

Gleichzeitig findet ein dramatischer Raubbau an den Lebensentwürfen, Träumen und Wünschen der jungen Generation statt. Bei einer Jugendarbeitslosigkeit von 56 Prozent ist mehr als jeder zweite Jugendliche unter 29 Jahren arbeitslos. Tsoulakou: „Das sind gut ausgebildete, qualifizierte junge Menschen, die niemand beschäftigen will. Sie sind ohne Perspektiven. Viele von ihnen, versuchen der Situation zu entkommen und gehen ins Ausland.“

Neben Lohndumping und Arbeitslosigkeit sind es aber vor allem **die massiven Einschnitte im Bildungsbereich, die die Perspektivlosigkeit der jungen Generation zementieren.** „Während die Ausgaben für Militär bei immerhin fünf Prozent des Staatshaushaltes liegen, werden für Bildung nur noch 0,2 Prozent aufgewendet“, sagt Agiro Baduva. Die 24-jährige Lehrerin kommt von der Insel Kreta und berichtet davon, dass die Lehrergehälter um 50 Prozent gekürzt wurden. Vor der Krise hatten LehrerInnen unbefristete Verträge. Jetzt werden sie zum Ferienbeginn arbeitslos und bekommen 350 Euro Arbeitslosengeld. Ihre Weiterbeschäftigung nach den Ferien ist nicht sicher. Dazu fehlt es in den Schulen an allem. „Die größte Schulbuchdruckerei Griechenlands ist geschlossen worden. Im letzten Schuljahr kamen die Schulbücher kurz vor Weihnachten. In diesem Jahr rechnen wir damit, dass sie überhaupt nicht kommen“, sagt Baduva. Mehr als 2000 Schulen sind geschlossen oder zusammengelegt worden. Dadurch verlängern sich die Schulwege. Vor allem die SchülerInnen auf dem Land sind oft bis zu zwei Stunden unterwegs. Schulbusse gibt es nicht mehr. Die Folge: Wer die öffentlichen Verkehrsmittel nicht bezahlen kann, bleibt zu Hause und geht gar nicht mehr zur Schule.

Baduva und Tsoulakou sind sich einig, dass dieser Kürzungskurs gestoppt werden muss. Baduva: „So kann es nicht weitergehen. **Ein Europa der Märkte treibt die Bevölkerungen in die soziale Katastrophe.** Wir brauchen ein Europa von unten, ein Europa der Arbeiter und Studenten, ein Europa der sozialen Gerechtigkeit. Und wir brauchen einen sozialen Aufstand.“ •

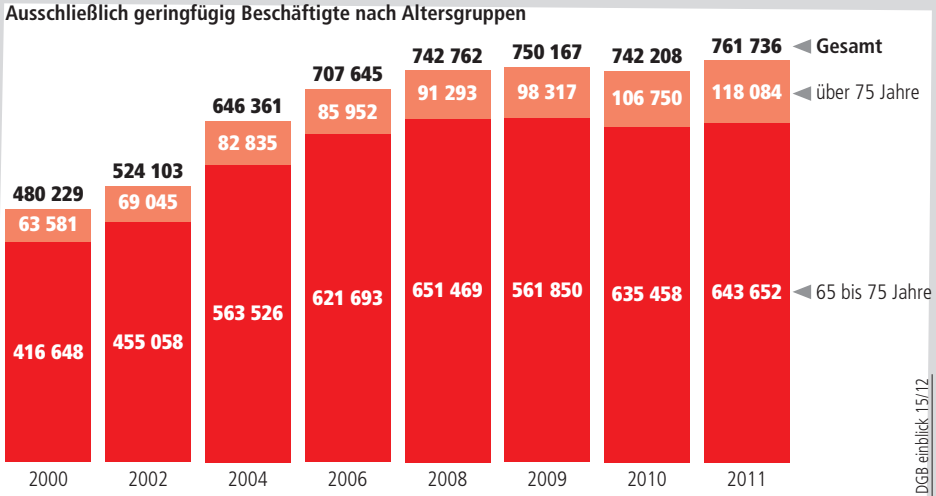
Blaupause für Europa

Die DGB-Jugend Hessen-Thüringen hatte die beiden Griechinnen eingeladen, um Infos aus erster Hand über das Ausmaß der menschlichen Tragödie in Griechenland zu erhalten. Neben einer Reihe Abendveranstaltungen standen Betriebsbesichtigungen und Pressegespräche auf ihrem Programm. „Die DGB-Jugend will der Berichterstattung über die angeblich faulen Griechen, die über ihre Verhältnisse gelebt haben, etwas entgegen setzen. Deshalb haben wir die Rundreise organisiert“, so Ulrike Eifler. Frank Herrmann, Bezirksgeschäftsführer des DGB Hessen-Thüringen, befürchtet, dass die Kürzungen der sozialen Leistungen und Löhne in Griechenland zur Blaupause für Europa werden und auch die Bundesrepublik einholen könnten.

dieDGBgrafik

MINIJOBS: Immer mehr RentnerInnen in geringfügiger Beschäftigung

Die Zahl der minijobbenden RentnerInnen ist in den vergangenen zehn Jahren um 60 Prozent gestiegen. Dass zeigen Angaben des Bundesarbeitsministeriums auf Anfragen der Bundestagsfraktion Die Linke. Demnach gingen 2011 rund 280 000 Menschen über 65 Jahren einer geringfügigen Tätigkeit nach. Bei den über 75-Jährigen ist die Zahl um rund 86 Prozent gestiegen. Damit haben rund 120 000 Menschen in dieser Altersgruppe im vergangenen Jahr ihre Rente mit einer geringfügigen Tätigkeit aufgebessert.



Quelle: Antwort des Bundesarbeitsministeriums auf Anfragen der Bundestagsfraktion Die Linke vom 22.9.2011/22.8.2012

© DGB einblick 15/12

14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

10.9. Friedrich-Ebert-Stiftung, Fachkonferenz „Europäische Datenschutzreform – Chance oder Rückschritt", Berlin

10./11.9. Hans-Böckler-Stiftung, Fachtagung „Personalstrategie im Aufsichtsrat", Lohr am Main

11.9. DGB NRW, DGB-Bildungswerk NRW, Personalrätekonferenz „Gute Mitbestimmung – Gute Arbeit/Ein Jahr novelliertes LPVG NRW", Mühlheim an der Ruhr

11.-21.9. DGB-Region Ostsachsen, Aktionstag „Billig kommt teuer", verschiedene Orte

12.9. ver.di Mittelfranken, Vortrag & Diskussion „Was ist eine Diskriminierung?" Nürnberg

12.9. ver.di., Diskussion „Globale Machtverschiebungen, Krisen und neue Gefahren für den Frieden", Berlin

12./13.9. NGG, Fachtagung „Gestaltung des demografischen Wandels", Oberjosbach

13.9. DGB-Region Köln-Bonn, DGB-Medien-Treff „Der Köln-Bonn Airport – Mobilitätsgarant und Jobmaschine", Flughafen Köln-Bonn

13./14.9. Hans-Böckler-Stiftung, Fachtagung „Unternehmensstrategien als Thema im Aufsichtsrat", Dortmund

14.9. DGB Berlin-Brandenburg, Brandenburgkonferenz „Fair Play für Gute Arbeit", Berlin

15.9. Internationaler Tag der Demokratie

15.9. DGB Sachsen, Aktion der Gesellenvertretung zum „Tag des Handwerks", Chemnitz, Dresden, Leipzig

17.-21.9. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut in der Hans-Böckler-Stiftung, Workshop „WSI Summer School 2012", Berlin

18.9. DGB Sachsen und Arbeit und Leben Sachsen, Fachkonferenz „Gute Arbeit im Öffentlichen Dienst auch in Sachsen", Dresden

20.9. ver.di Stuttgart, Vortrag & Diskussion „Mit Niedriglöhnen aus der Krise des Kapitalismus?", Stuttgart

Tipp

***Buch:** Martin Wolmerath, Axel Esser (Hrsg.): **Werkbuch Mobbing – Offensive Methoden gegen psychische Gewalt am Arbeitsplatz**, Bund-Verlag 2012, 310 Seiten, 29,90 Euro*

Mobbing in der Arbeitswelt ist seit Jahren als wachsendes gesellschaftliches Problem erkannt. Politische Maßnahmen dagegen gibt es bisher keine. Deshalb hat sich eine vielfältige, informelle Infrastruktur gegen Mobbing und psychische Gewalt am Arbeitsplatz entwickelt. In dem Ratgeber „Werkbuch Mobbing" stellen JuristInnen, GewerkschafterInnen, MedizinerInnen und PsychologInnen Befunde, Erfahrungen und Maßnahmen gegen Mobbing vor.

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke, **Redaktionelle Mitarbeit:** Udo Böhlefeld, Birgit Böhret, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor. **Beilagenhinweis:** Einer Teilauflage des *einblick* liegt eine Information der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin bei.

Schlusspunkt.

„Merkel: Den Leo an die Ketten legen"

Forderung von Rüstungsgegnern auf einer Demonstration am 30.8.2012 in Berlin.

Arbeitslosengeld

Sperrzeit wegen Auflösungsvertrag

Hat ein Arbeitnehmer sein Beschäftigungsverhältnis gelöst und grob fahrlässig die Arbeitslosigkeit herbeigeführt, ruht der Anspruch auf Arbeitslosengeld für die Dauer einer Sperrfrist von 12 Wochen. Diese Sperrzeit gilt auch dann, wenn mit dem Abschluss eines Auflösungsvertrages eine höhere Abfindung verbunden ist.

Hessisches Landessozialgericht,
Urteil vom 22. Juni 2012 – L / AL 186/11

Kosten des Betriebsrats

Keine Übernahme von Bewirtungskosten

Der Arbeitgeber ist nicht verpflichtet, die Kosten der Bewirtung von Teilnehmern einer Betriebsversammlung nach Paragraf 43 des Betriebsverfassungsgesetzes zu tragen. Die Pflicht des Arbeitgebers zur Kostentragung steht unter dem Gebot der vertrauensvollen Zusammenarbeit. Der Betriebsrat ist demnach verpflichtet, den Arbeitgeber nur mit Kosten zu belasten, die er der Sache nach für angemessen halten darf.

Landesarbeitsgericht Nürnberg,
Beschluss vom 25. April 2012 - 4 TaBV 58/11

Dienstwagenbesteuerung

Kein Wechsel der Ermittlungsmethode

Ein Fahrtenbuch, das nicht während des ganzen Kalenderjahres geführt wird, ist nicht ordnungsgemäß. Ein monatlicher Wechsel zwischen der Fahrtenbuch- und der Pauschalwertmethode ist nicht mit der einschlägigen Vorschrift des Einkommensteuergesetzes vereinbar. Das gilt auch, wenn die persönlichen Lebensumstände des Steuerpflichtigen sich im Laufe des Jahres geändert haben.

Finanzgericht Münster,
Urteil vom 27. April 2012 - 4 K 3589/09 E

Eigenkündigung

Mündlich kann auch wirksam sein

Das Gesetz verlangt für die Wirksamkeit einer Kündigung des Arbeitsverhältnisses die schriftliche Form. Kündigt jedoch der Arbeitnehmer selbst mündlich, kann die Kündigung wirksam sein. Dem Arbeitnehmer, der selbst gekündigt hat, kann verwehrt sein, sich zu seinem Vorteil auf Rechtsvorschriften zu berufen, die er selbst missachtet hat. Das wäre Rechtsmissbrauch.

Landesarbeitsgericht Rheinland-Pfalz,
Urteil vom 8. Februar 2012 – 8 Sa 318/11

Altersdiskriminierung

Lässt Entschädigungsanspruch entstehen

Enthält eine Stellenausschreibung den Hinweis, dass Mitarbeiter eines bestimmten Alters gesucht werden, so stellt dies einen Verstoß gegen das Gleichbehandlungsgesetz dar. Wenn der diskriminierte Bewerber eine Entschädigung wegen Diskriminierung verlangt, kann der Arbeitgeber sich nicht damit verteidigen, er habe keinen anderen Bewerber eingestellt.

Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 23. August 2012 - 8 AZR 285/11

Hartz IV

Jobcenter zahlt keine Reise nach China

Empfänger von Hartz-IV-Leistungen haben keinen Anspruch auf Geld für Besuchsreisen zum im Ausland lebenden Ehepartner.

Der Fall: Der 58-jährige Mann arbeitete mehrere Jahre in Singapur und heiratete dort eine chinesische Staatsbürgerin. Nach Beendigung seines Arbeitsverhältnisses kehrte er nach Deutschland zurück. Seine Ehefrau zog nach China. Der in Frankfurt wohnhafte Mann bezieht Hartz IV. Um sein Umgangsrecht wahrnehmen und die Ehe aufrecht erhalten zu können, beantragte er die Kostenübernahme für Reisen nach China. Da seine Frau nicht ausreichend Deutsch spreche und kein Geld für einen Sprachkurs habe, könne sie nicht nach Deutschland ziehen. Das Jobcenter lehnte den Antrag ab. Auch seine Klage hatte keinen Erfolg.

Das Landessozialgericht: Die Kosten für ein eheliches Zusammenleben sind als Teil des notwendigen Lebensunterhaltes ein anerkennungsfähiger Bedarf und daher zu übernehmen. Das gilt zum Beispiel für die Kosten für einen Umzug. Besuchsreisen eines Hartz-IV-Empfängers zu seinem im Ausland lebenden Ehegatten begründen aber keinen Mehrbedarf. Die Ehegatten könnten vielmehr auf die Herstellung der ehelichen Lebensgemeinschaft durch Zuzug des im Ausland lebenden Ehegatten verwiesen werden. Die Rechtsprechung zur Erstattung der Kosten bei Ausübung des Umgangsrechts von Eltern mit ihren Kindern ist für den „Umgang" mit Ehegatten nicht heranzuziehen.

Hessisches Landessozialgericht,
Beschluss vom 6. Juli 2012 – L 7 AS 275/12 B ER

Hartz IV

Jobcenter zahlt Mieterhöhung

Ergibt sich nach einer Modernisierung eine höhere Miete, so muss das Jobcenter die Mieterhöhung übernehmen, solange die Kosten der Wohnung angemessen bleiben. Das gilt auch, wenn es sich um eine „Wunsch-Modernisierung" handelt.

Der Fall: Die Frau, alleinerziehende Mutter eines Kindes, schloss ohne vorherige Einschaltung des Jobcenters mit ihrer Vermieterin eine Modernisierungsvereinbarung. Gegenstand war eine komplette Modernisierung des Bades, das "zwar voll gebrauchsfähig" sei, "den heutigen Wohnbedürfnissen und Anforderungen" aber nicht mehr entspreche, "auf Wunsch des Mieters". Im Gegenzug verlangte die Vermieterin einen monatlichen Mietzuschlag in Höhe von 29,27 Euro. Mit der Begründung, es handele sich um eine "Wunsch-Modernisierung", die nicht notwendig gewesen sei, lehnte das Jobcenter es ab, bei den Hartz-IV-Leistungen die erhöhten Unterkunftskosten zu berücksichtigen. Die dagegen gerichtete Klage hatte Erfolg.

Das Bundessozialgericht: Das Jobcenter ist verpflichtet, höhere Leistungen für Unterkunft und Heizung unter Berücksichtigung der Mieterhöhung wegen der Badmodernisierung zu zahlen. Die gesetzliche Regelung, wonach bei einer Mieterhöhung durch Umzug eine Vorabklärung durch den Leistungsberechtigten und entsprechende Zusicherungsverpflichtung des Leistungsträgers erforderlich sind, kann nicht auf den vorliegenden Fall angewandt werden. Hier gilt der Grundsatz der Übernahme der mietvertraglich vereinbarten tatsächlichen Kosten innerhalb der kommunalen Angemessenheitsgrenzen auch bei einvernehmlichen Mieterhöhungen aus sonstigen Gründen.

Bundessozialgericht,
Urteil vom 23. August 2012 - B 4 AS 32/12 R

Autor: Luis Ledesma, Kassel – einblick 15/12

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 24.09.2012 16/12

DGB

Bundestagswahl 2013

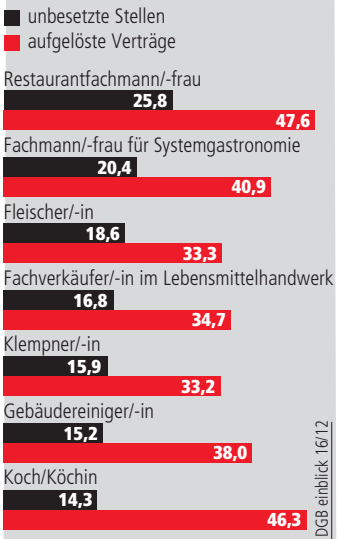
DGB-Jugend eröffnet Wahlkampf

Gute und sichere Beschäftigung, solide finanzierte Bildung und bessere Ausbildungsqualität, mit diesen zentralen Forderungen eröffnet die DGB-Jugend ihre Kampagne „Wahl.Kampfansage" zur Bundestagswahl 2013. DGB-Bundesjugendsekretär René Rudolf kündigt an: „Diese Punkte müssen sich in den Parteiprogrammen, im Wahlkampf, in den Koalitionsverhandlungen und letztendlich in der politischen Gestaltung wiederfinden. Daran messen wir die Politik." Die Jugend brauche wirkliche Zukunftschancen. Darüber hat der DGB-Bundesjugendausschuss bereits Anfang September mit Spitzenpolitikern von CDU, SPD, der Linken und den Piraten gesprochen.

So fordert die DGB-Jugend mehr Geld für Bildung. Alle Studien- und Bildungsgebühren sollen abgeschafft werden. Außerdem soll der Kampf gegen prekäre Beschäftigung Eingang finden in die Wahlprogramme der Parteien. Rudolf fordert eine unbefristete Übernahme aller Auszubildenden sowie gesetzliche Regeln gegen den Missbrauch von Praktika.

Wenig attraktiv

Anteil von unbesetzten Ausbildungsstellen sowie die Quote von vorzeitig aufgelösten Ausbildungsverträgen in ausgewählten Berufen (in Prozent)



Quelle: DGB-Ausbildungsreport 2012

Unter dem Motto „Ausbildung statt Ausbeutung" fordert die DGB-Jugend, die Ausbildungsqualität zu verbessern. Dass hier der Handlungsbedarf weiterhin groß ist, zeigt der DGB-Ausbildungsreport 2012. Die zum siebten Mal durchgeführte Befragung von rund 12 000 Auszubildenden belegt, dass sich in Sachen Übernahme, Überstunden und fachlicher Anleitung nicht viel bewegt hat. „Gemessen an dem lauten Klagen der Arbeitgeber über einen Mangel an Auszubildenden hat sich überraschend wenig getan", kritisiert die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock.

Der DGB-Ausbildungsreport 2012 zeigt, dass es viele offene Stellen und eine hohe Abbruchquote insbesondere in den Berufen und Branchen gibt, wo die Ausbildungsqualität als schlecht bewertet wird.

So gibt fast jede/r zehnte Auszubildende an, keine/n AusbilderIn zu haben. Rund 40 Prozent aller Befragten müssen regelmäßig Überstunden leisten. Der DGB bemängelt, dass trotz klarer Regeln jede/r Fünfte weder einen Freizeitausgleich noch eine entsprechende Vergütung bekommt. Sehrbrock fordert deshalb die Industrie- und Handels- sowie die Handwerkskammern auf, ihrer Kontrollfunktion nachzukommen und in gravierenden Fällen Sanktionen zu verhängen.

Schwerpunkt des Reports ist in diesem Jahr die Zufriedenheit der Azubis mit der Berufsschule. René Rudolf kritisiert: „Gerade einmal 56,3 Prozent der Auszubildenden bezeichnen die fachliche Qualität ihres Berufsschulunterrichts als gut oder sehr gut". Ein Grund: die zum Teil schlechte Ausstattung der Berufsschulen. Zufrieden mit ihrer Ausbildung sind Bank- und Industriekaufleute sowie Mechatroniker. Schlusslicht bleibt das Hotel- und Gaststättengewerbe. •

plusminusBERLIN

+ ***„Ein Jahrzehnt der Alphabetisierung" fordert Dagmar Ziegler, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, um die Zahl der Menschen mit Lese- und Rechtschreibschwäche zu verringern. Alphabetisierung müsse als Herausforderung verstanden werden.***

– ***„Nie zuvor waren die Bildungschancen in Deutschland besser als heute", glaubt der bildungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Albert Rupprecht. Er findet: „Die Möglichkeiten sind da. Sich aufraffen und sie nutzen muss jeder schon selbst."***

inhalt

Seite 3
Mehr Europa aber anders
Der DGB fordert eine grundlegende Reform der Europäischen Union

Seite 5
Elternhaus entscheidet
Ob Kinder studieren oder eine Ausbildung machen, hängt weiterhin vom Status der Eltern ab. Der DGB stellt fest: Chancengleichheit sieht anders aus

Seite 7
Prekäre Arbeit bekämpfen
Michael Sommer, DGB-Vorsitzender und Präsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB), zum Welttag für menschenwürdige Arbeit am 7. Oktober

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.bit.ly/ngg_initiative
Internetseite der NGG-Kampagne „Faire Arbeit. Gutes Leben – demografischen Wandel gemeinsam gestalten"

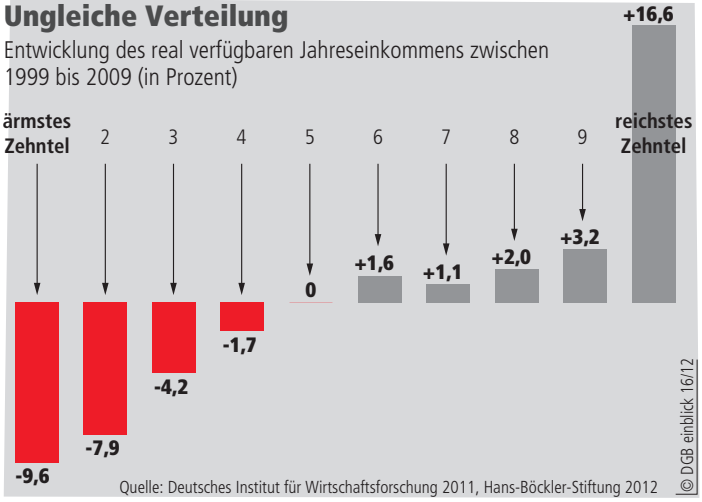
Hintergrund

www.einblick.dgb.de/hintergrund
Der DGB-Ausbildungsreport 2012 mit allen Zahlen, Daten und Statements

Arm und Reich

Wer wenig verdient, kauft wenig

Die Schere, die sich zwischen den armen und reichen Deutschen immer weiter öffnet, bleibt das klassische Bild der aktuellen Einkommenssituation. Im Auftrag der Internationalen Arbeitsorganisation ILO untersuchten die Wissenschaftler Till van Treeck (IMK) und Simon Sturn (University of Massachusetts) die Auswirkungen dieser zunehmenden Ungleichheit in verschiedenen Ländern. Die beiden Wissenschaftler kommen zu dem Ergebnis, dass die auseinanderdriftenden Einkommen „zu den Kernproblemen" der Eurozone zählen.



Nicht nur die Einkommen sind ungleich verteilt. Auch der größte Anteil des Nettovermögens gehört nur einem kleinen Teil der BürgerInnen. Es ist Zeit für Reformen, fordern WissenschaftlerInnen und Teile der Politik.

In Deutschland sei die Lohnquote zwischen 2001 und 2007 um über fünf Prozentpunkte gesunken, während das verfügbare Einkommen der Reichsten um 16,6 Prozent anstieg. Nicht zuletzt hätten die Hartz-Reformen die Entwicklung beschleunigt. Doch während sich die Ärmeren in Ländern wie den USA verschuldeten, werde in Deutschland gespart. Die hohe Sparquote sorgt mit dafür, die Binnennachfrage zu verringern. Die deutsche Wirtschaft lebt vom Export. Verkauft wurde an die europäischen Nachbarn, die ihre Einkäufe wiederum über Kredite finanzierten. Die Kreditblasen platzten dann im Zug der Finanz- und Wirtschaftskrise. Die Autoren der Studie halten Reformen, die die Einkommensunterschiede reduzieren, für den richtigen Weg, um die schwache Konsumnachfrage und die Exportabhängigkeit zu überwinden.

Doch nicht nur die Einkommen wachsen unterschiedlich. Der Entwurf des Armuts- und Reichtumsberichts 2012 der Bundesregierung zeigt, dass die Nettovermögen der privaten Haushalte zwischen 1992 und 2012 von 4,6 auf rund zehn Billionen Euro anstiegen. In dem bislang noch nicht veröffentlichten Bericht heißt es nach Angaben der *Süddeutschen Zeitung*: Dieses Privatvermögen sei sehr ungleich verteilt und verletze das Gerechtigkeitsempfinden der Bevölkerung. Der Bericht befindet sich derzeit in der Ressortabstimmung. •

Bundeswehr

Eine Armee der Gesellschaft

Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer hat die Politik aufgefordert, die Bundeswehr auch nach dem faktischen Ende der Wehrpflicht zu einer Armee in der Gesellschaft zu machen. Die deutschen Streitkräfte sollten „aus der Gesellschaft kommen, in der Gesellschaft verankert sein", mahnte Sommer bei einem Kolloquium „Sicherheit gemeinsam gestalten", das der Beirat für Fragen der Inneren Führung beim Verteidigungsministerium Anfang September in Berlin organisierte. Das fange ganz praktisch bei der Rekrutierungs- und Personalpolitik einer nunmehr professionalisierten Freiwilligenarmee an: Dabei müssten die Streitkräfte darauf achten, „dass sie auf die Mitte der Gesellschaft zielen". Zudem müsse sich die Bundeswehr bewusst sein, dass sie „Teil einer Debatte um Fachkräfte" sei.

In den Gewerkschaften gebe es sehr unterschiedliche und teils gegensätzliche Haltungen zur Bundeswehr und zu ihren Einsätzen, räumte Sommer ein. „Ich habe sehr bewusst als Vorsitzender des DGB versucht, die Diskussion auch innerhalb der Gewerkschaften offen zu halten." Am Ende sei wichtig, dass eine Entscheidung über den Einsatz von Soldaten demokratisch legitimiert sei, auch wenn es dagegen Widerspruch gebe. Sommer lud ausdrücklich Verteidigungsminister Thomas de Maizière als Gast in den DGB-Bundesvorstand ein: Der letzte Ressortchef in diesem Gremium sei Helmut Schmidt gewesen. •

Finanzaufsicht

Verbraucherschutz verbessern

Die Bundesregierung will die nationale Finanzaufsicht stärken. Künftig soll auch die Deutsche Bundesbank eingebunden werden, um Gefahren für die Finanzstabilität zu identifizieren und Vorschläge „zur Abwehr dieser Gefahren zu erarbeiten". In der Anhörung zu dem Gesetzentwurf forderte der DGB, mit dem Entwurf auch das Gesetz über die Deutsche Bundesbank zu ändern. Sie sollte vorrangig nicht mehr alleine auf Preisstabilität, sondern „im Rahmen ihrer Möglichkeiten" auch auf einen hohen Beschäftigungsstand und auf „außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem und angemessenen Wirtschaftswachstum" achten.

Darüber hinaus fehlt dem DGB ein ausreichender Verbraucherschutz im Gesetz. Eine Kontrolle der angebotenen Finanzprodukte fehle völlig. Die Gewerkschaften wünschen sich einen „Finanz-TÜV", der die Produkte nach Mindestanforderungen überprüft. Auch Stiftung Warentest kritisiert, dass ein wirksamer Verbraucherschutz im Gesetz fehlt. Der im Entwurf geplante Beirat reiche nicht aus. Verbraucherschutz müsse „zentrale Aufgabe einer Aufsichtsbehörde" sein. •

www.dgb.de/-/P9I

CGZP-Urteil

Geld für die Rentenkasse

Immerhin 70 Millionen Euro konnte die Rentenversicherung bis 31. Juli zusätzlich verbuchen. Die Nachzahlungen resultieren aus dem Urteil über die aberkannten Tarifverträge der Tarifgemeinschaft Christlicher Gewerkschaften (CGZP) mit Leiharbeitsfirmen. Die Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen hatte bei der Bundesregierung nachgefragt, wie der Stand der Nachzahlungen sei. Nach Angaben der Deutschen Rentenversicherung sind bislang aber erst 1700 der 3200 betroffenen Unternehmen geprüft worden. •

Zukunft der Europäischen Union

Mehr Europa aber anders

Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts über den dauerhaften EU-Rettungsschirm ESM und über den Fiskalpakt fordert der DGB eine grundlegende Reform der Europäischen Union.

„Als Antwort auf die Krise in Europa brauchen wir mehr Europa und nicht weniger", begründet der DGB-Vorsitzende Michael Sommer die Forderung nach einer grundlegenden Reform der EU. „Jetzt ist es an der Zeit, umzulenken und die Weichen zu stellen für ein demokratischeres und soziales Europa", so Sommer. Der DGB fordert einen EU-Konvent, der unter Beteiligung der Parlamente und der Zivilgesellschaft, also auch der Gewerkschaften, Konzepte für die Reform der EU entwickelt.

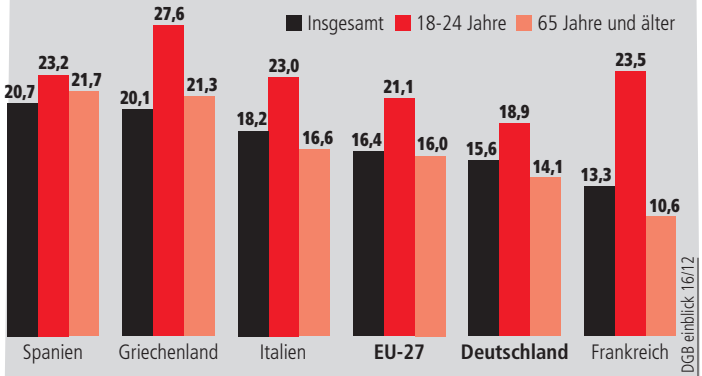
Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes (BVerfG) zu Fiskalpakt und ESM kam auch für die Gewerkschaften nicht unerwartet. Der DGB begrüßt, dass die VerfassungsrichterInnen die Funktion des ESM als dauerhaften Schutzschirm für die Euroländer bestätigt haben. Ohne ihn, so Michael Sommer, „wären viele Krisenländer der Erpressung der Finanzmärkte ausgeliefert". Die Kritik der Gewerkschaften am Fiskalpakt bleibt bestehen. „In unseren Augen löst der Fiskalpakt die Probleme in der Eurozone nicht", betont Sommer. Im Gegenteil: Er verschärfe die soziale Schieflage in Europa. Der erhöhte Spardruck werde Wachstum „im Keim ersticken", befürchtet Claus Matecki, im DGB-Vorstand für Wirtschaftspolitik zuständig. „Es ist höchste Zeit für einen wirklich anderen Kurs in der Anti-Krisenpolitik." So ist es aus Sicht des DGB dringend erforderlich, dass sich der ESM bei der Europäischen Zentralbank (EZB) refinanzieren darf, wie jede andere Bank auch.

In seiner Bewertung des BVerfG-Urteils hat der DGB auch eine bessere demokratische Legitimierung der Europapolitik angemahnt. Europäisches Parlament (EP) und nationale Parlamente sollten nicht erst dann beteiligt werden, wenn die Entscheidungen bereits getroffen sind. Das Europa der 27 sei in wesentlichen Fragen nicht mehr handlungsfähig und greife als Notlösung auf zwischenstaatliche Vereinbarungen zurück, sagt Annelie Buntenbach, im DGB-Vorstand für Europapolitik zuständig. „Das gefährdet die Demokratie, weil das EP außen vor bleibt", so Buntenbach. Gleichzeitig nimmt die Akzeptanz des europäischen Projektes seit Jahren ab. Die Unübersichtlichkeit im europäischen Mehrebenen-System trägt zu einer weiteren Verunsicherung der Menschen bei. „Sie können nicht mehr nachvollziehen, wer für welche politischen Entscheidungen verantwortlich ist", so Buntenbach.

Die Debatte über die Zukunft Europas nimmt an Fahrt auf. Zehn Außenminister, unter ihnen auch Guido Westerwelle, haben jetzt ein Papier dazu vorgelegt. „Mehr Europa ist nötig", erklärte Kommissionspräsident José Manuel Barroso am 12. September in seiner Grundsatzrede vor dem EP. Er setzt sich für eine Föderation der Nationalstaaten ein. „Doch was er in Straßburg skizzierte, liest sich wie der Auftakt für eine europäische Hartz-IV-Agenda", kritisiert Annelie Buntenbach. „Es geht nicht nur einfach um mehr Europa – sondern um ein besseres Europa." •

Europa in der Armutsfalle

Anteil der Bevölkerung, der von Armut bedroht ist, in der EU und in ausgewählten EU-Mitgliedstaaten, Stand: 2010 (in Prozent)



Quelle: EU / DGB

Bereits heute sind 16,4 Prozent der EU-BürgerInnen, rund 80 Millionen Menschen, von Armut bedroht. Besonders hart trifft es die Jungen – nicht nur in den Krisenländern der EU. Der Fiskalpakt mit seinen rigiden Sparvorgaben wird diesen Trend noch verstärken, befürchten die Gewerkschaften.

Konferenz: Kurs auf ein soziales Europa

Mit der Zukunft der EU beschäftigt sich auch eine Konferenz, zu der der DGB am 1. November GewerkschafterInnen, PolitikerInnen und ExpertInnen nach Berlin einlädt. Dabei geht es zum einen um die konkreten Folgen der Eurokrise auf die Menschen und zum anderen um Strategien, soziale Standards in Europa zu sichern und Kurs auf ein soziales Europa zu nehmen. GewerkschafterInnen aus EU-Krisenländern berichten über den Sozialabbau in ihrer Heimat, GewerkschafterInnen und EuropapolitikerInnen diskutieren über den Reformbedarf in der EU, und Prof. Dr. Andreas Fischer-Lescano von der Universität Bremen referiert über den Weg „vom neoliberalen zum sozialen und demokratischen Europa".

Monti II vom Tisch

Die EU-Kommission hat ihre Pläne, das Streikrecht durch die so genannte Monti-II-Verordnung zu beschneiden, zurückgezogen. Grund ist die fehlende politische Unterstützung der Mitgliedstaaten und der Sozialpartner. Der DGB begrüßt diese Entscheidung, die auch ein Erfolg der Gewerkschaften ist, die massiv dagegen protestiert hatten.

Die Kommission hatte die Verordnung als Reaktion auf die Kritik in Folge der umstrittenen EuGH-Urteile Laval, Viking, Rüffert und Kommission gegen Luxemburg vorgeschlagen. Ziel war es, Rechtssicherheit zu schaffen für das Spannungsverhältnis zwischen wirtschaftlichen Grundfreiheiten und sozialen Grundrechten – insbesondere dem Streikrecht. Faktisch hätte Monti II das Missverhältnis zuungunsten der sozialen Grundrechte verschärft: So sah der Vorschlag unter anderem einen EU-weiten Mechanismus zur Überwachung von Streiks vor.

Der DGB fordert jetzt echte Lösungen für die Absicherung des Streikrechts auf europäischer Ebene. Die deutschen und europäischen Gewerkschaften setzen sich weiterhin für die Einführung einer Sozialen Fortschrittsklausel in den Europäischen Verträgen ein. Nur so kann ein genereller Vorrang der sozialen Grundrechte verankert werden.

PROJEKTE UND PARTNER

ORGATEC

Gute Arbeit im Büro

Gute Arbeitsbedingungen sind auch abhängig von der Ausstattung des Büros. Aus diesem Grund ist das ver.di-Projekt Gute Arbeit am 25. Oktober auf der ORGATEC in Köln, einer Messe für moderne Bürogestaltung, mit einem Stand vertreten. Unter anderem stellen ver.di-ExpertInnen vor, was gute Arbeit aus gewerkschaftlicher Sicht ausmacht. Anschaulich werden auch negative Auswirkungen etwa von Großraumbüros auf Beschäftigte durch Reizüberflutung und den Verlust der Privatsphäre gezeigt . ver.di-Mitglieder können die Messe kostenlos besuchen. Weitere Infos gibt es im Internet. •

www.orgatec.de/verdi

Hans-Böckler-Stiftung

Großprojekt Verkehrswende

Mobilität muss sich verändern, da sind sich ExpertInnen sicher. Denn: Ohne Verkehrswende kann die Energiewende nicht gelingen. Um die aktuellen Entwicklungen zu ergründen, veranstaltet die Hans-Böckler-Stiftung am 23. Oktober in Berlin die Fachtagung „Wer schafft die Verkehrswende?". ExpertInnen aus Gewerkschaften und Wirtschaft gehen unter anderem den Fragen nach: Wie verändern sich die Arbeitsbedingungen in den Verkehrsbranchen? Wird das Potenzial der Beschäftigten in betrieblichen Innovationsprozessen genutzt? •

www.boeckler.de/4990_40876.htm

Broschüre

Gegen Nazis

Neonazis kommen nicht mehr in Kampfstiefeln und mit Glatze daher. Optisch bedienen sie sich schon länger in der linken Jugendkultur. Auch inhaltlich versuchen sie, mit vorgetäuschten arbeitnehmerfreundlichen Forderungen Stimmen zu sammeln. Mit der Neuauflage des Faltblatts „Neue Nazis tarnen sich – Sozialdemagogen auf der Spur" klärt die DGB-Jugend auf, mit welchen Argumenten die Rechtsextremen auf Stimmenfang gehen. Checklisten zeigen, worauf GewerkschafterInnen achten müssen, wie sie beispielsweise eine 1. Mai-Demonstration vor Nazis schützen. Tipps und Internetlinks bieten weiterführende Information. Ein Exemplar kostet 0,05 Euro zzgl. Porto und Versandkosten. •

www.bit.ly/dgb_bro

interregio

••• Der ***DGB Sachsen*** hat gemeinsam mit den Landtagsfraktionen von SPD, Bündnis90/Die Grünen und der Partei Die Linke ein ***Online-Preisausschreiben*** gestartet. Im Rahmen der Kampagne „BILLIG: KOMMT TEUER – Öffentliche Aufträge gesetzlich fair regeln!" macht eine Straßenbahn in Dresden Werbung für die Aktion. Wer diese Straßenbahn am häufigsten fotografiert und auf der Facebook-Kampagnenseite postet, erhält einen Preis. Einsendeschluss ist der 12. Dezember.

facebook.com/BilligKommtTeurer

••• Der ***DGB Berlin-Brandenburg*** kritisiert, dass viele neue Jobs am und um den ***Großflughafen Berlin/Brandenburg*** prekär sind. Hinter den Glitzerfassaden herrsche Tariflosigkeit, so der DGB.

berlin-brandenburg.dgb.de/-/Pz2

Anzeige

Debeka Lebensversicherungsverein a. G. Traditioneller Partner des öffentlichen Dienstes

Kennen Sie Ihre Versorgungsansprüche?

– bei Dienstunfähigkeit durch Krankheit oder Dienstunfall und im Ruhestand

Die oftmals komplizierten Regelungen der Beamtenversorgung sind nicht immer leicht zu verstehen. Wir berechnen daher für Sie Ihre individuellen Versorgungsansprüche und bieten für Ihren persönlichen Bedarf die passenden Lösungen.

Sprechen Sie uns an, wir informieren Sie gerne.

anders als andere

Debeka-Hauptverwaltung
Ferdinand-Sauerbruch-Straße 18
56058 Koblenz
Telefon (0261) 498-0

www.debeka.de

Debeka

Bildungswege

Herkunft entscheidet über Chancen

In Deutschland kann von einer Chancengleichheit im Bildungssystem nicht gesprochen werden. Der DGB erwartet, dass mehr Geld in diesen Bereich fließt.

Schon der Start ins Bildungsleben muss funktionieren, wenn Kinder aus bildungsfernen Familien nicht auf der Verliererstrecke bleiben sollen. Und der beginnt bei der frühkindlichen Bildung. Im Idealfall steht am Ende ein Hochschulstudium. Zwei aktuelle Bildungsstudien zeigen jedoch, dass die berufliche Zukunft in Deutschland noch immer sehr stark von dem Bildungsniveau des Elternhauses abhängt. Sowohl „Bildung auf einen Blick", der jährlich fortgeschriebene Bericht der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), wie auch eine Studie des Mannheimer Zentrums für europäische Sozialforschung mit dem Titel „Aufstiegsangst?" zeigen, dass zwischen den theoretischen Ausbildungschancen und der praktischen Umsetzung eine beachtliche Lücke klafft. Nach OECD-Angaben sind nur 20 Prozent der 25- bis 34-Jährigen höher gebildet als ihre Eltern. Im Durchschnitt der OECD-Länder sind es 37 Prozent.

Bundesbildungsministerin Annette Schavan (CDU) übte in der *Passauer Neuen Presse* scharfe Kritik an der OECD-Studie. Diese Expertise gebe die Lage im deutschen Bildungssystem nur verzerrt wieder. „Mich ärgert, dass die OECD schon zum wiederholten Male die außergewöhnliche Bedeutung des dualen Systems und der beruflichen Bildung in Deutschland außer Acht lässt", sagte Schavan. Eine Kritik, der man sich beim DGB so pauschal nicht anschließt. „Natürlich zählt das duale System zu den Stärken des deutschen Bildungswesens. Das ändert aber nichts daran, dass wir mehr Bildungsaufstieg in unserer Gesellschaft ermöglichen müssen – sei es im Rahmen einer beruflichen Aufstiegsfortbildung oder eines Studiums", erklärt der DGB-Bildungsexperte Matthias Anbuhl. Ein schlichtes „weiter so" sei wohl kaum das richtige Konzept.

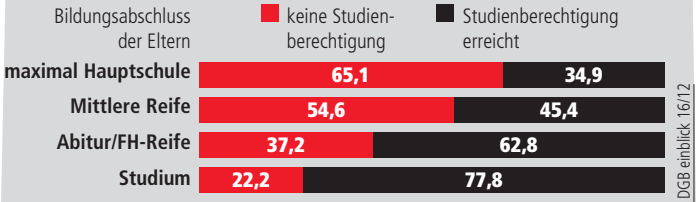
Zudem produziert das deutsche Bildungssystem zu viele Verlierer. Mehr als zwei Millionen junge Menschen ohne Berufsabschluss, 7,5 Millionen funktionale Analphabeten oder rund 300 000 Jugendliche, die sich in einer Warteschleife zwischen Schule und Ausbildung befinden, seien dafür eindeutige Belege. „Die soziale Auslese bleibt die Achillesferse des deutschen Bildungssystems", erklärt die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock. Deshalb müssten die sozialen Barrieren in der Bildung abgebaut werden: „Einen festen Sockel der Bildungsverlierer darf sich unsere Gesellschaft nicht leisten."

Doch auch wenn die Bildungsausgaben in Deutschland leicht gestiegen sind, fehlt es im System an Geld. Noch ist etwa der Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz reine Theorie. Es mangelt an Einrichtungen und Personal. Die frühkindliche Bildung ist aber der Einstieg für Chancengleichheit. Geld benötigen auch die Schulen. Erst recht dann, wenn sie ein Ganztagsprogramm anbieten wollen. Mehr Mittel müssten eingesetzt werden, um an Schulen in sozialen Brennpunkten zusätzliche Lehrkräfte und Sozialarbeiter einzustellen.

Wer diese ersten Bildungshürden überwunden hat, muss sein Studium auch finanzieren können. Der DGB will eine Anhebung der Freibeträge und Bedarfssätze beim BAföG, damit auch der Weg an die Uni einfacher wird – unabhängig vom Sozial- und Bildungsstatus des Elternhauses. Auch die Einführung der Studiengebühren hat die Entscheidung für ein Studium kaum erleichtert. Der GEW-Vorsitzende Ulrich Thöne kritisiert die „Fehlsteuerung" der Mittel. Das BAföG sei zugunsten eines „Stipendiums aus dem Lostopf" reduziert worden. So öffne sich die Schere zwischen höher und schlechter qualifizierten Menschen immer weiter. •

Soziale Ungleichheit

Anteil der 20- bis 24-Jährigen mit und ohne Studienberechtigung (in Prozent)

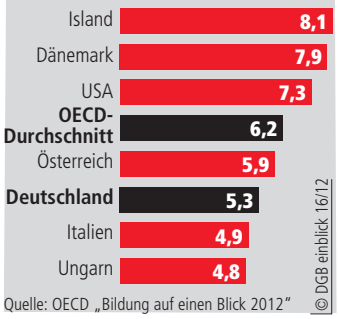


Quelle: Vodafone-Stiftung 2012

Noch immer gelingt nur wenigen Kindern aus bildungsfernen Schichten der berufliche Aufstieg. Es mangelt an Anreizen, ein Studium aufzunehmen oder überhaupt die Hochschulreife anzustreben, ist das Fazit einer neuen Studie.

Geld für die Bildung

Anteil der Ausgaben für Bildungseinrichtungen am Bruttoinlandsprodukt (BIP), in Prozent



Quelle: OECD „Bildung auf einen Blick 2012"

Deutschland investiert noch immer zu wenig in die Bildung. Trotz Steigerung der Ausgaben wird noch nicht einmal der OECD-Durchschnitt erreicht.

Fehlende Bildungsmobilität

Die Bildungsmobilität in Deutschland ist gering. Während der Ausbau der Bildungssysteme in fast allen OECD-Ländern dazu geführt habe, dass junge Menschen einen höheren Bildungsstand erreichen als ihre Eltern, sei dies in Deutschland nicht erkennbar, stellen die Autoren der OECD-Studie „Bildung auf einen Blick" fest. Darüber hinaus hält sich Deutschland mit seinen Bildungsausgaben konstant unterhalb des OECD-Durchschnitts, obwohl ihr Anteil am deutschen Bruttoinlandsprodukt gestiegen ist. Der Grund: In vielen Ländern wurde ebenfalls mehr in Bildung investiert. Nach OECD-Angaben „ähnlich stark oder sogar kräftiger".

www.oecd.org/berlin/

Akademikerkinder haben noch immer wesentlich bessere Chancen auf eine hochqualifizierte Ausbildung als Kinder aus bildungsferneren Elternhäusern. Nach einer Studie vom Zentrum für Europäische Sozialforschung, herausgegeben von der Vodafone-Stiftung, sind die „Zugangswege zum Studium sozial selektiv".

www.vodafone-stiftung.de

kurz&bündig

Die GdP fordert mehr Anstrengungen von Verantwortlichen in Politik und Sicherheitsbehörden, die NSU-Terrorserie aufzuklären. Das Vertrauen in die Sicherheitsbehörden nehme Schaden, da der Eindruck entstanden sei, dass Details über Fehler nur scheibchenweise ans Licht kommen.

Die EVG begrüßt die Entscheidung von Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU), rechte Fahrspuren auf Autobahnen nicht mit Oberleitungen auszubauen. „Güter auf die Schiene zu verlagern, ist die effektivste Methode, CO_2-Emissionen zu verringern", betont die EVG.

Die IG BCE hat die von der Bundesregierung gestartete „Nationale Forschungsstrategie BioÖkonomie 2030" für eine beschäftigungsfördernde Bioökonomie in Deutschland begrüßt. In einem Strategiepapier erläutert die IG BCE, was sie von einer biobasierten Industrie hält.
www.bit.ly/igbce_öko

Die NGG hat den von der thüringischen CDU/SPD-Landesregierung vorgelegten Entwurf eines Mindestlohngesetzes ausdrücklich begrüßt. Der NGG-Vorsitzende Franz-Josef Möllenberg kommentiert: „Gut so. Wenn Berlin beim Mindestlohn nicht zu Potte kommt, muss es eben so gehen."

DGB Nord

Schlechte Arbeit auf Sylt

Auf der reichsten Insel des Landes ist der Wunsch nach dem Mindestlohn besonders groß – nicht unter den vermögenden Hausbesitzern, sondern bei den vielen hundert BerufspendlerInnen, die jeden Tag auf die Insel fahren. Laut einer Umfrage des DGB Nord klagen die Beschäftigten auch dort über Arbeitsverdichtung, über wenig Mitbestimmung und über mehr Stress für weniger Geld. Danach geben 26 Prozent der befragten BerufspendlerInnen an, weniger als 8,50 Euro zu verdienen. „Dass ausgerechnet dort, wo sich Einkommens- und Vermögensmillionäre tummeln, überdurchschnittlich geringe Löhne gezahlt werden, ist empörend", kritisiert Susanne Uhl, Geschäftsführerin der DGB-Region Schleswig-Holstein Nordwest.

Der DGB fordert deshalb: „Sylt braucht den Mindestlohn." Zudem sollen die Kontrollbehörden genauer hinsehen. Die Gewerbeaufsicht muss stärker auf die Einhaltung von Arbeitszeiten und Gesundheitsschutz achten und der Zoll überprüfen, ob am Bau und in der Gebäudereinigung die Branchen-Mindestlöhne tatsächlich gezahlt werden. Zudem schrecken die hohen Lebenshaltungskosten auf Sylt die BerufspendlerInnen ab. Von denjenigen, die früher auf der Insel gewohnt haben, sagen nur noch etwa 30 Prozent, dass sie dort eigentlich gerne wieder wohnen möchten. Der DGB kritisiert den zunehmenden Ausverkauf der Insel. •

www.nord.dgb.de/-/Psr

Foto: DGB Nord

Der DGB Nord macht mobil auf der Insel der Reichen – der Mindestlohn ist auch auf Sylt ein Thema.

Chancengleichheit

DGB als Vorbild

Im September ist der DGB erneut mit dem Titel „Total E-Quality" für die Jahre 2012 bis 2014 ausgezeichnet worden. Das Prädikat steht für eine vorbildliche, auf die Chancengleichheit von Frauen und Männern ausgerichtete Personalführung. Die Jury hob unter anderem hervor, dass der DGB ein Leitbild als familienfreundlicher Arbeitgeber entwickelt habe und seinen Führungskräften Teilzeitbeschäftigung ermögliche. Zudem habe der DGB eine Umfrage zur Vereinbarkeit von Beruf und Pflege durchgeführt. •

Web 2.0

Regeln im Netz

Der Preis für die kostenlose Nutzung von Facebook & Co sind die persönlichen Daten. Das sollten die Nutzer immer im Blick haben, warnen DGB und IG Metall und geben auf ihren Webseiten Tipps für ArbeitnehmerInnen zum Umgang mit den sozialen Netzwerken. Besonders in der Arbeitswelt gelte es, bestimmte Regeln zu beachten. Denn auch immer mehr Chefs sind im Netz unterwegs und schauen sich unter Umständen die Profile und Kommentare ihrer MitarbeiterInnen genauer an. Zudem greifen Firmen wie Versicherungen oder Adresshändler gerne zu, wenn die Daten freiwillig preisgegeben werden. •

www.dgb.de/-/P3v
www.bit.ly/igm_web2_0

soli extra

Duales Studium leicht gemacht

Mit einer *soli extra*-Ausgabe informiert die DGB-Jugend rund um das Thema duales Studium. Interessierte erfahren dort, was es zu beachten gibt, wenn man betriebliche Praxis und akademische Theorie verbinden möchte. So berichten Studierende, GewerkschafterInnen und WissenschaftlerInnen von ihren Erfahrungen mit dualen Studiengängen. Interviews, Hintergrundberichte und Meldungen erläutern zum Beispiel, wo junge Menschen den richtigen Studiengang für sich finden können. Das Sonderheft steht zum kostenfreien Download im Netz. •

www.einblick.dgb.de/hintergrund

Bundesrat

Mövenpick-Steuer im Visier

Eine Forderung der Gewerkschaften beschäftigt jetzt die Ausschüsse des Bundesrates. Schleswig-Holstein hat den Antrag eingebracht, die Ermäßigung der Umsatzsteuer für Hotelübernachtungen, die „Mövenpick-Steuer", wieder abzuschaffen. Sie würde zu Steuerausfällen von jährlich einer Milliarde Euro führen und verkompliziere das Steuerrecht, heißt es im Antrag. •

Betriebsrätinnen in NRW

Neue Netzwerke

Von der Einzelkämpferin zur Netzwerkexpertin: Der 1. Betriebsrätinnen-Tag, zu dem Arbeit und Leben NRW und ver.di NRW am 30. Oktober nach Düsseldorf einladen, will Austausch und Vernetzung von Frauen in Betriebsräten fördern. Referentinnen und Betriebsrätinnen diskutieren in Fachforen Themen wie Chancengleichheit, erfolgreiches Engagement und Work Life Balance. •

www.bit.ly/Betriebsraetinnen

MEINUNG

Welttag für menschenwürdige Arbeit

Für eine neue Ordnung der Arbeit

Zum fünften Mal ruft der Internationale Gewerkschaftsbund am 7. Oktober zum Welttag für menschenwürdige Arbeit auf. Weshalb internationale Solidarität und der Kampf für Arbeitnehmerrechte gerade in der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise notwendiger denn je sind, erklärt der DGB-Vorsitzende Michael Sommer.

Foto: DGB

Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer, 60, ist seit 2010 auch Präsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB).

Rund um den Globus werden am 7. Oktober, dem Welttag für menschenwürdige Arbeit, Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter auf menschenunwürdige Arbeitsbedingungen aufmerksam machen. **Unser Einsatz ist in dieser Zeit notwendiger denn je:** Die anhaltende Wirtschaftskrise und die damit verbundenen massiven Angriffe auf Arbeitnehmerrechte bestimmen in vielen Ländern das politische Handeln. Da werden Tarifverträge ausgehebelt, um Löhne zu drücken. Da verlängern Regierungen Arbeitszeiten, da werden Renten gekürzt und das Renteneintrittsalter höher gesetzt. Und das sind nur einige wenige Beispiele.

Es sind **die bekannten Rezepturen der Neoliberalen.** Deren falsches und dummes Credo von der Flexibilisierung der Arbeitsmärkte taucht bei den Nachbetern in Politik und Medien immer häufiger wieder auf. Statt den Spielern auf den Finanzmärkten endlich das Handwerk zu legen, gehen viele Regierungen – nicht nur in Europa – daran, sozialstaatliche Errungenschaften und sozialen Schutz für die arbeitenden Menschen abzubauen, um der galoppierenden Staatsverschuldung Herr zu werden. In die sie ja meist erst dadurch geraten sind, weil sie die Banken und damit die Spekulanten vor dem Untergang gerettet haben.

Wir können als Gewerkschaften angesichts dieser Rolle rückwärts in der Wirtschaftspolitik nicht still halten, allein schon deshalb nicht, weil mit dieser aktuellen Politik auch **die Axt an die demokratischen Grundstrukturen unseres Gemeinwesens gelegt wird.** Es geht mittlerweile um viel mehr als materielle Interessen. Das gilt nicht nur für das eigene europäischen Haus.

Gewerkschaften müssen sich weltweit gegen den Abbau von Arbeitnehmerrechten zur Wehr setzen. In dem einen Land sind Gewerkschaften verboten und gewerkschaftliche Arbeit ist lebensgefährlich. In einem anderen Land arbeiten 90 Prozent der Menschen in der informellen Wirtschaft, ohne den geringsten sozialen Schutz oder auch nur ein halbwegs menschenwürdiges Einkommen zu haben. Und schließlich gibt es Länder, wo es zur alltäglichen Praxis gehört, Zehnjährige in die Fabriken und den Bergbau zu schicken.

Ausbeutung und Schutzlosigkeit prägen das Leben der arbeitenden Menschen in vielen Ländern des Südens. Auch für deren Rechte tritt die internationale Gewerkschaftsbewegung am 7. Oktober ein. Es geht uns dabei auch um die Werte, die tief in unseren Herzen verwurzelt sind: Freiheit, Gerechtigkeit, Demokratie, Solidarität, die Achtung der Menschenrechte und der sozialen Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Für diese Werte haben wir hart gerungen, sie sind Teil unserer Kultur.

GewerkschafterInnen auf der ganzen Welt werden am 7. Oktober auf der Straße, in Konferenzen und Seminaren auch deutlich machen: Wir sind die Organisation der Arbeit, wir sind der Anwalt der ‚Kleinen Leute', wir stehen für ein post-neoliberales Wirtschaftsmodell, wir stehen für eine neue Ordnung der Arbeit. •

Gute Arbeit weltweit

Das ist das Motto einer internationalen Konferenz, zu der anlässlich des Welttags für menschenwürdige Arbeit DGB und Friedrich-Ebert-Stiftung am 7. Oktober nach Berlin einladen. Eröffnet wird die Konferenz vom DGB-Vorsitzenden Michael Sommer. Im Anschluss wird Susanne Hoffmann, ILO-Regionaldirektorin für Europa und Zentralasien, zum Thema „Menschenwürdige Arbeit und soziale Gerechtigkeit" reden. In vier Foren wird danach über Strategien gegen Kinderarbeit, zur Regulierung von prekärer und informeller Arbeit, zur Durchsetzung von Gewerkschaftsrechten weltweit und für mehr Rechte für Hausangestellte debattiert. *Infos und Anmeldungen: www.dgb.de/-/f9l*

Aktionen

Informationen über Aktivitäten und Beteiligung am diesjährigen Welttag für menschenwürdige Arbeit können gemeldet werden auf der Internetseite des IGB: www.2012.wddw.org/de/aktionen/meldet-eure-aktionen

Solidarität mit Näherinnen

Die Lohn- und Arbeitsbedingungen für Beschäftigte bei asiatischen Textilproduzenten sind meist schlecht. Betriebsräte der Modehäuser von H&M, Zara und Metro haben sich im letzten Jahr selbst ein Bild der Lage vor Ort in Bangladesch gemacht. Johann Rösch, ver.di-Textilexperte, berichtet: „Wir haben mit schlimmen Verhältnissen gerechnet, aber die Realität hat uns schockiert." Der Kampf der Näherinnen für bessere Bedingungen habe die deutschen GewerkschafterInnen „tief beeindruckt".

Um die Problematik noch stärker in das Bewusstsein zu rücken, hat ver.di gemeinsam mit weiteren Organisationen und Gewerkschaften die internationale Kampagne „ExChains" gestartet. Gefordert wird unter anderem, dass Brandschutzvereinbarungen von den Modeketten unterzeichnet werden, um die ArbeiterInnen besser zu schützen. Außerdem sollen höhere Löhne gezahlt werden.

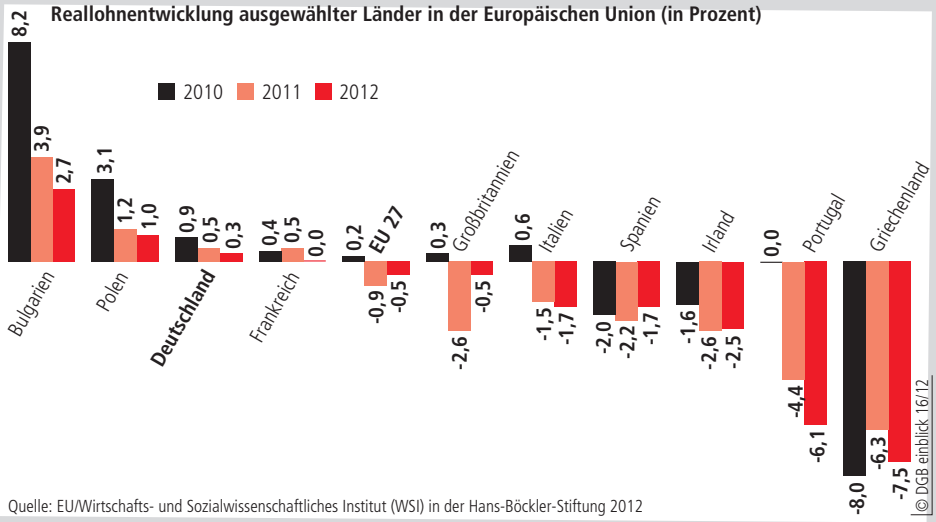
ver.di rechnet vor, dass 12 Cent mehr pro Shirt für eine Näherin in Asien ein um 50 Euro höheres Monatseinkommen bedeuten würde. Gewerkschaften sollen Zugangsrechte zu den Werken bekommen. Und Zulieferketten sollen transparenter werden.

www.bit.ly/exchains

dieDGBgrafik

REALLÖHNE: Krisenländer im Lohnkeller

Die europäischen ArbeitnehmerInnen verdienen immer weniger. In 16 von 27 EU-Staaten gehen die Reallöhne zurück. Das geht aus dem Europäischen Tarifbericht des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) hervor. Im EU-Schnitt droht 2012 ein Minus von 0,5 Prozent. Besonders in den Krisenländern der EU müssen die Beschäftigten mit weniger Geld auskommen. In Griechenland sind seit 2010 die Löhne um rund 20 Prozent gesunken, in Portugal um zehn und in Spanien um knapp sechs Prozent.



Quelle: EU/Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung 2012

14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

25.9. DGB-Region Südwestsachsen, Diskussion „Wege aus dem Niedriglohn", Chemnitz

26.9. DGB, Diskussion „Heute die Rente von morgen sichern", Berlin

26./27.9. Hans-Böckler-Stiftung, IG Metall, Fachtagung „Engineering- und IT-Tagung: Zukunft der Arbeit", Wolfsburg

26./27.9. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI), Tarifpolitische Tagung 2012: Faire Löhne und Gute Arbeit, Düsseldorf

27.9. OSZ für Demokratie und Vielfalt, Konferenz „Für Demokratie und Vielfalt. Gegen Rechtsextremismus und Diskriminierung in der beruflichen Bildung", Berlin

27.9. DGB, BDA, Fachtagung „Betriebliche Weiterbildung gelingt gemeinsam besser", Berlin

27.9. ver.di, Diskussion „Leiharbeit – aktuelle Entwicklungen und gewerkschaftliche Handlungsmöglichkeiten", Hannover

29.9. Bundesweiter Aktionstag „UmFAIRteilen – Reichtum besteuern"

29.9. ver.di, Tagung „Deutsche Entwicklungspolitik zwischen Paternalismus und Kommerzialisierung", Hannover

2.10. DGB Sachsen, Diskussion „Heute die Rente von morgen sichern!", Dresden

3.10. Tag der deutschen Einheit

6.10. Bündnis „Kreis Göppingen nazifrei", Demo gegen Neonazi-Aufmarsch, Göppingen

7.10. Internationaler Gewerkschaftsbund, 5. Welttag für menschenwürdige Arbeit

7.10. DGB, Friedrich-Ebert-Stiftung, Tagung „Gute Arbeit – weltweit", Berlin

Tipp

***Buch:* Detlef Wetzel: Mehr Gerechtigkeit wagen – Der Weg eines Gewerkschafters, Verlag Hoffmann und Campe, Hamburg 2012, 224 Seiten, 19,99 Euro**

Die globalisierte Welt verändert Wirtschaft und Gesellschaft. Die Gewerkschaften gestalten diesen Wandel mit, im Betrieb und auf politischer Ebene. Welche Richtung sie zukünftig einschlagen sollten, um die Herausforderungen zu meistern, erklärt der Zweite IG Metall-Vorsitzende Detlef Wetzel in seinem Buch „Mehr Gerechtigkeit wagen – der Weg eines Gewerkschafters". Das autobiographische Buch ist ein Plädoyer für mehr Gerechtigkeit in der Gesellschaft und für mehr Beteiligung in den Betrieben und in der Politik.

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke **Redaktionelle Mitarbeit:** Udo Böhlefeld, Birgit Böhret, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/3088 24-0, Fax 030/3088 24 20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

Schlusspunkt.

„Der FDP kann ich nur raten, die Lebensrealität der Menschen zur Kenntnis zu nehmen, im Leben der Menschen anzukommen."

Die thüringische Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht (CDU) will einen gesetzlichen Mindestlohn in Thüringen einführen. Deshalb forderte sie die FDP am 11. September im „ZDF heute-journal" auf, anzuerkennen, dass Niedriglöhne zum Alltag vieler Menschen gehören.

Hartz IV

Jobcenter zahlt Schreibtisch

Der Anspruch auf Erstausstattung für die Wohnung ist nicht notwendig auf eine komplette Ausstattung ausgerichtet, sondern kann sich auch auf Einzelgegenstände beziehen.
Eine Schülerin, die Hartz-IV-Leistungen erhält, kann vom Jobcenter für die Erledigung ihrer Hausaufgaben einen eigenen Schreibtisch jedenfalls dann verlangen, wenn in der Wohnung kein anderer Arbeitsplatz zur Verfügung steht.

Sozialgericht Berlin,
Urteil vom 15. Februar 2012 - S 174 AS 28285/11 WA

Pflege-TÜV

Veröffentlichung ist zulässig

Die gesetzlich vorgeschriebene Veröffentlichung der so genannten Transparenzberichte über die Qualität von Pflegeeinrichtungen ist zulässig.
Es handelt sich hierbei um die Ergebnisse von Qualitätsprüfungen in stationären und ambulanten Pflegeeinrichtungen. Die Ergebnisse werden für die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen verständlich, übersichtlich und vergleichbar im Internet veröffentlicht und mit Schulnoten bewertet.

Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen,
Urteil vom 15. August 2012 – L 10 P 137/11

Drogenkonsum

Kann Sicherheitsrisiko darstellen

Die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) können sich weigern, einen Arbeitnehmer als Gleisbauer zu beschäftigen, dem Cannabiskonsum in der Freizeit nachgewiesen worden ist.
Denn der Drogenkonsum führt zu einem Sicherheitsrisiko, das die BVG nicht eingehen muss.

Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg,
Urteil vom 28. August 2012 – 19 Sa 324/12

Tariffähigkeit

Keine Tarifverträge von der BIGD

Die Gewerkschaft Beschäftigtenverband Industrie, Gewerbe, Dienstleistung (BIGD) ist nicht tariffähig. Sie war auch am 1. Januar 2010 nicht tariffähig.

Arbeitsgericht Duisburg,
Beschluss vom 22. August 2012 - 4 BV 29/12

Arbeitnehmer oder Selbstständige

Telefoninterviewer ist Arbeitnehmer

Telefoninterviewer, die von einem Meinungsforschungsinstitut beschäftigt werden, sind steuerrechtlich als Arbeitnehmer und nicht als Selbstständige anzusehen, wenn die Arbeitsplätze sich im eigenen Firmengebäude befinden.
Das hat zur Folge, dass das Institut als Arbeitgeber Lohnsteuer einbehalten und abführen muss.

Finanzgericht Köln,
Urteil vom 14. März 2012 – 2 K 476/06

Alkohol im Straßenverkehr

Fahrverbot auch für Radfahrer

Einem Fahrradfahrer mit mehr als 1,6 Promille Alkohol, der sich nicht medizinisch-psychologisch untersuchen lässt, darf das Radfahren verboten werden, auch wenn der Radfahrer keinen Führerschein besitzt.

Der Fall: Der stark nach Alkohol riechende Mann fuhr nachts mit einem Fahrrad Schlangenlinien und nahm die gesamte Straßenbreite ein. Die daraufhin entnommene Blutprobe ergab eine Blutalkoholkonzentration von 2,4 Promille. Die Straßenverkehrsbehörde forderte ihn zu einem medizinisch-psychologischen Gutachten auf. Da er der Aufforderung nicht nachkam, untersagte die Behörde ihm das Führen von Fahrzeugen. Die Klage hiergegen hatte keinen Erfolg.

Das Oberverwaltungsgericht: Bei dem Mann besteht ausreichend Grund zur Annahme, dass er auch zum Führer eines fahrerlaubnisfreien Fahrzeugs ungeeignet oder nur bedingt geeignet ist. Denn der Genuss von Alkohol in höherer Dosierung führt zu einer Herabsetzung der Reaktions- und Kritikfähigkeit sowie zu Veränderungen der Stimmungslage. Häufiger Alkoholmissbrauch führt darüber hinaus zur Gewöhnung an die Giftwirkung und damit zur Unfähigkeit einer realistischen Einschätzung der eigenen Alkoholisierung. Deshalb sieht die Fahrerlaubnisverordnung die Anforderung eines Gutachtens über die Fahreignung vor, wenn ein Fahrzeug mit einer Blutalkoholkonzentration von 1,6 Promille und mehr geführt worden ist. Das Anfordern eines Gutachtens bei einer solch hohen Blutalkoholkonzentration ist auch gegenüber dem Fahrradfahrer nicht unverhältnismäßig. Denn trotz der Unterschiede zur Nutzung von Kraftfahrzeugen besteht auch beim Führen von Mofas und Fahrrädern infolge der Wirkung erheblicher Alkoholmengen ein erhöhtes Verkehrsrisiko, wenn zum Beispiel motorisierte Verkehrsteilnehmer wegen des unkontrollierten Verhaltens eines alkoholisierten Radfahrers unvorhersehbar ausweichen müssen und mit anderen Fahrzeugen kollidieren. Demnach durfte die Behörde ihm das Führen fahrerlaubnisfreier Fahrzeuge verbieten.

Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz,
Urteil vom 17. August 2012 - 10 A 10284/12.OVG

Transsexualität

Kasse hat Brustvergrößerung zu zahlen

Eine Transsexuelle kann von ihrer Krankenkasse verlangen, dass diese eine Operation zur Brustvergrößerung bezahlt.

Der Fall: Die als Mann geborene Versicherte erhielt von der Krankenkasse mehr als 15 Jahre lang Behandlungen zur Geschlechtsumwandlung finanziert. Ein chirurgischer Brustaufbau wurde aber abgelehnt. Während der Klage dagegen ließ die Frau ihre Brust operativ vergrößern. Eine Genitaltransformation ist nicht erfolgt. Die auf Kostenerstattung gerichtete Klage hatte Erfolg.

Das Bundessozialgericht: Die transsexuelle Versicherte hat Anspruch auf Erstattung der Kosten für die Brustvergrößerung. Ohne Belang ist hierbei, dass das aufgesuchte Krankenhaus nicht zur Behandlung Versicherter zugelassen war. Versicherte, denen ihre Krankenkasse rechtswidrig Leistungen verwehrt, sind nicht prinzipiell auf die Selbstbeschaffung der Leistungen bei zugelassenen Leistungserbringern verwiesen. Sie müssen sich nur eine der vorenthaltenen Naturalleistung entsprechende Leistung verschaffen.

Bundessozialgericht,
Urteil vom 11. September 2012 – B 1 KR 3/12 R

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 08.10.2012 17/12

DGB

inhalt

Seite 3
Geringe Chance
Gesundheitlich eingeschränkte oder behinderte Menschen haben es auf dem Arbeitsmarkt besonders schwer. Eine DGB-Analyse zeigt den Handlungsbedarf

Seite 5
Neue Ordnung
Die Gewerkschaften wollen den Arbeitsmarkt neu ordnen, um prekäre Beschäftigung einzudämmen. einblick beschreibt, was dazu notwendig ist

Seite 7
Volle Kraft
Die Energiewende muss zu einem gesellschaftlichen Gesamtprojekt werden, fordert der IG BCE-Vorsitzende Michael Vassiliadis

Anhebung der Minijob-Grenze

Arbeitsmarktpolitische Sackgasse

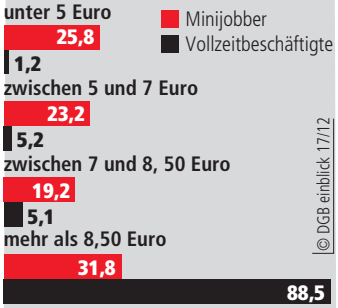
Der Zeitplan ist ehrgeizig, die Kritik ist groß: Die schwarz-gelbe Regierungskoalition will zum 1. Januar 2013 die Minijob-Grenze von derzeit 400 Euro auf 450 Euro anheben. Aus Sicht nicht nur des DGB ist das eine „arbeitsmarktpolitische Sackgasse, die vor allem für Frauen in Altersarmut endet", erklärt Annelie Buntenbach, im DGB-Vorstand für Arbeitsmarktpolitik zuständig. Längst habe sich erwiesen, dass Minijobs „kein Sprungbrett in gute Arbeit" sind. Im Gegenteil: Minijobs zementieren niedrige Löhne – von Tarifentgelten können Minijobber nur träumen. Die Mehrheit hat Stundenlöhne von unter acht Euro. Die Behauptung aus der FDP, dass die Erhöhung der Minijob-Grenze die Einkommen der MinijobberInnen erhöhe, sei „geradezu lächerlich", so Buntenbach. Im Schnitt erhielten MinijobberInnen gerade mal 260 Euro im Monat. Daran werde sich auch durch eine Erhöhung der Minijobmauer nichts ändern.

Trotz aller Kritik will die Regierungskoalition ihr Vorhaben zügig durchziehen. Bereits am 27. September war die erste Lesung im Bundestag, voraussichtlich am 22. Oktober soll es eine Expertenanhörung im Bundestag dazu geben, und im November wird sich der Bundesrat mit dem Gesetzentwurf befassen. Sensibilisiert durch die Debatten um Altersarmut hat Schwarz-Gelb einen Passus in das neue Gesetz eingebaut, der besagt, dass Minijobber künftig der Rentenversicherungspflicht unterliegen – sofern sie dem nicht widersprechen. Das ist aus Sicht der Gewerkschaften nicht nur deshalb eine Farce, weil die geringen, damit erworbenen Rentenansprüche kaum geeignet sind, Armut im Alter abzuwenden. Die Minijobber können zudem ihren zusätzlichen Rentenbeitrag „abwählen". „Und das werden gerade all diejenigen tun, die auf jeden Euro angewiesen sind", stellt Stefanie Nutzenberger, Mitglied im ver.di-Bundesvorstand, fest.

Der DGB und die Gewerkschaften lehnen die Anhebung der Minijob-Grenze ab, weil sie den Niedriglohnsektor weiter ausweiten würde. Zudem würde es für Arbeitgeber noch attraktiver, normale Stellen in Minijobs zu zerstückeln. So werden immer mehr Menschen in Minijobs gedrängt. Auf sie warten Dumpinglöhne, schlechte Arbeitsbedingungen, kaum Berufsperspektiven und Altersarmut. „Minijobs gehören abgeschafft", sagt der NGG-Vorsitzende Franz-Josef Möllenberg. Ganz im Sinne der Beschäftigten: Zwei Drittel der MinijobberInnen würden ihre vereinbarte Arbeitszeit gern ausweiten. Bereits vor einiger Zeit hat der DGB einen Vorschlag erarbeitet, wie die Minijob-Falle sozialverträglich überwunden werden kann. Der DGB schlägt vor, alle Beschäftigungsverhältnisse ab dem ersten Euro in die Versicherungspflicht einzubeziehen und Sonderregelungen bei der Besteuerung zu beseitigen. •

Lohndumping mit Minijobs

Stundenlöhne von Mini-Jobbern und von sozialversicherten Vollzeitbeschäftigten im Vergleich, Anteil der BezieherInnen (in Prozent)



Quellen: SOEP 2010, IAQ-Report 1/2012, eigene Berechnungen

Minijobs setzen das Lohnniveau unter Druck, und von Tarifentgelten können die Minijobber in der Regel nur träumen: Gut zwei Drittel aller Minijobber verdienen weniger als 8,50 Euro pro Stunde, ein Viertel sogar fünf Euro oder weniger.

plusminusBERLIN

+ ***„Die Zeit ist reif" für die Frauenquote, kommentiert Rita Pawelski, Vorsitzende der Gruppe der Frauen in der CDU/CSU Bundestagsfraktion, den Vorstoß des Bundesrates für eine verpflichtende Mindestquote.***

– ***Für Andrea Voßhoff, rechtspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, ist die Länderinitiative genau das „falsche Signal". Quoten passten nicht in eine vielfältige Unternehmenslandschaft.***

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.leidmedien.de
Das Internetportal will zeigen, wie JournalistInnen und Medienschaffende klischeehafte Darstellung von Menschen mit Behinderung überwinden können

Hintergrund

www.dgb.de/-/PQ2
DGB-Online-Inforubrik „Auf den Punkt gebracht" zum Thema Minijobs

Wachstumsenquete

Gute Analyse – aber Handlungsoptionen fehlen

Seit Anfang 2011 arbeitet die Enquetekommission des Bundestages „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität". Die Projektgruppe 3 hat nun ihren Endbericht zu dem Themenbereich Entkopplung von Wachstum und Ressourcenverbrauch vorgelegt. Mit dem heutigen Ressourcenverbrauch ist nachhaltiges und soziales Wirtschaften in der Welt innerhalb des vorgegebenen ökologischen Rahmens nicht möglich, stellen die Kommissionsmitglieder fest. Das gilt, obwohl bis auf Erdöl, Gas und Kohle alle Rohstoffe in der Erdkruste ausreichend vorhanden sind.

Effiziente Technologien können zwar Energie und Rohstoffe sparen helfen, durch eine steigende Produktion und höheren Konsum werden diese Einsparungen jedoch vielfach wieder aufgezehrt (Reboundeffekt). Nationale Strategien und Einsparziele müssen stets in Verbindung mit internationalen Regel-Regimen stehen, an denen es bisher mangelt. Weiterhin sind neue Produktionsverfahren – möglichst ohne Abfall – nötig. Darüber hinaus müssen sich Produktions- wie Konsumverhalten ändern.

DGB-Vorstandsmitglied Dietmar Hexel, sachverständiges Mitglied der 34-köpfigen Kommission, ist mit dem Ergebnis noch nicht zufrieden: „Wir haben gefühlt die tausendste Analyse der Probleme, doch das wichtige Kapitel für Lösungen fehlt noch." Alle Erkenntnisse hätten bislang nicht zu konkreten Handlungsempfehlungen geführt. Der DGB habe Vorschläge unterbreitet. Danach müssten Strategien sozialer Verteilung des Wohlstandes, technologischer Fortschritt und ordnungspolitische Rahmensetzung vorrangig berücksichtigt werden. „Umsteuerung und Mäßigung sind angesagt, doch mit Verzichtsstrategien gewinnen wir keine Zustimmung in der Bevölkerung", befürchtet Hexel. Am schwierigsten wird die Frage sein, wie der Wohlstand gerechter verteilt wird, damit für alle genug da ist. Bis zum Mai 2013 hat die Kommission Zeit, um ihren Endbericht vorzulegen. Hexel hofft, dass dann auch konkrete Handlungsempfehlungen vorliegen. •

Bundestagsdrucksache 17(26)82: www.bit.ly/BTDrucksache

Ausbildung

Lehre statt Warteschleife

So lange es nicht genügend betriebliche Ausbildungsplätze für Jugendliche gibt, muss der Staat das Recht auf Ausbildung garantieren. Das erwartet der DGB seit langem von der Politik. Unterstützung erhielt die Gewerkschaftsforderung nun von der Bertelsmann-Stiftung, die für eine Ausbildungsgarantie wirbt. Wer keinen Ausbildungsplatz finde, soll seine Lehre „betriebsnah" bei einem Bildungsträger machen, fordert die Stiftung. Und schon meldete sich die Wirtschaft zu Wort. Sie beharrt auf ihrer Zuständigkeit mit dem Verweis auf das erfolgreiche duale System. Richtig, findet DGB-Bildungsexperte Matthias Anbuhl. Aber dann sollten sie ihre eigenen Vorstellungen auch umsetzen und ausreichend Ausbildungsplätze bieten. Derzeit befinden sich 300 000 junge Menschen in der Warteschleife, stellt Anbuhl fest. Wer also für das duale System plädiert, könne nicht immer „nein" sagen, wenn es um Tarifverträge für mehr und bessere Ausbildung, Branchenfonds oder eben auch um eine Ausbildungsgarantie gehe. •

EU-Kommission

Vorschlag erarbeiten

In einem gemeinsamen Brief vom 28.September fordern die deutsche Bundesregierung und die Regierung Frankreichs die EU-Kommission auf, einen Vorschlag zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer auszuarbeiten. Auch Portugal, Österreich, Belgien, Slowenien, Estland und Griechenland stehen dieser Steuer positiv gegenüber. •

AWO-Studie

Risiko Kinderarmut

„Von alleine wächst sich nichts aus..." ist der Titel und sogleich das Fazit einer Langzeitstudie über Kinderarmut. Über 15 Jahre wurden 900 Kinder – die damals im Vorschulalter waren – für die Studie von der Arbeiterwohlfahrt (AWO) und dem Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS) begleitet. Jedes zweite Kind, das vor 15 Jahren arm war, lebt in Dauerarmut, ist das Ergebnis. „Armut ist der größte Risikofaktor für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen", bilanziert die Studienleiterin Gerda Holz vom ISS: Entscheidende Faktoren seien das Einkommen, der Bildungshintergrund der Eltern und die Familienform, in der das Kind aufwächst. Um Dauerarmut zu verhindern, benötigten die Eltern sichere Arbeit mit armutsfesten Löhnen. Der AWO-Bundesvorsitzende Wolfgang Stadler forderte bei der Vorstellung der Studie, dass jede Familie, die Hilfe benötigt, diese auch bekommt. •

www.awo.org

?...nachgefragt

Foto: DGB

Die Bundesregierung will die nationale Finanzaufsicht stärken, unter anderem mit einem Verbraucherbeirat bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin). Was der DGB von der Idee hält, erklärt DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki.

„Wir begrüßen, dass die BaFin sich künftig neben der Finanzaufsicht auch um den Verbraucherschutz kümmern soll. Der DGB und die Gewerkschaften haben aus mehreren Gründen ein großes Interesse daran. Zum einen wollen wir, dass die abhängig Beschäftigten beim Kauf von Finanzprodukten keinen Schund angedreht bekommen, bei dem sie Gefahr laufen, ihre hart erarbeiteten Ersparnisse zu verlieren. Außerdem gilt für uns: Verbraucherschutz und Beschäftigtenschutz sind zwei Seiten derselben Medaille.

Der Verkaufsdruck durch die Finanzdienstleister auf ihr Vertriebspersonal muss gestoppt werden. Umfassende und transparente Beratung muss im Vordergrund stehen, nicht der schnelle Verkaufserfolg. Darum müssen DGB und Gewerkschaften bei der Besetzung des Verbraucherbeirates berücksichtigt werden. Gemeinsam mit Verbraucherschützern kann der Verbraucherbeirat als beratendes Gremium der BaFin wichtige Impulse setzen. Wir werden uns deshalb bei der Ausgestaltung der Funktionen kritisch einbringen. So fordern wir beispielsweise ein robustes Verbraucherschutzmandat."

Berufliche Rehabilitation

Kaum Chancen auf einen Job

Menschen, die gesundheitlich eingeschränkt oder behindert sind, haben es schwer auf dem Arbeitsmarkt. Um den Wiedereinstieg in das Arbeitsleben zu ermöglichen, sollen Maßnahmen zur beruflichen Rehabilitation helfen. Eine DGB-Analyse zeigt: Gerade diejenigen, die am dringendsten Hilfe benötigen, erfahren am wenigsten Unterstützung.

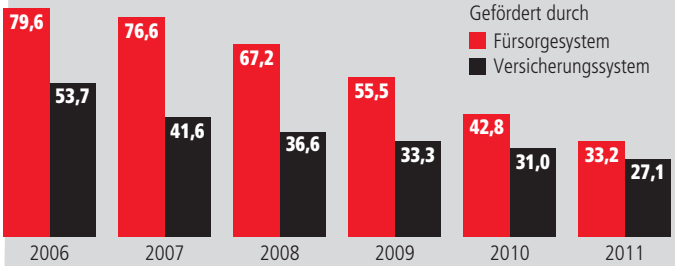
Behinderten Menschen soll die gleichberechtigte Teilhabe in allen Lebenslagen ermöglicht werden – auch auf dem Arbeitsmarkt. Doch die Wirklichkeit sieht anders aus. Gesundheitlich eingeschränkte und behinderte Menschen sind überdurchschnittlich oft arbeitslos. Berufliche Rehabilitation soll die Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt möglich machen. Eine Untersuchung des DGB zeigt, dass besonders gesundheitlich eingeschränkte Hartz IV-EmpfängerInnen es schwer haben, eine entsprechende Maßnahme zu erhalten. Oftmals erkennen die VermittlerInnen den Bedarf nicht. Die Statistik bestätigt: Die durch die Arbeitslosenversicherung geförderten Maßnahmen sind seit 2006 um 23 Prozent zurückgegangen. Die Zahl der durch das Hartz-IV-System geförderten Rehabilitanden ist dagegen um 39 Prozent gesunken. Gleichzeitig ist der Anteil der Arbeitslosen, der auf Hartz IV angewiesen ist, auf insgesamt rund 70 Prozent gestiegen.

Der DGB-Arbeitsmarktexperte Adamy stellt fest: „Behinderte Menschen haben im Hartz-IV-System keinesfalls die gleichen Förderchancen wie im Versicherungssystem." Er fordert: „Die fachliche Kompetenz beim Erkennen von gesundheitlichen Einschränkungen oder Behinderungen auf Seiten der Arbeitsvermittlung muss dringend gestärkt werden." Problematisch ist das aus Sicht des DGB vor allem deshalb, weil der Anteil von beeinträchtigten und behinderten Menschen in Hartz IV besonders groß ist. So schätzt das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), dass fast jede/r zweite ALG II-EmpfängerIn gesundheitlich eingeschränkt oder anerkannt schwerbehindert ist. Der DGB fordert deshalb, der beruflichen Rehabilitation ein eigenständiges Budget im Hartz-IV- System zuzuweisen. Bisher seien alle arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen in einer Hauswerden. Der DGB schlägt vor, die ArbeitnehmerInnen auch nach der maximalen Förderung von drei Jahren persönlich zu begleiten.

Der DGB unterstützt nachdrücklich die 2008 verabschiedete UN-Behindertenrechtskonvention.

Zu wenig Förderung

Wiedereingliederung von Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen in den Arbeitsmarkt, gefördert durch das Fürsorgesystem* und das Versicherungssystem**(in Tausend)



* Maßnahmen, die durch Hartz IV gefördert werden
** Maßnahmen, die durch Leistungen der Arbeitslosenversicherung gefördert werden
Quelle: Bundesagentur für Arbeit/Berechnungen DGB 2012

© DGB einblick 17/12

Von den rund zwei Millionen Arbeitslosen in Hartz IV im Jahr 2011 sind nur rund 33 000 Erwachsene durch berufliche Rehabilitation gefördert worden, obwohl der Bedarf vermutlich wesentlich höher liegt.

haltsposition zusammengefasst, so Adamy.

Sorge bereitet dem DGB zudem, dass immer mehr Menschen mit Behinderung in so genannten Behindertenwerkstätten beschäftigt werden. So stieg der Anteil der Werkstattbeschäftigten zwischen 2005 und 2011 von 21,6 Prozent auf 29,4 Prozent. Der DGB verlangt, entsprechend der UN-Behindertenrechtskonvention diesen Trend umzukehren. Um das zu erreichen, müssten Alternativen zu den Werkstätten geschaffen und gefördert werden. Unter anderem solle das Instrument der „unterstützten Beschäftigung" gestärkt werden. Dieses sieht vor, dass Menschen mit Behinderung bei ihrer betrieblichen Ausbildung durch eine/n TrainerIn unterstützt Diese postuliert eine Arbeitswelt, in der Menschen mit und ohne Behinderungen das gleiche Recht und die gleichen Chancen auf sichere und gesunde Arbeit haben. Mit einem nationalen Aktionsplan will die Bundesregierung diese Standards umsetzen.

Aus Sicht des DGB gibt es für Politik und Arbeitgeber dringenden Handlungsbedarf. So soll die Politik die Mindest-Beschäftigungsquote von schwerbehinderten Menschen neu debattieren – die Absenkung auf fünf Prozent habe keinen positiven Effekt gehabt. Zudem setzten die geringen Sätze zur Ausgleichszahlung für Arbeitgeber keinen Anreiz, mehr gesundheitlich eingeschränkten oder behinderten Menschen eine Chance in der Arbeitswelt zu geben. •

Teilhabe und Teilnahme

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (Destatis) lebten zum Jahresende 2009 in Deutschland 9,6 Millionen Menschen mit einer amtlich anerkannten Behinderung. Davon waren 7,1 Millionen Menschen schwerbehindert. Die Ursachen für eine Behinderung sind ganz unterschiedlich. Nur rund vier Prozent der Behinderungen sind angeboren – die meisten Behinderungen stellen sich im Laufe des Lebens ein.

Der DGB und die Gewerkschaften engagieren sich für Menschen mit Behinderungen und unterstützen die UN-Behindertenrechtskonvention. Diese ist 2008 in Kraft getreten und gilt nach ihrer Ratifizierung in über 100 Ländern. Der Völkervertrag sieht vor, Menschen mit Behinderung eine gleichberechtigte Teilhabe und Teilnahme am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. So bekennen sich alle Länder, ein inklusives Bildungssystem zu errichten, in dem der Schulunterricht von SchülerInnen mit und ohne Behinderung besucht wird.

Am 10. Dezember lädt ver.di zu einer „Behindertenpolitischen Tagung" nach Berlin ein. Das Thema: „Die Weiterentwicklung des SGB IX unter Berücksichtigung der UN-Behindertenrechtskonvention".

Die Anmeldung als pdf-Dokument unter ***www.bit.ly/verdi_konf***
Mehr zum Thema gibt es im aktuellen „arbeitsmarktaktuell" unter: ***www.dgb.de/-/qtZ***

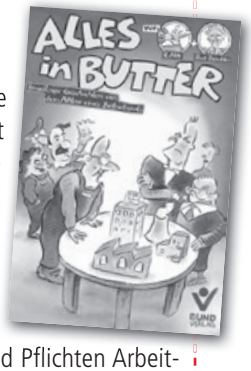
Marktordnung für Lobbyisten

Erfolg für Brenner-Stiftung

Der hessische Landtag hat einstimmig beschlossen, eine Anhörung zum Thema Lobbyismus anzusetzen. Den Anstoß dazu gab die von der Otto-Brenner-Stiftung (OBS) vorgelegte „Lobby-Studie", in der sie sich für eine Marktordnung für Lobbyisten ausspricht. „Wir begrüßen, dass der Hessische Landtag sich entschlossen hat, das Thema Lobbyismus im Rahmen einer Landtagsanhörung aufzugreifen", kommentiert Jupp Legrand, Geschäftsführer der OBS. Hintergrund: Bei einer Podiumsdiskussion am 12. März hatten unter anderem der rheinland-pfälzische Vize-Fraktionsvorsitzende Christian Baldauf (CDU), der hessische Landtagsabgeordnete Kai Klose (Bündnis90/Die Grünen) und SPD-Generalsekretär Michael Roth (MdB) Sympathie für die Vorschläge erkennen lassen. Klose hatte daraufhin den grünen Vorschlag für die Anhörung vorgestellt. Legrand: „Die Erkenntnisse unserer Untersuchung werden sicherlich in die Anhörung einbezogen." Sie könnten dazu beitragen, die Diskussion über Lobbyismus zu versachlichen. Es sei Zeit, konkrete Vorschläge für eine Regulierung des Lobbyismus zu prüfen. •

www.lobby-studie.de

neueBücher



Das Betriebsverfassungsgesetz ist für Betriebsräte sehr wichtig, aber als Lektüre knochentrocken. Mit dem Comic ***„Alles in Butter"*** zeigen der Zeichner Reinhard Alff und der Arbeitsrechtsexperte Wolfgang Däubler, dass man das **Know-how der Betriebsratsarbeit** auch anders vermitteln kann. In fünf Comicstrips schildern sie Geschichten aus dem Alltag eines Betriebsrates. Witzig, manchmal bissig beschreibt das Duo, welche Rechte und Pflichten ArbeitnehmerInnen und Betriebsräte haben. Von der Betriebsversammlung über Vertrauensarbeitszeit und Datenschutz bis hin zur Kündigung oder drohendem Verkauf des Betriebs. Das jeweils wichtige Basiswissen zu den arbeitsrechtlichen Fragen und der Rolle des Betriebsrats vermittelt Däubler durch sein Alter Ego am Ende jeder Story. Ganz ohne Anstrengung erfahren die LeserInnen, was in punkto Mitbestimmung zu beachten ist. Leichter lässt sich trockene Rechtsinformation nicht verpacken.

Reinhard Alff, Wolfgang Däubler: Alles in Butter – Irrwitzige Stories aus dem Alltag eines Betriebsrats, Bund-Verlag 2012, 109 Seiten, 14,90 Euro

DGB-Bildungswerk

OECD-Leitsätze unter der Lupe

Im vergangenen Jahr hat die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) ihre Leitsätze für multinationale Unternehmen aktualisiert. Unter anderem werden Arbeitgeber aufgefordert, Löhne zu zahlen, die die Grundbedürfnisse der ArbeitnehmerInnen decken. Das DGB-Bildungswerk nimmt dies in Kooperation mit dem DGB-Bundesvorstand zum Anlass, zu untersuchen, was die Neuerungen bringen. Unter dem Motto „Stumpfes Schwert oder ein effektives Instrument zur Durchsetzung einer sozialen Dimension der Globalisierung?" analysieren ExpertInnen der Gewerkschaften und der OECD am 28. November in Berlin, welche Möglichkeiten die Leitsätze bieten. •

www.nord-sued-netz.de

interregio

••• Am 23. Oktober lädt der ***DGB NRW*** zu einer ***Diskussionsveranstaltung „Zwischen Freiheit und Frustration: Fluch und Segen einer digitalen Arbeitswelt"*** nach Düsseldorf ein. Thema ist der Wandel der Arbeitswelt durch digitale Medien. ExpertInnen aus Gewerkschaften, Politik und Verbänden analysieren und diskutieren, wie ArbeitnehmerInnen die Chancen des digitalen Zeitalters nutzen können, ohne Freizeit und Beruf vollkommen zu vermischen.

www.nrw.dgb.de/-/PkG

••• Der ***DGB Bayern*** hat gemeinsam mit katholischen und evangelischen Organisationen die ***Initiative „Wertewandel jetzt"*** ins Leben gerufen. Rund 1200 FunktionsträgerInnen aus Gewerkschaften und Kirchen unterschrieben die Gründungsvereinbarung, darunter VertreterInnen evangelischer und katholischer Organisationen, prominente GewerkschafterInnen, Stadt- und Betriebsräte. Sie fordern unter anderem einen Wertewandel in Wirtschaft und Politik, die Einführung einer Finanztransaktionssteuer und einen gesetzlichen Mindestlohn.

www.wertewandel-jetzt.de

••• Der ***DGB Nord*** begrüßt, dass die Regierungsfraktionen in Schleswig-Holstein Wort halten: Mit Ihrem ***Entwurf für ein Tariftreue- und Vergabegesetz*** soll eine Lohnuntergrenze gezogen werden für Unternehmen, die öffentliche Aufträge annehmen. Dumpinglöhne sind dann verboten. Der DGB Nord erwartet, dass das Verbot von Lohndumping auch für die Kommunen gilt.

www.nord.dgb.de/-/PhP

Arbeitnehmerrechte

Grüne Jobs, faire Jobs?

Seit 1990 sind 400 000 neue Jobs im Bereich der Solar-, Photovoltaik- oder Windkraftenergie entstanden. Das Problem: Oft sind die Arbeitsbedingungen schlecht. Tarifverträge werden nicht angewandt, Mitbestimmung gibt es nur selten, die Arbeitsbelastung ist hoch. Leiharbeit und Befristung gehören zur Regel. Die Heinrich-Böll-Stiftung will der Branche mit der Veranstaltung „Grüne Jobs, faire Jobs. Arbeitnehmerrechte in der Wind- und Solarbranche" auf den Zahn fühlen. Am 26. Oktober diskutieren in Berlin VertreterInnen der Gewerkschaften und der Partei Bündnis90/Die Grünen Probleme und Chancen der Branche. Unter anderem soll es darum gehen, welche Wege beschritten werden müssen, um eine solide Tarifpartnerschaft zu etablieren. •

www.boell.de

Hans-Böckler-Stiftung

Zukunft des Sozialstaats

Die Krisen der vergangenen Jahre wirken sich auch gravierend auf den Sozialstaat aus. Seine Institutionen können stabilisierend eingreifen, allerdings müssen sie in der Regel mit schwindenden Einnahmen arbeiten. Der Arbeitskreis „Zukunft des Sozialstaats" der Hans-Böckler-Stiftung widmet sich diesem Thema am 10. Oktober in Frankfurt / Main. WissenschaftlerInnen erörtern in Fachvorträgen Krisenfolgen und Herausforderungen für den Sozialstaat. Eine Abschlussdiskussion widmet sich den „Perspektiven des Sozialstaats unter Krisenbedingungen". •

www.boeckler.de/4990_40650.htm

Strategien gegen prekäre Arbeit

IG Metall fordert Verbandsklagerecht

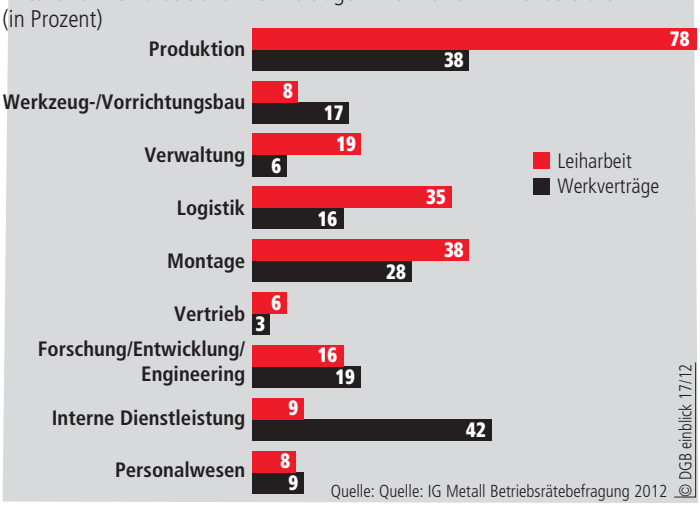
Die Gewerkschaften wollen eine Neuordnung des Arbeitsmarktes: gute, sichere Arbeit statt prekärer Jobs. Die IG Metall hat jetzt ein Verbandsklagerecht für Gewerkschaften bei Gesetzes- und Tarifverstößen gefordert, um unsichere, schlechte Arbeit einzudämmen.

Die Spaltung des Arbeitsmarktes habe „besorgniserregend zugenommen", klagt der Soziologie-Professor Gerhard Bosch vom Duisburger Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ). Im Auftrag der IG Metall erarbeitete er eine Expertise über prekäre Beschäftigung. Wenn prekäre Arbeit den Lohnkostenwettbewerb dominiert, breitet sie sich immer weiter aus, heißt es in der Untersuchung. Und es sind nicht nur Geringqualifizierte, die sich mit niedrigen Stundenlöhnen und wenig Perspektive abfinden müssen. Nach der Expertise haben heute über 80 Prozent der Niedrigverdiener eine berufliche oder akademische Ausbildung.

Die IG Metall, die zeitgleich mit der Bosch-Studie auch die Ergebnisse einer Betriebsrätebefragung vorlegte, findet es besonders bedenklich, dass „selbst in den für Innovation verantwortlichen Bereichen wie Forschung/Entwicklung/Engineering in 16 Prozent der Betriebe LeiharbeitnehmerInnen eingesetzt werden". Dazu kommt noch einmal ein Anteil von 19 Prozent, die mit Werkverträgen arbeiten. Detlef Wetzel, Zweiter Vorsitzender der IG Metall, versteht die Arbeitgeber nicht mehr: Gerade in diesen Bereichen gehe es schließlich um „Innovation und Zukunft des Unternehmens". Die Metall-Umfrage zeige, so Wetzel, dass Leiharbeit zu einem „Standardinstrument der Flexibilisierung" geworden sei. Zudem steige die Zahl der Werkverträge und Befristungen. Nach den Angaben der Betriebsräte setzt jedes dritte Unternehmen auf Leiharbeit. In jedem fünften Betrieb werden mit dieser Strategie Stammarbeitsplätze abgebaut.

Leiharbeit und Werkverträge nehmen zu

Anteile von Leiharbeit und Werkverträgen in einzelnen Firmenbereichen (in Prozent)



Über 4000 Betriebsräte beteiligten sich an der Umfrage der IG Metall. LeiharbeitnehmerInnen werden mittlerweile in allen Betriebsteilen eingesetzt. Nur noch 27 Prozent der Unternehmen nutzen diese Möglichkeit überhaupt nicht. Fremdvergaben über Werkverträge sind in 59 Prozent der Betriebe selbstverständlich.

Ursachen für den Boom prekärer Arbeit sind für den Soziologen Bosch in erster Linie, dass es hierzulande noch immer keinen gesetzlichen Mindestlohn gibt und immer weniger Tarifverträge als allgemeinverbindlich erklärt werden. In vielen schwach organisierten Branchen werde die notwendige Tarifbindung nicht mehr erreicht, so Bosch. Wie die Gewerkschaften fordert der Wissenschaftler eine „Neuordnung des Arbeitsmarktes". Dazu gehörten unter anderem eine verstärkte Aus- und Weiterbildung, eine verbindliche Vorgabe für „Equal Pay" in der Leiharbeit, aber auch ein Verbandsklagerecht: „Die Kontrolldefizite auf betrieblicher Ebene sollten durch ein Verbandsklagerecht für Gewerkschaften bei Gesetzes- und Tarifverstößen sowie anonymisierte Beschwerdemöglichkeiten für Beschäftigte verringert werden."

Die DGB-Gewerkschaften wollen die Neuordnung des Arbeitsmarktes zum Thema im Bundestagswahlkampf 2013 machen. „Wir werden die Parteien daran messen, was sie hier vorhaben", so Wetzel. Notwendig sei ein Maßnahmenbündel wie die Stärkung des Tarifsystems, die Neugestaltung von Leiharbeit, Minijobs und Mindestlöhnen, ebenso ein Verbandsklagerecht und die Stärkung individueller Beschwerderechte. Nicht zuletzt muss prekäre Arbeit auch deshalb zurückgedrängt werden, weil geringe Einkommen auch das Risiko der Altersarmut erhöhen. Für DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach tickt hier „eine Zeitbombe". Wer nur mit Mühe über die Runden kommt, kann nicht fürs Alter sparen. Für Bosch heißt das, „der Steuerzahler wird die geringen Renten aufstocken müssen". Denn selbst bei einer lückenlosen Erwerbsbiographie von 45 Jahren im Vollzeitjob reiche ein Stundenlohn von acht Euro nicht aus, „um über das Niveau einer Grundsicherung zu kommen". •

Regulär statt prekär

Der DGB und seine Gewerkschaften fordern seit langem klare Regeln für gute Arbeit und setzen sich mit zahlreichen Kampagnen, Initiativen und Projekten dafür ein. Die IG Metall startete in der vergangenen Woche eine neue Kampagne unter dem Titel „Arbeit: sicher und fair". Auf der Basis der Expertise des Duisburger Instituts Arbeit und Qualifikation (IAQ) fordert die Gewerkschaft eine Neuordnung des Arbeitsmarktes.

In der Expertise wird die Entwicklung des Niedriglohnsektors in Deutschland beschrieben. Schwerpunkt sind die Themen Leiharbeit, geringfügige Beschäftigung, befristete Verträge sowie Werkverträge und Scheinselbstständigkeit. Ein Kapitel widmet sich der Ursachen der zunehmenden Prekarität.

Der Autor der Studie, Professor Gerhard Bosch nennt es „eine Ironie der Geschichte", dass – ähnlich wie im Finanzsektor – auch im Arbeitsmarkt eine zu weitgehende Deregulierung nun korrigierende Staatseingriffe notwendig mache.

www.igmetall.de

Zusätzliche Informationen bietet die DGB-Broschüre „Prekäre Beschäftigung – Herausforderung für die Gewerkschaften". Download unter ***www.einblick.dgb.de/hintergrund***

kurz&bündig

Die IG BAU kritisiert, dass sich viele Arbeitgeber zwar über Fachkräftemangel beklagen, aber in Sachen alternsgerechter Arbeit nichts unternehmen. Grund für die Kritik sind die Ergebnisse einer Betriebsräte-Umfrage der IG BAU. Diese belegt: Rund neun von zehn Baubetrieben tun nichts dafür, damit ihre Beschäftigten länger arbeiten können.

Eine Umfrage zeigt: Jeder zehnte Haushalt beschäftigt schwarz eine Haushaltshilfe. Die NGG fordert deshalb: „Schwarzarbeit im Haushalt ist kein Kavaliersdelikt." Für illegale Haushaltshilfen werde nicht in die Rentenversicherung eingezahlt. „Wer sie beschäftigt, hinterzieht Steuern", so die NGG.

Die EVG fordert, den Wettbewerb in der Busbranche sozial zu regulieren. Hintergrund ist der Versuch der Deutschen Bahn AG, BusfahrerInnen in eine Tochtergesellschaft in Süddeutschland auszulagern. Das sei nichts anderes als Tarifflucht, kritisiert die EVG.

Die GEW hat den Bundestag aufgefordert, das geplante Wissenschaftsfreiheitsgesetz zu nutzen, um faire Bedingungen in der Forschung zu schaffen. Die GEW fordert: „Die Arbeitgeber in der außeruniversitären Forschung betreiben systematisch Tarifflucht und enthalten den Sozialkassen Versicherungsbeiträge vor."

Dienstleistungen

Beschäftigte unter Dauerstrom

Mehr als ein Viertel aller Beschäftigten im Dienstleistungssektor muss auch außerhalb der regulären Arbeitszeit erreichbar sein. Ein Großteil, rund 65 Prozent der ArbeitnehmerInnen, leidet besonders häufig unter Stress. Das sind zentrale Ergebnisse der Sonderauswertung des DGB-Index „Gute Arbeit" für die Dienstleistungsberufe, die von ver.di in Auftrag gegeben wurde.

Die repräsentative Umfrage belegt: 58 Prozent können zu Hause nicht richtig abschalten und müssen auch dort an Schwierigkeiten bei der Arbeit denken. Unter dem Lehrpersonal beträgt dieser Anteil sogar 86 Prozent, unter den Beschäftigten in Betreuungsberufen sind es 75 Prozent. Besonders oft müssen sich die ArbeitnehmerInnen im Gesundheitswesen (83 Prozent), in den sozialen Berufen (75 Prozent) und in den Dienstleistungen für Unternehmen (68 Prozent) abhetzen.

Die Broschüre über Stress in den Dienstleistungsbranchen als Download und viele weitere Infos gibt es unter www.verdi-gute-arbeit.de

„Seit Jahren nimmt die Zahl der Fehltage aufgrund totaler Erschöpfungszustände, Burn-out und Depressionen zu. Durch ständige Erreichbarkeit steigt der Druck auf die Beschäftigten noch mal erheblich", kritisiert Lothar Schröder, Mitglied des ver.di-Bundesvorstands. „Die Beschäftigten haben ein Recht darauf abzuschalten." •

www.bit.ly/verdi_gute_arbeit

Festakt

60 Jahre Mitbestimmung

Am 11. Oktober 1952 ist das Betriebsverfassungsgesetz in Kraft getreten. Aus diesem Grund veranstalten DGB und Hans-Böckler-Stiftung am 17. Oktober in Berlin eine Festveranstaltung. Unter dem Motto „Erfolgsmodell Mitbestimmung" werden Gäste aus Gewerkschaften, Politik und Wirtschaft an der Veranstaltung teilnehmen. Die Festansprache wird Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) halten. ExpertInnen aus Gewerkschaften und Wissenschaft analysieren die künftigen Herausforderungen an die Mitbestimmung. •

ver.di

Filmemacher ausgezeichnet

Zum 48. Mal ist der ver.di-Fernsehpreis verliehen worden. Preisträger für das beste Drehbuch ist Burhan Qurbani für das Fernsehspiel „Shahada". Max Zeitler und Boris Dennulat erhielten den Regiepreis für ihren Crossmedia-Film „Wer rettet Dina Foxx?". Dina Bösch, Jurorin und Mitglied im ver.di-Bundesvorstand erklärt: „Wir prämieren Filme, die eine politische Botschaft haben und zum Nachdenken und Diskutieren anregen." Beide Preise sind mit 7500 Euro dotiert. •

www.bit.ly/verdi_preis

Handwerk

Tarifpartnerschaft stärken

Die IG Metall und der Zentralverband des deutschen Handwerks (ZDH) haben sich für die Stärkung der Tarifpartnerschaft im Handwerk ausgesprochen. „Das Handwerk mit seinen arbeitsintensiven Tätigkeiten ist noch mehr als andere Wirtschaftszweige auf qualifizierte Fachkräfte angewiesen", betont Berthold Huber, Erster Vorsitzender der IG Metall. Ausbildungsvergütungen, die mit anderen Branchen mithalten können, seien wichtig, um das Handwerk für junge Menschen attraktiv zu machen. Flächentarifverträge würden für vergleichbare Einkommen und Arbeitsbedingungen sorgen. Gemeinsam mit dem ZDH startet die IG Metall demnächst die „Offensive Handwerk – Wir verstehen unser Handwerk". Ziel sei es, die Tarifpartnerschaft zu stärken. •

www.handwerk.dgb.de

DGB Rechtsschutz

Neues Leitbild

In zehn Punkten listet das neue Leitbild der DGB Rechtsschutz GmbH auf, worauf es künftig ankommt. Unter dem Motto „Gemeinsam. Ziele. Erreichen" haben die MitarbeiterInnen zusammengefasst, wie sie ihre Arbeit verstehen. Oberstes Gebot: „Die DGB Rechtsschutz GmbH steht an der Seite der Gewerkschaften für deren Ziele ein." Zudem garantiert das Leitbild den ständigen Ausbau der fachlichen Kompetenz. •

www.dgbrechtsschutz.de/20/00.html

DGB-Broschüre

Die Rente von morgen

Mit der Broschüre „Heute die Rente von morgen sichern" stellt der DGB sein Rentenkonzept 2012 vor. Neben vielen Infos und Fakten machen Rechenbeispiele deutlich, wie sich verschiedene Modelle auf die zukünftige Rentenhöhe auswirken. Außerdem liefert ein ausführlicher Fakten-Check Argumente gegen die von der Bundesregierung beschlossene Beitragssenkung. •

www.bit.ly/rente_2012

MEINUNG

Energiewende

Mit halber Kraft nicht zu stemmen

Damit die Energiewende ein Erfolg wird, muss die Politik sie zu einem gesellschaftlichen Gesamtprojekt machen. Das fordert der IG BCE-Vorsitzende Michael Vassiliadis.

Die Zustimmung zur Energiewende ist ungebrochen hoch. In der Bevölkerung und den Unternehmen liegen die Zustimmungswerte deutlich jenseits der 60-Prozent-Marke. Das hat eine repräsentative Umfrage der IG BCE gezeigt. Unser Energie-Kompass macht aber auch deutlich, dass **nur ein Viertel der Bürgerinnen und Bürger und gar nur 13 Prozent der Unternehmen zufrieden** damit sind, wie die Bundesregierung die Energiewende auf den Weg bringt.

Die Skepsis wächst – und das ist kein Zufall. Vieles ist nach wie vor ungeklärt. Der Ausbau der Stromnetze und der Bau moderner Kraftwerke sind da nur zwei Stichworte. Die Brücke in eine regenerative Zukunft muss erst noch errichtet werden. Sicher, im Detail wird eine Menge getan. Aber es fehlt noch immer an klarer Steuerung und eindeutigen Zielen, es mangelt an einem stringenten politischen Management. **Die Energiewende stockt.**

Dabei bedeutet die Energiewende nichts weniger als einen grundlegenden Umbau unserer Wirtschaftsstruktur – mit allen Chancen und Risiken. Wer sich darauf einlässt, muss **konsequent handeln.** Mit halber Kraft ist dieses Jahrhundertprojekt nicht zu stemmen. Die Bedingungen für einen Erfolg sind bekannt. Vor gut einem Jahr hat die Ethik-Kommission ihren Bericht „Sichere Energieversorgung" vorgelegt. Danach ist die Energiewende als ein komplexer Prozess zu verstehen, der organisiert und ständig überprüft werden muss. In diesem Prozess sind die Anforderungen von Wirtschaftlichkeit, sozialer Ausgewogenheit und nachhaltigem Schutz der Umwelt zu berücksichtigen. Und zwar so, dass niemand überfordert wird, weder die Menschen noch die Unternehmen. **Die Chance für ein Gelingen ist da.** Die Politik ist aufgefordert, aus der Energiewende ein gesellschaftliches Gesamtprojekt zu machen. Die IG BCE wird dazu ihre Beiträge liefern.

Kern der Wertschöpfungskette ist die Industrie, ohne industrielle Produktion kann kein Wohlstand entstehen, ohne industrielle Produktion ist das Wohlstandsniveau nicht zu halten. Die Energiewende kann nicht gegen die Industrie durchgesetzt, sondern im Gegenteil nur durch Innovation und Technologie mit ihr gestaltet werden. Mehr noch: **Innovative Industrie ist die Voraussetzung für eine erfolgreiche Energiewende.** Spezial-Kunststoffe für Windräder fallen nicht vom Himmel.

Foto: IG BCE

Michael Vassiliadis, 48, seit Oktober 2009 Vorsitzender der IG BCE, ist Mitglied der von der Bundesregierung eingesetzten „Ethikkommission für sichere Energieversorgung".

In einer gerade unterschriebenen gemeinsamen Erklärung weisen der Verband der Chemischen Industrie (VCI), der Bundesarbeitgeberverband Chemie (BAVC) und die IG BCE auf die Schlüsselrolle der chemischen Industrie im Mega-Projekt Energiewende hin. Die Branche trägt mit ihren Produkten erheblich zu Energieeffizienz und -einsparung in allen gesellschaftlichen Bereichen bei. Die chemische Industrie hat ihren eigenen Energieverbrauch von 1990 bis 2010 um 20 Prozent gesenkt, gleichzeitig wuchs die Produktion um 58 Prozent.

Auf dem Weg ins Zeitalter der erneuerbaren Energien **dürfen Privatverbraucher und Industrie nicht überlastet werden.** Das heißt auch: Der Industriestrom muss zu wettbewerbsfähigen Preisen verfügbar sein. Sonst drohen Standortverlagerungen, Arbeitsplatzabbau und am Ende ein Akzeptanzverlust für die Energiewende selbst. Wichtig ist dabei, dass der globale Aspekt berücksichtigt wird. Preisvergleiche können nicht auf Europa beschränkt bleiben, bedeutende Konkurrenten der deutschen Industrie sind in Nordamerika, Ostasien und in der Golfregion beheimatet. Die Industriestrompreise gegen die ebenso notwendige soziale Ausgestaltung der Verbraucherpreise zu setzen, ist grotesk.

Eine Zwischenbilanz der Energiewende werden die IG BCE, Unternehmen und Politik Ende November in Berlin ziehen. Der Kongress will zugleich Impulse für die weitere Gestaltung liefern. Im Zentrum stehen dabei Innovationspotenziale und -bereitschaft der Unternehmen und die politischen Rahmenbedingungen. Die IG BCE steht für eine vernünftige, realistische Umsetzung der Energiewende. Wir wollen **die soziale Dimension stärker in den Fokus rücken.** Gleichzeitig ist der Prozess so anzulegen, dass Versorgungs- und Planungssicherheit sowie Wettbewerbsfähigkeit nicht beeinträchtigt werden, sondern mit der Sicherung und Schaffung Guter Arbeit einhergehen. •

Finanzfragen

Wie kann die Energiewende finanziert werden? Diese Frage ist bei ihrer Umsetzung zentral. Sie steht im Mittelpunkt einer Fachtagung, zu der DGB und Hans-Böckler-Stiftung am 11. Oktober nach Berlin einladen. Unter dem Motto „Finanzierung des Energieumstiegs – Rahmenbedingungen und innovative Ansätze" analysieren ExpertInnen aus Wissenschaft, Gewerkschaften und Verbänden die finanzielle Dimension der Energiewende.

www.dgb.de/-/fVL

IG BCE-Kongress

Eine Zwischenbilanz der Energiewende will die IG BCE am 27. November in Berlin ziehen. Zu ihrem „Innovationskongress Energiewende" erwartet die Gewerkschaft rund 700 Betriebsräte, UnternehmensvertreterInnen und Gäste aus Verbänden, Wissenschaft und Politik. Der Kongress soll Impulse für die weitere Gestaltung der Energiewende liefern. Zu den Rednern gehören Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU), Frank-Walter Steinmeier, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, und der IG BCE-Vorsitzende Michael Vassiliadis.

www.igbce.de

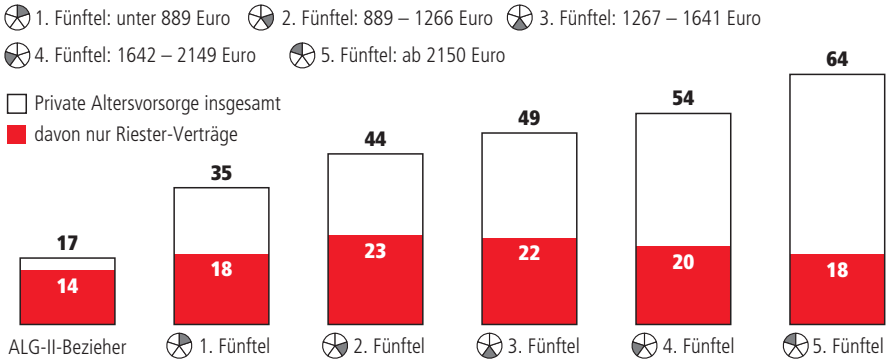
dieDGBgrafik

RIESTER-RENTE: Kein Mittel gegen Altersarmut

Staatliche Zulagen und Steuervorteile sollen seit der Riester-Rentenreform von 2001 vor allem Familien und Geringverdienern den Aufbau kapitalgedeckter Rentenansprüche erleichtern. Der IAB-Kurzbericht 15/12 zeigt, dass Bezieher von niedrigen Einkommen und insbesondere Empfänger von Arbeitslosengeld II davon kaum profitieren. Der DGB fordert zur Verhinderung von Altersarmut, auf die geplante weitere Absenkung des Rentenniveaus zu verzichten.

http://bit.ly/iab_15_12

Anteil der Deutschen, die einen Riester-Vertrag bzw. eine private Renten- oder Kapitallebensversicherung abgeschlossen haben, nach Einkommensgruppen* (in Prozent)



*Die Einkommensgruppen sind in fünf etwa gleich große Gruppen („Quintile") eingeteilt und werden nach dem „bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommen" berechnet. Das ist ein Pro-Kopf-Einkommen, das aber berücksichtigt, dass Mehrpersonenhaushalte günstiger wirtschaften können als Einpersonenhaushalte.

Quelle: „Panel Arbeitsmarkt und soziale Sicherung" (PASS) des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), IAB-Kurzbericht 15/12

© DGB einblick 17/12

personalien

••• ***Florian Haggenmiller,*** 30, ist ab 15. Oktober neuer DGB-Bundesjugendsekretär. Er folgt ***René Rudolf,*** 37, der zur ver.di-Bundesverwaltung wechselt und dort im Fachbereich Medien die Bundesfachgruppe Verlage, Druck und Papier leitet. Haggenmiller wurde vom DGB-Bundesjugendausschuss Mitte September gewählt. Seit 2009 ist er politischer Referent bei der DGB-Jugend und unter anderem zuständig für Jugendbildungsarbeit, Bundesfreiwilligendienst, JAV-Wahlen, Online-Kommunikation und die Arbeit beim Deutschen Bundesjugendring.

14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

8.-13.10. GEW Schleswig-Holstein, Wochenseminar „Das polnische Bildungssystem", Krakau (Polen)

9.10. DGB Niedersachsen, Beamtenforum „Modernisierung des Dienstrechts", Hannover

10.10. Hans-Böckler-Stiftung, Tagung „Sozialstaat unter Krisendruck", Frankfurt am Main

10.10. GEW Baden-Württemberg, Fachtagung „Betrifft: Frauenvertretung", Stuttgart

11.10. ver.di-Bildungswerk Niedersachsen, ver.di Niedersachsen-Bremen, 9. Arbeitsschutzkonferenz „Wege zum betrieblichen Gesundheitsmanagement", Hannover

11.10. DGB, Fachtagung „Finanzierung des Energieumstiegs – Rahmenbedingungen und innovative Ansätze", Berlin

12.10. DGB Sachsen, Trilaterale Konferenz – „Dreiländereck 2020 innovativ, sozial, nachhaltig", Dresden

16.10. DGB Niedersachsen, Jahrestagung des Hochschulpolitischen Arbeitskreises, Hannover

17.10. DGB Niedersachsen, Seminar „Schulung der Personal- und Betriebsräte des Öffentlichen Dienstes", Hannover

19./20.10. DGB Sachsen, Seminar „Altersarmut/Alterssicherung – Sozial abgesichert in den Ruhestand", Riesa

Tipp

Buch: ***Verbraucherzentrale NRW, Schwarzbuch Banken und Finanzvertriebe – So schützen Sie sich vor fiesen Tricks, 168 Seiten, 9,90 Euro***

Die Finanzdienstleister-Branche hat nicht den besten Ruf, wenn es um seriöse Kundenbetreuung geht. Die Verbraucherzentrale NRW zeigt mit ihrem Ratgeber „Schwarzbuch Banken und Finanzvertriebe", wie man sich vor „fiesen Tricks" schützen kann. Verständlich werden komplexe Sachverhalte dargestellt. Ob fondsgebundene Versicherung, kostenloses Girokonto oder Ratenkredit – die VerbraucherschützerInnen klären auf.

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke **Redaktionelle Mitarbeit:** Udo Böhlefeld, Birgit Böhret, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/30882 4-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.
Beilagenhinweis: Einer Teilauflage des *einblick* liegt eine Information der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin bei.

Schlusspunkt.

„Politik sollte vor allem das tun, was jeder andere auch tut, wenn es um wirkliche Problemlösung geht: nicht rumreden, sondern handeln."

Christine Lieberknecht (CDU), Ministerpräsidentin von Thüringen, im Interview mit der „Döbelner Allgemeine Zeitung" vom 2. Oktober 2012

Beamtenlaufbahn

Mindestaltersgrenze verfassungswidrig

Eine Vorschrift in einer Laufbahnverordnung, die eine Mindestaltersgrenze – hier 40 Jahre – für einen Aufstieg in eine höhere Laufbahn vorschreibt, ist verfassungswidrig.

Der Fall: Zwei Steuerhauptsekretärinnen war die Zulassung zum Aufstieg für besondere Verwendungen für Steuerbeamte verweigert worden, weil sie noch nicht 40 Jahre alt waren. Ihre Klagen dagegen waren in zwei Vorinstanzen erfolglos geblieben. Das Berufungsgericht führte aus, die Mindestaltersregelung sei mit höherrangigem Recht vereinbar. Der Verordnungsgeber bewege sich mit der Annahme, dass Lebensältere im Sinne von „gestandenen" Männern und Frauen mit einer verfestigten Persönlichkeit eher als Vorgesetzte akzeptiert würden, im Rahmen seines Gestaltungsspielraums. Mit ihrer eingelegten Revision hatten die jungen Frauen Erfolg.

Das Bundesverwaltungsgericht: Nach dem Grundgesetz hat jeder Deutsche nach seiner Eignung, Befähigung und fachlichen Leistung gleichen Zugang zu jedem öffentlichen Amt. Ein Bewerber kann bei einer Auswahlentscheidung nur wegen seines zu geringen Alters abgelehnt werden, wenn deswegen eine Beurteilung nicht möglich ist. Vom Lebensalter sind grundsätzlich keine Rückschlüsse auf die Eignung für das angestrebte Amt möglich. Ebenfalls unzulässig sind längere Mindestwartezeiten, die der Bewerber in seinem bisherigen Amt verbracht haben muss. Auch diese zielen darauf, ältere Bewerber den jüngeren ohne Rücksicht darauf vorzuziehen, wer der bessere ist. Die Nichteinbeziehung der zwei jungen Steuerfachsekretärinnen in die Auswahl aus Altersgründen verstieß zudem gegen die Vorschriften des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes.

Bundesverwaltungsgericht,
Urteile vom 26. September 2012 - 2 C 74.10 und 2 C 75.10

Hartz-IV-Mehrbedarf

Nicht alle Fahrtkosten zählen dazu

Können die bei ihrer Mutter lebenden Kinder zum Besuch ihres Vaters ohne elterliche Begleitung anreisen und holt der sie dennoch selbst ab, kann er seine Fahrtkosten nicht als Hartz IV-Mehrbedarf geltend machen. Ansprüche der Kinder auf Fahrtkostenerstattung bleiben davon unberührt.

Der Fall: Der Hartz IV-Empfänger holt mit seinem Pkw zweimal im Monat seine 14 und 20 Jahre alten, bei der Mutter lebenden Kinder, zum Wochenende ab. Auf Antrag wurde die Übernahme von Fahrtkosten in Höhe von 10 Cent pro Entfernungskilometer (insgesamt 22,40 € pro Besuchswochenende) bewilligt. Der auf höhere Fahrtkostenübernahme gerichtete Eilantrag blieb erfolglos.

Das Sozialgericht: Es ist zweifelhaft, ob dem Vater überhaupt ein Anspruch auf Fahrtkostenübernahme zusteht. Die Kinder sind auf den „Abholservice" ihres Vaters nicht angewiesen. Sie können die Entfernung zum Vater selbst bei mehrmaligem Umsteigen allein mit öffentlichen Verkehrsmitteln meistern. Zudem ist hinsichtlich der Kosten des Umgangsrechts zwischen den Ansprüchen des umgangsberechtigten Elternteils und denen der Kinder gegenüber den Leistungsträgern zu unterscheiden. Anspruchsinhaber für seine Kosten ist der jeweilige Bedürftige – hier also die beiden Kinder. Sollten diese finanziell sich außerstande sehen, ihre Fahrtkosten mit öffentlichen Verkehrsmitteln selbst zu zahlen, so steht es ihnen frei, beim zuständigen Leistungsträger einen entsprechenden Antrag zu stellen.

Sozialgericht Heilbronn,
Beschluss vom 20. Juni 2012 - S 11 AS 1953/12 ER

Autor: Luis Ledesma, Kassel – einblick 17/12

Ehrenamt

Begründet kein Arbeitsverhältnis

Durch die Ausübung ehrenamtlicher Tätigkeit wird kein Arbeitsverhältnis begründet.
Die Vereinbarung der Unentgeltlichkeit von Dienstleistungen ist – bis zur Grenze des Missbrauchs – rechtlich zulässig, wenn eine Vergütung wie bei ehrenamtlicher Tätigkeit nicht zu erwarten ist. Die Ausübung von Ehrenämtern dient nicht der Sicherung oder Besserung der wirtschaftlichen Existenz.

Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 29. August 2012 - 10 AZR 499/11

Stellenausschreibung

„Junges Team" ist nur Eigenwerbung

Bietet ein Arbeitgeber in einer Stellenanzeige einen „zukunftssicheren Arbeitsplatz in einem jungen motivierten Team", ist dies nicht altersdiskriminierend.
Es handelt sich vielmehr um eine werbende Selbstdarstellung des Unternehmens und nicht um eine Suche nach einem „jungen" Stellenbewerber.

Landesarbeitsgericht Nürnberg,
Urteil vom 26. Mai 2012 - 2 Sa 574/11

Betriebsratsarbeit

Im Urlaub ist Privatvergnügen

Ein Betriebsratsmitglied ist im Urlaub verhindert, sein Amt zu führen. Will es während des Urlaubs Betriebsratsarbeit dennoch ausführen, so ist das möglich, muss aber rechtzeitig angezeigt werden, sodass das Ersatzmitglied nicht tätig wird. Das führt jedoch nicht dazu, dass der Urlaub unterbrochen wird und der Tag nicht für den Jahresurlaub zählt.

Arbeitsgericht Cottbus,
Urteil vom 15. August 2012 – 2 Ca 147/12

Sozialgericht

Kein Prozess wegen 20 Cent

Ein Sozialgerichtsprozess, der nur um Hartz IV-Leistungen in Höhe von 20 Cent geführt wird, ist nicht zulässig. Auch wenn der Leistungsempfänger seinen Antrag damit begründet, durch die Verletzung einer Rundungsregelung sei ihm ein Nachteil in dieser Höhe entstanden, rechtfertigt dies nicht die Inanspruchnahme gerichtlichen Rechtsschutzes.

Bundessozialgericht,
Urteil vom 12. Juli 2012 – B 14 AS 35/12/12

Krankenschwester

Ohne islamisches Kopftuch

Ein Arbeitgeber, der eine Krankenanstalt in konfessioneller Trägerschaft der Evangelischen Kirche führt, kann einer Krankenschwester im Wege des Weisungsrechts untersagen, während der Arbeitszeit ein islamisches Kopftuch zu tragen.

Landesarbeitsgericht Hamm,
Urteil vom 17. Februar 2012 – 18 Sa 867/11

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 22.10.2012 18/12

DGB

Bundestagswahl 2013

Gewerkschaften fordern Politikwechsel

Ein Jahr vor der Bundestagswahl hat der DGB-Bundesvorstand Anfang Oktober die politischen Anforderungen des DGB an die Parteien für die nächste Legislaturperiode beschlossen. Die Gewerkschaften konzentrieren sich dabei auf drei Schwerpunktthemen: Gute Arbeit, sichere Rente und ein soziales Europa.

Der DGB habe seine inhaltlichen Erwartungen an eine Politik für die ArbeitnehmerInnen damit bereits formuliert, während die Parteien noch an ihren Wahlprogrammen schreiben, erklärt der DGB-Vorsitzende Michael Sommer. „Niemand kann also behaupten, er oder sie habe nicht gewusst, was uns am Herzen liegt. Wir sind gespannt, wie sich die Parteien zu unseren Themen und Forderungen aufstellen", so Sommer.

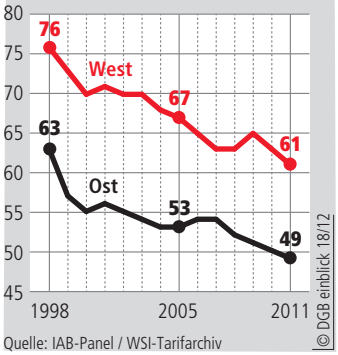
Im Mittelpunkt des DGB-Papiers steht die Forderung nach einer neuen Ordnung der Arbeit. „Nach 30 Jahren Deregulierung liegt der Arbeitsmarkt in totaler Unordnung, prekäre Beschäftigung und Niedriglohnsektor nehmen zu", sagt der DGB-Vorsitzende. Die Gewerkschaften fordern zur Überwindung des gespaltenen Arbeitsmarktes unter anderem einen gesetzlichen Mindestlohn, die Bekämpfung des Missbrauchs von Leiharbeit, eine Neuregelung der Minijobs, einen besseren Kündigungsschutz, die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung sowie eine Stärkung der Tarifautonomie. Arbeit müsse wieder „als zentrales Element der Teilhabe und persönlichen Verwirklichung anerkannt" werden.

Dazu gehört auch eine andere Rentenpolitik. Ziel des DGB ist eine nachhaltige und solidarisch finanzierte Alterssicherung, die den Lebensstandard sichert und Altersarmut vermeidet. Zum dritten Schwerpunkt „soziales Europa" fordert der DGB eine soziale Fortschrittsklausel und einen neuen Sozialkontrakt für Europa. Beide gehörten neben der Förderung von Wachstum und Beschäftigung ganz oben auf die Agenda europäischer Politik. Ohne gestärkte soziale Grundrechte drohe Europa zu scheitern, heißt es im DGB-Beschluss.

Die gewerkschaftliche Bilanz der schwarz-gelben Regierungspolitik ist mager: „Der Output nach drei Jahren Schwarz-Gelb ist für Arbeitnehmer gleich null. Wir haben drei Jahre Stillstand erlebt – bestenfalls", urteilt Sommer. Er stellt aber auch klar: Die Gewerkschaften werben für einen Politikwechsel, werden aber auch bei der Bundestagswahl 2013 wie üblich keine Wahlempfehlung für Parteien oder Koalitionen aussprechen. Der DGB ist dem Prinzip der Einheitsgewerkschaft verpflichtet und parteipolitisch unabhängig, betont der DGB-Vorsitzende. Zudem hätten die Gewerkschaften die Erfahrung gemacht, dass sie viel mehr durchsetzen können, wenn sie mit allen Parteien „konstruktive Dialoge" führen. „Ich lege Wert darauf, dass wir uns nicht als Vorhof bestimmter Parteien behandeln lassen", so Sommer. •

Immer mehr ohne Tarifvertrag

Tarifbindung der Beschäftigten in West- und Ostdeutschland 1998 - 2011 (in Prozent)



Quelle: IAB-Panel / WSI-Tarifarchiv

Die Tarifbindung der Beschäftigten sinkt. Im Osten unterliegt nur noch knapp die Hälfte aller Arbeitsverhältnisse einem Tarifvertrag. Eine der Forderungen der Gewerkschaften an die Politik ist deshalb, die Tarifautonomie zu stärken. Dazu gehört beispielsweise, die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen zu erleichtern.

plusminusBERLIN

+ ***Auf Initiative der Berliner Arbeits- und Integrationssenatorin Dilek Kolat (SPD) will der Bundesrat rund 50 000 homosexuelle Männer rehabilitieren, die vor 1969 verurteilt worden sind. Die Bundesregierung soll nun darlegen, wie das umgesetzt werden kann.***

– ***Die FDP will die Erbschaftssteuer komplett abschaffen. Volker Wissing, Finanzexperte der Liberalen im Bundestag, hält diesen Einnahmeverzicht „für verschmerzbar".***

inhalt

Seite 3
Gewerkschaftstag in Sicht
Ende Oktober lädt die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) zu ihrem ersten Ordentlichen Gewerkschaftstag ein. Der EVG-Vorsitzende Alexander Kirchner erklärt, um was es gehen wird

Seite 5
60 Jahre Mitbestimmung
1952 ist das Betriebsverfassungsgesetz in Kraft getreten. einblick hat Betriebsräte nach den künftigen Herausforderungen an betriebliche Mitbestimmung gefragt

Seite 7
Brennpunkt Südafrika
Die toten Bergleute in Südafrika sorgen für Schlagzeilen. Monika M. Sommer, Sozialreferentin der Deutschen Botschaft in Pretoria, schildert die aktuelle Lage

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.bildungsportal.verdi.de
Neues Bildungsportal von ver.di mit Informationen und Anmeldeoption zu Seminaren und Workshops

Hintergrund

www.einblick.dgb.de/hintergrund
Bundestagswahl 2013: Die DGB-Forderungen an die Parteien

Energiewende

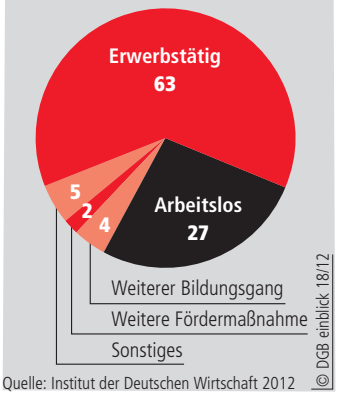
Kosten gerecht verteilen

Die Akzeptanz der Energiewende ist bedroht. Die entscheidenden Probleme, die gelöst werden müssen, sind nach Ansicht des DGB: Planungssicherheit für notwendige Investitionen zu schaffen und die Preissteigerungen in den Griff zu bekommen. Auf der gemeinsamen Fachkonferenz „Finanzierung des Energieumstiegs" von DGB und Hans-Böckler-Stiftung betonte DGB-Vorstandsmitglied Dietmar Hexel am 11. Oktober, die Bundesregierung müsse nicht nur Investitionssicherheit für Unternehmen und Beschäftigte gewährleisten, sie müsse auch berücksichtigen, dass einkommensschwache Haushalte und kleine Betriebe weitere Preiserhöhungen nicht mehr verkraften könnten.

Hexel plädierte aufgrund der hohen EEG-Umlage für einen Strom-Spar-Tarif. Damit könnte Haushalten eine begrenzte Menge Strom für den täglichen Bedarf zu einem kostengünstigen Preis zugänglich gemacht werden. Die Befreiung der energieintensiven Unternehmen von dieser Umlage sei zwar richtig, aber der Betrag müsse „unbedingt gedeckelt werden", forderte Hexel. Derzeit werden rund 2,5 Milliarden Euro auf die restlichen Stromkunden verteilt. Der DGB warnt vor einem weiteren Schnellschuss bei der Gesetzgebung. Ständige Verunsicherung und Gesetzesnovellen im Hauruck-Verfahren lehnt Hexel für das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) ab. Der DGB fordert stattdessen ein Moratorium für das EEG. „Wir brauchen ausreichend Zeit, um eine gute und treffsichere Antwort zu finden", mahnte Dietmar Hexel. •

Gelungene Integration

Arbeitsperspektive von Behinderten nach einem Abschluss an einem Berufsbildungswerk, 2010 (in Prozent)



Quelle: Institut der Deutschen Wirtschaft 2012

Die Ausbildung ist zwar teuer aber erfolgreich: Berufsbildungswerke – so das Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) – leisten für die berufliche Integration Behinderter einen wichtigen Beitrag. Die Bundesagentur für Arbeit muss für eine solche Ausbildung etwa 52 000 Euro mehr investieren. Geld, das sich lohnt, wie das IW in seiner Studie feststellt. Lediglich 2,4 Prozent der Absolventen der Jahre 1995 bis 2008 hätten 2010 keinen Arbeitsplatz gefunden. Behinderte Menschen mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung verdienten rund 6100 Euro mehr als solche ohne Berufsabschluss.

ILO

Sparen fördert Arbeitslosigkeit

Guy Ryder, Generalsekretär der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), erwartet ein gemeinsames Handeln von Industrie- und Schwellenländern gegen die zunehmende Arbeitslosigkeit. Auf der Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank stellte Ryder fest, dass viele Regierungen die Auswirkungen ihres „verschärften Sparkurses unterschätzt" hätten. Weltweit stieg die Arbeitslosenzahl seit Beginn der Finanzkrise 2008 um 30 Millionen auf rund 200 Millionen weltweit. Die ILO empfehle daher „einen langsameren Schuldenabbau, ergänzt durch niedrigere Leitzinsen". Ryder: „Wenn viele Staaten gleichzeitig diesen Kurs einschlagen, könnten wir die Weltwirtschaft auf einen nachhaltigeren Wachstumspfad zurückbringen." Die führenden Wirtschaftsnationen könnten zudem durch koordinierte Maßnahmen „ein weiteres Abrutschen in die Krise verhindern", ist sich Ryder sicher. •

Rentenbeiträge

Bundesrat für Absenkung

DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach hatte kurz vor Beginn der Bundesratssitzung noch einmal an die Länderchefs appelliert, „die fatale Entscheidung der Bundesregierung zu korrigieren". Der DGB möchte den Überschuss in der Rentenversicherung entgegen dem Plan der schwarz-gelben Koalition nicht in eine Beitragssenkung umlenken, sondern stattdessen mit diesem Geld eine Demografiereserve aufbauen. Die rot-grün regierten Bundesländer legten im Bundesrat einen entsprechenden Antrag vor, der jedoch scheiterte. Das Saarland, Thüringen und Sachsen-Anhalt – allesamt von einer großen Koalition geführt – verweigerten ihre Zustimmung. Aufgrund der fehlenden Länderstimmen kann das Beitragssenkungsgesetz nun von der schwarz-gelben Mehrheit des Bundestages beschlossen werden. •

Unternehmen

Verpflichtende Transparenz

Ein Antrag der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen scheiterte an der Mehrheit der schwarz-gelben Regierungskoalition: Unternehmen sollten, so die OppositionspolitikerInnen, künftig verpflichtet werden, Informationen über Arbeitnehmerrechte oder auch Umwelt- und Klimaschutz zu veröffentlichen. Die Fraktion begründete ihren Antrag damit, dass die bislang freiwilligen Informationen der Unternehmen nicht ausreichten, um Verbraucher darüber zu informieren, unter welchen Bedingungen die Waren hergestellt würden. Ein Verbraucherinformationsrecht, dass es in Großbritannien und Frankreich bereits gibt, würde für mehr Transparenz sorgen. CDU/CSU und FDP lehnten ab: Vorhandene Programme wie Corporate Social Responsibility könnten durch weitere Instrumente auf freiwilliger Basis ausgebaut werden. Rechtliche Vorgaben würden hingegen zu Wettbewerbsnachteilen deutscher Unternehmen führen. •

EU-Kommission

Deutschland noch nicht fit für die Zukunft

„Deutschland kann sich nicht auf seinen Lorbeeren ausruhen", mahnt der für Beschäftigung und Soziales zuständige EU-Kommissar László Andor. Er fordert nicht nur den Ausbau von Kita- und Ganztagsschulplätzen. Weniger Abgaben für Geringverdiener und bessere steuerliche Bedingungen für Zweitverdiener hält der EU-Kommissar ebenfalls für notwendige Änderungen. Um Ungleichgewichte im Euroraum auszubalancieren, müssten zudem die deutschen Löhne entsprechend der Produktivitätsentwicklung steigen. Andor kritisierte darüber hinaus den „zunehmend segmentierten" deutschen Arbeitsmarkt. Minijobs und die niedrigen Löhne für Leiharbeiter führten in eine Armutsfalle. •

Der EVG-Vorsitzende Alexander Kirchner im Interview

„Wir brauchen einen Masterplan Verkehr“

Zum ersten Ordentlichen Gewerkschaftstag der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft EVG treffen sich vom 28. Oktober bis zum 1. November 300 Delegierte in Berlin, um die Weichen für die Zukunft zu stellen. Von der ökologischen Verkehrswende bis zur Mitgliederentwicklung: Im einblick-Interview stellt der EVG-Vorsitzende Alexander Kirchner die Themen des Gewerkschaftstags vor.

■ Vor zwei Jahren ist die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) aus der Verschmelzung von GDBA und TRANSNET hervorgegangen. Wie ist deine Bilanz?

■ *Positiv. Heute sind noch mehr Mitglieder als früher der Auffassung, dass der Weg richtig war. Und daher bin ich fest überzeugt, dass die Bildung der EVG die richtige Antwort auf die Frage ist, wie Gewerkschaften sich in die Zukunft weiterentwickeln müssen, nämlich nicht als berufsständische, sondern als solidarische Interessenvertretung aller Beschäftigten.*

■ Gibt es schon ein „Wir“-Gefühl?

■ *Ganz eindeutig: Das Wir-Gefühl ist da. Wir reden nicht mehr über den Zusammenschluss, wir leben ihn. Es sind viele neue Gremien gebildet worden, in denen es keine Rolle mehr spielt, ob ein Kollege früher in der TRANSNET oder in der GDBA war.*

■ Was sind die zentralen Themen des Gewerkschaftstages?

■ *Das Motto lautet: Gemeinsam für Menschen, Arbeit, Umwelt. Damit sind drei zentrale Botschaften verbunden: Der Mensch gehört in den Mittelpunkt. Wir brauchen eine Arbeitswelt, in der sich das widerspiegelt. Nur Arbeit schafft Werte. Zweitens: Wir setzen uns für eine neue Wirtschaftsordnung ein, in der prekäre Beschäftigungsformen zurückgedrängt werden und Menschen von ihrer Arbeit leben können. Und drittens: Wir stehen vor enormen ökologischen Herausforderungen. Die Ressourcen werden knapper, der Klimawandel zwingt uns zur CO_2-Reduktion. Das schafft neue Perspektiven für die Schiene. Es kann keine Energiewende ohne eine ökologische Verkehrswende geben. Dafür setzen wir uns ein.*

■ Ende 2011 hatte die EVG rund fünf Prozent weniger Mitglieder als 2010. Was sind die Ursachen?

■ *Darin spiegelt sich die schwierige demografische Situation in unserem Organisationsgebiet wider. Im Bahnbereich gab es jahrzehntelang nur Personalabbau und kaum Nachwuchskräftegewinnung. Das führt dazu, dass wir einen hohen Anteil an Mitgliedern haben, die nicht mehr im Berufsleben stehen. Ein großer Teil unseres Mitgliederverlustes geht darauf zurück, dass wir Mitglieder durch Tod verlieren.*

Foto: Allianz pro Schiene

Alexander Kirchner, 54, gelernter Energieanlagen-Elektroniker, gehörte seit 2000 dem TRANSNET-Vorstand an, 2008 wurde er ihr Vorsitzender. Seit der Verschmelzung von TRANSNET mit der GDBA zur Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) ist er ihr Vorsitzender. Auf dem Gewerkschaftstag in Berlin kandidiert er erneut für den Vorsitz.

■ Ist es euch gelungen, eine Trendwende einzuleiten?

■ *Bei den aktiv Beschäftigten haben wir mehr Zu- als Abgänge. Wir haben die Mitgliedergewinnung als Top-Thema für unsere Funktionäre definiert und eine Reihe von Mitgliederwerbe-Projekten aufgelegt. Die ersten Erfolge dieser Strategie zeigen sich jetzt. Das ist uns Ansporn – zumal die Unternehmen in der Branche angekündigt haben, künftig mehr Personal einzustellen. Das ist Potenzial für uns.*

■ Aktuell laufen die Verhandlungen um den Zukunft-Tarifvertrag mit der Deutschen Bahn AG. Worum geht es euch dabei?

■ *Wir wollen die Rahmenbedingungen für die Beschäftigten insgesamt verbessern und vor allem dafür sorgen, dass Beschäftigte, die sich mit 17 entscheiden, Eisenbahner zu werden, auch die Chance haben, bis zum Renteneintritt zu arbeiten. Das hat viele Facetten: Aus- und Weiterbildung, soziale Schicht- und Dienstpläne, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, alternsgerechte Arbeitsplätze etc. Die Bahn will einer der Top-Arbeitgeber werden, dann muss sie aber auch etwas dafür tun.*

■ Im Mai kritisierte die EVG, dass die MitarbeiterInnen der Deutschen Bahn insgesamt 6,4 Millionen Überstunden angehäuft haben. Es wird immer schwieriger, den Bahnbetrieb aufrecht zu erhalten. Hat sich seitdem etwas getan?

■ *Das ist kein Problem der Deutschen Bahn, sondern der ganzen Branche. Unser Warnschuss wurde aber gehört und kam genau zur rechten Zeit. Nach fast 20 Jahren Personalabbau geht der DB-Konzern jetzt allmählich dazu über, neues Personal einzustellen, auch wieder mehr Auszubildende. Das ist richtig, aber aus unserer Sicht noch nicht ausreichend.*

■ Wo liegen für die Deutsche Bahn die Herausforderungen in der Zukunft?

■ *Ich möchte den Rahmen dieser Frage erweitern: Wo liegen die Herausforderungen für die Schiene bzw. für die Bahnen insgesamt? Bei aller Konkurrenz haben die Bahnunternehmen dieselben Probleme: Es gibt immer noch keine fairen Wettbewerbsbedingungen zwischen der Schiene einerseits, Straße und Luftfahrt andererseits. Und die Infrastruktur stößt an ihre Grenzen, sie muss dringend ausgebaut werden, damit die Schiene ihre ökologischen Vorteile ausspielen kann.*

■ Das Vorhaben, Netz und den Betrieb bei der Deutschen Bahn zu trennen, kritisiert die EVG scharf. Weshalb?

■ *In erster Linie ist der integrierte Konzern für uns die Klammer für den konzernweiten Arbeitsmarkt. Nur so war es möglich, zehntausende KollegInnen in neue Jobs zu vermitteln. Darüber hinaus sind wir aber überzeugt, dass der integrierte Konzern gut ist für die Entwicklung der Schiene insgesamt. Gerade weil die Deutsche Bahn die Infrastruktur auch selber nutzt, hat sie selbst ein Interesse daran, sie zu entwickeln. Die Milliardensummen, die die DB in die Netzentwicklung gesteckt hat, sprechen eine deutliche Sprache.*

■ Im März hat die EVG einen Kooperationsvertrag mit ver.di für den Verkehrssektor geschlossen. Was sind die Ziele?

■ *Erst einmal geht es darum, uns nicht gegenseitig die Mitglieder abspenstig zu machen. Vielmehr wollen wir gemeinsam mit ver.di die Beschäftigungsbedingungen in der Verkehrsbranche weiterentwickeln. In der Busbranche z.B. ist der Wettbewerb besonders ruinös. Vor allem wird er auf Kosten der Beschäftigten ausgetragen. Das wollen wir beenden.*

■ Welche Rolle spielen Bahn und Bus in der ökologischen Verkehrswende?

■ *Wir brauchen eine entschiedene Förderung der öffentlichen Verkehre. Die Politik zeichnet sich allerdings durch völlige Planlosigkeit aus. Sie leidet unter dem Weiter-so-Syndrom. Deshalb fordern wir einen Masterplan Verkehr, der die künftige Rolle der Verkehrsträger genau definiert und politische Maßnahmen darauf ausrichtet. Busse und Bahnen müssen das Rückgrat des Verkehrssystems der Zukunft sein.* •

Langfassung des Interviews:
www.einblick.dgb.de/-/PWL
Infos zum EVG-Gewerkschaftstag:
www.evg-online.de

PROJEKTE UND PARTNER

Otto-Brenner-Preis

Skeptisch und hartnäckig

Andreas Müller von der Stuttgarter Zeitung erhält den diesjährigen ersten Preis der Otto-Brenner-Stiftung für kritischen Journalismus. Der Autor wird für seine Berichterstattung über den Rückkauf von Aktien des Energieversorgers EnBW durch die baden-württembergische Regierung unter dem früheren Ministerpräsidenten Stefan Mappus (CDU) ausgezeichnet. Die Jury lobt Müller für seine Skepsis und Hartnäckigkeit. Nur weil er sich nicht zufrieden gab, „erfuhr die Öffentlichkeit vom ganzen Ausmaß des Amtsmissbrauchs zum Schaden der Steuerzahler".

Der zweite Preis geht an Wilfried Huismann. Seine Reportage „Der Pakt mit dem Panda" wirft einen kritischen Blick hinter die Kulissen der mächtigen Naturschutzorganisation WWF. Auf dem dritten Platz liegt das Buch von Stefan Koldehoff und Tobias Timm „Falsche Bilder – Echtes Geld" über die Machenschaften auf dem Kunstmarkt. Den „Spezial"-Preis erhält der Film „Wadim" von Hauke Wendler und Carsten Rau. Anne Lena Mösken von der Berliner Zeitung wird als beste Newcomerin ausgezeichnet. Ebenfalls prämiert wird das Medienprojekt „Klima-Lügendetektor".

Die Preisverleihung findet am 30. Oktober in Berlin statt. In der Jury sitzen neben dem IG Metall-Vorsitzenden Berthold Huber prominente JournalistInnen. •

Mehr unter: www.bit.ly/obs_preis_2012

Bündnis

Spekulation stoppen

Etwa 870 Millionen Menschen auf der Erde hungern, weil sie die steigenden Preise für Nahrungsmittel nicht mehr bezahlen können. Schuld an den schwankenden Preisen sind unter anderem Spekulationen auf Lebensmittel. Ein breites Bündnis aus Kirchen, Nichtregierungsorganisationen und der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) hat unter dem Motto „Mit Essen spielt man nicht" eine Unterschrifteninitiative gestartet, um die Nahrungsmittelspekulationen zu unterbinden. Noch in diesem Herbst sollen die Unterschriften der Bundesregierung übergeben werden. •

www.oxfam.de/gegenspekulation

DGB-Broschüre

Hausangestellte absichern

Schätzungsweise 2,6 Millionen Hausangestellte gibt es in Deutschland. Allerdings sind nur 250 000 Beschäftigungsverhältnisse angemeldet. Das bedeutet für die Frauen in den allermeisten Fällen: keine Sozialleistungen und keine Absicherung im Alter. Das Übereinkommen 189 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) will das ändern (siehe Seite 6). Hausangestellte sollen als reguläre Beschäftigte anerkannt werden. Die Umsetzung der ILO-Vorgaben erklärt der DGB in seiner Broschüre „Hausangestellte – das Ende der Ausbeutung?".

In Deutschland müsste der Bundestag das Übereinkommen ratifizieren. Ein solcher Akt zeigt, dass sich Staaten zu den Inhalten bekennen und umsetzen. Die Broschüre erläutert die ILO-Vorgaben ebenso wie die Umsetzungswege und die aktuelle Situation in Deutschland. Derzeit prüfe die Bundesregierung noch, ob die Norm mit der nationalen Gesetzgebung vereinbar ist, so der DGB. Ein Gutachten der Hans-Böckler-Stiftung belegt, dass es keine rechtlichen Gründe gegen die Ratifizierung hierzulande gibt. Ergänzt werden die Informationen durch Interviews mit ExpertInnen aus Wissenschaft und Gewerkschaften. Die Broschüre gibt es kostenlos im Internet. •

www.bit.ly/dgb_ilo_haus

Wissenschaft

Gute Berufsbildung

Der wissenschaftliche Beraterkreis von IG Metall und ver.di hat sich mit den aktuellen Problemen und Herausforderungen in der beruflichen Bildung befasst. Die 18 renommierten Politik-, Sozial- und WirtschaftswissenschaftlerInnen analysieren beispielsweise, wie sich prekäre Beschäftigung auf die Bildung auswirkt. Sie sprechen sich unter anderem dafür aus, LeiharbeiterInnen mehr Chancen auf Weiterbildung zu ermöglichen. Die Analysen und Thesen sind in der Broschüre „Berufs-Bildungs-Perspektiven 2012" zusammengefasst. Sie kann im Internet bestellt werden. •

www.bit.ly/wiss_bro

interregio

••• Der ***DGB Bayern*** hat sich dafür ausgesprochen, die ***Ermittlungen*** zum Oktoberfest-Attentat von 1980 wieder aufzunehmen. Einer Bürgerinitiative hat dazu rund 1200 Unterschriften an Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) übergeben. Zu den Unterzeichnern zählen GewerkschafterInnen und Prominente. Die Bürgerinitiative bezweifelt, dass ein rechtsradikaler Einzeltäter hinter dem Anschlag steckt. 13 Menschen sind damals ums Leben gekommen.

www.bayern.dgb.de/-/PMU

••• Mit einer ***Festveranstaltung*** am 27. Oktober feiert der ***DGB Nord*** gemeinsam mit seinen polnischen Schwestergewerkschaften in Neubrandenburg das 15-jährige Bestehen des gewerkschaftlichen deutsch-polnischen Frauenrates. In diesem Rat arbeiten die Gewerkschaftsfrauen aus Mecklenburg-Vorpommern und von Solidarnosc Westpommern seit 1997 zusammen. 2007 wurde der Rat zu einem Dreierbund mit den litauischen Kolleginnen ausgedehnt.

lisanne.straka@dgb.de

••• Der ***DGB Berlin-Brandenburg*** lädt am 26. Oktober zu einem ***Vortrag*** des Journalisten und Holocaust-Überlebenden Noah Klieger nach Berlin ein. Der Autor des Buches „Zwölf Brötchen zum Frühstück" wird über seine Erfahrungen im Konzentrationslager berichten. Als 16-Jähriger kam er zuerst ins KZ Auschwitz. Zwei Jahre später wurde er nach Ravensbrück verlegt, wo er 1945 von den Sowjets befreit wurde. Klieger lebt und arbeitet seitdem in Israel.

www.berlin-brandenburg.dgb.de

GEW-Ideenwettbewerb

Für Kinderrechte

Die GEW hat einen Ideenwettbewerb gestartet, um Kinder, Jugendliche und Erwachsene für die Problematik der Kinderarbeit zu sensibilisieren. Teilnehmen können SchülerInnen aller Schulformen, Studierende und auch Kinder im Alter von drei bis sechs Jahren. Erlaubt sind Texte, Filme, Musikstücke, Aktionen und digitale Arbeiten. Wichtig ist den Initiatoren, dass die Beiträge in einem gemeinsamen Lernprozess entstehen. Einsendeschluss ist der 1. März 2013. •

www.gew-ideenwettbewerb.de

60 Jahre Betriebsverfassungsgesetz

Erfolgsmodell Mitbestimmung

Rund 500 000 Betriebsratsmitglieder engagieren sich ehrenamtlich in über 100 000 Betriebsratsgremien für die Interessen der Beschäftigten. Aus Anlass des 60. Jubiläums des Betriebsverfassungsgesetzes fragte einblick fünf von ihnen nach ihren Erfahrungen mit dem Gesetz in der Praxis und nach künftigem Reformbedarf.

Gaby Dorsten, 59, IG Metall, ist Betriebsrats- und Gesamtbetriebsratsvorsitzende beim Neusser Autozulieferer Pierburg und Aufsichtsrätin der Pierburg GmbH.

Die Betriebsverfassung ist unser tägliches Handwerkszeug. Wir arbeiten damit, notfalls drohen wir auch damit. Richtig eingesetzt ist sie für uns Hilfe und Unterstützung – kurz, wir könnten ohne diese gesetzliche Grundlage unsere Arbeit nicht leisten. Verbesserungsbedarf gibt es natürlich immer. Ich würde mir wünschen, wenn aus der bisherigen Informationspflicht des Unternehmens in wirtschaftlichen Angelegenheiten ein Mitwirkungsrecht für Betriebsräte würde. Wir werden – vor allem in schlechten Zeiten – zwar gerne von den Arbeitgebern in Anspruch genommen, aber Mitreden heißt noch nicht Mitgestalten.

Gisela Seidel, 61, IG BCE, ist Betriebsratsvorsitzende bei Lanxess Dormagen und Mitglied im Aufsichtsrat der Lanxess AG.

Mitbestimmung fußt auf der vertrauensvollen Zusammenarbeit von Arbeitgebern, Betriebsräten und Gewerkschaften. Dabei geht es nicht nur um Beschäftigungssicherung und humane Arbeitsbedingungen, sondern auch um den wirtschaftlichen Erfolg des Unternehmens. Zur Mitbestimmungskultur gehört, sich frühzeitig mit Themen auseinanderzusetzen, die für die Zukunft relevant und richtungsweisend sind. Handlungsbedarf besteht vor allem in den vielen Betrieben ohne Betriebsrat. Zum eigenen Schaden: Betriebliche Mitbestimmung ist ein Erfolgsinstrument, auf das kein Unternehmen verzichten sollte.

Hermann Soggeberg, 45, NGG, ist Vorsitzender des Konzernbetriebsrats und des Europäischen Betriebsrats beim Konsumgüterkonzern Unilever.

Im Konzern Unilever gibt es eine gute Mitbestimmungskultur. Für die Manager ist Mitbestimmung ein Standortvorteil. Doch die Arbeit als Betriebsrat wird immer internationaler. Hier muss der Gesetzgeber auf nationaler und auf internationaler Ebene dafür sorgen, dass das deutsche Betriebsverfassungsgesetz nicht umgangen oder ausgehebelt werden kann. Außerdem gibt es großen Bedarf an Weiterbildung. Um die rasanten Veränderungen in globalen Unternehmen zu meistern, sind Betriebsräte künftig noch viel stärker auf Wissen wie Fremdsprachenkenntnisse angewiesen.

Susanne Neumann, 52, IG BAU, ist Betriebsratsvorsitzende bei der Stölting Dienstleistungsgruppe, Gelsenkirchen/Düsseldorf und Vorsitzende der IG BAU-Bundesfachgruppe Gebäudereiniger-Handwerk.

Ohne Frage – die betriebliche Mitbestimmung ist wichtig und gut. Leider stimmen die Rahmenbedingungen nicht mehr. In der Gebäudereinigung werden mittlerweile 90 Prozent aller Beschäftigten befristet eingestellt. Aus Angst um den Arbeitsplatz melden sich befristet Beschäftigte kaum krank, klagen weder Überstunden noch tarifliche Leistungen ein und kandidieren nicht für den Betriebsrat. Solange prekäre Beschäftigung boomt und die Stammbelegschaften schrumpfen, werden Mitbestimmungsrechte ausgehöhlt. Deshalb gehören befristete Verträge abgeschafft.

Björn Borgmann, 24, ver.di, ist Vorsitzender der Gesamt- Jugend- und Auszubildendenvertretung (GJAV) an der Universitätsklinik Gießen-Marburg und Vorsitzender der Konzern-JAV der Rhön-Klinikum AG.

Die JAV setzt sich vor allem für gute Ausbildungsbedingungen ein. Auch der Gesundheitsschutz ist ein großes Thema. Wer kranken Menschen hilft, darf durch die eigene Arbeit nicht krank werden. Das ist unsere Devise. Sorgen bereitet uns die stetige Ausgliederung von Dienstleistungen in Servicegesellschaften. Sinnvoll wäre, die Zuständigkeit der JAVen auszuweiten und die Altersgrenze von 25 Jahren zu streichen. Wir haben viele KollegInnen, die ihre Zweit- oder Drittausbildung absolvieren, deshalb älter sind und damit nicht von der JAV vertreten werden können.

Fotos: Jürgen Schwarz, IG BCE, Thomas X. Stoll, privat (2)

Garant für Motivation

Am 11. Oktober 1952 trat das Betriebsverfassungsgesetz in Kraft. Heute seien Betriebsräte anerkannte Akteure in Wirtschaft und Gesellschaft, schreibt der DGB-Vorsitzende Michael Sommer in der Einladung zu der Festveranstaltung „60 Jahre Betriebsverfassungsgesetz – Erfolgsmodell Mitbestimmung". Auf der Veranstaltung am 17. Oktober würdigte der DGB-Vorsitzende die betriebliche Mitbestimmung „als Grundpfeiler der Sozialen Marktwirtschaft".

Auf einem Arbeitsmarkt, der sich beständig wandle, sei das Betriebsverfassungsgesetz „heute wichtiger denn je", betonte Michael Sommer. Es schütze die Beschäftigten und ermögliche ihnen, den betrieblichen Alltag aktiv zu gestalten.

Doch Mitbestimmung müsse sich auch weiterentwickeln, forderte der DGB-Vorsitzende, gerade im Hinblick auf Leiharbeit und Werkverträge. Sein Fazit: „Mitbestimmung stärkt gute Zusammenarbeit, fördert Zufriedenheit, Motivation und Kreativität." Dies sollten auch diejenigen unter den Arbeitgebern nicht vergessen, die versuchten, die Mitbestimmung zu unterlaufen.

Mehr Infos:
www.dgb.de/-/fYI

kurz&bündig

Die GEW fordert, Frauen in pädagogischen Berufen genauso wie Männer in vergleichbaren Jobs zu bezahlen. Das betrifft vor allem Lehrkräfte an Grund- und Hauptschulen und ErzieherInnen. Die Bewertung „gleichwertiger Tätigkeiten nach dem Motto: kleine Kinder – kleines Gehalt, große Kinder – großes Gehalt ist ein Anachronismus", so GEW-Vorstand Ilse Schaad.

Die NGG hat ihre Forderung nach einem Herkunftsnachweis für Lebensmittel erneuert. Der Verbraucher könne weder beim Joghurt noch bei der Marmelade oder beim Schulessen erkennen, woher die verarbeiteten Grundstoffe stammen.

Die GdP warnt vor öffentlich zugänglichen W-LAN-Netzen. Sie dürften nicht „zu staatlich organisierten Einfallstoren anonymer Internetkriminelle werden", sagt der GdP-Vorsitzende Bernhard Witthaut. Die GdP spricht sich für eine sichere Protokollierung von Zugriffen und Löschungen aus.

Vor einem Rückfall in die Verwahrpsychiatrie des letzten Jahrhunderts hat ver.di gewarnt. Das Gesundheitsministerium will gegen den Rat aller Fachleute ein pauschalisierendes Entgeltsystem in der Psychiatrie durchboxen. „In den Kliniken herrscht blankes Entsetzen über dieses Vorgehen", so ver.di-Vorstand Ellen Paschke.

Mit einer internationalen Tagung in Berlin haben DGB und Friedrich-Ebert-Stiftung am 7. Oktober, dem Welttag für menschenwürdige Arbeit, ein Zeichen für gute Arbeit und gegen den Abbau von Arbeitnehmerrechten gesetzt. Die über 250 Gäste diskutierten, wie sich Kinderarbeit, Verfolgung von GewerkschafterInnen und die weltweite Zunahme prekärer Arbeit wirksam verhindern lassen.

Foto: DGB/Simone M. Neumann

Auch die Gleichstellung von Hausangestellten mit anderen Beschäftigten war Thema der Konferenz. 2011 hat die Vollversammlung der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) das Übereinkommen 189 über menschenwürdige Arbeit für Hausangestellte verabschiedet. Erstmals hat die ILO damit eine Arbeitsnorm für Beschäftigte im informellen Sektor geschaffen. Die Norm fordert für sie die gleichen Arbeitsrechte wie für andere ArbeitnehmerInnen, vom Urlaubsanspruch bis zum Recht auf gewerkschaftliche Vertretung. Doch bisher haben lediglich Uruguay und die Philippinen die Norm ratifiziert. Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer forderte die Bundesregierung auf, mit gutem Beispiel voranzugehen, die Norm zu ratifizieren und umzusetzen. Mit einer symbolischen Aktion (Foto) machten sich die ReferentInnen der Tagung dafür stark, dass mindestens zwölf Länder die ILO-Konvention 189 in Kürze übernehmen.
Mehr: www.dgb.de/-/P1N

DGB-Konferenz

Kurswechsel in Europa

Wie können Spielräume für soziale und demokratische Reformen in der EU zurückgewonnen werden? Darüber diskutieren ExpertInnen, GewerkschafterInnen und EuropapolitikerInnen am 1. November in Berlin auf der DGB-Konferenz „Kurs auf ein soziales Europa". In Interviews berichten GewerkschafterInnen aus Irland, Spanien und Tschechien über die aktuelle Situation in den Krisenländern. Als Gäste haben neben vielen anderen Professor Andreas Fischer-Lescano vom Zentrum für Europäische Rechtspolitik an der Uni Bremen, Professor Rolf Rosenbrock, Vorsitzender des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, sowie die EU-ParlamentarierInnen Elmar Brok (CDU), Rebecca Harms (Grüne), Thomas Händel (Linke) und Jutta Steinruck (SPD) zugesagt. •

www.bit.ly/eu-kurs

JAV-Wahlen

Erfolg für die EVG

Zwischen 1. Oktober und 30. November wählen junge ArbeitnehmerInnen und Auszubildende ihre VertreterInnen. Die EVG hat die Wahlen zur Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) in ihrem Organisationsbereich bereits erfolgreich abgeschlossen: 91 Prozent der Stimmen erhielten die EVG-KandidatInnen, die Wahlbeteiligung lag bei 63 Prozent. EVG-Vorstandsmitglied Reiner Bieck und Bundesjugendleiterin Melanie Pallien freuen sich über das eindeutige Votum der jungen Beschäftigten. Es sei ein klarer Auftrag, die Interessenvertretung für junge Menschen so konsequent wie bisher fortzusetzen. •

DGB-Broschüre

Minijobs reformieren

7,5 Millionen Menschen in Deutschland arbeiten in Minijobs. MinijobberInnen verdienen im Schnitt nicht einmal halb so viel wie Beschäftigte in regulärer Arbeit. Der DGB kritisiert die Minijobs – und die geplante Erhöhung der Einkommensgrenze auf 450 Euro. Er fordert stattdessen eine Reform der kleinen Beschäftigungsverhältnisse. Die Broschüre „Raus aus der Armutsfalle" stellt das „DGB-Reformkonzept Minijob" vor. Sie liefert Zahlen und Fakten, widerlegt die Legenden vom Sprungbrett Minijob und erläutert die Forderung des DGB nach Sozialversicherungspflicht ab dem ersten Euro. •

www.dgb-bestellservice.de

DGB-Personalpolitik

Die Reform begleiten

Die Personalpolitik des DGB soll die strategischen Prozesse der 2010 beschlossenen DGB-Reform wirksam unterstützen. Die Grundlagen einer neuen effektiven Personalstruktur wurden 2011 gelegt. Das zeigt der gerade erschienene DGB-Personalbericht. Zu den Schwerpunkten gehören ein überarbeitetes Entgeltsystem, der Aufbau einer mittelfristigen Stellenplanung sowie regelmäßige Personaldialoge auf allen Ebenen. „2011 war ein Jahr voller personalpolitischer Neuanfänge" schreibt der DGB-Vorsitzende Michael Sommer im Vorwort. „Es hat die Grundlagen gelegt für eine hoffnungsvolle Weiterentwicklung in den kommenden Jahren." •

Südafrika

Eskalation der Gewalt

Die Toten im südafrikanischen Bergbau machen auch im Ausland Schlagzeilen. Über die aktuelle Situation berichtet Monika Sommer aus Pretoria.

Polizei schießt auf Streikende? Im neuen, demokratischen Südafrika? Die Tragödie zeigt wie in einem Brennglas Fehlentwicklungen auf und gibt **Anlass zur Sorge.** Bei den wilden Streiks in der Platinmine Lonmin Plc war es bereits vor dem 16. August 2012 zu Gewaltexzessen gekommen. Zehn Menschen, Polizeibeamte, Mitglieder des privaten Werkschutzes und ein Betriebsvertreter der Minengewerkschaft National Union of Mineworkers (NUM) waren schon vor diesem Großeinsatz der Polizei getötet worden. Als die Polizei gegen eine bewaffnete Ansammlung von Bergleuten vorging, verloren weitere 34 Personen ihr Leben.

Präsident Jacob Zuma hat eine unabhängige Untersuchungskommission zu diesen Vorfällen eingesetzt, und der gewerkschaftliche Dachverband Congress of South African Trade Unions (COSATU) **fordert Untersuchungen** zu den Lebens- und Arbeitsbedingungen der Bergarbeiter. Unter Vermittlung der Kirchen konnte am 18. September 2012 eine Einigung im Tarifkonflikt selbst erzielt werden. Danach wurden eine Einmalzahlung von 2000 Rand (rund 186 Euro) und durchschnittliche Lohnerhöhungen von 22 Prozent vereinbart. Doch auch danach kam es zu weiteren Toten; so wurden zwölf Vertreter der NUM in ihren Wohnheimen und auf offener Straße umgebracht.

Im südafrikanischen Minensektor konkurrieren drei Gewerkschaften. Die NUM, die Association of Mineworkers and Construction Union (AMCU) und „Solidarity". Keine der Gewerkschaften kann für sich in Anspruch nehmen, maßgeblichen Einfluss auf den Kompromiss genommen zu haben; keine war in Tarifverhandlungen initiativ. Letztlich ging es nur noch darum, Schaden zu begrenzen. Die Ereignisse zeigen **tiefgreifende Fehlentwicklungen in den Beziehungen der Sozialpartner** auf.

Die Unternehmen orientieren sich – auch im „neuen" Südafrika – im Wesentlichen am „Shareholder-Value". Die Löhne für die schwere Arbeit unter Tage sind immer noch gering. Um Profitmargen hoch zu halten, hat man sich auf Leiharbeit verlegt. Etwa 30 Prozent der angelernten Arbeiter unter Tage sind nicht fest angestellt und oft nicht gewerkschaftlich organisiert. NUM ist sich bewusst, dass sie es versäumt hat, sich ausreichend um die Sorgen der Bergarbeiter kümmern.

Die Lebensbedingungen der Bergleute sind – wie zu Apartheidszeiten – davon geprägt, dass ihre Familien in den ehemaligen „Homelands" leben. Die berüchtigten Männerwohnheime sind zwar verschwunden. Viele Männer lassen sich die Wohnungszulage jedoch auszahlen und schicken sie mit dem Rest ihres Lohns nach Hause, während sie in primitiven Unterkünften vor Ort übernachten. Die Radikalisierung des Streiks durch andere Bewohner der Barackensiedlungen hat hier ihren Ursprung. Die jetzt vereinbarten Löhne **korrelieren erklärtermaßen nicht mit der erwarteten Produktivität** und werden im Bergbau zum Einsatz von mehr Maschinen führen. In südafrikanischen Minen ist bislang der Personaleinsatz relativ hoch.

Foto: privat

Monika M. Sommer, 56, Juristin und Mediatorin (MA), ist Leiterin des Referats Arbeit und Soziales an der Deutschen Botschaft in Pretoria. Der Beitrag spiegelt ausschließlich die Meinung der Autorin wider und ist keine Stellungnahme der Botschaft.

Die neuen Abschlüsse finden derzeit Nachahmer im Goldbergbau und destabilisieren auch dort Industrie und Gewerkschaften. **Sie konterkarieren langfristige Tarifabschlüsse** und stellen die verfassten Strukturen der Konfliktlösung durch legitimierte Verfahren wie das Vereinigungs- und Koalitionsrecht und soziale und politische Grundrechte in Frage. Historische Ironie ist, dass die Koalitionsfreiheit in den 80er-Jahren gerade im Bergbau schwer erkämpft wurde.

Die Ereignisse in Marikana und weitere wilde Streiks stellen rechtsstaatliche Prinzipien auf die Probe. Auf der einen Seite ist dies ein Ergebnis der Konzernpolitik und der Polizei, die auf Streikende schoss. Auf der anderen Seite steht die **erhöhte Gewaltbereitschaft einer Arbeiterschaft,** die sich auch gegen gewerkschaftliche Vertretung wendet. Die Ereignisse in Marikana können nicht isoliert betrachtet werden. Zwar gelang es der National Union of Metalworkers of South Africa (Numsa) einen wilden Streik in der Automobilindustrie (Toyota) in legale Bahnen zu lenken. Trotzdem stellen die andauernden Unruhen eine Herausforderung für Gesellschaft, Wirtschaft, Gewerkschaften und Politik dar. Ein den Grundfreiheiten und sozialer Gerechtigkeit verpflichtetes System der Konfliktbewältigung steht zur Disposition und bedarf der Verteidigung. •

Gewerkschaften in Südafrika

Insgesamt gibt es 196 registrierte Gewerkschaften, davon sind 117 unabhängig und gehören keinem Dachverband an. In Südafrika muss eine Gewerkschaft, damit sie einen Tarifvertrag abschließen kann, 50 Prozent der ArbeitnehmerInnen einer bestimmten Beschäftigtengruppe organisieren.

✱ Im Platinbergbau gibt es – im Gegensatz zum Gold- und Kohlebergbau – keine Sektoren-, sondern Unternehmenstarifverträge.

✱ Die NUM ist mit 320 000 Mitgliedern die größte Einzelgewerkschaft, sie organisiert neben den Minenarbeitern auch Beschäftigte der Bau- und Energiewirtschaft.

✱ Der größte Dachverband ist der Congress of South African Trade Unions (COSATU). Er vereint 22 Gewerkschaften mit knapp zwei Millionen Mitgliedern. Weitere Dachverbände sind die Federation of Trade Unions in South Africa (FEDUSA), das National Council of Trade Unions (NACTU) und die Confederation of South African Workers Union (CONSAWU).

✱ In der Marikana-Mine sind neben der NUM, die dem COSATU angehört, noch AMCU, die sich NACTU angeschlossen hat, und Solidarity vertreten. Solidarity ist ebenfalls COSATU-Mitglied. Sie vertritt die Angestellten.

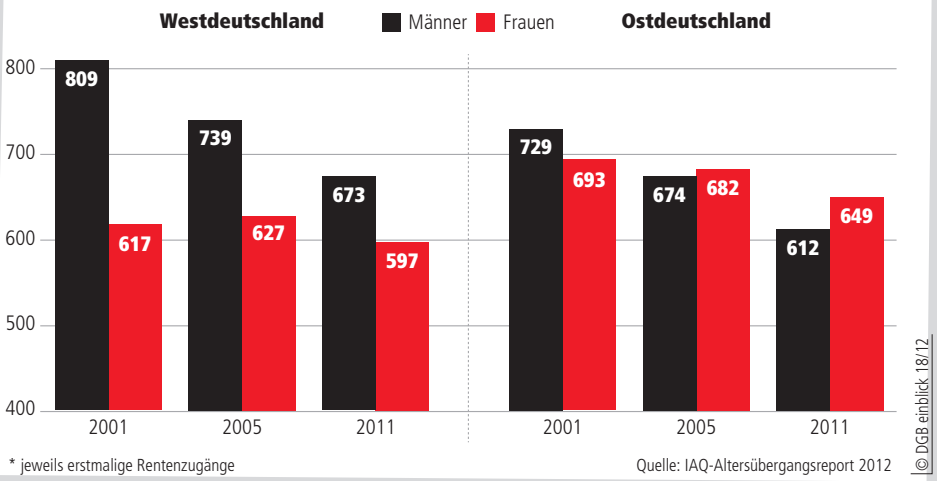
www.bit.ly/FESSüdAfrika

dieDGBgrafik

ERWERBSMINDERUNG: Rente im Sinkflug

Durch die Rente mit 67 wird die Zahl der Erwerbsminderungsrenten in den nächsten Jahren steigen. Zu diesem Schluss kommt das Institut Arbeit und Qualifikation der Universität Duisburg-Essen. Der Grund für die Zunahme: Viele Beschäftigte schaffen es nicht, bis 67 in ihrem Job durchzuhalten. Bereits 2011 war jeder fünfte Renteneintritt vorzeitig wegen fehlender Erwerbsfähigkeit durch Krankheit oder Behinderung. Zudem sind die Renten wegen voller oder teilweiser Erwerbsminderung seit 2001 deutlich gesunken.

Durchschnittliche monatliche Rentenauszahlung* wegen voller Erwerbsminderung (in Euro)



personalien

••• ***Ina Hinzer,*** 25, ist seit 1. Oktober politische Referentin in der Abteilung Europapolitik im DGB-Büro in Brüssel. Sie hat ihr Studium an der Freien Universität Berlin mit einem Doppel-Master in Politikwissenschaft und in europäischen Studien abgeschlossen.

••• ***Heike Neumeister,*** 31, ist neue Pressesprecherin beim IG Metall-Vorstand in Frankfurt/Main. Sie folgt ***Jörg Köther,*** 53, seit 1. August Pressesprecher des VW-Konzernbetriebsrats in Wolfsburg. Neumeister war zuvor Chefin vom Dienst der Internetredaktion der IG Metall.

••• ***Knut Giesler,*** 48, ist neuer Leiter des IG Metall-Bezirks Nordrhein-Westfalen. Er tritt die Nachfolge von ***Oliver Burkhard,*** 40, an, der auf Vorschlag der IG Metall Arbeitsdirektor der Thyssen-Krupp AG werden soll. Giesler war zuvor Geschäftsführer der IG Metall Wuppertal.

14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

22.10. DGB, Workshop „Schöne, neue, digitale Arbeitswelt? Chancen und Risiken für die Beschäftigten", Berlin

23.10. DGB und Hans-Böckler-Stiftung, Tagung „Wer schafft die Verkehrswende?", Berlin

23.10. DGB NRW, Diskussion „Zwischen Freiheit und Frustration: Fluch und Segen einer digitalen Arbeitswelt", Düsseldorf

24./25.10. DGB, IG BAU, IG BCE, IG Metall, NGG, ver.di, DGB-Bildungswerk, ver.di Bildung und Beratung, Tagung „Deutscher Betriebsrätetag", Bonn

25.10. „Arbeitsrecht im Betrieb" in Kooperation mit DGB, IG BCE, IG Metall und ver.di, Verleihung „Deutscher Betriebsrätepreis 2012", Bonn

25.10. ver.di, Tagung „Social Media und Web 2.0 für Betriebs- und Personalräte", Hannover

26.10. DGB, Tagung „Bessere Versorgung in der Pflege", Berlin

26.10. ver.di, „8. Frauen-Alterssicherungskonferenz", Berlin

28.10.-1.11. EVG, 1. Ordentlicher Gewerkschaftstag, Berlin

1.11. DGB, Ringvorlesung „Wohlstand ohne Wachstum?" – Auftaktveranstaltung mit Michael Sommer, Berlin

6.11. Präsident-, Senats- und Repräsentantenhauswahl in den USA

7./8.11. IG BCE, 5. Jahrestagung für Betriebsrätinnen und Betriebsräte der IG BCE „Effiziente Betriebsratsarbeit – Interessenvertretung am Puls der Zeit", Hannover

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke **Redaktionelle Mitarbeit:** Udo Böhlefeld, Birgit Böhret, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

Schlusspunkt.

„George Osborne hat so viel Ahnung von Wirtschaft wie eine Stange Rhabarber."

Der Generalsekretär der britischen Gewerkschaft GMB Paul Kenny laut „Der Welt" vom 10. Oktober über den britischen Finanzminister George Osborne. Dieser hatte vorgeschlagen, dass ArbeitnehmerInnen ihre Rechte künftig gegen Anteile am Unternehmen eintauschen können.

Massenentlassungen

Betriebsrat schriftlich unterrichten

Beabsichtigt der Arbeitgeber Massenentlassungen, hat er den Betriebsrat schriftlich darüber zu informieren und unter anderem auch die Gründe für die geplanten Entlassungen mitzuteilen. Hat der Arbeitgeber die vom Gesetz geforderten Angaben in einem nicht unterzeichneten Text dokumentiert und diesen dem Betriebsrat zugeleitet, genügt die abschließende Stellungnahme des Betriebsrats zu den Entlassungen, um den eventuellen Schriftformverstoß zu heilen.

Bundesarbeitsgericht, Urteil vom 20. September 2012 - 6 AZR 155/11

Steuerklasse

Wechsel kann rechtsmissbräuchlich sein

Jedem Bürger steht das Recht zu, frei die Steuerklasse zu wählen. Die Ausübung dieses Rechts kann aber auch rechtsmissbräuchlich sein. Das ist der Fall, wenn dafür keine schutzwürdigen Gründe vorliegen und deshalb anzunehmen ist, dass der Steuerklassenwechsel vorwiegend zur Schmälerung eines obligatorischen Kostenbeitrags erfolgt ist, der nach dem Nettolohn berechnet wird.

Bundesverwaltungsgericht, Urteil vom 11. Oktober 2012 – 5 C 22.11

Gesetzliche Unfallversicherung

Pflegeperson ist geschützt

Eine nicht erwerbsmäßige Pflegeperson, die einen Unfall bei der Vorbereitung einer konkreten Pflegetätigkeit im Bereich der Grundpflege erleidet, steht unter dem Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung. Zwischen der vorbereitenden Handlung und der Pflegetätigkeit muss aber ein enger sachlicher, örtlicher und zeitlicher Zusammenhang bestehen. Ein solcher Zusammenhang ist bei einem Unfall zwei Stunden vor der beabsichtigten Pflegetätigkeit nicht gegeben.

Sozialgericht Karlsruhe, Urteil vom 9. August 2012 - S 1 U 4760/11

Caritas

Kirchenaustritt rechtfertigt Kündigung

Im Rahmen eines Arbeitsverhältnisses mit einem Caritasverband stellt es einen schwerwiegenden Verstoß gegen die arbeitsvertraglichen Loyalitätspflichten dar, wenn der Arbeitnehmer aus der katholischen Kirche austritt. Ein derartiger Verstoß ist an sich geeignet, die außerordentliche Kündigung des Arbeitsverhältnisses zu begründen.

Landesarbeitsgericht Baden-Württemberg, Urteil vom 9. März 2012 - 12 Sa 55/11

Bestattungskosten

Erstattung nur bei Rechtspflicht

Die Übernahme von Bestattungskosten aus Sozialhilfemitteln setzt eine rechtliche Verpflichtung des Antragstellers zur Bestattung voraus; eine bloße sittliche Verpflichtung, zum Beispiel aus Freundschaft, reicht nicht aus.

Sozialgericht Karlsruhe, Urteil vom 31. August 2012 - S 1 SO 1200/12

Arbeitslosengeld

In einigen Fällen auch für Studenten

Arbeitslosengeld kann nur beanspruchen, wer der Arbeitsagentur für Vermittlung zur Verfügung steht. Das wird bei Studierenden regelmäßig verneint, weil sie – so die gesetzliche Vermutung – nur versicherungsfreie Beschäftigungen ausüben können. Ist ein Studienanfänger bis zum Beginn der Lehrveranstaltungen nicht in studiumsrelevante Aktivitäten eingebunden, ist diese Vermutung widerlegt.

Der Fall: Die gelernte Krankenschwester meldete sich nach Arbeitsunfähigkeit arbeitslos. Die Mutter eines minderjährigen Kindes beantragte Arbeitslosengeld bis zum Studienbeginn. Die Agentur lehnte mit der Begründung ab, als eingeschriebene Studentin könne sie nur eine versicherungsfreie Beschäftigung ausüben. Die dagegen gerichtete Klage hatte Erfolg.

Das Landessozialgericht: Die Studentin hat nachgewiesen, dass sie bis zum Vorlesungsbeginn nicht durch universitäre Aktivitäten gebunden war und deshalb eine Beschäftigung ausüben konnte. Damit hat sie in dieser Zeit der Arbeitsvermittlung zur Verfügung gestanden und die gesetzliche Vermutung widerlegt.

Hessisches Landessozialgericht, Urteil vom 21. September 2012- L 7 AL 3/12

Eingliederungsmanagement

Entbehrlich wenn aussichtslos

Ist ein Arbeitnehmer innerhalb der letzten 12 Monate länger als sechs Wochen arbeitsunfähig, so ist der Arbeitgeber zum Angebot eines Betrieblichen Eingliederungsmanagements (BEM) verpflichtet. Diese Maßnahme soll helfen, Beschäftigte, die länger krank sind, wieder in den Arbeitsprozess einzubinden. Eine Kündigung ist aber nicht unwirksam, wenn der Arbeitgeber kein ordnungsgemäßes BEM durchgeführt hat. Vielmehr muss beim BEM eine alternative Beschäftigungsmöglichkeit bestanden haben, die eine Entlassung vermeidet.

Der Fall: Der Arbeitnehmer, Heilbehandlungspfleger, ist seit dreieinhalb Jahren arbeitsunfähig. Sein Leistungsprofil zeigte, dass er seine vorher ausgeübte Tätigkeit nicht weiter ausüben kann. Der Arbeitgeber kündigte das Arbeitsverhältnis. Die Klage dagegen hatte keinen Erfolg.

Das Landesarbeitsgericht: Die Kündigung ist wegen dauerhafter Arbeitsunfähigkeit gerechtfertigt. Der Arbeitnehmer ist künftig nicht in der Lage, Arbeiten auszuüben, die mit schwerem Heben und Tragen, dem Personentransport sowie dem Einsatz in Wechsel- und Nachtschicht verbunden sind. Mit diesen Leistungseinschränkungen kann er seine bisherige Tätigkeit nicht mehr ausüben. Damit ist eine erhebliche Beeinträchtigung betrieblicher Interessen gegeben.

Soweit der Arbeitnehmer angibt, er sei gesund, verkennt er, dass er nicht seine volle, vertraglich vereinbarte Arbeitsleistung erbringen kann. Als Heilbehandlungspfleger ist er arbeitsvertraglich verpflichtet, den Bewohnern bei der Körperhygiene und beim Toilettengang zu helfen. Das erfordert schweres Heben und Tragen. Der Arbeitgeber ist grundsätzlich nicht verpflichtet, eine nur eingeschränkt angebotene Arbeitsleistung anzunehmen. Die Kündigung ist auch nicht unwirksam, weil der Arbeitgeber kein ordnungsgemäßes BEM durchgeführt hat. Die Durchführung eines betrieblichen Eingliederungsmanagements ist keine formelle Wirksamkeitsvoraussetzung für den Ausspruch einer krankheitsbedingten Kündigung.

Landesarbeitsgericht Rheinland-Pfalz, Urteil vom 5. Juli 2012- 10 Sa 685/11

Autor: Luis Ledesma, Kassel – einblick 18/12

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 05.11.2012 19/12

DGB

14. November: EGB-Aktionstag

Solidarität ist das Gebot der Stunde

Es reicht. Mit einer rigiden Sparpolitik allein lässt sich die Eurokrise nicht lösen. Im Gegenteil: Die derzeitige Kahlschlagpolitik gefährdet Wachstum und Beschäftigung überall in Europa – nicht nur in den Euro-Krisenländern. Der Exekutivausschuss des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) hat deshalb Mitte Oktober beschlossen, zu einem europaweiten Aktions- und Solidaritätstag für den 14. November aufzurufen. Unter dem Motto „Für Arbeit und Solidarität. Nein zur sozialen Spaltung in Europa!" ruft auch der DGB zur europäischen Solidarität auf. Ziel des Aktionstags sei es, so der EGB, für einen europäischen Sozialpakt als Alternative zur Austeritätspolitik zu mobilisieren.

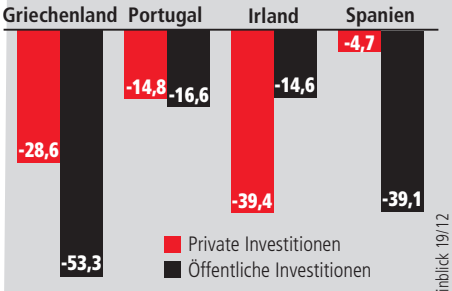
„Die einseitige und rigorose Sparpolitik verschärft die Krise und führt zu unzumutbaren Belastungen für die Beschäftigten", heißt es in der DGB-Solidaritätsbotschaft zum Aktionstag. Die derzeitigen Krisenrezepte helfen nicht gegen die Krise, sagt Annelie Buntenbach, im DGB-Vorstand für Europapolitik zuständig. „Im Gegenteil: Die Sparvorgaben der Troika für die so genannten Krisenländer haben bisher vor allem dazu geführt, dass die Zahl der Arbeitslosen in die Höhe schießt, junge Menschen auf der Straße stehen und keine Arbeit bekommen". Nötig sei ein Kurswechsel hin zu einem sozialen Europa, mit solidarischen Krisenlösungen und einem ernst gemeinten Programm für Wachstum und Beschäftigung.

Stattdessen würden die Krisenfolgen vor allem den ArbeitnehmerInnen zugeschoben. Zudem fehle es der Krisenpolitik an demokratischer Legitimation: „Europa wird gerade massiv umgebaut, ohne dass es wenigstens eine offene gesellschaftliche Debatte gibt. Der Umbau findet in den Hinterzimmern des Rates statt, das Europäische Parlament bleibt oft außen vor und muss seine Beteiligung einfordern und erstreiten", so Buntenbach.

Überall in Europa werden am 14. November zahlreiche Aktionen der Gewerkschaften stattfinden. In Spanien und in Portugal rüsten sich die Gewerkschaften für diesen Tag zum Generalstreik. Auch hierzulande bereiten DGB und Gewerkschaften bereits Solidaritätsaktionen und Kundgebungen vor – von Berlin über Frankfurt/Main und Kassel bis nach München. Und auch in den Betrieben ist die Solidarität groß: „Als Konzern der europa- und weltweit produziert und verkauft, können uns die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen in den anderen Ländern nicht egal sein", sagt Carsten Bätzold, Betriebsrat bei VW Kassel. „Alles, was in anderen Ländern passiert, betrifft uns auch." •

Sparpolitik belastet Wachstum

Entwicklung der Investitionen in den Euro-Krisenländern von 2009 bis 2011 (in Prozent)



Quelle: IMK, AMECO-Macrobound der EU (jährliche makroökonomische Datenerhebung der EU, Stand: 11. Mai 2012), Berechnungen des IMK.

© DGB einblick 19/12

Der rigide Sparkurs in den Krisenländern gefährdet Wirtschaft und Beschäftigung. In allen Eurokrisen-Staaten sind in den letzten zwei Jahren sowohl öffentliche wie auch private Investitionen gesunken.

plusminusBERLIN

+ ***Die SPD freut sich über den „Druck" aus der EU für die Finanztransaktionssteuer. Die SPD-Bundestagsfraktion will nun „wachsam" beobachten, dass die Bundesregierung auch mitzieht, versichert der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Joachim Poß.***

– ***Wirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) baut vor: Trotz schlechterer Prognosen für den Arbeitsmarkt müssten „zusätzliche Belastungen" für die Unternehmen vermieden werden, sonst werde deren „Einstellungsbereitschaft" gefährdet.***

inhalt

Seite 3

Karrierekiller Leiharbeit

Berufsanfänger, die mit Leiharbeit starten, haben ein größeres Risiko, arbeitslos zu werden. Eine aktuelle Studie zeigt, welche Folgen Leiharbeit auf die Karriere hat

Seite 5

Gute Arbeit global

Mit internationalen Rahmenvereinbarungen und gewerkschaftlichen Netzwerken wollen die Gewerkschaften soziale Mindeststandards durchsetzen

Seite 7

Sparen allein ist keine Lösung

Der Euroraum kann stabilisiert werden, davon ist das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) überzeugt. Welche vier Kernforderungen dafür erfüllt sein müssen, erklärt die IMK-Expertin Silke Tober

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.bit.ly/igmj_video

Video der IG Metall-Jugend zu den JAV-Wahlen 2012

Hintergrund

www.einblick.dgb.de/hintergrund

Materialien zum Aktionstag der europäischen Gewerkschaften am 14.November und zur Krise im Euroraum

WSI-Studie

Erosion des Tarifsystems

Allgemeinverbindlicherklärungen (AVE) sind für die Entwicklung des Tarifvertragssystems in Europa von großer Bedeutung. Doch in Deutschland werden AVE immer seltener. Waren es Anfang der 1990er-Jahre noch 400, sind im vergangenen Jahr nur noch 230 Tarifverträge für allgemeinverbindlich erklärt worden. 2011 galten gerade einmal 1,5 Prozent der Lohn- und Gehaltstarifverträge auch für nicht-tarifgebundene Betriebe und damit für 245 000 Beschäftigte in Deutschland. Der Rückgang von allgemeinverbindlichen Tarifverträgen befördert die Erosion des Tarifsystems insgesamt. Zu diesem Ergebnis kommen Reinhard Bispinck und Thorsten Schulten vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut in der Hans-Böckler-Stiftung (WSI) in ihrer gerade vorgelegten Studie.

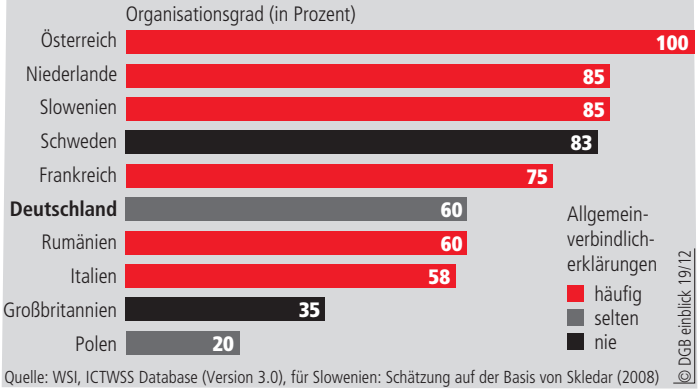
Anders als hierzulande werden in vielen europäischen Ländern Tarifverträge in der Regel für allgemeinverbindlich erklärt und gelten so für alle Unternehmen einer Branche. Das gilt für Österreich, Frankreich, Belgien und Niederlande, Finnland, Spanien oder auch Griechenland. Dabei wirke sich die Praxis der AVE eindeutig positiv auf den Organisationsgrad der Arbeitgeber (siehe Grafik) aus und führe keineswegs zu einer Schwächung gewerkschaftlicher Durchsetzungsmacht, so Schulten.

Die ablehnende Haltung der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände zur AVE sieht Reinhard Bispinck als eine wesentliche Ursache für die sinkende Zahl allgemein verbindlicher Tarifverträge. Dabei sei eine Renaissance der AVE ein wichtiger Baustein, um das Tarifsystem zu stabilisieren. Besonders negativ wirke die geltende Regelung, nach der für eine AVE mindestens 50 Prozent der Beschäftigten einer Branche unter einen Tarifvertrag fallen müssen. Das erschwere eine AVE gerade dort, wo sie wegen der abnehmenden Tarifbindung dringend nötig sei. •

www.boeckler.de

Allgemeinverbindlicherklärung: Anreiz für Verbandsmitgliedschaft

Organisationsgrad der Arbeitgeber und Verbreitung von Allgemeinverbindlicherklärungen in ausgewählten Ländern Europas 2007 – 2010



Quelle: WSI, ICTWSS Database (Version 3.0), für Slowenien: Schätzung auf der Basis von Skledar (2008)

Allgemeinverbindlicherklärungen von Tarifverträgen schaffen Anreize für Unternehmen, Mitglied in einem Arbeitgeberverband zu werden.

Armutsbericht

Im Schatten

Der gerade erschienene Armutsbericht der Nationalen Armutskonferenz (nak) unter dem Titel „Die im Schatten sieht man nicht" setzt sich mit den wachsenden Unterschieden zwischen Arm und Reich auseinander. „Die Politik schaut weitgehend tatenlos zu", stellt Thomas Beyer, Sprecher der nak, fest.

In Zusammenarbeit mit der Berliner Obdachlosenzeitung *strassenfeger* schildern Betroffene ihre persönlichen Erfahrungen. Der Bericht ist das Gegenstück zum 4. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, der bislang lediglich in einer Entwurfsfassung vorliegt. Der offizielle Entwurf gehe an den Problemen vorbei, lautet der Vorwurf der nak: „Nicht zum ersten Mal sind die Praxisberichte von Verbänden, Wissenschaft, Kirchen, anderen gesellschaftlichen Akteuren und vor allem den Betroffenen nicht ausreichend einbezogen worden", kritisiert Beyer. Auf sie habe Bundessozialministerin Ursula von der Leyen zugunsten eher theoretischer Darstellungen von Armut verzichtet. •

http://bit.ly/nak_armut

Faire Mobilität

Probleme analysiert

Arbeitnehmerfreizügigkeit und Dienstleistungsfreiheit funktionieren in vielen Bereichen gut, doch in einigen Branchen werden Mindeststandards und Tarife systematisch umgangen. Die Analyse „Grenzenlos faire Mobilität" des DGB-Bildungswerks im Auftrag des Projektes *Faire Mobilität* beschreibt die aktuelle Situation. Darüber hinaus gibt sie Empfehlungen, welche rechtlichen Voraussetzungen notwendig wären, um die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten aus den mittel- und osteuropäischen EU-Staaten in Deutschland zu verbessern. •

www.dgb.de/fairmobil/

Werkverträge

Gesetzgeber gefordert

„Es gibt immer mehr schwarze Schafe, die Werkverträge missbrauchen, um Löhne zu drücken und den Kündigungsschutz zu unterlaufen", kritisiert DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach die gängige Praxis. Der DGB registriert eine Zunahme von Werkverträgen, die sich zu einem neuen „Schlupfloch für das Absenken von Arbeitsstandards" entwickeln, und fordert bessere gesetzliche Regeln. Der DGB-Bundesvorstand hat dazu Anfang Oktober ein Positionspapier verabschiedet. •

www.einblick.dgb.de/hintergrund

Industriestandort

Gute Bedingungen

Die Unternehmen sind mit dem Standort Deutschland weitgehend zufrieden. Nach einer Studie des Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW) im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums liegt Deutschland auf Rang 5 hinter den USA, Schweden, Dänemark und der Schweiz. Positiv bewerten die Manager in erster Linie die Versorgungssicherheit (Energie), Rechtssicherheit und Infrastruktur. Auch die deutschen Arbeitsbeziehungen erhielten gute Noten. So seien die Arbeitszeiten sehr flexibel und Störungen der Betriebsabläufe durch Arbeitskämpfe selten. •

Datenschutz

EU-Richtlinie verbessern

Die EU-Kommission will den europäischen Datenschutz harmonisieren. Grundsätzlich wurde die im Innenausschuss des Bundestages diskutierte Datenschutzgrundverordnung positiv bewertet. Die SPD-Fraktion sieht allerdings noch Verbesserungsbedarf. Vor allem beim Beschäftigtendatenschutz erwartet sie klarere Vorgaben. •

Arbeitsmarkt

Leiharbeit bremst Berufskarriere

Für Berufsanfänger, die mit einer Leiharbeitsstelle starten, ist das Arbeitslosenrisiko höher. Beim Einkommen liegen sie oft noch Jahre später hinter dem der gleich Qualifizierten in Vollzeitstellen.

Die Einbeziehung der Minijobs in die Sozialversicherung und eine bessere Bezahlung der Leiharbeitskräfte sind für die Gewerkschaften vorrangige Ziele, um die Ordnung auf dem Arbeitsmarkt wiederherzustellen. Geringe Einkommen und mangelnde Berufsperspektiven begleiten junge Menschen, die mit befristeten Verträgen oder einer Anstellung in einem Leiharbeitsunternehmen ins Arbeitsleben einsteigen, möglicherweise ein Leben lang. Nach einer neuen Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) werden immer weniger BerufsanfängerInnen in einem Normalarbeitsverhältnis eingestellt. Der Einstieg, etwa über Leiharbeit, wird aber immer häufiger zum berufslebenslangen Nachteil: „Gelingt ein passender Einstieg in den ersten drei Jahren nicht, dann ist das nur schwer zu korrigieren", warnte IAB-Direktor Joachim Möller, bei der Präsentation des „Handbuch Arbeitsmarkt 2013" Mitte Oktober in Berlin.

Denn wer mit befristeter Anstellung oder in Leiharbeit startet, hat ein höheres Arbeitslosenrisiko. Diese Beschäftigtengruppe war drei Jahre nach dem Berufsabschluss mit 196 Tagen fast doppelt so häufig arbeitslos wie die übrigen Berufsstarter. Auch beim Einkommen sind LeiharbeitnehmerInnen langfristig benachteiligt. Wer beim Berufseinstieg drei Monate oder länger befristet arbeitet oder einen Leiharbeitsvertrag unterschreibt, liegt fünf Jahre später rund 17 Prozent unter dem Einkommen gleich Qualifizierter im Normalarbeitsverhältnis.

Der Trend, zumindest die ersten Berufsjahre durch Leiharbeit, Praktika, Befristungen oder auch mit Werkverträgen zu überbrücken, hat sich in den letzten Jahren für alle Berufseinsteiger verschärft, heißt es in der Studie. So fanden im Jahr 2000 noch 60 Prozent der Einsteiger im ersten Jahr nach ihrem Abschluss eine unbefristete Vollzeitbeschäftigung. Heute gelinge dieses nur noch rund 50 Prozent.

Generell warnen die Arbeitsmarktforscher: Aus „atypischer Beschäftigung kann im Zeitverlauf eine Standard-Erwerbsform" werden. IAB-Direktor Möller räumt zwar ein, dass Leiharbeit im Vergleich zur Arbeitslosigkeit „die bessere Alternative" sei. Doch zeige sich bei „realistischer Betrachtung", „dass die Brücke in ein stabiles Beschäftigungsverhältnis außerhalb der Zeitarbeitsbranche schmal ist".

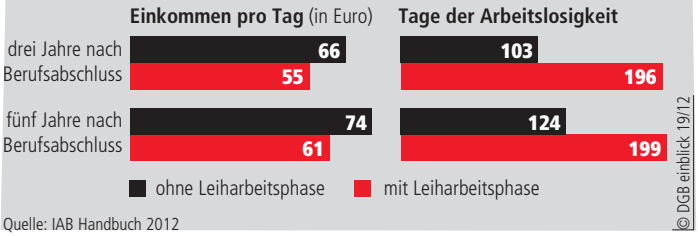
Rund 47 Prozent der Leiharbeitseinsteiger hatten drei Jahre nach Ausbildungsende mindestens eine weitere Leiharbeitsphase. Fünf Jahre später waren es immer noch über 36 Prozent. Die Schlussfolgerung der IAB-Forscher lautet deshalb, „um Arbeitslosigkeit frühzeitig und nachhaltig zu verhindern, ist eine möglichst ‚gute' Arbeit zu Beginn der Erwerbskarriere besonders wichtig", denn in Deutschland „stehen und fallen die Chancen und Risiken im weiteren Erwerbsverlauf mit dem ersten Einstieg ins Erwerbsleben".

Um dieser Falle aus wechselnden Leiharbeitsangeboten und Arbeitslosigkeit zu entkommen, empfehlen die Arbeitsmarktexperten Maßnahmen, die auch der DGB immer wieder einfordert: die Bekämpfung der Bildungsarmut, ausreichende Ausbildungsplätze und zur Arbeitsmarktintegration von Hochrisikogruppen „intensive Beratung und Coaching". Darüber hinaus fordert das IAB, auch die „Aufwärtsmobilität" zu fördern. Hier könnten berufsbegleitende Maßnahmen ebenso helfen wie „besondere Vermittlungsbemühungen zugunsten von Personen, die besonders häufig zwischen temporärer Beschäftigung und Arbeitslosigkeit hin und her wechseln".

Leiharbeit und andere Formen atypischer Beschäftigung verstärken die Risiken am Arbeitsmarkt, dies ist vor allem für junge Menschen fatal, sagt DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach: „Wenn Phasen atypischer Beschäftigung sich nicht ganz vermeiden lassen, muss das Ziel sein, diese möglichst kurz zu halten und besser abzusichern. Leiharbeit muss deswegen gleich bezahlt und die Einsatzdauer befristet werden." Die sachgrundlose Befristung müsse beendet werden, Praktika nach Ende der Ausbildung müssten grundsätzlich bezahlt und die Minijobs in den allgemeinen Arbeitsmarkt integriert werden. •

Weniger Geld und länger arbeitslos

Erwerbsverläufe mit und ohne Leiharbeitsphase



Quelle: IAB Handbuch 2012

Dem überwiegenden Teil der Berufseinsteiger mit Leiharbeitsverträgen gelingt es nicht, die Nachteile in späteren Jahren aufzuholen.

Umfassende Analyse

Das IAB-Handbuch bietet mit Analysen und Prognosen einen Überblick über den Arbeitsmarkt. Ein Kapitel beschäftigt sich mit dem Thema Demografie.

✱ Der Anteil älterer ArbeitnehmerInnen steigt. Die größte Zunahme findet sich in der Gruppe der 50- bis 54-Jährigen.

✱ Wer 60 Jahre und älter ist, hat hingegen wenig Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Im Jahr 2010 hatte nur jeder Vierte in diesem Alter noch eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung.

✱ Die generell verbesserte Beschäftigungsquote Älterer liegt für die IAB-Experten in erster Linie an den Frauen. Es sei die Generation derer, die immer schon berufstätig waren, die nun in diese Altersgruppe aufrücken.

✱ Der Anteil der 55- bis 64-jährigen Frauen stieg zwischen 1998 und 2010 um mehr als acht Prozentpunkte auf 45 Prozent.

Der positive Trend reiche allerdings für die Zukunft nicht aus. Er müsse weiter verstärkt werden, fordern die Arbeitsmarktforscher. Benötigt werde dafür „ein ganzes Strategiebündel" an Maßnahmen. Vor allem seien „Hemmnisse auf der betrieblichen Seite zu überwinden".

www.iab.de

Betriebsräte-Preis 2012

Expandieren statt schließen

Für das Projekt „Expandieren statt schließen" ist der Betriebsrat der Vorwerk Deutschland Stiftung und Co. KG aus Wuppertal mit dem Deutschen Betriebsräte-Preis in Gold ausgezeichnet worden. Mit ihrer Initiative haben die Betriebsräte dafür gesorgt, dass neue, erfolgreiche Vertriebswege entwickelt und so Arbeitsplätze gesichert wurden. Die Auszeichnung in Silber geht an den Gesamtbetriebsrat der Bayer AG in Leverkusen. Die ArbeitnehmervertreterInnen haben sich umfassend für die Themen Gesundheitsförderung und Arbeitsschutz engagiert. Für ihren Einsatz beim Thema Entgeltgleichheit sind die Betriebsräte der Festo AG und Co. KG in Esslingen mit dem dritten Platz geehrt worden. Insgesamt hatten sich mehr als 80 Gremien beworben.

Sonderpreise gehen zudem an die ArbeitnehmervertreterInnen der Klinikum Bayreuth GmbH (Kategorie „Fair statt prekär"), des E-Center Scheuner, Bad Gandersheim („Innovative Betriebsratsarbeit"), der Volkswagen AG, Werk Braunschweig („Gute Arbeit") und der Sterling SIHI GmbH, Tönning („Zukunftssicherung"). DGB-Vorstand und Jury-Mitglied Dietmar Hexel forderte bei der Preisverleihung, die Rechte der Betriebsräte weiter zu stärken. „Ein neuer Angriff auf Freiheit, Gerechtigkeit und Sicherheit ist durch den zunehmenden missbräuchlichen Einsatz von Werkverträgen, der modernen Form der Tagelöhnerei, gestartet worden." Hier bräuchten Betriebsräte klare Mitbestimmungsrechte, so Hexel. Auch im kommenden Jahr soll der Betriebsräte-Preis auf Initiative der Fachzeitschrift „Arbeitsrecht im Betrieb" wieder verliehen werden. Mehr Infos gibt es im Internet: •

www.bit.ly/br_preis_2012

neueBücher

Rund ein Viertel der Wertschöpfung in Deutschland wird durch die Industrie erzielt. Im Vergleich zu den USA, zu Großbritannien und der EU ist ihr Anteil überdurchschnittlich hoch. Doch wie sieht die Zukunft der Industrie aus? Was macht Industrie im 21. Jahrhundert aus? Und was unterscheidet die Industrie im Informationszeitalter von der früherer Epochen? Im Buch ***Die Modernität der Industrie*** untersuchen ExpertInnen aus Wirtschaft, Gewerkschaften, Politik und Wissenschaft die künftigen Potenziale industrieller Produktion. Unter anderem geht es um aktuelle Diskussionen, um die öffentliche Akzeptanz industrieller Großprojekte und um den gesellschaftlichen Nutzen. Das von der Chemie-Stiftung Sozialpartner-Akademie initiierte Buch will zu einem „adäquaten Verständnis" beitragen. Die verschiedenen Aufsätze liefern wissenswerten Hintergrund zu Geschichte, Gegenwart und Perspektiven der Industrie.

Birger P. Priddat, Klaus-W. West (Hrsg.): Die Modernität der Industrie, Metropolis Verlag, 399 Seiten, 29,90 Euro

DGB-Bildungswerk

Erfolgreich im Betrieb

Um KollegInnen im Betrieb für gewerkschaftliche Ziele zu gewinnen, muss man nicht nur inhaltlich, sondern auch rhetorisch fit sein. Das Seminarprogramm 2013 des DGB-Bildungswerks will dazu beitragen. Erstmals bieten die BildungsexpertInnen unter der Rubrik Gremienkompetenz Seminare und Workshops an, um zum Beispiel Moderationstechniken zu erlernen. Ebenso finden sich Rhetorik-Seminare und Konfliktlösungs-Schulungen im Programm. Zudem gibt es wieder Seminare zur Gesellschaftspolitik, zur Berufsschul- und Studierendenarbeit oder zur TeamerInnen-Qualifikation. Interessant für GewerkschafterInnen im Jahr 2013: das Seminar „Presse-, Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit im Wahljahr". •

Programm und Online-Buchung der Seminare im Internet: www.dgb-bildungswerk.de

Otto-Brenner-Stiftung

„Hohle Idole" im Fokus

Seit mehr als zehn Jahren laufen Casting-Shows erfolgreich im Privatfernsehen. Allen voran „Deutschland sucht den Superstar" mit dem „Pop-Titanen" Dieter Bohlen. Der Umgang mit den oft sehr jungen KandidatInnen ist meist streng und harsch im Ton. Gleiches gilt für die Model-Show „Germany's next Topmodel". Als „erstaunlich autoritär, willkürlich und erziehend zu Konformität und Gehorsam" bezeichnet der Medienwissenschaftler Bernd Gäbler dieses Fernsehformat in einer aktuellen Studie. Im Auftrag der Otto-Brenner-Stiftung hat er die beiden Sendungen sowie die Personality-Dokumentation „Natürlich blond" mit Daniela Katzenberger untersucht. Gäblers Fazit: Was zählt, sind Äußerlichkeiten. „Selbstvermarktung und Design treten an die Stelle von Substanz, Kompetenz und Qualifikation." Wichtige soziale Fähigkeiten würden nicht präsentiert. Die Otto-Brenner-Stiftung möchte mit der Studie eine Diskussion über Themen und Trends im Unterhaltungsfernsehen anregen. Zudem warnt die Stiftung vor einer „sanften Nachahmung" dieser Formate durch das öffentlich-rechtliche Fernsehen. Die Studie kann im Internet bestellt werden. •

www.otto-brenner-stiftung.de

interregio

••• Gemeinsam mit den Arbeitgebern lädt der ***DGB Niedersachsen*** als Gründungsmitglied der „Demografieagentur für die niedersächsische Wirtschaft" am 21. November zu einem ***Demografie-Kongress*** nach Hannover ein. Unter anderem geht es um die Frage, wie Unternehmen die Potenziale älterer Beschäftigter besser nutzen können. Verantwortliche aus Unternehmen und Beschäftigte stellen ihre Erfahrungen vor. In Diskussionsrunden werden VertreterInnen aus Wirtschaft, Gewerkschaften und Wissenschaft Perspektiven und Positionen analysieren und debattieren.

www.demografieagentur-nds.de

••• Der ***DGB Nord*** fordert das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig auf, der ***juristischen Prüfung des Elbausbaus*** höchste Priorität einzuräumen. Eine jahrelange Verzögerung sei Gift für den Außen- und Binnenhandel. Der Vorsitzende des DGB-Bezirks Nord Uwe Polkaehn erklärt: „Je weniger Container auf dem Wasser sind, desto mehr sind auf der Straße. Wer den Ausbau der Elbe blockiert, setzt einen gigantischen Lkw-Konvoi von und nach Rotterdam und Antwerpen in Bewegung." Er könne nicht erkennen, was daran ökologisch sei.

www.nord.dgb.de/-/PvP

Internationale Rahmenvereinbarungen

Global Player für gute Arbeit

Mit Internationalen Rahmenvereinbarungen (IRV) und Netzwerken wollen die Gewerkschaften Mindeststandards weltweit durchsetzen. einblick stellt einige aktuelle Beispiele aus Industriebranchen vor.

Berthold Huber, Erster Vorsitzender der IG Metall und Präsident des neu gegründeten internationalen Gewerkschaftsverbundes IndustriALL Global Union, gibt die Zielrichtung vor: „Wir müssen uns auf die Hauptplayer der Globalisierung konzentrieren, auf die multinationalen Konzerne." Mit diesen sollen die Gewerkschaften globale Rahmenvereinbarungen über weltweit gültige soziale Mindeststandards verhandeln. Seit geraumer Zeit bemühen sich die Gewerkschaften, mit globalen Abkommen in multinationalen Konzernen Arbeitnehmerrechte zu sichern – nicht nur in der Industrie, sondern auch in Dienstleistungsbranchen. Prominentes Beispiel eines Unternehmens, das sich standhaft weigert, die gleichen Rechte wie den Beschäftigten hierzulande auch denjenigen in Töchterfirmen weltweit zuzugestehen, ist die Deutsche Telekom *(einblick 4/12)*.

Rund 80 solcher Abkommen gibt es mittlerweile weltweit. In erster Linie regeln sie, dass Konzerne Arbeitnehmerrechte an allen Standorten einhalten. Dazu gehören zum Beispiel der Schutz der Versammlungs- und Koalitionsfreiheit oder Standards im Gesundheitsschutz. Mehr als 20 dieser Abkommen sind im Organisationsbereich der IG Metall ausgehandelt worden, unter anderem mit Bosch, EADS, VW, Daimler, BMW und MAN.

Mitte Oktober konnte Lilo Rademacher, Zweite Bevollmächtigte der IG Metall Friedrichshafen-Oberschwaben, eine weitere Vereinbarung verkünden. Unter dem Titel „Grundsätze sozialer Verantwortung" sichert der schwäbische Konzern ZF Friedrichshafen seinen Beschäftigten an allen Standorten zu, direkte Ansprechpartner für ArbeitnehmerInnen in Konfliktfällen zu benennen. Hintergrund: Mehrfach war es in brasilianischen Werken nach Unfällen zu Problemen gekommen. Zwar sind brasilianische Arbeitgeber verpflichtet, ArbeitnehmerInnen, die nach einem Unfall nicht mehr voll einsatzfähig sind, weiter zu beschäftigen. Doch einige örtliche Werksleitungen versuchten, sich davor zu drücken, erklärt Rademacher. Die IRV regelt nun, dass der Konzern bei Verstößen Maßnahmen einleiten kann. Rademacher fordert den Konzernvorstand auf, die Vereinbarung weltweit anzuerkennen.

Akzeptanz ist wichtig, wie der Fall Siemens in den USA zeigt. Erst im Sommer hatte der Konzern gemeinsam mit dem Gesamtbetriebsrat, der IG Metall und IndustriALL eine IRV vereinbart. Doch nur sechs Wochen später verstieß die örtliche Siemens-Leitung im amerikanischen Städtchen North East gegen die Vereinbarung, so die IG Metall. So warnten die Manager die rund 60 Beschäftigten vor dem Engagement der amerikanischen Stahlarbeiter-Gewerkschaft USW am Standort. Unter anderem kündigten sie laut *Süddeutscher Zeitung* „sehr harte" Tarifverhandlungen an. Nach amerikanischem Arbeitsrecht müssen die Beschäftigten vorher abstimmen, ob sie von einer Gewerkschaft vertreten werden wollen. In der Vereinbarung betont Siemens jedoch den Willen zur konstruktiven Zusammenarbeit mit Beschäftigten, Gewerkschaften und ArbeitnehmervertreterInnen.

Der IG Metall-Konzernbeauftragte für Siemens, Reinhard Hahn, kritisiert: „Es ist schade, dass die Rahmenvereinbarung bei der ersten internationalen Bewährungsprobe scheinbar ignoriert wird." Die IG Metall fordert die Manager bei Siemens auf, das Abkommen nicht nur zur Kenntnis zu nehmen, sondern auch einzuhalten. Zu spät für die USW am Standort North East: Die Beschäftigten folgten den Argumenten der Manager und lehnten ein Engagement der Gewerkschaft ab.

Um sicherzustellen, dass örtliche Werksleitungen in den USA keinen Einfluss auf die Gewerkschafts-Abstimmung nehmen, hat die IG BCE mit dem Kautschukkonzern Freudenberg eine ergänzende Neutralitäts-Klausel vereinbart. „Dadurch haben unsere Schwestergewerkschaften die Chance, sich ohne Einflussnahme der Arbeitgeber den Beschäftigten zu präsentieren und bei der Abstimmung anzutreten", erklärt Michael Wolters, beim IG BCE-Hauptvorstand zuständig für Globalisierung und Europapolitik.

IndustriALL Global Union setzt unter anderem auf Internationale Rahmenvereinbarungen, um Mindestarbeitsstandards weltweit durchzusetzen. Mehr Infos dazu auf der Internetseite von IndustriALL: *www.bit.ly/IA_GFA*

Um Arbeitnehmerrechte weltweit durchzusetzen, bauen IG Metall und IG BCE zudem auf transnationale gewerkschaftliche Netzwerke. So tagt ein solches gewerkschaftliches Netzwerk beim Chemiekonzern BASF in Lateinamerika alle zwei Jahre. Das Besondere: Auch Konzern-Manager nehmen an den Sitzungen teil. Denn, betont Wolters, „die Werteabkommen leben vor allem von direkter Interaktion". •

Kurswechsel weltweit

Die Finanzmärkte haben die Welt mehrfach an den Abgrund geführt. Eine zentrale Frage der Zukunft lautet deshalb: Gibt es Alternativen zum finanzmarktgetriebenen Kapitalismus?

Antworten darauf stehen im Mittelpunkt einer internationalen Konferenz, zu der die IG Metall vom 5. bis 7. Dezember nach Berlin einlädt. Unter dem Motto „Kurswechsel für ein gutes Leben" analysieren renommierte und hochrangige ExpertInnen aus Gewerkschaften, Politik und Wissenschaft neue Wege für Gesellschaft und Wirtschaft.

So sollen in sechs Foren die künftigen „Herausforderungen" diskutiert werden, unter anderem zum Umbau der Industrie oder zur globalen Ungleichheit. In sechs weiteren Foren werden „konkrete Ansätze" unter die Lupe genommen, wie zum Beispiel „Industrie auf grünen Wegen" oder die „Zukunft der Mobilität".

Weitere Infos zur Konferenz gibt es unter: ***www.igmetall-kurswechselkongress.de***

kurz&bündig

Der Fachkräftemangel wird sich verschärfen, wenn sich die Familienpolitik des Bundes nicht ändert, warnt der NGG-Vorsitzende Franz-Josef Möllenberg. Betreuungsgeld statt Kita-Ausbau und die mangelnde Unterstützung für eine Frauenquote in Unternehmen werden sich negativ auf den zukünftigen Fachkräftemangel auswirken.

Eine Qualifizierungsoffensive fordert die Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in ver.di. Die Entwicklung der Online-Medien und cross-mediale Arbeitsweisen müssten in der Ausbildung berücksichtigt werden. Ein Tarifanspruch auf Weiterbildung sei notwendig. .

In der Videoüberwachung öffentlicher Plätze sieht die GdP „kein Allheilmittel". Zwar könnten die Aufzeichnungen bei der Aufklärung einer Tat helfen, wie stark sie allerdings der Abschreckung dienten, sei „zweifelhaft", sagt der GdP-Vorsitzende Bernhard Witthaut. Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) hatte eine verstärkte Videoüberwachung nach der tödlichen Prügelattacke auf dem Berliner Alexanderplatz gefordert.

Klaus Wiesehügel, Vorsitzender der IG BAU und Präsident der Bau-Holzarbeiter Internationale (BHI), fordert eine „gerechte Verteilung der Wohlstandsgewinne" in den Schwellenländern.

EVG-Kongress

„Es ist ein Wir-Gefühl entstanden"

Rund zwei Jahre nach der Verschmelzung der Gewerkschaften TRANSNET und GDBA hat die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) in Berlin vom 28. Oktober bis zum 1. November ihren 1. Ordentlichen Gewerkschaftstag abgehalten. Unter dem Motto „Gemeinsam arbeiten für Menschen, Arbeit, Umwelt" zogen die Mitglieder des Übergangsvorstandes eine positive Bilanz. „Die Bildung der EVG war und ist der richtige Schritt", betonte der alte und neue Vorsitzende Alexander Kirchner vor den rund 300 Delegierten. Den „historischen Schritt" würdigte auch der ebenfalls wieder gewählte stellvertretende Vorsitzende Klaus-Dieter Hommel: „Es ist ein Wir-Gefühl entstanden, wir reden nicht mehr über den Zusammenschluss. Wir leben ihn."

In seiner Grundsatzrede nach der Wahl des neuen Bundesvorstandes (siehe Personalien, Seite 8) erinnerte Alexander Kirchner daran, dass eine noch stärkere Hinwendung zum Mitglied der Schlüssel zum Erfolg gewerkschaftlicher Arbeit sei. Nachdem die notwendigen Strukturen aufgebaut seien, soll nun die inhaltliche Arbeit im Vordergrund stehen. In diesem Zusammenhang verwies Kirchner auf die Herausforderungen, die vor der EVG liegen: Abschluss des Zukunft-Tarifvertrages mit der Deutschen Bahn AG, Weiterentwicklung des Branchentarifvertrages, die Einkommensrunde 2013 und der Mitte 2014 auslaufende Grundlagen-Tarifvertrag.

Die Delegierten hatten über rund 600 in Blöcke gefasste Anträge zu entscheiden. Dabei ging es thematisch um eine „neue Wirtschaftsordnung", „gute und wertschätzende Arbeit", „eine ökologische Verkehrswende", um „Demokratie und Frieden in Wirtschaft und Gesellschaft", „Soziale Gerechtigkeit", „junge Menschen und ihre Zukunft" sowie um „starke Gewerkschaften". •

IG Metall

Mehr Geld für 200 000 Leiharbeiter

Seit 1. November gelten die tariflich vereinbarten Branchenzuschläge für Leiharbeitsbeschäftigte in der Metall- und Elektroindustrie. „Wir rechnen schon am 1. November mit rund 200 000 Leiharbeitnehmern, die Anspruch auf die erste Stufe von 15 Prozent mehr Geld haben", sagt Helga Schwitzer, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall. Der Zuschlag werde fällig, wenn Leiharbeitsbeschäftigte sechs Wochen oder länger im Einsatzbetrieb seien. „Unsere tarifliche Doppelstrategie aus mehr Mitbestimmung für Betriebsräte in den Entleihbetrieben und Branchenzuschläge in der Leiharbeit hat sich gelohnt. Wir haben die Situation von Leiharbeits- und Stammbeschäftigten maßgeblich verbessert", erklärt Schwitzer.

Die IG Metall habe aber keinesfalls ihren Frieden mit der Leiharbeit gemacht. „Die Politik bleibt gefordert, die Missbrauchsmöglichkeiten der Leiharbeit zu beenden", so Schwitzer. Es gelte, den Arbeitsmarkt neu zu ordnen. Hierfür mache die IG Metall weiter Druck. Das Synchronisationsverbot, die Höchstverleihdauer und Equal Pay müssten gesetzlich festgeschrieben werden. Dass es anders geht, zeigt der Landmaschinenhersteller John Deere in Mannheim. Dort sind Leiharbeitskräfte bis auf die betriebliche Altersvorsorge bei Entgelt und Arbeitsbedingungen der Stammbelegschaft gleichgestellt. •

ver.di international

Drei Länder – eine Meinung

„Drei-Länder-Wochen" heißt eine ver.di-Aktion, mit der die Gewerkschaft gezielt auf die negativen Folgen der Finanzkrise aufmerksam machen will. In Deutschland, Österreich und der Schweiz starteten ver.di und die Schwestergewerkschaften GPA-djp und UNIA eine Umfrage über die Zufriedenheit mit dem jeweils nationalen politischen Management der Finanzkrise. Das Ergebnis ist länderübergreifend identisch. „Alle Befragten sprechen sich eindeutig gegen die praktizierte Sparpolitik und für mehr Investitionen in den Krisenländern aus", bilanziert Wolfgang Pieper, Leiter der Grundsatzabteilung, das Ergebnis. ver.di will die Forderungen aus der Umfrage in weiteren Veranstaltungen in diesen drei Ländern thematisieren, um länderübergreifend über die Auswirkungen „ins Gespräch zu kommen". Es müsse auf einen Kurswechsel innerhalb Europas hingearbeitet werden, heißt es bei ver.di. •

Hans-Böckler-Stiftung

Web 2.0 im Blick

Mit praktischen Hinweisen erklärt die Hans-Böckler-Stiftung im Netz, wie und wo Betriebsräte bei Web 2.0-Anwendungen tätig werden können. So haben diese beispielsweise die Möglichkeit, Social-Media-Richtlinien aufzustellen. Darin kann dann geregelt werden, ob Beschäftigte Facebook oder Twitter während der Arbeitszeit nutzen dürfen. •

www.boeckler.de/40453.htm

Euro-Krise

Sparpolitik allein ist keine Lösung

Eine Krisenstrategie, die den Euroraum insgesamt stabilisiert, fordert IMK-Referatsleiterin Silke Tober.

Die Lage im Euroraum ist zweieinhalb Jahre nach Beginn der Euro-Krise prekär. Es müssen wirtschaftspolitische Maßnahmen ergriffen werden, die das Vertrauen in die Stabilität des Euroraums wiederherstellen und die zugleich nachhaltige öffentliche Finanzen und einen Abbau der Leistungsbilanzungleichgewichte ermöglichen. Eine erfolgversprechende Krisenstrategie beinhaltet vier unerlässliche Elemente:

1. Die Bereitschaft der EZB, unbegrenzt am Markt für Staatsanleihen zu intervenieren, ist erforderlich, weil nur die Zentralbank über hinreichende Mittel verfügt, dem wirtschaftspolitischen Stabilisierungswillen Nachdruck zu verleihen und die langfristigen Zinsen in den Krisenländern zu verringern. Die deutliche Verringerung der Zinsdifferenzen im Euroraum ist erforderlich, weil die Geldpolitik nur so in den Krisenländern expansiv wirken kann. Gerade die Krisenländer benötigen diesen Impuls, da die Fiskalpolitik im Zuge der Konsolidierung restriktiv wirkt. Die EZB würde somit durchaus im Rahmen ihres Mandats handeln, da sie letztlich die Wirksamkeit ihrer Geldpolitik wiederherstellt. Die EZB hat aber ein Problem: Die Regierungen haben bisher weder Schuldenschnitte noch einen veränderten Euro-Länderkreis ausgeschlossen. Damit beinhalten Staatsanleihenkäufe erhebliche Risiken, die letztlich die Steuerzahler tragen. Daher und weil die EZB keine Bedingungen an Anleihenkäufe knüpfen kann, war es folgerichtig, diese an ein Hilfsprogramm der Rettungsfonds EFSF/ESM zu koppeln.

2. Erforderlich ist ein Bekenntnis der Regierungen, die Krise gemeinsam und ohne weitere Schuldenschnitte zu bewältigen. Dies könnte beispielsweise mit einem Schuldentilgungsfonds umgesetzt werden: Garantieren die Euroländer gemeinschaftlich alle Schulden, die über eine Staatsschuldenquote von 60 Prozent des BIP hinausgehen (bedienen sie aber einzelstaatlich), schließen sie Schuldenschnitte faktisch aus. In der gegenwärtigen Krisenstrategie wird ein Schuldenschnitt dagegen stets mitgedacht, und Marktzinsen sollen als disziplinierendes Mittel zum Sparen wirken. Damit wird nicht nur die Rationalität der Finanzmärkte verklärt und das Risiko künftiger spekulativer Attacken in Kauf genommen, sondern es wird zudem verhindert, dass Staatsanleihen wieder den Status als sichere Anlagen erlangen.

Foto: Kineta Tober

Die Volkswirtschaftlerin Dr. Silke Tober (48) ist seit Juli 2005 Leiterin des Referats Makroökonomische Grundlagenforschung, Geldpolitik am Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung.

3. Um die künftige Zahlungsfähigkeit aller Euroländer zu fördern, bedarf es institutioneller Regelungen, die über den Defizitabbau hinausgehen. Sie müssen auch auf eine Verringerung von Leistungsbilanzsalden hinwirken, die unabhängig vom Vorzeichen auf entstehende Zahlungsbilanzprobleme hindeuten, das heißt auf eine übermäßige Auslandsverschuldung von privaten Investoren oder dem Staat und – als Kehrseite – auf einen übermäßigen Aufbau von Forderungen gegenüber dem Ausland. Statt eines prozyklisch wirkenden Defizitziels sollte ein öffentlicher Ausgabenpfad festgelegt werden. Für die Bedienung der gemeinschaftlich garantierten Staatsschulden könnte ein Teil der Einnahmen aus einer konjunkturabhängigen Steuer vorgesehen werden – wie etwa der Einkommensteuer. Hinzu müsste eine stärkere und symmetrische Überwachung der Leistungsbilanzen treten, die bei Fehlentwicklungen eine Änderung der nationalen Fiskalpolitik beinhaltet.

4. Erforderlich ist somit eine nach Ländern differenzierte Fiskalpolitik. In Ländern mit Leistungsbilanzüberschüssen muss die Fiskalpolitik trotz Schuldenabbau insgesamt expansiv ausgerichtet sein, um die Binnennachfrage zu stärken und die Importe zu erhöhen. Dies stabilisiert auch den Euroraum insgesamt. Demgegenüber müssen Länder mit Leistungsbilanzdefiziten ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit durch gering steigende Lohnstückkosten erhöhen. Fehlt eine entsprechende Lohnpolitik, so ist eine mit der Konsolidierung einhergehende Schwächung der Binnennachfrage notwendig. Wie auch jüngere Studien des Internationalen Währungsfonds zeigen, dämpft die derzeitige Austeritätspolitik das Wachstum aber deutlich stärker als erwartet. Der Konsolidierungskurs sollte daher gestreckt werden. Mit diesem wachstumsfördernden Ansatz wäre es möglich, nicht nur die desolate Lage in den Krisenländern zu überwinden, sondern auch die finanziellen Risiken zu mindern. •

Währungsraum neu gestalten

Angesichts der Probleme bei der Bewältigung der Euro-Krise hält das IMK einen Strategiewechsel für erforderlich, der die Auflagen für die Krisenländer abmildert und den Konsolidierungskurs streckt. Sanktionen müssten für die gesamte Währungsunion tragfähig und dabei nicht selbstzerstörerisch sein. Die Einführung sanfterer, aber glaubwürdiger Sanktionen sei unerlässlich.

Bei der notwendigen institutionellen Neugestaltung des Euroraums soll der Einhaltung des Inflationsziels der EZB Rechnung getragen werden, ebenso wie den sich bei Abweichungen ergebenden Ungleichgewichten der Zahlungsbilanz. Da die Geldpolitik im Euroraum einheitlich ist, kommt der nationalen Fiskalpolitik und einer flankierenden Lohnpolitik eine bedeutende stabilisierende Rolle zu.

Sinnvoll sei es, so das IMK, „einen Europäischen Währungsfonds zu schaffen, der für die Prävention, Vorschläge, Hilfsmaßnahmen und die Überwachung der Ziele verantwortlich ist. Dies wäre eine Strategie, den Euroraum nachhaltig zu stabilisieren, ohne zumindest auf mittlere Sicht nationale Souveränitäten zu gefährden".

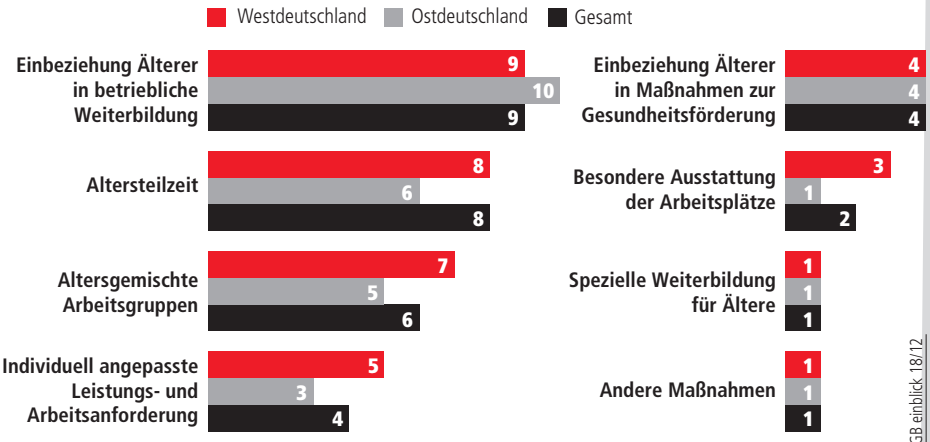
Zwischenbilanz des IMK in der Hans-Böckler-Stiftung zur Eurokrise:
http://bit.ly/Loesung_Eurokrise

dieDGBgrafik

FACHKRÄFTESICHERUNG: Ältere ArbeitnehmerInnen kaum gefördert

Der von Arbeitgebern beklagte Fachkräftemangel betrifft perspektivisch „nur eine Minderheit". Das belegt eine aktuelle Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Diese attestiert einen „eher mäßigen Problemdruck". Ein Beleg: Ältere ArbeitnehmerInnen werden weiterhin kaum gefördert, um ihre Erwerbsfähigkeit zu sichern oder zu stärken. Nur neun Prozent aller befragten Unternehmen beziehen Ältere in die betriebliche Weiterbildung mit ein, nur sechs Prozent setzen auf altersgemischte Teams.

Betriebliche Maßnahmen für ältere Beschäftigte 2011 (in Prozent)



Quelle: IAB-Forschungsbericht 13/2012

© DGB einblick 18/12

personalien

••• Der Erste Ordentliche Gewerkschaftstag der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) hat ***Alexander Kirchner,*** 56, mit 96,9 Prozent als Vorsitzenden bestätigt. Kirchner war von 2008 bis 2010 Vorsitzender der ehemaligen TRANSNET und seit 2010 Vorsitzender der EVG. Zu seinen StellvertreterInnen wählten die Delegierten ***Regina Rusch-Zimba,*** 57, (84,2 Prozent) und ***Klaus-Dieter Hommel,*** 57, (89,4 Prozent). Rusch-Zimba gehört seit 1998 dem TRANSNET- bzw. EVG-Vorstand an. Hommel war Mitbegründer der ehemaligen Beamtenbund-Gewerkschaft GDBA-Ost und seit 2003 deren Vorsitzender. Bundesgeschäftsführer ist ***Wolfgang Zell,*** 61, (80,2 Prozent). Als weitere Mitglieder im Vorstand wurden ***Reiner Bieck,*** 49, (54,9 Prozent) und ***Martin Burkert,*** 48, (74,5 Prozent) wieder gewählt.

14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

6.11. DGB und Hans-Böckler-Stiftung, Workshop „Arbeitsbeziehungen im Handwerk", Berlin

7.11. DGB-Region Niedersachsen-Mitte und KDA Hannover, 2. Arbeitsweltforum „Arbeiten bis zum Umfallen? Handlungsmöglichkeiten bei steigenden psychischen Belastungen", Hannover

7./8.11. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut, WSI-Herbstforum „Krisen-Folgen! Krisen-Auswege?", Berlin

7./8.11. DGB, Ringvorlesung an der Technischen Universität Berlin „Konsum und Nachhaltigkeit: Zwischen Allmacht und Ohnmacht der Konsumenten", Berlin

8./9.11. Hans-Böckler-Stiftung, Fachtagung „Geschlechterverhältnisse steuern – Perspektivenwechsel im Steuerrecht", Berlin

9.11. DGB und Gewerkschaften, „9. November – ein deutscher Gedenktag", bundesweite Veranstaltungen

11.11. DGB Sachsen, „2. Politisches Terrassengespräch – Diskussionsrunde mit gewerkschaftlich organisierten Mitgliedern des Sächsischen Landtages", Dresden

14.11. EGB, europaweit, Aktionstag der europäischen Gewerkschaften, u.a. Generalstreik in Portugal und Spanien

15.11. GEW, 3. Follow-up-Kongress zum Templiner Manifest „Gute Arbeit in der Wissenschaft", Berlin

17.11. DGB NRW, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Konferenz „Wege aus der europäischen Krise", Essen

17.11. GEW, Fachtagung „Frauen in Führung – Führung von Frauen, Erfahrungen und Erfolge von und für Führungsfrauen mit Gender Mainstreaming", Berlin

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke **Redaktionelle Mitarbeit:** Udo Böhlefeld, Birgit Böhret, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/3088 24-0, Fax 030/3088 24 20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

Schlusspunkt.

„Hungern ist die halbe Miete"

Überschrift einer Meldung auf sueddeutsche.de vom 31.10. Hintergrund ist der Fall eines Hartz-IV-Empfängers in München, dem das Jobcenter den Mietzuschuss gekürzt hat. Um sich die Wohnung weiter leisten zu können, hat er laut SZ beim Essen gespart und 16 Kilogramm abgenommen.

Arzthonorar

Nur bei Leistung

Sagt ein Patient einen vereinbarten Behandlungstermin ab, steht dem Arzt kein Honorar zu. Bei einer Terminabsprache handelt es sich um eine organisatorische, nicht um eine rechtsverbindliche Vereinbarung. Das gilt auch, wenn der Arzt ein Ausfallhonorar vereinbart hat, wenn ein fest zugesagter Termin kurzfristig abgesagt wird.

Amtsgericht Bremen, Urteil vom 9. Februar 2012 – 9 C 566/11

Verfahrensdauer

30 Monate sind zuviel

Die Untätigkeit eines Sozialgerichts über einen Zeitraum von 30 Monaten ist mit verfassungsrechtlichen Grundsätzen nicht vereinbar. Zwar lässt sich der Verfassung keine konkrete Vorgabe entnehmen, innerhalb welcher Zeit es zu einer mündlichen Verhandlung kommen muss. Ein Abwarten von 30 Monaten genügt aber den verfassungsrechtlichen Anforderungen nicht. Durch das Gesetz über den Rechtsschutz bei überlangen Gerichtsverfahren stehen seit Dezember 2011 Rechtsbehelfe gegen solche Gerichtsverfahren zur Verfügung.

Bundesverfassungsgericht, Beschluss vom 13. August 2012 – 1 BvR 1098/11

facebook

Beleidigung rechtfertigt Kündigung

Grobe Beleidigungen des Arbeitgebers oder von Kollegen können eine Kündigung auch ohne vorherige Abmahnung rechtfertigen. Dies gilt auch für Einträge in sozialen Netzwerken wie „facebook". Ein solcher Eintrag kann nicht mit einer wörtlichen Äußerung unter Kollegen gleichgestellt werden, sondern greift nachhaltig in die Rechte der Betroffenen ein, da der Eintrag, solange er nicht gelöscht wird, immer wieder nachgelesen werden kann.

Arbeitsgericht Duisburg, Urteil vom 26. September 2012 - 5 Ca 949/12

Druckkündigung

Entspannung ist zu versuchen

Eine Kündigung ist nicht wirksam, nur weil Arbeitskollegen ihrerseits mit Eigenkündigung drohen. Wenn der Arbeitgeber sich auf die Drucksituation berufen will, muss er darlegen, welche konkreten Maßnahmen er ergriffen hat, um die Drucksituation in den Griff zu bekommen. Der Hinweis auf allgemeine Gespräche reicht nicht aus.

Landesarbeitsgericht Schleswig-Holstein, Urteil vom 20. März 2012 - 2 Sa 331/11

Wettbewerbsverbot

Bei Verletzung Geld herausgeben

Nach dem Gesetz kann der Arbeitgeber bei einer Verletzung des Wettbewerbsverbots Schadensersatz fordern. Der Arbeitgeber kann stattdessen aber auch verlangen, dass der Arbeitnehmer die für eigene Rechnung gemachten Geschäfte als für Rechnung des Arbeitgebers eingegangen gelten lässt und die aus diesen Geschäften bezogene Vergütung herausgibt.

Bundesarbeitsgericht, Urteil vom 17. Oktober 2012 - 10 AZR 809/11

Gesetzliche Unfallversicherung

Greift nicht bei „Gassi-Gehen"

Wer mit dem Nachbarhund „Gassi geht", steht nicht unter dem Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung. Wird er von dem Tier gebissen, gibt es keine Leistungen von der Berufsgenossenschaft.

Der Fall: Der Hundehalter bat seinen Nachbarn, vorübergehend seinen Hund zu betreuen. Der Hund kannte den Helfer und gehorchte ihm auch. Während eines Spaziergangs biss der Hund den Helfer in beide Hände und den rechten Arm. Der Mann erlitt bis zu 30 tiefe Fleischwunden. Die Berufsgenossenschaft lehnte die Anerkennung als Arbeitsunfall ab. Die Klage des Hundehalters hatte keinen Erfolg.

Das Landessozialgericht: Die Versorgung eines Hundes in der Wohnung des abwesenden Hundehalters ist keine arbeitnehmerähnliche Tätigkeit. Dies ist keine Beschäftigung, die auch üblicherweise in einem dem allgemeinen Arbeitsmarkt zuzurechnenden Beschäftigungsverhältnis geleistet wird. Der Helfer war beim Ausführen des Hundes weder als Beschäftigter noch als „Wie-Beschäftigter" noch als Nothelfer in der gesetzlichen Unfallversicherung versichert. Beide, Helfer und Hundehalter, kannten sich seit Jahren und waren gute Freunde. Sie hatten bereits vor einigen Jahren die Schlüssel ihrer Wohnungen ausgetauscht. Allein der Austausch der Schlüssel der gegenseitigen Wohnungen lässt auf ein besonderes, einer Verwandtschaft ähnliches Vertrauensverhältnis schließen. Der Verletzte hat nur einen Freundschaftsdienst geleistet. Erfolgen Hilfeleistungen wie hier aufgrund verwandtschaftlicher oder freundschaftlicher Beziehungen, liegt kein arbeitnehmerähnliches Verhalten vor.

Landessozialgericht Baden-Württemberg, Urteil vom 31. August 2012 – L 8 U 4142/10

Rechtsliteratur

Kein Geld vom Job-Center

Ein Hartz-IV-Empfänger hat keinen Anspruch darauf, dass ihm das Jobcenter Rechtsliteratur bezahlt.

Der Fall: Der Hartz-IV-Empfänger begehrt Leistungen in Höhe von 1.318 Euro für rechtswissenschaftliche Literatur. Das Jobcenter hatte in der Vergangenheit mehrfach die Leistungen aufgrund von Sanktionen gekürzt. Rechtsmittel dagegen waren sämtlich erfolgreich. Der Leistungsempfänger beantragte die Finanzierung der Literatur als Sonderbedarf und führte aus: Er müsse sich gegen die Sanktionen und Eingliederungsvereinbarungen zur Wehr setzen können. Den Widerstand gegen das „menschenverachtende Hartz-IV-System" müsse er auf dem Rechtsweg austragen. Er müsse sich nicht an einen Rechtsanwalt verweisen lassen. Die rechtswissenschaftliche Literatur sei unabweisbar zur Verteidigung seiner Menschen- und Grundrechte. Es liege ein laufender, nicht nur einmaliger besonderer Bedarf vor. Die Sanktionen hätten das Ziel der Vernichtung seiner physischen Existenz. Die Kosten für die Literatur seien auch nicht in der Regelleistung enthalten, das widerspreche der zuvor erfolgten Absenkung. Nach dem Bundesverfassungsgericht sei die Regelleistung verfassungswidrig. Die gegen die Ablehnung des Job-Centers gerichtete Klage hatte keinen Erfolg.

Das Landessozialgericht: Es ist nicht erkennbar, dass die beantragte Rechtsliteratur für ein menschenwürdiges Existenzminimum unabweisbar ist. Die beantragten Sonderbedarfe gehören nicht zu den unabweisbaren, laufenden und besonderen Bedarfen. Sie sind mit der Regelleistung pauschaliert abgedeckt.

Landessozialgericht Sachsen-Anhalt, Urteil vom 21. Juni 2012 - L 5 AS 322/10

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 19.11.2012 20/12

DGB

inhalt

Seite 3
Privatisierung in Europa
Die EU-Kommission will öffentliche Dienstleistungen wie die Wasserversorgung privatisieren. Gewerkschaften und Arbeitgeber sind dagegen

Seite 5
Marktmacht im Handel
Große Lebensmittelkonzerne wie Edeka und Rewe forcieren ein neues Geschäftsmodell. Selbstständige Kaufleute übernehmen Filialen – oft mit negativen Folgen für die Beschäftigten

Seite 7
USA nach der Wahl
Was die Gewerkschaften in der zweiten Amtszeit von US-Präsident Barack Obama erwarten können, erklärt aus Washington Marion Knappe

Zuschussrente

Viel Bürokratie für wenig Leistung

Versprochen hatte die Bundesregierung die Aufstockung der Rente für Geringverdiener. Herausgekommen ist der Koalitionskompromiss „Lebensleistungsrente". Für den DGB ist dies purer Zynismus.

Zuschuss- oder Lebensleistungsrente – die Begriffe suggerieren, dass es mehr Geld im Alter geben soll. Auch wenn noch nicht ganz klar ist, wie die Berechnungen tatsächlich aussehen, steht aber schon jetzt fest, dass es allenfalls Almosen für wenige geben wird.

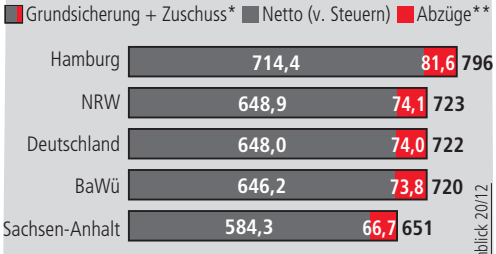
Bis zu den Koalitionsgesprächen von CDU/CSU und FDP am 4. November versprach Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen eine „Zuschussrente", die allerdings schon mit so hohen Hürden verbunden war, dass Geringverdiener so nicht vor Altersarmut geschützt werden. Nachdem Schwarz-Gelb sich gegenseitig einige Wünsche im Tauschgeschäft genehmigte, wie das Betreuungsgeld und die Streichung der Praxisgebühr, heißt der geplante Zuschlag auf die zu erwartende Welle von Armutsrenten jetzt „Lebensleistungsrente". Das Wort klingt nach Anerkennung, das Ergebnis ist allerdings das glatte Gegenteil.

Für DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach heißt der Vorschlag nichts anderes, als dass die Koalition „Altersarmut offenbar billigend in Kauf nimmt". Das liegt auch an den noch schärferen Bedingungen, die für den DGB nicht akzeptabel sind. Wer die Mini-Aufstockung haben will, muss nun mindestens 40 Beitragsjahre nachweisen und zusätzlich privat vorgesorgt haben. Abgesehen davon, dass selbst die Bundesregierung davon ausgeht, dass diese Voraussetzungen kaum zu erreichen seien, bleibe der kleine Zuschuss wirkungslos, kritisiert der DGB: „Am Ende bleibt in der Regel weniger als die Grundsicherung im Alter übrig."

Buntenbach sieht zudem die Gefahr, dass die Rentenversicherung zum zweiten Sozialamt wird. Denn Zuschläge gibt es nur, wenn neben den Zugangsvoraussetzungen auch das Haushaltseinkommen nicht zu hoch ist. Die Versicherten und ihre Partner müssten sämtliche Einkommensdaten offen legen, die Rentenversicherung muss die Unterlagen prüfen. „Das ist nicht nur bürokratisch, sondern auch unwürdig", betont Buntenbach. Der DGB bleibe deshalb bei seiner Forderung einer Rente nach Mindesteinkommen. •

Unterschiedliche Leistung

Durchschnittliche Grundsicherung nach Bundesländern (Auswahl) und die darauf bezogene Lebensleistungsrente (in Euro)



*Annahme für Zuschuss: 15 Euro
**Beiträge zur Krankenversicherung- und Pflegeversicherung
Quelle: DGB 2012
© DGB einblick 20/12

Die neuen Beschlüsse bringen den RentnerInnen nichts, denn die geplante Anhebung um 10 bis 15 Euro über dem Grundsicherungsniveau würde nicht einmal ausreichen, die Beiträge für die Versicherungen zu decken. Offen ist zudem noch, auf welcher Basis gerechnet wird. Zugrunde gelegt werden könnten der durchschnittliche Wert für Deutschland, die Länderdurchschnitte oder – das ist der Ansatz des Bundesarbeitsministeriums – die noch höheren Werte aus Ballungszentren wie München (876 Euro) oder Wiesbaden (811 Euro).

plusminusBERLIN

+ ***Eine deutliche Mittelaufstockung „gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit" fordert Astrid Rothe-Beinlich, Bundestagsabgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen. „Wir fordern ein 50-Millionen-Euro-Programm."***

– ***Gegen die hohe Arbeitslosigkeit in den Krisenländern kennt Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler nur ein Rezept: „Flexible Arbeitsmärkte sind die Voraussetzung für den Abbau der hohen Arbeitslosigkeit".***

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.equaltimes.org
Neues News-Portal des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) mit Meldungen aus der globalisierten Arbeitswelt

Hintergrund

www.einblick.dgb.de/hintergrund
Gemeinsame Stellungnahme von DGB und BDA zum Sozialwahlbericht 2011

Wirtschaftsweise

Realität ausgeblendet

Im Jahresgutachten des Sachverständigenrates der Bundesregierung loben die so genannten Wirtschaftsweisen die ersten Erfolge der Sparpolitik. Für DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki heißt das, sie „nehmen die Realität nicht wahr". Im Gutachten bewertet der Sachverständigenrat die europäische Kürzungspolitik durchaus als positiv. Ausgeblendet werde aber die tatsächliche Situation in den Krisenländern, wirft Matecki dem Gremium vor. Denn Europa stecke in einer Rezessionsfalle, die Arbeitslosigkeit erreiche Rekordhöhen, private und öffentliche Armut nehme zu, und die Schuldenquote wachse. Die Wirtschaftsweisen „verharmlosen" die tatsächliche Situation nicht nur, kritisiert Matecki, sondern schlagen sogar noch härtere Kürzungen vor. Nicht nur die aktuelle Krisenbewertung ist für den DGB falsch. Auch die Analyse des Beschäftigtenbooms gehe an der Realität vorbei. Zudem greife das Gutachten erneut den Kündigungsschutz an. Claus Matecki: „Das Jahresgutachten verkennt die Krisengefahr und ist arbeitnehmerfeindlich." Der Wirtschaftsweise Professor Peter Bofinger hat als einziger in dem fünfköpfigen Rat ein Minderheitenvotum zur Bewertung der Krise abgegeben. •

www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de

EU-Parlament

Pläne gestoppt

Der EU-Verkehrsausschuss hat Anfang November weitere Liberalisierungen im Verkehrssektor abgelehnt. Eine von der EU-Kommission geplante Richtlinie hätte für das Flughafenbodenpersonal Lohn- und Sozialdumping zur Folge gehabt. Im Vorfeld der Abstimmung hatten ver.di und die Europäische Transportarbeiterföderation (ETF) zu einer Großdemonstration in Brüssel aufgerufen. Nach den Kommissionsplänen hätten die Flughäfen mehr Abfertigungsunternehmen zulassen müssen. Von der Verordnung wären die Abfertigungen von Fluggästen bis hin zum Catering betroffen gewesen. „Der Zwang zur Zulassung weiterer Dienstleister bringt nicht mehr Effizienz, sondern fördert Lohn- und Sozialdumping", kritisierte DGB-Vorstandsmitglied Dietmar Hexel die Liberalisierungspläne. •

Betriebsärzte

Stress im Job macht krank

Der Strukturwandel in der Arbeitswelt, verbunden mit steigender Flexibilität und Mobilität, der wachsende Fachkräftemangel und die demografische Entwicklung sind für die Betriebs- und Werksärzte Treiber von psychischen Erkrankungen. Psychische und psychosomatische Erkrankungen verursachten heute im Gesundheitssystem wie in den Betrieben hohe Kosten „bei einer deutlich steigenden Tendenz". Auf der Jahrestagung 2012 des Verbandes Deutscher Betriebs- und Werksärzte (VDBW) gehörte das Thema Prävention und Früherkennung psychischer Erkrankungen zu den Schwerpunkten.

Die Zunahme fordere Unternehmen und Betriebsärzte heraus, erklärte VDBW-Präsident Wolfgang Panter. Im Idealfall, so Panter, herrscht im Betrieb eine „respektvolle und wertschätzende Führungskultur sowie eine offene Kommunikationskultur statt Mobbing, Kritik und schwelende Konflikte". Eine gute Führung stelle den Mensch bei der Arbeit wieder in den Mittelpunkt. •

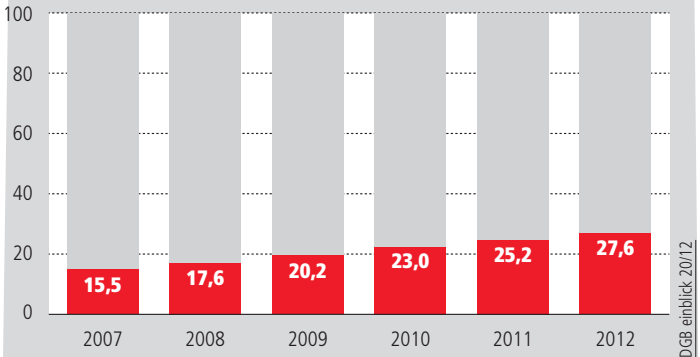
Industriestandort

Gute Bedingungen

Die Unternehmen sind mit dem Standort Deutschland weitgehend zufrieden. Nach einer Studie des Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW) im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums liegt Deutschland auf Rang 5 hinter den USA, Schweden, Dänemark und der Schweiz. Positiv seien die Versorgungssicherheit (Energie), Rechtssicherheit und Infrastruktur. Auch die deutschen Arbeitsbeziehungen erhielten gute Noten. So seien die Arbeitszeiten sehr flexibel und Arbeitskämpfe selten. •

Plätze fehlen

Betreuungsquote von Kindern unter drei Jahren (in Prozent)



Quelle:Statistisches Bundesamt 2012

Viel Zeit bleibt nicht mehr, um die notwendigen Kinderbetreuungsplätze zu schaffen, für die die Bundesregierung ab August kommenden Jahres einen Rechtsanspruch geschaffen hat. Wird er von den Eltern wie prognostiziert wahrgenommen, müsste eine Betreuungsquote von mindestens 39 Prozent erreicht werden. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes liegt die aktuelle Quote jetzt noch unter 28 Prozent. In den kommenden neun Monaten müssten also noch 220 000 Betreuungsplätze für unter Dreijährige geschaffen werden. Der DGB fordert deshalb einen „Krippengipfel", auf dem sich Bund, Länder und Gemeinden über einen gemeinsamen Ausbauplan verständigen.

Betreuungsgeld

Gerichtliche Überprüfung

Ab 1. August 2013 wird es das umstrittene Betreuungsgeld geben. 100 Euro monatlich gibt es künftig für ein- bis zweijährige Kinder. Die schwarz-gelbe Koalition hat dem zugestimmt. Für den DGB ist diese Entscheidung der Bundesregierung bereits vom Ansatz falsch. Am Abstimmungstag appellierte die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock noch einmal an das Parlament, das Gesetz abzulehnen. Es sei „eine Zumutung", wenn junge Eltern entscheiden müssten, ob sie einen staatlich geförderten Betreuungsplatz in Anspruch nehmen oder ihr Kind zu Hause betreuen und dafür Geld fürs Bildungssparen bekommen. Eltern, die einen Krippenplatz in Anspruch nehmen, werden nun gleich mehrfach zur Kasse gebeten, kritisiert Ingrid Sehrbrock. Sie bekämen keinen Zuschuss für die Ausbildung, müssen den Krippenplatz bezahlen und finanzieren mit ihrer Steuer die Bildungssparverträge der anderen.

Der Gleichstellungs- und Bildungspolitik werde ebenfalls ein schlechter Dienst erwiesen, denn das Betreuungsgeld befördere die traditionellen Rollenbilder. Die Oppositionsparteien im Bundestag schließen eine rechtliche Überprüfung des Gesetzes nicht aus. Auch der DGB hält eine verfassungsrechtliche Überprüfung für erforderlich. •

Richtlinienentwurf der EU-Kommission

Breite Ablehnung

Die EU-Kommission hat einen Richtlinienvorschlag zur Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen vorgelegt, den sowohl Gewerkschaften als auch Arbeitgeberverbände in Deutschland ablehnen.

Die Vergabe von Konzessionen über einem Vertragswert von fünf Millionen Euro soll europaweit ausgeschrieben werden. Konzessionen in den Bereichen Wasser, Abfall und Energie, soziale Dienste und Häfen sowie Teile des Verkehrsbereichs dürften damit künftig an den billigsten Anbieter vergeben werden. Während der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) überbordende Bürokratie befürchtet, lehnen DGB und Gewerkschaften die Konzessionsrichtlinie noch aus ganz anderen Gründen ab:

- Fragen der **öffentlichen Daseinsvorsorge und des Gemeinwohls** blieben weitgehend unberücksichtigt. Der Richtlinienvorschlag greife massiv in das grundgesetzlich verbriefte Recht der Kommunen auf Eigenverantwortung und Selbstverwaltung ein.
- Die EU-Kommmission schränke die **Berücksichtigung sozialer und ökologischer Qualitätsstandards** bei der Konzessionsvergabe stark ein. So soll etwa das Kriterium „Tariftreue" künftig keine Rolle mehr spielen.
- Bereits die **Definition des Konzessionsbegriffs** weise erhebliche Unterschiede zur „bewährten Definition des Europäischen Gerichtshofs" auf. Europäische und nationale Gesetzgeber hätten aus gutem Grund eine eigenständige Regelung bislang abgelehnt, denn auch für Dienstleistungskonzessionen gelten die Grundsätze des EU-Vertrags über Gleichbehandlung, Nichtdiskriminierung und Transparenz.

Bereits im Mai 2010 hat sich das Europäische Parlament (EP) mit großer Mehrheit gegen eine Konzessionsrichtlinie ausgesprochen. Auch der Bundesrat votierte mehrfach gegen die Initiative der Kommission. Anfang März 2012 hat er eine Subsidiaritätsrüge gegen die Richtlinie verabschiedet. Tenor dieser Rüge, mit der auf eine Verletzung des Subsidiaritätsprinzips aufmerksam gemacht werden soll: Die Länderkammer sieht in dem Regelungsversuch eine Gefährdung der kommunalen Selbstverwaltung und Gemeinden. Letztlich haben Anfang März auch Teile des Bundestages quer durch alle Fraktionen den EU-Kommissions-Vorschlag kritisiert.

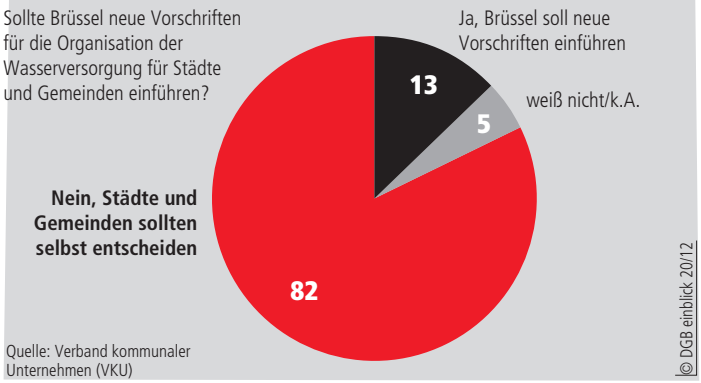
So weiß sich der DGB in seiner Ablehnung der Konzessionsrichtlinie einig mit einer Reihe gesellschaftlicher Kräfte in der Bundesrepublik. DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki: „Wir wollen öffentliches Eigentum und öffentlich vergebene und kontrollierte Dienstleistungen bewahren. Sensible Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge wie zum Beispiel die Wasserversorgung müssen Aufgabe der Mitgliedstaaten bleiben und dürfen nicht dem Profitstreben ausgeliefert werden." Der Vorschlag werde auf die Kommunen, auf die betroffenen Beschäftigten sowie auf die BürgerInnen erhebliche negative Auswirkungen haben, so Matecki.

Die EU-Kommission indes scheint entschlossen, gegen den Willen des EU-Parlaments und vieler nationaler Regierungen die Konzessionsrichtlinie weiter zu verfolgen. In einem Brief stellt die Kommission klar, dass sie Privatisierungen – genannt wird ausdrücklich der Wasserbereich – der öffentlichen Daseinsvorsorge für gesellschaftlich sinnvoll und effizient hält, sofern sie gut gemacht werden. Und so werden insbesondere die Eurokrisenländer, darunter Griechenland und Portugal, zu einer flächendeckenden Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge gedrängt. Die Troika macht die Privatisierung zur Bedingung für die Finanzhilfen.

Setzt die EU-Kommission den Willen der Lobbyisten in Brüssel durch, dann ist auch hierzulande zu befürchten, dass Konzessionen nur noch „an Dumpinganbieter vergeben werden, die allenfalls einen gesetzlich verordneten Mindestlohn zahlen", schwant es Erhard Ott, Mitglied im ver.di-Bundesvorstand. „Da in Deutschland noch nicht einmal ein gesetzlicher Mindestlohn existiert, würde das zum freien Fall der Löhne führen", kritisiert Ott weiter. •

Große Mehrheit gegen Neu-Organisation

Ergebnis der VKU-Umfrage zur Privatisierung der Wasserversorgung (in Prozent)



82 Prozent der BürgerInnen lehnen neue europäische Vorschriften für die Organisation der Wasserversorgung in Städten und Gemeinden ab. Das zeigt eine repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstituts forsa im Auftrag des Verbandes kommunaler Unternehmen.

Wasser ist Menschenrecht

Wasser ist kostbar geworden. Weltweit agierende Unternehmen wollen damit hohe Gewinne erzielen. Sie treiben die Preise für Wasser immer weiter in die Höhe. Und die EU-Kommission scheint mit ihrer Konzessionsrichtlinie dafür endgültig den Boden bereiten zu wollen.

Europäische Gewerkschaften wollen das verhindern. Sie haben in der EU eine der ersten europäischen Bürgerinitiativen gestartet. Unter dem Titel „Wasser und sanitäre Grundversorgung sind ein Menschenrecht" will der Europäische Gewerkschaftsverband für den Öffentlichen Dienst bis zum Herbst 2013 eine Million Unterschriften sammeln.

Die Kampagne soll das Thema Wasser wieder auf die Tagesordnung setzen. Die EU-Kommission soll nach dem Willen der Gewerkschaften dafür sorgen, dass die Förderung von Wasser- und Abwasserwirtschaft als öffentliche Dienstleistung für alle sichergestellt wird. Privatisierung und Liberalisierung von Wasser sollen ein Ende haben. Künftig sollen EU-Rechtsvorschriften alle Regierungen dazu verpflichten, für alle BürgerInnen eine ausreichende Versorgung mit sauberem Trinkwasser und eine sanitäre Grundversorgung sicherzustellen.

Zur Unterschriftenaktion:
http://bit.ly/Wasser_ist_Menschenrecht

PROJEKTE UND PARTNER

Schöneberger Forum

Beschäftigte unter Druck

Zum 15. Mal lädt der DGB am 28. und 29. November gemeinsam mit der Hans-Böckler-Stiftung zum „Schöneberger Forum" nach Berlin ein. Die Fachtagung richtet sich an Beschäftigte und PersonalvertreterInnen im öffentlichen Dienst. Unter dem Motto „Bürgerbeteiligung und öffentlicher Dienst: Zwischen Demokratisierung und Arbeitsverdichtung" diskutieren ExpertInnen die aktuelle Lage. Unter anderem wird auch Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) Stellung nehmen. •

www.schoeneberger-forum.de

Gelbe Hand

Gegen Rechts im Betrieb

Neben guten Arbeitsbedingungen gehört auch ein gutes Miteinander zur Arbeitswelt. Mobbing und Fremdenhass haben im Job nichts verloren. Um zu zeigen, welche Chancen betriebliche und gewerkschaftliche Maßnahmen gegen Diskriminierung und Rassismus bieten, lädt der Verein „Mach meinen Kumpel nicht an" am 14. Dezember zu einem Workshop nach Essen ein. In drei Foren erklären ExpertInnen, wie Betriebsräte zum Beispiel Betriebsvereinbarungen im Kampf gegen Rechts einsetzen können. •

www.gelbehand.de

neueBücher

In Deutschland droht Millionen Menschen Altersarmut. So oder ähnlich lauten die Überschriften zu einem derzeit sehr aktuellen Thema. Doch an den Ursachen, wie sinkenden Reallöhnen oder dem wachsenden Niedriglohnsektor wird wenig verändert. Im Buch ***Armut im Alter*** beschäftigen sich 29 AutorInnen unter verschiedenen Aspekten mit der Thematik.

Die „Methusalem-Lüge" nennen die Soziologen Professor Ernst Kistler und Falko Trischler die Begründungen der vergangenen Rentenreformen. Einige Beiträge entlarven die Demografie als willkommenes Argument für „alternativlose Rentenreformen". Das Buch bietet einen Überblick von der Entwicklung des Sozialstaates über die Rentengesetzgebung und der Ursachenforschung bis hin zu sinnvollen Maßnahmen für eine solidarische Alterssicherung.

Christoph Butterwegge, Gerd Bosbach, Matthias Birkwald (Hrsg.): Armut im Alter – Probleme und Perspektiven der sozialen Sicherung, Campus Verlag 2012, 393 Seiten, 19,90 Euro

Theaterstück

Call-Center auf der Bühne

Aufgesetzte Freundlichkeit, Verkaufsdruck und knallharte Kontrolle, so sieht die Arbeitsrealität für Hunderttausende Beschäftigte in Call-Centern aus. Ein Theaterprojekt in Berlin ist den Abgründen der Branche auf den Grund gegangen. Drei SchauspielerInnen haben – als Call-Center-Agenten getarnt – recherchiert und ihre Erfahrungen zusammengetragen. Herausgekommen ist das Theaterstück „hold the line", das am 8., 9., 14., 15. und 16. Dezember im „Theater Aufbau Kreuzberg" in Berlin aufgeführt wird. Im Anschluss an die Vorführung kann mit den SchauspielerInnen diskutiert werden. Das Publikum kann zudem in einem Workshop in die Rolle eines Call-Center-Agenten schlüpfen. Das Theaterprojekt wird unter anderem durch den DGB, die Hans-Böckler-Stiftung und ver.di unterstützt. •

Tickets und weitere Infos unter: karten@theater-aufbau-kreuzberg.de

Foto: Kurhan - Fotolia.com

IG Metall

Einmischen und mitmachen

Von der Tarifpolitik über die Globalisierung bis hin zur Gestaltung der Arbeitswelt und zu Rhetorikkursen: Mit ihrem Bildungsprogramm deckt die IG Metall im Jahr 2013 ein breites Spektrum ab, um Betriebsräte, Aufsichtsräte und Beschäftigte fit für die politische Arbeit im Betrieb zu machen. Das Programm steht im Internet zum Download bereit. •

www.bit.ly/igm_bil_2013

Hugo-Sinzheimer-Institut

Juristin ausgezeichnet

Zum zweiten Mal ist eine herausragende arbeitsrechtliche Promotion mit dem Hugo-Sinzheimer-Preis ausgezeichnet worden. Die Juristin Andrea Potz erhält die mit 3000 Euro dotierte Auszeichnung für ihre Arbeit zum europäischen Gleichbehandlungsrecht. Die Juristin ist der Frage nachgegangen, wie bei Ungleichbehandlung in der Arbeitswelt eine erleichterte Beweisführung europaweit durchgesetzt werden kann. Zuletzt hatte der Europäische Gerichtshof dokumentiert, wie wichtig das Thema in der Praxis ist. Der Preis ist dem Juristen Hugo Sinzheimer (1875-1945) gewidmet, der das Arbeitsrecht in Deutschland entscheidend geprägt hat. •

www.hugo-sinzheimer-institut.de

interregio

••• Der ***DGB Bayern*** hat seine ***Positionen zur Landtagswahl 2013*** für die Bereiche Arbeit, Bildung und Leben veröffentlicht. So fordert der DGB unter anderem einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro, gleichen Lohn für gleiche Arbeit in der Leiharbeit, Kampf gegen prekäre Beschäftigung, flexible Übergänge in die Rente und eine sozial ausgestaltete Industrie- und Dienstleistungspolitik. Zudem gelte es, die Kommunen zu stärken.

www.bayern.dgb.de

••• Die ***DGB-Jugend NRW*** hat ein ***Projekt gegen Alltagsrassismus*** gestartet. Mit dem Titel „Empört euch, engagiert euch!" sollen SchülerInnen und Auszubildende für Demokratie und Zivilcourage sensibilisiert werden. So soll ein Rahmen geschaffen werden, in dem junge Menschen eigenständig Methoden erarbeiten können, um im Alltag gegen Rassismus und Ausgrenzung vorzugehen – zum Beispiel in Unterrichtseinheiten, Workshops oder Video- und Fotoprojekten.

www.nrw.dgb.de

••• Die von ***Kölner GewerkschafterInnen*** initiierte Radiowerkstatt ***„Radioclub Böcklerplatz"*** wird in diesem Jahr am Bürgermedienpreis der Landesanstalt für Medien NRW teilnehmen. Der Beitrag über die „Kölner Nord-Süd-Stadtbahn" ist gemeinsam mit Jugendlichen im Alter von acht bis zwölf Jahren entstanden und hat zum Ziel, die Medienkompetenz junger RadiomacherInnen zu verbessern. Im Internet kann über die Beiträge abgestimmt werden.

www.koeln-bonn.dgb.de/-/PZw

Einzelhandel

Die Macht der Großen

Die großen Lebensmittelkonzerne Edeka und Rewe setzen seit einigen Jahren auf ein neues Geschäftskonzept. Filialen werden selbstständigen Kaufleuten überlassen. Die Folge: Tarifverträge und Mitbestimmung werden außer Kraft gesetzt.

Rund zehntausend Filialen haben die beiden großen Einzelhandelskonzerne Edeka und Rewe in den vergangenen Jahren an selbstständige Kaufleute vergeben oder neu gegründet. ver.di-Bundesvorstandsmitglied Stefanie Nutzenberger kritisiert: „Eine aus dem Genossenschaftsgedanken entstandene Betriebsform mutiert unter Federführung der Konzerne zu einem nahezu betriebsratsfreien, tarifvertragslosen und damit ungeschützten Bereich, der vielfach mit Dumpinglöhnen den Verdrängungswettbewerb weiter anheizt."

Eine ver.di-Untersuchung zum Lebensmittelkonzern Edeka zeigt, wie die Methode funktioniert. Dort werden seit 2003 so genannte Regiefilialen an selbständige Kaufleute veräußert. Waren diese Regiefilialen noch Tochterunternehmen der sieben Edeka-Regionalgesellschaften, so sind die privatisierten Filialen fortan im alleinigen Besitz der Kaufleute – mit negativen Folgen für die Beschäftigten. Denn: Tarifvertragliche Regeln, die mit den regionalen Gesellschaften geschlossen wurden, gelten dann nicht mehr. Auch bestehende Betriebsratsgremien haben nach einer Übergangszeit keine Grundlage mehr.

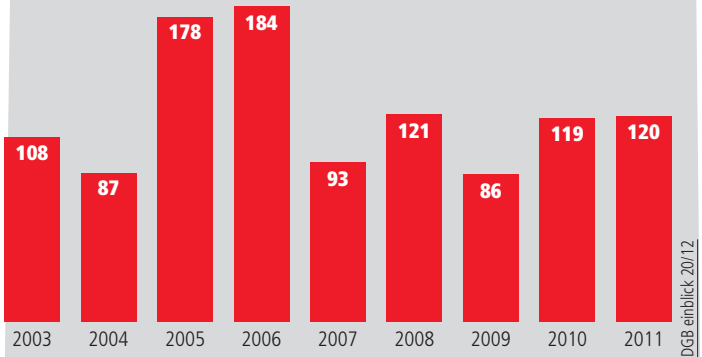
ver.di schätzt, dass rund 90 Prozent der betroffenen 139 000 Edeka-Beschäftigten nun zu schlechteren Arbeitsbedingungen tätig sind. Fast überall dort, wo die Regiefilialen privatisiert wurden, wird innerhalb von Monaten versucht, große Teile des Personals „auszutauschen", berichten die Betriebsrätin Bärbel Thamhayn und die ver.di- Gewerkschaftssekretärin Katharina Wesenick. MitarbeiterInnen in Vollzeit oder sozialversicherter Teilzeit werden häufig durch 400-Euro-Kräfte ersetzt. Die beiden Gewerkschafterinnen schildern, wie sie sich im privatisierten E-Center Scheuner in Bad Gandersheim erfolgreich gewehrt haben. Nach harten Verhandlungen mit dem neuen Besitzer gelten nun weiterhin die alten Tarifstandards.

ver.di rät den Beschäftigten in solchen Fällen, sich direkt an ihre örtlichen GewerkschaftssekretärInnen zu wenden. Zum Beispiel, um sich bei der Betriebsratsarbeit in der Übergangsphase beraten zu lassen oder um einen neues Gremium zu gründen. Denn, so erläutert Manfred Wages, ver.di-Sekretär im Fachbereich Handel in Nürnberg, „durch die tägliche Präsenz im Laden können die neuen Inhaber ständig auf die Beschäftigten Einfluss nehmen. Ihnen wird deutlich gemacht, dass alle Probleme doch unter vier Augen geklärt werden können." Ein Betriebsrat hingegen verstoße gegen die neue Philosophie. Besonders traurig sei es, wenn Gruppen in der Belegschaft gegeneinander ausgespielt werden, so Wages. ArbeitnehmerInnen, die trotzdem aktiv werden wollen, werden zu „intensiven Einzelgesprächen" gebeten. Nicht selten werden Abmahnungen ausgesprochen, erklärt der Gewerkschafter. Hubert Thiermeyer, ver.di-Fachbereichsleiter Handel in Bayern, fordert die Verbraucher auf, sich einzumischen. Zum Beispiel, indem sie sich bei den Beschäftigten an der Kasse erkundigen, ob es einen Betriebsrat und Tarifbindung gibt. „Solidarität ist in solchen Fällen sehr wichtig. Jede Form der Unterstützung hilft den MitarbeiterInnen."

Wie groß der Einfluss von großen Handelsketten mittlerweile ist, zeigt sich auch im Bereich der Bäckereien. Seitdem große Ketten wie Rewe, Edeka, Lidl und künftig auch Aldi in ihren Filialen Backautomaten betreiben, geraten die Zulieferer unter Druck. Denn einige Einzelhandelsketten (Rewe, Edeka und Lidl) haben ihre eigene Produktion von Teiglingen aufgebaut. Peter Störling, Experte der NGG für die Backindustrie, erklärt: „Den Druck, den der Handel auf die Produzenten nun ausübt, bekommen letztendlich die Beschäftigten zu spüren." Nicht nur die kleine Bäckerei um die Ecke gerät unter Druck, auch große Bäckereien machen Pleite. „Mit Brot kann man gut Geld verdienen", meint Störling. Rund 5,5 Milliarden Euro sind von 2011 bis 2012 mit Backwaren umgesetzt worden, über die Hälfte von den Discountern. •

Edeka: Forcierte Privatisierung

An selbstständige Kaufleute veräußerte EDEKA-Filialen



Quelle: ver.di-Studie „Schöne neue Handelswelt?!" 2012

Edeka treibt die Privatisierung ihrer Filialen konsequent voran. Bis 2011 haben 1096 selbstständige Kaufleute vormalige Regiefilialen übernommen.

Riese am Markt

Edeka ist 1907 von Kaufleuten als Genossenschaft gegründet worden. Als Einkaufsgenossenschaft wollten die beteiligten Geschäftsleute beim Wareneinkauf durch Masseneffekte profitieren. Die Grundstruktur aus Genossenschaft, Groß- und Einzelhandel gilt bis heute. Die Zentrale in Hamburg ist zuständig für das nationale Warengeschäft, die Eigenmarkenentwicklung, Marketing und Werbung. Die sieben Regionalgesellschaften steuern das Warengeschäft in der Region. Sie beliefern sowohl die eigenen nach dem „Marktmanagermodell" betriebenen Regiefilialen als auch die selbstständigen Edeka-Einzelhändler. Zudem betreiben die Regionalgesellschaften eigene Produktionsbetriebe für Fleisch, Wurst und Backwaren. Durch die Privatisierung hat sich in den vergangenen Jahren die Umsatzstruktur verschoben. Während die privatisierten Läden ihren Umsatz auf 20 Milliarden steigern konnten, sank dieser im Regie-Einzelhandel um 27,7 Prozent auf 8,4 Milliarden Euro. Laut Geschäftsbericht arbeiten mittlerweile 139 000 der insgesamt 306 000 Edeka-Beschäftigten bei selbstständigen Einzelhändlern.

Die ver.di-Untersuchung „Schöne neue Handelswelt" zum Download:
www.einblick.dgb.de/hintergrund

kurz&bündig

Die IG BAU hat die Tarifverhandlungen Ost mit der Baustoffindustrie für gescheitert erklärt und bereitet sich auf Arbeitskampfmaßnahmen vor. Bundesvorstandsmitglied Harald Schaum: „Das Angebot der Arbeitgeber ist eine Provokation."

Die IG Metall Niedersachsen/Sachsen-Anhalt hat die Arbeitgeber aufgefordert, sich für die Abschaffung unsozialer Studiengebühren einzusetzen. Bezirksleiter Hartmut Meine: „Die Klagen über den Ingenieurmangel und die hohen Gebühren für ein Ingenieur-Studium passen nicht zusammen."

Michaela Rosenberger (NGG) hat die Kommunen an ihre soziale Verantwortung erinnert. „Öffentliche Aufträge zur Essensversorgung von Schulen und Kindergärten dürfen nur an Firmen vergeben werden, die einen fairen Lohn bezahlen und wo Sicherheit und Hygiene nicht durch übermäßigen Zeit- und Arbeitsdruck erschwert werden."

Mit Blick auf das Betreuungsgeld schlägt Norbert Hocke (GEW) einen Qualitätspakt für Bildung, Erziehung und Betreuung in Kindertageseinrichtungen vor. „Bund, Länder und Gemeinden, freie und öffentliche Träger sowie Gewerkschaften müssen klären, wie die qualitativen Standards gesichert und verbessert werden können."

EVG

„Sicher unterwegs"

Der EVG-Gewerkschaftstag Ende Oktober befasste sich auch mit Übergriffen gegen BahnmitarbeiterInnen. Gewalt gegen die Beschäftigten der Eisenbahnen ist seit Jahren ein Problem. In Live-Schaltungen aus verschiedenen Regionen, wie Leipzig, Köln und München, berichteten Betroffene dem Gewerkschaftstag von Übergriffen.

Eine Umfrage unter EVG-Mitgliedern hat ergeben, dass jede/r vierte Beschäftigte bereits Opfer physischer Gewalt während des Dienstes geworden ist. 90 Prozent seien in „heikle Situationen" geraten, von Fahrgästen genötigt oder beleidigt worden. Einem vertraulichen Bericht der Bahn AG zufolge stieg die Zahl der Übergriffe gegen Bahnmitarbeiter im ersten Halbjahr 2012 um 5,4 Prozent gegenüber 2011, berichtete Spiegel online.

Die auf dem Gewerkschaftstag zugeschalteten EVG-Mitglieder führten die Zunahme der Übergriffe vor allem auf den Personalabbau bei der DB AG zurück. So gebe es an vielen Bahnhöfen kein oder zu wenig Sicherheitspersonal. Dem widerspricht die Bahn AG: Allein 2011 Jahr seien über 500 zusätzliche Sicherheitsbeschäftigte eingestellt worden, heißt es. Die Leipziger Bahn-Beschäftigte, die wöchentlich zu ihrem Einsatzort Köln anreist, sah das während der Live-Schaltung ganz anders: Am Kölner Messebahnhof Deutz sei häufig gar kein Sicherheitspersonal, und im Kölner Hauptbahnhof sind selbst während der Hauptverkehrszeiten nur zwei Sicherheitsbeamte im Dienst. •

Amazon

Tarifvertrag oder Streik

Dem Online-Versandhändler droht mitten im Weihnachtsgeschäft Ungemach. Nachdem sich immer mehr Beschäftigte in den letzten Monaten in ver.di organisiert haben, fordert die Gewerkschaft nun einen Tarifvertrag. Rund 40 Beschäftigte machten Anfang November öffentlichkeitswirksam Druck für ihre Forderungen. Neben einem Tarifvertrag verlangen sie Weihnachts- und Urlaubsgeld, verbindliche Zuschlagsregelungen und bessere Arbeitsbedingungen. In der Leipziger Niederlassung, in der rund 1000 Festangestellte arbeiten, ist laut ver.di inzwischen jeder Zweite gewerkschaftlich organisiert. •

Innovationskongress 2012

Pakt für die Energiewende

Am 27. November 2012 findet in Berlin erstmals der „Innovationskongress Energiewende" statt. Veranstaltet wird er vom „Innovationsforum Energiewende", einer gemeinsamen Initiative von IG BCE, Unternehmen und Betriebsräten. „Die Energiewende ist an einem kritischen Punkt angelangt", stellt der IG BCE-Vorsitzende Michael Vassiliadis fest. Insgesamt fehle es an einer klaren Orientierung. Vieles laufe unkoordiniert nebeneinander her, manches sei ins Stocken geraten.

Die Träger des Innovationsforums sind überzeugt: Im Zuge des Umbaus des Energiesystems müssen Versorgungssicherheit, Umwelt- und Sozialverträglichkeit sowie wettbewerbsfähige Preise gewährleistet sein. Die Energiewende erfordere weitreichende technische, soziale und rechtliche Neuerungen entlang der Versorgungskette und müsse gesellschaftlich verträglich gestaltet werden. Um voranzukommen, schlägt die IG BCE vor, gemeinsam mit wichtigen Akteuren aus Wirtschaft, Politik und Gesellschaft einen Innovationspakt für die Energiewende zu schmieden. Auch darüber werden die rund 700 TeilnehmerInnen aus Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften und Verbänden debattieren, die bei dem Kongress erwartet werden. •

http://bit.ly/inno-kongress

Deutscher Frauenrat

Gewerkschafterin leitet Frauenlobby

Die Mitgliederversammlung des Deutschen Frauenrats (DF) hat Anfang November Hannelore Buls zur neuen Vorsitzenden gewählt. Die Sozialökonomin, die bis Anfang 2012 den Bereich Frauen- und Gleichstellungspolitik beim ver.di-Bundesvorstand leitete, hat sich in den vergangenen Jahren besonders mit der eigenständigen Existenzsicherung und Altersvorsorge für Frauen befasst. Dazu sagte sie bei ihrem Amtsantritt: „Wir müssen den grundsätzlichen Fragen in unserer Gesetzgebung nachgehen und uns dafür einsetzen, dass Frauen die Folgen davon nicht länger nur allein tragen müssen."

Als Negativbeispiel bezeichnete sie „den Teilleistungscharakter der Pflegeversicherung, wo es zwar ‚Angehörige' oder ‚Familie' heiße, die Frauen aber gemeint seien. Im Namen des DGB gratulierte die stellvertretende Vorsitzende Ingrid Sehrbrock: „In den kommenden zwei Jahren wird eine engagierte Gewerkschafterin und ausgewiesene Expertin für Gleichstellung am Arbeitsmarkt und in der Sozialpolitik die Lobby der Frauen anführen." •

US-Wahlen

Warum Obama für die Gewerkschaften trotz allem Mr. Right ist

Die Wiederwahl von Barack Obama als US-Präsident ist auch ein Erfolg für die amerikanischen Gewerkschaften. Was sie in seiner zweiten Amtszeit von ihm erwarten können, hat Marion Knappe in Washington für den einblick zusammengefasst.

Im Wahlkampf haben die Gewerkschaften alles für „ihren" Präsidenten gegeben. Sie haben Millionen Dollar ausgegeben, sie haben mit Hilfe von „micro targeting" potenzielle Obama-Wähler identifiziert. Sie haben an tausende Haustüren geklopft und möglichst überzeugende Argumente vorgetragen. Noch am Wahltag wurden Freiwillige per E-Mail aufgefordert, Animationsanrufe bei potenziellen Wählern zu machen. Es hat funktioniert: Obama ist wiedergewählt worden.

Hat sich der ganze Aufwand wirklich gelohnt? Was können die Gewerkschaften vom neuen-alten Präsidenten erwarten? Weniger, als sie sich wünschen würden. Obama hat das U-Wort (union – Gewerkschaft) im Wahlkampf nicht in den Mund genommen. In seinen Plädoyers für eine starke Mittelschicht, gute Arbeit und anständige Löhne kamen die Gewerkschaften nicht vor. Und das wird sich auch in seiner zweiten Amtszeit nicht ändern. **Gewerkschaften werden weiter viele Hürden zu überwinden haben,** bis sie einige wenige Angestellte einer einzigen Supermarkt-Filiale vertreten dürfen (einen Flächentarifvertrag gibt es ja nicht). Daran wird sich nichts ändern. Der Mindestlohn von aktuell 7,25 Dollar wird nicht an die Produktivität gekoppelt werden – wie ein Gesetzentwurf aus dem Senat es vorsieht – denn die republikanische Mehrheit im Repräsentantenhaus lehnt das ab. Die „Right To Work"-Gesetzgebung (nach der Gewerkschaften auch Tarifverhandlungen für Beschäftigte führen müssen, die keine Beiträge an sie zahlen) in mittlerweile 23 Bundesstaaten wird nicht deshalb aufgehoben werden, weil der Präsident weiterhin Obama heißt.

Und trotzdem waren die Anstrengungen der Gewerkschaften im Wahlkampf nicht umsonst. **Für Obama sind Gewerkschaften immer noch „Teil der Lösung und nicht Teil des Problems".**

Der wiedergewählte Präsident weiß, dass die USA nicht mit China und Bangladesh um die niedrigsten Löhne konkurrieren kann. Er weiß, dass es um Qualität geht – bei Produkten ebenso wie bei Arbeitsbedingungen. Er kennt den Wert von Bildung und Ausbildung für den persönlichen beruflichen und sozialen Aufstieg und für die Gesellschaft insgesamt. Der Präsident kann sich unter dem Thema „Vereinbarkeit von Familie und Beruf" etwas vorstellen – wahrscheinlich auch, weil er durch Michelles harte Schule gegangen ist.

Obamas innerer „sozialpolitischer Kompass" wird wahrscheinlich bei ObamaCare, der Gesundheitsreform, am deutlichsten erkennbar: Niemand soll wegen einer Krankheit in den finanziellen Abgrund blicken müssen – diese Überzeugung ist für Amerikaner alles andere als selbstverständlich. Viele führende Gewerkschaftsvertreter waren enttäuscht von Obamas erster Amtszeit (und werden es auch bisweilen in der zweiten sein). Aber alle sagen: **Er hört uns wenigstens zu.** Bisweilen lässt sich Obama sogar von Gewerkschaften beraten.

Foto: privat

Marion Knappe, 46, ehemalige DGB-Pressesprecherin, lebt und arbeitet seit Mai 2010 in Washington.

Aus deutscher Perspektive mag das bescheiden wirken. Aber in einem Land, in dem nur knapp 13 Prozent der Arbeitnehmer gewerkschaftlich organisiert sind, eine Armada von Anwaltskanzleien darauf spezialisiert ist, Unternehmen „gewerkschaftsfrei" zu halten und ganzseitige Zeitungsanzeigen gewerkschaftsfeindlichen Inhalts erscheinen, ist das nicht zu unterschätzen. Und als die Republikaner im vergangenen Jahr Sturm liefen gegen das National Labor Relations Board, den Hüter des US-Arbeitsrechts, sich gegen Neubesetzungen sträubten und die finanziellen Grundlagen kappen wollten **– da hat Obama standgehalten.** Es habe zwar einige Überzeugungskraft gekostet, erinnert sich ein Gewerkschafter, der dabei war. Aber es hat funktioniert. •

„Nicht zum Wohlstand sparen"

Barack Obama hat die Präsidentenwahl klar gewonnen. Auf Obama entfallen 332 der Wahlmännerstimmen, auf Herausforderer Romney 206. Auch bei der Gesamtzahl der Stimmen liegt Obama vorn. Laut CNN gewann er US-weit mit 51 zu 48 Prozent gegen Romney. Rund 3,2 Millionen mehr Stimmen als Romney konnte Obama verbuchen.

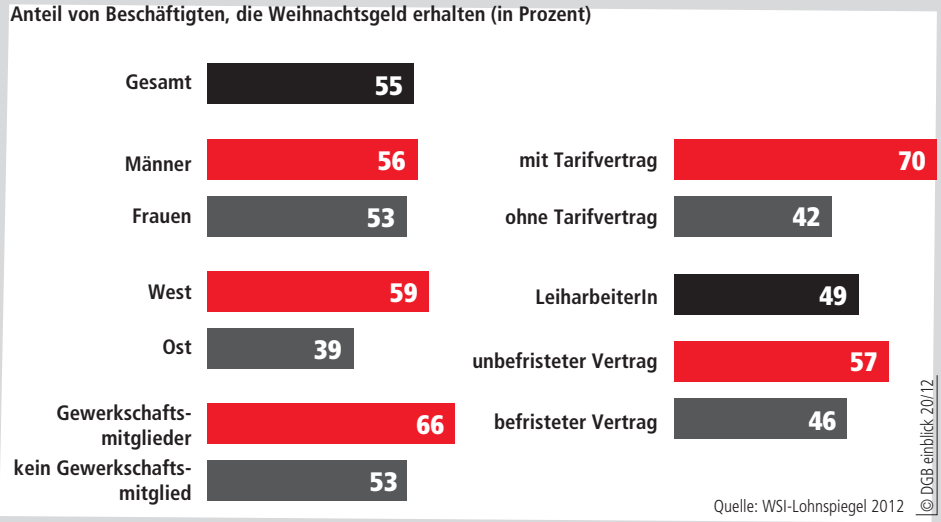
Am 17. Dezember treffen sich die Wahlmänner formell zur Wahl des Präsidenten. Versiegelt und beglaubigt werden ihre Stimmen an den Senatspräsidenten in Washington geschickt. Am 6. Januar werden die Stimmen in einer gemeinsamen Sitzung von Senat und Repräsentantenhaus ausgezählt. Am 21. Januar wird Obama am Inauguration Day öffentlich in seine zweite und letzte Amtszeit eingeführt.

Obama äußerte sich gleich nach seiner Wiederwahl zur Wirtschaftspolitik. Als erste Amtshandlung hat er SpitzenpolitikerInnen des Kongresses zu Verhandlungen über einen Ausweg aus der Haushaltskrise ins Weiße Haus eingeladen. Den Vorschlag der Republikaner, den Haushalt nur mit Kürzungen zu sanieren, lehnt Obama ab. „Wir können uns nicht zum Wohlstand sparen", erklärte er. Auch an der geplanten Reichensteuer hält er fest.

dieDGBgrafik

WEIHNACHTSGELD: Gewerkschaftsmitglieder im Vorteil

Rund 55 Prozent der Beschäftigten erhalten in diesem Jahr Weihnachtsgeld. Das zeigt eine Umfrage des WSI-Tarifarchivs. Unterschiede gibt es vor allem zwischen Westdeutschland (59 Prozent) und Ostdeutschland (39 Prozent) sowie zwischen Männern (56 Prozent) und Frauen (53 Prozent). Und nur 49 Prozent der LeiharbeiterInnen bekommen Weihnachtsgeld. Hingegen: 70 Prozent aller Gewerkschaftsmitglieder und 66 Prozent aller Beschäftigten in tarifgebundenen Betrieben können sich über mehr Geld freuen.



14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

19.11. DGB Nord, Tagung „Energie effizient einsetzen!", Hamburg

20.11. DGB Hessen-Thüringen, Diskussion „Solvency II – Was wird aus der betrieblichen Altersvorsorge?", Fulda

22.11. DGB, Ringvorlesung „Wohlstand ohne Wachstum? Woran sich Wohlstand wirklich messen lässt", Berlin

24.11. ver.di, 26. Journalistentag „Gemein machen. Partei ergreifen – Sollen wir das? Dürfen wir das? Oder müssen wir das?", Berlin

26./27.11. Hans-Böckler-Stiftung, Fachtagung „Werkvertragsunternehmen", Frankfurt / Main

26.11. GdP Niedersachsen, Lesung „Abgeknallt – Gewalt gegen Polizisten", Hannover

26.11. DGB Düsseldorf, Die Linke Kreisverband Düsseldorf, Diskussion „Finanzkrise? Eurokrise? Bankenkrise? Wie weiter in Europa?", Düsseldorf

27.11. GEW Niedersachsen, Workshop zum „Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen", Hannover

28./29.11. DGB, Hans-Böckler-Stiftung, Der Personalrat, Schöneberger Forum „Bürgerbeteiligung und öffentlicher Dienst – Zwischen Demokratisierung und Arbeitsverdichtung", Berlin

29.11. DGB, Bund-Verlag, Hans-Böckler-Stiftung, Preisverleihung „Deutscher Personalrätepreis beim Schöneberger Forum", Berlin

29.11. DGB, Ringvorlesung „Wohlstand ohne Wachstum? Nachhaltige Produktion: Globale Wertschöpfung", Berlin

29.11. DGB-Region Mittelhessen, Diskussion „Antikapitalismus von Rechts und Zulauf für die extreme Rechte?", Marburg

30.11.-1.12. Hans-Böckler-Stiftung, Forschungsinstitut für Arbeit, Technik und Kultur e.V., Universität Tübingen, Symposium „Die Euro-Krise und das deutsche Modell der industriellen Beziehungen", Tübingen

Tipp

***Buch**: Patrick Kury, Der überforderte Mensch, Campus Verlag, 342 Seiten, 34,90 Euro*

Stress, Burn-Out und andauernde Hetze sind in aller Munde und mittlerweile als Krankheiten des Menschen im 21. Jahrhundert etabliert. Doch was macht Stress aus? Und welchen Einfluss haben die Rahmenbedingungen, in der Menschen sich bewegen? In seinem Buch „Der überforderte Mensch" zeichnet Patrick Kury die Geschichte des Stresses nach: von der Erforschung organischer Zusammenhänge in den 1930er-Jahren bis hin zu den ersten Burnout-Studien in den 1970er-Jahren. Der Autor belegt: Beschleunigung, Flexibilisierung und dauernde Anpassung führen den Mensch an seine Grenzen.

Schlusspunkt.

„Die Europäische Union ist ein Langzeit-Projekt, das immer Langzeit-Dividenden abgeworfen hat – und sie verdient eine Langzeit-Perspektive."

Martin Schulz (SPD), Präsident des Europäischen Parlaments in seiner Europa-Rede am 9. November in Berlin

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke **Redaktionelle Mitarbeit:** Udo Böhlefeld, Birgit Böhret, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/3088 24-0, Fax 030/3088 24 20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

Geschlechterdiskriminierung

Pilotenmütze nur für Männer

Nach der internen Betriebsvereinbarung „Dienstbekleidung" bei der Lufthansa müssen männliche Piloten die Uniformmütze in dem der Öffentlichkeit zugänglichen Flughafenbereich tragen. Weibliche Piloten dagegen können die Mütze tragen, müssen aber nicht. Für sie gehört die Kopfbedeckung nicht zur vollständigen Uniform. Diese Regelung ist rechtmäßig. Sie stellt keine Benachteiligung der Männer im Sinne des Gleichbehandlungsgesetzes dar.

Landesarbeitsgericht Köln, Urteil vom 29. Oktober 2012 - 5 Sa 549/11

Beamtenbeihilfe

Künstliche Befruchtung nur bis 40

Beamtinnen ab dem 40. Lebensjahr haben keinen Anspruch darauf, dass die Kosten für eine künstliche Befruchtung von der Beihilfe erstattet werden. Die einheitliche Altersgrenze in den Beihilfevorschriften ist rechtmäßig. Die Beihilfestellen wären überfordert, wenn sie in jedem Einzelfall die Erfolgsaussichten einer Schwangerschaft ab dem 40. Lebensjahr mittels Gutachten zu überprüfen hätten.

Verwaltungsgericht Aachen, Urteil vom 7. September 2012 - 7 K 102/11

Gesetzliche Unfallversicherung

Parkgebühr ist zu erstatten

Erhält ein Unfallverletzter von der Berufsgenossenschaft nach einem Arbeitsunfall physiotherapeutische Leistungen und legt den Weg in die physiotherapeutische Praxis mit dem Auto zurück, so sind auch die Kosten für das Abstellen des Autos in einer gebührenpflichtigen Kurzparkzone zu erstatten.

Sozialgericht Hildesheim, Urteil vom 24. Juli 2012 - S 11 U 129/11

Hartz IV

Kein Geld für Nahrungsergänzungsmittel

Nahrungsergänzungsmittel sind zwar Lebensmittel, die dazu bestimmt sind, die allgemeine Ernährung zu ergänzen. Sie begründen jedoch keinen Mehrbedarf im Sinne der Bestimmungen zur Grundsicherung für Arbeitsuchende. Denn es handelt sich dabei nicht um kostenaufwendige Ernährung, die aus medizinischen Gründen erforderlich ist.

Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen, Urteil vom 28. Februar 2012 - L 9 AS 585/08

Deutscher Bundestag

Besucherbetreuer sind Arbeitnehmer

Besucherbetreuer des Bundestages stehen in einem abhängigen Beschäftigungsverhältnis und sind sozialversicherungspflichtig. Das gilt auch, wenn im Arbeitsvertrag freie Mitarbeit vereinbart wurde, die tatsächlichen Arbeitsbedingung aber für eine Angestelltentätigkeit sprechen.

Sozialgericht Berlin, Urteil vom 26. Oktober 2012 – S 81 KR 2081/10

Klassenfahrt

Für Hartz-IV-Empfänger maximal 300 €

Aufwendungen für mehrtägige Klassenfahrten im Rahmen der schulrechtlichen Bestimmungen sind nicht vom Hartz-IV-Regelsatz erfasst. Eine finanzielle Obergrenze im Landesschulrecht ist aber zu beachten.

Der Fall: Eine Schülerin der 11. Klasse einer hessischen Schule bezieht mit ihrer Familie Hartz-IV-Leistungen. Auf einem Elternabend wurde einstimmig die Durchführung einer Klassenfahrt nach Berlin mit Kosten von 350 Euro pro Person beschlossen. Die Schülerin beantragte daraufhin vom Jobcenter die Kostenübernahme, ohne die sie als Einzige nicht an der Klassenfahrt teilnehmen könne. Das Jobcenter lehnte den Antrag im Ganzen ab und berief sich auf einen Erlass des Hessischen Kultusministeriums, wonach bei Inlandfahrten die Gesamtkosten 300 Euro pro Schüler nicht übersteigen dürfen. Die dagegen gerichtete Klage hatte bis zur Obergrenze Erfolg.

Da Landessozialgericht: Das Jobcenter ist verpflichtet, die Kosten in Höhe von 300 Euro zu erstatten. Zwar sind prinzipiell die tatsächlich anfallenden Kosten für mehrtägige Klassenfahrten vom Hartz-IV-Leistungsträger zu tragen. Voraussetzung ist jedoch, dass die Veranstaltung den maßgeblichen schulrechtlichen Vorgaben entspricht. Anders als in anderen Bundesländern wird in Hessen durch den die Schulen bindenden Erlass des Kultusministeriums die Kostenobergrenze für Klassenfahrten abschließend geregelt. Diese liegt für Inlandfahrten bei 300 Euro und für Auslandsfahrten bei 450 Euro.

Bei Überschreiten dieser Grenzen entfällt allerdings nicht der komplette Anspruch auf Kostenübernahme, sondern ist auf die dem Erlass entsprechende Kostengrenze zu beschränken.

Hessisches Landessozialgericht, Urteil vom 19. Oktober 2012 - L 7 AS 409/11

Hartz IV

Nur 21 Urlaubstage

Der selbstständig tätige Hilfeempfänger ist verpflichtet, die Führung seiner Geschäfte so auszurichten, dass die ausgeübte selbstständige Erwerbstätigkeit ausreichende Erträge für seinen Geschäftsbetrieb wie auch für seinen Lebensunterhalt einbringt.

Der Fall: Die selbstständige Journalistin bezieht Hartz-IV-Leistungen. Sie hält sich regelmäßig zur Vorstellung ihrer Bücher, zu Recherchen und Führungen auf einer nordfriesischen Insel auf. Die beantragte Genehmigung der Ortsabwesenheit war durch das Jobcenter für einzelne Tage mit der Begründung abgelehnt worden, die Antragstellerin habe im Jahr 2012 ihr zustehende 21 „Urlaubstage" aufgebraucht. Die Ortsabwesenheit sei an den Tagen, an denen sie unentgeltlich bzw. nur gegen ein Trinkgeld tätig sei, nicht beruflich veranlasst. Die dagegen gerichtete Klage hatte keinen Erfolg.

Das Sozialgericht: Nach dem Gesetz erhält keine Leistungen, wer sich ohne Zustimmung des Jobcenters außerhalb des zeit- und ortsnahen Bereichs aufhält und so nicht für die Eingliederung in Arbeit zur Verfügung steht. Die Zustimmung ist zu erteilen, wenn ein wichtiger Grund vorliegt und die Eingliederung nicht beeinträchtigt wird. Die Summe der Ortsabwesenheiten soll in der Regel drei Wochen im Jahr nicht überschreiten. Im vorliegenden Fall sind die Tage, an denen die Journalistin nicht mit konkreter Gewinnerzielungsabsicht tätig gewesen sei, sondern unentgeltlich gearbeitet habe, nicht als berufsbedingte Ortsabwesenheit, sondern als Urlaub zu werten.

Sozialgericht Stuttgart, Beschluss vom 18. Juli 2012 - S 19 AS 3136/12 ER

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 03.12.2012 21/12

DGB

Öffentlicher Dienst

Noch 792 Jahre bis zur Gleichstellung

PolitikerInnen aller Parteien fordern die Gleichstellung der Frauen in den Vorstandsetagen. Doch ausgerechnet im öffentlichen Dienst ist frau davon weit entfernt. „Es gibt sie nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch im öffentlichen Dienst und ebenso in den öffentlichen Unternehmen: die „gläserne Decke", die es Frauen fast unmöglich macht, in die obersten Hierarchie-Ebene vorzudringen", sagt die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock. Ergebnis einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung ist: Frauen sind in den Führungspositionen des öffentlichen Sektors zwar generell zu einem Drittel vertreten. Ihr Anteil an den Führungspositionen sinkt aber deutlich mit steigender Hierarchie-Ebene.

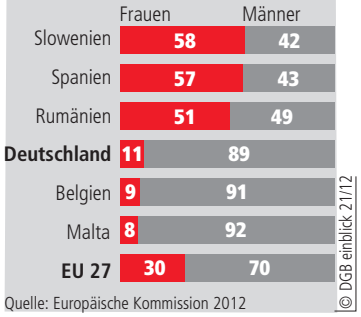
In den Vorständen von öffentlich-rechtlichen Banken und Sparkassen sieht es besonders düster aus. Gerade mal 2,5 Prozent der Vorstände sind weiblich. Ihr Anteil steigt – wenn überhaupt – mit der „rasanten Geschwindigkeit" von 0,5 Prozent jährlich. „Bis wir hier Gleichstellung haben, dauert es noch 792 Jahre", merkt Julia Schimeta, Autorin der DIW-Studie an.

In den obersten Bundesbehörden erreichen nur sehr wenige Frauen die Top-Positionen der Beamtenlaufbahn. „In der Geschichte der Bundesrepublik gab es mehr Ministerinnen als beamtete Staatssekretärinnen", beschreibt Julia Schimeta die Situation. „Am stärksten ist die Unterrepräsentanz von Frauen im Geschäftsbereich des Verteidigungsministeriums." Hier fände sich nur eine einzige Frau gegenüber 175 Männern in Führungspositionen. Neben dem Verteidigungsministerium gehören das Auswärtige Amt (17,2 %) und das Finanzministerium (11,4 %) zu den Ressorts mit der niedrigsten Quote. Deutlich bessere Werte erreichen das Familienministerium (29,4 %) oder das Ministerium für Bildung und Forschung (26,9 %).

Insbesondere die Bereiche Bildung, Erziehung und Gesundheitswesen sind ein Musterbeispiel für ein Problem, mit dem sowohl Julia Schimeta als auch die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) hadern. So stellte die GEW auf einer Tagung unter dem Motto „Frauen stärken" fest: „Es gibt kaum verfügbare Daten über Frauen in Führungspositionen in diesen Bereichen." Mehr Transparenz sei notwendig, um die Gleichberechtigung im öffentlichen Dienst zu erreichen. Für Ingrid Sehrbrock lautet das Fazit: „Der Befund überrascht nicht. Im öffentlichen Sektor, einem für Frauen wichtigen Beschäftigungsbereich, zeigen sich Spaltungstendenzen, wie wir sie vom Arbeitsmarkt kennen. Damit Frauen nicht länger benachteiligt werden, müssen sich die Strukturen ändern. Mit Kontrollinstrumenten und Sanktionen bewährte Gesetze können diesen Veränderungsprozess vorantreiben." •

Männer sind einsame Spitze

Frauenanteil in Top-Positionen der öffentlichen Verwaltungen (in Prozent) EU-Länder mit dem höchsten und geringsten Anteil



Quelle: Europäische Kommission 2012

Mit 11 Prozent Frauenanteil steht Deutschland schlecht da. Lediglich Malta und Belgien lassen noch weniger Frauen führen.

plusminusBERLIN

+ ***Die CSU-Bundestagsabgeordnete Dorothee Bär lehnt die von den Arbeitgebern gewünschte Verkürzung der Elternzeit ab. Benötigt würden „familiengerechte Arbeitsplätze" und keine „arbeitsplatzgerechten Familien".***

– ***Eine „völlige Offenlegung" der Nebeneinkünfte von Bundestagsabgeordneten lehnt der CDU-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder ab. Er fürchtet, dass dann nur noch „Beamte und Funktionäre" im Parlament sitzen.***

inhalt

Seite 3
Allgemeinverbindlich
Niedriglöhne und immer weniger allgemeinverbindliche Tarifverträge setzen das Tarifsystem unter Druck. DGB und Gewerkschaften wollen das ändern

Seite 5
Aufstocker
1,3 Millionen Menschen in Deutschland müssen trotz Job ihr Einkommen durch Hartz-IV-Leistungen aufstocken. Hauptursache ist der boomende Niedriglohnsektor

Seite 7
Aktionswochen
Länderübergreifende Aktionswochen zur Finanzkrise haben Gewerkschaften aus Österreich, der Schweiz und Deutschland verabredet. Der österreichische Gewerkschaftsvorsitzende Wolfgang Katzian über den Hintergrund

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.dgb.de/-/57n
Kampagne von DGB und IGB gegen UN-Pläne zur Beschränkung des Internets

Hintergrund

www.einblick.dgb.de/hintergrund
Frauen in Führungspositionen des Öffentlichen Dienstes

Brandkatastrophe

Textilindustrie lernt nichts dazu

Mehr als hundert Todesopfer forderte der Brand in einer Fabrik von Tazreen Fashion in Bangladesch. Seit 2004 ist es das fünfte Großfeuer in einer Textilfabrik in dem asiatischen Billiglohnland. Für Johann Rösch, Textileinzelhandelsexperte bei ver.di, ist es ein „weiteres Beispiel dafür, dass all die von westlichen und auch von deutschen Unternehmen gepriesenen Audits und Kontrollverfahren nur geeignet sind, die Nachhaltigkeitsberichte dieser Unternehmen zu schönen". Die Gewerkschaft erwartet, dass nun die im Frühjahr 2012 von dem US-Textilriesen PVH initiierte Brandschutz-Vereinbarung von den großen Firmen unterschrieben wird.

Bislang weigern sich Firmen wie Zara oder auch H&M, der Initiative beizutreten. Ziel der PVH-Aktion sind Schulungen für die Beschäftigten, die Gründung von Arbeitsschutzkomitees und ein unabhängiges Kontrollsystem, an dem sich auch die Gewerkschaften beteiligen können. Reine Aufklärungskampagnen helfen nicht, ist sich Rösch sicher, „solange das Zugangsrecht für Gewerkschaften nicht durchgesetzt ist". •

Entsenderichtlinie

Arbeitnehmerrechte in Gefahr

Seit vielen Jahren setzen die Gewerkschaften sich für eine Überarbeitung der Entsenderichtlinie ein, um den weit verbreiteten Missbrauch einzudämmen. Was derzeit aber im Europäischen Parlament und im Rat auf Vorschlag der Kommission zur „besseren Durchsetzung der Entsenderichtlinie" verhandelt wird, hilft keinen Schritt weiter und würde Arbeitnehmerrechte schwächen.

Dieser Vorschlag muss aus Sicht des DGB grundlegend überarbeitet werden: „Anstatt endlich die Rechte entsandter Beschäftigter zu stärken, will die Kommission die Entsendeunternehmen vor angeblich zu strengen Kontrollen schützen," kritisiert DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach. Dabei sind strenge Kontrollen nach Auffassung des DGB dringend notwendig. Die Maßnahmen, mit denen in Deutschland gute Erfahrungen gemacht werden, wie etwa umfangreiche Meldepflichten, müssen weiterentwickelt werden, statt sie einzuschränken. Zudem darf die Generalunternehmerhaftung nicht aufgeweicht werden, und die Beratung von entsandten Beschäftigten muss flächendeckend gewährleistet werden. •

Elend in den Städten

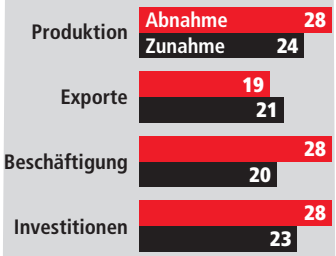
Mehr Armut

In deutschen Großstädten wächst die Armut besonders schnell. In den Großstädten im Osten und im Ruhrgebiet leben bis zu einem Fünftel der Menschen unter der Armutsgrenze. Das zeigt der WSI-Report des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) vom November 2012.

Besonders dramatisch ist die Entwicklung in den Ruhrgebietsstädten Dortmund und Duisburg. Die beiden Städte nähern sich inzwischen mit gut 24 und 23 Prozent Armutsquote dem Niveau von Leipzig (25 %). Neben Leipzig ist die Quote im Osten in Dresden (20 %) nach leichter Abnahme in den Jahren 2008 bis 2010 zuletzt wieder gestiegen. Berlin liegt ebenfalls mit 21,1 Prozent deutlich über dem Bundestrend (15,1 %). •

Weniger Wachstum

Prognosen der Unternehmen für das Jahr 2013 (in Prozent)



Quelle: IW-Konjunkturumfrage November 2012

© DGB einblick 21/12

Die deutsche Wirtschaft schwächelt, stellt das Kölner Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) nach seiner aktuellen Konjunkturumfrage fest. Eine Rezession erwarteten die Unternehmen für das kommende Jahr zwar nicht, aber es gelte Investitionszurückhaltung. Von den rund 2300 befragten Firmenvertretern gehen 28 Prozent davon aus, dass das kommende Jahr schlechter wird. 28 Prozent der Unternehmen rechnen 2013 mit Personalabbau. Nur 19 Prozent gehen von Neueinstellungen aus.

EU-Finanzsteuer

Gebot der Fairness

Nach langer Diskussion kommt Bewegung in das Thema Finanztransaktionssteuer. Elf Staaten ziehen derzeit mit. Neben Deutschland sind dies die Länder Belgien, Estland, Frankreich, Griechenland, Italien, Österreich, Portugal, Slowakei, Slowenien und Spanien. Diese Steuer wird von den Gewerkschaften schon lange gefordert. Jetzt sieht auch die Kommission die Notwendigkeit. Kommissionspräsident José Manuel Barroso begründet sie mit der gebotenen „Fairness", damit die Kosten der Krise nicht nur dem „einfachen Bürger" auferlegt würden. Da eine solche Abgabe eigentlich nur mit der Zustimmung aller 27 EU-Länder möglich ist, wählte die Elfer-Gruppe einen Ausweg. Die Staaten verpflichteten sich zu einer „verstärkten Zusammenarbeit". Dem können die Steuer-Gegner nicht widersprechen. •

Rente und Minijobs

Zustimmung im Bundesrat

Entgegen den Empfehlungen der Ausschüsse stimmte die Bundesratsmehrheit für die Erhöhung der Minijobgrenze von 400 auf 450 Euro. Die rot-grün regierten Landesregierungen brachten keine Mehrheit für die Anrufung des Vermittlungsausschusses zustande. Die Mehrheit stimmte ebenfalls für die von der schwarz-gelben Bundesregierung beschlossene Senkung der Rentenbeiträge. Auch hier hatte der Fachausschuss empfohlen, das Gesetz via Vermittlungsausschuss abzulehnen. •

Energiewende

Innovationspakt gefordert

Einen energiepolitischen Innovationspakt hat das Innovationsforum Energiewende (If.E), eine gemeinsame Initiative von IG BCE, Unternehmen und Betriebsräten von der Politik gefordert. „Wir erwarten, dass die Politik die Zeit bis zur Bundestagswahl zu einer energiepolitischen Inventur nutzt und die bisherige Konzeption der Energiewende und den Instrumentenkasten gründlich überprüft", erklärte der IG BCE-Vorsitzende Michael Vassiliadis auf dem ersten If.E-Kongress Ende November in Berlin. •

www.innovationsforum-energiewende.de

in eigener Sache

Erfurt statt Berlin: In der letzten *einblick*-Ausgabe 20/2012 stand in der Rubrik „plusminusBerlin", dass **Astrid Rothe-Beinlich** Bundestagsabgeordnete von Bündnis90/Die Grünen ist. Tatsächlich ist sie aber Abgeordnete im Thüringer Landtag und Mitglied im Bundesvorstand ihrer Partei.

Allgemeinverbindlicherklärungen

Für sozialen und betrieblichen Frieden

Das Tarifvertragssystem ist unter Druck. Eine Ursache sind Austritte aus den Arbeitgeberverbänden und Mitgliedschaften in Arbeitgeberverbänden ohne Tarifbindung. Auch der wachsende Niedriglohnsektor schwächt das Tarifsystem. Und: Immer weniger Tarifverträge werden für allgemeinverbindlich erklärt.

Die Allgemeinverbindlicherklärung (AVE) von Tarifverträgen ist ein erprobtes Instrument, um gleiche Wettbewerbsbedingungen zu schaffen. Sie verhindert Nachteile zu Lasten der tarifgebundenen Unternehmen und Beschäftigten. Die AVE verliert stark an Bedeutung: Von 1991 bis 2011 ist die Anzahl allgemeinverbindlicher Tarifverträge von 622 auf 495 gesunken. Gerade einmal 1,5 Prozent aller Tarifverträge sind heute noch allgemeinverbindlich. Zu Beginn der 90er Jahre lag ihr Anteil bei 5,4 Prozent. Gleichzeitig gab es einen kontinuierlichen Rückgang der Tarifbindung, 2010 waren nur noch 36 Prozent der Betriebe im Westen tarifgebunden, im Osten 20 Prozent. Zudem stellt das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung fest: „Allgemeinverbindlich erklärte Tarifverträge gelten derzeit nur noch regional begrenzt für insgesamt rund 245 000 Beschäftigte." (*einblick 19/2012*).

Seit 2009 erlaubt das Mindestarbeitsbedingungengesetz, dass mit Hilfe staatlicher Verordnungen in Branchen mit geringer oder fehlender Tarifbindung Mindestentgelte festgelegt werden. Allerdings wurde auf dieser Grundlage noch nicht ein einziger Mindestlohn erlassen. Das Arbeitnehmerentsendegesetz und das Tarifvertragsgesetz bieten die Möglichkeit, allgemeinverbindliche Tarifverträge auf alle Arbeitsverhältnisse einer Branche zu erstrecken. Das setzt voraus, dass die tarifgebundenen Arbeitgeber mindestens 50 Prozent der unter den Branchentarifvertrag fallenden ArbeitnehmerInnen beschäftigen. Außerdem muss die AVE im öffentlichen Interesse liegen. Hier liegt das Problem: Da immer weniger Arbeitgeber die Branchentarifverträge anwenden, werden diese 50 Prozent selten erreicht.

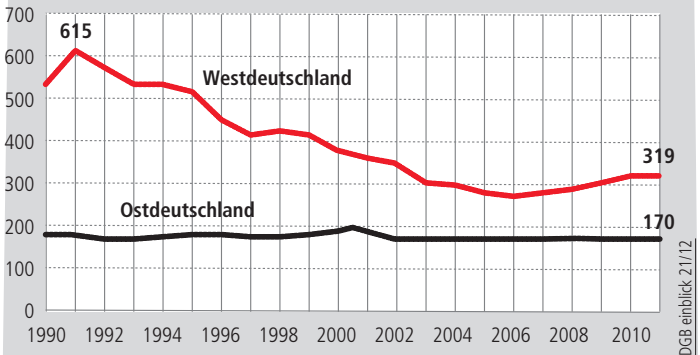
Nun hat der DGB-Bundesvorstand einen Vorstoß in Sachen AVE beschlossen: Die 50-Prozent-Regelung entspricht nicht mehr der Wirtschaftsstruktur. „Sie ist auch verfassungsrechtlich nicht erforderlich", sagt DGB-Rechtsexpertin Helga Nielebock. Mit abnehmender Tarifbindung steige daher der Bedarf nach staatlicher Regulierung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen, so Nielebock weiter. Es sei notwendig, das „öffentliche Interesse" zu präzisieren. Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer erklärt: „Im öffentlichen Interesse liegt es, dass Lohndumping verhindert wird. Unternehmen sollten nicht über niedrige Löhne miteinander konkurrieren, sondern über die Qualität ihrer Produkte und Dienstleistungen." Öffentliches Interesse, so Michael Sommer weiter, ist „auch dann gegeben, wenn es darum geht, soziale Standards und das Tarifvertragssystem zu sichern." Die Tarifautonomie müsse gestärkt werden.

Mehr AVE sind ein wichtiger Beitrag für die Stabilisierung des Tarifsystems insgesamt. Zu diesem Schluss kommen auch Reinhard Bispinck und Thorsten Schulten vom WSI in ihrer unlängst erschienenen Studie „Stabilisierung des Flächentarifvertrages – Reform der Allgemeinverbindlichkeitserklärung". Sie regen an, dass im Tarifausschuss, der über die Ausdehnung von Tarifverträgen entscheidet, auch die jeweiligen Branchen-Tarifparteien sitzen – und nicht nur Dachverbände. Die blockieren mit ihrem Vetorecht oft die Wünsche ihrer Mitgliedsverbände nach Allgemeinverbindlichkeit. Die beiden Forscher regen an, dieses Veto-Recht abzuschaffen. Und auch sie plädieren dafür, die 50-Prozent-Regel zu streichen. Sie erschwere eine AVE gerade dann, wenn sie durch sinkende Tarifbindung notwendig werde.

Als „Gewinner eines reformierten Tarifsystems mit Existenz sichernden Entgelten" sieht DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki „die betroffenen Menschen und den Staat gleichermaßen: Die Menschen, weil sie von ihrer Hände Arbeit wieder leben könnten, den Staat, weil er bei Existenz sichernden Entgelten weniger Transferleistungen aufbringen muss". •

Immer weniger allgemeinverbindlich

Allgemeinverbindliche Tarifverträge 1990 bis 2010



Quelle: WSI Mitteilungen 7/2012

Mit dem Rückgang von Allgemeinverbindlicherklärungen ist auch die Tarifbindung in Deutschland um 15 Prozent zurückgegangen.

Mindestlohn-Verhandlungen

Spätestens im nächsten Jahr will ver.di Mindestlohn-Verhandlungen mit dem Zentralverband des Deutschen Friseurhandwerks (ZV) aufnehmen. Dessen Mitgliederversammlung hat den Weg dafür geebnet.

„Die Situation für FriseurInnen ist skandalös – Stundenlöhne von 5 bis 6 Euro sind keine Seltenheit, teilweise liegen sie sogar noch darunter", betont ver.di-Bundesvorstandsmitglied Petra Gerstenkorn. Doch jetzt „ist der Weg für Mindestlohn-Verhandlungen frei – das ist ein positives Signal für eine Branche, deren Image am Boden liegt", unterstreicht Gerstenkorn.

Die noch zu bildende Bundestarifkommission wird spätestens Anfang 2013 mit der Tarifgemeinschaft der Landesinnungsverbände die Verhandlungen aufnehmen. Geschäftsmodellen, die mittels Lohndumping Wettbewerbsvorteile gegenüber Mitbewerbern erzielen, soll durch einen Branchen-Mindestlohn die Grundlage entzogen werden.

PROJEKTE UND PARTNER

Friedrich-Ebert-Stiftung

Zukunft ohne Zeitungen?

Nach dem Aus für die *Frankfurter Rundschau* wird nun auch die Wirtschaftszeitung *Financial Times Deutschland* eingestellt. Und auch bei anderen etablierten Zeitungen sinken die Auflagen. Doch was bedeutet diese Entwicklung für die Demokratie? Kann das Netz Print ersetzen? Eine Diskussionsrunde der Friedrich-Ebert-Stiftung will diesen Fragen am 7. Dezember in Köln nachgehen. ExpertInnen aus Presse, Wissenschaft und Blogosphäre analysieren und diskutieren Perspektiven und Herausforderungen. •

Anmeldung: indira.kroemer@fes.de

Finanzkrise

Themenheft klärt auf

Was war nochmal die Ursache für die Finanzkrise 2007/2008? Was hat diese und vorherige Krisen ausgelöst? Mit Hilfe von Zeitungsbeiträgen renommierter Tageszeitungen und Magazinen bereitet das „Themenheft Finanzkrise" der Hans-Böckler-Stiftung alle wichtigen Details auf. Die als Lehrerheft konzipierte Broschüre „Denn wir wissen nicht, was sie tun" liefert gut lesbar alle wichtigen Fakten und Zusammenhänge und setzt die Krise am Ende des vergangenen Jahrzehnts in Bezug zur aktuellen Krise in Europa. •

www.bit.ly/hbs_krise

DGB-Broschüre

Infos für Freiwilligendienst

Seit Juli 2011 können junge Menschen einen Bundesfreiwilligendienst (BFD) leisten. Ähnlich wie die Zivildienstleistenden zuvor können sie in Krankenhäusern, Alten- oder Krankenpflegeeinrichtungen arbeiten. Sowohl für die freiwilligen Frauen und Männer als auch für Betriebsräte in den Einrichtungen wirft der BFD Fragen auf. Die DGB-Broschüre „Das Bundesfreiwilligendienstgesetz – eine verpasste Chance" erläutert, worauf sie achten müssen. Von der Dauer des Dienstes über den Versicherungsschutz bis hin zur Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall. Zudem sind die Gesetzestexte sowie Merkblätter im Anhang zu finden. Die Broschüre kann für 2,50 Euro zuzüglich Versandkosten online im DGB-Bestellservice erworben werden. •

www.bit.ly/bfd_dgb

Hans-Böckler-Stiftung

Projekt Dritter Bildungsweg

Mit dem Modellprojekt „Dritter Bildungsweg" will die Hans-Böckler-Stiftung herausfinden, wie man Menschen ohne Abitur motivieren kann, ein Studium aufzunehmen. Zentrale Aufgabe ist es, umfassende und leicht zugängliche Informationen zum Studium bereitzustellen sowie den Studienstart durch individuelle Hilfe zu unterstützen. Zudem sollen Hochschulen angeregt werden, sich anderen Studierendengruppen zuzuwenden. Integration von Menschen ohne Abitur in den akademischen Betrieb soll so ermöglicht werden. Projektpartner sind die Fakultät für Ingenieurwissenschaft der Universität Duisburg-Essen und der Fachbereich Gesundheitswesen an der FH Niederrhein. Für beide Standorte bietet die Hans-Böckler-Stiftung in den kommenden drei Jahren Stipendien an. Bewerbungsschluss für die ersten Stipendien ist der 1. Februar 2013. •

Mehr Infos: www.boeckler.de/stipendium

TBS Hessen

Professionell mitbestimmen

Ob beim Umgang mit Arbeitgebern, oder den notwendigen betriebswirtschaftlichen Kenntnissen – Betriebsräte müssen in vielen Bereichen kompetent sein. Um ArbeitnehmervertreterInnen bei ihrer Arbeit zu unterstützen, hat die Technologieberatungsstelle Hessen ein branchenübergreifendes Weiterbildungsprojekt gestartet. Ziel ist es, innovative Angebote zum Wissenstransfer in Unternehmen zu entwickeln. Stattfinden soll das in hessischen klein- und mittelständischen Unternehmen. In Workshops sollen Betriebsräte gemeinsam mit Beschäftigten, Geschäftsführung und Gewerkschaftssekretären die Konzepte diskutieren und erarbeiten. Ein Internetportal wird Betriebsräte vernetzen und den Informationsaustausch sicherstellen. Das Projekt startet im ersten Quartal kommenden Jahres und wird vom hessischen Wirtschaftsministerium und aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds gefördert. •

www.tbs-hessen.info

digitalcourage e.V.

Neuer Name, altes Ziel

Der vormals unter dem Kürzel FoeBuD firmierende „Verein zur Förderung des öffentlichen bewegten und unbewegten Datenverkehrs e.V." hat sich umbenannt in „digitalcourage e.V." Ziel der Aktivitäten ist es auch weiterhin, sich „für eine lebenswerte digital vernetzte Welt" einzusetzen. Unter anderem wird der Verein auch künftig den BigBrotherAward für die größten Datenskandale vergeben. „digitalcourage" hat DesignerInnen und KünstlerInnen zu einem Wettbewerb aufgerufen, um ein neues Logo zu kreieren. •

www.digitalcourage.de

interregio

••• Der ***DGB Bayern*** unterstützt das ***Volksbegehren „Grundrecht auf Bildung ernst nehmen – Studiengebühren abschaffen",*** das am 17. Januar in Bayern stattfindet. Der DGB ruft dazu auf, sich an der Abstimmung zu beteiligen. Der Vorsitzende des DGB Bayern Matthias Jena erklärt: „Studiengebühren sind unsozial, weil sie Jugendliche aus einkommensschwachen Familien massiv benachteiligen." Die Abschaffung der Studiengebühren sei auch ein Gebot ökonomischer Vernunft, so Jena. „Auf der einen Seite wird ausdauernd der drohende Fachkräftemangel beklagt, auf der anderen Seite erschwert man einem Teil der Bevölkerung mit den Studiengebühren den Zugang zu unseren Hochschulen. *www.bayern.dgb.de*

••• Der ***DGB Nord*** hat gemeinsam mit den drei norddeutschen Bundesländern Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Hamburg die ***Ausweitung der Minijobs*** durch die Bundesregierung kritisiert. In einer gemeinsamen Erklärung werden die schwarz-gelben Pläne als „Irrweg" bezeichnet. Die Maßnahme würde den Anteil prekärer Beschäftigung im Norden erhöhen und gute Arbeit zu fairen Löhnen in Deutschland erschweren.Die ArbeitnehmerInnen bräuchten endlich Löhne, von denen sie leben können.

www.nord.dgb.de/-/5AA

Arbeitsmarkt

Aufstocken als Methode

1,3 Millionen Menschen in Deutschland müssen trotz Job ihr Gehalt durch Hartz-IV-Leistungen aufstocken. Der DGB kritisiert, dass ergänzende Leistungen für NiedrigverdienerInnen mittlerweile ein wesentlicher Teil des Hartz-IV-Systems sind. Hauptursache ist der boomende Niedriglohnsektor.

Acht Stunden Arbeit am Tag, fünfmal die Woche und trotzdem reicht der Lohn am Ende des Monats nicht zum Leben. So sieht die Realität für rund 350 000 vollzeitbeschäftigte Menschen in Deutschland aus. Für den DGB-Arbeitsmarktexperten Wilhelm Adamy ist das ein Skandal: „Hartz-IV-Armut trotz voller Erwerbstätigkeit ist ein Verstoß gegen die Menschenwürde." Mit Blick auf die nachwachsende Generation sei dies ein „verheerendes gesellschaftspolitisches Signal", warnt Adamy.

Eine DGB-Analyse zeigt: Die Annahme, Hartz-IV-BezieherInnen seien alle arbeitslos, trifft schon lange nicht mehr zu. Von den knapp 4,5 Millionen ALG-II-EmpfängerInnen im erwerbsfähigen Alter zwischen 15 und 64 Jahren sind gerade zwei Millionen Menschen ohne Job. Demnach dient Hartz IV vielen Menschen als notwendiges Zusatzeinkommen. Adamy kritisiert, dass Unternehmen Hartz-IV-Leistungen als Kombilohn missbrauchen. „Sie wirken wie ein unbefristeter Lohnkostenzuschuss, der dann besonders hoch ist, wenn die Unternehmen niedrige Löhne zahlen." Durch Dumpinglöhne wird der Wettbewerb zu Lasten fair zahlender Unternehmen verzerrt. Im regionalen Vergleich leben zwar in Ostdeutschland mehr AufstockerInnen. Doch auch in Westdeutschland steigt die Zahl derjenigen, die trotz Arbeit arm sind.

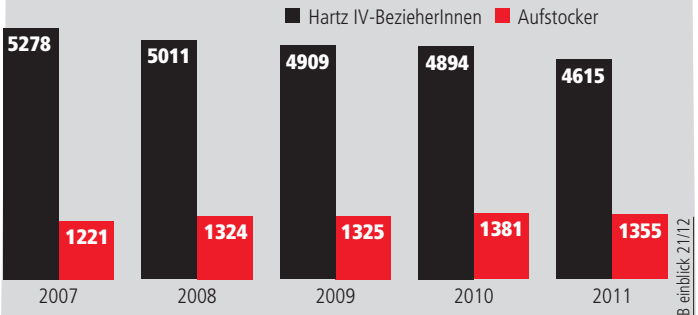
Für den DGB steht fest: Ein Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde würde den Menschen helfen und zugleich die Ausgaben für Hartz IV um mehrere Milliarden senken. „Ein Ende des Aufstockerunwesens ist ein Beitrag für mehr Ordnung, Fairness und Wettbewerbsgleichheit am Arbeitsmarkt", so der DGB.

Entscheidender Faktor für die steigende Anzahl von Aufstockern ist der anhaltende Boom im Niedriglohnsektor. Neue Berechnungen des DGB zeigen zudem, dass auch immer mehr Vollzeitbeschäftigte mit Berufsausbildung zu Niedriglöhnen arbeiten. So lag deren Niedriglohnquote 2010 bei etwa einem Fünftel. Rund 2,4 Millionen Vollzeitbeschäftigte mit beruflicher Ausbildung zählen zu den Geringverdienern. Wilhelm Adamy stellt klar: „Eine unzureichende Qualifikation kann mehrheitlich nicht für das Ausmaß des Niedriglohnsektors angeführt werden." Ursache für den Niedriglohnboom ist vielmehr wachsende atypische Beschäftigung. Fast 50 Prozent von ihnen müssen zu einem Niedriglohn arbeiten, bei den MinijobberInnen sind es sogar 84 Prozent und bei den LeiharbeiterInnen 68 Prozent. Um den Niedriglohnsektor einzudämmen, fordert der DGB unter anderem die Zumutbarkeitsregeln für Arbeitslose zu ändern. Diese sollten sich an Tarifverträgen oder an ortsüblichen Löhnen orientieren.

DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach nimmt die Bundesregierung in die Pflicht: „Die Koalition darf nicht länger sehenden Auges in Kauf nehmen, dass jeder fünfte Beschäftigte zu Niedriglöhnen arbeiten muss." Niedriglöhne und prekäre Jobs seien würdelos und würden zur tickenden Zeitbombe für eine Welle von Altersarmut. „Wir fordern die Koalition auf, die Blockaden gegen einen flächendeckenden Mindestlohn, die Regulierung der Leiharbeit sowie eine Reform der Minijobs aufzugeben", so Buntenbach. Außerdem gelte es, allgemeinverbindliche Tariflöhne in den Branchen einzuführen, in denen Niedriglöhne besonders oft gezahlt werden. Das sind vor allem das Gastgewerbe, der Einzelhandel, das Friseurhandwerk, die Taxi- und Logistikbranche, die Fleischverarbeitung und die Callcenter-Branche. •

Viele Aufstocker

Erwerbstätige Hartz-IV-BezieherInnen (Aufstocker) und Hartz-IV-BezieherInnen im erwerbsfähigen Alter* insgesamt, in Tausend



* Menschen, die das 15. Lebensjahr vollendet haben und jünger als 65 Jahre sind
Quelle: Bundesagentur für Arbeit 2012

Im Juli 2012 waren 1,32 Millionen Hartz-IV-EmpfängerInnen erwerbstätig, davon 557 000 in sozialversicherungspflichtigen Jobs. Rund vier Milliarden Euro haben Bund und Länder alleine für die sozialversichert beschäftigten AufstockerInnen aufgewendet.

Billigjobs und Hartz IV

In der Diskussion um höhere Hartz-IV-Bezüge hat die Bundesagentur für Arbeit (BA) vor zusätzlichen Kosten gewarnt. Heinrich Alt, Vorstandsmitglied der BA, sagte laut Süddeutscher Zeitung: „Ein höherer Hartz-IV-Bezug wird schnell zum Vermittlungshemmnis."

DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach erklärte dazu: „Ein Vermittlungshemmnis ist nicht der Regelsatz, sondern die Perspektivlosigkeit von Billigjobs, die nicht aus der Armut führen." Das festgelegte Existenzminimum habe Verfassungsrang und dürfe nicht nach Kassenlage bestimmt werden, so Buntenbach. Die Bundesregierung müsse endlich dafür sorgen, dass Beschäftigte nicht länger mit Armutslöhnen abgespeist werden.

Ein Mindestlohn von 8,50 Euro hilft entscheidend, um die Abhängigkeit von Transferleistungen zu vermeiden und die Kosten einer Regelsatzerhöhung aufzufangen. Zum 1. Januar 2013 steigen die Hartz-IV-Regelsätze für Erwachsene von 374 auf 382 Euro im Monat.

Mehr zum Thema gibt es auf der Homepage des DGB unter:
www.dgb.de/-/5JH

kurz&bündig

Die erste Ex-Schlecker-filiale läuft seit November als Genossenschaftsmodell. Mit Unterstützung von ver.di ist der erste Dorfladen in Erdmannshausen (Kreis Ludwigsburg) eröffnet worden. Die Filiale dient als Vorreiter, weitere sollen folgen.

Die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) will mit einem „Acht-Punkte-Plan" Verkehrslärm im Schienenverkehr minimieren. Die EVG schlägt u.a. vor, auf bestimmte Bremsmechanismen in Zügen zu verzichten. Die Beschäftigen sind aufgerufen, Lärmquellen aus ihrem Arbeitsumfeld zu melden: ***leiserzug@evg-online.org***

Mit einem speziellen Seminarprogramm will die IG Metall Betriebsräte und Vertrauensleute im Engineering-Bereich sowie in der Informations- und Telekommunikationsbranche unterstützen. So gibt es z.B. Angebote zum Thema Werkvertrag und Leiharbeit in der IT-Branche sowie im Engineering-Bereich. Die Seminare stehen auch interessierten Beschäftigten und Nicht-Organisierten offen.

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) hat die Einrichtung eines nationalen Waffenregisters begrüßt. Es sei wichtig für Polizeibeamtinnen und -beamte, rasch überprüfen zu können, ob an einem Einsatzort, zum Beispiel einer Familienauseinandersetzung, eine Waffe im Haus ist.

Fußball-WM 2022

Nein zu Katar

Der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) will mit einer Aktion auf die schlechten Bedingungen der Beschäftigten im Emirat Katar hinweisen. Katar ist Austragungsort der Fußball-Weltmeisterschaft 2022. Laut IGB wird rund 1,2 Millionen ArbeitnehmerInnen untersagt, einer Gewerkschaft beizutreten. 94 Prozent von ihnen sind Wanderarbeitskräfte ohne jegliche Rechte. Zudem warnt der IGB vor der hohen Todesrate unter den Arbeitsmigranten. So kommen jedes Jahr alleine etwa 200 nepalesische Arbeitskräfte ums Leben. Genaue Zahlen über Arbeitsunfälle gibt es nicht, weil Katar sich weigert, sie zu veröffentlichen. Der IGB fordert weltweit alle Menschen auf, sich an der Aktion im Internet zu beteiligen. Ziel ist es, ein virtuelles Fußballstadion voll UnterstützerInnen zu organisieren. Teilnehmen kann man auf der Internetseite. •

http://act.equaltimes.org/de

DGB-Kalender 2013

Orientieren im Wahljahr

Politisch und gewerkschaftlich wird das kommende Jahr ereignisreich: Im September 2013 findet die Bundestagswahl statt, es gibt drei Landtagswahlen und vier Gewerkschaftskongresse. Um alle Termine im Blick zu behalten, können sich GewerkschafterInnen ab sofort den DGB-Kalender 2013 beim DGB vor Ort abholen. Neben wichtigen politischen Daten sowie den Kontaktdaten der Gewerkschaften liefert der Kalender Wissenswertes über historische Jahres- und Gedenktage. So informiert er zum Beispiel über die Erstürmung der Gewerkschaftshäuser am 2. Mai 1933 durch die Nazis. Außerdem enthält der Kalender alle wichtigen Strukturdaten zum DGB und zu den Gewerkschaften, etwa die Mitgliedszahlen, die Tarifsteigerungen 2012 und interessante Links zu Projekten und Kampagnen. •

Bürgerbeteiligung

Gute Arbeit ist die Grundlage

Ob bei Stuttgart 21, mit Online-Petitionen oder in der Elternarbeit in der Schule – BürgerInnen sollen sich stärker in öffentliche Prozesse einbringen können. Doch das setzt Strukturen voraus und stellt Erwartungen an die Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock hat deshalb auf dem Schöneberger Forum des DGB gefordert: „Wer etwas für mehr Bürgerbeteiligung tun will, muss auch etwas für gute Arbeit im öffentlichen Dienst tun." Sie kritisiert, dass in der Diskussion um mehr Beteiligung oft bürgerliches Engagement und „Bürokratie" gegeneinander ausgespielt werden. Mehr zur Debatte anlässlich des Schöneberger Forums gibt es im Internet. •

www.bit.ly/öd_beteil

GdP

Burn-out im Streifenwagen

Polizistinnen und Polizisten haben einen stressigen Alltag. Massiver Personalabbau und steigende Anforderungen belasten zudem viele Beschäftigte. Deshalb will die Gewerkschaft der Polizei den Arbeits- und Gesundheitsschutz bei der Polizei stärken. Jörg Bruchmüller, Mitglied im geschäftsführenden Bundesvorstand, fordert, einen Arbeitskreis „Arbeitsschutz und behördliches Gesundheitsmanagement" als Expertengremium der Innenministerkonferenz aufzubauen. Er appellierte zudem an die zuständigen Ministerien, den Arbeits- und Gesundheitsschutz nicht zu regionalisieren. Wenn jetzt Bund und Länder auch noch die Gesundheitsvorsorge einschränkten, werde die soziale Schieflage bei der Polizei noch verstärkt. •

IG BAU

Keine Schrottimmobilien

Wenn Immobilien jahrelang unbewohnt vor sich hingammeln, weil die Eigentümer auf steigende Preise spekulieren, sollen die Kommunen einschreiten dürfen. Die IG BAU unterstützt eine entsprechende Gesetzesinitiative im Bundestag. Damit soll verhindert werden, dass marode und lange leerstehende Häuser zu städtebaulichen Dauerproblemen werden. Vorgesehen sind schärfere Sanktionen gegen unwillige Eigentümer bis hin zu Abrissverfügungen und einer Beteiligung an den Kosten. Dafür soll das Baugesetzbuch geändert werden. Bislang sei der „Abriss-Paragraph" ein stumpfes Schwert. Kommunen können aktuell erst bei Gefahr einschreiten. Angestoßen wurde die Gesetzesinitiative von den Ländern NRW und Bremen. Der Bundesrat hat bereits zugestimmt. •

Internationale Aktionswochen

Drei Länder – ein Konzept

Die Gewerkschaften warnen seit langem vor den negativen Folgen der Finanzkrise. Der österreichische Gewerkschaftsvorsitzende Wolfgang Katzian beschreibt, warum nun drei Gewerkschaften aus Deutschland, Österreich und der Schweiz gemeinsam aktiv werden.

Ausgangspunkt der Aktionswochen im November war ein Arbeitstreffen der Gewerkschaften GPA-djp (Österreich), ver.di (Deutschland) und Unia (Schweiz) im Februar 2012 in Wien. Der Schock über die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise war groß: Die Arbeitslosigkeit hat sich in der EU fast verdoppelt, und jeder sechste Europäer, also rund 80 Millionen Menschen, lebt in Armut. Für die Führung der drei Gewerkschaften stand fest, dass nur **durch eine stärkere länderübergreifende Kooperation** ein Gegengewicht zur derzeitigen falschen Krisenbewältigungsstrategie entwickelt werden kann.

In Österreich laufen bereits seit einigen Jahren sehr erfolgreich die Aktionswochen der GPA-djp. Gemäß unserem Grundsatz „Wir sind bei den Menschen" nimmt sich die Organisation mindestens dreimal im Jahr eines Themas an und besetzt dies einige Wochen lang in den Betrieben und auch im öffentlichen Raum. Meist gelingt es dabei auch, das Thema in den Medien zu platzieren. In der Regel werden ArbeitnehmerInnen von einem Meinungsforschungsinstitut zum Thema der Aktionswoche befragt, und wir ziehen daraus die Schlussfolgerungen. Dieses Grundkonzept wurde auch für die internationalen Aktionswochen übernommen.

Auch wenn die Rahmenbedingungen in den drei Ländern große Unterschiede aufweisen, sind die aktuellen Probleme länderübergreifend und können auch nur international gelöst werden. Ohne dass die wirklich großen Vermögen einen Beitrag zur Bewältigung der Krise leisten, wird kein Ausweg zu finden sein. Dass in allen drei Ländern eine klare Mehrheit der Bevölkerung in einer Umfrage die Forderungen der Gewerkschaften unterstützt, hat uns in dieser Deutlichkeit selbst überrascht. Eine große Mehrheit der Bevölkerung in der Schweiz, in Österreich und in Deutschland verlangt **einen stärkeren Beitrag der großen Vermögen zur Krisenbewältigung.**

Die Schweiz gilt ja allgemein als ein Land, das weitgehend von den Folgen der Krise verschont geblieben ist, und auch als Land mit großem Wohlstand. Aber auch die SchweizerInnnen spüren erste negative Auswirkungen einer Politik, die primär die Reichen bevorzugt und die öffentlichen Haushalte stark unter Druck setzt. Deshalb kritisiert Andreas Rieger, der Co-Vorsitzende der Unia, die aktuelle Politik der Schweizer Regierung scharf. Deutschland wiederum ist das Land, das durch seine ökonomische Dominanz die Krisenbewältigungsstrategie der EU maßgeblich bestimmt. Frank Bsirske, der Vorsitzende der deutschen Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, sieht diese Politik äußerst kritisch und spricht von einem **Teufelskreis von Sozialabbau, Rezession und immer höherer Staatsverschuldung,** den es zu durchbrechen gelte.

Foto: Nurith Wagner-Strauss

Wolfgang Katzian ist Vorsitzender der österreichischen Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier (GPA-djp)

Österreich ist innerhalb der OECD überhaupt das Land mit der geringsten Vermögensbesteuerung. Eine kleine Minderheit von Reichen wird immer reicher. Umso unverständlicher ist es, dass den Menschen eingeredet wird, sie hätten über ihre Verhältnisse gelebt und müssten nun den Gürtel enger schnallen. Durch eine stärkere Besteuerung von Vermögen könnten wichtige Zukunftsprojekte in den Bereichen Bildung und Pflege finanziert und eine dringend notwendige Senkung der Lohnsteuer finanziert werden. Die GPA-djp wird dieses sicherlich zu einem der Themen im bevorstehenden Nationalratswahlkampf machen.

In allen drei Ländern ist es uns gelungen, das Thema in der Öffentlichkeit zu platzieren. In der Schweiz und in Österreich gab es Beiträge zu Hauptsendezeiten des öffentlichen Fernsehens. Einige öffentliche Aktionen fanden große Beachtung, und in den Betrieben hatten wir ebenfalls Erfolg. Der große Streiktag in den südeuropäischen Ländern am 14. November hat gezeigt, wohin die Entwicklung geht. Wenn es zu keiner Umorientierung in der Krisenpolitik kommt, dann ist es nur eine Frage der Zeit, dass auch die Länder Nord- und Mitteleuropas von Wirtschaftseinbruch und steigender Arbeitslosigkeit betroffen sein werden. Die drei Gewerkschaften sind sich einig, dass diese Aktionen nicht der Endpunkt einer Auseinandersetzung sind, sondern der Beginn eines Konflikts, an dessen Ende sich wohl noch mehr Gewerkschaften zusammenfinden werden, **um einen Kurswechsel in Europa einzufordern und durchzusetzen.** •

„Geld ist genug da"

Im Oktober befragte TNS Infratest im Auftrag der drei Gewerkschaften in Deutschland, Österreich und der Schweiz die Bevölkerung nach ihrer Bewertung der Krisenpolitik und ihren Folgen. Das Ergebnis der repräsentativen Umfrage:

Drei Viertel der Befragten in den drei Ländern wollen einen Kurswechsel in der Europapolitik. Sie erwarten mehr Investitionen in sozial-ökologisches Wachstum und verlangen, dass Millionäre über die Vermögens- und Erbschaftssteuer stärker an den Kosten der Krise beteiligt werden.

Unter dem Aktionsmotto „Geld ist genug da" wollen die Gewerkschaften in den kommenden Monaten mit betrieblichen und öffentlichen Aktionen für eine andere Politik werben – und sie gemeinsam durchsetzen.

Initiatoren der länderübergreifenden Aktion sind ver.di und die Schwestergewerkschaften Unia (Schweiz) sowie Die Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier (GPA-djp/Österreich). Unia ist mit rund 200 000 Mitgliedern die größte Teilgewerkschaft im Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB). Die GPA-djp ist mit rund 270 000 Mitgliedern und 15 000 Betriebsräten die größte Gewerkschaft im Österreichischen Gewerkschaftsbund (ÖGB).

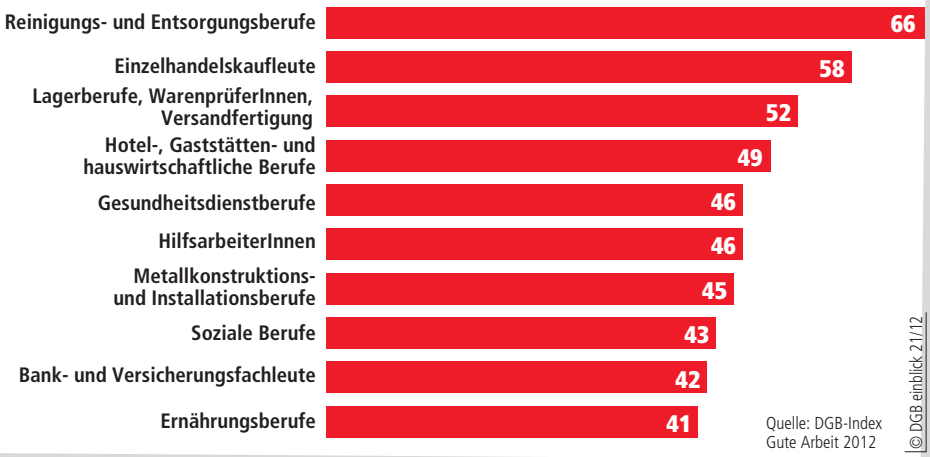
dieDGBgrafik

RENTE: Negative Erwartungen

38 Prozent der ArbeitnehmerInnen gehen davon aus, dass sie von ihrer gesetzlichen Rente im Alter nicht leben können. Das ergibt eine Sonderauswertung des DGB-Index Gute Arbeit. 50 Prozent der Beschäftigten im Handel, 48 Prozent im Gastgewerbe und 47 Prozent im Gesundheits- und Sozialwesen schätzen ihre finanzielle Situation in der Zukunft als schlecht ein. DGB-Vorstand Annelie Buntenbach fordert, mit Hilfe einer Demografie-Reserve den „Verfall der Rente zu stoppen".

www.dgb.de/-/53l

Beschäftigte aus verschiedenen Berufsgruppen, die davon ausgehen, im Alter nicht von ihrer Rente leben zu können (in Prozent)



Quelle: DGB-Index Gute Arbeit 2012

© DGB einblick 21/12

14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

3.12. Internationaler Tag der Menschen mit Behinderung

4.12. IG BCE, Netzwerkkonferenz zum Demografie-Tarifvertrag, Hannover

5.-7.12. IG Metall, Kongress „Kurswechsel für ein gutes Leben", Berlin

5.12. DGB Sachsen-Anhalt, Fachtagung „Wachstumsbranche Call- und Servicecenter", Magdeburg

5.12. Agentur für Erwachsene und Weiterbildung, Fachtagung „Politische Bildung gegen Rechtsextremismus", Hannover

6.12. DGB, Ringvorlesung „Wohlstand ohne Wachstum? Demografie für Nachhaltigkeit des Sozialsystems", Berlin

7.12. DGB, Tagung „Familienbewusste Arbeitszeiten im Praxistest – Auf dem Weg zu einer lebensphasenorientierten Arbeitszeitgestaltung?!", Berlin

7.12. Theater Aufbau Kreuzberg unterstützt unter anderem von ver.di, DGB, Hans-Böckler-Stiftung, Theaterpremiere „hold the line", Berlin

10.12. ver.di, „Behindertenpolitische Tagung", Berlin

10.12. DGB-Bildungswerk, Tagung „Interkulturelle Öffnung der Verwaltung – Mehr als PR?", Düsseldorf

13.12. DGB, Ringvorlesung „Wohlstand ohne Wachstum? Nachhaltige Energiepolitik", Berlin

13.12. DGB Sachsen, Workshop „Gleichberechtigt geht's leichter. Faire Chancen für erwerbstätige Frauen", Dresden

14.12. DGB Sachsen, Dialogkonferenz „Neonazismus in Sachsen", Dresden

14.12. Mach meinen Kumpel nicht an e.V., Tagung „Gleichbehandlung und Antirassismus in Betrieb und Verwaltung", Essen

Tipp

***Buch**: Michaela Kuhnhenne, Ingrid Miethe, Heinz Sünker, Oliver Venzke: **(K)eine Bildung für alle – Deutschlands blinder Fleck**, Verlag Barbara Budrich 2012, 206 Seiten, 24,90 Euro*

In keiner anderen Industrienation ist das Verhältnis von Bildung und sozialer, kultureller und finanzieller Teilhabe so eng wie in Deutschland. Das Buch „(K)eine Bildung für alle – Deutschlands blinder Fleck" fasst die Forschungsflut der vergangenen Jahre zusammen und ordnet diese ein. In verschiedenen Beiträgen werden alle Facetten des Themas analysiert – von der Chancengleichheit über die frühkindliche Bildung, die Schul- und Berufsausbildung bis hin zur beruflichen Weiterbildung.

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **Geschäftsführer Innen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke **Redaktionelle Mitarbeit:** Udo Böhlefeld, Birgit Böhret, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

Schlusspunkt.

„Man kann morgens um fünf Uhr für das neueste Gerät auf dem Markt anstehen. Man kann aber auch einen ganzen Tag lang vor dem Laden protestieren – gegen unmenschliche Arbeitsverträge dort, wo diese Produkte hergestellt werden."

Bundespräsident Joachim Gauck auf der Veranstaltung „Führungstreffen Wirtschaft" der Süddeutschen Zeitung am 15. November in Berlin.

Sozialhilfe

Soziales Leben ist auch wichtig

Auch schwerstbehinderte Menschen haben Anspruch auf eine möglichst selbstbestimmte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

Der Fall: Die mehrfach schwerstbehinderte und mittellose Frau wird zu Hause von ihrer Mutter gepflegt. Sie kann weder sprechen noch sehen und sitzt im Rollstuhl. Da die Busse des öffentlichen Nahverkehrs im Heimatort nicht behindertengerecht sind, beantragte die Mutter Kostenübernahme für ein behindertengerechtes Kfz. Nur mit einem entsprechenden Fahrzeug sei ihre Tochter in der Lage, Verwandte und Freunde zu besuchen und an Veranstaltungen teilzunehmen. Der Antrag wurde vom Landkreis abgelehnt. Aufgabe der Sozialhilfe sei es nicht, einen sozialen Mindeststandard zu gewährleisten; auch nichtbehinderte Menschen, die über kein Kfz verfügen, müssten ihre sozialen Kontakte auf andere Weise pflegen. Statt des begehrten Kfz gewährte der Kreis Gutscheine für ein Behindertentaxi. Die gegen die Ablehnung gerichtete Klage hatte Erfolg.

Das Landessozialgericht: Behinderten Menschen muss die Teilnahme am öffentlichen und kulturellen Leben sowie der Kontakt zur sozialen Umwelt möglich sein. Dies ist im vorliegenden Fall nur durch ein behindertengerechtes Kfz möglich. Durch die gewährten Gutscheine für ein Behindertentaxi kann dieses Ziel schon deshalb nicht in gleicher Weise erreicht werden, weil entsprechende Fahrzeuge in der näheren Umgebung der Frau nicht vorhanden sind.

Landessozialgericht Baden-Württemberg,
Urteil vom 26. September 2012 – L 2 SO 1378/11

Sozialhilfe

Ersatzpflicht kann bestehen

Wer seine Hilfebedürftigkeit grob fahrlässig verschuldet, ist verpflichtet, die empfangenen Hilfsleitungen zurückzuerstatten.

Der Fall: Der Mann wurde wegen räuberischen Diebstahls in Tateinheit mit vorsätzlicher Körperverletzung und versuchter Vergewaltigung zu einer zur Bewährung ausgesetzten Freiheitsstrafe verurteilt. Wegen des dringenden Verdachts, dass er die Geschädigte (erneut) telefonisch kontaktierte, saß er zwei Monate in Untersuchungshaft. Aus diesem Grunde kündigte der Arbeitgeber das Arbeitsverhältnis. Das Jobcenter bewilligte der Ehefrau und dem gemeinsamen Kind Sozialhilfe und verlangte vom Mann „Kostenersatz wegen schuldhaften Verhaltens" in Höhe von 1.477,41 Euro, weil er mit dem Verlust des Arbeitsplatzes infolge seiner Inhaftierung die Hilfebedürftigkeit von Ehefrau und Kind grob fahrlässig herbeigeführt habe. Die dagegen gerichtete Klage hatte Erfolg.

Das Bundessozialgericht: Strafbares Verhalten führt nur zu Ersatzpflicht, wenn es auf die Herbeiführung von Hilfebedürftigkeit oder den Wegfall der Erwerbsfähigkeit oder -möglichkeit gerichtet ist. Nicht jedes verwerfliche Verhalten, das zu einer Leistungserbringung führt, hat eine Ersatzpflicht zur Folge. Erfasst wird nur ein „sozialwidriges Verhalten" mit spezifischem Bezug zur Leistungserbringung. Auf die existenzsichernden und nur bedarfsabhängigen Leistungen besteht ein Rechtsanspruch. Sie sind unabhängig von ihrer Ursache und einem vorwerfbaren Verhalten in der Vergangenheit zu leisten. Unter Berücksichtigung dieser Grundsätze ist das Verhalten des Mannes nicht als sozialwidrig im Sinne des Sozialgesetzbuches einzustufen, obwohl es, wie die strafrechtliche Bewertung zeigt, in hohem Maße verwerflich ist.

Bundessozialgericht,
Urteil vom 2. November 2012 - B 4 AS 39/12 R

Autor: Luis Ledesma, Kassel – einblick 21/12

Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung

Kann am ersten Tag verlangt werden

Nach dem Entgeltfortzahlungsgesetz darf der Arbeitgeber vom Arbeitnehmer die Vorlage der Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung und deren voraussichtliche Dauer vom ersten Tag der Erkrankung an verlangen. DieAusübung dieses Rechts liegt im Ermessen des Arbeitgebers und ist nicht an besondere Voraussetzungen gebunden.

Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 14. November 2012 - 5 AZR 886/11

Sozialhilfe

Nur erforderliche Bestattungskosten

Aufwendungen für Todesanzeige, Kondolenzmappe, Schmuckurne und kirchliche und bürgerliche Feierlichkeiten gehören nicht zu den erforderlichen Kosten einer Bestattung, die vom Sozialhilfeträger zu übernehmen sind. Erforderliche Kosten sind nur die, die üblicherweise für eine, den örtlichen Gepflogenheiten entsprechende einfache Bestattung anfallen und die unmittelbar der Bestattung unter Einschluss der ersten Grabherrichtung dienen. Die Aufwendungen müssen mit der Durchführung der Bestattung untrennbar verbunden sein.

Sozialgericht Karlsruhe,
Urteil vom 15. November 2012 - S 1 SO 2641/12

Lehrer in NRW

Reisekosten für Klassenfahrten

Beamtete Lehrer in Nordrhein-Westfalen haben für die Teilnahme an Klassenfahrten einen Anspruch auf Reisekostenvergütung. Ein formularmäßiger Verzicht ist unwirksam. Das Land verstößt gegen die Fürsorgepflicht, wenn es Klassenfahrten systematisch von einem Verzicht der Lehrer auf Reisekostenvergütung abhängig macht.

Oberverwaltungsgericht Nordrhein-Westfalen,
Urteil vom 4. November 2012 - 1 A 1579/10

Lehrer in Berlin

Dürfen in der Schule nicht rauchen

Ein verbeamteter Lehrer kann die Einrichtung eines Raucherzimmers im Schulgebäude nicht verlangen. Das Berliner Schulgesetz verbietet das Rauchen auf dem gesamten Schulgelände ausnahmslos. Dieses Rauchverbot dient nicht nur dem Schutz vor den schädlichen Wirkungen des Passivrauchens, sondern vor allem der Suchtprävention. Dem vorbeugenden Schutz vor Gesundheitsgefahren durch den Konsum von Tabak kommt Vorrang vor den Belangen des Lehrers zu, der zum Rauchen das Schulgelände verlassen muss.

Oberverwaltungsgericht Berlin–Brandenburg,
Urteil vom 8. August 2012 - OVG 4 B 29.10

Hartz IV

Urlaubsabgeltung ist nicht anzurechnen

Kann der Urlaub nicht als Freizeit genommen werden, weil das Arbeitsverhältnis zu Ende geht, ist der offene Urlaubsanspruch auszuzahlen. Wenn die Urlaubsabgeltung in der Zeit des Hartz-IV-Bezugs erfolgt, darf die Zahlung nicht auf den Anspruch auf Hartz-IV-Leistungen angerechnet werden.

Sozialgericht Düsseldorf,
Urteil vom 18. Oktober 2012 – S 10 AS 87/09

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 17.12.2012 22/12

DGB

Modernisierungsbedarf für Europa

DGB fordert Marshallplan

Der DGB will mit einem Investitionsprogramm Europa fit gegen die fortschreitende Krise machen. Der auf zehn Jahre angelegte „Marshallplan für Europa" soll 2,6 Billionen Euro kosten. Die Zinsverpflichtungen sollen vor allem mit einer Finanztransaktionssteuer finanziert werden. „Europa befindet sich in der Rezessionsfalle", beschreibt DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki die Lage. Massive Lohn-, Renten- und Sozialkürzungen europaweit hätten die Probleme verschärft. Mit dem Konjunktur-, Investitions- und Aufbauprogramm will der DGB das ändern. Europaweit soll die Konjunktur angekurbelt werden. „Wir wollen auch auf eine alternde Gesellschaft, auf knappe natürliche Ressourcen und die Herausforderungen des Klimawandels vorbereiten", ergänzt Matecki. Das Investitionsprogramm enthält „einen Mix aus institutionellen Maßnahmen, direkten öffentlichen Investitionen, Investitionszulagen für Unternehmen und Konjunktur stabilisierende Konsumanreize", heißt es im DGB-Papier.

Im Zentrum steht die Modernisierung der europäischen Volkswirtschaften. Ziel ist es, energiearm und ressourcenschonend zu wirtschaften. Mit der vorgeschlagenen Energiewende könnte der CO_2-Ausstoß in Europa massiv reduziert werden. Notwendiges Investitionsvolumen: 150 Milliarden Euro jährlich. Um die Kommunen auf eine alternde Gesellschaft vorzubereiten, Bildung und Ausbildung zu fördern oder die Infrastruktur auszubauen, sieht das Konzept jährlich rund 110 Milliarden Euro vor. Ein solch ambitioniertes Programm kann nicht von einem einzigen Land gestemmt werden. Vor allem die Krisenländer können das aus eigener Kraft nicht umsetzen. Deshalb sollen die Laufzeiten ihrer Kredite verlängert, die Zinssätze reduziert werden.

Bereits 2011 hatte der DGB in einem „Vier-Punkte-Programm" vorgeschlagen, einen „Europäischen Zukunftsfonds" zu gründen. Dieser Fonds soll verzinsliche Anleihen ausgeben. Die Zinsverpflichtungen könnten aus einer Finanztransaktionssteuer bestritten werden. Würden alle 27 EU-Staaten die Steuer einführen, rechnet der DGB mit jährlichen Einnahmen von mindestens 75 bis 100 Milliarden Euro. Für das Eigenkapital in der Gründungsphase soll eine einmalige Abgabe in Höhe von drei Prozent auf private Vermögen oberhalb von 500 000 Euro (Ledige) und einer Million Euro (Verheiratete) sorgen. Claus Matecki: „Unser Marshallplan zeigt, dass umfangreiche Investitionen finanzierbar sind – wenn man bereit ist, diejenigen an den Kosten zu beteiligen, die es verkraften können." •

Gegenfinanzierung gesichert

Kosten des Marshallplans	
Durchschnittliche jährliche Investitionen in europäische Energiewende	150 Mrd. Euro
Weitere Investitionen	110 Mrd. Euro
Summe der jährlichen Investitionen	260 Mrd. Euro
Nutzen des Marshallplans (Wachstum, Arbeitsplätze, Einnahmen, Einsparungen etc.)	
Zusätzliches Wachstum des Bruttoinlandsproduktes	3 Prozent
Zusätzlicher Wachstumsimpuls	400 Mrd. EUR
Zusätzliche Vollzeitstellen	9 bis 11 Millionen
Zusätzliche Steuereinnahmen für EU-Staaten	104 Mrd. Euro
Zusätzliche Einnahmen an SV-Beiträgen	56 Mrd. Euro
Zusätzliche Einsparungen bei den Kosten der Arbeitslosigkeit	20 Mrd. Euro
Durchschnittliche jährliche Einsparungen an Brennstoffimporten	300 Mrd. Euro
Finanzierung und Tilgung des Marshallplans	
Durchschnittliche jährliche Emission von „New Deal Anleihen"	180 Mrd. Euro
Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer	75-100 Mrd. Euro
Tilgung der Kredite an private und öffentliche Investoren	100 Mrd. Euro

plusminusBERLIN

– ***„Keinen Spielraum im Haushalt" sieht Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) nach dem Bundesparteitagsbeschluss der CDU in Hannover, Müttern von Kindern, die vor 1992 geboren sind, eine höhere Rente zu zahlen. ...***

+ ***Die CDU-Frauen aber wollen standhaft bleiben. Maria Böhmer, Vorsitzende der Frauen-Union: „Die Tinte unter den Beschlüssen des CDU-Parteitags ist noch nicht trocken." Es gehe darum, zügig die Gerechtigkeitslücke zu schließen.***

inhalt

Seite 3
Wohnungsnot bekämpfen
Bezahlbarer Wohnraum wird knapp in deutschen Großstädten. DGB und Gewerkschaften fordern Maßnahmen gegen die Wohnungsnot

Seite 5
Zwingende Mitbestimmung
Die IG BCE will die Betriebsverfassung modernisieren. einblick zeigt, um was es geht

Seite 7
Politik zu kurzatmig
Der Wirtschaftsweise Peter Bofinger im einblick-Interview über die Eurokrise

Der Surf-Tipp fürs Internet

http://nogame.sodi.de/spiel/
Ein Browserspiel der Nichtregierungsorganisation Solidaritätsdienst-International (SODI), das das Thema Armut kritisch aufbereitet und zeigt, wie Menschen in Entwicklungsländern ihren Alltag bestreiten müssen

Hintergrund

www.dgb.de/-/5Vx
Alle Zahlen, Daten und Fakten zum „Marshall-Plan für Europa" des DGB

Hochschulen

DGB will Zugang erleichtern

Der DGB hat ein neues hochschulpolitisches Programm erarbeitet. Ziele sind eine demokratische und soziale Hochschule, die allen Bildungswilligen offensteht, und ein Studium, das finanzierbar ist. Der Zugang zur Hochschule ist immer noch stark von der sozialen Herkunft abhängig, konstatiert der DGB. Doch nicht nur beim Zugang gibt es Probleme. Die Arbeitsbedingungen sind schlecht, Partizipation und Mitbestimmungsrechte werden in vielen Bundesländern beschnitten.

In dem neuen Programm fordert der DGB den Zugang für alle: „Jedem Menschen mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung muss ein Studium offenstehen. Zugangshürden wie Aufnahmeprüfungen oder Voraussetzungen wie eine lange Berufserfahrung müssen abgeschafft werden." Dafür müssen sich auch die Rahmenbedingungen ändern.

Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock betont, dass vor allem mehr berufsbegleitende Studiengänge, veränderte Curricula und eine reformiertes BAföG notwendig seien. „Zur sozialen Öffnung der Hochschulen gehört auch der Ausbau des BAföG durch einen regelmäßigen Inflationsausgleich und die Senkung des Darlehensanteils bis zur Vollförderung." Darüber hinaus will der DGB weg vom „Turbo-Bachelor". Bildung benötige Zeit, und ein freier Zugang zum Master sei zwingend.

Doch nicht nur die Studierenden benötigen andere Rahmenbedingungen. Kritisch sieht der DGB auch die Arbeit der Hochschulbeschäftigten. „Auf eine unbefristete Stelle kommen fast acht befristete Stellen", kritisiert Ingrid Sehrbrock. Der DGB will deshalb einen Index Gute Arbeit mit allen Beteiligten entwickeln, der zum Maßstab für die Hochschulen werden soll.

Eine weitere Forderung heißt Partizipation. „Wir wollen die akademische Selbstverwaltung und die Personalvertretung stärken", betont die stellvertretende DGB-Vorsitzende. Nicht zuletzt benötigt das Hochschulsystem auch mehr Geld. „Wir brauchen höhere Steuern für Vermögende und müssen diese Mittel gezielt in Bildung und Wissenschaft investieren." •

OECD-Leitsätze

Kontrolle erstärken

Bereits im vergangenen Jahr legte die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) aktualisierte Leitsätze vor, in denen die Unternehmen aufgefordert werden, Löhne zu zahlen, die die Grundbedürfnisse der ArbeitnehmerInnen und ihrer Familien decken. Außerdem sollen sie für die Einhaltung von sozialen und ökologischen Standards in ihrer gesamten Zulieferkette verantwortlich sein. Die Todesfälle in einer Textilfabrik in Bangladesch im November haben allerdings wieder einmal gezeigt, dass die Empfehlungen der OECD allein nicht ausreichen.

Der DGB diskutierte auf einer Veranstaltung Ende November über die Leitsätze. Die wenigsten Firmen orientierten sich freiwillig an diesen Vorgaben, so das Fazit. Der DGB will deshalb ein besseres Kontrollverfahren. Derzeit ist für die Überprüfung das Bundeswirtschaftsministerium zuständig. Der DGB erwartet, dass die nationale Kontaktstelle eigenständig arbeiten kann. Dann werde sie unabhängig gegen Missstände vorgehen können und die Konzerne würden den OECD-Vorgaben mehr Beachtung schenken. „Der Wirtschaftsminister muss handeln", fordert das zuständige DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki. •

Europa

Jugend braucht Perspektiven

Das Thema Jugendarbeitslosigkeit ist mittlerweile auch bei der EU-Kommission angekommen. Der zuständige Kommissar Laszlo Andor nennt es „Jugendgarantie". Damit will er sicherstellen, dass Jugendliche unter 25 Jahren, die vier Monate ohne Job sind, ein Angebot für eine Ausbildung oder mindestens einen Praktikumsplatz bekommen. Gesetzlich vorgeben kann die EU diese Garantie jedoch nicht, sie will deshalb entsprechende Programme in den Mitgliedsländern fördern.

Berthold Huber, Erster Vorsitzender der IG Metall, lobte auf dem Berliner IG Metall-Kongress „Kurswechsel für ein gutes Leben" Anfang Dezember diesen Ansatz. Er zeige, dass die EU das Problem zumindest erkannt habe. Im Hinblick auf die Umsetzung ist Huber jedoch skeptisch. Vor allem, weil die Jugend ja „nicht nur Ausbildungsschleifen, sondern Arbeit" wolle. Die IG Metall-Jugend nutzte das Umfeld des internationalen Kongresses, um ihre Forderungen sehr deutlich vorzutragen. Bundesjugendsekretär Eric Leiderer betonte, die europäische Jugend „will keine Krise ausbaden, die nicht von ihr verursacht wurde". •

„NEUSTAAT" heißt das Stichwort der IG Metall-Jugend. Mit Hymne, Fahne, eigenem Botschafterpass und Forderungen an die Politik warben junge Metaller aus Deutschland und anderen europäischen Ländern in Berlin für ein Europa, in dem die Jugend nicht länger auf der Verliererseite steht. ***bit.ly/NeuStart***

Foto: IG Metall

Eurofound-Studie

Politik verliert Vertrauen

Die Krise in Europa nehmen viele EU-BürgerInnen als einen Verlust an Lebensqualität wahr. Nach einer Untersuchung der EU-Stiftung zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen (Eurofound) gingen Optimismus und subjektives Glücksempfinden vor allem in den von der Euro-Krise besonders betroffenen Ländern Griechenland, Italien und Portugal drastisch zurück. Zugleich sei das Vertrauen in wichtige öffentliche Institutionen wie Regierungen und Parlamente deutlich gesunken.

Die Untersuchung hat Aussagen der EU-BürgerInnen von vor fünf Jahren mit der Einschätzung ihrer Lage in diesem Jahr verglichen. Seit 2007 habe sich die wirtschaftliche Lage vieler Menschen verschlechtert, was sich in der Wahrnehmung widerspiegele: Im Durchschnitt beklagten sieben Prozent der Befragten, mit ihrem Geld nicht mehr auszukommen – allerdings mit gewaltigen Unterschieden: In Finnland war es ein, in Griechenland waren es 22 Prozent. Wie in anderen Studien führen in der Eurofound-Untersuchung die Dänen die Statistik der Zufriedenen an, während Bulgarien und Ungarn am Ende rangieren. •

www.bit.ly/pr3eqls

Wohnungsmarkt

Weniger Wohnraum, steigende Mieten

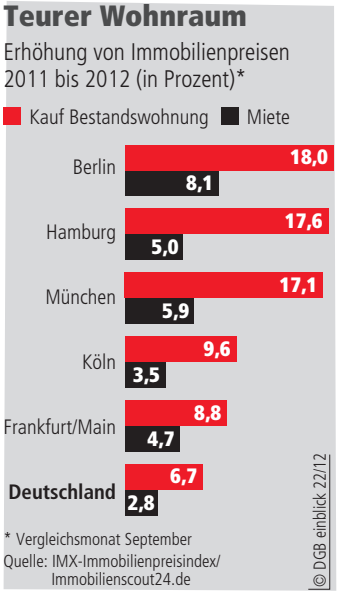
Bezahlbarer Wohnraum wird knapp in deutschen Großstädten. Steigende Mieten und große Nachfrage führen zu Engpässen. DGB und Gewerkschaften kritisieren, dass die Politik untätig zusieht. Denn der Handlungsbedarf ist groß, wie aktuelle Studien belegen.

Eine passende Wohnung in deutschen Großstädten zu finden, ist für Normal- und Geringverdiener nicht mehr einfach. Rund 250 000 Mietwohnungen fehlen in Deutschland, schätzt der Deutsche Mieterbund. Vor allem in Großstädten, Ballungszentren und Universitätsstädten macht sich das bemerkbar. Steigende Mieten um bis zu 30 Prozent bei Neuverträgen sind die Folge. Einige Vermieter reizen zudem die gesetzlich erlaubte Mieterhöhung bei bestehenden Verträgen von 20 Prozent in drei Jahren voll aus.

ExpertInnen machen verschiedene Trends verantwortlich für die angespannte Situation am Wohnungsmarkt. So steigt seit Jahren die Zahl von Singlehaushalten. In der Euro-Krise haben Finanzakteure den Immobilienmarkt als renditesichere Anlage ausgemacht und kaufen beispielsweise in Berlin ganze Straßenzüge auf. Zudem steigen die Energiekosten. In Unistädten führen Bundeswehrreform und doppelte Abiturjahrgänge zu einer großen Anzahl an Erstsemestern. Die Folgen: Weniger Wohnraum, höhere Nebenkosten und Renditeerwartung lassen die Mieten steigen. So wundert es nicht, dass Haushalte mit einem Niedriglohneinkommen von unter 1300 Euro netto 2010 rund 46 Prozent ihres Geldes für Miete und Energie aufwenden mussten. Auch NormalverdienerInnen zahlen gut ein Drittel.

DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki fordert: „Die Zeit ist reif, umzusteuern. Wohnen darf kein Luxusgut sein." Kurzfristig müssten die bestehenden Mieten geschützt werden. Deshalb sei eine gesetzliche Obergrenze bei Mietsteigerungen dringend geboten. Neue Mietverträge sollen an die ortsüblichen Vergleichsmieten gekoppelt werden. Sie dürften zehn Prozent der Vergleichsmieten nicht übersteigen, so Matecki.

Der IG BAU-Vorsitzende Klaus Wiesehügel kritisiert: „Jahrelang wurde der Wohnungsbau vernachlässigt." Statt der benötigten rund 260 000 Wohnungen pro Jahr seien 2011 nur 183 000 fertiggestellt worden. Die Politik habe viel dafür getan, dass Bauen unattraktiv geworden sei. Wiesehügel moniert: „An der Förderung des sozialen Wohnungsbaus wurde von Bund und Ländern gespart, die degressive Abschreibung von Neubauten komplett gestrichen und die Eigenheimzulage abgeschafft." Das seien Fehler, die korrigiert werden müssten.



In den großen Städten wird bezahlbarer Wohnraum knapp. Bei der Entwicklung der Kaufpreise von Eigentumswohnungen liegen Berlin, Hamburg und München an der Spitze. Ähnlich sieht es bei den Mietpreisen aus. Besonders in Berlin haben die Mietpreis stark zugelegt, um bis zu 8,1 Prozent. Vor allem Geringverdiener leiden unter dieser Entwicklung.

Die IG BAU engagiert sich mit anderen Verbänden in der Kampagne „Impulse für den Wohnungsbau". Eine von den Initiatoren in Auftrag gegebene Studie zeigt, wie groß der Handlungsbedarf ist. Bis 2017 fehlen bundesweit demnach gut 400 000 Mietwohnungen. Die Situation in Städten wie Frankfurt am Main, wo aktuell rund 17 500 Wohnungen fehlen, wird sich drastisch verschärfen. Klaus Wiesehügel sieht darum die Länder in der Pflicht, sich ihrer Verantwortung beim sozialen Wohnungsbau zu stellen. Der Bund soll hierzu ausreichend Mittel bereitstellen. Eine Zweckbindung müsse zudem dafür sorgen, dass das Geld ankommt, so Wiesehügel.

Aber auch beim Energieverbrauch sollen politische Lösungen die MieterInnen entlasten. Um die Kosten bei Strom und Gas zu begrenzen, fordert der DGB soziale Geringverbrauchertarife. Diese könnten Haushalte mit geringen Einkommen entlasten. Der DGB will außerdem die zu gering bemessenen Stromkosten im Hartz-IV-Regelsatz weiterhin zum Thema machen. Bessere Anreize zur energetischen Gebäudesanierung sollen mehr Vermieter überzeugen, aktiv zu werden. Durch den Einsatz von energieeffizienteren Haushaltsgeräten sollen VerbraucherInnen zusätzlich Kosten einsparen.

Damit ältere oder behinderte Menschen so lange wie möglich in ihren eigenen vier Wänden wohnen können, sollen Immobilien alters- und behindertengerecht umgebaut werden. Das würde sowohl die „Spirale der Mieterhöhungen" bremsen als auch die Pflegeversicherung entlasten, so der DGB. •

Impulse setzen

Gemeinsam mit der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU), dem Deutschen Mieterbund (DMB), dem Bundesverband Deutscher Baustoff-Fachhandel e.V. (BDB) und dem Zentralverband Deutsches Baugewerbe (ZDB) sind insgesamt 25 bundesweit tätige Verbände und Kammern der Immobilien- und Bauwirtschaft in der Kampagne „Impulse für den Wohnungsbau" aktiv. Ziel ist es, die politischen Rahmenbedingungen für den Wohnungsbau zu verbessern. Die Kampagnenpartner wollen dafür sorgen, dass genügend und geeigneter Wohnraum zur Verfügung gestellt werden kann. Denn, so die Initiatoren: „In Deutschland wird zu wenig gebaut." Demografischer Wandel, Wanderungsbewegungen innerhalb Deutschlands und der Klimawandel seien Herausforderungen, auf die reagiert werden müsse. Zudem geht es darum, neue und bedarfsgerechte Wohnungen zu bauen.

Mehr zur Kampagne gibt es im Internet unter:
www.impulse-fuer-den-wohnungsbau.de

oder auf der Seite der IG BAU unter:
www.bit.ly/igbau_impulse

PROJEKTE UND PARTNER

Mindestlohn

Breite Zustimmung

Eine süße Mahnung erhielten die Delegierten des CDU-Parteitages in Hannover: Der DGB verteilte Schokoladennikoläuse mit der Forderung nach einem Mindestlohn.

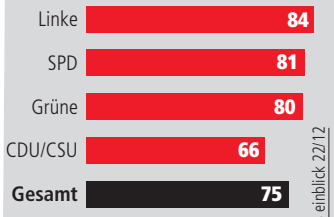
Seit 2008 wächst die Zustimmung zu einem flächendeckenden Mindestlohn in der Bevölkerung. Nach der neuesten Umfrage von infratest dimap im Auftrag des DGB sprechen sich 75 Prozent aller Befragten für einen gesetzlichen Mindestlohn aus. Aufgegliedert nach Parteipräferenzen finden sich auch bei Anhängern von CDU/CSU immer mehr Befürworter. Für DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki heißt das: „Was zwei Drittel der Unions-Anhänger für notwendig halten, sollte nun auch in den Parteispitzen von CDU und CSU ankommen und umgesetzt werden: Löhne unter 8,50 Euro pro Stunde müssen in allen Branchen kassiert werden."

Allerdings mache es sich Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) zu einfach, wenn sie die Blockadehaltung dem Koalitionspartner FDP zuschreibt. Der DGB sieht hier auch noch großen Überzeugungsbedarf beim CDU-Wirtschaftsflügel. Es muss Schluss sein mit der staatlichen Subvention von Unternehmen, die die Beschäftigten mit Armutslöhnen abspeisen und zum Aufstocken aufs Amt schicken, fordert der DGB schon seit langem. Claus Matecki erwartet nun endlich eine gesetzliche Vorgabe für einen flächendeckenden Mindestlohn „von zunächst 8,50 Euro pro Stunde und ohne Lücken und Löcher, ohne Differenzierungen nach Regionen oder Jobs". •

www.mindestlohn.de

Pro Mindestlohn

Befürworter eines allgemeinen Mindestlohns nach Parteipräferenz (in Prozent)



Quelle: DGB-Umfrage durch Infratest dimap November 2012

© DGB einblick 22/12

Breite Zustimmung findet ein Mindestlohn auch bei den Anhängern von CDU/CSU: Während im März 2008 nur 45 Prozent von ihnen für einen Mindestlohn in allen Branchen waren, sind es aktuell 66 Prozent. Bei den anderen Parteien zeigten die früheren Umfragen bereits hohe Zustimmungsquoten.

Wirtschaftspreis

Engagement belohnt

Marion von Wartenberg ist die erste Gewerkschafterin, die die Wirtschaftsmedaille des baden-württembergischen Wirtschaftsministeriums erhielt. Gewürdigt wurde damit ihr Einsatz für eine bessere Teilhabe von Frauen und Mädchen am Arbeitsmarkt. Die stellvertretende DGB-Bezirksvorsitzende in Baden-Württemberg engagiert sich für ein breites Berufsspektrum für Mädchen in der dualen Ausbildung, aber ebenso in den MINT-Berufen (Mathematik, Information, Naturwissenschaft, Technik). Die Medaille verleiht das Ministerium für Verdienste um den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg. Die Auszeichnung wird seit 1987 vergeben. •

DGB-Jugend

Aufklärung gegen Vorurteile

Die DGB-Jugend versucht, mit Aufklärung gegen die pauschalen Vorwürfe und Diskriminierung gegenüber Menschen muslimischen Glaubens vorzugehen. Eine Broschüre mit dem Titel „Antimuslimischer Rassismus" argumentiert gegen die häufig verschwommenen Parolen und die oft offen geschürte Abwehrhaltung. Die Arbeitshilfe kann bei der DGB-Jugend angefordert werden. •

www.dgb-jugend.de/broschueren

Personalräte-Preis

Gold für Bremen

Der Deutsche Personalräte-Preis in Gold ging in diesem Jahr an den Personalrat Schulen Bremen. Ausgezeichnet wurde damit der Abschluss von zwei Dienstvereinbarungen, die deutliche Verbesserungen bei der Entlohnung und den Arbeitsbedingungen bringen. Silber erhielt das Staatliche Schulamt Frankfurt vor allem für seine Dienstvereinbarung zum Mobbing. Mit Bronze wurde der Hauptpersonalrat Berlin ausgezeichnet, weil er sich erfolgreich gegen nachteilige Stufenzuordnungen und geplante Herabgruppierungen wehrte.

Der Preis wurde im Rahmen der DGB-Veranstaltung „Schöneberger Forum" durch die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock übergeben. Der Preis, eine Initiative der Zeitschrift *Der Personalrat*, wird gemeinsam mit dem DGB-Bundesvorstand und in Kooperation mit der HUK-Coburg vergeben. Den Sonderpreis der HUK-Coburg erhielt der Personalrat der Städtischen Friedhöfe München. Außerdem gab es den Sonderpreis der DGB-Jugend für die Gesamtjugend-und Auszubildendenvertretung der Stadt Nürnberg. •

DGB Bildungswerk

Interkulturelle Vielfalt

Verwaltungen und kommunalen Betrieben einen Weg zu einer interkulturellen Öffnung zu zeigen, ist das Ziel des Projekts „Verwaltungen interkulturell stärken – Potenziale nutzen" (veris) des DGB-Bildungswerks. Das Projekt wird im Rahmen des Programms „Xenos – Integration und Vielfalt" aus Mitteln des Bundesarbeitsministeriums und des Europäischen Sozialfonds gefördert. Das DGB Bildungswerk entwickelte gemeinsam mit den Städten Kassel und Waldkirch sowie dem Kreis Lippe das Projekt. Im Mittelpunkt steht die fundierte Weiterbildung von Beschäftigten der Verwaltung und kommunaler Einrichtungen im Umgang mit kultureller Vielfalt im Berufsalltag. •

www.migration-online.de

interregio

••• Der ***DGB Thüringen*** wirbt für den ***freien Sonntag in Thüringen.*** Gemeinsam mit der IG Metall, ver.di, dem Kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt und der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung will die neue Allianz den konsequenten Schutz der arbeitsfreien Sonn- und Feiertage sicherstellen.

www.thueringen.dgb.de

••• Im Januar wählt Niedersachsen. Der ***DGB Niedersachsen*** hat die ***Vorgaben für die zukünftige Landespolitik*** formuliert: „Niedersachsen nachhaltig gestalten! Gute Arbeit. Gleiche Chancen". Der DGB empfiehlt allen Wahlberechtigten, die Programme der Parteien genau unter die Lupe zu nehmen.

www.niedersachsen-bremen-sachsenanhalt.dgb.de/

••• Der ***DGB Berlin-Brandenburg*** ist Mitglied des ***„Bündnis gegen Homophobie"***, das Anfang Dezember die Bürgerrechtlerin und Rechtsanwältin Seyran Ates mit dem Respektpreis 2012 ausgezeichnet hat.

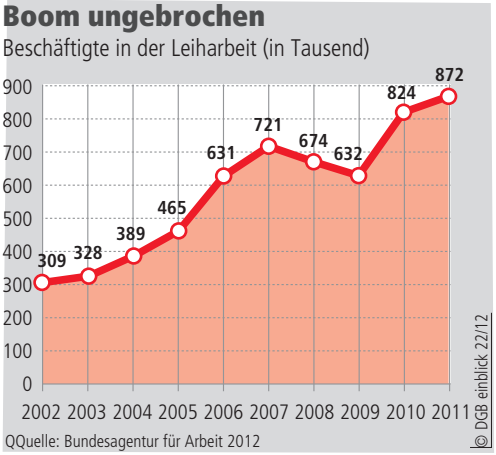
www.berlin-brandenburg.dgb.de

Leiharbeit und Werkverträge

IG BCE fordert zwingende Mitbestimmung

Die Neuordnung der Arbeit ist eine der zentralen Forderungen der DGB-Gewerkschaften nicht nur zur Bundestagswahl 2013. Es geht ihnen vor allem darum, prekäre Arbeit zurückzudrängen und die Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten zu erweitern. Die IG BCE hat jetzt einen konkreten Vorschlag für eine Modernisierung des Betriebsverfassungsgesetzes vorgelegt.

Leiharbeit und Werkverträge boomen. Immer mehr Beschäftigte verdienen nicht nur deutlich weniger als ihre KollegInnen mit festem Arbeitsvertrag, sie sind meist auch nicht oder nur ungenügend von Betriebsräten vertreten. Das schadet nicht nur ihnen, sondern führt zu einer Schwächung der betrieblichen Interessenvertretung insgesamt.



Der Trend, Stammbelegschaften in den Betrieben durch Leiharbeitskräfte zu ersetzen, ist ungebrochen. Gleichzeitig steigt die Zahl der mit Werkverträgen Beschäftigten, die oftmals jahrelang in einem Betrieb ohne Mitbestimmungsrechte arbeiten.

Bereits auf dem letzten DGB-Kongress 2010 haben die Gewerkschaften deshalb einen Antrag verabschiedet, der eine Ausweitung der betrieblichen Mitbestimmung fordert. Was das für Werkverträge heißt, hat der DGB-Bundesvorstand in seinem Positionspapier gegen den Missbrauch von Werkverträgen konkretisiert. Diese Forderungen finden sich auch im Vorschlag der IG BCE wieder.

Ob bei der Regulierung der Leiharbeit oder dem Schutz vor Arbeitshetze im Betrieb sieht die Gewerkschaft den Gesetzgeber gefordert. „Es ist unverändert die originäre Verantwortung des Gesetzgebers, die Voraussetzungen für faire Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt zu schaffen", erklärte der IG BCE-Vorsitzende Michael Vassiliadis bei der Vorstellung der Forderungen seiner Gewerkschaft Anfang Dezember in Hannover.

Ziel der IG BCE ist es unter anderem, das Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG) so anzupassen, dass es wesentlichen Veränderungen in der Arbeitswelt besser entspricht und gerecht wird. Das gelte nicht nur für den wachsenden Anteil von Fremdbeschäftigung und befristeten Arbeitsverhältnissen in den Unternehmen, sondern auch für die zunehmende Leistungsverdichtung und die neuen Herausforderungen durch den demografischen Wandel, so der IG BCE-Vorsitzende. Neben der Forderung nach zwingender Mitbestimmung bei Fremdbeschäftigung will die IG BCE deshalb auch die Möglichkeiten von Betriebsräten verbessern, sich für gute Arbeit stark zu machen. Die bisherigen Instrumente der Mitbestimmung und Mitgestaltung reichten dafür nicht aus, betont Vassiliadis. Der demografische Wandel erfordere eine Neuausrichtung der Personalpolitik – „vom Verbrauch zum Erhalt der Arbeitskraft". Konkret fordert die IG BCE zur Modernisierung der Betriebsverfassung:

- *Betriebsräte sollen eine zwingende Mitbestimmung bei Fremdbeschäftigung erhalten (Ergänzung in § 87 BetrVG).*
- *Beschäftigte mit Werkvertrag sollen das Recht haben, einen Betriebsrat zu wählen (Ergänzung in § 7 BetrVG).*
- *Bei der Berechnung der Betriebsratsgröße und der Freistellung von Betriebsräten sollen Leiharbeitskräfte und Beschäftigte mit Werkvertrag mitgezählt werden (Ergänzung in § 9 und § 38 BetrVG).*
- *Das Thema Arbeitsfähigkeit soll im Aufgabenkatalog des Betriebsrates ergänzt werden (Ergänzung in § 80 BetrVG).*
- *Der Betriebsrat soll ein Initiativrecht bekommen, um Leistungsverdichtung zu begegnen (Ergänzung in § 90 und § 91 BetrVG).*
- *Ein Initiativrecht soll dem Betriebsrat ermöglichen, mit Bildungsmaßnahmen langfristig die Arbeits- beziehungsweise Beschäftigungsfähigkeit der Belegschaft zu sichern (§96, 97, 98 BetrVG).*

Der Vorstoß der IG BCE stößt auf große Resonanz im Gewerkschaftslager. „Die Initiative der IG BCE zur Modernisierung des BetrVG wird auch von uns getragen – wir ziehen mit den anderen Gewerkschaften an einem Strang", erklärt etwa IG Metall-Sprecherin Heike Neumeister. Die IG Metall fordere wie die IG BCE, dass Betriebsräte bei Outsourcing und Werkverträgen, also bei jeglicher Fremdvergabe mitbestimmen dürfen. Und auch aus dem politischen Lager gibt es erste Signale zur Unterstützung. So hat die SPD auf ihrem Parteitag in Hannover Anfang Dezember bereits angekündigt, dass sie die Forderung der IG BCE nach einem Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte beim Einsatz von Leiharbeit aufgreifen und unterstützen will. •

Unternehmensmitbestimmung ausweiten

Eine Mitbestimmungsinitiative „für mehr Arbeitnehmerrechte auch in Betrieben kleiner und mittlerer Größe" hat Berthold Huber, Erster Vorsitzender der IG Metall, auf dem Zukunftskongress seiner Gewerkschaft Anfang Dezember in Berlin gefordert.

Für die IG Metall ist das geltende Gesetz zur Unternehmensmitbestimmung nicht das Ende der Diskussion. Die Erfahrungen aus 36 Jahren Praxis, insbesondere auch in der Krisenbewältigung 2008/2009, müssten in eine neue Mitbestimmungsdiskussion unter Einbezug europäischer Aspekte einfließen.

Die IG Metall fordert unter anderem, dass die Wirkung des Mitbestimmungsgesetzes von 1976 bereits bei 1000 Beschäftigten und nicht erst ab 2000 Beschäftigten einsetzt. Die IG Metall will außerdem, dass die im Aufsichtsrat zustimmungspflichtigen Geschäfte definiert werden und dafür eine Zweidrittel-Mehrheit notwendig ist. Ein wichtiger Punkt ist dabei für die IG Metall die Stärkung der Rechte des Aufsichtsrates bei Standortentscheidungen. Weitreichende Forderung zu Reformen der Unternehmensmitbestimmung hat der DGB-Kongress bereits 2010 beschlossen.

Mehr zur aktuellen Debatte:
www.einblick.dgb.de

kurz&bündig

Die EVG hat sich mit der Deutschen Bahn auf einen Demografie-Tarifvertrag geeinigt. Profitieren werden davon die Beschäftigten der Deutschen Bahn AG. Unter anderem wurde ein Modell zur Altersteilzeit vereinbart und betriebsbedingte Kündigungen bleiben ausgeschlossen.

Die GEW hat den Kultusministerien vorgeworfen, die Ergebnisse der aktuellen Grundschulstudien zu ignorieren. Die Gewerkschaft fordert mehr Lehrerfortbildung und individuelle Unterstützung für SchülerInnen. Die Ministerien hätten mit ihrer „Testeritis", der Evaluation von Leistungen in den vergangenen Jahren, auf das falsche Pferd gesetzt.

Das Diakonie-Klinikum Schwäbisch Hall hat kurz vor einem Urteil des Bundesarbeitsgerichts eingelenkt: Ab sofort erhält ver.di Zutritt zum Klinikum. Damit sei das seit 1981 geltende Zutrittsverbot an diakonischen Einrichtungen gefallen. ver.di geht davon aus, dass nun weitere kirchliche Organisationen gewerkschaftliche Rechte anerkennen.

Der von IG BCE und Chemie-Arbeitgebern 2003 abgeschlossene Tarifvertrag „Zukunft durch Ausbildung" ist ein voller Erfolg. 2012 sei das stärkste Ausbildungsjahr der Chemie, so die IG BCE. Die ambitionierte Vorgabe von 9000 neuen Plätzen ist um 6,5 Prozent übertroffen worden.

IG Metall

„Kurswechsel für ein gutes Leben"

Die IG Metall will einen breiten gesellschaftlichen Veränderungsprozess. Gemeinsam mit neuen Bündnispartnern hofft die Gewerkschaft, erfolgreicher anstehende Probleme wie die Ausweitung der prekären Beschäftigung lösen zu können. Dabei hat die IG Metall nicht nur das eigene Land im Blick. Auf ihrem internationalen Kongress „Kurswechsel für ein gutes Leben" Anfang Dezember in Berlin diskutierten rund 800 TeilnehmerInnen – darunter 200 ausländische Gäste aus 60 Ländern – über neue Strategien und Bündnisse.

Eine Veranstaltung mit Tradition, wie der Erste Vorsitzende Berthold Huber betonte: Seit 1972 gebe es solche Tagungen immer dann, „wenn unserer Meinung nach grundlegende politische Weichenstellungen vorgenommen werden müssen". Für die IG Metall gehören dazu unter anderem die konsequente Regulierung der Finanzmärkte, ein ökologischer Umbau der Wirtschaft, der vor allem beschäftigungsfördernd sein müsse, und eine gerechte Verteilungs- und Steuerpolitik. Der Kampf gegen prekäre Beschäftigung ist ein weiterer Punkt, der dringend Lösungen erfordert. Berthold Huber ist sich sicher, dass ohne entsprechende Gegenwehr die Prekarisierung zunehmen wird und zwar „über alle Qualifikationsstufen hinweg". Einen optimistischen Ausblick gibt die IG Metall in ihrer „Berliner Erklärung": „Wir stehen nicht alleine. Überall auf der Welt gibt es Gewerkschaften, politische Parteien und soziale Bewegungen, die einen Kurswechsel wollen." •

www.igmetall-kurswechselkongress.de

IG BAU

Vorzeigeprojekt Stuttgart 21

Stuttgart 21 soll die „sauberste Baustelle Deutschlands" werden. Die IG BAU hat mit der österreichischen Gewerkschaft Bau-Holz und den Betriebsräten der Firmen, die auf Baustellen des Projektes Stuttgart 21 arbeiten, eine Vereinbarung geschlossen. Die Arbeitnehmervertretungen wollen während der gesamten Bauzeit dafür sorgen, dass illegale Beschäftigung, Schwarzarbeit, untertarifliche Bezahlung und Verstöße gegen Arbeitsschutzbestimmungen keine Chance haben.

Alle Beteiligten sind in einem Netzwerk zusammengeschlossen, damit sie sich jederzeit austauschen können. Jeder wird immer darüber informiert sein, wie viele Beschäftigte welcher Nationalitäten in welchem Zeitraum und in welchen Projekten eingesetzt werden. Sollten Verstöße gegen Arbeitsschutzbestimmungen oder Tarifverträge bekannt werden, wollen sie gemeinsam den General- und/oder Subunternehmer dahin bringen, die Vorgaben einzuhalten. Bei Verstößen soll auch noch rückwirkend korrekt entlohnt werden. Hilft dieser Einsatz nicht, wird gemeinsam Anzeige erstattet. Zudem wird das Netzwerk eng mit der Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) beim Hauptzollamt Stuttgart kooperieren. Das umstrittene Projekt könnte damit zu einem Vorzeigemodell für Großbaustellen werden. •

www.bit.ly/baustelleStuttgart

Kurzarbeitergeld

Positive Entscheidung

Die Verlängerung des Kurzarbeitergeldes auf zwölf Monate bewertet der DGB positiv. Für DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach ist es „ein erster Schritt". Sollte sich jedoch die wirtschaftliche Eintrübung verstärken, „sind weitere Maßnahmen zur Sicherung der Beschäftigung notwendig", betont Buntenbach. Auch die IG Metall lobt die Entscheidung der Bundesregierung. Ihr Erster Vorsitzender Berthold Huber erwartet jedoch als nächsten Schritt, dass auch Leiharbeiter einbezogen werden: „Die IG Metall fordert die gleiche Sicherheit für alle Beschäftigten."

Nach den aktuellen Zahlen der Bundesagentur für Arbeit (BA) haben im November 2300 Betriebe konjunkturelle Kurzarbeit angezeigt. Das betrifft 46 400 ArbeitnehmerInnen. Die Anzeigen kamen überwiegend aus dem Maschinenbau sowie der Metall- und Autoindustrie. Damit sei die Kurzarbeit aber „noch weit von den Werten der Krise 2009/2010 entfernt", erklärte BA-Vorstand Raimund Becker. •

Minijobs

Neue Studie bestätigt NGG

Die NGG sieht sich bestätigt: Minijobs verdrängen zunehmend Vollzeitstellen. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) legte eine neue Studie vor, die belegt, dass die 400-Euro-Jobs gerade im Dienstleistungsbereich immer häufiger sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ersetzen. Die stellvertretende NGG-Vorsitzende Michaela Rosenberger sieht in der Studie „einen weiteren Beleg für das, was längst erwiesen ist". Mit der Anhebung der Verdienstgrenze auf 450 Euro ab Januar 2013 habe die Regierung diese Jobs „wider besseren Wissens" für die Arbeitgeber noch attraktiver gemacht. Das IAB warnte zudem: Minijobs entziehen den Sozialversicherungen Beitragszahler und könnten letztlich zu Beitragserhöhungen oder reduzierten Leistungen führen. •

Interview zur Eurokrise mit Peter Bofinger

„Die Politik ist oft zu kurzatmig“

Eine dauerhaft stabile Europäische Union braucht die Bereitschaft der Mitgliedsstaaten, stärker in Richtung politische Integration zu gehen. Davon ist der ***Wirtschaftsweise Peter Bofinger*** *überzeugt.*

Foto: Thomas Obermeier

Prof. Dr. Peter Bofinger, 58, ist Professor für Volkswirtschaft an der Universität Würzburg. Seit 2004 ist er als so genannter Wirtschaftsweiser Mitglied des Sachverständigenrates der Bundesregierung.

■ Was würde eine Rückkehr zur D-Mark bedeuten?

■ *Das wäre für den Euroraum eine politische und ökonomische Katastrophe. Ganz besonders für Deutschland: Eine wiedereingeführte deutsche Währung würde unter erheblichen Aufwertungsdruck geraten, sowohl gegenüber den Währungen des bisherigen Euroraums als auch gegenüber asiatischen Währungen und dem Dollar. Damit wäre unser gesamtes Exportmodell gefährdet. Zurzeit profitiert die deutsche Wirtschaft davon, dass sie im Export – vor allem außerhalb des Euroraums – stark ist. Dabei spielt eine große Rolle, dass der Euro momentan gegenüber dem japanischen Yen, dem Schweizer Franken oder dem chinesischen Renminbi keine besonders starke Währung ist.*

■ Die Eurokrise verunsichert die Menschen. Experten und Politiker sind sich uneins, wie sie zu lösen ist. Was können die Menschen überhaupt glauben? Wem können sie trauen?

■ *Es ist schwierig für den Einzelnen, sich in der Krise zurechtzufinden, die Maßnahmen, die Rettungspakete, die Rolle der unterschiedlichen Akteure richtig zu verstehen. Das ist ein Grund für die Verunsicherung, zumal einzelne Ökonomen gezielt Ängste schüren. Eigentlich ist es Aufgabe der Politik, eine klare Führung in diesen Fragen zu bieten und glaubhaft zu agieren. Das Problem ist, dass die Politik oft zu kurzatmig ist. Aufgrund dieser Kurzatmigkeit muss sie ständig ihre Richtung ändern, was zum Glaubwürdigkeitsverlust beiträgt. Was wir brauchen, ist eine mutige Politik, die nicht nur auf kurzfristiges Krisenmanagement setzt, sondern langfristig Rahmenbedingungen für eine stabile Währungsunion schafft.*

■ Als Mitglied des Sachverständigenrats der Bundesregierung haben Sie den Plan der Wirtschaftsweisen für „Maastricht 2.0“ in einem Minderheitenvotum abgelehnt. Wieso?

■ *Mit „Maastricht 2.0“ wollen meine Kollegen erreichen, dass langfristig wieder jedes Euro-Land selbst für seine Schulden haftet und kein weiterer Transfer von Kompetenzen auf die europäische Ebene stattfindet. Meiner Meinung nach zeigt die Krise, dass eine dauerhaft stabile Union nur möglich ist, wenn die Mitgliedsstaaten bereit sind, stärker in Richtung politische Integration zu gehen. Das hat zwei Dimensionen. Zunächst müssen auf europäischer Ebene wirksame Kontrollmechanismen geschaffen werden, um Fehlverhalten von Staaten zu verhindern. Im Gegenzug haften die Eurostaaten dann gemeinsam für die Schulden und können gemeinsam gegenüber den Finanzmärkten auftreten. Das würde verhindern, dass einzelne Länder von den Finanzmärkten an die Wand gedrückt werden, wie wir es zurzeit erleben. Kurz- und mittelfristig sind wir uns im Sachverständigenrat aber einig, dass wir die Krise nur mit dem Schuldentilgungspakt und einer gemeinsamen Haftung für die nächste Zeit überwinden können.*

■ Bisher setzt das Krisenmanagement der EU und der Mitgliedsstaaten fast ausschließlich auf eine rigide Sparpolitik, gefordert vor allem von der Bundesregierung. Ist das der richtige Weg?

■ *Nein. Die Länder müssen natürlich wettbewerbsfähiger werden und ihre Haushalte konsolidieren. Das muss aber mit Maß und Ziel betrieben werden. Im Augenblick wird diese Konsolidierung von Italien, Spanien, Portugal und Griechenland viel zu schnell abverlangt. Die Folge ist, dass diese Länder in eine massive Rezession getrieben werden. Das macht sie keinesfalls wettbewerbsfähiger, sondern schwächt die Strukturen. Es wird weniger investiert, die Menschen werden arbeitslos, verlieren ihre Qualifikationen, und die guten Leute wandern ab. Es ist ein Irrglaube, dass ein Land, wenn es nur lang genug in der Rezession steckt, wieder wettbewerbsfähiger wird.*

■ Die Deutschen lieben das Sparen. Sie haben mal gesagt, sie betrieben es als „eine Art Heilfasten“.

■ *Das stimmt. Die deutsche Vorstellung ist, dass wenn die südeuropäischen Länder ordentlich sparen, es wie eine Fastenkur wirkt. Es entschlackt und macht stärker. Aber was zurzeit passiert, geht eher in Richtung Magersucht. Der gesamte Wirtschaftsorganismus wird geschwächt und steht am Ende schlechter da als zuvor. Interessanterweise lebt die deutsche Wirtschaft derzeit davon, dass Länder etwas machen, was wir nicht gut finden. Die Nachfrage aus dem Inland und dem Euroraum ist extrem schlecht. Stabil ist die Nachfrage nur von außerhalb. Das sind die USA und China. Die USA fahren wie bisher mit Vollgas Defizite, kümmern sich nicht um Konsolidierung und halten mit ihrer Defizitpolitik den Laden am Laufen. Und auch China, der andere Wachstumstreiber, passt mit seiner starken staatlichen Lenkung der Wirtschaftsprozesse ebenfalls in keiner Weise in den Katechismus der deutschen Wirtschaftspolitik.* •

„Zurück zur D-Mark?“

„Euro 2.0“ nennt Bofinger in seinem neuesten Buch „Zurück zur D-Mark?“ sein Konzept für eine neue Architektur der Währungsunion. Bofinger, der sich 1997 gemeinsam in einer Initiative von 59 Professoren für die Einführung des Euro stark machte, ist nach wie vor ein vehementer Verfechter der gemeinsamen Währung.

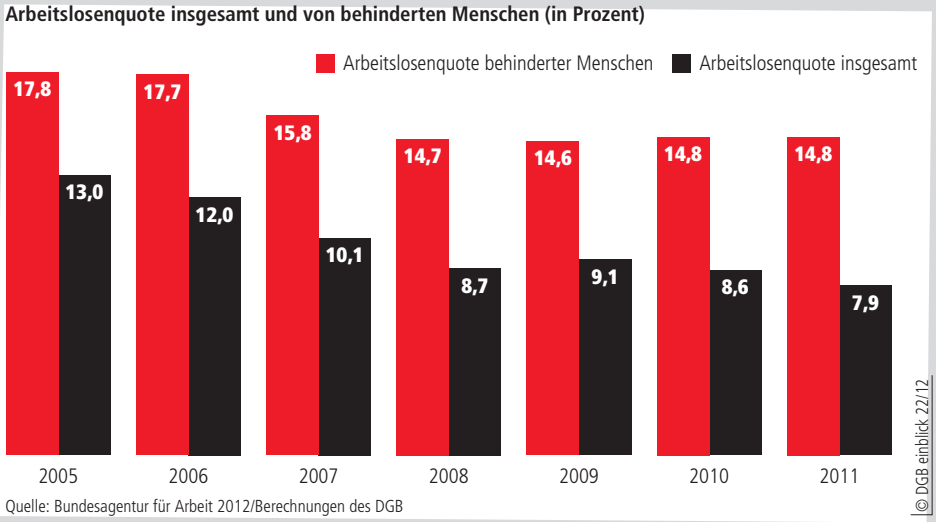
In seinem Buch begründet er aber seine Zweifel an den Rettungsmaßnahmen der Euro-Länder. Seine Antwort auf die Krise heißt: Wir brauchen einen europäischen Finanzminister, der über direkte Eingriffsrechte gegenüber Staaten mit unsolider Haushaltspolitik verfügen muss. Zudem plädiert er für eine voll integrierte Bankenaufsicht für die Währungsunion.

Peter Bofinger, Zurück zur D-Mark? Deutschland braucht den Euro, Droemer, 189 Seiten, 18 Euro, als E-Book 15,99 Euro (www.droemer.de)

dieDGBgrafik

SCHWERBEHINDERTE: Kaum Integration auf dem Arbeitsmarkt

Schwerbehinderte Menschen haben kaum vom Aufschwung am Arbeitsmarkt profitiert. Das hat der DGB in einer Analyse festgestellt. Die Arbeitslosenquote schwerbehinderter Menschen ist seit Jahren überdurchschnittlich hoch und liegt derzeit bei rund 15 Prozent. Die allgemeine Arbeitslosenquote lag im November 2012 bei rund 6,5 Prozent. Um den Anreiz für Unternehmen zu stärken, fordert der DGB, die Ausgleichsabgaben für mittlere und große Unternehmen zu erhöhen. Mehr zum Thema: www.dgb.de/-/59V



personalien

••• ***Andreas Keller,*** 46, Mitglied im Geschäftsführenden GEW-Vorstand, ist zum Vizepräsidenten des Europäischen Gewerkschaftskomitees für Bildung und Wissenschaft (EGBW) gewählt worden. Zur EGBW-Präsidentin wählten die Delegierten auf dem EGBW-Kongress in Budapest die Britin ***Christine Blower,*** 61, von der National Union of Teachers (NUT). Das EGBW ist die europäische Regionalorganisation der Bildungsinternationale (BI) und vertritt 135 Lehrer- und Bildungsgewerkschaften mit rund 13 Millionen Mitgliedern in 45 Ländern Europas.

35 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

10.1. DGB, Ringvorlesung „Wohlstand ohne Wachstum? Wirtschaftsdemokratie als Fortschritt", Berlin

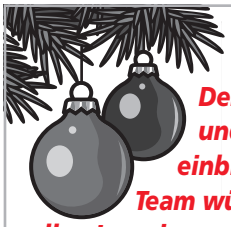
14.-25.1. Friedrich-Ebert-Stiftung, Ausstellung „Demokratie stärken – Rechtsextremismus bekämpfen", Wolmirstedt

17.1. DGB, Ringvorlesung „Wohlstand ohne Wachstum? Nachhaltig leben und sozial wohnen", Berlin

18.1. DGB, Tagung „Immer mehr Druck im Arbeitsleben – Folge von prekärer Beschäftigung und schlechter Arbeitsorganisation", Berlin

19.1. GdP Niedersachsen, 43. großes Polizeifest, Hameln

23.1. Europäische Gewerkschaftsföderation für den Landwirtschafts-, Nahrungsmittel- und Tourismussektor, Europäische Föderation der Bau- und Holzarbeiter u.a., Demonstration „Stoppt das Sozialdumping!", Brüssel



Der DGB und das einblick-Team wünschen allen Leserinnen und Lesern erholsame Feiertage und einen guten Start ins neue Jahr.

Tipp

***Arbeitshilfe:* Datenkarte 2012 der Hans-Böckler-Stiftung**

Wie hoch ist die Arbeitslosenquote im Osten? Wie war der Durchschnittsverdienst in den vergangenen Jahren? Das sind nur einige Fragen, auf die die Datenkarte Antwort weiß. Von der Bevölkerungsentwicklung über die Anzahl mitbestimmter Unternehmen bis hin zu einer Übersicht der europäischen Arbeitsmärkte – die Datenkarte liefert wichtige aktuelle Fakten und Erkenntnisse.

Weitere Infos unter: *www.boeckler.de/17065.htm*

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke **Redaktionelle Mitarbeit:** Udo Böhlefeld, Birgit Böhret, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.
Der nächste *einblick* erscheint am 21. Januar 2013

Schlusspunkt.

„Die Verteilungsfrage trifft uns mehr, als der ökologischen Bewegung bewusst ist. Wir können Nachhaltigkeit vergessen, wenn wir es nicht schaffen, soziale Gerechtigkeit durchzusetzen."

Hubert Weiger, Vorsitzender des Bundes für Umwelt und Naturschutz (BUND) am 5. Dezember 2012 auf dem IG Metall-Kongress „Kurswechsel für ein gutes Leben" in Berlin.

Anzeige gegen Arbeitgeber

Keine leichtfertigen Vorwürfe

Anzeigen eines Arbeitnehmers gegen seinen Arbeitgeber fallen unter das Recht auf freie Meinungsäußerung. Allerdings hat ein Arbeitnehmer grundsätzlich den Ruf des Arbeitgebers zu schützen.

Der Fall: Der Hauswirtschafterin war während der Probezeit fristgerecht gekündigt worden. Sie wandte sich danach an das Jugendamt und berichtete über Verwahrlosung und körperliche Schäden der zehnmonatigen Tochter. Daraufhin sprachen die Eltern die fristlose Kündigung aus. Die Klage dagegen blieb ohne Erfolg.

Das Landesarbeitsgericht: Zwischen dem Recht auf freie Meinungsäußerung und der Pflicht, den Ruf des Arbeitgebers zu schützen, ist abzuwägen, wenn es darum geht, ob ein Arbeitgeber dem Arbeitnehmer kündigen darf, der ihn anzeigt. Wesentlich ist dabei, ob der Arbeitnehmer die Offenlegung in gutem Glauben und in der Überzeugung vorgenommen hat, dass die Information wahr ist, dass sie im öffentlichen Interesse liegt und dass keine anderen, diskreteren Mittel existieren. Nach diesen Grundsätzen war die Klage gegen die fristlose Kündigung abzuweisen. Die Anzeige war eine unverhältnismäßige Reaktion auf die ordentliche Kündigung. Selbst wenn die Vorwürfe als richtig unterstellt würden, hätte die Hauswirtschafterin zunächst eine interne Klärung mit dem Ehepaar versuchen müssen. Erst nach Scheitern eines solchen Versuches durfte eine Behörde eingeschaltet werden. Ob die Behauptungen der Hauswirtschafterin zutreffend waren, konnte offen gelassen werden.

Landesarbeitsgericht Köln,
Urteil vom 5. Juli 2012 - 6 Sa 71/12

Versorgungsehe

Vermutung kann entkräftet werden

Witwen oder Witwer besitzen keinen Anspruch auf Hinterbliebenenleistung, wenn ein Ehegatte innerhalb eines Jahres nach Eheschließung verstirbt. Das Gesetz vermutet, dass die Heirat den Zweck hatte, einen Rentenanspruch zu verschaffen. Liegen aber besondere Umstände vor, kann diese gesetzliche Vermutung entkräftet werden.

Der Fall: Die Eheleute hatten sich 2008 kennengelernt. Im Juni/Juli 2008 war die Klägerin mit ihrem Sohn bei dem Versicherten eingezogen. Im September 2008 beantragte der 80-jährige Versicherte eine höhere Pflegestufung. Dabei wies er darauf hin, dass er an den Rollstuhl gebunden sei und die Klägerin bereit sei, die erforderliche 24-stündige Pflege zu gewährleisten. Sie seien verlobt und wollten demnächst heiraten. Die Ehe wurde im Januar 2009 geschlossen. Im Oktober 2009 verstarb der Versicherte. Der Witwenrentenantrag der Frau wurde abgelehnt. Die dagegen gerichtete Klage hatte Erfolg.

Das Landessozialgericht: Die Klägerin hat Anspruch auf die Witwenrente. Nach den Umständen des Falles ist die Annahme nicht gerechtfertigt, dass es alleiniger oder überwiegender Zweck der Heirat war, einen Anspruch auf Hinterbliebenenversorgung zu begründen. Die Vollendung des 80. Lebensjahres aufseiten des Bräutigams begründet als solche noch nicht das Risiko eines bevorstehenden Ablebens, welches für die Annahme überwiegender Versorgungsabsichten sprechen könnte. Der Hausarzt des Mannes hat dargelegt, dass aus seiner Sicht Anfang 2009 noch nicht mit einem baldigen Ableben des Versicherten zu rechnen gewesen sei. Die Standesbeamtin hat ausgeführt, dass der Bräutigam trotz seines relativ hohen Alters sehr aufgeschlossen und absolut geistig agil gewirkt habe.

Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen,
Urteil vom 17. Oktober 2012 - L 2 R 228/12

Autor: Luis Ledesma, Kassel – einblick 22/12

Pflegedienste

Mindestlohn auch für Bereitschaft

Die Verordnung über die Arbeitsbedingungen für die Pflegebranche enthält eine Regelung über das Mindestentgelt. Sie differenziert nicht nach der Art der Tätigkeit. Deshalb sind im Bereitschaftsdienst erbrachte Arbeitsleistungen mit demselben Mindestentgeltsatz zu vergüten wie Arbeitsleistungen in der Vollarbeitszeit. Überwiegen bei der Leistungserbringung pflegerische Tätigkeiten der Grundpflege, sind auch andere Tätigkeiten, insbesondere die der hauswirtschaftlichen Versorgung mit dem Mindestentgeltsatz zu vergüten.

Landesarbeitsgericht Baden-Württemberg,
Urteil vom 28. November 2012 - 4 Sa 48/12

Fristlose Kündigung

Bei Drogenkonsum als Busfahrer

Einem Busfahrer, der Drogen konsumiert, kann fristlos gekündigt werden. Das gilt auch, wenn der Drogenkonsum außerhalb des Dienstes geschieht. Angesichts der an Berufskraftfahrer zu stellenden Anforderungen berechtigt der Verdacht des Drogenmissbrauchs zur sofortigen Auflösung des Arbeitsverhältnisses.

Arbeitsgericht Berlin,
Urteil vom 21. November 2012 – 31 Ca 13626/12

Europäische Union

Keine Sprachendiskriminierung

Die Veröffentlichung von EU-Stellenausschreibungen in drei Sprachen (Deutsch, Englisch, Französisch) und die Verpflichtung, die Auswahlprüfungen in einer dieser Sprachen zu absolvieren, stellen eine Diskriminierung aufgrund der Sprache dar. Allgemeine Stellenausschreibungen nach dem Beamtenstatut sind im Amtsblatt der EU in den derzeitigen 23 Amts- und Arbeitssprachen zu veröffentlichen.

Europäischer Gerichtshof,
Urteil vom 27. November 2012 - C-566/10 P

Polizeidienst

Tattoo ist kein Ablehnungsgrund

Ein Bewerber für den Polizeidienst darf nicht deshalb abgelehnt werden, weil er an beiden Armen große Tätowierungen von der Schulter bis zu den Unterarmen aufweist. Der generelle Ausschluss des Bewerbers vom Auswahlverfahren verstößt gegen dessen Grundrechte. Nach einem Erlass des Innenministeriums stellen Tätowierungen, die beim Tragen von Hemden mit kurzen Ärmeln zu sehen sind, zwar einen Eignungsmangel dar. Um das zu verhindern, käme aber als milderes Mittel eine Verpflichtung infrage, ein Hemd mit langen Ärmeln zu tragen.

Verwaltungsgericht Aachen,
Urteil vom 29. November 2012 - 1 K 1518/12

Sozialhilfe

Kein Auto bei Fahruntauglichkeit

Ist ein schwerbehinderter Sozialhilfeempfänger gesundheitlich nicht in der Lage, Auto zu fahren, so spricht bereits diese Tatsache gegen einen Antrag auf Zuschuss für ein Kfz.

Sozialgericht Heilbronn,
Urteil vom 27. November 2012 - S 11 SO 142/12